

R. Ug. 713/6



<36616620180011

<36616620180011 S

Bayer. Staatsbibliothek

Allgemeine Weltgeschichte

für alle Stände

von den

frühesten Zeiten bis zum Jahr 1870.

Mit Zugrundelegung seines größern Werks

bearbeitet und herausgegeben

von

Dr. Karl v. Rotteck,
Hofrath und Professor in Freiburg.

Achte illustrirte Original-Auflage.

Sorgfältig durchgesehen und bis zum Jahr 1870 fortgeführt

von

Dr. **Wilhelm Zimmermann,**
Verfasser der Geschichte des großen Bauernkriegs ꝛc.

Mit über 100 historischen in feinstem Holzschnitt ausgeführten Portraits.

Sechster Band.

Stuttgart:
Rieger'sche Verlagsbuchhandlung.
1870.

52 A 48 1732

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Schnellpressendruck der Rieger'schen Buchdruckerei in Stuttgart.

Geschichte der neuesten Zeit,

enthaltend

die Jahre 1840 bis 1870.

Von

Dr. Wilhelm Zimmermann,
Verfasser der Geschichte des großen Bauernkriegs rc.

Erste Abtheilung.

Stuttgart.
Rieger'sche Verlagsbuchhandlung.
1870.

H. Un. 713 / 6

H

Bayerische Staatsbibliothek München

Vorwort zur 7. Rotteck'schen Auflage.

Die Geschichte der Gegenwart, und eben damit auch seiner nächsten Umgebungen, der Regierungen und der Menschen, unter denen und mit denen man lebt, ist viel schwieriger zu schreiben, als jede andere Geschichte. Wer sie schreibt, hat darum vor Andern Anspruch auf Nachsicht. Unsere Zeiten sind zwar besser als die unter Jakob I. von England, in welchen Sir Walter Raleigh ausrief: „Wer in der neuen Geschichte der Wahrheit zu nahe hinter den Fersen geht, dem kann sie leicht einmal die Zähne ausschlagen."

Selbst auf diese Gefahr hin, die wenigstens mehr als einmal auch in unsern Tagen schon dagewesen, und darum wieder möglich ist, muß der Geschichtschreiber seiner Zeit stets so bei der Wahrheit bleiben, wie der ächte Priester beim Altar seines Glaubens, bereit, dafür zu leiden, wie der brave Soldat bei seiner Kanone, der sich lieber niederhauen läßt, als weicht. Wäre mehr Märtyrerthum für die Wahrheit in unserer Zeit, überhaupt mehr Opferfähigkeit, so wäre das Vaterland weiter voran, und es stände besser für Fürsten und Völker.

Aber ist denn die Erreichung des Zweckes auch gewiß, und darum den Kaufpreis werth? Wohl sagt Arnold Ruge: „Die Geschichte der Revolutionen der Vergangenheit ist für die Volkshäupter und Staaten so gut wie nicht vorhanden. Jede Generation will ihre eigene Lehrerin sein, und ihre eigene Erfahrungen auf ihre Unkosten machen. Die Blindheit — hat in

dem kecken Selbstvertrauen der Gewalt überhaupt ihren Grund. Man schmeichelt sich, klüger und stärker zu sein, als Diejenigen, welche vor diesem die rächende Nemesis ereilte."

Die Erfahrung an mehr als Einer Krone und Nation scheint dieses trostlose Wort zu bestätigen. Aber so wenig darum, weil durch die Predigt der religiösen Wahrheit erfahrungsgemäß bis jetzt noch nicht alle Christen wahrhaft erleuchtet und veredelt worden sind, man die Verkündigung der Religion überhaupt für unnütz halten und unterlassen wird: so wenig darf darum, weil Millionen Leute oben und unten und in der Mitte kein Ohr für die Wahrheit der Geschichte, kein Auge für die Fingerzeige der politischen Thatsachen haben, heute es für zwecklos erachtet werden, die volle Wahrheit zu reden und zu schreiben. Gewiß ist: an der Wahrheit der Geschichte belehren sich, erbauen sich, trösten und stärken sich viele Tausende, und in unsern Tagen mehr als je zuvor. Ohne geschichtliche Einsicht ist kein staatlicher Neubau, der glückt und dauert, heute möglich.

Die Wahrheit, besonders die Wahrheit ohne Menschenrücksicht und Menschenfurcht, trifft und verletzt; aber sie heilt auch die Wunden, die sie schlägt. Jede wahrheitsgetreue, und darum von den Getroffenen als gehässig bezeichnete Geschichtsdarstellung der Gegenwart ist ein Spiegel, worin der Gesundheitszustand der Staaten, der Einzelnen und des Ganzen, zu erkennen ist. Kranke, welche sich gesund glauben, oder gesund scheinen wollen, lassen sich ungern an den Puls fühlen. Aber der Arzt ist nicht da, um den Angenehmen, sondern um, was krank ist, gesund zu machen. So ist es auch mit dem Geschichtschreiber seiner Zeit.

Die schlimmsten Feinde von Fürst und Volk sind die Schmeichler. Nach Popularität zu haschen, und darum die Geschichte so zu schreiben, wie sie das Volk, besonders der Bourgeois und der Kanzleimann, oder gar der Arbeiter gerne sehen

und lesen möchten, und durch ein volksschmeichlerisches Zurechtmachen der Thatsachen sich Befriedigung der Eitelkeit und Triumphe zu suchen, ist noch heilloser, als sie so zu schreiben, wie sie Könige und Minister gerne sehen und lesen möchten.

Die folgenden Blätter sollen zeigen, und zeigen es in grellen Thatsachen, wie die Blindheit und die Verbissenheit der Regierenden, das Jagen nach despotischer Gewalt oder nach Erweiterung derselben, der nutzlose Kampf wider den Geist in der Zeit, großmächtige und kleine Fürsten unglücklich gemacht haben, sammt ihren Völkern; wie die Grundsatzlosigkeit und der Eigennutz einer servilen Beamtenwelt einerseits, und die Grundsatzlosigkeit und der Eigennutz des Bürgerthums, die stumpfe Theilnahmlosigkeit des Volkes in den untern Schichten, Regierende und Regierte ins Verderben gestürzt haben; wie die Siege gewonnen, aber durch eigene Schuld wieder verloren worden sind.

Die letzten zwanzig Jahre, ein Kampffeld voll Ringens des Fortschritts mit den übermächtig scheinenden Gewalten des Rückschritts, rufen in die Welt hinaus: Lernt achten auf die Zeichen der Zeit und lernt sie verstehen! den Geist in der Zeit zwingt ihr nicht! das Rad der Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen! Machiavelli* hat gesagt: „Ein Freistaat oder ein Fürst darf es nicht aufschieben, den Bedürfnissen der Unterthanen ein Genüge zu thun. Wer anders verfährt und glaubt, wenn später widerwärtige Zeitläufe eintreten, könne er, sobald die Gefahr naht, die Unterthanen mit Wohlthaten wieder gewinnen, der täuscht sich; er wird sich dadurch nicht nur nicht retten, sondern er wird seinen Sturz beschleunigen."

Wie die Engländer, wie die Franzosen es halten, so habe ich es in dieser Fortsetzung der Rotteck'schen Weltgeschichte gehalten: ich habe unserm eigenen deutschen Vaterland vorzüglich Raum und Augenmerk gegönnt, seine Wunden aufgedeckt,

* „Ueber die zehn ersten Bücher des Livius" 32,1.

aber auch deren Ursachen und ihre Hebung. Es kann Jeder leicht herausfinden, wo das Heil für die Zukunft liegt. Die höchste Aufgabe und Forderung unserer Zeit ist die Einheit eines hellen und freien deutschen Vaterlandes. Die Unterlage aber dazu muß erst gebaut werden; die Gegenwart in ihrer unendlichen Mehrheit hat sie noch nicht.

Dieser Unterbau heißt: sittlicher Charakter, der, gottesfürchtig und sich selbst treu, für das zu bauende Vaterland opferfähig ist.

Ohne große Opfer Aller, ohne Selbstverläugnung von Oben und Unten, bleibt das Wort von der Einheit und Freiheit Deutschlands — eine großtönende Redensart, welche Versammlungen und Zeitungsspalten speist. Soll's zu Thaten kommen, muß der deutsche Charakter erst groß wachsen. Und ob Tausende über dem Werke stürben: jeder Einzelne davon ist doch nur eine Woge, die brandend sich bricht, aber der Strom geht vorwärts.

Leonbronn in Württemberg, den 7. Mai 1861.

Dr. W. Zimmermann.

Vorwort zur 8. Auflage.

Diese Geschichte der neuesten Zeit erscheint in neuer Auflage. Manches von dem, was vor 8 Jahren von mir vorausgesagt worden als das, was kommen werde und müsse, ist indessen eingetreten. Die Geschichte wird fortgeführt werden bis auf die neuesten Tage. Möge mein deutsches Volk auch in diesen letzten Blättern die furchtlose und unparteiische Wahrheitsliebe erkennen, die den früheren eine so große Verbreitung gewonnen hat.

Da der Umfang des letzten Bandes sich erweiterte, so ist die Einrichtung getroffen, daß, wer es vorzieht, die beiden Abtheilungen abgesondert binden lassen kann.

Schnaitheim in Württemberg, den 27. Oktober 1869.

Dr. W. Zimmermann.

Die Welt von 1840 bis 1870.

Erster Zeitraum: 1840 bis 1848.

Die Reformbewegungen von Deutschland aus, ein Wendepunkt der Geschichte. Von der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. von Preußen bis zum Siege der Jesuiten in Oestreich und der Schweiz.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

I. Preußen.

1. Die Lage kurz vor dem Tode Friedrich Wilhelms III.

Fünfundzwanzig Jahre waren dahin gegangen seit dem Sturze Napoleons. Die Völker waren unbefriedigt geblieben, und an den Höfen zu Petersburg und zu Paris, zu Wien und Berlin saß und spann, offen und geheim, die alte Partei, die weder die fürstliche, noch die aristokratische, noch die priesterliche genannt werden kann. Sie nahm aus diesen drei Kreisen, in welchen allen sie auch Gegner hatte, ihre Kräfte, und zudem hatte sie noch an der unwissenden untersten Schichte des Volkes einen Verbündeten.

Nicht Kaiser Nikolaus, nicht Fürst Metternich, nicht Louis Philipp, noch irgend eine einzelne Persönlichkeit mit weltlicher oder geistlicher Gewalt, war der Mittelpunkt und die Seele dieser Partei. Diese selbst waren vielmehr wieder nur Werkzeuge dieser Partei; durch sie zogen sich und spielten nur die Fäden dieser Partei in die weiten Kreise der Welt hinein; sie mußten nur die Grundsätze der Partei in Vollzug setzen.

Das war die Partei des „politischen und religiösen Absolutismus." —

Diese Partei wollte nicht blos herrschen, sondern allein herrschen, herrschen über die Völker und Staaten, über die Gewissen und selbst über die Kirche. Sie wollte den Drang der Zeit nach geistiger und nach bürgerlicher Freiheit, nach freien Gesetzen und Einrichtungen, das Verlangen der Völker nach selbstthätiger Theilnahme am Staatsleben brechen, ausrotten. Sie nannte die Männer, welche Europa zeitgemäße Gesetze geben wollten, „Ideologen und hohle Köpfe," und

denuncirte sie als „Revolutionäre, als Umstürzer, als Feinde der gesellschaftlichen Ordnung." Gegen diese „die Majestät der Throne zu bewahren, und den Frieden nach allen Seiten hin aufrecht zu erhalten," spiegelte sie als ihre Aufgabe und ihr Ziel vor. Ihr wahrer Beweggrund war Herrschsucht, ihr Ziel Erweiterung ihrer Herrschaft.

Nur kurze Zeit war diese Partei ängstlich und bedenklich gewesen über dem „Bürgerkönigthum" Louis Philipps in Frankreich. Sie hatte bald genug erkannt, daß von ihm für sie nichts zu fürchten war, und hatte ihn für sich gewonnen. Louis Philipps Regierung war „lediglich eine Fortsetzung der Restauration geworden, und betrachtete sich selbst nur als solche." Das sagte, und zwar mit diesen Worten, bald genug der Rechenschaftsbericht der Opposition in der französischen Abgeordnetenkammer dem Bürgerkönig ins Angesicht.

Louis Philipp hatte, aus eigenem wie aus fremdem Antrieb, aus angeborener Neigung zur Alleinherrschaft eben so sehr, als um dadurch die Anerkennung seiner Dynastie von den absolutistischen Mächten, von Oestreich, Rußland und Preußen, um so schneller und leichter zu erlangen, gerade diejenigen Gesetze und Einrichtungen, womit die französische Nation im Jahre 1830 ihre Freiheit umwallt hatte, und deren Schutz er bei seiner Königswahl schwören mußte, mit schlauer politischer Taschenspielerkunst umgewandelt, daß sie nur noch Namen und Schall waren. Er hatte die selbstthätige Theilnahme der Nation am Staatsleben täglich mehr verkürzt; er hatte alle Formen der Freiheit ausgekernt, hohl und leer gemacht; er hatte, so viel er vermochte, in sich, in seiner Person, den König an die Stelle der Nation gesetzt, seinen Willen an die Stelle des Nationalwillens, seine Herrschsucht an die Stelle der Volksvertretung und Volksregierung, seine Habsucht für sein Haus an die Stelle der allgemeinen Wohlfahrt.

In den Kreisen des politischen und religiösen Absolutismus sagte man sich durch ganz Europa: „er hat die Revolution zahm und geschmeidig gemacht, in Frankreich herrscht der Absolutismus."

2. Friedrich Wilhelm III. Altensteins Tod.

Da nahm der Tod aus den Häuptern des Absolutismus eines weg, am 7. Juni 1840. Das war Friedrich Wilhelm III., der alte König von Preußen.

Ganz umsponnen von den Fäden der Partei des Absolutismus,

vorzüglich Rußlands, dessen Kaiser sein Schwiegersohn war, aber auch unter dem Einfluß desjenigen Absolutismus, der in der Form des Pietismus und zugleich des Ultramontanismus von mehr als Einer Seite her ihm zusetzte, hatte Friedrich Wilhelm III. lange regiert, fast ein halb Jahrhundert lang. Von Haus aus Absolutist, hatte er, unter dem Zwang der Noth, im ersten Zehent des Jahrhunderts, um den zusammengestürzten preußischen Staat neu aufbauen zu lassen, geduldet, daß große Menschen mit großen Ideen sich um ihn stellten, und statt seiner im Geiste der Zeit schufen, ab- und umbrachen und neubauten. Solche Männer hatte er aber bald von sich gethan, selbst den letzten davon, sobald ihm die Gefahr des Thrones vorüber schien.

Er war durchaus stehen geblieben in der alten Zeit, und selbst das äußerste Unglück hatte ihm nicht zur Einsicht verholfen in die neue Zeit, und in das, was diese forderte. Es schien, als sei es ihm wie eine Beeinträchtigung des unumschränkten Königthums, wie ein Unterfangen gegen die Majestät, wenn der Name eines nicht fürstlich Geborenen mehr leuchtete als der Fürst, und schon darum trug er es nicht, daß die Stein und die Schön in seiner nächsten Nähe ihre großen deutschen Gedanken zu verwirklichen fortfuhren. Auch ohne Napoleons Achtbrief wäre die Stellung des Freiherrn von Stein vor dem Könige keine haltbare gewesen. Auch die Wilhelm von Humboldts und der deutschen und freigesinnten Männer nachher war eine schnell vorübergehende. Von freien und hochgebildeten Geistern hatte sich nur der Freiherr von Altenstein in seiner Stellung lange erhalten.

Von 1817 bis 1840 hatte dieser an der Spitze des Ministeriums der geistlichen und der Unterrichtsanstalten gestanden, nachdem er schon im Jahre 1809 die Verwaltung der Finanzen übernommen und in diesem Zweige viele Reformen durchgeführt hatte. Als Kultminister hatte Altenstein für sich allein Alles gethan, dem Geist in Preußen Bahn zu brechen, Alles, was Preußens Ruhm ausmachte auf dem Gebiete der Wissenschaften und der Kunst, und was Preußen einen Anspruch gab, der Staat der Intelligenz zu heißen. Er war es, und nicht der König, er in hartem, ununterbrochenem Kampfe mit vornehmen Hindernissen, welcher auf die Lehrstühle der preußischen Hochschulen überall her die ins Helle und vorwärts strebenden Männer der Wissenschaft berief, und den Geist förderte. Die Gelder dazu hatte er stets mit Mühe von dem Könige herausgeschlagen,

der weder ein Kenner noch ein Liebhaber der Wissenschaft und der Kunst war.

Vieles, was Altenstein wollte, scheiterte am König und an anderen hochgelegenen Hindernissen; und was wider den Geist der Humanität in Preußen geschah, auch im Bereich seines Ministeriums, geschah unter einem absoluten Könige, der überall militärische Subordination forderte, und ging nicht von Altenstein aus. Pietistische und ultramontane Anhänger des Absolutismus erzählten sich schon die gewisse Entlassung Altensteins frohlockend, als der Tod am 14. Mai ihn entrückte, ihn, der so viel Gutes für den Staat und das Volk von Preußen, und mittelbar für die ganze deutsche Nation, gethan hatte.

Drei Wochen nachher folgte ihm im Tode König Friedrich Wilhelm III. In Preußen war diesem Könige die Mehrheit in ehrfurchtsvoller Liebe zugethan gewesen, theils wegen der „frommen, einfachen, väterlichen Gesinnung" desselben, theils wegen des Guten, das, wenn auch nicht von ihm, so doch unter seiner Regierung und in seinem Namen, für Preußen erwachsen war. Die Landestrauer war darum vielfach herzlich, bei allen denen, welche vergaßen, oder jetzt nicht daran denken wollten, daß Vieles, was nicht hätte geschehen sollen, unter ihm und mit seinem Willen geschehen war, und daß Vieles, was hätte geschehen sollen, nicht geschehen war, bloß darum, weil er nicht wollte.

Viele aber in Preußen, in allen Kreisen, hatten seinen Hingang mit Sehnsucht erwartet, alle die, welche von seinem Nachfolger das Aufhören des Absolutismus und eine freie Verfassung erwarteten.

Sehr schadeten dem todten Könige die Uebertreibungen seiner öffentlichen Lobredner, welche ihm als eigene Thaten andichteten, was doch nur unter ihm Andere Vortreffliches gethan hatten, oft ohne das Verständniß des Königs, oft unter herbem, fast unerträglichem Ringen mit dem König, wie es bei Stein der Fall war, ja mehrmals, in den wichtigsten Fällen, ohne alles Wissen des Königs, dem es erst, nachdem es vollendete Thatsache geworden war, mitgetheilt wurde, und der es gehindert hätte, wenn es ihm vorher bewußt worden wäre.

Dahin gehört gerade Das, was für die politische Befreiung Deutschlands von der fremden Herrschaft, was für die geistige Freiheit in Preußen geschah.

Daß die Lobredner des Königs ihn sogar als Denjenigen darstellten, welcher „für das deutsche Volk Vieles und Großes geleistet habe," das schadete ihm am meisten in Deutschland. Hatte man schon am offenen Sarge desselben streng in Süddeutschland gedacht und gesprochen: so erinnerte man jetzt noch schärfer an das, was Friedrich Wilhelm III. heilig versprochen und nicht gehalten habe, und an das, was mit des Königs Willen auf Deutschland lastete, an das Bundestagssystem, das eben so sehr russisch-preußisch als metternichisch-östreichisch gewesen sei.

Man erinnerte daran, daß, nachdem die Völker vorzüglich auch zur Wiederherstellung seines Thrones ihr Blut vergossen hatten, ihnen, statt der Freiheit, wieder der Absolutismus geworden sei, den man zwar einen intelligenten nenne, der aber oft sehr unintelligent sich gezeigt habe.

Man erinnerte an die Antworten des Königs an die Rheinlande, als sie und andere Provinzial-Landtage sich beigehen ließen, an die königliche Zusage einer reichsständischen Verfassung zu mahnen; wie das „als Verletzung der dem Throne schuldigen Ehrfurcht, als böswillig, als Versuch zur Ruhestörung" angesehen worden sei, und wie man zuletzt in Preußen gar nicht mehr von dieser königlichen Zusage geredet habe, weil es Niemand gewagt habe, im Angesichte der preußischen Kerker und im Gedanken an die, welche darin schmachteten.

Man erinnerte an die Demagogenuntersuchungen und an des Königs Minister, die Kampz, Zschoppe, Rochow, an die edeln und talentvollen Jünglinge und Männer, die in harter langer Gefangenschaft oder Verbannung verkamen und ja doch nichts gewollt hatten, als was des Königs frühere Proklamationen fast mit denselben Worten verkündet hatten, „ein einiges, starkes, freies Deutschland."

Friedrich Wilhelm III. hatte seinem Volke vor ganz Europa im Jahre 1815 das feierliche Versprechen gegeben, es in die Reihe der politisch-freien Nationen eintreten zu lassen. Dieses Königswort hatte er nicht eingehalten. Statt der versprochenen Reichsverfassung hatte er nichts gegeben, als die Wiederherstellung der früheren ständischen Provinzialverfassung, aber auch diese nicht einmal in derjenigen Machtvollkommenheit und Zusammensetzung, wie sie früher gewesen waren; er hatte ihren Wirkungskreis höchst engherzig zugeschnitten, auf die geringere Hälfte des früheren verfassungsmäßigen Wirkens beschränkt.

Selbst der freisinnigen und zeitgemäßen Gemeindeordnung, welche

sein Staatskanzler Hardenberg ihm vorlegte, hatte er die Unterzeichnung verweigert. Nicht das Geringste mehr hatte er für den politischen Ausbau Preußens gethan. Die Freiheit hatte er vorenthalten, den Absolutismus gepflegt; statt zum constitutionellen Staate zu werden, war Preußen unter ihm eine unumschränkte Monarchie geblieben; unter ihm war ein soldatischer Kastengeist, der eine weite, bedenkliche Kluft zwischen Militär und Bürgerthum bildete, groß gezogen worden, und daneben eine anmaßende Büreaukratie, ein Beamtenadel neben dem Geburtsadel, ein Beamtenregiment der Art, daß darin militärische Disciplin sich in die bürgerliche Verwaltung übertragen zeigte, und es kennzeichnend „Staatsdienst in Kamaschen“ genannt wurde.

Statt das politische Bewußtsein des Volkes zu wecken, war dasselbe unter Friedrich Wilhelm III. und mit seinem Willen überall niedergedrückt worden durch Bevormundung, Polizei, Censur und Militär. Unter ihm entstand, zu Ende des Jahres 1837, die tragikomische Phrase vom „beschränkten Unterthanenverstande,“ sein Minister Rochow war der Erfinder und Verfasser derselben, und sie cirkulirte sprichwörtlich in den höheren Kreisen, lange, ehe sie öffentlich ward und zum Gelächter der Welt.

3. Die Erwartungen bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV.

Um so größer waren die Hoffnungen, die man auf den Nachfolger Friedrich Wilhelms III. setzte; von dem Sohne erwartete man Alles, was der Vater nicht gegeben hatte.

Unter der bedeutsamen Verheißung des Jahres „Vierzig“ trat der als Kronprinz der Regierung und dem Volke ganz ferne gestandene neue König auf den Schauplatz: 1440 war der erste Churfürst aus dem Hause Hohenzollern gestorben und in demselben Jahre ihm Friedrich der Eiserne gefolgt. 1540 war das Churhaus Brandenburg protestantisch geworden. 1640 war „der große Churfürst“ zur Regierung gekommen. 1740 hatte Friedrich der Große den Thron bestiegen, und auf 1840 war oft und viel seit den letzten Jahren ein Wendepunkt für Preußen verkündet worden. Als der fünfundvierzigjährige Friedrich Wilhelm IV. in diesem Jahre den Thron bestieg, glaubten Viele, er werde der Friedrich II. des neunzehnten Jahrhunderts werden.



Ernst Moritz Arndt

im Alter von 90 Jahren.

(Band VI. Seite 19.)

Nach einem Gemälde von Wilhelm Kray.
(Nach Weber, Portraitgallerie.)

Schon zuvor hatten sich volksgefällige Anekdoten, kleine Charakterzüge und „geistreiche Aussprüche“ in Umlauf gesetzt, die ihm zugeschrieben wurden. Als er im Herbst 1838 in den Rheinlanden gewesen war, hatte sich verbreitet, viele Rheinländer „seien entzückt durch die geistvolle Leutseligkeit des Thronfolgers, und setzen eine starke und gerechte Hoffnung auf die deutsche Persönlichkeit des Prinzen, auf den Ruf seiner großen Anlagen und seiner Charakterenergie.“ Das war durch die Zeitungen und ganz Preußen gelaufen, und man hörte die nicht mehr, welche den Prinzen und den neuen König mit andern Augen ansahen.

Von dem neuen König erzählte man sich noch mehr Anekdoten und Aeußerungen als von dem Prinzen: namentlich zwei. Die eine war: er habe zu den Ministern gesagt, es werde ihm lieb sein, überall die Wahrheit zu hören, auch da, wo sie Unangenehmes für ihn enthalte. Der andere war: er habe zu dem alten Alexander von Humboldt, dem freisinnigen und populären Humboldt, gesagt: „Als Kronprinz war ich der erste Adelige meines Landes und mußte es sein; als König bin ich nur noch der erste Bürger.“

Die ersten Schritte des Königs steigerten seine Popularität und die Begeisterung. Das war die Wiederanstellung des Generals von Boyen, und des alten Ernst Moriz Arndt, des abgesetzten Professors in Bonn. Boyen war mit Wilhelm von Humboldt im Jahre 1819 aus dem Staatsdienst ausgeschieden, als die Politik Preußens ganz reaktionär geworden war, unter dem Druck der Einflüsse, welche von Rußland und von Metternich kamen, und hatte bisher in ländlicher Zurückgezogenheit sich gehalten. Boyen war der Liebling Scharnhorsts und der Freund Gneisenaus, der Mitbegründer der preußischen Landwehr, seit dem Pariser Frieden Kriegsminister gewesen; kein Mann wurde so, wo er sich zeigte, ob er gleich ohne Amt und Einfluß war, von dem preußischen Volke verehrt, wie Boyen. Ganz Preußen sah in ihm den Repräsentanten jener glorreichen Zeit von 1813 bis 1815, und den lebendigen Protest gegen das System in Preußen, den leibhaften Beweis des königlichen Undanks gegen die Nation und die Männer, welche im Kabinet und im Felde den Thron des Königshauses wieder festgestellt hatten.

Am 6. Juli rief der neue König — Boyen in seinen Staatsrath, im Oktober in den aktiven Dienst als General; bald nachher ins Ministerium.

Arndt gehörte zu den populärsten Namen in Preußen, ja in

Deutschland, als frei- und deutsch-gesinnter Mann. Das berühmte Brüderpaar der deutschen Wissenschaft, Jakob und Wilhelm Grimm, zwei jener Göttinger Sieben, volksbeliebt in Deutschland, wurden von ihm an die Berliner Hochschule berufen. Nicht lange nachher wurde die Gefangenschaft des Erzbischofs von Köln, Droste-Vischering's, aufgehoben und ihm die beliebige Wahl seines Aufenthalts außer Köln gestattet, der Erzbischof von Posen aus der Kolberger Festung frei wieder in sein Erzbisthum entlassen, „weil die Versöhnungsvorschläge den Absichten des Königs entsprachen."

Diesen Schritten folgte am 10. August eine „allgemeine politische Amnestie." Allen denen, welche „wegen Hochverraths, Landesverraths, Majestätsbeleidigung oder irgend anderer politischer Verbrechen," unter der Regierung seines Vaters angeklagt, oder verurtheilt worden, wurden die Strafen erlassen, schwebende Untersuchungen niedergeschlagen, und allen ihre Stellen oder die Anstellungsfähigkeit zurückgegeben. Zu gleicher Zeit löste der König die sogenannte „Ministerialcommission" auf, jene naive Ueberwachungsanstalt mit dem rothen und schwarzen Register, an welche alle Staats- und Kirchendienstgesuche gewiesen worden waren, um aus ihren Registern das Zeugniß der „politischen Gesinnung" herzustellen.

Nach solchen Vorgängen ergriff Preußen eine Art Schwärmerei für den neuen König; man sah demnächst der Verkündigung der „Reichsverfassung" entgegen.

Selbst auswärts folgte man, und zwar in den höchsten Kreisen Wien's und Petersburg's, aufmerksamst und gespannt den Maßnahmen des Königs; man belauschte jedes Wort desselben. Ein Theil der Absoluten „fürchtete," der König könnte sich, „von einer bedeutenden Partei in seinen Staaten zur Verleihung einer Verfassung für die Gesammtmonarchie bewegen lassen," und es könnte ihm die Ablehnung um so schwerer werden, wenn die öffentliche Meinung sich kräftig für eine Reichsverfassung ausspreche, unterstützt von den fast gleichzeitigen Aufregungen, die in Hannover und Holland, in Dänemark und Schweden die Gemüther über Verfassungsfragen bewegten.

Ein anderer Theil tröstete sich damit, „so freisinnig sei der König denn doch nicht; für jetzt seien wenige, auf jeden Fall bei Weitem nicht die Aenderungen zu erwarten, auf die man hätte gefaßt sein müssen, wäre der bisherige Kronprinz einige Jahre früher zur Herrschaft gelangt." Man sprach die Hoffnung aus, es möge dem „lebhaften, reichen und gebildeten Geiste des neuen Herrschers auch in

hohem Maße die praktische Richtung innewohnen, die einem Monarchen von ungewöhnlichem Scharfsinn vielleicht noch mehr als einem Fürsten von beschränkteren Anlagen unentbehrlich sei."

4. Erste Enttäuschungen.

Auf dem Huldigungslandtage der preußischen Stände in Königsberg baten diese ihn um eine Nationalverfassung. Das aber lehnte der König ab. Vorerst versprach er nur die Provinzial- und kreisständische Verfassung fortzubilden. „Um des Volkes selbst willen habe sein königlicher Vater von den herrschenden Begriffen einer sogenannten allgemeinen Volksvertretung abgesehen, und er, der Sohn, werde auch in dieser großen Angelegenheit den von seinem Vorgänger betretenen Weg verfolgen."

Selbst die Deutung, als sei damit der Hoffnung Raum gegeben, der König wolle allmählig zur Reichsverfassung vorschreiten, schnitt er durch eine Kabinetsordre vom 4. Oktober ab. Die Ernennung des Oberpräsidenten von Schön zum Staatsminister hatte diese Deutung veranlaßt. Schön, der Freund Steins und sein großartigster Mitarbeiter an der Neugestaltung Preußens in jenen schweren Tagen der Noth, hatte die Bitte um eine Reichsverfassung auf dem ostpreußischen Landtage am eifrigsten unterstützt. Umsonst ist Schön jetzt nicht in Berlin; schon wird dort die Verfassung ausgearbeitet; Schön tritt an die Spitze der Geschäfte — so hatte man sich am Rheine und in andern preußischen Landschaften gesagt. Die Kabinetsordre vom 4. Okt. vernichtete diese Selbsttäuschung.

Rochow war nicht nur Minister geblieben, sondern erschien überall neben dem Könige. Die Ernennung Eichhorn's zum Kultminister an die Stelle Altensteins vermehrte die Enttäuschungen; Eichhorn war ein Gegner aller Bestrebungen Altensteins, der ganzen wissenschaftlichen Richtung; er gehörte der finsteren, nicht der hellen Seite des Pietismus an; Manche, die ihn genauer kannten, hielten ihn für ein Werkzeug der kirchlichen Partei, für einen protestantischen Jesuiten. Auf die erste überschwängliche Begeisterung für den König folgte Abkühlung, dann Mißstimmung, bald Gereiztheit, als der König unverholen erklärte, daß er auf den Adel und die kirchliche Partei sich stütze, daß er absolut regieren wolle, daß von einer Reichsverfassung nicht die Rede sei. — „Vorher hatten wir ein absolutes System, jetzt

haben wir eine absolute Person," hatten von Anfang schärfer sehende Männer gesagt.

Die Ueberschwemmung mit Orden und Dekorationen aller Art, mit Adelstiteln und Standeserhöhungen, welche von dem König ausging, gab dem bürgerlichen Sinne des preußischen Volkes großen Anstoß. Dieser wie der wissenschaftliche Geist im Lande waren über diese Dinge hinaus, und Beides gab gleiches Aergerniß, daß der König solche „Unbedeutendheiten," welche der Intelligenz „unzeitgemäße Spielereien" schienen, „so wichtig, selbst feierlich nehme," und daß Rochow gerade es war, welcher mit dem rothen Adlerorden erster Klasse in Brillanten geschmückt wurde.

Zu gleicher Zeit ernannte der König den Generaladjutanten von Thile zum vortragenden Staats- und Kabinetsminister, und bald darauf berief er den Grafen Stolberg-Wernigerode in das Staatsministerium. Beide waren bekannt als Freunde des Absolutismus, als Feinde der freien Wissenschaft, als Feinde jeder Art von Verfassung, und als Aeußerste in jener Richtung und Gemeinschaft, welche man in Preußen mit dem Namen „Mucker" bezeichnete. Diese in Preußen, in Hessen, in Mecklenburg und auch in Bayern verbreitete Richtung und Gemeinschaft hat nichts zu schaffen mit dem, was in Süddeutschland mit dem Namen Gemeinschaft oder Pietisten sich selbst nennt oder genannt wird. Jene preußische Richtung ist eine Verschmelzung von Mysticismus, Pietismus und Jesuitismus, in den politischen Anschauungen ganz eins mit dem Ultramontanismus, die protestantische Fraktion der sogenannten „kirchlichen Partei." Weiter ernannte der König zu Mitgliedern seines Staatsrathes: von Kleist, Bötticher, Uhden, Streckfuß, den Verfertiger der Schrift „über die Ueberflüssigkeit einer Verfassung in Preußen," und andere unbeliebte Männer. Alle galten entweder als eingefleischte Büreaukraten oder als Pietisten; mehrere waren Beides zugleich.

5. Eichhorn. Stahls und Hassenpflug's Berufung.

Eichhorn bewies durch seinen ersten Schritt als Kultminister, daß er für Preußen sein wolle, was Herr von Abel für Bayern: er berief auf den Lehrstuhl, der durch den Tod des Philosophen und Rechtslehrers Eduard Gans erledigt war, den Professor Stahl von Erlangen.

Gans war um seines Freisinns, um seines Freimuths und um

seines warmen deutschen Herzens willen in ganz Preußen beliebt gewesen; so weit man solche Tugenden liebte. Stahl, vom Judenthum zum Christenthum übergetreten, war durch seine Schriften bekannt als einer der redseligsten Vorfechter der Lehre vom unbedingten göttlichen Rechte der Fürsten, als einer, der die Rechtsgrundsätze des Herrn von Haller über Staat und Kirche neu aufputzte und formte, und in Bayern sich ganz zu den Erlanger Mystikern und Pietisten gehalten hatte.

Gleich darauf berief der König die ehemalige Seele der Reaktion in Kurhessen, Hassenpflug, in das Obertribunal.

In ganz Deutschland war Hassenpflug seit lange als Absolutist, als Mitglied der Muckerpartei, als Büreaukrat, als schwerer, frecher Sünder an der beschworenen kurhessischen Verfassung von der öffentlichen Meinung gezeichnet, und im Sommer 1837 unter lauten Verwünschungen der Hessen seines Ministeriums in Kassel enthoben worden. Die königliche Kabinetsordre begründete Hassenpflugs Anstellung durch „seine bewährten Gesinnungen." Berlin, Preußen fand sich dadurch beleidigt. Da das Beckerische Rheinlied gerade die Tagesmelodie war, so travestirte der Berliner Witz dasselbe in eine „Hassenpflugiade," und in Berlin und anderswo wurde gesungen: „Wir wollen ihn nicht haben den Herrn von Haß und Fluch!" Der König hörte das, las die Travestie, und sagte: „es ist der erste schmerzliche Tag meiner Regierung."

Zwar hatte der König auch dem Hoftheater die Erlaubniß gegeben, Schillers Tell und Göthe's Egmont aufführen zu dürfen, was unter dem vorigen Könige Jahrzehnte lang verboten war, aber das versöhnte wenig. Gerüchte von einem neuen Wöllnerischen Religionsedikt, von einer ausgedehnten Reaktion des Muckerthums, pflanzten die Unruhe und den Unmuth selbst unter die Beamten, selbst unter die Offiziere und Soldaten fort, namentlich unter einen großen Theil der durch französische Lektüre gebildeten oder lebenslustigen Damenwelt. Als auf des Königs Wunsch das kirchlich-fromme Schauspiel von Racine „Athalie" im Theater aufgeführt wurde, pfiffen die Zuschauer das Stück aus, und „Jedermann wußte, daß diese Unart nicht der Poesie Racine's galt."

Bei der Feier des Freiwilligenfestes, das alljährlich am 3. Februar zur Erinnerung der Volkserhebung im Jahre 1813 gefeiert wurde, war der Saal auch mit bedeutenden Regierungserlassen des verewigten Königs geschmückt, im Jahre 1841. So las man an

der Wand den freisinnigen Erlaß vom 4. Februar 1804 über die Presse, und das Gesetz vom 22. Mai 1815, dessen erster Absatz lautete: „Es soll eine Repräsentation des Volkes gebildet werden." Der Minister Rochow zog den Festausschuß darüber zur Verantwortung, als läge in diesen Wandverzierungen eine Beleidigung des jetzigen Königs. Doch folgte keine Strafe nach, weil es nachträglich hieß, daß das Ganze der Festordnung dem Könige gefallen habe.

6. Schön's „Woher? und Wohin?" Der Adelsverein.

Hatte sich sonst Niemand um die Provinziallandtage bekümmert, so bereiteten diesmal, als ihr Zusammentritt vor der Thüre war, zahlreiche Flugschriften darauf vor. Zwei kleine Schriften darüber wurden von ganz Preußen gelesen, von den Bewohnern der Paläste, vom Bürger, vom Landmann. Die eine davon führte den Titel: „Woher? und Wohin?" Sie war von dem Staatsminister von Schön.

Schön war seit lange wieder auf seinen Posten als Oberpräsident von Preußen nach Königsberg zurückgegangen. Dieser Posten war ihm bei seiner Ernennung zum Staatsminister gelassen worden. Als der König die vorhin genannten Staatsräthe und Minister um sich schaarte, war für Schön kein Wirken mehr am Hofe. Schön's Flugschrift war eine scharfe Kritik des ganzen bisherigen Regierungssystems, ein Nachweis, woher der allseitige Ruf nach einer Nationalvertretung komme; eine Ausführung, was Volk und König von allgemeinen Reichsständen zu erwarten haben, und wie nothwendig ihre Zusammenberufung sei für die Entwicklung eines öffentlichen Lebens in Preußen. Sie schloß mit dem prophetischen Wort: „Ist der Tag dazu angebrochen, so läßt die Sonne sich nicht in ihrem Laufe gebieten. — Wenn man die Zeit nicht nimmt, wie sie ist, das Gute daraus ergreift und es in seiner Entwicklung fördert, dann straft die Zeit." —

Der König aber hörte mehr, als auf die Stimme des „hochverehrten Bürgerfreunds," wie Schön jetzt in Preußen hieß, auf die Reaktionäre, die ihn umgaben, und nahm „besonders wohlgefällige Kenntniß" von dem „politischen Glaubensbekenntniß guter Preußen," welches vom Adelsverein ausgegangen war.

Dieser Verein, bald genug eben so komischen als traurigen Andenkens, bestand aus einer kleinen Zahl Adeliger und Nichtadeliger, aus „guten Bürgern" und „treuen Unterthanen."

Dieser Verein machte sich verächtlich bei Adel und Bürgerschaft,



Dr. Johann Jakoby.

(Band VI. Seite 25.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

durch den Schmutz seines Wesens, und durch die Gemeinheit eines zur Wuth gesteigerten Servilismus.

7. Die „Vier Fragen." Johann Jakoby.

Der Verein wüthete gegen die Schrift und Person Schön's, noch mehr aber gegen die zweite Flugschrift, die den Titel hatte: „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen."

Gedruckt waren diese paar Bogen zu Mannheim in Baden, und von da aus an Einem Tage in alle Theile des preußischen Staates versandt worden. Sie waren allverbreitet, ehe Polizei und Ministerium davon erfuhren.

Die vier Fragen waren: Was wünschten die ostpreußischen Stände? Was berechtigte sie? Welcher Bescheid ward ihnen? Was bleibt ihnen zu thun übrig? —

Die drei ersten Fragen waren mit klassischer Kürze beantwortet, geschichtlich und rechtlich dem einfachsten Verstande offen dargelegt. Die Antwort auf die vierte Frage lautete kurz und einfach: „Die Stände haben Das, was sie bisher als Gunst erbaten, nunmehr als erwiesenes Recht in Anspruch zu nehmen."

„Seit der Flugschrift des Abbe Sieyes: Was ist der dritte Stand? sagt ein Zeitgenosse im Jahre 1842, welche die bisherigen Unterdrückungen des eigentlichen Volkes in Frankreich und seine unabweisbaren Forderungen offen aussprach, hat nicht wohl eine politische Flugschrift einen so bedeutenden tief eingreifenden, wenn auch weniger in die Augen springenden Erfolg gehabt, als die: Vier Fragen und Antworten eines Ostpreußen." Ihre Verbreitung war in kürzester Zeit eine ungeheure, durch rechtmäßige Auflagen, durch drei Nachdrücke, durch Tausende von Abschriften. Die Schrift war ohne Namen erschienen. Als der Polizeiminister Rochow nach dem Verfasser Nachforschungen anordnete, nannte der König selbst dem erstaunten Reaktionär den Namen des Verfassers. Es war Johann Jakoby, der Hausarzt und Freund des Staatsministers von Schön, eine der geachtetsten Persönlichkeiten Königsbergs. Jakoby hatte selbst dem Könige seine Schrift übersandt und sich als Verfasser genannt. Die Antwort war der Befehl zur Einleitung einer Kriminaluntersuchung gegen ihn.

Schon am 13. März erfolgte das Verbot des Schriftchens Jakoby's

von Seiten des Bundestags. In Danzig, Breslau, Marienwerder, in Leipzig und Mannheim wurden Haussuchungen gehalten, gegen Jakoby sechsundneunzig Zeugen vernommen, darunter Ladenmädchen, Köchinnen und Schulkinder. Die Anklageakte bezeichnete die „Vier Fragen" als ein freches Libell, den Verfasser als Volksaufwiegler, den ersten Abschnitt als Zeitungsweisheit und böswillige Entstellung der Landesverfassung, als frechen und unehrerbietigen Tadel der Landesregierung, und Aufhetzung zum Mißvergnügen; den dritten Abschnitt als Majestätsbeleidigung; das Ganze als Hochverrath.

Die Ostpreußen, und besonders die Königsberger, nahmen sich des Verfolgten und seiner Sache höchst ehrenvoll an. Drei Eingaben mit vielen Hunderten von Unterschriften der angesehensten Männer der Provinz gingen an den Provinziallandtag zu Danzig ab; mit Bezug auf Jakoby's Schrift erklärten die Unterzeichner sich mit den dort ausgesprochenen Ansichten vollkommen einverstanden und baten um Fortsetzung der Bestrebungen des Huldigungslandtags. Durch die Zeitungen lief das Gerücht, die Provinz Preußen wolle die Summe von dreißigtausend Thalern, die ursprünglich für ein Denkmal des letztverstorbenen Königs gesammelt worden waren, falls Jakoby verurtheilt werden würde, zur Sicherstellung der materiellen Existenz desselben verwenden. Es kostete Jakoby's Freunde viele Mühe, diese Ansicht nicht um sich greifen zu lassen. Jakoby's Geburtstag wurde in einem großen Kreise feierlichst begangen; in Königsberg erschienen zu diesem Fest Abgeordnete anderer Städte, und es wurde ein alljährliches Fest.

Fünf angesehene Männer Königsbergs eröffneten eine Unterzeichnung, um Jakoby eine Bürgerkrone zu überreichen, falls das Gericht sich veranlaßt sehen sollte, ihm die bürgerliche Ehre abzusprechen. Nicht allein in Königsberg, sondern auch in allen andern Städten Preußens, und in vielen des übrigen Deutschlands erhielten diese Listen zahlreiche Unterschriften und ansehnliche Beiträge. Rochow ließ durch die Polizei die Listen in Beschlag nehmen, die Unterzeichner ins Verhör, die Veranstalter in gerichtliche Untersuchung ziehen. Die gesammelten Beiträge wurden von den Veranstaltern dem Professor Jordan in Marburg überwiesen, auf welchem seit vier Jahren der Fluch des geheimen Gerichtsverfahrens in seiner vollsten Schwere lastete, aus Haß, den die Partei des kirchlichen und politischen Absolutismus gegen ihn trug.

Jakoby's Sache hatte eine siegreiche Wendung genommen. Von Gericht zu Gericht gewiesen, da eines immer wieder sich für incom=

petent erklärte, wurde er am 5. April 1842 wegen Majestätsbeleidigung und frechen Tadels der Landesgesetze zu dritthalbjähriger Festungsstrafe und zum Verlust der Nationalcocarde verurtheilt, zu einer Strafe, deren Milde in gar keinem Verhältniß stand zu dem, was das Strafgesetzbuch auf die Jakoby schuldgegebenen Verbrechen festsetzte. Jakoby legte Berufung ein, und im Januar 1843 sprach ihn das Obertribunal zu Berlin gänzlich frei.

Jakoby's glänzende Vertheidigungen, welche außerhalb Preußens gedruckt wurden, und alle Schritte, welche die Regierung in dieser Sache gethan, hatten außerordentliches Aufsehen in ganz Deutschland gemacht: Rochow hatte dadurch dem König unberechenbar geschadet. Aber auch durch Anderes.

8. Rochow's ungünstiger Einfluß.

Rochow steigerte geflissentlich die Vorstellungen Friedrich Wilhelms IV. vom Königthum, von der Geltung des absoluten Willens der königlichen Person, bei jeder Gelegenheit, und suchte den Geist des Volkes, der sich selbst mündig gesprochen hatte, durch berechnete Demüthigungen in die Unterthänigkeit und Unmündigkeit zurück zu drücken. Er stellte wiederholt das königliche Ansehen bloß, besonders gegenüber der Stadt Breslau, der zweiten Stadt des Reiches. Breslau hatte dasselbe gethan was Königsberg, es hatte an die „verheißenen Reichsstände" gemahnt. Rochow erklärte das als eine „offene Opposition," als einen „Mangel an gesundem Sinn und an Vertrauen;" der König werde darum auf seiner Reise nach Schlesien weder eine feierliche Einholung, noch irgend ein Fest von der Stadt Breslau annehmen. —

Die Stadt aber hatte dem Könige noch gar keine Einladung zukommen lassen und keinerlei Ehren angeboten. Auf diese Form- und Taktlosigkeit Rochow's wandten sich die Breslauer unmittelbar an den König.

Der Form nach unterthänig und rücksichtsvoll, aber fest und frei, erinnerten sie an ihre Treue und Aufopferung, die ihre Stadt seit einem Jahrhunderte bewiesen, und beriefen sich auf ihr gutes Recht.

Der König erkannte, daß Rochow reif war zu seinem Fall durch die Ungeschicktheit seines Benehmens. Hatte er doch ein dem badischen Abgeordneten Welcker auf seiner Durchreise durch Berlin gebrachtes Ständchen zum Gegenstand einer polizeilichen Untersuchung gemacht.

und denen, die sich dabei betheiligt, eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, „sie haben weder einen politischen Zweck noch eine Beleidigung des Königs im Sinne gehabt!"

Die täglich steigende Willkür der Censur, die sich häufenden Verbote von Schriften, die Verfolgung freisinniger Lehrer an den Hoch- und andern Schulen, die Unterdrückung von Zeitungen, die Stellung von wissenschaftlichen Zeitungen unter die Censur, die Absetzung des Präsidenten Abegg von der Censur der Königsberger Zeitung als eines zu freisinnigen Censors, die Kriminaluntersuchung gegen den Professor Hoffmann von Fallersleben wegen seiner harmlos witzigen „unpolitischen Lieder," wegen deren er der „Majestätsbeleidigung und Erregung zur Unzufriedenheit" angeklagt wurde, und seine Entlassung, zeigten neben dem Früheren, daß der reactionäre Absolutismus in Preußen unter Rochow in Blüthe stand.

9. Die ersten Provinziallandtage.

Ueberdies wies die Regierung die Bitte aller Provinziallandtage um eine zahlreichere Vertretung der Städte und der Landgemeinden ab; sie wies es eben damit ab, die wahre Stimme des Landes an den Thron zu bringen. Denn nach der jetzigen Wahlart, nach ihren Bestandtheilen, nach ihrer Geschäftsordnung, nach ihrer Befugniß zu besprechen und zu beschließen, bei der Ausschließung jeder Oeffentlichkeit von ihren Berathungen, waren die Provinziallandstände fast nur Figuranten, Scheinstände; zumal da zu einem jeden Beschluß volle zwei Dritttheile der anwesenden Stimmen erfordert wurden.

Die Landtage gingen aber auch darum ohne Ergebniß vorüber, weil es den meisten Mitgliedern theils an Muth, theils am Willen fehlte. Die Entmuthigung nahm dadurch zu, daß der König Regierungsfragen zu persönlichen Fragen machte, daß es ihn verdroß, wenn Unterthanen anregen wollten, und nicht warten, bis er verfüge; daß fast alle Wünsche und Anträge, die auf Entwicklung eines freieren politischen Lebens gingen, von der Regierung zurückgewiesen, und diejenigen Stände belobt wurden, welche unbedingt dem Könige vertrauten. Die Regierung ging so weit, sogar den Abdruck des Gesetzes vom 22. Mai 1815 zu verbieten.

Als der König mit der Königin in Breslau einzog, sagte er zu den städtischen Behörden im königlichen Palast: „Ich kann die politischen Institutionen besser beurtheilen als Sie. Eine fünfundzwanzig-

jährige Erfahrung und sorgfältiges Studium hat mir Ihren Antrag als unzweckmäßig gezeigt; meine Bürger dürfen der Zeit nicht vorgreifen wollen; was kommen soll, wird nicht ausbleiben; was ich versprochen habe, werde ich halten; aber keine Macht der Erde wird mich zwingen, etwas zu geben, das gegen meine Ueberzeugung ist."

10. Friedensschluß mit der kirchlichen Partei.

Je mehr der König sich von dem Volk und den Männern des Volkes abgestoßen fühlte, desto mehr kam er der ultramontanen Partei entgegen, welche ihn ganz für sich zu gewinnen nichts unterließ, schmeichelte und erklärte, die Stände erhalten nur dann ihre Pflichten als Christen und Staatsbürger unverletzt, wenn sie auf Gott und den König unbedingt trauen. Der König hatte das Verbot, welches die Jesuitenschüler von der Anstellung in Preußen ausschloß, bereits aufgehoben, besonders auch an katholische Geistliche Orden verliehen, und am 10. Januar 1842 hatte die preußische Staatszeitung die Beilegung der Kölner Wirren angezeigt. Der Erzbischof Droste-Vischering wurde überall in Westphalen wie ein Heiliger empfangen, und sie sangen ihm unter Fackelzügen: Gott erhalte Clemens August, unsrer Kirche Ruhm und Stolz. Der König erklärte in einem eigenen Schreiben an Droste-Vischering, das in den Staatsanzeiger kam, „er, der König, habe den Gedanken, der Erzbischof habe an politisch-revolutionären Umtrieben Theil genommen, nie getheilt, und es haben seine Behörden auch schon früher Veranlassung genommen, diesen Verdacht zu widerlegen."

Dadurch erfuhr auch die Welt, nicht nur, wer den vertrauten Briefwechsel zwischen den Mitgliedern der kirchlichen Partei in Preußen und ihren Freunden in Baiern und zwischen diesen und Rom aus den Jahren 1837, 1838 und 1839 kannte, daß man auch am preußischen Hofe unter Friedrich Wilhelm III. in den katholisch-kirchlichen Bewegungen am Rhein und in Westphalen eben so, wie in den slavischen Landen, die Einleitung zu einer politischen Revolution sah, und daß man sie als solche verfolgt hatte.

Bei der kriegerischen Stellung, welche so eben Frankreich gegen den Rhein hin genommen hatte, mußte dem Könige, abgesehen von allem Anderen, daran liegen, seine katholischen Provinzen, welche religiös verletzt und gereizt waren, zu versöhnen. Aber etwas Anderes

war es, der kirchlichen Partei den Triumph über die Regierungen und alle Vortheile des vollendeten Sieges in die Hände zu spielen.

Zwar bestieg Droste-Vischering den Stuhl von Köln nicht mehr. Weil er „an dem Ungemach einer kränklichen Gesundheit zu leiden habe," hieß es in der preußischen Staatszeitung, „habe seine Heiligkeit der Papst, nach eingeholter Meinung und Zustimmung des Herrn Erzbischofs, es für eine angemessene Maßregel erachtet, daß demselben, unter Zustimmung Se. M. des Königs, ein Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge gegeben werde." In seinem Abschieds-Hirtenbrief sprach aber Droste-Vischering mit keiner Silbe von einer „kränklichen Gesundheit" als „Grund seines Rücktritts"; wohl aber sagte er, er trete ab „auf Befehl des Papstes und aus höchstwichtigen Gründen der Kirche." Herr von Geißel, der bisherige Bischof von Speyer, war dieser Coadjutor.

Die Hunderte und Tausende aber, deren Lebensglück, deren Frieden im eigenen Haus und in weiten Familienkreisen unter der Unduldsamkeit und Härte, womit Droste-Vischering gegen die gemischten Ehen aufgetreten war, gelitten hatten, waren nicht erfreut und erbaut durch die Unschuldserklärung des Erzbischofs, so wenig als alle verständigeren Freunde einer gesetzlichen Ordnung: der Treubruch des Erzbischofs an seinen feierlichen Zusagen konnte doch keine Unschuld sein.

Ihr Sieg machte die „kirchliche Partei" kecker als je. Der nach Posen zurückgekehrte Erzbischof Dunin schaffte ohne Weiteres Lehrbücher ab, welche die Regierung eingeführt hatte. Er bedrohte den Gebrauch jedes Buchs in seinen Schulen, das nicht seine Erlaubniß habe, mit Strafen. Ein Geistlicher war, wegen der kirchlichen Unruhen in Posen und wegen Widerspenstigkeit, von der Regierung — seines Amtes enthoben: den erhob der Erzbischof eigenmächtig zum Weihbischof von Gnesen. — —

11. Schön's Wiederberufung und Austritt.

Im Januar 1842 war der Friede mit der kirchlichen Partei geschlossen worden. In demselben Monate war der König zur Taufe des Prinzen von Wales nach England gegangen und hatte dazu den berühmtesten Mann seines Hofes und seines Reiches, Alexander von Humboldt, mit sich genommen, „als Fahnenlappen," wie Humboldt nachher sagte.

An diese Reise hatten die Freunde des Fortschritts neue Hoff-



Alexander von Humboldt.

(Band VI. Seite 30.)

Nach Weber, Gallerie denkwürdiger Persönlichkeiten
der Gegenwart.

nungen, die Pfleger des Rückschritts Besorgnisse geknüpft; selbst in Wien und Petersburg fürchtete der Absolutismus, „Friedrich Wilhelm IV. könnte sich, da er stets für großartige Eindrücke empfänglich sei, für die Institutionen Großbritanniens begeistern."

In England sah der König die lebendigste Widerlegung aller mittelalterlichen Staatsträume, das sprechendste Beispiel für die Vortheile des parlamentarischen Lebens und Regierens. Von Humboldt angeregt, suchte namentlich Lord Brougham auf den König einzuwirken, daß er eine Repräsentativverfassung dem preußischen Volke gebe, als „die festeste Stütze eines auf Gerechtigkeit gegründeten Thrones." —

Man hoffte in Preußen, der König werde Oeffentlichkeit, Mündlichkeit, das Geschworenengericht und wenigstens etwas von englischer Preßfreiheit zurückbringen. Bei seiner Rückkehr aber schien zunächst nur eine mehr kirchliche als politische Annäherung Preußens an England die Frucht der Reise zu sein: Die Hochkirche Englands mit ihrem „todten katholischen Formenwesen, dem die katholische Glaubenswärme fehlt," hatte dem Könige gefallen, eben so die Herzoge und die Lords aller Art.

Aber sei es, daß der König fühlte, ein populärer Schritt in Preußen thue ihm jetzt Noth, oder sei es, daß seine englische Reise doch auch politisch nachwirkte, und er einen Augenblick in die Bahn des Zeitbewußtseins einzulenken entschlossen war: zu Anfang des Frühlings 1842 berief er plötzlich den edeln Schön wieder zu sich nach Berlin. Schön trete ins Ministerium, und zwar an dessen Spitze, hieß es.

Schön aber wollte nur unter genügenden Bürgschaften über den bestimmten Gang der Staatsverwaltung an der Leitung derselben Theil nehmen, und er sprach es offen aus, was dem König zu thun nöthig sei: Beseitigung der Menschen und Dinge, welche die Kulturentwicklung im Volke hemmen; Vereinfachung der Verwaltung, damit Verminderung der Zahl der Beamten; eine bessere Rechtspflege; eine wahrhafte Volkswehr, damit das Verschwinden der schwersten unter allen Steuerlasten, des unerschwinglichen Militäraufwands; ein rasches Ende aller Kabalen und Polizeikünste; Controle der Beamtenwelt; und das alles durch sofortige Einberufung der Stände des Reichs, durch Einführung einer wahren Volksvertretung.

Schön war sein ganzes Leben lang dem Grundsatze treu, daß nur in der vollkommenen Gleichstellung der Stände das Heil

des Staates liege. Er war der eigentliche Schöpfer der freisinnigen „Städteordnung" von 1808, eben so der Gesetze, welche die Erwerbung des Grundbesitzes erleichterten und dessen Gebrauch frei gaben. Das „politische Testament," das beim Austritt Stein's aus dem Staatsdienst verfaßt wurde, war Schöns Geist entsprungen, das noch vorhandene Original ist von Schöns Hand geschrieben. Schön war immer ein Widersacher aller Bestrebungen, welche die Freiheit des Gedankens und Gewissens einengen oder unterdrücken wollten; ein Feind der Anmaßungen der Bevorrechteten, und des finstern Treibens des Muckerthums und des Ultramontanismus.

So erlag Schön auch jetzt im Rathe des Königs. Er hatte die vereinigten Kräfte des Rückschritts wider sich, und der König benahm sich auf diese freimüthig ausgesprochenen Forderungen des treuesten und am weitesten sehenden, weisesten Freundes, den er hatte, so, daß dieser zu Anfang des Mai — seine Entlassung aus dem preußischen Staatsdienst eingab, wenige Tage vor seinem fünfzigjährigen Amtsjubiläum; und daß der König sein Entlassungsgesuch nicht nur annahm, sondern auch ihm zum Nachfolger als Oberpräsidenten von Preußen Bötticher, einen Mann des Rückgangs, und zwar von der Fraction der kirchlichen Partei, gab.

Am 11. Juni brachte die Staatszeitung diese Anzeige, frostig einfach, zum Zeichen, daß es kein freundlich-herzliches Scheiden war. So trat Schön, unvermuthet und plötzlich, aus, in dem Augenblick, als man wähnte, die Leitung des ganzen Staates werde zum großen Theil in seine Hände übergehen. Viele reiche Hoffnungen traten mit ihm zurück. Die preußische Nation war bestürzt. Niemand lebte, der für Volk und Staat von Preußen so viel und so wohlthätig gewirkt hatte, wie dieser große Mensch.

Fünf Tage darauf brachte aber die Staatszeitung eine neue Ueberraschung: auch Schön's Gegenfüßler, Rochow, hatte aufgehört, Minister zu sein; „auf sein Ansuchen," wie es hieß, „wegen seines leidenden Gesundheitszustandes." —

Sein Nachfolger war Graf Arnim, der sich selbst gleich dadurch kennzeichnete, daß er eine Eingabe des Königsberger Handlungsvorstandes mit der Bemerkung abwies, „was in der Eingabe an die Politik streife, müsse die Regierung zurückweisen, weil dergleichen über den Gesichtskreis der Unterthanen hinausliege."

12. Die „ständischen Ausschüsse.“ Kaiser Nikolaus. Kölner Dom und „deutsche Einheit.“

Statt der Einberufung von Reichsständen erschien am 21. Juni 1842 eine Verordnung „über die Bildung „ständischer Ausschüsse,“ die in Berlin zusammentreten sollten.

So wenig diese Ausschüsse eine „Art von parlamentarischer Einheit,“ so bedeutungslos sie waren, da sie nichts zu entscheiden, sondern bloß Rath zu ertheilen und die Vorlagen der Regierung, die Beschlüsse des Königs anzunehmen hatten, so sah man darin doch im Ausland eine „Grundlage einer parlamentarischen Versammlung,“ in Paris, in Wien, in Petersburg.

Im Juli reiste der König zur Feier der silbernen Hochzeit seiner Schwester, der Kaiserin, nach Rußland. Von dieser Reise fürchteten Viele in Preußen eine engere Annäherung des Königs an Rußland und dessen Absolutismus; andererseits hoffte man davon; denn zu Gunsten der wenigen in Rußland befindlichen Fabriken war von der russischen Regierung seit länger die Grenzsperre mit furchtbarer Härte geübt und der einst blühende Handel Ostpreußens systematisch vernichtet worden.

Der König aber erlangte in Petersburg eine Erleichterung des Grenzverkehrs nicht. Kaiser Nikolaus überhäufte den König „mit Vorwürfen wegen seiner Nachgiebigkeit gegen die modernen Verfassungstheorieen,“ und wegen „der Begünstigung, die er der polnischen Nationalität und Sprache im Großherzogthum Posen zugewandt habe.“ *

Tief mißstimmt verließ der König die russische Hauptstadt. Er hob gleich darauf den preußisch-russischen Auslieferungsvertrag auf. Nikolaus hatte die Erneuerung dieses Vertrags sehr gewünscht, eines Vertrags, welcher die russischen Ausreißer einem Schicksal auslieferte, dessen Scheußlichkeit eben so sehr vom menschlichen Gefühl verabscheut als von der Religion Christi als das Verworfenste verdammt war. Seinem Schwager dem Czaren gab er auf seine Petersburger Vorwürfe noch auf der Rückreise in Königsberg eine Antwort: er ließ am 20. Juli 1842 durch Herrn von Schön — die Stände Ostpreußens einzeln sich vorstellen, welche den Antrag auf eine reichsständische Verfassung unterzeichnet hatten, und sprach dann: „Es ist mir Bedürfniß,

* Bericht des schweizerischen Gesandten Effinger, bei Adolf Schmidt, „zeitgenössische Geschichten“ S. 589.

Allen, welche an dem letzten Landtag Theil nahmen, meine Anerkenntniß, meine Dankbarkeit auszusprechen."

Am 19. August war das Einberufungsdekret für die „ständischen Ausschüsse" erschienen. Am 18. Oktober sollten sie in Berlin zusammentreffen. Im September ging der König nach Köln, um den Grundstein zur Vollendung des Kölner Doms zu legen. Im Jahr 1840 nämlich, da nach allerlei Bausteinen zum „Dome der deutschen Einheit" gesucht wurde, war ein deutscher Gelehrter auf den Einfall gekommen, das schönste Symbol und Mittel dazu sei — der sofortige Ausbau des Kölner Doms; und das hatte weithin durch die deutschen Gauen gezündet, als ein Gedanke glücklichster Art, besonders auch in dem König von Preußen.

Einige meinten zwar, die vielen Millionen Gulden, welche der Ausbau des Kölner Doms verschlingen würde, wären nöthiger, dem immer mehr verarmenden deutschen Volke aufzuhelfen, aus welchem viele Tausende jährlich vom Elend am Kölner Dom vorüber getrieben werden zur Auswanderung in weite Fernen, und Millionen sollten nicht vermauert werden in einen Bau der Vergangenheit in den Augenblicken so schwerer Noth der Gegenwart, wo das Leben, wo das Volk mit Recht jeden in Verkehr zu bringenden Kreuzer für sich in Anspruch nehme. Diese Ansicht aber wurde als Mangel an Patriotismus erklärt, als Unempfänglichkeit für die politische und religiöse Größe der Kölner Dombauidee.

Am 4. September sprach der König von Preußen in längerer Rede unter Anderem: „Der Geist, der diese Thore und Thürme baut, ist der Geist deutscher Einigkeit und Kraft. Mögen sie für Deutschland Thore einer neuen, guten, großen Zeit werden und das große Werk verkünden den späteren Geschlechtern von einem durch die Einigkeit seiner Fürsten und seiner Völker großen mächtigen, ja den Frieden der Welt unblutig erzwingenden Deutschland; von einem durch die Herrlichkeit des großen Vaterlandes und durch eigenes Gedeihen glücklichen Preußen; von dem Brudersinne verschiedener Bekenntnisse, die inne geworden, daß sie eins sind in dem Einen göttlichen Haupte."

Der Grundgedanke der königlichen Rede, die Einheit Deutschlands, fand bei den folgenden Festen auch von andern Seiten lebhaften Anklang. Der König Wilhelm von Württemberg, der auch anwesend war, brachte ein Hoch aus auf „Deutschland, unser gemeinschaftliches großes Vaterland!" Erzherzog Johann von Oestreich sprach ebenfalls in diesem Sinne der Einheit: „So lange Preußen

und Oestreich, so lange das ganze übrige Deutschland, so weit die deutsche Zunge reicht, einig sind, so lange werden wir unerschütterlich dastehen, wie die Felsen unserer Berge." Ob er mit den Worten schloß: „Kein Preußen und kein Oestreich mehr! ein einiges, großes Deutschland!" ist sehr zweifelhaft; aber in dieser Form lief seitdem sein Trinkspruch im Munde des Volkes um, wirkte elektrisch, und wurde vielfach die Losung.

Gesagt haben kann diese Worte der Erzherzog, denn er dachte so; und als Vorsitzender der deutschen Land- und Forstwirthe zu Grätz hat er ein paar Jahre nachher den Ausspruch gethan: „Der Zielpunkt, den man in jedem Wirkungskreis festhalten muß, ist die deutsche Einheit und Einigkeit." Er hatte es erkannt, daß die deutsche Thätigkeit, wie der Welthandel, Ein Deutschland verlange von den Alpen bis zur Nordsee, und daß Deutschland zuerst auf dem ökonomischen Gebiete seine Einheit herstellen könne und solle.

Eine Wendung war, so schien's, eingetreten, da deutsche Fürsten öffentlich die Einheit Deutschlands hoch leben ließen. Der Gedanke Eines starken Deutschlands war es gewesen, wegen dessen die großen politischen Verfolgungen und Untersuchungen in den Jahren 1824 und 1832 angestellt worden waren. Jetzt war die Idee der Einheit Deutschlands als eine berechtigte öffentlich von Königen anerkannt. Noch aber schmachtete mancher edle Freund des Vaterlandes im Kerker, der nichts begangen hatte, als daß er für diese Idee glühte, und ein einiges, großes und freies Deutschland wollte, in preußischen Gefängnissen, in hessischen und bayrischen, und in östreichischen besonders.

13. Metternich's Intriken in der preußischen Verfassungsfrage.

Metternich hatte stets gegen jede Art von „deutscher Einheit" sich feindselig erwiesen. Nicht bloß die Bestrebungen, welche auf Freiheit, sondern auch die, welche auf Einheit Deutschlands gingen, hatte er verfolgt, und zu unterdrücken gesucht, besonders seit der Julirevolution. Nicht nur den deutschen, sondern sogar den schweizerischen Einheitsbestrebungen hatte er die Wiener Verträge als unwandelbare Marksteine und Gesetze entgegen gehalten. Wo von oben her auf deutsche Einheit etwas zu zielen schien, hatte er sich dagegen gestellt, je nach den Umständen drohend oder intrikirend.

Er intrikirte auch jetzt, dieser Staatskanzler des Hauses Oestreichs, und dieser böse Genius der Völker des Kaiserstaates und Deutschlands nicht nur, sondern auch seines Kaiserhauses.

Er reiste dem Könige von Preußen an den Rhein nach, einerseits, um „in Bezug auf die europäischen Fragen, sowie auf die deutschen Bundesangelegenheiten den König in Uebereinstimmung mit Oestreich zu erhalten;" andererseits und „ganz besonders gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen an der Spitze der Geschäfte eines mächtigen Staates in wechselvollen Zeiten, den König auf die nachtheiligen Folgen für die Regierungsgewalt in Preußen, und somit für das conservative Princip überhaupt, aufmerksam zu machen, die aus zu rasch aufeinander folgenden, den politischen Ideen des Jahrhunderts gebrachten Conzessionen hervorgehen könnten."

So berichtete der schweizerische Diplomat Effinger vom 9. September, mit dem Beisatz: „in den diplomatischen Kreisen Wiens zweifle man vornherein keineswegs, daß der Staatskanzler den König bestimmen werde, in den europäischen Fragen und in Sachen des deutschen Bundes mit Oestreich Hand in Hand zu gehen; dagegen besorgte man, im zweiten Punkte werde es Metternich schwer haben, den König zu gewinnen." * — In Wien wußte man natürlich wohl, was in Petersburg vorgefallen war, und warum der König, seinem Temperament nach, plötzlich eine liberale Schwenkung gemacht hatte.

Zu Koblenz hielt Metternich mit dem König seine Unterredung. Des Königs Charakter aber war so, daß er gerade am wenigsten sich beirren ließ, wenn man auf ihn eindrängte. Zudem war er von dem Empfang der Rheinländer berauscht, welche nach jener Kölner Domrede wieder meist in der Hoffnung schwärmten, „er werde nun auch den Dom der Freiheit ausbauen." Den Rheinprovinzen hatte er auch schon zu Anfang des Jahres durch Aufhebung der Kabinetsordres von 1821 und 1834, welche alle politischen und viele öffentlichen Vergehen den Schwurgerichten entzogen und unter die Strafbedingungen des altpreußischen Landrechts gestellt hatten, ein erfreuliches Geschenk gemacht. Nur Majestätsbeleidigung, Hochverrath und Münzverbrechen entzog der König ausnahmsweise auch jetzt noch den rheinischen Schwurgerichten.

* Effinger bei Adolf Schmidt, a. a. O. 589—590.

14. Die Sitzungen der „Ausschüsse". Neue Verfassungsentwürfe des Königs.

Zwar schloß der König schon am 10. November die Verhandlungen der nach Berlin berufenen „Ausschüsse" sämmtlicher Provinziallandtage. Sie waren am 18. Oktober zusammen getreten. Ihre Sitzungen waren geheim. Geräuschlos und nachhaltig zu berathen und zu schaffen, das entspreche dem National-Charakter, sagte der König. Diese vereinigten Ausschüsse — es waren für jede Provinz zwölf Mitglieder — waren zwar ein Fortschritt, eine Stufe weiter im constitutionellen Leben, wenigstens ein Anfang, wenn auch in der allerungenügendsten Form, zu einer einheitlichen Vertretung des Gesammtstaates. Es waren doch endlich einmal Ständemitglieder aller Provinzen für das ganze Reich berathend in Einem Saale beisammen. Weitere Rechte, als die karg zugemessenen der Provinzialstände, hatten sie nicht. Einzelne Stimmen hatten darum ihre Bedeutungslosigkeit vorausgesagt.

Den überspannten Erwartungen konnten sie nicht entsprechen. Aber sie gaben doch mehr, als die Voraussagung erwartete, trotz der Mängel ihrer Einrichtung. Gesetzvorlagen, wie die über den Bau der Eisenbahnen, und wie die andern, schienen es unmöglich zu machen, allgemeine politische Fragen in die Berathung zu ziehen, und doch wurde die Berathung über das Eisenbahnnetz „ein scharfes Eck," das sich tief hinein trieb in die Blöße des Regierungssystems. Die Mehrheit in den Ausschüssen war für den Bau auf Staatskosten. Die Regierung war dagegen; aus praktischen Gründen, wie sie sagte.

Die praktischen Gründe aber sprachen gerade gegen die Regierung, und der Finanzminister wußte wohl, daß die Opposition Recht hatte, und die Opposition wußte recht gut, woran es bei der Regierung häkle. Das Gesetz vom 17. Januar 1820 sagte ausdrücklich, „es solle keine neue Anleihe oder sonstige Staatsschuld ohne Zuziehung der Garantie von Reichsständen gemacht werden." Die Staatseinnahmen waren aber nicht hinreichend für die Herstellung des Eisenbahnnetzes; es hätte dazu einer Anleihe bedurft; die Anleihe bedurfte der Reichsstände; Reichsstände waren nicht da, und eine reichsständische Verfassung zu geben, war der König vorerst nicht gesonnen.

Erst nach langer Vermittlung übernahm die Mehrheit der Ausschüsse die Zinsengarantie; die Bürgerlichen in den Ausschüssen waren

es größtentheils, welche dabei blieben, die gegenwärtige Versammlung sei auch dafür nicht zuständig und befugt. Selbst diese schwache Opposition erregte das Mißfallen des Königs. Er warnte die Abgeordneten davor, Repräsentanten des Windes der Meinung und der Tageslehren zu sein. Er stellte die Sache so hin, als hätten die Mitglieder der ständischen Ausschüsse, „weil sie Rathgeber der Krone seien, vorzüglich auch gegen die Krone Verpflichtungen," als wären sie eine Art „Beamte der Krone."

Um den ihm verhaßten „vom Volke gewählten Reichsständen" auszuweichen, und weil er nicht gewillt war, seine „absolute Königsgewalt" sich durch irgend etwas beschränken zu lassen, oder freiwillig an eine Person oder an eine Einrichtung etwas davon abzutreten, „beschäftigte sich der König im Laufe des Jahres 1843 persönlich mit der Auffindung von Normen, um den preußischen Provinzialversammlungen in veränderter Form und ohne Schwächung der monarchischen Gewalt einen größeren Spielraum zu verleihen."

Auf so ein Scheinbild eines Schattens von constitutionellem Leben wandte der König noch in der ersten Hälfte des Jahres 1854 mit Vorliebe seine Gedanken und seine Thätigkeit. Herr von Bunsen, jetzt Gesandter in London, wurde während seiner Anwesenheit in Berlin öfters dabei vom Könige zu Rathe gezogen. Bunsen war ein im Religiösen in's Helle strebender, im Politischen ganz constitutionell gesinnter Mann, welcher später wenigstens sogar öffentlich vom religiösen Standpunkt aus den Absolutismus verwarf und die constitutionelle Regierungsform für die dem Christenthum entsprechende erklärte.

Daraus ergab sich, daß der König in diesen Monaten von jener kirchlichen Partei, welche die Weihrauchpfanne des Absolutismus schwang, insbesondere von den Berliner Muckern, für seine Person sich abgewandt hatte.

Er erkannte und fühlte wohl, wie sehr ihm diese in Preußen und Deutschland geschadet hatten, durch ihr unpolitisches Heraustreten: hatte doch Stahl, der Fahnenträger des Absolutismus, von dem die Zeitungen im Umlauf sagten, daß er „auf Avancement diene," offen erklärt, die „sogenannte constitutionelle Theorie sei aus einem unchristlichen, ja atheistischen Sinne hervorgegangen, und habe zuletzt die französische Revolution geboren. Es gebe nur zwei politische Parteien in Deutschland, Christen und Nichtchristen, habe

man kürzlich gesagt, und es sei eine gewisse Wahrheit an diesem Wort." Solches Auftreten mußte dem feineren Gefühle des Königs denn doch gar zu plump und lästig erscheinen. Auch hatte das englische Staats- und Volksleben einen noch zu frischen und großartigen Eindruck in dem Könige zurückgelassen, als daß er mit Stahl einverstanden gewesen wäre, welcher diesen Staat die „Entartung des christlichen Staates," ja eine „Verkehrung des Verhältnisses zwischen König und Volk" genannt hatte, so lauten Beifall seine kleine Partei dem Servilismus Stahl's zujauchzte.

15. Gegenwirkungen der absoluten Partei.

Um die Mitte des Jahres 1844 waren „die königlichen Entwürfe" einer Scheinverfassung, die unter Beiziehung Bunsens von dem König ausgearbeitet worden waren, so weit fertig, daß er dieses constitutionell-schillernde, den Verfassungsformen der Neuzeit, ohne das Wesentliche derselben zu haben, sich annähernde Erzeugniß seines Geistes und seiner Gesinnung als Grundgesetz schon mit dem Jahre 1845 dem preußischen Volke oktroyiren wollte. Es trat aber erst zwei Jahre später in der Erscheinung des „vereinigten Landtags" auf die politische Schaubühne.

Sobald von den königlichen Entwürfen nähere Kunde nach Petersburg und Wien kam, geriethen Kabinete und Diplomatie und die ganze vielverzweigte Partei des Absolutismus in Bestürzung und Aufregung. Der König von Preußen, hieß es, „huldigt dem constitutionellen Princip; er will eine Constitution geben mit vollständiger Einrichtung eines Reichsparlaments, mit vollständiger Oeffentlichkeit der Verhandlungen." Als im August 1844 Metternich vom Inhalt der königlichen Entwürfe volle Kenntniß erhalten hatte, „da gab man, schreibt der schweizerische Gesandte Effinger, in den Kreisen des Hofes zwar zu, diese Verfassung sei durchaus conservativ gehalten, doch fanden die Entwürfe bei dem Kabinet keinen besondern Anklang; vielmehr riefen sie sofort wohlmeinende Vorstellungen hervor über die Schwierigkeit, auf der einmal betretenen Bahn sich nicht von den Umständen fortreißen zu lassen, und noch andere Bedenken tauchten auf. Man sagte sich, die unwiderrufliche Einführung des constitutionellen Princips in Preußen, sie möge in noch so durchaus conservativem Sinne geschehen, müsse eine außerordentliche Rückwirkung auf ganz Deutschland ausüben. Ungeahnte Erscheinungen dürften in den öffent-

lichen Zuständen auftauchen, und das constitutionelle Deutschland darauf hingewiesen werden, sich vorzugsweise an Preußen anzuschließen, das auf diese Weise mit dem überwiegenden Ansehen, das ihm der Zollverein leihe, noch eine andere Art von Suprematie verbinden würde." *

Die aus allerlei Zusammenflüssen bestehende Partei des Rückgangs in Preußen lehnte sich, in ihrem militärischen Bruchtheil, damals, an den Prinzen von Preußen, den künftigen Thronerben, und in Wien versicherte man, der Prinz habe „aufs Bestimmteste gegen die Ertheilung einer Constitution sich erklärt," und gegen die Durchführung des königlichen Verfassungsentwurfs eine „Protestation" eingelegt. Dieser „Widerstand dürfte zwar, seien einmal die Keime gelegt, die naturgemäße Entwicklung nicht hindern; doch sei er geeignet, sie zurückzuhalten." **

Der König ließ seine „königlichen Verfassungsentwürfe" liegen. Dennoch blieb er in den Kabineten von Wien und Petersburg, wie der schweizerische Diplomat sich ausdrückte, „ein Gegenstand der Sorge." Der russische Kaiser erließ an ihn eine Einladung zu einer Zusammenkunft in Kalisch, im Frühling 1845; Friedrich Wilhelm IV. lehnte sie ab. Er wollte eben so wenig Erörterungen über seine Verfassungsversuche aus dem Munde seines Schwagers hören, zumal ihm die von jener silbernen Hochzeit her noch nachklangen, als aus dem Volke, durch die Presse.

Das Dareinreden der auswärtigen Kabinete war ihm so widerwärtig, als der öffentlichen Stimme Zugeständnisse zu machen, und auf Anregung von Unten etwas zu thun. Nicht einmal die von den Provinzialständen gewählten Ausschüsse rief der König im Jahre 1845 wieder zusammen; und wer vertrauter war mit dem, was in Preußen vorging, der begriff zwar, daß die zunehmende politische Bewegung und Gährung im preußischen Volke für die Freunde des Absolutismus ein „Gegenstand der Sorge" sein könnte, nicht aber, wie des Königs und seiner Minister Vorgehen im Lande auswärts Bedenken zu erregen vermochte, als ob es vor der Thüre sei, daß der bisherige Absolutismus in Preußen aufhöre. Der Absolutismus stand theoretisch und praktisch in Preußen noch immer in voller Blüthe.

* Effinger bei A. Schmidt, a. a O. 592.

** Effinger bei A. Schmidt, a. a. O. 593.

16. Wachsthum des Absolutismus, und seine Mittel gegen die öffentliche Meinung.

Dem Geiste in der Zeit wurde vom König in keinem seiner Schritte Rechnung getragen; er war und blieb der „romantische" König des byzantinischen Mittelalters, nicht des deutschen Mittelalters, wie man ihn fälschlich schon genannt hat. Die verfassungsmäßige Beschränkung, in welcher sich die deutschen Könige im Mittelalter bewegen mußten, war kein Gegenstand für seine Begeisterung und seine Liebhaberei, so wenig als die Verfassungen der Neuzeit in den kleinern und größern Verfassungsstaaten, deren Hauptgrundzüge nach allgemeinem Anerkenntniß auf alle gebildeten Völker und Länder passen.

Der König, der den Vertretern von Breslau sagte: „Ich kann die politischen Institutionen besser beurtheilen als Sie," wollte keine andere ständische Vertretung, als eine solche, bei welcher „das väterliche Regiment," das patriarchalische, welches der große Schön für unzurückführbar erklärt hatte, ungeschmälert bliebe.

Dem Fürsten Metternich gab er den Orden pour le mérite, welchen er für Gelehrte, Dichter und Künstler stiftete; auch den romantischen Dichtern Ludwig Tieck und Wilhelm von Schlegel gab er ihn, aber nicht demjenigen, welcher nach Schiller der nationalste Dichter seines Volkes ist in poetischer und prophetischer Verkündung der Zeitideen, nicht dem Dichter Ludwig Uhland: Uhland war zugleich freisinnigster Volksabgeordneter, ohne seinen Willen ein verehrtes Haupt der parlamentarischen Opposition im engern und weitern Vaterlande.

Zu dem, als wäre die auszeichnungswürdige Kunst und Wissenschaft vorzugsweise nur im „Staate der Intelligenz" zu finden, waren unter den dreißig deutschen Ordensrittern, deren Zahl das Statut zuließ, sechsundzwanzig Preußen. Und unter diesen Preußen — war Eichhorn der Träger dieses Ordens.

Unter Eichhorns Kult-Ministerium wurde die Lehr- und Glaubensfreiheit ohne Scheu beschränkt und beeinträchtigt, und die Unduldsamkeit und Verketzerungssucht stieg bis zur Verfolgung der Wissenschaft und der Gewissensfreiheit. Selbst das Heilige zog Eichhorn, in seiner Abgeschmacktheit, in das Burleske herab: auf seine Empfeh-

lung bildete sich in Berlin ein Studentenverein zum „historischen Christus." Ein Ministerialerlaß befahl, der Religionsunterricht auf Gymnasien sei nur solchen anzuvertrauen, welche zu den „Rechtgläubigen" gehören. Zu Wittenberg im Prediger-Seminar erklärte Eichhorn offen, das Ministerium der kirchlichen Angelegenheiten sei durchaus nicht „indifferent," sondern „parteiisch, ganz parteiisch;" es gehöre ganz zur kirchlich-rechtgläubigen Partei, und „in diesem Sinne nehme es seine Anordnungen, seine Ernennungen und Beförderungen vor."

Das Ministerium des Innern, unter Arnim, fand in dem leisen, ehrfurchtsvollen, censurgemäßen Tadel, den die eine oder die andere Zeitung aussprach, „ein Gift der schlechten Presse." Freisinnige Professoren wurden abgesetzt, und Stahl trug die Sätze der äußersten Schattirung der kirchlichen Partei vor, auf demselben Lehrstuhle zu Berlin, auf welchem Eduard Gans Staats- und Rechtsphilosophie im Geiste der Zeit gelehrt hatte. Wer auch nur bescheidenen Gebrauch von seinem christlichen Rechte, seine Meinung zu sagen, in der Presse machte, und vorsichtig und artig nicht die Person der Regierung, sondern ihr Regieren besprach, wurde von Eichhorn wie von Arnim verfolgt, auch wenn das Besprechen so war, daß die Censur es unbeanstandet abdrucken ließ. Beide Minister zeigten sich stets aufgeregt, gereizt über den bescheidensten Angriff in der Presse. „Dergleichen liege über den Gesichtskreis der Unterthanen hinaus," war ja die Weissagung, mit welcher Graf Arnim sein Ministerium angetreten hatte.

Der Hochmuth beider Männer war um so größer, je mehr er der tieferen geistigen Grundlage entbehrte, und erlaubte sich immer mehr, ungewarnt von dem Schicksal des Herrn von Tzschoppe, der in diesen Tagen starb. Dieser Genosse des Herrn von Kampz, jener Geheimerath, welcher sich in den politischen Untersuchungen der Jahre 1835 und 1836 einen Namen gemacht hatte, er, der unversöhnlichste Feind jeder freieren Bewegung der Presse, verendete im Irrenhaus. Blödsinnig war er geworden, und Viele sahen darin ein Gottesurtheil, eine Strafe schon auf Erden.

Eichhorn und Arnim wetteiferten in reaktionären Mitteln gegen die öffentliche Meinung. Alle Zeitungen, in welchen etwas gegen sie geschrieben worden, alle bei denen es thunlich war, wurden unterdrückt; zuerst die „Rheinische Zeitung."

Redakteure und Mitarbeiter dieser Zeitung, der beliebtesten in den

Rheinlanden, waren dem Ministerium und seinen Maßregeln geistig so überlegen, und schrieben so vorsichtig, daß das Blatt in seinem Geiste sich gleich blieb, trotz dem, daß eigens ein Beamter des Ministeriums von Berlin aus zur Censur derselben entsendet, und dem Regierungspräsidenten die Nachcensur befohlen war. Gerade diese Verfolgung von Oben machte die Zeitung erst noch recht populär. Sie wurde unterdrückt am 1. April 1843. Als Grund gab der Ministerialerlaß an: „Zügellosigkeit des Ausdrucks und der Gesinnung, die sich darin kund gegeben, hartnäckig festgehaltene bösartige Tendenzen."

Damit hatte das Ministerium vor jedem Verständigen sich selbst gerichtet: denn entweder konnte man trotz strengster Censur und Nachcensur „zügellos im Ausdruck und in der Gesinnung" schreiben, und dann war also die Censur etwas Ueberflüssiges, da sie ihrem Zwecke nicht entsprach; oder war der Vorwurf des Ministerialerlasses eine Lüge. Das Volk murrte über den Ministerialerlaß. Aus den gebildeten Kreisen der Rheinlande kamen „Petitionen" nach Berlin um Rücknahme des Verbots. Den Beamten, welche dieselbe mit unterzeichnet hatten, wurden „Verweise" gegeben; den Advokaten von Düsseldorf und Köln wurde eröffnet, mit „Mißfallen habe der König bemerkt, daß auch Beamte sich an Demonstrationen gegen Verwaltungsmaßregeln betheiligt haben, und er ermahne sie, sich gereiftere Ansichten über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beschaffen."

Was die Rheinische Zeitung für die Rheinlande und den ganzen preußischen Staat war, das tägliche Organ der freisinnigen Richtung: das war die „Königsberger Zeitung" für Ostpreußen und für den ganzen Staat. Diese Zeitung, welcher Herr von Schön sehr nahe stand, hatte vor der Rheinischen Zeitung das für sich voraus, daß sie gerade bei ihren zeitgemäßesten Artikeln sich bemühte, der Eigenthümlichkeit des Königs eher zu schmeicheln, als sie zu verletzen. Darum wagten weder Eichhorn, der Mann der kirchlich-absolutistischen Partei, noch Graf Arnim, der Mann der Junkerpartei, sich an die Zeitung selbst. Um so schwerer warf sich Eichhorns Ungnade auf einen ihrer vorzüglichsten Mitarbeiter, auf Witt, einen der ausgezeichnetsten Lehrer am Königsberger Gymnasium. *

Eichhorn befahl ihm, jede Theilnahme an der Zeitung aufzugeben,

* Es ist derselbe, der im März 1860, nach sechzehnjähriger Amtsentsetzung, durch S. K. H. den Prinzregenten auf Antrag des Kultministers v. Bethmann-Hollweg wieder in's Amt trat.

als unverträglich mit seinem Amt. Witt bewies durch die glänzenden Zeugnisse seiner Vorgesetzten, daß seine schriftstellerische Thätigkeit ihn bis jetzt nicht verhindert habe, das Ausgezeichnetste in seinem Amte zu leisten. In diesem Beweisentgegenhalt sah der Kultminister einen „sträflichen Ungehorsam." Er suspendirte ihn.

Obgleich die städtischen Behörden von Königsberg, in deren Amtskreis das Gymnasium gehörte, die ernstesten Vorstellungen gegen diese Maßregel machten, blieb Eichhorn dabei; ja er ließ die gerichtliche Untersuchung gegen Witt einleiten. „Wegen strafbaren Ungehorsams und vorsätzlichen Zuwiderhandelns gegen die Vorschriften seines Amtes," wollte Eichhorn ihn abgesetzt wissen. Dafür aber erhielt der Minister im Oberlandesgericht auch nicht eine einzige Stimme. Nur eine Geldbuße von dreißig Thalern sprach das Gericht aus, und auch diese nur mit vier gegen drei Stimmen.

Diese Niederlage machte Eichhorn, über welchen der ganze Hochmuth geistiger Verkommenheit sich breit gelegt hatte, nur um so wüthender auf die „Leipziger Allgemeine Zeitung."

In dieses Blatt schrieben der Wunsch und die Klage in Preußen, was sie im Lande wegen der Censur nicht aussprechen durften. Gerade die Person und die Mißgriffe Arnims, des Ministers des Innern, und Eichhorns, des Ministers des Kirchen- und Schulwesens, wurden besonders darin freimüthig besprochen. Eichhorn und Arnim legten dem König einen Antrag auf das Verbot dieser Zeitung vor, als „einer Niederlage von Lügen, Entstellungen, böswilligen Angriffen über und gegen Preußen, seine Einrichtungen, seine Verwaltung, seine Beamten, nicht nur im Einzelnen, sondern in ihrer Gesammtheit."

Der König genehmigte das Verbot: er war durch diese Zeitung so eben persönlich verletzt worden, durch Veröffentlichung eines Briefes des Dichters Georg Herwegh, welchen dieser an den König geschrieben hatte, über Zustände und Zukunft Preußens. Die Ausweisung des Dichters aus Preußen, den der König zuvor mit ungewöhnlicher Huld empfangen hatte, und polizeiliche Fahndung nach ihm, sowie das Verbot der Leipziger Allgemeinen Zeitung folgten unmittelbar auf den Brief und dessen Veröffentlichung zu Ende Dezembers 1842.

17. Bülow-Cummerow's Kritik der preußischen Verhältnisse.

„Jetzt betrachtet man es in Preußen gar als eine Anmaßung, wenn man der Regierung wohlgemeinte Rathschläge ertheilt," schrieb der Freiherr von Bülow-Cummerow im Jahre 1843. Dieser Preuße, der nicht im Staatsdienste stand, der loyalste und gemäßigtste Mann, hatte im Jahre 1842 eine Schrift geschrieben über Preußen, seine Verfassung, seine Verwaltung und sein Verhältniß zu Deutschland. Diese Schrift, in welcher er klüglich des Königs „hohe Gaben und edeln Willen" feierte, deckte daneben die wunden Stellen des preußischen Staates auf, gab aber auch Mittel zu ihrer Heilung an.

Ganz Deutschland schenkte der Schrift Aufmerksamkeit und Beifall; nur der Regierung mißfiel Derartiges so, daß Bülow sich in der Lage sah, diese Beleuchtung preußischer und deutscher Verhältnisse im Auslande drucken zu lassen. Beißend sagte er am Schluß der Vorrede, „um die einheimischen Drucker nicht leiden zu lassen, habe er eine eben so starke Auflage bis zum ersten Bogen noch in Berlin drucken lassen, nicht um sie auszugeben, sondern um sie dem Verhängniß anheim fallen zu lassen."

Das Ergebniß seiner Kritik war: umsichgreifende Mißstimmung; Mißtrauen der öffentlichen Meinung gegen angestellte Personen; Unmöglichkeit, daß es so bleiben könne, wie es jetzt sei; Nothwendigkeit der ständischen Controle der Staatseinnahmen und Ausgaben, der Anleihensgarantie durch die Stände, und des Rechts, wenn auch nicht die Steuern überhaupt, so doch die außerordentlichen und die neuen Steuern zu bewilligen oder zu verweigern. Er forderte, die Regierung solle vor Erlaß gesetzlicher Bestimmungen das Publikum hören; Freiheit der Presse forderte er auch; denn eine Verwaltung, welche die Presse ungebührlich beschränke, erkläre sich für schwach; sie erkenne stillschweigend an, entweder daß sie den Schriftstellern ein geistiges Uebergewicht einräume, oder daß noch wesentliche Mängel bestehen, die sie nicht abändern wolle. In Preußen aber sei bisher die Presse ungebührlich beschränkt gewesen.

Während Bülow-Cummerow in den besoldeten Blättern geschimpft wurde, und während eben dadurch seine Schrift desto mehr Auflagen schnell nach einander erlebte: war die Abneigung des Königs gegen seine Vorschläge nur noch verstärkt worden, und Bülow-Cummerow war ihm ein augenscheinlicher Beweis, daß die Ansteckung des

Liberalismus bereits weit hinauf um sich gegriffen habe, und daß, wenn er eine Verfassung gäbe, welche die Abgeordneten aller Theile des Reichs in Einem Saale versammelte, diese, selbst mit beschränktem Befugnißkreis, eine Sprache führen würden, wie man sie nicht wünschte.

Die Censur wurde verstärkt; man griff sogar wieder auf die Censurinstruktionen der traurigsten Zeit Deutschlands, auf die von 1819 und 1824 zurück. Es fiel auf, daß die preußische Regierung der Ansicht war, was vor vierundzwanzig Jahren in Betreff der Presse von dem Absolutismus für Preußen passend gefunden worden, sei noch jetzt wörtlich anwendbar auf die allgemeine Bildungsstufe des preußischen Volkes.

Graf Arnim stellte eben damit dem preußischen Volke das Zeugniß aus, es habe nach seiner Meinung in dieser Hinsicht gar keinen Fortschritt gemacht. Was die öffentliche Meinung mit Worten nicht sagen durfte, sagte sie in Karikaturen. Graf Arnim führte jetzt die Bildercensur wieder ein, und diese hatte doch sogar Rochow aufgehoben, weil sie einer gesetzlichen Grundlage entbehrte! —

18. Die Opposition der Landtage.

So sehr Eichhorn und Arnim solche Mittel gegen die öffentliche Meinung und gegen den Geist in der Zeit richteten, so schärfte dieser Geist gerade an diesen Maßregeln, die gegen ihn berechnet waren, seine Widerstandskraft, und die Zeitbewegung kreiste immer weiter und tiefer in Preußen. Die meisten größeren Städte drangen auf Oeffentlichkeit der Gemeindeverhandlungen. Aber selbst der Oeffentlichkeit im Gemeindeleben glaubte die Regierung nicht Raum geben zu dürfen.

Die Provinziallandtage zwar in der Provinz Sachsen, in der Mark, in Pommern und Schlesien hatten sich im Jahre 1843 in ihrer Mehrheit noch königlicher gesinnt, als der König selbst, gezeigt. Die Zahl der städtischen und bäuerlichen Vertreter war zu gering, und die Stimme der Mehrheit unter den Adeligen zu laut, die immer wiederholte: „Wozu es Verfassungsgewähren brauche? die könne der Preuße gleichgültig betrachten, da das bloße Wort seines Monarchen alle weitere Bürgschaft überflüssig mache.“ —

Selbst freisinnige Männer unter dem Adel, wie unter den bürgerlichen Vertretern, waren schüchtern und schweigsam geworden, da

der König, was über seine Beamten und ihre Regierungsweise gesagt wurde, immer mehr persönlich nahm, und das an ihm noch herber heraustrat, als Anfangs.

Der König fühlte sich mehr und mehr nicht nur als das „höchste Subjekt im Staate," sondern als das „geniale Subjekt," wie Gustav Sigmund sagt. In Rücksicht darauf und auf ihre kleine Zahl, schwiegen Manche. Sie hatten noch nicht erprobt, wie stark der Freimuth einer schwachen Zahl ist, wenn er sich auf das Recht und die Zustimmung einer Nation stützen kann. Weil so gefügig die große Mehrheit der Landtage war, wurde der König nur noch ungnädiger gegen die, welche es wagten, als Opposition aufzutreten. Durch das Benehmen der Mehrheit bestärkte er sich in dem Glauben, als fühle sich unter der bisherigen Regierungsweise sein ganzes Reich glücklich.

Nur die Stände in Posen, in Ostpreußen, und am Rhein führten eine feste, den Interessen des Staates angemessene Sprache.

Die in Posen forderten in einer Adresse die Erhaltung ihrer Nationalität, und das freie Wort in der Presse, und eine Reichsverfassung, die Lösung des Königsworts von 1815. Da erklärte der König zum Befremden von ganz Europa: „Das Gesetz von 1815 (jene feierliche Verheißung einer Reichsverfassung) sei unverbindlich für ihn, da schon sein Vater die Ausführung dieses Gesetzes für unthunlich gehalten habe;" jenes Königswortes, dessen Erfüllung das preußische Volk mit seinem Blute vorausbezahlt hatte, als es Thron und Reichsgränzen seinem Fürstenhause wieder herstellte. Der König erklärte weiter, er werde, wenn die Nationalitätsansichten der Adressenunterzeichner als die des posen'schen Landtages sich kund geben sollten, die Stände des Großherzogthums an der dem Lande gegebenen Verheißung, die Provinzialstände in regelmäßigen Perioden zu versammeln, nicht ferner theilnehmen lassen.

Daß der König sich so das Recht zusprach, die Provinzialstände beliebig in dieser oder jener Provinz nicht zusammen zu berufen, oder — eine Deutung, die auch noch möglich war — die Stände einer Provinz an den vereinigten Ausschüssen nicht Theil nehmen zu lassen, — das dünkte nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland sehr bedenklich.

Der König erklärte endlich, „über die Presse habe er seinen Willen deutlich genug ausgesprochen (er hatte in der Censurverordnung „die Zeitungsschreiberei das Uebel schrankenloser Verbreitung verführerischer Irrthümer und verderbter Theorien" genannt). Die Stände

dürfen nach diesem nicht eine Aenderung dieses seines Willens erwarten. Er hoffe, die Stände werden es bereuen, Aeußerungen so schmerzlicher Natur gegen ihn gethan zu haben."

Mehr als durch Alles, was bisher geschehen war, schadete sich der König in ganz Deutschland durch die Behauptung, das Gesetz von 1815 sei unverbindlich für ihn. Denn dieses Gesetz bestand rechtlich, in jeder Weise und unter allen Umständen, nach der Ansicht aller Parteien. Selbst der äußerste Reaktionär hatte das Zurechtbestehen dieses Gesetzes bis zur Stunde niemals in Abrede gezogen, und darum nur, wiewohl ohne Glück, sich abgemüht, dem Gesetz eine gewisse Deutung zu unterschieben.

Der Landtag in Posen ließ sich aber durch des Königs Antwort nicht beirren; er ging auf der Bahn der Adresse fort.

Der Landtag in Ostpreußen machte alle freisinnigen Wünsche des Volkes zu seinen eigenen, und legte sie vor den Thron. Besonders warm sprach er für die Freiheit des Gewissens, der Lehre und der Presse. Der Landtag setzte aus sich einen Ausschuß nieder, um zu untersuchen und zu berichten, wie weit Grund zu Besorgnissen in dieser Hinsicht sei. Der Ausschuß ging alle die Maßregeln Eichhorns und anderer Minister durch, und dieses ganze System erschien ihm so bedenklich, daß er seinen Bericht mit dem Antrag schloß, der Landtag solle in einer eigenen Denkschrift dem Könige „die Befürchtungen des Landes vortragen und um geeignete Mittel zur Beruhigung der Gemüther und zur Bewahrung der Lehr- und Gewissensfreiheit allerhöchsten Orts bitten." Ging der gesammte Landtag auf diesen Antrag seines Ausschusses ein, so hatte das so viel Gewicht, als eine förmliche Anklage des Ministers Eichhorn.

Der Landtag aber hielt es unter den gegebenen Umständen für zweckmäßiger, bloß zu Protokoll zu erklären, „es sei zwar eine Anzahl evangelischer Geistlichen von hierarchischen Bestrebungen nicht frei zu sprechen; die Begünstigung der orthodox-pietistischen Richtung von Seite der Regierung lasse sich nicht verkennen; deßhalb seien Befürchtungen wegen beabsichtigter Beschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit vielfach verbreitet. Es sei jedoch nicht an der Zeit, diese durch eine Denkschrift zur allerhöchsten Kenntniß zu bringen, da man von der Weisheit des Königs erwarten dürfe, allerhöchst derselbe werde die freie Presse seinem Volke nicht vorenthalten, am allerwenigsten aber dieselbe auf dem Gebiete der freien wissenschaftlichen Forschung

in irgend einer Art beschränken wollen, wodurch dann jede Besorgniß vor Geistes- und Gewissenszwang von selbst in sich verfalle."

Am Schlusse seiner Sitzung stellte der Landtag den Antrag an den König um Gewährung voller Preßfreiheit.

Hinter solchen Vorgängen wollte der rheinische Landtag nicht zurückbleiben. Bisher waren die Sitzungen der Landtage alle geheim gewesen, eben so die Protokolle. Nicht einmal die Namen der Redner durften in den Protokollen genannt werden. Nur was der Censur des Ministeriums zu Berlin, wohin die Protokolle eingesandt werden mußten, beliebte, wurde davon veröffentlicht, nur das Kahlste und Unbedeutendste. Ganze Verhandlungen kamen gar nicht zur Oeffentlichkeit, andere nicht nur so beschnitten, sondern so ganz verändert, daß die Landtage darüber aufs Höchste sich beschwerten.

Der rheinische Landtag trug darum 1843 darauf an, die Protokolle in den Zeitungen zu veröffentlichen und die Namen der Redner darin aufzuführen. Das Ministerium wies das ab: man wollte nicht, daß das Volk seine Männer von den unbedingten Werkzeugen der Regierung zu unterscheiden Gelegenheit erhalte, und bei seinen nächsten Wahlen, wie bei den Beweisen seiner Achtung sich darnach richten könne. Die freimüthigen Aeußerungen der Stände sollte es nicht nur nicht zu hören, sondern nicht einmal zu lesen bekommen.

Das rheinische Gesetzbuch mit seinen Geschworenen hätte eine Partei in Berlin schon unter dem vorigen Könige gar zu gerne beseitigt. Aber selbst die rheinische Geistlichkeit, welche damals ihre revolutionären Umtriebe gegen die Regierung machte, hatte die Geschworenengerichte als das einzige von den früheren Vorrechten der Rheinlande übergebliebene Gut hingestellt. Der jetzigen Regierung traute man dieselben Gelüste zu und schon darum verwarf der Landtag den königlichen Entwurf des neuen Strafgesetzes. Einstimmig beschloß er, den König zu bitten, daß unter Zugrundlegung der rheinischen Gesetzgebung und der betreffenden Berathungsprotokolle des Landtags ein neuer Entwurf des Strafgesetzbuchs ausgearbeitet, und solcher den rheinischen Gerichten zur Begutachtung, der Presse zur Veröffentlichung übergeben werde.

Zu Düsseldorf gaben die Rheinländer dem Landtag ein großes Festmahl. Eine Kabinetsordre erklärte „solche Demonstrationen, deren Unwerth in's klarste Licht gestellt sei, seien nur im Stande, Lärm zu erzeugen, ohne irgend einen Einfluß auf die Sache, auf die Entschließung des Königs und auf den Gang seiner Regierung üben zu

können." Dasselbe Ministerium aber, das solche Kundgaben des Volkes für werthlos erklärte, beeilte sich gleichzeitig, dieselben für die Zukunft zu verbieten, und darauf ein Gesetz anzuwenden, das gar nicht darauf paßte, das Bundesgesetz von 1832, nach welchem „Volksversammlungen" und „Volksfeste" ohne polizeiliche Genehmigung nicht stattfinden dürfen. Es machte einen eigenthümlichen Eindruck in Deutschland, selbst bei den Conservativsten, daß man dieses Bundesgesetz für das Verbot anzog, gleich als wären Festessen in einem Saale Hambacher Volksversammlungen und Volksfeste; denn auf solche Versammlungen, wie die zu Hambach, im Freien, bei welcher gegen dreißigtausend Menschen beisammen gewesen waren, bezog sich jenes Bundesgesetz.

Unbeirrt durch diese Kabinetsordre stellte der rheinische Landtag mit großer Mehrheit den Antrag an den König, die vereinigten Ausschüsse in „Reichsstände" mit denjenigen Befugnissen zu verwandeln, welche das Gesetz vom 22. Mai 1815 denselben zuerkenne. Ebenso beantragte der Landtag ein besonderes Handelsministerium und die politische Gleichstellung der jüdischen mit den christlichen Staatsgliedern.

Der größere Theil des rheinischen Adels hatte zu diesen Beschlüssen mitgewirkt. Aber Alles, was die Stände von allgemein politischer Bedeutung an den Thron brachten, wurde vom König abgelehnt. Die ostpreußischen Stände zogen sich durch ihre Anträge das Mißfallen, die rheinischen die Ungnade des Königs zu. Die Anträge auf Preßfreiheit wurden mit dem Bemerken abgelehnt: „Keine gute und edle Richtung in dem Gebiete der Literatur sei durch die neuen Censurgesetze in der ihr gebührenden Freiheit beschränkt; wenn aber freche und boshafte, auf Untergrabung der göttlichen und menschlichen Gesetze gerichtete Tendenzen sich durch diese Verordnungen in den Landen des Königs beängstigt und belästigt fühlen, so entspreche dies vollkommen dessen Absichten."

Gleich darauf erschien eine Schrift, in welcher die hauptsächlichsten Verhandlungen des rheinischen Landtags von 1843 zusammengestellt waren, ohne irgend eine weitere Betrachtung, ohne Bemerkungen und Anmerkungen; diese waren absichtlich unterlassen. Dennoch wurde die Schrift sofort vom Ministerium verboten. Man fragte sich in Deutschland, ob die preußische Regierung diese Schrift, welche lediglich nur Thatsachen enthalte, auch unter die „frechen und boshaften, auf Untergrabung der göttlichen und menschlichen Gesetze gerichteten Tendenzen" rechne?

Dieses Ministerium Eichhorn-Arnim, welches von Haus aus ein Mißgriff war, und dessen ganze Regierung als eine Kette von Mißgriffen erschien, wirkte in doppeltem Sinne nicht gut auf den König: es verdunkelte seinen Blick, und reizte ihn einerseits; andererseits brachte es ihn zur öffentlichen Meinung in Preußen und ganz Deutschland in ein Licht, das ihm höchst ungünstig war, und eben so den Bestrebungen der preußischen Politik in Bezug auf Deutschland allen Erfolg nahm.

Ein beliebter und namhafter Schriftsteller, der immer höchst gemäßigt schrieb, Häring (Willibald Alexis), wandte sich, weil seine Artikel für die Vossische Zeitung von der Censur so lange hingehalten, theilweise durchstrichen wurden, klagend an den König selbst. Der König antwortete: „Mit Widerwillen habe ich einen Mann von Ihrer Bildung und literarischer Bekanntheit unter der Klasse Derer gefunden, die es sich zum Geschäft machen, die Verwaltung des Landes durch hohle Beurtheilung ihres nicht von ihnen begriffenen Geistes vor der großen, meist urtheilslosen Menge herabzusetzen."

19. Höhepunkt des Eichhorn-Arnim'schen Systems.

Auf dem religiösen wie auf dem politischen Gebiete nahm die Ueberwachung täglich zu. „Die rechtgläubige Gesinnung," d. h. der den Absolutismus predigende Servilismus, wurde noch schärfer erforscht vor der Anstellung, nicht nur bei Geistlichen und Lehrern, sondern im ganzen Staatsdienste. Wie in Bayern das Ministerium Abel Alles, auch das Heer, „ultramontan" aufzufärben suchte, so sollte in Preußen Alles einen „rechtgläubigen" Anstrich erhalten: das ganze Volk, die Dichtkunst, die Wissenschaft, die Verwaltung, das Heer.

Viele vom Adel, außerhalb des Heeres, der Hofadel ganz, zeigten sich in täglichem Wachsthum des Frommseins begriffen; der Adel des Heeres, also nahezu das ganze Offiziercorps, da selbst die wenigen höheren bürgerlichen Offiziere der Gleichförmigkeit wegen geadelt worden waren, — nahm wenigstens den Schein der Rechtgläubigkeit an, die vom Hof ausging, wenn sie auch nicht bei allen zum religiösen „Durchbruch" kam. Daß es nur ein Schein der Religion war, dafür spricht eine allbekannte traurige Erscheinung: ein Geist des Hochmuths, der mit der Religion der Liebe und der Demuth nicht zusammengehen kann, war meist in dem Adel des Hofes und des Heeres, und wurde darin gepflegt.

Der große Mann von Sanssouci, Friedrich II., sagte zu seinem Bruder, dem Prinzen von Preußen: „Alle Menschen sind Kinder Eines Vaters und bilden Eine Familie; trotz alles Hochmuths, den Euer Rang Euch gibt, sind sie Euch gleichgeboren; sie sind von Eurem Blut. Oeffnet stets das Herz ihrer ungestümen Klage und bedeckt ihr Elend mit Eurem Glücke. Wollt Ihr wirklich über ihnen stehen, zeigt Euch menschlicher, gesitteter, tugendhafter als sie." — Derselbe große König hatte früher gesagt: „Mich dünkt, wenn von der Geschichte des menschlichen Geistes die Rede ist, verschwindet der Unterschied der Stände und der Lebensarten: die Könige sind weiter nichts als Menschen, und alle Menschen sind einander gleich." —

Am neubyzantinischen Hofe Friedrich Wilhelms IV., der sich auch zu Sanssouci etablirte, pflegte selbst der König von seinem Vorfahr nur mit den Worten zu sprechen: „Meines in Gott ruhenden Herrn Vaters Majestät." Fast als könnte irdische Majestät nach dem Abscheiden noch und Gott gegenüber geltend gemacht werden. Wo war wahrhaft christliche Anschauung, in Gesinnung und Wort Friedrichs II., oder an dem Hofe Friedrich Wilhelms IV.? wo die wahrhaft christliche Praxis? —

Der König hatte in England mit Augen die Bedeutung des englischen Adels geschaut. Er ging gleich daran, in seiner Art einen so gegliederten Adel zu formen. Weil dieser Adel aber nach des Königs Sinne geformt wurde, so hatte er nur das Aeußerlichste, nämlich die Titel und die Uniformen, von dem englischen Adel, aber nichts von allem dem, was eben allein dem englischen Adel seine Bedeutung gibt. Nicht dadurch, daß sie Herzoge, Markgrafen, Burggrafen und Barone heißen, sondern dadurch, daß unter ihnen Talente, Staatsmänner, tapfere Degen, Seehelden, Redner, Tüchtigkeiten aller Art sind, waren diese Lords seit Jahrhunderten bedeutend, und dadurch, daß der englische Adel seit lange aus der Vergangenheit in die Gegenwart sich heraus gearbeitet hatte, und nicht in der Vergangenheit und ihren Vorurtheilen stecken geblieben war.

Friedrich Wilhelm IV. schuf in seinem Preußen nur die alten Titel nach, Herzoge, Burggrafen, Grafen und Barone. Während der englische Adel zeitgemäß zu sein sich bestrebt, an den allgemeinen Volksangelegenheiten thätigen Antheil nimmt, sich als Englands Bürger fühlt, und seine Söhne die geschicktesten Führer der Volkssache, die tapfersten Kämpfer für die bürgerlichen Freiheiten im Parlamente sind; stellte der König von Preußen seine nachgemachten Lords absicht-

lich außer allen Zusammenhang mit dem Volke. Während in England Herzogstöchter, selbst solche, die zur königlichen Familie gehörten, ausgezeichnete Männer des Bürgerstandes heiratheten, und Herzoge mit Bürgerlichen sich vermählten, ohne daß das ihrem Adel, ihrer Stellung, oder ihrem Ansehen Eintrag that: ließ Friedrich Wilhelm IV. in die Diplome seiner neugeschaffenen Titularherzoge, Burg- und andern Grafen schreiben, „ihr Adel erlösche in der Stunde, in welcher sie eine Bürgerliche heirathen.“ Unzeitgemäß, und darum unbrauchbar für die lebendige Gegenwart, ohne allen Einfluß auf die Bewegungen der Nation, machte dieser mißlungene Versuch, aus den Junkern Pommerns und der Mark ein Nachbild der englischen Geburtsaristokratie zu formen, die vorübergehende Erscheinung eines bloß äußerlichen Prunkes, glänzender Röcke und Hüte, einer neu in Scene gesetzten längst erstorbenen Vergangenheit.

Daran knüpfte sich ein anderer königlicher Einfall, in einem ausschließlichen „Militäradel“ dem Throne „seine stärkste Stütze zu erziehen;“ in ausschließlichen „Adelskadettenschulen“ und „Ritterakademien“ einen adeligen Corpsgeist und Offiziersstand auszubilden. Die Einsichtsvolleren des Adels machten zwar bei Zeiten darauf aufmerksam, daß das der Zeit und dem Kulturzustande Preußens nicht entspreche, ja daß es in schneidendem Widerspruch sei mit der Grundlage des neuen preußischen Staates. Diese Stimmen wurden von Oben nicht beachtet. Ja der Wahn von einer besondern Standesehre wurde vom Könige durch neue Gesetze über Duelle und Ehrengerichte gepflegt.

Viele Offiziere bildeten sich ein, sie haben vor Andern, vorzugsweise, eine Geburt; vor Andern, vorzugsweise, einen Beruf; vor Andern, vorzugsweise, eine Ehre. Diese überhoben sich über Alles, was bürgerlich war. Andere Offiziere theilten zwar diese Gesinnung nicht, aber auch über ihnen waltete ein höheres Gebot, welches streng Militär und Civil, Heer und Volk durch eine Kluft auseinander hielt. Preußen fiel auseinander in Armee und Volk. Was Anfangs ein Sichmeiden war, wurde allmählig zur offenen Spaltung, zu einer klaffenden Wunde des preußischen Staatslebens. Wie Heer und Volk nicht mehr eins war, so war auch König und Volk nicht mehr eins. Vier Jahre waren vorüber: sie hatten Viele und in Vielem enttäuscht.

Das Mißverhältniß zwischen Regierung und Volk war im Wachsen durch täglich neue Schuld der ersteren. Der Geist hatte sich losgesagt von diesem Eichhorn-Arnim'schen Regierungswesen. Was Geist hatte und nicht an den Hof und an Rücksichten gebunden war, machte

Front gegen dieses System, gegen diesen Bund der Absolutisten mit den neuen Dunkelmännern.

Die Regierung schien nun dazu zu greifen, Alles, was nicht gefügig wäre, zu beseitigen, durch Verbot, durch Unterdrückung, durch Verfolgung. Preßprozesse wurden ein Tagesartikel. Die Anklagen lauten fast immer einförmig auf „unehrerbietigen und frechen Tadel der Landesgesetze."

Die Universitäten wurden wie Gymnasien behandelt, freisinnigen Lehrern daran ihre Vorlesungen verboten. So wurden in Königsberg die Vorlesungen des patriotischen Walesrode unter Androhung von Zwangsmaßregeln geschlossen; in Berlin die des geistvollen Nauwerk. Nauwerk hatte mehrere Verordnungen und Einrichtungen in Preußen einer Beurtheilung unterworfen, und das, was bestand, mit dem, was bestehen sollte und könnte, verglichen, maßvoll, aber treffend. Das nannte Eichhorn „eine unverkennbare Tendenz, zur Unzufriedenheit mit der bestehenden Verfassung aufzuregen." In Halle las Professor Hinrichs seit lange über Politik. Da seine Ideen vom Staate anders waren als die der Absolutisten und der Mucker, sandte Eichhorn dem Philosophen ein Schreiben, das dahin ging, über dergleichen zu lesen, fehle es Hinrichs an der wissenschaftlichen Befähigung. Der Theologe Schwarz in Halle, der die polizeiliche Oberleitung der Kirche nicht genug würdigte, wurde von Eichhorn der theologischen Fakultät als ein Mann bezeichnet, dessen angekündigte Vorlesungen im nächsten Halbjahr unterbleiben sollten. Als Robert Prutz in Halle über Literaturgeschichte an der Universität lesen wollte, verbot ihm dies der Kultminister Eichhorn; Vorträge für Damen und Herren außerhalb der Universität — verbot ihm der Minister des Innern, Graf Arnim. Merker an der Berliner Universität hatte in einer Vorlesung über die Kunst gesagt, „eine großartige Kunst sei nur möglich in einem freien Staate." Sogleich empfahl Eichhorn der philosophischen Fakultät, über diesen Mann strenger zu wachen.

Eichhorn ging mit demselben Gedanken, wie der ultramontane Abel in Bayern, um, die Vorlesungen abzuschaffen und dafür einen Unterricht durch Conversation, durch Repetitionen und Examinatorien, also eine Abrichtung der Studirenden, einzuführen. Die Schullehrerbibliotheken und Lesevereine wurden untersucht und vor „dem Unbrauchbaren und Verfehlten" verwarnt. Die Dinter'sche Schullehrerbibel, an der sich der ganze Schullehrerstand des protestantischen

Preußens, der Mittelstand und selbst die höheren Klassen religiös gebildet hatten, wurde von Eichhorn geächtet. Durch eine Kabinetsordre wurde zugleich den Unteroffizieren des Heeres das Recht ertheilt, sich als Volksschullehrer anstellen zu lassen, wenn sie zuvor das Zeugniß bringen, daß sie nach dem Austritt aus dem Militär ein halbes Jahr das Schullehrerseminar besucht haben! Diese beabsichtigte Militärisirung der Volksschulen und die Schnellreife der preußischen Unteroffiziere für's Lehramt wurden in Deutschland mit Verwunderung und mit Bemerkungen aufgenommen.

Der Justizminister von Mühler verbot den Preußen die Betheiligung an der Versammlung deutscher Rechtsanwälte, welche auf den Mai 1844 nach Mainz ausgeschrieben war, um zu berathen, wie für Deutschland ein gemeinsames Gesetzbuch und Rechtsverfahren zu erzielen sein könnte. Die preußischen Rechtsanwälte wandten sich beschwerend an den König. Der König bestätigte das Verbot.

Die Preßprozesse und andere politische Prozesse fanden nicht immer diejenige Erledigung, welche die absolutistische Partei wünschte, und es wurden eben so Viele freigesprochen als verurtheilt. Von Grolmann, der Präsident des Obertribunals, hatte sich nach Jakoby's Freisprechung veranlaßt gesehen, seinen Abschied zu nehmen, hochgeehrt von der Nation. Durch ein Gesetz vom 29. März 1844 wurden jetzt auch alle richterlichen Beamten (welche bis jetzt vor Disciplinarstrafen auf administrativem Wege durch das Gesetz sicher gestellt waren) so gestellt, daß sie wegen sogenannter Disciplinarvergehen vom Justizminister versetzt werden konnten. Dieses Gesetz ließ zu, auch widerstrebende Ansichten von Richtern, wenn sie gegen die Ansicht des Ministers darauf beharrten, unter diese Vergehen zu ziehen. Abgesehen von allen anderen Rücksichten, konnte die Versetzung eines Richters, bei der Größe der preußischen Monarchie, eine so empfindliche Geldstrafe werden, daß sie das Glück einer Familie ruinirte.

Der Absolutismus gewann dadurch. Das Ansehen des Richterstandes und das Ansehen der Regierung verloren dadurch ungeheuer. Reaktionäre Redensarten Eichhorns liefen zahlreich in Preußen um, und wurden vom Humor und vom Witz sprichwörtlich gebraucht. Während die Männer des Fortschritts sagten: „Ohne Oeffentlichkeit ist kein gesundes freithätiges Gemeindeleben möglich;" sagte Eichhorn: „Mit der Kirche und dem Staate, wie sie sein können und dürfen, sind Oeffentlichkeit und Redefreiheit unverträglich." In öffentlicher

Ansprache an Professoren und Studirende sagte er, „man müsse vor Allem auf den Geist der Demuth hinarbeiten, welcher die Wirkungen der Gnade allen selbsteigenen Anstrengungen bei Weitem vorziehe." — „Was die Naturwissenschaften betreffe, so verstehe sich von selbst, daß im Gebiete derselben die individuelle Lehrfreiheit eben so wenig auf eine Gränze stoße als das individuelle Forschen; anders verhalte es sich jedoch mit dem Vortrage der Philosophie in ihrer Anwendung auf das Leben, mit der Geschichte, mit der Theologie, mit der Jurisprudenz." —

Nicht als ob Eichhorn, der Söldling und das Werkzeug der Finsterlinge, die Naturwissenschaften geschätzt oder geliebt hätte! denn er verbannte aus den Elementarschulen, selbst aus den oberen Klassen, den Unterricht in den Naturwissenschaften, eben so wie den in der Geschichte. Aber vor Eichhorn stand Alexander von Humboldts geistesmächtige Gestalt; den mußte er fürchten, weil er dem Könige so nahe stand, dessen Forschungen und Vorlesungen durfte er doch nicht anzutasten wagen; Humboldts Widerstand hätte der Sturz Eichhorns und des Systems werden können, bei der für augenblickliche Einflüsse leicht empfänglichen Natur des Königs. Darum wurde mit sauer-süßer Miene der Naturwissenschaft die Freiheit der Forschung und Lehre gelassen.

Aber die ganze übrige Wissenschaft, Philosophie und Theologie, Rechts- und Staatswissenschaft, selbst die Geschichte, sollte nicht anders vorgetragen werden dürfen, als in der Livrée der Dunkelmänner, nach Eichhornischem Zuschnitt. Hengstenberg ernannte er zum Examinator der Kandidaten der Theologie. Den im Eichhornischen Sinne „rechtgläubig" Erfundenen lag, wie im Staatsdienst, so im Kirchendienst vor allen Andern eine Laufbahn offen. Und ihrer waren Viele, welche diese Farbe an sich nahmen.

In Königsberg wurde Witt 1844 seines Lehramts entsetzt, der freisinnige Garnisonsprediger Doktor Rupp als Direktor des Gymnasiums nicht bestätigt, wegen seiner Ansicht über den christlichen Staat zur Verantwortung gezogen, und mit Strafversetzung bedroht, „wegen Mangels an positivem Christenthum." Wie die Schriften Dinter's, so wurden auch die Werke des berühmten Niemayer's, dem alle Stände Deutschlands einen Theil ihrer sittlich-religiösen Erziehung verdankten, von dem Ministerium Eichhorn als „unchristlich" geächtet, und alle Lehrer vor deren Gebrauch amtlich verwarnt. Die Verordnung einer strengeren Sonntagsfeier, welche Manches für sich hatte,

wenn sie aus reinerer Quelle hervorgegangen wäre, mußte in der Art, wie sie gegeben und durchgeführt wurde, in den öffentlichen Aemtern die schlechtesten aller Staatsfiguren, die religiösen Heuchler, unausbleiblich erziehen.

Die hierarchische Partei wollte um jeden Preis ihr System durchsetzen. Die über die hegelsche Philosophie vor Allem verhängte Acht wurde nach allen Seiten hin durchgeführt. In Schriften dieser Partei wurde Hegel „der Erzvater der Lüge," seine Schriften wurden „Werke des Teufels" genannt. Seinen Anhängern wurde nachgesagt, „sie brüten Basiliskeneier aus." Professor Hävernick in Königsberg, der sich den Beinamen „der pietistische Denunciant" erworben hatte, wurde in jeder Weise von Eichhorn auffallend begünstigt, er und seine Genossen. Dennoch blieben seine und ihre Hörsäle leer, die Hörsäle freisinniger Lehrer nach wie vor gefüllt. Die studirende Jugend, so weit sie an Leib und Seele gesund war, ließ sich nicht einfangen in die Schlingen der Geistessklaverei. Namentlich mundete dieser Jugend weder diese Art von Frömmigkeit, noch diese Art von Wissenschaft, welche eichhornisch gestempelt war, welche „mit dem polizeilichen Patent auftrat."

20. Oeffentliche Kundgaben gegen das herrschende System.

Die Berliner Studenten überreichten ihrem Lehrer Marheineke einen schönen silbernen Pokal mit einer bedeutsamen Inschrift, die sie von Georg Herwegh sich machen ließen.* Marheineke war der gefeiertste Lehrer in der theologischen Fakultät, Hegels Freund und Schüler, aber auch der von der akademischen Jugend gefeiertste Mann der ganzen Universität, weil er den Zumuthungen Eichhorns fest und frei entgegen trat. „So lange ich lebe, hatte er gesagt, werde ich nicht aufhören, dem Fortschritt der wahren Wissenschaft meine Dienste zu widmen." Eichhorns Ministerium gegenüber hatte er erklärt, „ohne Freiheit sei keine Wissenschaft, und die Freiheit der Forschung dürfe man der Wissenschaft nicht versagen, ohne ganz sie selbst zu zerstören."

* Sie lautete:

Nur eins ist gut, das halt ich fest,
Und will es nicht verlieren,
Das ist mein christlicher Protest,
Mein christlich Protestiren.

In Breslau legte die studirende Jugend ihre Gesinnung durch eine Maskerade dar: da sah man „muthwillige Masken von Eichhörnchen, Eseln und anderem Gethier, Papageno's mit Schlössern am Mund, russische Knuten und derlei," unter ungeheurem Gelächter und Beifall der Zuschauer.

Auch Klöster wurden in Preußen wieder errichtet. Der Franziskanerorden ließ sich in Westphalen nieder. Auf immer mehr Punkten setzte sich der Orden der barmherzigen Schwestern. Zu Niederemps wirkten „Wunderkuren" eines Schäfers größten Glauben und Zulauf, und im Kölnischen und in Westphalen waren die Wallfahrten in Blüthe, wie seit Jahrhunderten nicht. Da Eichhorn so gar warm dafür sich interessirte, so nahm die öffentliche Meinung in einem großen Theile des protestantischen Volkes das um so mehr mit Argwohn auf, was man von den protestantischen Synoden hörte.

Unter dem Ministerium Altenstein war die Einrichtung der Synoden in den Hintergrund getreten, zuletzt eingeschlafen. Unter Eichhorn belebten sie sich wieder, in seiner Art. Die Synoden traten durch ganz Preußen hin zusammen. Den Mitgliedern war das strengste Stillschweigen über die Verhandlungen auferlegt, selbst gegen Amtsbrüder. Nichtgeistliche waren nicht bei diesen Synoden, außer solche, welche Consistorialräthe waren. Diese Geheimnißthuerei, und das, was man in der hengstenbergischen Kirchenzeitung und in andern Blättern der hierarchischen Partei las, hatte in Breslau eine Aufregung zur Folge.

Als die etwa hundert Geistlichen zu den Thoren hereinzogen, liefen beunruhigende Gerüchte um, „die Synode soll uns katholisch machen, die Ohrenbeichte einführen, die Taufe der unehelichen Kinder abstellen!" hieß es in den unteren Kreisen. In den oberen Schichten der Gesellschaft sagte man sich: „Wir sollen unter das Joch einer protestantischen Priesterherrschaft, die eine Aufsicht über unser Hauswesen sich anmaßt und die strengste Sonntagsfeier bringt, zuletzt bis zur Starrgläubigkeit der symbolischen Bücher zurückgehen wird." Die Breslauer Stadtverordneten schickten eine Bittschrift an den Thron „um Abwendung der Geistesgefahr und Oeffentlichkeit der geistlichen Verhandlungen."

Aber auch der Berliner Magistrat, in dessen Schooße Vorstand und Mehrheit anerkanntermaßen religiös und kirchlich waren, sah sich bewogen, persönlich dem König eine Anklage wider Hengstenberg, seine

Partei und ihr Treiben zu übergeben. Alle großen Städte Preußens folgten diesem Vorgang. Diese fanatische Partei der hengstenbergischen Kirchenzeitung hatte öffentlich alle Andersdenkenden als „Seelen" bezeichnet, „welche ausgerottet seien aus ihrem Volke." Sie hatte den nationalen und freisinnigen Aufschwung des Volksgeistes niedrig bekämpft und verdächtigt, besonders jede bürgerliche freie Verfassung — für etwas Widerchristliches, den Absolutismus und den unbedingten, leidenden Gehorsam der unumschränkten Fürstengewalt gegenüber — für das wahrhaft Christliche erklärt.

Auf allen Synoden des preußischen Staates wollte sich die hierarchische Partei geltend machen. Sie schlug vor, nicht nur die Sonntagsfeier zu schärfen und die Gottesdienste zu vermehren, sondern auch den Pfarrern eine Oberaufsicht über die Gemeinde einzuräumen, Kirchenzeugnisse und die Privatbeichte einzuführen und den Geistlichen das Recht zu geben, Gemeindeglieder nach Gutbefinden vorzuladen.

Die Partei brachte es aber auf den wenigsten Synoden zum Uebergewicht. Die in Posen und die in Königsberg wiesen jedes Ansinnen dieser Partei zurück; ebenso die Magdeburger.

Der König aber erklärte dem Berliner Magistrat, „am allerschmerzlichsten sei es für ihn, daß man die Gläubigen der Kirche als eine Partei bezeichne, und die Regierung beschuldige, eine Partei zu begünstigen. Darüber gehe der König — mit beleidigtem Stillschweigen hinweg. — Was Europa denken solle von dem Zustande der Kirche, wenn der Magistrat von Berlin so harte Anklage gegen die zu Treuen erhebe, für die Andern aber (der König meinte die freisinnigen Theologen), denen auch nicht Ein Merkmal fehle, das eine sehr gefährliche Partei bezeichne, keine Klage habe?" — Die Magistrate zu Königsberg und zu Breslau erhielten gleich strenge Bescheide auf ihre Adressen vom Könige. „Der gegenwärtige Minister Eichhorn scheue die Oeffentlichkeit und das Licht eben so wenig als er, der König."

Der König ging davon aus, einzig nur von den Anträgen der Synoden hänge es ab, wie es in der evangelischen Landeskirche zu halten sei. „Sein Grundsatz sei, sagte er, die Kirche sich aus sich selbst gestalten zu lassen." Aber nach urchristlicher wie nach protestantischer Lehre war „die Kirche eben die ganze christliche Gemeinde," die „Gesammtheit aller evangelischen Christen," nicht bloß einige Consistorial- und Ministerialräthe und die paar von diesen einberufe-

nen Geistlichen. Kein Ausspruch des Königs zeugt so sehr wie dieser davon, daß der König oft ganz nahe daran war, das Richtige zu treffen, daß er aber sich nicht völlig klar war über Inhalt und Bedeutung der von ihm aufgefaßten Idee.

Dennoch mehrten sich die „Erklärungen" und „Proteste" aus allen Theilen der preußischen Staaten. Es leuchtete daraus eine Aufregung hervor, welche die allgemeine Spannung der Gemüther andeutete, obgleich diese Aufregung zunächst nur eine kirchliche zu sein schien. Selbst die evangelischen Bischöfe Eylert und Dräseke, deren Rechtgläubigkeit nie in Frage gestellt war, traten nebst ihren Freunden mit „offenen Erklärungen" hervor gegen das Glaubenstribunal, gegen die unchristliche Verketzerungssucht und den Einfluß der hengstenbergischen Partei, überhaupt gegen die neuen Dunkelmänner.

Immer mehr schien den mißtrauischen Freunden der bürgerlichen und religiösen Freiheit ein Einverständniß des Berliner Hofes mit dem Münchener Hof — Friedrich Wilhelms IV. Gemahlin war eine Schwester des Königs Ludwig von Bayern, — des Ministeriums Eichhorn mit dem Ministerium Abel, zu Tage zu treten. Eichhorn, und der König selbst, wurden beargwohnt.

Ueber Eichhorns Stellung zu der großen, in ihrer Hauptmacht geheimen Partei des Rückschritts, welche sich in München wie in Berlin selbst „die kirchliche" nannte, kann heute so wenig ein Zweifel sein, als über die Stellung Abels zu dieser Partei; und war der geniale König Ludwig von Bayern mit Widerstreben umsponnen von den Fäden, die von der katholischen Schattirung der kirchlichen Partei ausgingen: so hatte sein Schwager Friedrich Wilhelm IV. Manches von Haus aus in sich, was der katholischen Schattirung der kirchlichen Partei entgegen kam, und was den Führern der protestantischen Schattirung der kirchlichen Partei leichte Anknüpfungspunkte ihres Einflusses gab.

Noch zwar hatte der protestantische König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen den katholischen Bischof Arnoldi von Trier nicht mit dem Stern des rothen Adlerordens geschmückt — das that er erst im Jahre 1847. Aber dieser Bischof Arnoldi hatte bereits im Jahre 1844 unter den Augen und freiester Zulassung des Königs und Eichhorns etwas gethan, was der ganzen evangelischen Welt Deutschlands ein Aergerniß war, was allen denkenden Katholiken die Schamröthe auf die Wangen trieb, und was nur in Hengstenbergs evangelischer Kirchenzeitung eine Art Vertheidigung, von katholischen Denkern die schärfste Bekämpfung in Zeitschriften fand.

Bischof Arnoldi von Trier, welchen der König im Jahre 1847 bei seiner Anwesenheit in den Rheinlanden mit dem Stern des rothen Adlerordens zierte, — war der Aushänger des „heiligen Rocks zu Trier."

II. Der heilige Rock zu Trier. Hauptstützen der Jesuiten. Ronge. Deutschkatholische Gemeinden. Frauenvereine. Politische Poesie.

Jahrelang hatten die beiden Schattirungen der „kirchlichen Partei," d. h. die katholischen und die protestantischen Jesuiten in ihren mancherlei Abzweigungen, sich die Hand gereicht, um unter dem Vorwand, dem Unglauben zu steuern, die Völker in die alte Nacht des Aberglaubens und in die alte Unterwürfigkeit zurückzuführen. Die hierarchischen Blätter der katholischen Fanatiker und eben so die der evangelischen „Mucker" nagten gleichzeitig und in gleicher Weise an den ersten Namen der deutschen Literatur, an Lessing wie an Wieland, an Herder wie an Winkelmann und Voß, an Schiller wie an Göthe, und verschrieen ihre Schöpfungen als „unlautere" Erzeugnisse, als „Gift für Religion und Sittlichkeit." Schiller wurde wörtlich verglichen mit einem, der „im Capwein unvermerkt den Leuten ein Successionspülverchen beibringe" und der „mit dem Heiligsten des Menschen wie mit einem Federball spiele; der „im herrlichsten Gedicht eine Moral einflöße, welche der Ruhe, den Sitten und dem Glück eines Christen gleich gefährlich sei."

Helle, sittlichstrenge, edle Geister in der katholischen Kirche, wie die Freiburger Theologen Hirscher und Staudenmaier, zeigten zwar in ihren Schriften, daß das ächte katholische Christenthum nicht bloß verschieden von der Lehre der Jesuiten sei, sondern daß es den äußersten Gegensatz gegen dieselbe bilde. Aber unendlich mächtiger, als die Stimmen dieser vereinzelten Männer, waren und wirkten die unter allerlei Namen und Masken thätigen Jesuiten und ihr zahlreicher Anhang.

Dreißig Jahre lang hatten die Jesuiten gearbeitet, überall wieder Boden zu gewinnen, alte Fäden wieder anzuknüpfen, neue zu spinnen, und ihrer Gewandtheit und Schlauheit, wie ihrer rastlosen Ausdauer war viel gelungen. Sogar in protestantischen Ministerien und Con-

sistorien hatten sie sich Einfluß verschafft, in Berlin und in Kassel, in Hannover und Darmstadt, in Karlsruhe und in München. Im norddeutschen Pietismus und im bayrischen Mystizismus hatten sie sich Bundesgenossen gewonnen, und an allen Höfen gefiel ihre Losung, die Kirchlichkeit zu erwecken, und die Völker wieder der Autorität der Regierenden zu unterwerfen, d. h. die durch Verfassungen beschränkten Fürsten wieder unumschränkt zu machen; protestantischen Höfen um so mehr, da die verbreitetsten Blätter der Pietisten wie die der Mystiker in der evangelischen Kirche den „Absolutismus des Königthums" als die „wahre göttliche Ordnung" predigten.

Das Hauptlager, von welchem aus die „kirchliche Partei" in Deutschland arbeitete, war Bayern. Die Thronbesteigung des Königs Ludwig fand ihre Macht daselbst schon so groß, daß er sich ihr hingab, sie fürchtete und sie förderte. In Oestreich hatte sie zwar den Kaiser Franz I. und „einige seiner Rathgeber" schon vor 1815 für sich. Franz wünschte die Geister und die Gewissen gebunden. Aber jahrelang war die Strömung der öffentlichen Meinung und der Widerstand „vieler hohen Staatsmänner," darunter selbst Metternichs, mächtiger, als der Wunsch des Kaisers Franz, als der Wille der Minderheit seiner Rathgeber und als der Drang der hierarchischen Partei. Eine Hauptstütze fand der Jesuitenorden, durch den großen Papst Ganganelli vor vierzig Jahren aufgehoben, 1814 durch Pius VII. wiederhergestellt, im Jahre 1816 an der Kaiserin Karoline Auguste, welche im November dieses Jahres mit Franz I. vermählt wurde.

Sie war eine bayerische Prinzessin, ihr Lehrer, Sambuga, ein geheimer Jesuit gewesen, und sie längst durch ihn für die Zwecke des Ordens bearbeitet. In Wien angelangt, führte sie „ihre hochkatholische Frömmigkeit" unter den Einfluß des Erzbischofs Hohenwart, des Hofburgpfarrers Frint und des Beichtvaters Hofbauer. Diese Männer gehörten zu den „eifrigsten Anhängern des Jesuitenordens." Aber nur unter dem Namen „Redemptoristen" oder „Ligorianer" faßten die Jesuiten zunächst in Wien Fuß, klug und behutsam, um die Antipathien zu täuschen, die der Name „Jesuit" gegen sich hatte.

Seit dem November 1824 wuchs dem Orden eine neue Kraft am Wiener Hofe zu, in der Erzherzogin Sophie, der Schwester der Kaiserin. Sobald diese in Wien war, wurde sie „die maßgebende Leiterin aller hierarchischen Bewegungen." Zu Anfang des Jahres 1831 erhielt die ultramontane „Hof- und Frauenpartei" in Wien eine neue Verstärkung in der sardinischen Prinzessin Karoline, welche mit

dem östreichischen Thronfolger Ferdinand vermählt wurde und eine Zöglingin des Jesuitenordens war.

Noch waren seitdem nicht zwölf Jahre vergangen, und der Ultramontanismus und mit ihm der Jesuitismus war durch die meisten Staaten Oestreichs hin in Macht oder Herrschaft, und die Leitung seiner Bewegungen lief von Rom aus über München, Wien, durch Preußen nach Belgien, nach Frankreich, nach Irland und nach der Schweiz. Am Rhein und in Westphalen, in Preußisch-Polen und in Schlesien war die jüngere Geistlichkeit fanatisirt, vielfach das Volk. In Bayern hatte die Partei es dahin gebracht, daß König Ludwig sie ganz gewähren ließ. Sie verehrte in ihm, wie sie sagte, den von Gott dazu berufenen Schirmherrn des katholischen Glaubens in Deutschland, und ließen ihn gerne sich denken als „das Haupt der neuen Liga gegen die protestantische Union.“ Während König Ludwig alljährlich an Italiens Himmel und Erde, an Roms und Neapels Kunst und Leben sich entzückte, hatte sich allmählig daheim in Bayern der Geistesdruck, und damit der Sieg der „kirchlichen“ Partei, immer bleierner und finsterer über das Land gelegt, und die Liberalen unter den Katholiken wie unter den Protestanten litten gleich darunter.

Es war der Partei gelungen, das freie Wort in der Presse zu knebeln, und den König, der gerne absolut regierte, zu überzeugen, daß es auch für seinen Absolutismus das Beste sei, wenn „in Bayern für die freie Wissenschaft kein Boden sei,“ und alle Staatsdiener nur Gefäße dessen werden, was die Regierung und die kirchliche Partei ihnen von Kindheit an eingößen. Nicht bloß die Theologie, sondern auch die Philosophie, die Rechts- und Staatswissenschaft durften in Bayern nur noch kirchenparteilich gelehrt werden.

Die „Kölner Wirren“ waren eine Probe gewesen, ob die Füße, Schenkel und Arme der preußischen Monarchie von Thon oder von Erz seien? — ein Versuch, die Stärke, oder vielmehr Schwäche Preußens nach den religiösen Sympathien seiner katholischen Bevölkerung zu bemessen. Die Partei war mit dem Ausfall der Probe zufrieden. Ihr glänzender Erfolg auf so vielen Punkten zugleich ermunterte die jugendlichen Feuerköpfe der hierarchischen Partei zu neuen Versuchen; sie rißen die Aelteren, die Besonnenen mit sich fort, und man kam dazu, eine Probe zu machen, wie weit man jetzt wagen dürfe — rückwärts zu gehen, und wie viel der Bildungsstand der Fürsten und der Völker in Deutschland sich gefallen lasse.

Am 6. Juli 1844 erließ Wilhelm Arnoldi, Bischof von

Trier, durch sein Generalvikariat ein Rundschreiben an die Geistlichkeit seiner Diöcese. Darin war das Programm einer hohen Feier gegeben, der Ausstellung einer „wunderthätigen Reliquie des heiligen Rocks Christi.“ Die Ausstellung wurde auf den 18. August anberaumt.

Zu gleicher Zeit erschien eine „Geschichte des heiligen Rockes in der Domkirche zu Trier,“ von dem Professor am bischöflichen Seminar, J. Marx, und „Verherrlichungen des heiligen Rocks“ namentlich von dem Kaplan Lichter, welcher „mit hoher kirchlicher Genehmigung“ behauptete, „der heilige Rock sei eine Arbeit der Maria, der heiligen Gottesgebärerin,“ und die Domkirche besitze auch einen Dorn aus der Dornenkrone Christi, das Messer, dessen sich der Heiland bei dem letzten Abendmahl bediente, einen Würfel, womit die Soldaten den heiligen Rock Christi verloosten, einige Partikel vom heiligen Kreuz u. s. w. Helena, die Mutter des Kaisers Konstantin habe den heiligen Rock um das Jahr 330 aus Palästina gebracht und der Domkirche zu Trier geschenkt. Im Jahre 1196 sei diese kostbare Reliquie in der Kripte des Nikolausaltars entdeckt worden, nachdem sie in der ganzen Zwischenzeit wie verloren gewesen sei.

Um acht Uhr Morgens am 18. August luden die Glocken des Trierer Domes zum feierlichen Hochamt, das der Bischof Arnoldi persönlich hielt. Dann hielt der Domdechant Braun eine Rede auf den heiligen Rock, und nach der Rede fand die Erhebung und die Ausstellung der Reliquie selbst statt, unter großem Menschenandrang. Bei den Opferkasten waren Ueberschriften angebracht, nach welchen die Gaben für den Dom zu Trier, für das Knabenconvikt und für den Kölner Dombau bestimmt waren. Die Züge nach der in der Domkirche ausgestellten Reliquie dauerten Tag für Tag fort. Die Gesammtzahl der in den ersten acht Tagen nach Trier gekommenen Wallfahrer wurde auf Hundertfünfzigtausend geschätzt, ohne die aus der Nachbarschaft.

Am 30. August verbreitete sich das Gerücht von der wunderbaren Heilung einer Gichtbrüchigen nach einem heißen Gebete vor dem heiligen Rock, und die Luxemburger Zeitung, ein Hauptblatt der kirchlichen Partei, bestätigte es durch Namensnennung. Die wunderbar Geheilte sei die neunzehnjährige Gräfin Johanna von Droste-Vischering, eine nahe Verwandte des Erzbischofs Clemens August von Köln. Sie sei mit Krücken gekommen, und habe ohne Krücken den Dom verlassen. Ihr Gebet vor dem heiligen Rock habe ihr seit drei Jahren contraktes

Bein plötzlich geheilt. Bald darauf brachte die Luxemburger Zeitung neue Wunder, durch den heiligen Rock geschehen, plötzliche Heilungen von Contrakten, Weibern und Männern, Kindern und Alten, theils durch Gebet vor dem Rock, theils durch Berührung des Rocks; von epileptischen, von einem Kind, das „auf einem Aug erblindet, sehend geworden;“ von einem vierzehnjährigen Mädchen, das stumm gewesen, von einem elfjährigen stummen Knaben, „welche durch die Berührung des Rockes wieder die Sprache bekommen haben.“ Wo eine Zeitung dem Einfluß der kirchlichen Partei offen war, da wurden „die Wunder zu Trier“ verkündet und ausgemalt.

Eine nähere Untersuchung stellte heraus, daß keine dieser wunderbaren Heilungen in Wahrheit statt hatte, und freisinnige Katholiken fragten in allen Zeitschriften, wie das Domkapitel, wie die Kirche es verantworten könne, daß man, wenn der Rock solche Wunder thue, den Rock so selten aushänge, und ihn nicht vielmehr durch die Welt wandern lasse, um alle Gebrechen zu heilen? —

Aber die Gläubigen fuhren fort zu wallfahren zum heiligen Rocke: Mütter, die von den geschehenen Wundern hörten, trugen ihre Kinder, ein Greis trug seinen dreißigjährigen contrakten Sohn auf seinen Schultern in den Dom, um von der Berührung des heiligen Rockes Heilung zu holen. —

Aber diese, wie hundert, wie tausend Andere, die darum beteten, blieben ungeheilt. Unbekümmert darum und um die entgegengesetzten Stimmen der Presse, pries die „kirchliche“ Partei die Kraft des heiligen Rockes fort.

Nach ihren Blättern waren vom 18. August bis zum 7. Oktober an zwölfmalhunderttausend Wallfahrer nach Trier in den Dom gezogen, und es waren dreiundneunzigtausend dreihunderteinundneunzig Thaler als Opfer gefallen. In Trier selbst und der Umgegend blieb viel Geld von ihnen für Zehrung und Herberge zurück. Man sah in Trier versammelt: die Bischöfe von Köln, Limburg und Luxemburg, von Münster, Osnabrück und Speier, von Leiden, Metz, Nancy und Verdun, eine Fülle von Priestern aller Grade. Doch war die Wallfahrt aus der vornehmen Welt von Seiten Deutschlands nicht groß, nur aus den katholischen Gauen Preußens; sonst namentlich von Frankreich herüber und von den Niederlanden. Auch der größere Theil des Volks kam daher.

Jener Pfarrer Lichter hatte „mit hoher kirchlicher Genehmigung“ auch noch ein anderes Buch geschrieben, ein „vollständiges Gebet- und

Erbauungsbuch zum frommen Gebrauch der Christgläubigen während der Ausstellungszeit." In den Liedern dieses Erbauungsbuches wurde zu dem heiligen „Kleide" gebetet; das „Kleid" wurde als Zeuge angerufen, als Zeuge des Dankes, der Ehrfurcht und der Liebe der Gläubigen; dem „Kleide" wurde Ehrfurcht und Liebe gelobt; das „Kleid" wurde angefleht, den heiligen Trieb in den Frommen zu stärken. Wo das „Kleid" gewesen sei, hieß es darin, da habe sich Jesu Allmacht sichtbarlich gezeigt. „Geheiligtes Kleinod," ließ ein Vers darin den Andächtigen sagen, „ich beuge meine Kniee vor dir." *

Am Rhein und an der Mosel jubelten die „kirchlichen" Blätter, diese Schaaren von Wallfahrer seien die Verkündiger des Sieges, den der Glaube über die falsche Aufklärung errungen; sie „zeugen von dem Siege des neuerwachten Elementes der Zeit über die destruirenden Tendenzen, von der Macht der Kirche." — Selbst der alte Revolutionär in der Franziskanerkutte, Joseph von Görres, der für seine Person so wenig an den heiligen Rock glaubte als an die Unfehlbarkeit des Papstes, schrieb: „Wie die Kreuzzüge, in ihren Zeiten aus sinnlich unscheinbaren Ursachen hervorgegangen, die Welt in Bewegung gesetzt haben, so haben sich jetzt diese Züge am Rhein wiederholt. — Die Wallfahrt nach Trier ist eine große Demonstration im Angesichte aller Völker."

Der alte Jakobiner hatte einige Jahre früher zu einem ehemaligen politischen Freunde gesagt: „Die Fürsten können nur durch die Hierarchie überwunden werden; man muß daher die Hierarchie um jeden Preis unterstützen." Darum schien ihm diese an die kirchlichen Führer sich hingebende Menge, diese Kreuzzugsekstase, gut für seinen Zweck, ihm, der „politisch zwar die Farbe, aber nie das System und das Ziel gewechselt hatte." Zu dem Zwecke, der ihm der höchste und letzte war, glaubte er, könne das Volk nur durch die Religion, d. h. in seinem Sinne, durch religiöse Erregung und Bewegung, geleitet werden. Er sah bei der Wallfahrt nach Trier nur auf die Wirkung, auf die gehobene religiöse Stimmung, und darum war ihm, der es mit den Mitteln überhaupt nie genau nahm, das Mittel wegen dieser Wirkung schon recht, wenn es auch an und für sich ihm mißfiel.

Aber Joseph Görres irrte sich: die Wallfahrt nach Trier hatte das Gegentheil von dem zur Folge, was er erwartete. Die kirchengeschichtliche Wissenschaft hatte längst bewiesen, daß die ganze Sage

* Lichter Seite 57, 58, 59 ganz wörtlich, nur daß im Obigen der Rythmus aufgelöst ist.

von dem heiligen Rocke zu Trier eine Lüge sei; daß im Jahre 330 in Trier noch kein Stein einer christlichen Kirche war, geschweige denn ein Dom; daß zum erstenmal des heiligen Rocks von Trier zu Anfang des dreizehnten Jahrhunderts erwähnt wird, nämlich in der trierschen Chronik, und daß alle sogenannten Zeugnisse von dem Dasein des Rocks später gemacht sind; daß mehr als zwanzig Kirchen in der Christenheit behaupten, den Leibrock Christi zu besitzen, und daß selbst der Jesuit Ferrand die Vielheit der vorhandenen Leibröcke als eine unläugbare Thatsache nicht bestritt, auch nicht sagte, der eine sei ächt, die andern seien unächt, sondern es damit zurecht zu legen suchte, „es sei kein Grund, an der Möglichkeit zu zweifeln, daß Gottes Allmacht den Rock vervielfältigt habe, um ihn mehreren Orten zugleich zu verleihen." Pater Laurentius Hecht, Professor und Kapitular des Stifts Einsiedeln in der Schweiz, bewies dagegen in einer im Jahre 1844 „mit Genehmigung der Obern" gedruckten Schrift, daß der Rock zu Trier unächt und das Gewand zu Argenteuil der wunderthätige Leibrock des Herrn sei, der seit Jahrhunderten Heilungen bewirkt und selbst einen Todten auferweckt habe. —

Ein vielseitiger Streit entbrannte in Deutschland über Aechtheit und Unächtheit des Trierer Rocks, über „Verehrung heiliger Reliquien und Bilder," über „Glauben" und „Aberglauben."

Studenten der katholischen Theologie zu Bonn brachten dem Bischof Arnoldi einen feierlichen Fackelzug, und die Ausstellung des Rockes wurde aus der katholischen Glaubenslehre gerechtfertigt, gerechtfertigt als ein „Zeitbedürfniß," als „ein Ausbruch des katholischen Gefühls und Bewußtseins."

Hunderttausende unter den ächt frommen Katholiken Deutschlands verletzte die Art des Aushängens wie das Aushängen des Rockes selbst, und sie errötheten vor den Protestanten über dem, was ihre Glaubensgenossen thaten. Aber dieses verletzte Gefühl und dieses Erröthen der Hunderttausende schlugen nicht durch, so wenig als die geschichtlichen Nachweise katholischer und protestantischer Gelehrten. Aufs Neue zeigte sich, daß ein volksthümliches Auftreten, im rechten Augenblick, mit dem rechten Wort, unendlich mehr wirkt in Einem Tage, als die Gelehrsamkeit in vielen Jahren.

Es erschien in den von Robert Blum mit seinem Schwager Günther herausgegebenen „Sächsischen Vaterlandsblättern," dem einflußreichsten deutschen Volksblatte der Zeit, ein „Sendschreiben an den Bischof Arnoldi," datirt den 1. Oktober 1844,

unter der Ueberschrift: „Urtheil eines katholischen Priesters über den heiligen Rock zu Trier.“

Dieser Priester war der einunddreißigjährige Johannes Ronge zu Laurahütte, dem größten Hüttenwerk Oberschlesiens, hart an der russischen Gränze.

Dieses berühmt gewordene Sendschreiben Ronge's hatte seine Kraft hauptsächlich darin, daß es überaus volksthümlich geschrieben war, in Gedanke und Wort greiflich ausgelegt, allgemein faßlich, in der Beweisführung scharf und klar, in der Schlußfolgerung überaus kurz und einfach; und daß es Dreierlei für sich hatte, den gesunden Menschenverstand, die Geschichte und die Bibel.

Zum Schluß des offenen Briefes wandte Ronge sich an alle seine deutschen Mitbürger, Katholiken und Protestanten, besonders auch an seine Amtsgenossen, dem modernen Ablaßkram Einhalt zu thun, der immer mehr überhand nehmenden Geistesnacht. „Zeigen Sie, schloß er, sich als wahre Jünger dessen, der Alles für die Wahrheit, das Licht und die Freiheit geopfert hat; zeigen Sie, daß Sie seinen Geist, nicht seinen Rock geerbt haben.“

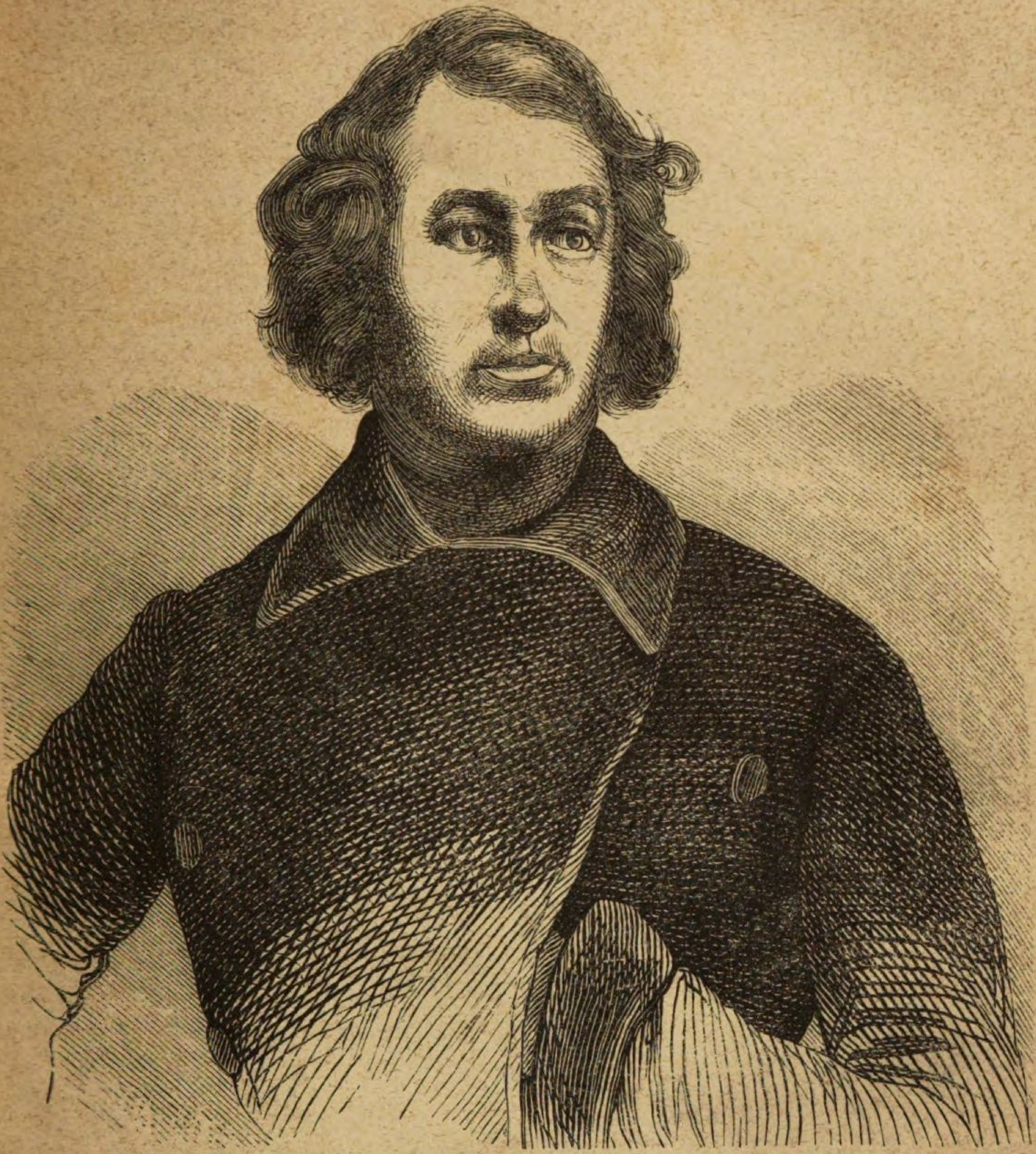
Wie ein Blitz durchleuchtete, wie ein elektrischer Schlag durchzuckte dieser „offene Brief“ das katholische und protestantische Deutschland.

Ronge selbst erhielt von Protestanten und Katholiken Dankadressen, Ehrenpokale, Lorbeerkränze, Gedächtnißmünzen und andere Beweise der Anerkennung aus der Nähe und Ferne.

Die Trierer Geistlichkeit wandte sich an den König von Preußen und an den Bundestag um Polizeischutz der katholischen Kirche gegen die deutsche Presse.

Ronge wurde von seinen obersten Vorgesetzten zum Widerruf aufgefordert. Er hatte bei dem Grafen Reichenbach in Walddorf Schutz gefunden. Dem verlangten Widerruf gegenüber blieb er sich gleich. Sein gedrucktes Antwortschreiben deckte die Blößen der hierarchischen Partei noch mehr auf. Auf das wurde er aus der Gemeinschaft der katholischen Kirche ausgeschlossen, am 4. December 1844; und zwar „wegen der in seinem Brief enthaltenen kirchlich strafbaren Punkte wegen seiner irrigen und widerkirchlichen Ansichten überhaupt, und insbesondere über die Reliquienverehrung und über die Verehrung des heiligen Rocks.“ Ronge ließ seine Rechtfertigung drucken, und die deutsche Nation in ihrer großen Mehrheit jauchzte ihm Beifall zu, weit über das Maß.

Eine weitere Folge war, daß eine Reihe katholischer Professoren



Johannes Ronge.

(Band VI. Seite 68.)

Nach Weber, Gallerie denkwürdiger Persönlichkeiten der Gegenwart.



Ludwig Uhland.

(Band VI. Seite 69.)

Nach Weber, Gallerie denkwürdiger Persönlichkeiten der Gegenwart.

und Geistlichen sich gegen die römische Hierarchie erklärten, die Excommunikation wie eine Ehre gesucht wurde, die freisinnigsten und volksbeliebtesten Männer, geborne Katholiken, sich offen für die Sache der neuen religiösen Bewegung aussprachen, und schnell über ganz Deutschland hin, in großen und kleinen Städten und Dörfern deutsch-katholische Gemeinden entstanden.

Die erste Gemeinde bildete sich in Breslau, durch mehrere Professoren und Geistliche, wie Regenbrecht, Höcker, Körbler, Hofferichter, Vogtherr und Andere. Dann folgten Berlin, Leipzig mit Robert Blum, Dresden mit dem biedern deutschen Professor Wigard an der Spitze. Selbst im Bisthum Trier bildeten sich deutsch-katholische Gemeinden.

Ronge trat eine Rundreise durch das nördliche und mittlere Deutschland an, bald auch durch das südwestliche. Ueberall schwärmte ein Theil der Bevölkerung für ihn, besonders der weibliche. Ronge wollte in seiner „neuen Reformation" das Nationale und Religiöse verschmelzen, und er rief die ganze deutsche Nation auf, die Frauen wie die Männer. Viele der edelsten Frauen und Jungfrauen erwarteten von dem Deutschkatholizismus, wie eine derselben schrieb, „die Religion der Freiheit, das Ideal einer heiligen Demokratie und Nationalität."

Ronge gab der neuen religiösen Bewegung eine scharf markirte politische Richtung; und „auch die deutschen Frauen und Jungfrauen, rief er von einer sächsischen Kanzel, sollen nicht zurückbleiben, wo es für Volk und Vaterland und für die heiligen Menschenrechte zu wirken gilt." Seit dem Jahre 1840 bekundete sich mehr weiblicher Sinn in Deutschland für öffentliche, nationale und politische Dinge, bei den Kammerverhandlungen in Baden wie in Sachsen erschienen die Frauen zahlreich auf den Gallerien. Eben so zahlreich betheiligten sie sich an den Vereinen zur Unterstützung der Deutschkatholiken; besonders in Breslau, Berlin, Leipzig und Hanau bildeten sich „Frauenvereine" zu diesem Zweck. Nationale Adressen sah man von weiblichen Unterschriften bedeckt neben den männlichen. — Bei den politischen Festmahlen in Leipzig waren jedesmal viele Frauen und Jungfrauen unter den Feiernden; in einigen kleineren sächsischen und badischen Städten auch bei den Abgeordnetenfesten.

Die politische Poesie war es zuerst gewesen, welche die Frauen aufweckte. Zunächst war es der jetzt erst immer tiefer und in immer weiteren Kreisen in Herz und Haus der deutschen Nation eindringende Nationaldichter Ludwig Uhland, dessen an sich schon große Wirkung

auch noch durch die zahlreichen Compositionen seiner Lieder für den Volks-Gesang sehr gefördert wurde. Neben ihm waren es besonders Freiligrath und Herwegh mit ihren schönen „Zeitgedichten," welche erweckend wirkten. So ein Lied für den gefangenen und gemarterten Sylvester Jordan, für „die deutsche Flotte" und andere Zeitgegenstände — machte schnell in den Frauenkreisen die Runde und zündete. Auch noch zahlreiche andere Dichter waren von großem Einfluß auf die politische Bildung der Nation überhaupt, und insbesondere auf die der weiblichen Welt. Von um so größerer Bedeutung war das Hinzutreten der „religiösen" Bewegung.

Die begeisterungsfähigen weiblichen Herzen fühlten sich als wie in den Tagen von 1813, wo auch erst die religiös gespannten Federn der Zeit die Deutschen zur Nationalerhebung und zum Siege brachten. Je mehr im Leben der Verstand auf Kosten des Herzens sich geltend machte, je egoistischer die Welt wurde und je mehr der Verstand in der Wissenschaft zersetzend und verneinend herrschte: desto mehr war es ein Gewinn, wenn das religiöse Feuer, Wärme neben dem Licht, das aufleuchtete, sich erhielt, und in alle Adern des öffentlichen Lebens einströmte, wenn die Nation auf religiösem Wege sich geistig verjüngte. Religiöser Begeisterung und geistiger Verjüngung bedurfte die ernüchterte und erkältete Zeit, wenn ihre Bestrebungen nach freien politischen Einrichtungen und nach nationaler Einheit von nachhaltiger Kraft und Dauer sein, zum Siege gelangen und im Siege bleiben sollten. Selbst tief geschichtskundige Männer, wie der berühmte Forscher und Geschichtschreiber Gervinus, hofften von dieser neu erwachten religiösen Begeisterung in der Kirche viel und knüpften daran eine schöne Zukunft der Nation.

Leider nahmen die deutsch-katholischen Gemeinden von anderer Seite her zu viel in sich auf, was ihr neu entzündetes religiöses Leben erkältete, und zersetzend und auflösend in ihnen wirkte. Sie nahmen das von der verneinenden Seite der deutschen Wissenschaft. Nur Geist in der Religion vermochte und vermag Gemeinden und Völker zu verjüngen. Der Deutschkatholizismus aber verfiel demselben Uebel, woran die ganze Zeit litt, dem Uebergewicht und der Vorherrschaft des nüchternen Verstandes.

Was schon zu viel in der Zeit war, davon wurde noch mehr in die Zeit hinein gebracht: der Deutschkatholizismus wurde kritisch, nicht bloß polemisch. Die schöne erste Begeisterung war an ihm selbst schnell dahin; er wurde kühl, dann kalt, dann schrecklich nüchtern. Sein An-

schluß an die kritische Philosophie der Zeit legte in ihn den Todeskeim, an dem er frühe hinsterben mußte.

III. Die Bewegungen in der evangelischen Kirche und in der Literatur: Strauß. Bruno Bauer. Feuerbach. Ruge.

Gerade in der Zeit, als die katholisch- und protestantisch-jesuitischen Bestrebungen immer blühender und breiter wurden, that sich, naturgemäß, die Kritik auf; und es erfolgte Kampf und Gegenschlag in der öffentlichen Meinung noch früher, als in der katholischen Kirche, auf dem Boden der protestantischen Kirche.

Der Zusammenhang der Bestrebungen, welchen die Führer der protestantischen Schattirung der „kirchlichen Partei," Eichhorn, Hengstenberg, Stahl, Hassenpflug und Villmar oblagen, mit den Zwecken der katholischen Schattirung, hatte der vereinigten Arbeit der Rückschrittsmänner denjenigen Erfolg gegeben, von welchem gar nichts Anderes mit Wahrheit gesagt werden kann, als daß neben wenigem Guten und Wahren hier absichtlich, dort unabsichtlich, oder so, daß das Eine mit dem Andern zusammenfloß, das Reich der Finsterniß wieder ordentlich kultivirt wurde.

Als hätte sich das deutsche Volk noch niemals aus der Besessenheit vom Teufel, von Gespenstern und Hexen befreit gehabt, so sehr wucherten auf deutschem Boden wieder die Teufelsgeschichten und die Gespenster. Das Heilen durch Zaubermittel, das Teufelaustreiben, das Geisterbeschwören kam wieder auf. Aberglaube und Heuchelei wurden systematisch gepflegt, religiöse Unnatur und religiöse Unsitte, Betschwesterlichkeit und Kopfhängerei, die ungesundeste Frömmelei, und die Verfolgungswuth nahmen überhand, ebenso von Seiten der Heuchler, wie von Seiten junger Fanatiker auf dem Boden protestantischer wie katholischer Hierarchie. Zugleich zeigte sich weithin ein Mißbrauch der Religion durch die Machthaber; man mißbrauchte sie zu einer politischen Maschinerie. Gegen dieses Wesen, wie gegen den Kirchenzwang und die Unduldsamkeit, trat der Geist der Zeit auf, voran die philosophische Kritik.

Die von dem großen Philosophen Hegel ausgegangene allgemeine wissenschaftliche Bewegung hatte sich nach des Meisters Tod auch auf das religiöse Gebiet durch seine Schüler übertragen, mit weniger Vorsicht und Rücksicht, als wohl im Sinne Hegels lag, welcher im Jahre 1831 schon abschied. Waren früher Hegel und Schleiermacher, Daub, der Theologe in Heidelberg, und Christian Baur, der Theologe in Tübingen, mit ihren Forschungen so ziemlich nur innerhalb des wissenschaftlichen Publikums geblieben, so trugen die Schüler Hegels theils selbst ihre über den Meister hinausgehenden Ergebnisse mitten in die Welt der Laien hinein, theils waren es Literaten, oft Dilettanten in der Wissenschaft, welche mit den neuen und kecken Auslassungen der jung-hegelschen Schule das zeitungslesende Publikum, das elegante wie das arbeitende, in den Spalten dieses oder jenes Zeitungsblatts, oder in sauber gearbeiteten Büchlein, unterhielten oder wenigstens speisten.

Das Letztere geschah namentlich mit dem, was Friedrich Strauß wissenschaftlich schrieb.

Strauß hatte schon im Jahre 1835 unter dem Titel „das Leben Jesu" in zwei Bänden ein Werk erscheinen lassen, in welchem er zugleich drei Angriffe machte, auf die alten heiligen Urkunden der Christen, auf die christliche Religionswissenschaft und auf den christlichen Glauben. In diesem Werke wie in den sich daran schließenden Streitschriften faßte Strauß Alles zusammen, was Spinoza, Reimarus und Lessing, was die ganze moderne Wissenschaft bis auf Hegel, was Deisten und Rationalisten, was die Encyklopädisten und Bayle, wie was Schelling in Schriften aus seiner Jugend und Mannesblüthe ihm an die Hand gaben. Aber vorzugsweise handhabte er die Waffen, welche ihm die Hegelsche Philosophie und Niebuhrs Kritik der römischen Geschichte lieferten, deren Methode er auf die evangelischen Erzählungen anwandte.

Als geschichtliche Wahrheit in den evangelischen Erzählungen wollte er nicht weiter gelten lassen, als daß Jesus zu Nazareth aufgewachsen sei, von Johannes sich taufen lassen und Jünger gesammelt habe, daß er dann im jüdischen Land als Bekämpfer der Pharisäer und als Verkünder des Messiasreiches umher gezogen, und zuletzt dem Haß und Neide der pharisäischen Partei erlegen sei.

Noch weiter ging er in einem andern Buche, das im Jahre 1840 und 1841 unter dem Titel erschien: „Die christliche Glaubenslehre in ihrer geschichtlichen Entwicklung und im Kampfe mit der modernen Wissenschaft."

Darin wurde behauptet, an den tiefsinnigsten Lehren der Bibel wie der Kirche sei nichts; nichts an den Vorstellungen vom Jenseits, vom Weltgericht, von Himmel und Hölle, von der Trennung des Diesseits und Jenseits; nichts sei an der Vorstellung von der Unsterblichkeit, eine persönliche Fortdauer nach dem Tode sei überhaupt etwas Undenkbares und würde mit der nothwendigen Endlichkeit des individuellen Lebens in grellstem Widerspruch stehen; es sei nichts an der Vorstellung von einer göttlichen Weltregierung durch einen persönlichen Gott; nichts an der Gebetserhörung; nichts an den Vorstellungen von Sünde und Gnade. —

Strauß gab ausdrücklich diese seine Dogmatik als eine „Auflösung" aller einzelnen christlichen Dogmen.

Rasch hinaus über Strauß ging Bruno Bauer, welcher Unrecht hatte in seinen philosophischen und theologischen Kundgaben, aber vollkommenes Recht hatte, zu denken und zu sagen, was er schrieb. Bruno Bauer wurde ein Märtyrer; aber es handelte sich bei ihm in der öffentlichen Meinung nicht darum, was er behauptete, sondern darum, daß er verfolgt wurde. In seiner „Kritik der evangelischen Geschichte" hatte Bruno Bauer nach dem amtlichen Gutachten Marheinekes, „zwar von dem Standpunkte der Mehrzahl der Zeittheologen sich entfernt;" aber sein Werk, sagte Marheineke, „sei doch seinem innersten Kerne nach der Verherrlichung des Christenthums gewidmet." — Für Bruno Bauer löste sich vollends alles Reale im Christenthum in einen Idealismus auf, und auch die beglaubigtsten Thatsachen läugnete er ganz willkürlich.

Von großem Einfluß auf viele Gebildete waren gleichzeitig die Schriften des Philosophen Ludwig Feuerbach. Ein hoher Ernst, ein Enthusiasmus für die Menschheit und das Vaterland zeichnet Feuerbach selbst bei seinen Verirrungen aus. Aus der Krankhaftigkeit thatloser Frömmelei und aus den Banden einer um sich greifenden finstern Theologie wollte Feuerbach die Zeit gerettet wissen. Die Menschheit sollte nach ihm mit ganzer Seele, mit ganzem Herzen auf sich selbst, auf ihre Welt und Gegenwart sich conzentriren. Nur dadurch werde neues Leben, werden wieder große Menschen, große Gesinnungen und Thaten erzeugt werden. — Feuerbach fand die Wahrheit, daß sich Vieles dem Christenthum im Widerspruch mit seinem eigentlichen Wesen angesetzt habe; aber diese Wahrheit hob er sogleich wieder auf durch die Uebertreibung: „Alles, was sich im Christenthum ent-

wickelt habe, habe sich im Widerspruch mit seinem Wesen entwickelt." Der Seele Feuerbachs wurde der Glaube an Gott zum Glauben an die Natur, die Liebe gegen Gott zur Liebe für die Menschen, zur Göttlichkeit der Aufopferung für Andere. Die ganze Religion wurde ihm unter der Hand einzig und allein zu einem realen Humanismus, zu einer Religion eines schön-menschlichen Daseins, der Menschenliebe und der Aufopferung, ohne alle geschichtlichen Grundlagen, ohne ein Jenseits hinter dem Diesseits und ohne einen Himmel über der Erde.

Feuerbach mißlang es ganz, der Religion einen neuen Inhalt, eine neue Seele, einen neuen Geist, eine neue Lebenskraft zu geben. Noch viel mehr mißlang das dem Kritiker Strauß. Es fehlte der neuen Wissenschaft jede Eigenschaft, zur neuen Religion zu werden. Mit diesen reinen philosophischen Begriffen konnte das Volk nichts anfangen.

Viel mehr, als diese wissenschaftlichen Bücher, drangen in weitere Kreise die Artikel ein, welche eine Zeitschrift unter dem Titel „Hallische Jahrbücher" brachte.

Diese Zeitschrift war von dem Philosophen Arnold Ruge gegründet und von seinem Freunde, dem frühverstorbenen Echtermayer. Sie war der Sammelplatz aller der Kräfte, welche die linke Seite der Schule Hegels bildeten. Da Ruge den Zweck hatte, mit der Wissenschaft das Leben zu befruchten, und durch ihre mitten in's Herz des Volkes hinein geleiteten Wahrheiten die Nation zur Freiheit zu bilden und zu führen, durch eine Revolution auf dem Gebiete des geistigen Lebens eine Umgestaltung des bürgerlichen Lebens vorzubereiten: so waren besonders die von ihm geschriebenen Aufsätze nicht bloß klar und durchsichtig gearbeitet, sondern allgemein faßlich, zum Theil selbst volksthümlich; nach ihm besonders die Aufsätze von Friedrich Vischer. Auch Strauß schrieb viel darein, und manchmal ebenfalls für die weiteren Leserkreise.

Die tiefgehende Wirkung dieser Zeitschrift entstand besonders dadurch, daß eine Vielheit von größeren und kleineren Zeitungen, ja kleinsten Lokalblättern, Stücke daraus in ihre Spalten aufnahm, und, empfehlend oder bekämpfend, Geist und Richtung derselben weiter verbreitete.

Ruge kämpfte nicht bloß mit seinen Hallischen Jahrbüchern, sondern auch in trefflich geschriebenen, volksthümlichen kleinen Schriften für die Entwicklung des geistigen und politischen Lebens seiner Nation, theils durch Angriffe auf das, was da war und nicht sein sollte, theils

durch Darstellung dessen, was nicht da war und was doch sein sollte, um ein schön menschliches Dasein zu bilden. Durch ihn und seine Freunde kam manche durchschlagende Wahrheit in Umlauf, Wahrheit in Bezug auf Kirche und Staat, aller Censur zum Trotz; und zugleich stürzte er, obschon die vereinigten Mächte des kirchlichen und politischen Rückschritts durch Polizeimaßregeln seiner Zeitschrift das Leben abkürzten, fast Alles, was in Deutschland auf dem Gebiet der Zeitschriften und Zeitungen, wie auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Kritik sich abgelebt hatte, und lange genug in die neue Zeit herein ragte, hindernd und schädlich zugleich, als Rest und Ruine einer untergegangenen Zeit.

Was sich in dem Zeitungswesen nicht umzuwandeln vermochte, hörte auf: eine Reihe kritischer und politischer Blätter, die einst einen berühmten Namen hatten. Wenigstens auf eine kurze Zeit gewöhnte sich das Publikum, Kritik und Politik ansprechender in der Form und gründlicher im Inhalt von Zeitschriften zu verlangen.

Auch die Straußische Kritik wirkte fördernd für die Wissenschaft, indem sie die theologische Welt zu ernsteren wissenschaftlichen Anstrengungen nöthigte, und eben so aufzeigte, was unwahr am Hergebrachten, wie was schlecht war am Neuen.

Dagegen wirkte die von Strauß vertretene Kritik des Religiösen, trotz ihrer Berechtigung, nachtheilig auf die praktische Religion, auf die Sittlichkeit der Gesellschaft, weil sie in der Verneinung und Zerstörung stecken blieb, und dem Kritiker Strauß eben so wie dem Reformator Ronge alles Schöpferische und Aufbauende abging.

Das zeigte sich gleich in den sogen. „freien Gemeinden."

Das Eichhornische Treiben, und das Schüren und Hetzen, Verketzern und Verläumden in der Hengstenbergischen Kirchenzeitung und in andern Blättern der Dunkelmänner trug die Frucht, daß eine große Zahl protestantischer Christen im preußischen Volke sich absonderte unter ausgezeichneten Predigern, und unter allerlei Namen einen Gegensatz bildete. Sie selbst nannten sich „protestantische Freunde," und „freie Gemeinden" bildeten sich aus ihnen. Der Spott der Dunkelmänner nannte sie „Lichtfreunde." Von dem, was der Kern der Berliner Adresse war, gingen auch diese freien Gemeinden aus, welche das Eichhornische Joch abwarfen, nämlich von dem Hauptsatz, „der heilige Geist, der die wahre Kirche constituire, erhalte und regiere, sei weder an Rom noch an den Buchstaben der Ueberlieferung gebunden; Schrift und Symbole seien Zeugnisse der ersten Christen und der sich bildenden

Kirche von ihrem Glauben, abgelegt und niedergelegt von Menschen, und sie gehören deßhalb, nach Auffassung und Form, der Bildung ihrer Zeit und ihrer Verfasser an."

Dieser Gegensatz gegen die unerträglich enge Auffassung und gegen den Gewissenszwang, welcher von der „kirchlichen" Partei und von den am Buchstaben und an veralteten Formen Hängenden geübt wurde, war ein geistiger Fortschritt.

Aber in dem Kampfe, welcher in Zeitblättern und in Schriften mit Heftigkeit und Bitterkeit jahrelang geführt wurde, ließen sich die protestantischen Freunde zu weit fortreißen, gereizt durch das, was von Oben gegen sie geschah, durch Amtsentsetzungen, durch Verfolgung mancherlei Art, durch Entziehung bürgerlicher Rechte, gereizt aber auch durch die maßlosen Anfeindungen der theologischen Gegner und durch deren Aufhetzungen.

Im Hinausstreben aus der Enge, gingen die freien Gemeinden so weit, daß sie die Religion ihrer geheimnißvollen Reize, aller Idealität, der Poesie und des Tiefsinns, entkleideten, und statt die Zeit mit einem neuen religiösen Inhalt zu erfüllen, vielmehr an der religiösen Entleerung derselben arbeiteten. Statt das heilige Feuer der Begeisterung im Herzen des Volkes zu entzünden, wirkte das neue Licht ernüchternd. Es erleuchtete mancherlei Finsterniß, aber es erkältete auch noch mehr, während durch das Vorherrschen der Verstandesrichtung in der Zeit zuvor schon nur allzuviel Kühle und Kälte da war.

Schön war es zwar auch von ihnen gedacht, Religion und Nationalität zu verbinden, und weltbürgerlich, alle Helden der Menschheit in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, für sie zu begeistern, und an ihrem Vorbilde die Liebe zur Tugend zu erwecken. Aber bei Talent, praktischer Tüchtigkeit und charakterfester Ueberzeugungstreue der Führer der freien Gemeinden, verfielen sie, wie die deutsch-katholischen Gemeinden, der Verneinung.

Da der lichtfreundliche Gottesdienst zu wenig Formen hatte, und zu sehr abstrakte Begriffe verehrte und pflegte, so vermochte er den Boden im deutschen Volke nicht zu gewinnen, den sie selbst erwarteten, und mit ihnen berühmteste Männer des deutschen Volkes, wie Alexander von Humboldt, Varnhagen und Gervinus. So konnte auch das, was Anfangs ein geistiger Fortschritt schien, weil dabei nicht die deutsche Eigenthümlichkeit, am wenigsten das weibliche Gemüth und das Herz des gemeinen Mannes, berücksichtigt war, die erwartete

Frucht für das religiöse Leben der Nation nicht tragen, das deutsche Volk religiös nicht weiter führen.

Daß die Ausbeute der kritischen Untersuchungen durch die Zeitungen aus dem wissenschaftlichen Kreise hinausgetragen wurde unter die Masse fein und grob gekleideter Leute, denen alle Vorbildung abging, um die religionswissenschaftlichen Streitfragen beurtheilen zu können, das schadete für den Augenblick. Manche gingen über den Zweifel hinaus bis zur Religionslosigkeit, und verwilderten. Die Egoisten und die Genußmenschen nahmen noch mehr überhand, und die Kraft nahm ab, aus welcher die Begeisterung und die Opferfähigkeit entspringt, nämlich die religiöse Kraft in der Nation, ohne welche keine Volkserhebung und keine Volksbewegung nachhaltig ist.

Man folgte den kirchlichen Kämpfen mit um so mehr Aufmerksamkeit, weil die Politik, bei der Gebundenheit der Presse, wenig anzog, und in den Zeitungen einer freien Besprechung politischer Gegenstände der Raum polizeilich verschlossen war. Nur die schreckliche Stille umher in der Wüste der Zeit machte, daß die Axtschläge so weit und laut gehört wurden, welche die Kritik nach der Wurzel wie nach der Krone des Baumes führte, welcher mehr als anderthalb Jahrtausende lang der Lebensbaum einer Welt gewesen war.*

Ein Fingerzeig war, daß mit Strauß's Kritik und seiner „Auflösung" der protestantischen Dogmen — die Jesuiten und die Ultramontanen sehr wohlzufrieden waren. Sie erblickten darin, wie sie sagten, eine „Selbstauflösung des Protestantismus," und knüpften daran große Hoffnungen für ihre Sache.

* Genaueste Einzelheiten über alle diese deutschen Zustände, die politischen wie die kirchlichen, findet man in der Schrift „Deutsche Geschichten von 1830 bis 1848, von Wilhelm Zimmermann. Karlsruhe, Kunstverlag 1853." Diese Schrift bildet den dritten Band von F. G. A. Wirth's Geschichte der deutschen Staaten.

IV. Das Ministerium Abel in Bayern.

1. Die Reaktion im religiösen, im wissenschaftlichen und im politischen Leben.

In Bayern gewann die Gesellschaft Jesu immer mehr Raum.

Es schien, das Land wolle sich neu mit Klöstern bedecken. In Einem Jahre, 1838, entstanden nahe an zwanzig neue Klöster.

Von Seiten der „kirchlichen" Partei wurden in Bayern und besonders unter den Rheinländern, um das Ende der dreißiger Jahre, geflissentlich, in Hunderttausenden von Abdrücken, die angeblichen „Weissagungen des Mönches Hermann von Lehnin" verbreitet. Darin war der nahe Untergang des protestantisch-preußischen Königshauses dem vor grauer Zeit verstorbenen Mönch Hermann in den Mund gelegt, und zugleich wurde wieder aufgefrischt, daß Köln und Trier, Düsseldorf und Koblenz bayrische Prinzen zu geistlichen Kurfürsten gehabt, und diese Zeiten die Wittelsbacher noch nicht vergessen haben.

Die religiös-politischen Wirren in Rheinpreußen hingen zusammen mit Ereignissen in Bayern: das Ministerium Wallerstein wurde gestürzt, und in Abel ein unbedingtes Werkzeug der ultramontanen Partei an die Leitung der Geschäfte gestellt. Weder die Wünsche noch die Beschwerden der Protestanten Bayerns fanden am Throne Gehör; und doch waren drei Siebentheile des Königreichs protestantisch, und doch wurde täglich Spott und Hohn aus dem Lager der kirchlichen Partei nicht bloß gegen Preußen, sondern gegen den protestantischen Glauben überhaupt geschleudert.

Ob die obersten Würdenträger der protestantischen Kirche in Bayern wirklich, wie man ihnen vorwarf, mit der katholisch-kirchlichen Partei unter der Decke spielten, mag Gott wissen. Viel liegt vor, was nicht für ihre Unschuld spricht; und selbst, wenn der Vorwurf thätiger Mitschuld unbegründet ist, springt dann die Schuld der Charakterschwäche und der sittlichen wie geistigen Feigheit um so greller in die Augen.

Ueberrechtgläubigkeit, Frömmelei und Mysticismus wurden, urkundlich, zu ersten Bedingungen der Anstellung und der Beförderung im

protestantischen Kirchendienste gemacht — vom protestantischen Oberconsistorium zu München. Der Präsident desselben, Roth, verkündete, ganz wie Eichhorn in Preußen that, der protestantischen Geistlichkeit in Bayern, daß, „ohne alle Rücksicht auf wissenschaftliche Befähigung nur die strengste Rechtgläubigkeit auf Anstellung zu rechnen habe, und daß jeder, der ein Amt oder Beförderung wolle, zuvor unterschriftlich zu erklären habe, daß er aus innerster Ueberzeugung und vollständig, ohne irgend eine Abweichung, zu dem altlutherischen Lehrbegriff sich bekenne."

Dadurch war einerseits dem protestantisch-wissenschaftlichen Fortschritt für Viele ein Schlagbaum vorgeschoben. Andererseits versuchte das Münchner Oberconsistorium die protestantische Volksschule in das Geleise der Dunkelmänner einzuleiten: Rechtgläubigkeit und Frömmelei waren es zunächst, welche auch für das Schulamt empfahlen, und die Anstalten zur Bildung künftiger protestantischer Schullehrer waren von mystischen Frommen geleitet. Die Lehrer daran, der von oben vorgeschriebene Lehrplan, der ganze Unterricht trugen im höchsten Grade eine mystisch frömmelnde Farbe. Durch eine zehnjährige Thätigkeit in ähnlicher Richtung hatte Roth die Zufriedenheit der in Bayern herrschenden Schattirung der „kirchlichen" Partei in so hohem Grade sich erworben, daß er Präsident des Oberconsistoriums, Staats- und Reichsrath geworden war; und jetzt, am 3. Januar 1840, erhielt er das Großkreuz vom Verdienstorden des heiligen Michael. —

Eben so wurde bei weltlichen Anstellungen die „gute Gesinnung" und die „kirchliche Haltung" vor Allem in's Auge gefaßt. Wer diese beiden Eigenschaften nicht hatte, galt als nicht genügend befähigt, wär' er auch noch so vorzüglich in Kenntnissen und dabei der rechtschaffenste Mann gewesen. Dieses System mußte von selbst Heuchelei, Ueberzeugungslosigkeit und Verdächtigungssucht ausbrüten.

2. Die Kammer. Die Kniebeugungsfrage.

Die im Jahre 1836 gewählte Kammer zählte viele protestantische Abgeordnete, auch viele Katholiken von solcher Bildung und Duldung, von so viel Rechtssinn, daß ihnen mißfallen mußte, was das Ministerium Abel und sein Anhang sich erlaubten, und daß Abel besorgte, die Klagen der Protestanten in der Kammer könnten eine so

große Mehrheit erhalten, daß sie eine verfassungsmäßige Kammerbeschwerde zur Folge hätte. Das Ministerium nahm im Jahre 1837 eine neue Landeseintheilung vor, in acht Kreise, und löste die Kammer auf, unter dem Vorwande, die neue Landeseintheilung mache eine neue Kammerzusammensetzung nöthig. Bei dieser neuen Vertheilung der Landesvertretung erhielten gerade diejenigen Landschaften des Königreichs, welche überwiegend protestantisch oder durch ihre Freisinnigkeit bekannt waren, trotz ihrer überlegenen Familienzahl weniger Vertreter, als die von den Ultramontanen beherrschten und unbedingt willigen, trotz deren geringerer Familienzahl. Es wurde das von den Liberalen mit Zahlen urkundlich nachgewiesen, aber ohne daß die Censur das zur Kenntniß alles Volkes kommen ließ.

Die Neuwahl begann. Von acht durch die Grundeigenthümer der Pfalz gewählten Abgeordneten, wurde sechsen der Urlaub verweigert. Auch sonst wurden Abgeordnete, für deren Eintritt in die Kammer die königliche Genehmigung nöthig war, durch Verweigerung des Urlaubs von der Kammer ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen waren: die Freiherren von Holzschuer und von Hornthal, Willich, die Oberappellationsräthe von Welsch und Freiherr von Riederer; dann die Pfälzer: die Rechtsanwälte Culmann und Stockinger, Bürgermeister Brunck, Rindelhuber, Kern und Steuereinnehmer Rau. Nur ein einziger Advokat ward in die Kammer zugelassen. Allen andern Advokaten wurde der Urlaub verweigert. Denn auch die Advokaten, die Aerzte, ob sie gleich keinerlei Staatsgehalt hatten, wurden jetzt in Bayern wie Staatsdiener behandelt, und Abel behauptete auf einmal, auch sie müssen zum Eintritt in die Kammer die königliche Genehmigung nachsuchen.

So bestand „die achte Versammlung der Stände des Reiches" aus einer Kammer, wie sie die Regierung zusammengesetzt hatte.

Die Eröffnung war auf den 8. Januar 1840 festgesetzt. Selbst einer solchen Kammer gegenüber hielt Abel vor der Eröffnung noch Zugeständnisse in „religiöser" Hinsicht für nöthig. Unter allen rechtlich gesinnten Katholiken nämlich hatte das, was gegen den Glauben und das Gewissen der Protestanten in Bayern geschehen war, eine so tief gehende Mißbilligung hervorgerufen, daß das Ministerium Abel einen Sturm fürchtete. Dahin gehörte der berüchtigte „Kniebeugungserlaß," nach welchem überall und zu allen Zeiten das Linienmilitär, und sogar die Landwehr, zur allgemeinen

Kniebeugung commandirt worden war, so oft ein Priester mit dem Venerabile vorübergehe. Dieser Gewissenszwang für die Protestanten war es aber nicht allein, was diesen ultramontanen Erlaß verhaßt machte: Die Mehrheit der katholischen Offiziere war aus mehr als Einem Grund erbittert darüber. Acht Tage vor der Kammereröffnung wurde diese königliche Verordnung, welche ebenso sehr gegen die heilige Schrift und das protestantische Gewissen, als gegen die bayrische Verfassung war, und keinen Beweis für die allseitige Klugheit des modernen Jesuitismus geliefert hatte, zurückgenommen; jetzt endlich zurückgenommen, nachdem jahrelang den ehrfurchtsvollen Vorstellungen der Protestanten dagegen die hohe und höchste Mißachtung zu Theil geworden war.

Zunächst wurde zwar nur für die protestantische Landwehr das Commando zur Kniebeugung vor dem Venerabile zurückgenommen; aber wenigstens in Aussicht wurde gestellt, daß auch bei dem Linienmilitär Ausnahmen von dieser Kniebeugung für die Protestanten zu erwarten sein dürften. — Den Protestanten in Ingolstadt war ihre Bitte um Einräumung eines Gebäudes zu ihrem Gottesdienste stets verweigert worden. Jetzt wies der König für den Bau einer protestantischen Kirche in dieser Stadt zwanzigtausend Gulden an, und bewilligte der protestantischen Kirchengemeinde Elmstein zum Wiederaufbau ihrer Pfarrkirche einen Beitrag von tausend Gulden aus der Kabinetskasse, und das Bauholz aus Staatsforsten zu ermäßigten Preisen.

In Betracht der von der Verfassung gewährleisteten Gleichberechtigung der Protestanten und der Katholiken, in Betracht dessen, was für die katholische Kirche geschah, war das eigentlich Nichts. Aber schon dieses, was eigentlich Nichts und kaum Etwas war, wirkte versöhnend auf die Protestanten.

Sie sahen darin ein Einlenken, das zu Hoffnungen berechtige, und übersahen dabei, daß in den Blättern Abels und der kirchlichen Partei, selbst in der halbofficiellen Münchner politischen Zeitung, Preußen gleichzeitig der „Erb- und Todfeind der Kirche“ genannt wurde; daß der königliche Censor es einem Blatte hingehen ließ, worin der Protestantismus „ein Werk des Satans“ genannt wurde; daß der König zum Präsidenten der zweiten Kammer den königlichen Minister und das allbekannte heißblütige Mitglied der hierarchischen Partei, den Grafen Karl von Seinsheim, aus sechs Vorgeschlagenen auswählte.

In der Thronrede sagte am Anfang der König: „Anhänglichkeit an den Thron — das vereinigt; meine Liebe umfaßt alle meine Unterthanen; des Volkes Wohlstand steigt;“ und am Schluß sagte er: „die Rechtspflege ist mir eine heilige Angelegenheit.“

Der König aber regierte schon über vierzehn Jahre, und die Rechtspflege in Bayern lag noch so im Argen, daß sie sprichwörtlich in ganz Deutschland geworden war. Die Vereinigung der Polizei und der Justiz in Einer Person, in der Person des Landrichters, also ein Widerspruch gegen die ersten Rechtsgrundsätze, dauerte noch immer in Bayern fort, und damit die Versuchung zum Mißbrauch so ausgedehnter Macht. Man las und hörte, wie Landrichter Personen, die ihnen mißliebig waren, auf Tage, auf Monate, auf Jahre hinaus gefangen setzten, ohne Verhör, ohne Urtheil und Recht; und daß die so Mißhandelten nach wieder erlangter Freiheit nicht einmal bei den höheren Gerichten klagten, weil sie allen Glauben an Schutz und Recht verloren hatten. — Zudem schmachteten Behr und Eisenmann, die Märtyrer ihres Patriotismus, noch immer im rechtlosen Kerker.

Diese Kammer aber dankte in ihrer Antwortsadresse dafür, daß der König die „Verheißung gab, an der Verfassung festhalten zu wollen;“ ja sie war „gerührtest“ davon, daß der König diese „Verheißung“ gab; und das Wort des Königs, die Rechtspflege sei ihm eine heilige Angelegenheit, „erfüllte die Kammer der Abgeordneten, wie es in der Adresse hieß, mit dem größten Vertrauen in die allerhöchsten Regierungsgrundsätze.“

Daß König Ludwig bei solchen Kammern nicht weiter, als er that, griff, ist als ein Verdienst ihm anzurechnen.

3. Abels Taktik in der Presse und in der Kammer.

Des deutschen Volkes wissenschaftlichen und künstlerischen Geist, so weit er als nationale Literatur und Kunst hervortrat, hat König Ludwig mit Ernst am Bundestage geschützt, die Kunst im eigenen Lande mit Freigebigkeit unterstützt. Aber mit seinem Wissen und Willen wurde die Freiheit der Presse durch Abel in religiösen und politischen Dingen, so weit sie nicht in hierarchisch-absolutistischem Sinne besprochen wurden, so sehr unterdrückt, daß der Freiherr von Thon-Dittmer, sein Leben lang ein höchst gemäßigter Mann, und doch einer der Wenigen, die in dieser Kammer ein freies Wort wagten, ausrief: „gerade für Bayern sei eine freie Presse um so

mehr Bedürfniß, weil nicht einmal im Saale der Kammer freies Wort und freie Mittheilung immer Raum finden."

Abel nannte die Preßfreiheit „etwas nicht Zeitgemäßes." Wenn man behaupte, die freie Presse übe einen fördernden Einfluß auf die Wissenschaften, so sei das ganz falsch; Preßzwang im Gegentheil, das zeige sich, sei für den Geist der ächten Wissenschaft und das gründliche Studium fördernd; die Journalistik sei eine feile Buhldirne."

Sophistisch, aber geistlos in der Sophistik, überhaupt von Haus aus eine flache Mittelmäßigkeit, welche den Mangel an Kopf durch Phrasen, den Mangel an Recht nur zu oft durch Dummdreistigkeit zu ersetzen suchte, trotz seiner Kunst, zu dehnen, zu deuteln und zu blenden, hatte Abel, mit seiner Vertheidigung des Preßzwangs zunächst das Schicksal, daß die zweite Kammer den Anträgen Thon-Dittmers auf Beseitigung der Censur und ein der Zeit entsprechendes Preßgesetz zustimmte. Aber die Kammer der Reichsräthe fand in ihrer Mehrheit die Aufhebung der Censur und ein der Zeitbildung entsprechendes Preßgesetz nicht zeitgemäß. Sie verwarf, was die Abgeordnetenkammer angenommen hatte; und die Abgeordnetenkammer — „glaubte, darauf nicht bestehen zu sollen."

Es wurde klarst dargethan, daß eine „Staatsdienerschaft" der Advokaten im Geiste der Verfassungsurkunde nicht gefunden werden könne. Abel aber behauptete, das gehöre gar nicht vor die Kammer, der Wirkungskreis der Kammer in Prüfung und Entscheidung bei sich ergebenden Beanstandungen der Kammermitglieder reiche nicht so weit. Es wurde ihm erwidert von dem Abgeordneten Kolb, bei solcher Auslegung würde das verfassungsmäßige Wahlrecht zu einem Präsentationsrecht herabsinken, — es seien jahrelang seit der Verfassung Advokaten ohne königliche Genehmigung in der Kammer gesessen. —

Daraus, meinte Abel, folge bloß, daß die Regierung geglaubt habe, den damaligen unseligen Zeitverhältnissen durch freiwillige Aufhebung eines Theils ihrer unzweifelhaft erkannten Rechte ein Opfer bringen zu sollen. — Das Ergebniß mehrtägiger Verhandlungen war, daß die Kammer fast einstimmig beschloß, die Frage auf sich beruhen zu lassen. An die Unabhängigkeit der Advokaten lehnte sich die Entwicklung der bürgerlichen Freiheit bei allen Völkern der Neuzeit. In Bayern ließ man 1840 in der Kammer die Frage über die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Rechtsanwälte, dies

für die Fortbildung bürgerlicher Einrichtungen höchst wichtige Frage, auf sich beruhen.

Abels Haupttaktik war, in den Gegnern der Regierungs-Ansichten und Maßregeln — „Mißtrauende" und „Mißtrauen Erregende" sehen zu lassen; und der abhängige, wie der für ein politisches Urtheil nicht vollöthig begabte Theil, also die große Mehrheit der damaligen Versammlung, ließ sich leicht in solche Ansicht hineinreden. Die Herablassung der Minister und der vornehmen Herren der ministeriellen Partei und Zusagen kleinerer oder größerer örtlicher Vortheile wirkten auch bei Vielen viel.

Mit besonderer Bitterkeit bekämpfte Abel „die moderne Staatslehre," nach welcher der König nichts Anderes sei, als „der oberste Diener, der erste Beamte des Staates." —

Es bleibt gleich kennzeichnend und denkwürdig: ob der Minister Abel selbst nicht wußte, oder ob er voraussetzte, daß die Kammer nicht wisse, von wem diese „königsfeindlichen" Worte, „gegen welche jede monarchische Regierung, welcher die Verfassung heilig sei, aufs Entschiedenste entgegentreten müsse," herrührten? wer sie zum Grundsatz der Neuzeit gestempelt hatte? — Das war ein König, und zwar ein deutscher König, freilich ein großer König, — Friedrich II. von Preußen. Daß diesen König dem Minister Abel Niemand in der Kammer entgegenhielt, ist unbegreiflich, aber immer kennzeichnend.

Die Art, wie Abel die Verfassung ausdeutete, die er nicht für eine „repräsentative," sondern bloß für eine „ständische" ausgab, verletzte den obersten Grundsatz des Verfassungswesens; sie nahm Alles aus der Verfassung heraus, was einer Verfassung ihre Bedeutung gibt.

Nach Abels Vorspieglung hatten die Kammern weder ein Bewilligungs- noch ein Controlirungsrecht. Sei bisher ein Nachweis über die Kassenbestände gegeben worden, so sei das eine „freiwillige" Mittheilung der Krone gewesen. Als ihm geantwortet wurde, dann wäre die Verfassung eine Null, beharrte er und sein Anhang darauf. —

Die Einsprache der Kammern in den Staatshaushalt war dem Ministerium wegen ganz besonderer Verhältnisse unleidlich.

4. Der „zarte Gegenstand.“ Bayerns politisches Leben.

Wie gegen die ausdrückliche Verfassungsbestimmung früher ein bayrisches Heer nach Griechenland gesandt, und für Zwecke, welche dem bayrischen Volke fremd waren, die Söhne Bayerns hingeopfert wurden: so waren Millionen bayrischer Staatsgelder später für eine den bayrischen Staatszwecken fremde Frage, als Darlehen an Griechenland, verausgabt worden, insgeheim.

Trotz der Heimlichkeit war etwas davon durchgesickert in die Oeffentlichkeit, und lief als „Sage“ um. Im Jahre 1840 aber war die griechische Regierung genöthigt, ihr Budget sammt Nachweisungen zu veröffentlichen; es war der Betrag des vom bayrischen Staat erhaltenen Darlehens in den griechischen „Staatsakten“ erschienen, und in deutschen Blättern veröffentlicht worden.

Jetzt konnte weder Abel noch diese Kammer von 1840 die Berührung dieses Gegenstandes ferner umgehen. Abel spiegelte vor, diese Darlehen seien nicht aus bayrischen Staatsgeldern, sondern aus anderweitigen Mitteln genommen worden; einer Verpflichtung zu Nachweisungen widersprach er. Der Finanzausschuß und dessen Berichterstatter Herr von Rotenhan, ein hervorragendes Glied der kirchlichen Partei, erklärten: „aus den umständlichen und ausführlichen ministeriellen Mittheilungen habe der Ausschuß die Ueberzeugung geschöpft, daß erstens das griechische Darlehen nicht aus den königlichen Staatskassen gemacht worden sei, welche in den Bereich der ständischen Wirksamkeit fallen, und daß zweitens, „besonders zarte politische Rücksichten“ eine Veröffentlichung weiterer Details nicht zulassen.“

Obgleich die Mittheilungen des Ministers durch nichts belegt waren, so ließen sich doch die Kammern mit „vertraulichen“ Auskünften, mit Bestreitung ihrer Competenz, und mit hohlen Vertröstungen hinhalten, von Jahr zu Jahr. Erst auf dem Landtage von 1846 war es der Freiherr von Lerchenfeld, welcher als Berichterstatter des Finanzausschusses vom Finanzministerium nähere Aufschlüsse über dies griechische Anlehen verlangte, um „die ständischen Rechte zu wahren.“ Lerchenfeld begnügte sich, und mit ihm die Kammern, die unbestreitbare Haftbarkeit der bayrischen Krone für den Wiederersatz dieser Staatsgelder auszusprechen, auf die schriftliche Zusage der Minister hin, daß dem nächsten Landtage über die Vereinigung dieser Anlehensfrage eine Vorlage werde gemacht werden. Diese Zusage wurde dem

Protokoll beigelegt; aber sie fand sich im Jahre 1849 ununterschrieben vor; ohne Unterschrift irgend eines Ministers.

Im Jahre 1849 nämlich kam die ganze Lage des „zarten Gegenstandes“ an den Tag, durch die Abgeordneten Kolb von Speyer und Schüler von Zweibrücken. Bei der Untersuchung der auf die ganze Sache bezüglichen Akten fand sich, daß, wie jene wichtige Ministerialerklärung ohne Unterschrift war, so auch die Protokolle der geheimen Kammerbeschlüsse von 1840, 1843 und 1846 ohne die von der Verfassung vorgeschriebenen Unterschriften gefunden wurden, also null und nichtig waren.

Der Finanzausschuß hieß einstimmig den Bericht Kolb's und Schüler's gut, und pflichtete allen Anträgen derselben bei. Diese Anträge gingen auf Wiederersatz der „thatsächlich entfremdeten Staatsgelder,“ und zwar namentlich auch durch die dafür haftbaren bayrischen Staatsbeamten; ferner auf strafrechtliches Verfahren gegen die Schuldigen, auf deren Weisung diese Staatsgelder zu andern als bayrischen Staatszwecken ausgeliefert worden seien. Als die Erstattung dieses Vortrags von der Kammer auf die Tagesordnung gesetzt wurde, kam ein königlicher Erlaß, welcher die Kammern vertagte, in demselben Augenblicke, als die Sitzung und der Vortrag beginnen sollte.*

Die öffentliche Stimme sagte damals, was auch der Bericht sagte, „alle hieher gehörigen Vorgänge geben ein sprechendes Bild von dem Zustande des bayrischen Verfassungswesens, wie es in den letzten zehn Jahren gewesen sei; von den Folgen jener verfälschten schwachen Volksvertretung; von jenem Constitutionalismus, der nicht dem Wesen, sondern nur dem Scheine nach bestehe. Man solle sich das klar machen, was da geschehen, damit es als warnendes Beispiel für die Zukunft diene.“

Weniges genügt, um Bayerns politisches Leben für diesen Zeitabschnitt vollends zu zeichnen. Es war eine durchgehende Geschäftigkeit Abels und seines Anhangs, die Verfassung in das Gegentheil ihres ursprünglichen Sinnes umzudrehen und umzudeuteln; Leute in die Kammer zu bringen, welche von Verfassungsfragen wenig oder nichts verstanden; und die Gegner in und außer der Kammer, d. h. diejenigen, welche Verfassung, König und Volk zugleich liebten, als „Feinde des Königs“ zu verdächtigen, welche „Mißtrauen säen“ und die „schöne Eintracht zwischen Fürst und Volk stören,“ das „heilige Band zerreißen“ wollen.

* Genau nach dem Ausschußbericht des Landtags 1849.

Wie fort und fort das Ministerium Eichhorn in Preußen sich zum Stützpunkt der Reaktion im nördlichen Deutschland hergab, welche von den Führern der protestantischen Schattirung der „kirchlichen Partei“ geleitet wurde: so fuhr die katholische Schattirung der „kirchlichen Partei,“ welcher das Ministerium Abel diente, in Bayern fort, nicht nur die Politik dieses Königreichs zu bestimmen, sondern durch ganz Süddeutschland geheime Fäden anzuhängen.

Man kam so weit, daß sogar die Anschauungen des Würzburger Professors von der Pfordten, des durch das Gegentheil später hinlänglich bekannt gewordenen bayrischen Ministers, nicht bloß als freisinnig, sondern als zu freisinnig erschienen, und das Ministerium Abel bedenklich machten: er wurde versetzt, vom Lehrstuhl weg an das Appellationsgericht nach Aschaffenburg. —

5. Weigerung des Trauergottesdienstes für die Königin Mutter. Das „apostolische“ Schreiben vom 13. Februar 1842. Die kirchliche Partei und Wien.

Am 13. November 1841 starb die Königin Wittwe, die zweite Gemahlin des verewigten Königs Max Joseph. Sie war die Stiefmutter des regierenden Königs Ludwig, der sie hoch verehrte. Sie war die leibliche Mutter der Königinnen von Preußen und Sachsen, der Erzherzogin Sophie von Oestreich, der Herzogin Max in Bayern und der Prinzessin Johann von Sachsen.

Diese edle Frau war sehr beliebt beim bayrischen Volke. Dennoch weigerten die katholischen Bischöfe Bayerns den Trauergottesdienst in den katholischen Kirchen für sie, weil sie — Protestantin gewesen sei. Nur wenige katholische Geistliche hielten den Trauergottesdienst so, als ob sie keine „Ketzerin“ gewesen wäre. — König Ludwig dankte in einem Handbillet dem Bischof von Augsburg, daß er in seinem Sprengel die Trauerfeierlichkeiten für seine Mutter in „würdiger Art“ angeordnet habe.

So etwas ist weltgeschichtlich, weil es durch seine einfache Thatsache über Vieles beredter spricht, als Abhandlungen. Der Papst rügte in einem „apostolischen“ Schreiben vom 13. Februar 1842 das Verfahren des Bischofs von Augsburg, und forderte ihn auf, bei passender Gelegenheit das „Aergerniß“ wieder gut zu machen. Auch eiferte der Papst in diesem Schreiben gegen „den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler, welche lügnerisch ausbreiten, ein dem

katholischen Glauben und der katholischen Gemeinschaft fremder Mensch könne, wenn er gestorben sei, zum ewigen Leben gelangen."

Dieses päpstliche Schreiben wurde der Regierung mitgetheilt, und diese wünschte dringend — sorgsame Geheimhaltung desselben. Aber im Jahre 1845 brachte die Luxemburger Zeitung dieses Aktenstück und Anderes, was zwischen München und Rom gewechselt worden war.

König Ludwig, durch die Unduldsamkeit der Priester in seinem persönlichen Gefühle tief verletzt, wurde es bald noch mehr durch eine neue Ungeschicktheit der „kirchlichen" Partei.

Die Verlobung des Kronprinzen Max von Bayern mit der Protestantin Marie, Prinzessin von Preußen, rief die heftigsten Kapuzinaden gegen die protestantische Kirche sogar auf Kanzeln Münchens hervor; die Vermählung mit einer Protestantin schien der „kirchlichen" Partei für ihre Zwecke gefährlich. Der König nahm einen Ansatz zum Widerstande; ohne Weiteres wurden die aufreizenden und lästernden Priester aus ihren Stellen und von der Kanzel verbannt; und selbst in Bayern trat jetzt eine Hinneigung Mancher hervor, welche unter Preußens Vorgang die deutsche Einheit sich nützlich und wünschenswerth dachte.

Die „kirchliche" Partei erklärte jetzt offen, sie werde sich von nun an allein auf Oestreich stützen, und bezeichnete Wien als den Ort, wo die wissenschaftlichen Kräfte der katholischen Kirche Deutschlands sich sammeln müssen. Der König aber setzte nach Bamberg und Speier nicht die als Bischöfe, welche die Partei wollte, sondern welche er wollte. „Gegen Fanatismus bin ich," sagte er; „fromm sollen meine Bayern sein, aber keine Kopfhänger."

6. Frechheit der kirchlichen Partei: der Gustav-Adolphs-Verein; die Kniebeugung; Redtenbacher.

Trotz dieser Aeußerung König Ludwigs herrschte die finstere Partei fort durch das Ministerium Abel-Seinsheim: Seinsheim war fort und fort Kammerpräsident und Finanzminister in Einer Person. Die volksthümliche Opposition in der Kammer wuchs zwar; die Wahlen fielen von Landtag zu Landtag freisinniger aus. Das beharrliche System des Rückschritts reifte den Geist des Widerstandes selbst unter solchen, welchen man bisher, wegen ihrer Stellung und der daran haf-

tenden Rücksichten, wenig Entschiedenheit und noch weniger Thatkraft zutraute. Die Masse des Volks jedoch zeigte wenig Theilnahme an den Wahlen, die Kammerzusammensetzung zeigte darum auch eine willfährige und lenksame Mehrheit, besonders unter den Beamten auf den Abgeordnetenbänken. So scheiterten die wohlthätigsten Anträge der Vaterlandsfreunde theils an dieser Mehrheit, theils an der Kammer der Reichsräthe, selbst das Gesuch um ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit. Die ultramontane Partei bewies jeden Tag ihre ungebrochene Herrschaft.

Der harmlose „Gustav-Adolphsverein“ zur Unterstützung armer protestantischer Kirchengemeinden, an dessen Spitze drei deutsche Könige standen, der König von Preußen voran, wurde vom Ministerium Abel in Bayern verboten. Der Verein hatte auch an protestantische Gemeinden in Bayern, die zur Bestreitung ihres Gottesdienstes zu arm und um Unterstützung eingekommen waren, Unterstützungsbeiträge gesandt. Ein Regierungserlaß zwang die Gemeinden, diese Gelder zurückzuschicken. Für den Wiederholungsfall wurde dem Verein die Beschlagnahme seiner Gelder gedroht, allen Bayern jeder Verkehr mit dem Verein und jede Annahme von Gaben bei Strafe verboten. Die Blätter der kirchlichen Partei bezüchtigten den Verein, „er locke die Unterthanen anderer Staaten an sich, verberge seine demokratischen Neben- oder vielmehr Hauptzwecke nicht und gehe auf Umsturz der bestehenden Zustände aus.“

Alle Beschwerden der protestantischen Generalsynoden, besonders gegen die Kniebeugung der Protestanten, wurden von der Regierung zurückgewiesen. Die Verhandlungen der Generalsynoden und ihre Beschwerden über Rechtsungleichheit, die sie drucken ließen, wurden verboten, die Urheber des Drucks in Untersuchung gezogen, und es hieß, der Staatsrath von Freiberg habe im Staatsrath den Antrag gestellt, alle Unterzeichner der Beschwerdeschrift des „Hochverraths“ anzuklagen; Abel habe ihn unterstützt; und der Antrag sei nur darum nicht zur Ausführung gekommen, weil der Kronprinz Max und sein Bruder Luitpold sich demselben widersetzt haben.

Auf den Kronprinzen hofften die Protestanten; der Kronprinz wurde immer mehr der Mittelpunkt auch der Hoffnungen der Liberalen in Bayern.

Pfarrer Redtenbacher von Sulzkirchen hatte eine in der Generalsynode gehaltene Rede gegen die Kniebeugung der Protestanten

drucken lassen. Sie war streng evangelisch gehalten; Politisches war nichts darin.

Redtenbacher wurde vom Appellationsgericht zu Eichstädt, das der kirchlichen Partei und der Kabinetsjustiz Abels diente, zur Amtsentsetzung und zu einjähriger Festungsstrafe verurtheilt, wegen Widersetzlichkeit gegen Regierungsvorschriften unter dem Vorwande der Religion. — —

Das Oberappellationsgericht zu München bestätigte dieses Urtheil zu harter und entehrender Strafe. —

Bald darauf wurde ruchbar, daß man den angesehenen protestantischen Geistlichen, während seiner gerichtlichen Verfolgung, einer ärztlichen Untersuchung unterworfen habe, um zu ermitteln, ob er körperliche Züchtigung aushalten könne!! —

Das entrüstete alle edeln Bayern, ohne Unterschied des Bekenntnisses, so sehr, daß König Ludwig eilte, den Verurtheilten durch einen Gnadenakt diesen Richtern und den Folgen des Urtheils zu entziehen.

Abel und der Pöbel.

Die Theurung durch ganz Deutschland hin, in Folge von Mißernten jeder Art, namentlich in Folge der Kartoffelkrankheit, der Stillstand der Gewerbe, vielfache Arbeitslosigkeit, rasche Erschöpfung des Vermögens und des Kredits durch mehrjährige, sich steigernde Noth, und durch ruchlosesten Wucher vieler Bauern und Kapitalisten, traten hinzu zu der politischen Verstimmung. „Der Stoff häuft sich, hörte man sagen, zu einer Revolution in Deutschland.“ — Rechtzeitige Maßregeln der Regierung aber erzielten in Bayern, daß der Mangel an Lebensmitteln und die Noth hier weder so verbreitet noch so groß wurde, wie in den meisten andern Theilen Deutschlands.

Der „Bieraufschlag“ jedoch erzeugte in München und in andern Städten des Landes wüste „Biertumulte,“ Zerstörungen und Ausplünderungen in den Bräuhäusern. Katholisch-kirchliche Parteiblätter spielten darauf an, als hänge dieser Pöbelunfug mit dem Liberalismus und mit der protestantischen Bewegung zusammen; selbst dem Könige wurde das vorgespiegelt. Da Abel's Ministerwillkür und die ultramontane Partei ihre Bundesgenossen in der rohen Masse suchten, so spiegelten sie dieser vor, die Kämpfe für die Volksrechte in den Kammern seien nichts als ein „eigennütziges, für das Volk nur kostspieliges Treiben.“ Man sprach zu der Masse von „unerhörter

Frechheit der Volksvertreter;" zu König Ludwig, wie zu andern Fürsten, sagte man: das Lautwerden der Volksbedürfnisse sei nichts Anderes, als „das gesetzwidrige Treiben einzelner Uebelgesinnter, das auf eine Anzahl Irrgeleiteter übergehe."

Abel, despotisch gegen Geist und Bildung, war feig vor dem Pöbel; die ganze Regierung zeigte sich schwach diesem gegenüber, sowohl im Schutze der Bedrohten, als in der Handhabung der Gesetze. Die Münchner Brauer — es waren alle Brauereien bis auf zwei verwüstet worden — beschwerten sich bei Abel über Zerstörung ihres Eigenthums durch Pöbel- und Soldatenrotten und suchten den gesetzlichen Schutz gegen die Erneuerung dieser Frevel nach. — Ihretwegen, erwiderte der Minister, könne man nicht die Stadt in Belagerungszustand halten, und wenn sie nicht freiwillig den „Forderungen" des „Publikums" nachgeben, werden sie von demselben später dazu gezwungen werden. Abel aber, das königliche Ministerium, hatte den Bieraufschlag höchst-obrigkeitlich genehmigt!! — Die ministerielle Zeitung verkündete Tags darauf: „Alle Brauer Münchens haben sich freiwillig zum Abstrich der höheren Biertaxe erklärt." *

Mit den rohen Massen hoffte die „kirchliche" Partei, weil sie gläubig-lenkbar waren, die gesetzmäßigen Forderungen der gebildeten Gesellschaft zurück drücken zu können.

Solche Vorgänge machten selbst Conservativste, aber dabei Besitzende — sehr aufmerksam und bedenklich, was mit Hülfe und Zustimmung der Masse durch einen kecken Streich an Verfassungsrechten wie an Besitz eines Tages entrissen werden könnte. Das entschied für kräftiges Auftreten.

8. Anfänge des Widerstandes. Karl und Eugen Wrede. Die Adressen.

Fürst Karl Wrede, wie einst sein Vater, der Feldherr, ein Todfeind der „kirchlichen" Partei, war es, welcher im Frühjahr 1845 erstens in der Kammer der Reichsräthe den Kampf gegen Abels Person und System mit schweren Anklagen gegen das offene und geheime Treiben dieser Partei in einer ganzen Reihe von Anträgen

* So unelegant solche Thatsachen sind, so sind sie doch unentbehrlich für die Weltgeschichte. Die Thatsachen reden Wahrheit, nicht bloß für das Volk, sondern auch für „Fürsten, Staatsmänner und Diplomaten." Die Weltgeschichte muß Alles geben, auch das Gemeine, weil das Weltdrama, das nur gar zu oft im Gemeinen spielt, sonst gar keine Wahrheit hätte.

eröffnete; zweitens dem Könige persönlich die Augen aufzuschließen versuchte.

Er deckte in der Kammer der Reichsräthe Abels Verfassungsverletzungen gegenüber von den Protestanten auf; er zeigte, wie Abel überhaupt der „kirchlichen" Partei „gänzlich verknechtet" sei, und damit „den Absichten des Königs zuwider gehandelt, durch Begünstigung der Anmaßungen Roms die Hoheitsrechte der Krone beeinträchtigt habe."

Dem Könige schrieb er am gleichen Tage: „All mein Streben ist der Krone, dem Lande und der Wahrheit zu Ehren, und lediglich gegen das amtliche und außeramtliche Verfahren des Ministers von Abel gerichtet, welcher, der Fluch des Landes, nahe daran ist, Ew. Majestät um die Liebe eines großen Theils Ihres Volkes zu bringen, und durch die in seinem eigenen Interesse wohl berechnete Förderung der hierarchischen Principien selbst die Hoheitsrechte der Krone Bayern, gegenüber den ersteren, in Frage stellen läßt. Als ein treuer Unterthan Ew. Majestät beginne ich demnach einen offen erklärten, gegen den Minister von Abel allein gerichteten Kampf."

Karl Wrede's Bruder, Eugen Wrede, der Regierungspräsident der Rheinpfalz, einst des Königs Ludwig Liebling, und ein Miterhalter der Liebe des Volkes für den König, so lang er auf Fürst Eugen Wrede mehr als auf die verkappten Jesuiten hörte, hatte schon vor seinem Bruder Karl den aufrichtigen Kampf gegen die Nachtvögel unternommen, welche mit ihren Worten und Thaten in Bayern Alles sich unterwanden, die von Gott ursprünglich so schön ausgestattete Gestalt seines geliebten Königs Ludwig langsam und systematisch in den Augen der Welt zu ruiniren.

Eugen Wrede hatte den Kampf aufgenommen gegen eine Partei, welcher es innerhalb zehn Jahren gelang, die Klöster in dem zuvor klosterlosen Bayern auf die Zahl von hundertzweiunddreißig zu bringen, auf sechsundfünfzig Männerklöster und sechsundsiebzig Frauenklöster.

In diesem Kampfe war Eugen Wrede im Jahre 1845 mit gebrochenem Herzen erlegen; er wurde frühe hinweggenommen durch den Tod, ohne sehen zu müssen, was sein reines Auge kaum ertragen hätte. Auch sein Bruder Karl erlag mit seinen Anträgen im Reichsrath, und ging im Mißmuth hinweg; jedoch die Kammer der Abgeordneten nahm alle seine Anträge auf, unter Führung Lerchenfeld's.

Aber Soldaten der Augsburger, Nürnberger und Münchner



Freiherr Gustav von Lerchenfeld.

(Band VI. Seite 92.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

Besatzung machten neue Biercrawalle; Abel berief sich gegen alle Angriffe „auf die glaubensvollen Massen.“ Die „kirchliche“ Partei hatte durch ganz Bayern die Masse zu religiösen Adressen aufgeregt, zu Adressen an den König selbst.

Darin waren die freisinnigen Abgeordneten beider Kammern als „Neuerer und ränkevolle Unruhestifter“ erklärt. Aus der Rheinpfalz, aus Schwaben und Franken, kamen liberale Adressen, Adressen gegen die „Klöster,“ gegen die „Jesuiten.“

Auf die Anfrage des Freiherrn von Lerchenfeld „nach den Jesuiten,“ gegen deren „Einschmuggeln“ Fürst Karl Wrede einen Antrag im Reichsrath gestellt hatte, ob er wohl wußte, daß sie seit Jahr und Tag in Bayern da waren, antwortete Abel in der Kammer, „amtlich wisse er nicht das Geringste vom Dasein der Jesuiten in Bayern!“ — —

Allen Angriffen der Opposition zum Trotz, blieb Abel im Siege.

Die „kirchliche Partei“ und ihr System hatten ihre höchste Blüthe. In Bayern wimmelte es von Mönchen, wimmelte es von Nonnen in der Tracht von allerlei Orden. Die „kirchliche Partei“ herrschte; Hof und Staat diente; die denkenden Laien in den Städten und auf dem Lande lagen unter dem Druck der „kirchlichen“ Herrschaft, wie unter einem Alp. Während ringsum in Deutschland es dumpf, unterdisch gährte, in religiöser und nationaler Aufregung. Während in Polen Revolutionsbewegungen sich zeigten, und in Frankreich ein Ausbruch drohte: war in Bayern noch immer am Wenigsten von dem zu sehen, was man Aufregung hätte nennen können. Selbst der König schien jetzt wieder auf den Glauben gebracht, daß die Herrschaft der Kirche ein Bewahrmittel gegen die Ansteckung der Revolution sei.

Das ließ ihn, so schwer er, der Mann von Geist und hohem Schönheitssinn, es trug, dennoch es tragen, daß er beherrscht sich fühlte, und daß man, trotz seiner glänzenden Pflege der Kunst und seiner königlichen Freigebigkeit gegen Künstler, in Deutschland sich gewöhnte, Bayern nur „das Land der Klöster und Pfaffen“ zu nennen. —

Die öffentliche Meinung mußte Alles tragen, da ihr der Mund geschlossen war. Die „kirchliche“ Partei war sich der Dauer ihrer Herrschaft bewußt, gestützt auf Oestreich.

V. Oesterreich.

1. Kaiser Franz und sein System.

Was ein durch ein halbes Jahrhundert fortgeübter Druck der Kirche und des weltlichen Despotismus aus Ländern und Völkern, welche Gott mit den herrlichsten Anlagen, Kräften und Mitteln ausstattete, nach und nach machen, und wie nahe an den Rand des Abgrunds er sie drängen kann, das zeigt Oesterreich.

Das große Leichentuch, welches Absolutismus und Hierarchie mit einander im Bunde über diesen Kaiserstaat zu ziehen vermochten, zittert und hebt sich in unsern Tagen unter dem Hauche des Geistes in der Zeit und unter dem Donnergericht Gottes, der da lebt, zu strafen und zu rächen, und die Sünden der Väter heimsucht an den Enkeln bis ins dritte und vierte Glied, wofern auch diese ihn hassen. Es war ein kurzes Morgenroth Oesterreichs gewesen unter den Brüdern Stadion im Ministerium, unter Erzherzog Karl im Felde, im Jahre 1809. Seitdem lastete das System „der Ruhe und Ordnung" unbeweglichstarr, einförmig, wie eine sternlose Nacht auf Oesterreich.

Von den ewigen Zugeständnissen, welche von dem österreichischen Haus in dem großen Kampfe gegen Napoleon formell dem Geiste der Zeit gemacht worden waren, hatte man nach dem Siege nicht ein einziges gewährt. Die Partei des Alten war sogleich geschäftig gewesen, der Strömung des Zeitgeistes in Oestreich die polizeilichen Schranken entgegenzustellen, und Ordnung und Ruhe zu commandiren; nicht neue Schöpfungen, die dem Bedürfniß wie der Stimmung der Zeit entsprachen, hervorgehen zu lassen, sondern zu „restauriren." Die „Restauration" unterband die Lebensadern der österreichischen Nationalitäten und ihre naturgemäße geistige und politische Entwicklung. Nachdem Kaiser Franz es für einen „Wahnsinn des Zeitalters" erklärt hatte, von Freiheit und Volksrechten, von Verfassungen zu reden und darnach zu verlangen, mußte Oesterreich gewaltsam stehen bleiben.

Das System der Restauration, das jede volksthümliche Regung, jeden Athemzug der Freiheit zu ersticken und die Völker in den althergebrachten Gehorsam, in blinde Unterthänigkeit mit Schweigen und ohne Selbstdenken, zurückzudrücken strebte, heißt allgemein das „Metternich'sche System." Metternich ist nicht der alleinige Mann dieses Systems; aber er hat es verdient, diesem System seinen Namen

geben zu müssen. Auch neben Metternich ist nicht Kaiser Franz es allein, von welchem dieses System ausging, obgleich auch Dieser große Mitschuld daran hat. Metternich war nicht Alleinherrscher, nicht allmächtiger Minister in Oesterreich, als welcher er so oft galt; aber er hatte doch die mächtigste Stellung als Haus-, Hof- und Staatskanzler. Die beiden Gegengewichte, die sich ihm gegenüber geltend machten, waren erstens die „kirchliche" Partei, mächtig verstärkt durch ihre weiblichen Mitglieder aus der kaiserlichen Familie, und zweitens die Persönlichkeit des Faisers Franz.

Kaiser Franz war sehr eifersüchtig darauf, allein Herr zu sein; und dabei hatte er das Unglück, aller derjenigen Gaben und Fähigkeiten zu entbehren, welche zu einem Selbstherrscher, der seine Staaten vorwärts bringen soll, unentbehrlich sind. Ihm fehlten alle Gaben ebenso des zweiten Friedrichs von Preußen, als des ersten und des zweiten Josephs, seines Vorfahren. Kaiser Franz wollte selbstherrlich regieren und zwar einen so großen Kaiserstaat, solche zusammengekitteten Massen aus so vielen verschiedenen Nationalitäten, in einer Zeit, deren Strom vorwärts ging, und in der Er rückwärts ging; und bei diesem Wollen seinerseits war er doch von Haus aus sein Leben lang unvermögend, überhaupt zu regieren, das zu leisten, was man ein Regieren im Großen heißt. So groß aber seine geistige Beschränktheit war, größer als die irgend eines seiner Vorfahren auf dem Thron: so groß war die Zähigkeit seines Charakters, und sein Mißtrauen in Personen und in Sachen.

Mit Hartnäckigkeit stellte er sich jeder Reform entgegen; er ließ sich in keiner Weise auf Veränderungen ein. Er war so verwachsen mit dem Alten, daß er allem Neuem, auch wenn es das Beste war, Feind war, daß es ihn mit Widerwillen, mit Haß erfüllte. Er widersetzte sich jeder politischen Verbesserung in den österreichischen Herzogthümern, wie in Ungarn und in Italien, weil die Verbesserung ja auch eine Veränderung war; er war grundsätzlich Feind jedem Fortschritt, weil, wo ein Fortschritt gestattet war, nicht Alles beim Alten blieb. Er aber wollte, es solle Alles beim Alten bleiben, Alles für immer so sein, wie es war.

Man hat viele Anekdoten in Umlauf gesetzt, welche ihn im Licht äußerlicher Gutmüthigkeit erscheinen ließen, naive Aeußerungen, welche ihm den Schein eines liebreichen väterlichen Verhältnisses zu seinen Landeskindern gaben: jetzt aber stimmen die conservativsten Augenzeugen dahin überein, daß er „das Verhältniß von Monarch und Volk

in der größten Schärfe auffaßte und festhielt;" daß ihm „Ungehorsam die Hauptsünde war, angethane Unbill oder Widersetzlichkeit er nicht leicht vergaß, und selbst sagte: Im Verzeihen bin ich ein schlechter Christ, es kommt mir gar schwer an;" daß er, trotz seiner wöchentlichen Audienztage, trotz dem, daß er unter die Leute des Volks zu treten liebte, „in dem Volke nur eine Ansammlung von unzähligen, ihn umkreisenden Persönlichkeiten sah, deren jede ihm gegenüber ein Kind, ein begnadetes aber unberechtetes Wesen war."

Dieser petrefacte Kaiser mit seinem aus dem Grabe vergangener Zeit genommenen Absolutismus, mit seiner finster-bigotten Religiosität, hatte keinen Begriff von dem Gesetze, dem alles Menschliche unterliegt, vom Gesetze der Bewegung und des Wechsels; und in seiner übergroßen Vorstellung von seiner Selbstherrlichkeit, in welcher er sich oft für „inspirirt" hielt, und nicht in sich den von Gottes Gnade den Völkern Vorgesetzten, sondern in den Völkern ein „ihm zugewiesenes" Eigenthum sah, glaubte er fest daran, daß sein System das einzig richtige und von ewiger Dauer sei; und daß diesem Systeme eigentlich alle Welt sich zu unterwerfen habe.

Die Welt erlag zwar nicht diesem System, aber Oesterreichs neueste Niederlagen, Oesterreichs politischer und finanzieller Schiffbruch waren Folgen dieses Systems, dieses verrotteten Staatsmechanismus, welcher im vorigen Jahrhunderte schon unzeitgemäß, in diesem Jahrhunderte nicht bloß unpassend, sondern eine Absurdität, eine Lächerlichkeit war, namentlich Frankreich, England und Preußen gegenüber. Für Oesterreich selbst war er ein Fluch, für die deutschen Verfassungsstaaten wirkte er als Fluch durch die Rückwirkungen. Hätte Kaiser Franz eine Ahnung davon gehabt, daß über ihm hoch oben der Sternenhimmel in täglichem Umschwung begriffen war und seine Stellungen sich veränderten, er wäre unglücklich gewesen. Er hatte aber so wenig ein Auge für den Umschwung über ihm, als für den Umschwung um ihn auf Erden. Wie wird erst den Geschlechtern des kommenden Jahrtausends Kaiser Franz erscheinen, den das gescheiterte deutsche Reich als einen Schiffbrüchigen, als den letzten deutschen Kaiser auf seine österreichischen Erbstaaten aussetzte, wenn diese Geschlechter ihn zusammenstellen mit dem ersten deutschen Kaiser, mit dem Stifter des germanischen Kaiserthums, mit Karl dem Großen!

Kaiser Franz hatte seine kaiserliche Majestät zum Schild einer Bureaukratie gemacht, welche nirgends bald so waltete, wie in

Oesterreich. Franz sah nicht bloß „in jedem Anspruch der Völker auf Theilnahme an der Regierung ein Attentat auf seine Souverainetät;" sondern er sah sogar in jedem Minister, der, wie Stadion, selbständig auftrat, einen Beeinträchtiger seiner Selbstherrlichkeit. Die Bureaukratie sollte nach der Vorstellung des Kaisers Franz „der willenlose Telegraphendraht sein, welchem entlang der Gedanke und Wille Einer Person, des absoluten Monarchen, durch Millionen Menschen hinliefen." Ein vieljähriger Augenzeuge in nächster Nähe hat über den Kaiser gesagt: „Sein Mißtrauen ließ keiner Behörde, selbst den Ministern nicht, jene Selbständigkeit, der allein Thatlust entspringt. Die Fehler des Selbstregierenwollens vereinigten sich so mit denen des Amtsschlendrians. Weil der Kaiser Niemand traute, wollte er Alles selbst sehen und thun; und weil er sich selbst wieder mißtraute, blieb Alles Jahre hindurch liegen. So waren die Beamten bis zum Minister hinauf gewöhnt worden, sich als Commis zu betrachten, denen man über Alles eine Meinung, aber über Nichts einen Entschluß zugesteht. — Der Kaiser fühlte, daß er leicht zu übersehen war, und wollte es doch nicht sagen."

Daher kam es, daß er seine Lieblinge so leicht wechselte, und Keinem allein, sondern nur Mehreren gleichzeitig seine Gunst schenkte; um nicht von Einem beherrscht zu werden, mißtraute er Allen, selbst seinen Lieblingen, selbst seinen Ministern Metternich und Sedlnitzki. Er mißtraute der Aristokratie, dem Militär, der Geistlichkeit. Aus ängstlichem Gefühl, daß jede dieser Mächte im Staat das Bestreben habe, ihn zu beherrschen, blieb er folgerecht sich darin gleich, nicht einer derselben bevorzugten Einfluß zu gestatten, um nicht von ihr beherrscht zu werden.

2. Der hohe Adel, das Militär und die Kirche in Oesterreich unter Franz I.

Wenn in Oesterreich vom Einfluß des Adels die Rede ist, so versteht man darunter nur den hohen Adel; der mittlere und niedere Adel kam bis vor dem Jahre 1848 in Oesterreich nicht in Betracht. Dieser Hochadel hatte, seit der Menschenfreund Kaiser Joseph II. die Augen schloß, wieder, wie vor ihm, sich in alle Hofbedienstungen zu setzen gewußt, und unter Kaiser Franz sich die Hofstellen, ja jeden hohen Posten nicht bloß gesichert, sondern ausschließlichen Anspruch darauf, als etwas, das von Alters her und von Rechtswegen so sei,

Bayerische Staatsbibliothek München

zur thatsächlichen Anerkennung gebracht. Mit einem glänzenden Hochadelsgurt war der Hof des bürgerlich-einfachen, allem Glanz abholden Kaisers Franz umgeben. Alle hohen Stellen in den Herzogthümern und Landschaften des Kaiserstaates waren ausschließlich vom Hochadel eingenommen.

Im ganzen Kaiserstaate konnte Niemand vorwärts kommen, als wer vom Hochadel am Hofe, vom Hochadel draußen in den Landen Gunst, Empfehlung, Fürsprache hatte; und da eine Hand die andere wusch in der Hof- und Beamtenwelt, so waren natürlich die Söhne und Enkel derer, die am Hof und in den Landen, in der bürgerlichen Verwaltung und im Heer alle hohen Stellen inne hatten, auch diejenigen, welche nicht bloß in diese Stellen nachrückten, sondern auch in allen anderen Staatsstellen, in der Regel, die bürgerlichen Mitbewerber überflügelten. Ja, während einer vom niederen Adel oder gar ein Bürgerlicher, mit allem Talent und Verdienst, Jahrzehnte lang brauchte, um von Sprosse zu Sprosse auf der Leiter des Staatsdienstes vorzurücken, stiegen die Söhne des Hochadels, manche Sprosse überspringend, oft in wenigen Jahren zu den höchsten Stellen auf, durch persönliche Begünstigung. Geschah dies auch nicht durch gesetzliches Standesvorrecht, so kam das doch aus der Lage der Sachen von selbst so. Es war so, ohne gesetzliche Berechtigung, und trotz der Aengstlichkeit des Kaisers Franz, dem Hochadel Bevorzugungen einzuräumen. Er ließ sie machen, er machte Nichts dagegen, und mußte sie machen lassen, weil er, wie die Umstände lagen, und so, wie er war, nicht im Stande war, etwas dagegen zu machen.

Neben dem Hochadel hatte der mittlere und niedere Adel, so weit er Grundbesitz hatte, durch die alten Landesordnungen gesetzlichen Antheil an der Art, zu regieren, durch das Recht, auf den Landtagen zu berathen, Vorstellungen zu machen, Steuern zu geben oder zu weigern. Gerade in den fünf österreichischen Herzogthümern, wie in der gefürsteten Grafschaft Tyrol, waren die Volksfreiheiten und Rechte uralt und urkundlich. Unter der Begünstigung der langen und großen Kriege, und nachher unter dem Beamtendruck des langen Friedens, hatte es der Absolutismus des Kaisers und die absolutistische Partei in weltlichem und geistlichem Ueberwurf dahin gebracht, daß die Landtage einschliefen, daß nur hie und da ein Landtag gehalten wurde, welcher einen einzigen oder zwei Tage dauerte, und welchen die wenigen Sachverständigen „die Landtagscomödie" hießen.

Das Militär hatte unter Kaiser Franz in Oesterreich nicht die

bevorzugte Stellung, wie in Rußland und in Preußen. Kaiser Franz sah nicht im Heer die vorzugsweise oder gar einzige Stütze seines Absolutismus. Er selbst hatte gar nichts Soldatisches an sich: er war weder ein Eroberer oder Held noch ein Freund von militärischen Schauspielen, von Potsdamer Wachtparaden und Schlesischen Revuen. Für solche kostspieligen Spielereien war er zu sparsam und zu nüchtern, zu bürgerlich und unromantisch. Nichts desto weniger nahmen sich Offiziere und Soldaten auch in Oestreich viel heraus; aber nicht in der Nähe des Kaisers, des Hofs und der Bureaukratie, sondern draußen nur, am meisten in den entfernten Landschaften und Besatzungsorten, besonders in Italien.

Und die ganze Zusammensetzung des Hofes und der Bureaukratie brachte es mit sich, daß solchen Anmaßungen des Militärs den anderen Ständen gegenüber, selbst wenn die darunter Leidenden klagten, durch die Finger gesehen wurde. Sonst war in der Staatsmaschine des Kaisers Franz selbst das Militär so gestellt, daß es vielfach von der Civilverwaltung abhängig war, von Personen, welche niemals Soldaten gewesen waren, wohl aber Bureaukraten. Die tragisch-komische Anstalt, der Hofkriegsrath, blieb unter Kaiser Franz in seiner ganzen Pracht und Macht, obgleich die Unglücksschläge von anderthalb Jahrhunderten ihn als ein längst abgängig gewordenes Meubel im Staatshaushalt erklärt hatten. Er blieb, weil es bei Franz grundsätzlich war, daß Alles beim Alten bleibe. Auch der Fluch davon wirkte nach und herein bis in die allerneueste Zeit.

Ebenso stellte sich der Kaiser Franz, trotz seiner auf alles Selbstdenken in religiösen Dingen verzichtenden Bigotterie, in ein abgemessenes Verhältniß zu der Kirche.

Nüchtern-verständig und ganz geistlos, nicht bloß ganz ohne das, was man höhere Idee nennt, sondern auch ohne eine Spur von Organ und Empfänglichkeit für höhere Ideen, begabt mit trockenem Mutterwitz, der in Weltliches sich öfters sicher einbohrte, stand Kaiser Franz vor seiner katholischen Kirche als vor einer Autorität, welcher gegenüber er es für eine Todsünde gehalten hätte, nicht bloß, anders zu denken, sondern überhaupt, zu denken. Da der Kaiser das Himmelreich nicht da, wohin es Christus ausdrücklich verlegt hat, als er sprach, „es ist inwendig in euch," nicht innen im Gemüthe und im Geiste, sondern auswendig, im Aeußerlichen, nicht bloß vorzüglich, sondern ausschließlich in den Einrichtungen und Vorschriften der Kirche und in der unbedingten Unterwerfung unter dieselben, suchte und fand:

so war er eben damit ein geistig Unfreier, und ohne es zu wissen und zu wollen, ja wider seine eigenste Natur, wider seinen bewußten Willen, der Herrschaft der kirchlichen Macht verfallen bis zur gänzlichen Unterthänigkeit.

Unter seinen Rathgebern waren verschmitzte Mitglieder der kirchlichen Partei, geheime Glieder des aufgehobenen Jesuitenordens, schon zu Anfang dieses Jahrhunderts. Diese bearbeiteten ihn unter der Vorspiegelung, es handle sich um die Freiheit der Kirche, im Kirchenrechte dem Papstthum zu uneingeschränktem Ansehen zu verhelfen. Sie stellten die Kirche als eine durch die josephinische Gesetzgebung in Kirchensachen schwer gedrückte hin, und Franz habe die höhere Sendung, der Kirche ihre Freiheit zurückzugeben und sich dadurch die zeitliche und ewige Palme zu erringen. Was das Concordat, das in unseren Tagen zwischen der Krone Oesterreich und dem Papste abgeschlossen wurde, eingeräumt hat, die unumschränkte despotische Macht über das Denken und Glauben, über Sitte und Lebensverhältnisse, über Alles, was dem Herzen eines Menschen heilig oder theuer sein kann: das wurde schon ein halb Jahrhundert zuvor durch diese seine Rathgeber von Kaiser Franz gefordert.

Etwas Anderes ist die wahre Freiheit der Kirche, wenn durch ein allgemein gültiges Gesetz über Religion jedem religiösen Bekenntniß Freiheit und Unabhängigkeit von jeglicher Bevormundung durch den Staat, und zugleich dem Staate Freiheit von jeder Bevormundung eines religiösen Bekenntnisses, Unabhängigkeit von jeder Einmischung einer kirchlichen Macht in das Gebiet des staatlichen Lebens gewährt wird. Und wieder etwas Anderes ist das, was die ultramontane Partei als Freiheit der Kirche ausgibt, nämlich die absolute Gewalt und Herrschaft des Papstes über die Geister und über die Gewissen, über die Volksbildung und über das Familienleben, mit Beseitigung aller berechtigten Einsprache und Einmischung des Staates zum Schutze der Freiheit des Denkens, Glaubens und Lebens.

Es gelang der kirchlichen Partei die Bearbeitung des kaiserlichen Gewissens, unter Mitwirkung der einflußreichsten Frauen des Kaiserhofes, nicht bloß der Kaiserin und ihrer Schwester, der Erzherzogin Sophie, so sehr, daß der Kaiser, ihre Forderungen zu gewähren, zuerst „wünschte," aber nicht wagte, dann sich „vorsetzte," aber nicht ausführte, „wegen des entschiedenen Widerstands der öffentlichen Meinung und vieler hoher Staatsmänner;" daß er endlich, dem Grabe nahe, nach dem Zeugniß des Grafen Hartig, „sich in seinem Gewissen

beunruhigt fühlte, der Kirche ihre Forderungen nicht erfüllt zu haben, und daß er die Erben seiner Macht aufforderte, in dieser Hinsicht das auszuführen, was er sich vorgesetzt und nicht ausgeführt."

Wenn Papstthum und Kirche nach seinem Tode die wahrhaft unumschränkte Herrschaft in den österreichischen Staaten hatten, so berührte ihn selbst das ja nicht mehr, da er ja dann in der Gruft lag. Seine eigene Souverainetät, seine irdische Selbstherrlichkeit und Alleinherrschaft, auf die er für seine Person so eifersüchtig war, konnte dadurch nicht mehr geschmälert werden, daß nach seinem Tode die Allmacht der Kirche in Oesterreich wieder hergestellt wurde. Denn daß er selbst während seines Lebens diese Allmacht der Kirche nicht wieder herstellte, obwohl sein Wunsch bis zum Vorsatz dazu gesteigert worden war, das hatte seinen Grund nicht bloß in der öffentlichen Meinung und im Widerstand vieler hoher Staatsmänner; nicht bloß darin, daß er geschichtlich Ueberkommenes, gesetzlich entstandene Rechtsverhältnisse zu verändern, an die Stelle der Josephinischen Gesetzgebung eine neue Kirchenordnung zu setzen, eine Scheu hatte und Alles beim Alten bleiben lassen wollte. Das hatte vielmehr seinen Grund wesentlich in dem eigenen Ich des Kaisers Franz. Daß der Papst auch über die Könige Herr sein wollte, Oberherr, das war gegen den Geschmack des Kaisers Franz. Ueber alle seine Unterthanen hätte er den Papst gerne Herr sein lassen, wofern das angegangen wäre, ohne daß seine kaiserliche Alleinherrschaft in Oesterreich dadurch geschmälert und ohne daß der Papst auch Herr über ihn geworden wäre.

Sonst gefiel ihm Alles an der ultramontanen Partei; er bekam rechte Sympathien für sie, und sowohl ihre Grundsätze für Volkserziehung, ihre Beschränkung der Wissenschaft, ihre Unterdrückung der Geistesfreiheit, als ihre Bevormundung des bürgerlichen und häuslichen Lebens, die Beugung der Welt unter die „Autorität" in gedankenloser Ehrfurcht, gefielen ihm sehr, als praktische Hülfsmittel zur Verwirklichung des weltlichen Absolutismus.

Gab er aber auch jetzt noch nicht allen Forderungen des Papstes und der Bischöfe ihre volle Gewährung; hielt er auch dem Buchstaben nach die Josephinische Gesetzgebung und damit das Recht des Staates, auch in Kirchensachen Einsprache zu thun, zu verordnen und zu entscheiden, sein Lebenlang aufrecht; so machte er doch einerseits keine Einwendung, wenn die hierarchische Partei über diese Gesetzgebung hinaus griff oder das Kirchenrecht in ihrem Sinne fälschte; andererseits ließ er auf dem Wege der weltlichen Verwaltung so viel thun

und geschehen, die Freiheit des Denkens zu unterdrücken, den Geist Oesterreichs einzuschläfern, dem Entwicklungstrieb der Völker Licht und Luft abzuschneiden, so viel für sich selbst, daß ein namhaftes Mehr darin sogar durch die hierarchische Partei, wenn sie von aller Einsprache des Staates frei gestellt gewesen wäre, nicht hätte gethan werden können.

Graf Mailath rühmt dem Kaiser Franz nach, der Wahlspruch seines Lebens sei gewesen: „Die Gerechtigkeit ist der Grundstein der Regierungen und der Reiche." Man weiß, welch eine beliebte Modesache im Habsburgischen Kaiserhause die „Wahlsprüche" seit Jahrhunderten waren; sie gehörten zum äußerlichen Ornat, wie Scepter und Reichsapfel. Man weiß auch, wie sich fast stets Wahlspruch und Praxis gar verschieden zu einander verhielten. Wer das, was Kaiser Franz übte und üben ließ, für Gerechtigkeit ansieht, der hat von Gerechtigkeit eine andere Vorstellung, als die ist, welche die Christusreligion lehrt. Einzelne Fälle im Kleinen, einzelne Anekdoten befugen nicht, denjenigen gerecht zu nennen, der es im großen Ganzen einer langen Regierung erwiesenermaßen nicht war, weder den eigenen Völkern noch Deutschland gegenüber, und das erste Reichsgesetz des Christenthums: „Du sollst deinen Nächsten lieben, gleich als dich selbst" war der Regierung des Kaisers Franz gänzlich fremd, nicht obgleich, sondern weil die „kirchliche" Partei in allen Kreisen vorherrschend war in Oesterreich.

3. Die einflußreichsten Minister Kaisers Franz I. Metternich, Sedlnitzky, Colowrat.

Derjenige, welcher unter Kaiser Franz in der innern Politik Oesterreichs die eigentlich herrschende Thätigkeit entwickelte, war, nicht Metternich, nicht Colowrat, sondern Sedlnitzky. Graf Joseph von Sedlnitzky war das eigentliche Haupttriebrad des Systems, welches, wie Graf Hartig sagt, „die österreichische Regierung verfolgte, und welches aus der Ueberzeugung, dem Herzen und dem Gewissen des Kaisers Franz hervorgegangen war." Er war Präsident der obersten Polizei- und Censurhofstelle, der Minister der Allerweltsspionerie. In andern Staaten hatten wenigstens Männer von wissenschaftlicher Bildung die Censur, sie war dem Ministerium des Auswärtigen zugetheilt, und Legationsräthe censirten Bücher und Zeitschriften, welche wenigstens bei Büchern in der Regel ihre Vorschriften in

nicht unfreisinniger Art auslegten und in Anwendung brachten, wie z. B. in Württemberg.* In Oesterreich wurde das in die ungebildetsten Polizeihände gegeben.

Sogar der Oberste der Polizei, Sedlnitzky, der Polizeiminister selbst, war ein der höheren geistigen Bildung ermangelndes, ja sittlich wie geistig niedriges Subjekt. Der Freiherr von Hormayr, der als königlich bayrischer Gesandter verstarb, und vorher dem österreichischen Hofe am allernächsten stand, hat in seiner Schilderung Sedlnitzky's gesagt, Sedlnitzky sei als Kreishauptmann wegen „Unfähigkeit, Trägheit und Eigenmacht" zweimal auf längere Zeit um Amt und Gehalt gekommen.

Der Verfasser der Schrift „Oesterreich im Jahre 1840" sagt von Sedlnitzky, bald nach seinem Eintritt in seine hohe Stellung sei er als das „wichtigste Organ der innern Verwaltung" anerkannt gewesen, und er habe sich vermessen, das „Drehen der Welt," die „Bewegung der Zeit" zu verhindern. Beseitigung auf den bloßen Argwohn hin, Stummmachen alles dessen, was durch Reden ihm gefährlich oder nur bedenklich schien, das war sein System, und der „Spielberg" mit seinen unerträglichen Kerkern wurde von ihm übervölkert, so daß ungarische, tyrolische und italienische Festungen als Aushülfsgefängnisse benützt werden mußten. Wer nichts ahnte, sah sich plötzlich in der Nacht verhaftet, und kam erst auf dem Spielberge wieder zu sich selbst. Nicht selten griff der Polizeiminister in der Art drein, daß, nach dem Zeugniß des Verfassers von Oesterreich im Jahre 1840 „die oberste Justiz ihm Zaum und Gebiß anlegen" und auf Grund des Strafgesetzbuches ihn an der „Verleitung zum Verbrechen hindern" mußte.

Niemand hatte das Vertrauen des Kaisers Franz I. in dem Grade, wie sein Polizeiminister.

Sedlnitzky war eine so beschaffene Amtsfigur, daß er nichts an sich hatte, was den Kaiser hätte besorgt machen dürfen, sein Polizeiminister, diese Riesenkreuzspinne im Mittelpunkt eines unübersehbaren Gewebes der Ränke und der Spionerie, könnte seine furchtbare Stellung gegen seinen eigenen Herrn benützen, wie Fouché gegen Napo-

* Gerne gebe ich dieses Zeugniß zweien Todten, dem Geheimen Legationsrath von Linden und dem Legationsrath, späteren Staatsrath von Wächter. Sie waren die Censoren meiner geschichtlichen Schriften. Der erste Theil meiner Geschichte des „deutschen Bauernkriegs" ist unter ihrer Censur erschienen: gewiß ein Zeugniß für sie und für Württemberg.

leon, wie andere Großmeister des Spionenwesens und der Geheimpolizei gethan. Dieser sein Sedlnitzky spionirte die ganze Welt aus; alle Privatverhältnisse, auch die heiligsten und reinsten des Herzens, bis ins Schlafgemach der Ehegatten, bis auf den Betschemel im Kämmerlein und im Gotteshaus, stellte er unter die vielen tausend Augen seiner Polizei-Spionage, seiner gemeinen wie seiner vornehmen „Spitzel.“

Diese webten über den ganzen Kaiserstaat hin, zahlreich wie die Schmeißfliegen und die blutsaugenden Bremsen; nur der allerkleinste Theil davon trug Polizeimontur und Polizeiuniform; neunundneunzig Hunderttheile standen im Dienste der geheimen Polizei, im Sold oder Verkehr mit ihr. Vom Kindsmädchen im Bürgerhause, vom Hausknecht im Gasthof, vom Arbeiter jeder Art an, durch alle Schichten der Gesellschaft hinauf, bis dahin, wo die „Damen von Stand“ anfangen, und die Ordenssterne glänzen und die silber- und goldgestickten Uniformen, hatte er seine geheimen Leute.

Ebenso um- und überspann Sedlnitzky die ganze Diplomatie, alle europäischen Verhältnisse; in allen Residenzen hatte er seine bezahlten Augen und Ohren. Sedlnitzky zertheilte sich selbst so sehr in das unzählige Einzelne seiner Allerweltsausspähung und ging so ganz mit seinem Wesen in diesem Lieblingsgeschäft nach allen seinen Zweigen auf, daß ihm keine Zeit übrig blieb für einen herrschsüchtigen Gedanken, für eigene politische Bestrebungen, wie dies bei dem französischen Fouché der Fall war. Sedlnitzky hatte ein „Chifferkabinet“ und „Postlogen“ eingerichtet. Darin wurde der Briefverkehr, selbst die gesandtschaftlichen Berichte nicht ausgenommen, überwacht; aus den geöffneten Briefen wurden Auszüge oder Abschriften genommen, die in Chiffern geschriebenen wurden entziffert. Aus dem, was Chifferkabinet und Postlogen, und aus dem, was die Berichte der öffentlichen und geheimen Polizei an Stoff ihm lieferten, machte Sedlnitzky täglich seine „Rapporte,“ und täglich wurden diese in das Arbeitskabinet des Kaisers Franz gebracht.

Zumal seit der Julirevolution, seit die Furcht vor Ansteckung durch freisinnige Gedanken von Außen her, vor Gelüsten nach Neuerungen und Reformen im Innern, bei Franz zunahm, „regierte er ausschließlich mit der geheimen Polizei, und selbst die Diplomatie ging bei ihm mit der geheimen Polizei Hand in Hand.“ Als das Jahr 1848 in diese Staatsmaschinerie Einblicke gestattete, steigerte sich bei denen, welche die Listen der Menschenopfer, wie der Geldopfer, ein-

sahen, das Erstaunen über die für die geheime Polizei und die Diplomatie verschwendete Zahl von Millionen Gulden bis zum Entsetzen, bis zur tiefsten Trauer des patriotischen Herzens.

Auch das gehört zum Gottesgericht, welches in so vielfacher Weise über Metternich erging, daß öffentlich von solchen, welche sich als seine Lobpreiser gaben, zu Lebzeiten dieses Staatskanzlers gedruckt wurde, Sedlnitzky sei „der vertraute Freund“ Metternichs gewesen, und Sedlnitzky habe „durch die von ihm eben so human als musterhaft verwaltete Polizei für gewissenhafte Entfernung aller schädlichen Einflüsse politischer Schwärmerei, überhaupt alles dessen, was auf den öffentlichen Geist und die Sittlichkeit nachtheilig einwirken konnte, gesorgt.“ Man muß Metternich nicht mehr anthun, als er erweisbar verschuldet hat, da schon diese Schuld für sich selbst so bergehoch ist, daß er sie nicht zu tragen vermag vor dem diesseitigen und jenseitigen Weltgericht. Das hat er nicht verdient, Sedlnitzky's „vertrauter Freund“ genannt zu werden; wenigstens von denen nicht, die er früher gebraucht und ausgezahlt hatte, und die seine Lobredner machen wollten, um noch weiter bezahlt zu werden.

Eigentlich war zur Leitung des Ministeriums des Innern — Graf Franz Anton Colowrat seit 1826 bestellt.

Colowrat hatte bis auf einen gewissen Grad Einsicht in die neuere Zeit, wenigstens in einige Bedürfnisse derselben. Sehr reicher, geborener Aristokrat aus Böhmen, lange Präsident der böhmischen Stände, war er dem Bürger und dem Bauer Freund, und er kannte „die Heranbildung eines kräftigen Mittelstandes und die Erleichterung der Bauern“ als eine hauptsächliche Staatsaufgabe. Da er besonders auch Finanzminister war, so mußten ihn freilich schon finanzielle Gründe darauf führen, und eben so darauf, daß die Ausgaben für die geheime Polizei und die Diplomatie zu viel verschlingen, daß sie beschränkt werden müssen, und daß bei gleichem fortwährendem Verbrauch dafür — für die Hebung des inneren Wohlstandes des Kaiserstaates selbst das Unumgänglichste nicht geschehen könne.

Colowrat hatte nicht bloß Einsicht in die Neuzeit, sondern selbst etwas, wenn auch etwas Weniges, von neuzeitigem Geiste in und an sich. Gerne hätte er viele Vorurtheile und Mißbräuche aus der Verwaltung verbannt, manche Reform eingeführt; aber es fehlte ihm dazu an Selbständigkeit, an jener Thatkraft des Willens, welche das Gute, das als Zeitbedürfniß erkannt ist, durchsetzt oder vom Amte abtritt.

Im ganzen Kaiserstaat Oesterreich gab es damals nicht einen einzigen so energischen und so selbständigen Mann, wie sie Preußen an den Herren von Stein, von Schön, an den Brüdern von Humboldt, an Scharnhorst, Blücher, Gneisenau und hundert Anderen hatte, und vor deren Schatten noch, längst nach ihrem Tode, die Rückschrittsgelüste auf einem gewissen Punkte stille standen. Colowrat war viel zu sehr wohlgezogener guter Unterthan, als daß er sein Erkennen und Wollen in irgend einer Sache über die Erleuchtung und den Willen seines Kaisers und Herrn zu setzen gewagt hätte.

Als Minister war seine Art, sich zu bescheiden, wo ein Gedanke oder ein Entwurf von ihm auch nur im Geringsten anstieß an dem grundsätzlichen Widerwillen seines geliebten Herrn gegen Aenderungen und Neuerungen, und er führte geschmeidig aus als ein gefügiger, unbedingt ergebener Diener, was Franz wollte und diejenigen wollten, unter deren unüberwindlichem Einfluß der Kaiser stand, und zu denen in erster Reihe die gehörten, von welchen die Kaiserin und ihre Schwester, die Erzherzogin Sophie, beeinflußt wurden.

Unter dieser ganz ergebenen Gefügigkeit zerging das, was Colowrat hätte für den Fortschritt in Oesterreich leisten können; er brachte es nicht weiter als zu „Meinungen, Wünschen oder Absichten." So kam es, daß unter seinem Ministerium viel gethan wurde, ohne daß etwas zu Stande kam; daß unter ihm und neben ihm, dem persönlich menschenfreundlichen Mann, der durcheinander laufende Ameisenhaufen der Beamtenwelt gröber und anmaßender war als irgendwo; daß unter ihm und neben ihm, der Erleichterung wollte, das Volk vielfach und schwer bedrückt wurde; daß unter ihm und neben ihm, dem redlichen Staatsmann, durch alle Stufen der Verwaltung die Käuflichkeit und die Bestechlichkeit zu finden war; und daß Oesterreich unter ihm nicht bloß stehen blieb, sondern zurück ging, während die ganze Welt rings um Oesterreich im Fortschritt war. Colowrats Einfluß wurde unendlich überwogen und abgeschwächt von dem Einfluß Metternichs.

Metternich, seit dem Ende des Jahres 1809 Minister des Auswärtigen, seit 1821 geheimer Haus-, Hof- und Staatskanzler, hatte seit Oktober 1826 auch den Vorsitz in den Ministerconferenzen für die inneren Angelegenheiten von Kaiser Franz erhalten, mit der Weisung „die Ergebnisse der jedesmaligen Berathung des Gesammtministeriums allerhöchsten Ortes selbst zur Entscheidung vorzulegen."

Metternich war kein geborener Oesterreicher, sondern ein Rheinländer, das Stammhaus seiner Familie unweit Bonn. Er war in

österreichische Dienste getreten, und hatte, um sich in der diplomatischen Laufbahn vorwärts zu bringen, sein ganzes Vermögen aufgeopfert. Das Letztere war entscheidend für seine Richtung: die völlige Zerrüttung seiner Finanzen bestimmte ihn, gerade derjenigen Partei sich anzuschließen, der er sich angeschlossen, und der er sein Lebenlang von da an gedient hat: der Partei des Absolutismus und der Vorrechte, der „Gesellschaft des vorigen Jahrhunderts."

Metternich war keineswegs aus Ueberzeugung, aus politischen Grundsätzen auf diese Seite getreten: Grundsätze hatte er niemals. Diese völlige Grundsatzlosigkeit, diese politische Charakterlosigkeit findet sich unübertrefflich geschildert in dem bekannten Zwiegespräch, das er über seine Politik mit Varnhagen hielt, worin Metternich sich selbst ironisch schildert, und das Varnhagen als eine treue Abspiegelung der politischen Schalksnatur Metternichs uns erhalten hat. Man hat von Gentz, der zwei Jahrzehnte lang der Kopf Metternichs war, gesagt, er würde eben so, wie für die Reaktion, für die Republik schreiben und ihr dienen, sobald die Republik ihn besser bezahlen würde, als die Reaktion. Ganz so ist es mit Metternich.

Er war nicht, wie Colowrat, eingelebt und eingewöhnt von Kindheit auf in die slavischen Anschauungen des Wiener Hofkreises; an ihn waren in den Tagen seiner Jugend die mächtigen Wellenschläge des Geistes der neuen Zeit, welcher, vor der Revolution, von Frankreich herüber so manchen deutschen Hof am Rhein, besonders Kurmainz, bewegte, in unmittelbarster Nähe heran gekommen. Dieser Geist war ihm kein Unbekannter, kein Fremder, Metternich war ihm innerlich nicht feind, seine Natur befand sich nicht im Gegensatz zu demselben. Wäre gewisse Aussicht gewesen, daß „die Männer des Neuen" am Wiener Hofe, die kleine Partei des Fortschritts, sich verstärken, sich oben erhalten und das Steuerruder des Staates behaupten werden: so würde Metternich an diese, an den hoch- und freisinnigen Stadion sich gehalten haben: er hätte dann auf der Bahn des Liberalismus seine Laufbahn zu machen gesucht. So aber stand der schnelle, baldige Sturz Stadions und seiner Freunde in gewisser Aussicht, die „Partei des Alten" hatte sich bereits wieder vor Stadions Sturz in die Herrschaft geschwungen, und Kaiser Franz war von Haus aus der unverbesserliche „Mann des Alten." So war für Metternich Macht und Geld, das er für sein üppiges Leben bedurfte, nur durch Anschluß an die „Partei des Alten" zu erlangen und durch Aneignung ihrer Grundsätze.

Er entschloß sich zu Beidem ohne Schwanken. Geld, viel Geld brauchte er, nicht bloß weil er finanziell sich zu Grunde gerichtet, sondern weil er ein leichtsinniger Lebemann war und alle Sinnengenüsse sich angewöhnt hatte, bis zum Aeußersten des frivolen Genießens und des glänzenden Auftretens. Sklave seiner sinnlichen Begehrlichkeiten und Gewohnheiten, immer geldbedürftig, war er derjenige Mann, wie ihn die Politik Napoleons sich immer nur als österreichischen Minister des Auswärtigen wünschen mochte, und Talleyrand und Fouché waren es, welche am Wiener Hofe seine Erhebung zum Minister des Auswärtigen durch ihre Werkzeuge zu Stande brachten.

Von jetzt an diente Metternich der Partei des Absolutismus und der Adelsherrschaft, jenen Leuten, welche für sich allein die Geltung, alle Stellen im Heer, im Staate, am Hofe, alle Genüsse und Reichthümer, die Ehre und den Ruhm, als Bevorrechtete in Anspruch und in Besitz nahmen, die Forderungen, welche die Zeit und das allgemeine Wohl machten, als „Hochverrath" und als „Gottlosigkeit," als Auflehnung gegen Thron und Altar ausgaben, und ohne irgend ein Verständniß für die große, allgemeine Katastrophe waren, welche durch die französische Revolution in dem Entwicklungsgange der Menschheit gekommen war, und deren Nachwirkungen, als Freiheits- und Entwicklungstrieb der Völker, in allen Ländern sich kundgaben.

Befangenheit in den alten Vorurtheilen, engherzige Gewohnheit, Selbstsucht und Mangel an Einsicht in das eigene, wahre Beste, ließen diese Leute nicht gerecht sein gegen alle Stände, alle Berufe, Gewerbe und jedes einzelne Glied des Volkes. Sie wollten nichts wissen von Aufhebung der Leibeigenschaft und aller der Lasten und Hemmnisse, welche den Landmann niederdrückten, und ohne deren Beseitigung doch die volle Ausbeute des Grunds und Bodens nicht möglich war; nichts von Hebung der Gewerbe und des Handels durch staatliche Unterstützung und Förderung; nichts von Wissenschaft und allgemeiner Bildung, von zeitgemäßer Umgestaltung des Rechtswesens, der Polizei, der Verwaltung, des Heeres; nichts von allgemeiner Verpflichtung zur Tragung der Staatslasten.

Diese Leute sahen in jedem Gedanken daran Gift, das von der französischen Revolution ausgestreut worden sei, „jakobinischen Sauerteig." Statt sich selbst in die Richtung des Geistes zu begeben, welcher in der Menschheit und im Innern der Ereignisse als unsichtbar ge-

staltende Macht mit göttlicher Nothwendigkeit waltet, machten sie es sich zur Aufgabe und hielten es für leicht, die ganze Welt zurück zu drehen, und dem am Fortschritt der Zeit schaffenden Geiste ihren tödtlichen Haß entgegen zu setzen.

Und in den unbedingten Dienst dieser Partei verkaufte sich Metternich, obgleich er weder von der Berechtigung ihrer Anschauungen, noch von der Dauer ihrer Herrschaft, von ihrer Haltbarkeit in die Länge, je überzeugt war. Im Gegentheil, seine eigenen Lobredner haben jetzt offen zugestanden, „es habe ihm der Glaube an die Mission und Kraft der absoluten Monarchie gefehlt;" ja er habe „den Sturz des Absolutismus, sogar aller monarchischen Ordnungen," für etwas gehalten, „das die Zukunft bringe." —

Bei Allem, was Metternich sprach oder schrieb, muß man nicht vergessen, daß er niemals seine wahre Meinung sagte, sondern sich allerlei Schein gab und zu täuschen suchte, wie Talleyrand, sein Vorbild und Meister. Metternich hat gesagt: „Das Ziel in unseren Zeiten ist nichts mehr und nichts weniger als die Aufrechterhaltung dessen, was vorhanden ist; darunter verstehen wir nicht nur die alte Ordnung der Dinge, sondern auch alle neuen gesetzlich geschaffenen Institutionen. Die Rückkehr vom Neuen zu dem, was nicht mehr vorhanden, ist mit eben so viel Gefahr verbunden, als der Uebergang vom Alten zum Neuen: beides kann den Ausbruch von Unruhen herbeiführen, welche um jeden Preis zu vermeiden sind." Daraus hat man den Schluß gezogen, Metternich sei „kein Feind gewesen, weder der Reformen noch der liberalen Constitutionen." Dieser Schluß ist ein sehr übereilter, wie auch Metternich die süddeutschen Verfassungen in Einem Athemzuge mit jenen Worten als ein Werk der „Uebereilung" bezeichnete, und während er den deutschen Regierungen „Ausdauer in der Erhaltung der gesetzlichen Grundlagen der bestehenden Constitutionen" empfahl, forderte er sie zugleich auf zur „Verbesserung der wesentlichen Mängel" derselben, auf Grund „hinreichender Ursachen."

Was unter diesem „politischen System des Kaisers," wie es Metternich nannte, gemeint war; was unter dieser Verbesserung der wesentlichen Mängel der deutschen Verfassungen den einzelnen Regierungen zu Gemüthe geführt werden wollte; in welcher Weise man in Wien das „Nichtabweichen von der bestehenden Ordnung," die „Aufrechterhaltung aller neuen, gesetzlich geschaffenen Institutionen" von den deutschen Höfen verstanden wissen wollte: dafür sind die Con-

greßbeschlüsse, welche Metternich als Werkzeug der vereinigten Partei des Rückschritts herbeiführte, besonders die von Laibach und die von Karlsbad, namentlich die Wiener Conferenzbeschlüsse von 1834, die besten Erklärer. Der „Satanismus" dieser Beschlüsse hat sich hinlänglich in der Geschichte markirt, und die Unverschämtheit und das bundesrechtswidrige Drohen sind nicht vergessen, womit Metternich und sein Vertrauter Gentz gegen den hochherzigsten und wohlwollendsten unter den deutsch gesinnten Fürsten, und zwar bloß, weil er verfassungstreu war, gegen den König Wilhelm von Württemberg, aufzutreten sich erdreisteten. Der wollte es nicht verstehen, wie man die „Verbesserungen der wesentlichen Mängel" der „übereilten" Verfassung im Metternich'schen Sinne sich angelegen sein zu lassen habe.

Es ist eine unberechtigte Milde, wenn man gesagt hat, Metternich habe nur „die Demagogen in Deutschland und Italien unerbittlich verfolgt, nur auf die Neuerer eine wahre Razzia anstellen lassen, aber die Verfassungen, als gesetzlich geschaffene Institutionen, aufrecht erhalten wollen."

Wie Metternich innerlich dachte, darauf kommt es gar nicht an, sondern auf das, was er gethan hat. Thatsache ist: Metternich und sein Gentz, der für ihn die Geistesarbeit übernahm — denn Metternich war nicht bloß träg und arbeitsscheu, sondern an Kenntnissen und an ursprünglicher Begabung tief unter Gentz — haben Alles gethan, die gesetzlich geschaffenen deutschen Verfassungen auszubeinen, ihnen das Herzblut langsam abzuziehen, sie zu leblosen Schatten, zu Scheinbildern zu machen, durch Bundestagsbeschlüsse und durch moralischen Zwang in Form von Noten, den sie auf verfassungsfreundliche deutsche Fürsten sich herausnahmen. Metternich stempelte jeden verfassungstreuen Abgeordneten, welcher die einzelnen Sätze seiner Landesverfassung vom Papier in das Leben übertragen wollte, zu einem „Neuerer", zu einem „Revolutionär;" jedes Wort der Wahrheit, das gesprochen oder geschrieben wurde zur Vertheidigung der feierlich beschworenen Landesverfassung gegen offene und versteckte Eingriffe des Absolutismus in dieselbe, wollte er kriminalgerichtlich verfolgt wissen.

Von dem Augenblicke an, da er in den Dienst der vereinigten Partei des Absolutismus, deren geistlichen Bruchtheil er niemals liebte und sein Lebenlang fürchtete, getreten war, hatte er an alle Hauptpersonen seines Geschäftskreises schreiben lassen: „Es ist jetzt unsere Aufgabe und unser System, alle Aufmerksamkeit und alle Kräfte zu

opfern der Ausrottung des jakobinischen Sauerteigs, welcher täglich mehr sich enthüllt."

So schnell und so leicht hatten Metternich und sein Gentz die „slavischen" Anschauungen einerseits und die Rückschrittsgedanken der kirchlichen Partei andererseits sich angeeignet. Hätte der Eine oder der Andere aufgehört, streng gemäß diesen Vorschriften und Aufträgen der herrschenden Partei, in deren Dienste sie standen, zu praktiziren, so hätte er eben damit aufgehört, überreich in klingender Münze bezahlt zu werden, ja überhaupt in Oesterreich etwas zu sein.

Es ist ein edler deutscher Fürst, der in nächster Nähe jahrelang die Menschen und Dinge in Wien mit unbefangenem und scharfem Auge beobachtet und gesagt hat, dieser Geldpunkt habe den an und für sich schwachen Metternich noch schwächer gemacht in den für Oesterreich, Deutschland und Europa wichtigsten Lagen und Fragen. Selbst Metternichs Lobredner gestehen heute diese Charakterschwäche Metternichs zu, wenn sie ihn gleich nur „zu weich, zu wenig urkräftig, zu wenig energisch, zu friedliebend" nennen.

Alles war ihm an der Behauptung seiner Stellung gelegen, nicht etwa, weil sie allein ihm die Möglichkeit gab, das nationale Leben des Kaiserstaates zu entwickeln, der Schöpfer und Lenker eines wiedergeborenen Oesterreichs zu werden und dadurch den Ruhm eines großen Staatsmannes sich zu verdienen, sondern weil sie ihm viel Geld abwarf, das einzige Mittel zur Befriedigung der Sinnlichkeit, die ihn ganz beherrschte. Zu jener allein staatsmännischen Auffassung seiner Stellung schwang sich Metternich keinen Augenblick auf.

Staatsmann im wahren Sinne des Wortes war er niemals, nur ein gewandter Diplomat, und ein feiner aristokratischer Lebemann, welchen Stadion „keines ernsten und festen Gedankens fähig" erachtete, und welchen Stein einen „flach berechnenden Mann" nannte, „der sich vor jeder kräftigen Maßregel scheue, sich das Ziel nahe stecke, und mit kümmerlichem Flickwerk sich behelfe." So hat sich Metternich unter seiner ganzen Laufbahn gezeigt.

Nirgend erhob er sich zu dem Muth und zu der Kraft, etwas durchzusetzen, mit dem er auf abweichende Ansichten oder auf Widerstand stieß, auch wenn er noch so sehr von der Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit dessen, was er wollte, überzeugt war. Er zog vor, nachgiebig, geschmeidig zu sein gegen den Kaiser Franz, gegen die kaiserliche Familie, gegen die einflußreichen Leute am Hofe, und unter

diesen am meisten gegen die geistlichen Rathgeber. Er war geschmeidig, nur um seine Stellung zu behaupten. Im Verlust seiner Stellung sah er für sich eine Hinabschleuderung ins Nichts. Aller Stoizismus schien ihm, dem Epikuräer, Thorheit. In Armuth ein glanzloses Dasein, ohne die Freuden Wiens und der Bäder, in einem verborgenen Winkel einer Provinz zu leben, hätte er nicht ertragen. Darum war er, der sittlich schwache Mann, schwach in seiner Politik. Darum scheute er sich so sehr, sich mit Anderen zu überwerfen.

Darum fürchtete er sich so sehr vor jeder Störung des Friedens um sich her, wie vor Störungen auswärts. Es floß Alles bei ihm aus der Furcht, durch irgend einen Zusammenstoß seine Stellung ins Schwanken zu bringen oder zu verlieren, aus ängstlicher Sorge für das eigene Ich. Er ließ lieber die Sachen gehen, wie sie gingen, als daß er thatkräftig eingriff. Er erkannte die Gefahren der wachsenden russischen Uebermacht, er sprach und schrieb dagegen, „die Consequenz, die Pflicht der Selbsterhaltung gebiete Oesterreich, eine Vergrößerung der Macht Rußlands, ein Weitergreifen derselben um keinen Preis zu dulden.“ Bei solchen Worten blieb es: Rußland trug seine Waffen unbekümmert um Metternichs Worte, ja unter ironischen Aeußerungen gegen ihn, über den Balkan, und zwang die Türkei zum Frieden von Adrianopel, welcher die Macht Rußlands so bedenklich erweiterte und dessen Herrschaft im Osten feststellte.

Während die Welt sich ringsum änderte, und Rußland, Frankreich, England vorwärts gingen, gefiel sich Metternich in dem hohlen Schall des großtönigen, aber geistlosen Wortes: „Oesterreich ändert sein System niemals und unter keiner Bedingung.“ Der Gang der Ereignisse, Gott in der Geschichte, hat dieses vermessene Wort, das sich für staatsmännische Größe ausgeben wollte, zu einer politischen Thorheit gemacht, und Metternichs Verwaltung als den Fluch Europas und des Kaiserstaats gebrandmarkt, an dessen Nachwirkungen dieser noch heute leidet und noch lange leiden wird. Metternich war ein schöner, angenehmer, mit Blick und Rede bezaubernder Mann; er hatte Witzworte und Einfälle, das, was die hohe Gesellschaft „Esprit“ und was man neuerdings mit einem nicht schön deutschen, ironischen Worte gesellschaftliche „Geistreichigkeit“ nennt; er war klug; er hatte sich zu Paris, in der Nähe Talleyrands und Fouché's, etwas ausgebildet; er hatte sich das Princip des napoleonischen Despotismus angeeignet, und weil der Partei, als deren Werkzeug er sich hingab, es besonders gefiel, gefiel auch ihm besonders

Napoleons Wort: „Die Kanaille muß durch Schrecken gebändigt werden!"

Metternich war ohne irgend Eine schöpferische Idee; in Betracht dessen, was in Wahrheit Geist, also auch bei Staatsmännern Geist heißt, war er sogar die staatsmännische Geistlosigkeit in Person, die in achtunddreißig Jahren, an die Spitze Oesterreichs gestellt, auch nicht irgend etwas Lebensfähiges und Lebengebendes zu schaffen im Stande war.

4. Der Staatsmechanismus und die Zustände Oesterreichs unter Franz I.

So war Metternich hineingetreten in die österreichische Staatsmaschine, die gottverlassenste, die jemals die Welt gesehen hat, und die, wie ein österreichischer Staatsmann sie bezeichnet, „einem Kinderspielzeug im Großen glich, das mit schnurrenden Rädern und ineinander greifenden Walzen fortwährend arbeitet und doch nichts Wirkliches schafft." Das Ergebniß dieses Staatsmechanismus war, daß die Entwicklung Oesterreichs um ein halbes Jahrhundert gegen die Nachbarstaaten zurückblieb, daß Oesterreichs Macht nach Außen mit jedem Jahre tiefer sank, und daß der Staat einem Auseinanderfallen seiner Theile nahe kam; ja daß Oesterreich in seinen Finanzen, in seinem Ansehen und Ruf, in seiner religiösen, geistigen und gewerblichen Bildung bis dahin herunter kam, wo es jetzt steht, und daß, wo ein bedeutender Staatsmann in den letzten Jahren die Kraft seines Geistes und seiner Vaterlandsliebe ansetzte, das zurückgebliebene Oesterreich auf die Bildungsstufe unserer Zeit empor zu heben, er darüber zu Grunde ging, und die öffentliche Meinung ihre Ueberzeugung ausgesprochen hat, „die vereinzelte Kraft Eines Staatsmannes, und wäre sie noch so schöpferisch und bedeutend, könne niemals hinreichen, auch nur die nöthigsten Reformen in Oesterreich zur Verjüngung desselben durchzuführen."

So rächte sich der Fluch des Absolutismus in seinen Wirkungen und seinen Folgen am Fürstenhaus und an den Völkern Oesterreichs. Bis zum Tode des Kaisers Franz ging es fort, es war eine Vielregiererei und ein Nichtregieren. Alles redete darein: Glieder der kaiserlichen Familie, Frauen wie Männer; Hofstellen, Staatsstellen. Der Präsident der Hofstellen wie der Collegien konnte die Entscheidung des Collegiums umgehen, und die des Kaisers unmittelbar einholen.

Die meisten Sachen wurden „auf dem Kabinetswege" erledigt. Der Kaiser zog nur diejenigen zu Rathe, welche er für gut befand zu Rathe zu ziehen; ein „allerhöchstes Handbillet" stieß alle Entscheidungen um.

„Die bewegende Kraft war unzulänglich," sagt Graf Hartig. Von einer zeitgemäßen Umgestaltung des Veralteten, von einer die Gesammtheit des Staates umfassenden und leitenden Idee war keine Rede — denn „es soll Alles beim Alten bleiben" war keine Idee. Aller Fortschritt in den Staatsanstalten unterblieb, und damit aller Fortschritt im Staatswohl. — „Es wurde an mehreren Orten zugleich und ohne Einklang regiert," sagt Graf Fiquelmont. — „Es unterblieben selbst solche Reformen, welche die politische Staatsform nicht unmittelbar berührten," sagt der Freiherr von Pillersdorf. Der Wiener Witz nannte die Staatsmaschine „die controlirende Controle der controlirenden Controle."

Das Volk Oesterreichs ist ein von Gott begabtes Volk, wie das Land Oesterreich zu den von der Natur reichst ausgestatteten Ländern der Welt gehört. Die Kräfte des Landes lagen großentheils brach, die besten Finanzquellen wurden nicht ausgebeutet. Die geistige Begabung Oesterreichs aber, die man durchaus nicht zur Entfaltung der Blüthen und zur Frucht kommen lassen wollte, brach dennoch in einzelnen Vaterlandsfreunden sich Bahn bis zum Kaiser hinauf. Nie hat es in Oesterreich an Fähigkeiten gefehlt; nur daran, daß die Fähigkeiten nicht an die Stellen kamen, und in der Regel die Unfähigkeit der Fähigkeit höher hinauf den Rang ablief.

Von einsichtigen, vaterlandsliebenden Männern wurden Vorschläge zu einer bessern Einrichtung der Rechtspflege, der Verwaltungsbehörden, des öffentlichen Unterrichts, der Kranken-, Wohlthätigkeits- und Besserungsanstalten, der Vertheilung der öffentlichen Lasten, der Bildung des Heeres und zur Umwandlung anderer Zweige des Staatslebens eingereicht, durchdachteste Vorschläge Sachkundiger. Aber niemals ist etwas darauf erfolgt.

Sie wurden entgegen genommen, aber nicht gelesen, weder vom Kaiser noch von einem Minister, noch von einem Präsidenten oder Rath; noch weniger wurde einer derselben je in Berathung gezogen. Sie wurden begraben in die „Archive aller Verwaltungsbehörden." Dort fand sie das Jahr 1848, „als untrügliche Belege, sagt Pillersdorf, für die Nachwelt, daß es doch nicht an Männern gefehlt hat, die, mit den Bedürfnissen der Gesellschaft und mit den Gebrechen der

Staatseinrichtungen vertraut, keine Gelegenheit versäumten, um mit Wahrheitsliebe und Freimuth auf die Nothwendigkeit durchgreifender Verbesserungen hinzuweisen."

Was Kaiser Franz und Metternich, was Colowrat und Sedlnitzky thaten, war, Oesterreich nach Außen gegen Alles abzusperren; Oesterreich in Abgeschlossenheit zu halten gegen Gedanken der Zeit und gegen Schriften mit Gedankeninhalt; gegen Menschen, welche neuzeitige Gedanken verbreiten könnten, und gegen Erzeugnisse des Auslandes. So tief unten war dieses österreichische System, daß es selbst die Erzeugnisse und Fortschritte des ausländischen Gewerbefleißes ausschloß, ohne irgend etwas zu thun, die Fortschritte auf den Gewerbefleiß im Innern zu übertragen und die Hebung des einheimischen Gewerbs und Handels zu fördern.

Millionen Menschen in Oesterreich erfuhren nichts von dem Fortschritt der Welt auf dem reißend schnellen Strome der Zeit. Das sollte und wollte verheimlicht werden. So diktirte es die herrschende Partei, die hofaristokratische und die ultramontane. Jede Ansteckung aus deutschen oder europäischen Verfassungsstaaten hätte gefährlich werden können für die „geheime Finanzwirthschaft."

Von dieser lebte in Fröhlichkeit Hof und Aristokratie Oesterreichs, Prinzen und Prinzessinnen, Minister und Präsidenten, Feldmarschalllieutenante und Oberste, bis hinab auf die unterste Rangstufe.

Diese geheime Finanzwirthschaft war es, welche Metternich wenigstens sich gestalten oder festsetzen ließ, und aus welcher er selbst viel für seine sinnlichen Bedürfnisse zog. Diese geheime Finanzwirthschaft aber war es auch, welche so markaussaugend auf die Völker wirkte, und welche von den Einsaugenden, den Leuten des Hofs, des Heers und der Verwaltung, nach dem, wie einmal die menschliche Natur ist, so sehr festgehalten wurde, daß die traurigen Ereignisse des Jahres 1859 schon von jedem „wirklichen Staatsmanne," ja von jedem „ehrlichen und verständigen Menschen," vorausgesehen und vorausgesagt wurden.

Bei der Mannichfaltigkeit und Unerschöpflichkeit der natürlichen Hülfsquellen Oesterreichs konnten alle diese Genießenden herrlich leben, ohne daß es die Bevölkerung als Last fühlte, wofern nur Einiges, nur das Allernöthigste, für eine freie Entwicklung auf dem volks- und staatswirthschaftlichen Gebiete geschehen wäre. Aber nicht einmal, wo es sich von selbst aufdrang, geschah etwas dafür: nicht einmal in Italien wurde der so wichtige Theil der Bevölkerung,

der bäuerliche Stand, durch Freimachung des Bodens für die Herrschaft Oesterreichs gewonnen.

Wären die von ihren adeligen und geistlichen Herren in Welschtyrol und in der Lombardei so sehr gedrückten Bauern freigemacht worden, Oesterreich hätte dort einen mächtigen Anhang erlangt, und die Herzen und die Lande wären nicht so leicht, wie wir es sahen, von Oesterreich abgelöst worden. Metternich war, wie gesagt, ein schöner und angenehmer Mann, ein Mann der Frauen und der diplomatischen Zirkel, ein Mann der Bonmots und des einnehmenden Wesens, der Hofkünste und der Salonsformen, aber kein großer Staatsmann; eben so wenig war es Colowrat, der guten Willen, aber weder die nöthigen schöpferischen Gedanken, noch die nöthige Kraft des Willens und Ausdauer hatte.

Metternich's und der Anderen System hat nicht nur den Kaiserstaat nicht unverringert erhalten, nicht nur die europäische Machtstellung Oesterreichs nicht gewahrt, was sie doch immer als ihre Aufgabe der Welt verkündeten, sondern sie haben Beidem durch Alles, was sie thaten, den größten Schaden zugefügt. Wenn es Metternich darauf angelegt hätte, das absolute Königthum in der öffentlichen Meinung der Welt zu Grunde zu richten, so hätte er gerade so handeln müssen, wie er handelte; und für den Kaiserstaat selbst, wenn er sich empor heben sollte, mußte gerade das gethan werden, was nicht gethan wurde, und gerade das nicht geschehen, was geschah.

Die ganze Metternich'sche Regierung, Oesterreich, Deutschland, den europäischen Mächten gegenüber, war von Anfang bis zu Ende, wie jetzt thatsächlich durch die bittersten Erfahrungen und Aufdeckungen der Zeit vorliegt, nichts Anderes, als eine Kette von Mißgriffen und Fehlern, von falschen Voraussetzungen und Berechnungen, hervorgegangen aus Beschränktheit und Kurzsichtigkeit, aus Hochmuth und Dünkel, aus geistiger und sittlicher Schwäche derer, die an der Spitze der Geschäfte standen.

Als in Oesterreich zuletzt Alles zusammenbrach und Metternich als Flüchtling in London war, wollte er am Unglücke Oesterreichs keinerlei Schuld haben. „Ich habe," sprach er hochmüthig zu seinem Leidensgenossen Guizot, „ich habe wohl Europa, aber niemals Oesterreich regiert." — So wenig er in Wahrheit Europa regiert hat, so gewiß hat er Oesterreich helfen zu Grunde regieren: nur alleinschuldig ist er nicht, sondern bloß mitschuldig. Aber was Deutsch-

lands unselige Zustände betrifft, davon wälzt die Geschichte den größeren Theil des Fluches auf sein Haupt, auf seine Seele.

5. Die Metternich'sche Politik nach Außen.

Metternich war es, von dessen bösem Gewissen und dessen Revolutionsangst, in der er, wie ein Fieberkranker, eingebildete Gespenster sah, jene Maßregeln ausgingen, die auf dem ganzen geistigen und politischen Leben Deutschlands mit bleiernem Druck lasteten, und die deutschen Völker um den rechten, vollen Segen ihrer Verfassungen, ihrer Freiheiten und Rechte dreißig Jahre lang betrogen; jene Maßregeln, welche jeden deutsch-nationalen Gedanken als Hochverrath verfolgten, und welche, wenn sie überall durchgeführt worden wären, und, wo sie durchgeführt waren, länger fortgewirkt hätten, das geistige Leben der Deutschen abgetödtet, die Deutschen zu Chinesen gemacht hätten.

Anerkannt conservative Geschichtschreiber, selbst Lobredner Metternichs, haben neuerdings den Windmühlenkampf des österreichischen Staatskanzlers gegen revolutionäre Umtriebe in Deutschland, die nirgends als in seiner Einbildung und in den Erdichtungen seiner sich wichtig machen wollenden Spione vorhanden waren, „aberwitzig" genannt, seine polizeilichen Vorkehrungen als einen „geistlosen Unverstand," als etwas „Lächerliches" anerkannt.

Wie er und Kaiser Franz miteinander das gesammte Oesterreich mit offener und geheimer Polizei überschwemmt, zum Polizeistaat erniedrigt hatten: so sollte ganz Deutschland, und zwar „zu seinem Heile" unter den Druck der geheimen wie offenen Polizei gelegt bleiben. Wurde ihm entgegen gehalten, der revolutionäre Geist sei in Deutschland nicht vorhanden, so erwiderte er, derselbe wage nur nicht sich zu zeigen, aus schlauer Berechnung; aber da sei er, und man müsse ihn in allen Winkeln Deutschlands aufspüren, sonst würde in Kurzem selbst das Schattenbild einer monarchischen Gewalt in den Händen mancher deutschen Regierung zerfließen; darum müsse den hie und da schon errungenen Erfolgen der revolutionären Partei ein hemmender und rettender Damm entgegengesetzt werden. Durch den Bundestag wirkte Metternich mit aufgedrungenen Sicherheitsmaßregeln und Polizeianordnungen dahin, daß in ganz Deutschland Kirchhofsruhe sein sollte, lautlose, stumme Regungslosigkeit, damit nicht, wenn in

Deutschland ein Auge zucke, eine Hand sich rege, ein freiheithauchendes Wort sich hören lasse, ein politischer Fortschritt irgendwo sich zeige, Oesterreich in dem Schlaf, indem es polizeilich eingeschläfert war, gestört werde, aufwache, angesteckt, zu Aehnlichem ermuthigt werde. Alle verfassungsmäßige Entwicklung sollte in allen deutschen Staaten stille stehen, kein Fortschritt, keine Reform gestattet werden, weil das auf Oesterreich rückwirken könnte.

Darum hatte der österreichische Staatskanzler den deutschen Bundestag zu seinem polizeilichen Werkzeuge herabgedrückt, und in der öffentlichen Meinung vollends ganz zu Grunde gerichtet.

Man muß die Stellung, welche Oesterreich unter Metternich zum deutschen Bunde nahm, schärfer ins Auge fassen und festhalten, als es gewöhnlich geschieht, wenn man die ganze Heillosigkeit des Metternich'schen Systems für Deutschland würdigen will.

Dieses System, das von Kaiser Franz und von Metternich bis zuletzt gehandhabt wurde, war Deutschlands schlimmster Feind, schlimmer, als die selbstsüchtige Politik Rußlands und Englands, unendlich schlimmer als die Rheinbundspolitik Napoleons; denn diese, so viel sie Deutschland geschadet hat, hat doch auch viel genützt, die politische Entwicklung wie die geistige in den Rheinbundsstaaten gefördert; die Metternich'sche Politik dagegen hat Deutschland auch nicht das Geringste genützt, aber wohl, soweit sie wirksam eingreifen konnte, die Entwicklung gehemmt, hier gelähmt, dort abgetödtet.

Bis zum Jahre 1848 zeigte sich Oesterreich bei jeder Gelegenheit als der grundsätzliche geschworene Feind jeder Art von deutscher Einheit. Den Führern dessen, was aus slavisch-deutschen Elementen des weltlichen und geistlichen Absolutismus und des Aristokratenthums am österreichischen Hofe zusammen geronnen war zu der reaktionären Thron- und Altarpartei, schien für ihre Sonderzwecke nichts so gefährlich, als „deutsche Einheit."

Da selbst der Bundestag in der verkümmerten Form, zu welcher ihn englische und russische Schlauheit und österreichische Selbstsucht schon bei seiner Geburt verunstaltet hatten, immer noch einen gewissen Kern und Mittelpunkt für deutsche Einheit abgeben konnte, so war vornherein Alles gethan worden, das Ansehen des Bundestags zu untergraben in Deutschland wie in Europa; ihn in eine Stellung zu bringen, worin er durch seine eigenen Thaten den Widerwillen der Völker gegen sich erregen, eine beargwohnte und verhaßte Anstalt werden mußte. Metternich selbst hat sich im Jahre 1832 in einer

geheimen Denkschrift an den preußischen Hof zu diesem bewußten, berechneten Satanismus seiner Politik bekannt.

„Wäre die Bundesversammlung," sagte er darin, „eine Art Nationalrepräsentation, wie es in den ersten Jahren ihrer Existenz von der liberalen Partei geglaubt und gewünscht wurde, bestimmt, alle Rechte zu schützen und in alle, das gemeinsame Wohl deutscher Unterthanen betreffende innere Angelegenheiten kräftig und wirksam einzugreifen: so würde ihr allerdings das allgemeine Interesse nicht entgehen. Die Competenz der Bundesversammlung ist aber seit dem Jahre 1820 definitiv und auf eine Art geregelt, welche ihr eine andere Stellung gegeben hat, als die ohnehin nur chimärische einer Volksrepräsentation."

So naiv ging Metternich heraus, er, der sein Leben lang ohne ein Stück Herz für das deutsche Volk, ohne irgend ein Gefühl für das Volk überhaupt, für dessen Wohl und Wehe war.

So war dem Bundestag alles eigene Vermögen entzogen, Gutes für Deutschland zu zeugen. Er wurde eine jedem ächt deutschen Ohre wehe thuende Orgel, welche von Oesterreich ihren Wind erhielt, von Oesterreich getreten, von Metternich gespielt wurde; von da an wurde von der Thätigkeit des Bundestags nicht weiter mehr bekannt, als Polizeimaßnahmen gegen das freie Wort und gegen die freie Schrift, gegen deutsche Männer und deutsche Vereine; Untersuchungscommissionen; und, wo von Regierungswillkür der verfassungsmäßige Rechtszustand gebrochen war, und das so verletzte Land den Schutz des Bundestags anrief, kahle Erklärungen ohne Scheu, der Bundestag sei dafür incompetent. Man sah in dieser schweren Zeit Deutschlands höchste Beamte deutscher Staaten ironisch lächeln, wenn vom Bundestag die Rede war, und das Ausland spottete nicht bloß dieses unmächtigen Schattenbildes, sondern zeigte in Thaten seine Mißachtung.

Preußen hat bis zum Jahre 1840 solche Minister, welche sich, traurig genug, fast in allen politischen Dingen von Oesterreich und Rußland leiten ließen. Das preußische Kabinet trat Metternichs Ansichten, Vorspiegelungen und Polizeimaßnahmen auf dem Bundestage bei; ebenso diejenigen deutschen Staaten, die zwar Verfassungen hatten, deren Höfe aber durch eigene Neigung oder durch die kirchlich-aristokratische Partei zum Absolutismus hingezogen wurden. Edlere Fürsten, wie die von Württemberg und Baden, von Weimar und Gotha, und die Rechtlichen unter deren Räthen, widerstrebten zwar

innerlich und äußerlich einer solchen Entwürdigung der obersten Behörde deutscher Nation zum Oberpolizeibüreau, und ihrer eigenen Personen zu bloßen Vollziehungswerkzeugen für die von Metternich diktirten polizeilichen Maßnahmen.

Aber Metternich warnte, Metternich drohte, Metternich zeigte hinter sich das österreichische Heer und wies vor sich auf den gefügigen Bundestag im Ganzen und auf die Bundestruppen, zur Vollstreckung dessen, was er wollte. Die furchtlosen Abgeordneten solcher deutschen Verfassungsstaaten erwiderten dem eingeschüchterten Minister, das drohende Oesterreich solle nur marschiren lassen, die Völker der kleineren Verfassungsstaaten werden die Marschirenden wohl in Waffen zu empfangen wissen; Metternich werde nicht mehr drohen, wenn er den Ernst der in Waffen vereinigten Fürsten und Völker der Verfassungsstaaten sich gegenüber sehe. Wiederholt sprachen die Abgeordneten der württembergischen Kammer, Ludwig Uhland, Albert Schott, Paul Pfizer, Düvernoy und Römer mit andern Freunden, das aus. Römer besonders forderte noch in den letzten Jahren vor 1848 zu einer Stellung gegen Metternichs Brutalität in der Kammer auf, ungeschreckt durch die Drohungen von Wien und vom Bundestag aus, und unerschüttert durch das Beiseitegehen vieler früheren Gesinnungsgenossen. Eben so war es in Baden, wo durchschnittlich der Liberalismus des Ministeriums, trotz der Abwechslung der Personen, vorschlug, und wo darum der Liberalismus in der Kammer größeren Anhang hatte.

Die Mehrheit an diesen verfassungsgemäßen Höfen war und blieb eingeschüchtert durch die Macht Oesterreichs, in deren Namen Metternich Fürstenhäusern gegenüber trat, die so alt oder älter waren, als das Haus Habsburg. Gewiß bleibt, das persönliche Ansehen des österreichischen Staatskanzlers hat an keinem deutschen Fürstenhofe irgend etwas gewirkt. Die Persönlichkeit Metternichs konnte in nächster Nähe Weiber und Herren gewinnen: seine Frivolität, seine Brutalität dem Widerspruch gegenüber, seine durch nichts gerechtfertigte Anmaßung hatte ihn an denjenigen deutschen Höfen verhaßt gemacht, wo Fürst und Volk Besseres wußten und wollten, als er; und es ist eine journalistische Täuschung, wenn man liest und glaubt, Metternich habe an irgend einem der bessern deutschen Höfe als „Orakel" gegolten.

Gerade in denjenigen deutschen Staaten, in welchen man mit der Zeit fortschritt, hatte man in die ganze auswärtige und innere

Politik Oesterreichs von dem Augenblick des Bekanntwerdens an, daß man mit **solchen** Anleben lebte, kein Stück Vertrauen mehr. Der österreichische Kaiserstaat hatte überall keinen Kredit. Man wußte, daß ein Theil der Fabriken, die das kaiserliche Absperrungssystem als künstliche Treibhauspflanzen ins Dasein gerufen hatte, nachweisbar die Artikel, welche angeblich ihre Selbsterzeugnisse waren, auf dem Wege des Schmuggels von Außen bezog. Es geschah in diesen Dingen von der österreichischen Staatswirthschaft das Abenteuerlichste, z. B. Roherzeugung und die erste Verarbeitung, welche nach dem A. B. C. der Staatswirthschaft überall kräftig geschützt werden muß, wurde von den österreichischen Staatskünstlern lange nur in sofern der Aufmerksamkeit gewürdigt, als es „die Erhebung eines Ausfuhrzolls von den Erzeugnissen, längere Zeit sogar von der Wolle, galt, eines Zolls, der den Gewerbefleiß des Inlandes zu Gunsten des Auslandes hemmte.“ Der Eingangszoll des Rohschwefels stand so hoch gegen den der Schwefelsäure in dem österreichischen Tarif, daß man, wie genau herausgerechnet wurde, aus letzterer ohne Schaden den Schwefel hätte zurückerzeugen können. Auch in diesem Fache der ans Fabelhafte gränzenden Unzulänglichkeit hier zu Lande ein Ende zu machen, war das Jahr 1848 nöthig. Erst nach diesem Umschwung in Oesterreich kam es dazu, daß die österreichische Regierung einen umfassenden Handelsvertrag mit dem **deutschen Zollverein** abschloß.

Der Gedanke des **deutschen Zollvereines** war schon lange in der Welt, ehe ihn die Regierungen aufnahmen, und der große Mann deutscher Nation, Fichte, der freisinnigste und für das große Vaterland begeistertste unter allen Philosophen, war es, welcher schon zu Anfang unsers Jahrhunderts diesem Gedanken den mächtigsten Ausdruck gab. Nachdem längst, vom Jahr 1818 an, in den verschiedenen Theilen des preußischen Staates jede Binnenschranke gefallen und das gesammte Preußen zu einem einzigen Zollgebiet umgewandelt war; nachdem einzelne kleinere von Preußen umschlossene deutsche Staaten sich angeschlossen hatten: da war es Oesterreich und sein Metternich, welche den deutschen Regierungen **Warnungen** zugehen ließen „vor der Annäherung an Preußen,“ vor dem Beitritt zu dem preußischen Zollverein. Die ultramontan-absolutistische Partei in Wien sah darin „verdächtige Bestrebungen Preußens nach politischer **Einheit Deutschlands**.“

Die Stimmen österreichischer Staatsmänner wurden zurückgewiesen, welche vorschlugen, aus staatswirthschaftlichen und politischen Gründen solle Oesterreich selbst an die Spitze der deutschen Bewegung in Handelsinteressen treten, und das österreichische System mit dem preußischen vermitteln. Diese Männer wurden von oben als Leute „chimärischer, ja revolutionärer“ Gedanken behandelt. Metternich wurde auch hierin als böser, verneinender Geist vorgeschoben, welcher um so mehr leitbar war, als er selbst eigene feste und ernste Gedanken nicht hatte, noch weniger umfassende staatsmännische Kenntnisse, und als er eben darum von fremden Köpfen und Federn abhängig war, welche der Partei, die auch ihn beherrschte, dienten, welche nicht arbeitsscheu wie er waren, und welche er für sich arbeiten ließ.

Erst nach der französischen Julirevolution ließ das Wiener Kabinet sich auf ein Uebereinkommen mit Preußen ein: Metternich gestand zu, „die Regulirung der Handelsangelegenheiten dürfe nicht zur Competenz des Bundestags gezählt werden; und Preußen trat, um diesen Preis, allen von Metternich vorgeschlagenen polizeilichen Maßregeln bei, womit jede freie Bewegung Deutschlands durch den Bundestag unterdrückt werden sollte. Eben damit verlor Preußen, wie Oesterreich, alles Vertrauen in den Verfassungsstaaten Deutschlands. Das Volk verwechselte die falschen Leiter mit den Nationalitäten, die von ihnen geleitet wurden, und fing an, Alles zu hassen, was österreichisch und was preußisch hieß.

So sehr Oesterreich dadurch, was ihm das Wichtigste war, zu erreichen hoffte, eben die Unterdrückung jeder Regung und Reibung politischen Lebens in Deutschland durch den Bundestag: so sehr sah Oesterreich die Ausdehnung des deutschen Zollvereins über Churhessen, Bayern, Württemberg und Sachsen mit Mißvergnügen; es witterte immer noch dahinter bei Preußen die Absicht „einer politischen Umgürtung der kleineren deutschen Staaten.“ Aufs Neue machten sich Stimmen geltend, die eine Annäherung an das preußische Handelssystem wollten; man erwog, man verhandelte, man arbeitete Anträge aus. Aber es war eine „Neuerung,“ und schon darum wollte Kaiser Franz nichts davon hören. Um so lieber hörte er auf einzelne Fabrikinhaber, welche, weil sie einen ihrer Geschäftszweige durch den Anschluß an den Zollverein bedroht fühlten, ihm vorsagten, der inländisch-österreichische Markt und der Orient gewähren einen vollständig genügenden Absatz.

Die Partei, von welcher sich der Kaiser, ohne es zu wollen, beherr-

schen ließ, während er zu herrschen meinte, beharrte darauf, Oesterreich müsse abgeschlossen bleiben, gleichsam als das Paradies der „kirchlichen" Partei. Jede engere, gar tägliche Berührung „mit dem Ausland" und mit den „Neuerungen" sei für Oesterreich etwas höchst Gefährliches. Die Absperrung des Handelsverkehrs und die Absperrung Oesterreichs gegen das Eindringen des neuen Geistes müssen nothwendig neben einander sein; mit dem Eingang der Waaren kommen sonst auch die Gedanken herein.

Nachdem Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron bestiegen hatte, und in ganz Deutschland Augen und Hoffnungen auf ihn und auf Preußen sich richteten: da beängstigte es Metternich, Preußen möchte durch Beides zugleich, durch den Zollverein wie durch ein constitutionelles Vorgehen, die Herzen und die Interessen der deutschen Völker an sich ziehen, und die gefürchtete „deutsche Einheit" sich einleiten.

Metternich beschäftigte sich jetzt sogar damit, Oesterreich dem deutschen Zollvereine anzunähern, und wenigstens mit den deutsch-österreichischen Landen in denselben einzutreten. Dazu aber hätte in Oesterreich, bei den gegebenen Verhältnissen, etwas Anderes gehört, als die geistige und sittliche Schwäche Metternichs, der weder ausdauernd in der Arbeit, noch ausdauernd im Widerstande gegen das war, was seinen Wünschen und Ansichten sich entgegen stellte.

Die „Staatsmonopole," die „Privilegien," die bisherige Eintheilung und Getrenntheit der einzelnen Lande des Kaiserstaates, das „hergebrachte System" — das Alles mußte dem Anschluß an den deutschen Zollverein geopfert werden; und die Leute der Staatsmonopole und der Privilegien zu überwinden, dazu reichte des Fürsten Metternich hohe Stellung, aber Thatkraftlosigkeit, nicht aus; der Mann dafür war nicht der „bezaubernde" Lebemann: die rücksichtslose Derbheit, der mit eisernem Arm durchgreifende Willen eines selbst einsichtsvollen und doch jedem Rathe aller Einsichtsvollen zugänglichen, ja diesen Rath suchenden Freiherrn von Stein hätte dazu gehört, Oesterreich über solche Schwierigkeiten und Hindernisse hinüber zu heben in eine zeitgemäße Bahn.

Als Stein von Preußen nicht mehr benützt wurde, hatte Oesterreich die große Kraft dieses Mannes zur Verfügung, zweimal, vor und nach dem Siege über Napoleon. Aber Oesterreich hat ihn weder vorher noch nachher für sich benützt, da ein Theil der Herrschenden ihn nicht zu benützen verstand, ein anderer Theil ihn nicht

benützen wollte, weil dieser Theil den Mann mit solchen Grundsätzen haßte. Selbst die Revolution von 1848 fand in ganz Oesterreich keinen Stein, weil der Despotismus, besonders der kirchlich gefärbte Despotismus, das Wachsthum solcher Männer nicht aufkommen läßt. Das war und das ist bis heute das Unglück Oesterreichs.

So kam es in dieser Hauptfrage zu nichts, obgleich die Hebung des Gewerbefleißes in Oesterreich noch mehr noth that, als in irgend einem Lande, da „Adel" und „Pfaffen," wie ein einsichtsvoller Adeliger, conservativer Gesinnung, der aber ein Vaterlandsfreund war, sich ausgedrückt hat, „alle Stände bis zum Verarmen ruinirten." Es geschah nichts, obgleich Kaiser Franz kein Hinderniß mehr war, da dieser am 2. März 1835 schon gestorben war und die Staatsmaschine in der traurigsten Gestalt seinem Nachfolger vererbt hatte.

6. Kaiser Ferdinand. Das Vermächtniß des Kaisers Franz I.

Der neue Kaiser Ferdinand hatte ein „edles Herz" und einen „nicht ungenügenden Verstand," aber dabei „das krankhafteste Nervensystem, die unglücklichste Ausdrucksfähigkeit."

Es war früher der Versuch gemacht worden, den Thronfolger freiwillig zu Gunsten seines Bruders verzichten zu lassen, wegen seiner häufigen apoplektischen Zufälle, die jedoch meist nach Verlauf einiger Stunden spurlos vorübergingen. Da er, im Jahre 1793 geboren, von Kindheit auf klein und schwächlich von Gestalt und krankhaft gewesen war, hatte man sich von früh an gewöhnt, ihn als „einen Jüngling von sehr geringer Hoffnung" zu betrachten, auf dessen Geistesfähigkeiten seine Krankheitsanfälle schwächend wirken müssen. Trotz dieser Anfälle hatte er gute Einfälle, die freilich weder seinem Vater noch den Höflingen gefielen; Einfälle, dem ähnlich, den er im Jahre 1813 schon als zwanzigjähriger Jüngling in einer großen Gesellschaft hatte. Es war die Frage aufgegeben, welches das stärkste Glied am Menschen sei? „Die Nase," meinte der Prinz. „Wie so?" fragte man erstaunt. „Ei, sagte Prinz Ferdinand lachend, die Franzosen haben meinen Vater nun schon zwanzig Jahre an der Nase herum geführt, und sie ist doch nicht gebrochen!"

Nicht das Maß seines Verstandes, sondern die Richtung seines



Ferdinand I., Kaiser von Oesterreich.

(Band VI. Seite 124.)

Nach Weber, Gallerie denkwürdiger Persönlichkeiten der Gegenwart.

Verstandes genügte gewissen Leuten nicht, und war ihnen unbequem. Gegen die „Pfaffen" zeigte er eine entschiedenste Abneigung, und eben so sehr große Vorliebe für Naturwissenschaften; er saß lieber unter seinen beträchtlichen naturhistorischen und technologischen Sammlungen, als in den Kreisen, welche seine Stiefmutter, die Kaiserin, und die Erzherzogin Sophie umgaben. — — Erst von seinem fünfunddreißigsten Jahre an hatten epileptische Zufälle sich einzustellen begonnen, und unwillkürlich denkt man daran, daß auch der verewigte Großherzog von Baden, der wie Ferdinand kein Freund der kirchlichen Partei war, als lebenskräftiger, erwachsener Prinz auf einer Reise Brüssel berührte, damals ein Hauptsitz der kirchlichen Verfinsterungspartei, über Nacht mit auffallenden Anzeichen erkrankte, und — in eigenthümlicher Weise epileptisch und apoplektisch wurde. —

Man hatte wiederholt am Wiener Hofe mit Gewißheit den Tod Ferdinands erwartet. Aber er war nicht gestorben. Doch blieben seine Zufälle „nicht ohne Einfluß auf die Energie der geistigen Fähigkeiten, namentlich auf das Gedächtnißvermögen," wie der schweizerische Geschäftsträger Effinger bezeugt. Aber eben derselbe bezeugt auch, daß er „sich beim Volke als Kronprinz sehr beliebt gemacht habe," und zwar durch seine „Menschenfreundlichkeit, seltene Herzensgüte und Milde der Gesinnung." Er hatte aber noch etwas an sich, was der bisher herrschenden Partei ein Anstoß war: Prinz Ferdinand hegte eine ganz besondere Verehrung für seinen Oheim, den Erzherzog Karl, also für denjenigen Mann, welcher der neuen Zeit offenkundig zugewandt, der kirchlichen Partei abhold war, und in dem System des Alten, wie in der Gesellschaft des Alten ausgesprochenermaßen Oesterreichs Unheil, in der Einlenkung in die Bahnen des Zeitgeistes allein Oesterreichs Rettung sah.

Es lag und liegt im Interesse der siegreichen Partei in Oesterreich, den nachher durch eine Palastrevolution der kirchlich-aristokratischen Partei des Absolutismus zur Thronentsagung gezwungenen Kaiser Ferdinand in ein solches Licht zu malen, welche diese That rechtfertigen soll, aber sie nie rechtfertigen oder nur beschönigen kann.

Seine erste Regierungshandlung war die Umwandlung einer Todesstrafe in Gefängniß; seine zweite eine großartige Amnestie für politisch Verfolgte, worunter die Meisten Italiener waren, welche auf dem Spielberg, in Munkacz und in andern Kerkern schmachteten: er begnadigte die Einen ganz, die Andern zu freier Auswanderung nach Amerika; das machte ihn sehr volksbeliebt, das war aber nicht nach

dem alten System. Und doch hatte Kaiser Franz ihm das Gelübde abgenommen, „Alles unverändert zu belassen, auf keinerlei Veränderungen in keiner Weise sich einzulassen, und so fortzuregieren, wie er, Franz, regiert habe.“ Er hatte ihm empfohlen, die Souveränitätsrechte aufrecht zu erhalten, und alle Ansprüche der Völker auf Theilnahme daran zu verneinen.“ Er hatte ihm empfohlen, „in Metternich seinen treuesten Diener zu sehen, seinen Freund, und ohne ihn nichts zu unternehmen.“ —

Ferdinand liebte den Staatskanzler nicht. Dennoch nahm er Metternich als ein Vermächtniß seines „geliebten Vaters;“ er nahm Colowrat, ja er nahm Sedlnitzky, er nahm das ganze Personal wie das System der Staatsmaschine vorerst mit herüber in seine Regierung. Es war das aus Pietät geschehen, so unpolitisch und unstaatsmännisch es von ihm war.

Den verehrten Oheim Erzherzog Karl ließ der Oheim Ludwig ihm nie nahe kommen: Ludwig war ganz sein Bruder Franz in politischem Denken und Thun. Franz hatte in seinem Testament als höchsten Leiter eben den Erzherzog Ludwig seinem Sohne beigegeben. Ludwig bildete nun mit Metternich und Colowrat die eigentliche Staatsregierung, mit Sedlnitzky als Anhang.

Kaiser Ferdinand hatte selbst an seiner Frau keine Stütze. Diese sardinische Prinzessin „galt als eine sehr tugendhafte, aber auch als eine sehr andächtige Fürstin.“ Die Brüder ihrer verstorbenen Mutter waren die Erzherzoge von Este, allbekannte Glieder der kirchlich-absolutistischen Partei. So hatte Kaiser Ferdinand auch auf dieser Seite keinen Halt, keinen Beistand für seine Geistes- und Herzensrichtung in Staatsangelegenheiten, sondern Widerspruch und Gegner.

Bald zeigte sich die „geistige Zerstreutheit“ des Kaisers vermehrt. Er hörte täglich die Vorträge seiner Minister an: „dieselben aber, berichtet der schweizerische Geschäftsträger, verhehlten sich nicht, daß er nur selten eine fortgesetzte Aufmerksamkeit mit einiger Ausdauer auf Regierungsangelegenheiten zu richten vermöge.“ Zugleich, während dies in Umlauf gesetzt wurde, machte man unter der Hand ein geheimnißvolles Aufsehen, wie „Thatsachen vorliegen über erschlichene kaiserliche Unterschriften, welche sowohl den Staatskanzler als die übrigen Minister für die Zukunft zu beunruhigen sehr geeignet seien.“ Es seien, hieß es weiter, den Hofämtern „verschiedene mit der durchaus ächten Unterfertigung des Kaisers versehene Aktenstücke zugestellt

worden, deren Gegenstand nicht vorher durch die competenten Behörden gegangen sei.“ —

Was waren das für Urkunden, für Staatsakten, welche die hohe Welt so in Schrecken setzten, und den Staatskanzler für die Zukunft so beunruhigten? Stand der Fortbestand des Kaiserstaats, das Wohl der Völker Oesterreichs auf dem Spiele? — Beides hätte Manche jener Kreise nicht berührt, am wenigsten beunruhigt und erschreckt: Kaiser Ferdinand aber hatte das Entsetzliche, das niemals zu Vergebende gethan, er hatte einigen Herren und Damen vom niederen Adel, welche „die erforderlichen Ahnenproben nicht abzulegen vermochten, jenen den Kammerherrnschlüssel, diesen den Zutritt in die äußeren Kreise des Hofes, die Appartementsfähigkeit, mit Nachlassung der Ahnen ertheilt.“ Es liegt zu Tage, daß diese Unterschriften durch „Ueberraschung erschlichen wurden,“ so war die Klage der höchsten Hofwelt. — „Sie sind durch Mitwirkung eines Kammerdieners der Herzensgüte des Kaisers entlockt,“ sagten die Einen. „Sie sind in einem Augenblicke der Zerstreuung von ihm erlangt worden,“ sagten die Andern. —

Es konnte von der Diplomatie und sachkundigen Menschen nicht *geläugnet* werden, daß der Kaiser hier, „ohne die Sache vorher durch Behörden gehen zu lassen,“ als anerkannter absoluter Herrscher in seinem vollen Rechte gehandelt hatte; ja jeder constitutionelle Fürst hatte in solchen Sachen Niemand zu fragen als sich selbst; und was hätten die großen deutschen Kaiser, was hätten die großen deutschen Landesfürsten gesagt und gethan, wenn ein menschliches Wesen sich unterfangen hätte, ihnen hierin etwas vorschreiben zu wollen? — Darum sagten die Minister, Metternich, Colowrat und Sedlnitzky und mit ihnen Erzherzog Ludwig, das Vorgegangene, an sich gleichgültig, habe durchaus keine geringe Wichtigkeit insofern, als es darthue, „daß die Güte des Monarchen auf solche Weise mißbraucht werden könne, und daß daher spätere Versuche, die kaiserliche Entscheidung auch für weit wichtigere Dinge durch Ueberraschung sich zu verschaffen, gewiß nicht ausbleiben würden.“

So erzählt der schweizerische Geschäftsträger Effinger sowohl das, als was folgte.*

* Effinger, Bericht vom 14. Januar und vom 21. Februar 1836 bei Adolph Schmidt a. a. O.

7. Der Regentschaftsrath. Metternich's höchste Machtblüthe. Die Parteien am Hofe.

Des herzguten Kaisers Verletzung der Hofetikette hatte eine Art „Palastrevolution" zur Folge, zunächst zwar nur im ersten Grad einer solchen Revolution.

Die Diplomaten flüsterten unter einander, „eine vorbeugende Veranstaltung dürfte unerläßlich sein, wenn eine ordnungsmäßige Regierung auf die Dauer möglich sein solle." —

So war am Faden einer Etikettefrage das eingefädelt, was einen Kaiser zwar für jetzt noch nicht des Thrones, aber der Regierung entsetzte; die Damen und ihre Herren fürchteten die Etikette-Verletzungen, und die Minister und Erzherzog Ludwig beuteten diese Hofdamen- und Hofherrenfurcht gerne für sich aus, um sich darauf die Alleinherrschaft aufzubauen. Die „Hauptpersonen" der kaiserlichen Familie und die „Hauptminister" verständigten sich mit einander dahin, eine „Regentschaft" einzusetzen, und dazu entweder den Kaiser zu einer freien Zustimmung zu veranlassen, oder sie ihm aufzunöthigen.

So bildete sich eine neue Form der Staatsconferenz, eine Art von „Regentschaftsrath," aus Metternich, Colowrat und Erzherzog Ludwig. Beigegeben war der Bruder des Kaisers, Erzherzog Franz, der muthmaßliche Thronfolger; Graf Nadasd, Staatsminister für die ungarischen Angelegenheiten; und je nach Maßgabe der Geschäftsgegenstände sollten andere Staatsminister und Staatsräthe, als „zeitweilige Mitglieder" hinzugezogen werden dürfen. In diesem Regentschaftsrath gab es aber nur drei entscheidende Stimmen: Metternich, Colowrat, Erzherzog Ludwig, der das zweite Ich des Kaisers darin vertrat, formell den Kaiser selbst. Denn „je nach den Umständen war er es, welchem die Stellvertretung, die Regentschaft oder Mitregentschaft zufiel." Erzherzog Franz und die Andern hatten keine entscheidende, nur eine berathende Stimme darin.

So waren es diese Drei allein, welche in Fragen der innern und äußern Politik die höchste und letzte Entscheidung hatten, und eigentlich regierten. Denn unter ihnen standen die verschiedenen Sektionen des Staatsraths, die Finanzen, das Innere, die Justiz u. s. w., und sie hatten „den Kaiser zu vertreten, wenn Unwohlsein ihn hindere, sich mit den Regierungsgeschäften zu befassen."

Unter den Dreien aber war Metternich wieder thatsächlich der Regent. Er leitete von nun an die Monarchie, und besonders nach Außen war er jetzt weit mächtiger und angesehener, als zur Zeit des Kaisers Franz. Jetzt hatte er Niemand mehr über sich, unter dessen Einwirken oder Bedenken seine Gedanken gestanden wären; und von den Zweien, die er neben sich hatte, war Erzherzog Ludwig auf Seiten der politischen Ansichten Metternichs im Allgemeinen, und in einzelnen Fällen wußte der Staatskanzler „sich geschickt mit dem Erzherzog zu einigen, um jeder Zeit des Uebergewichts im Regentschaftsrath sicher zu sein" gegenüber von Colowrat. Erzherzog Ludwig ertheilte zwar häufig statt des Kaisers Volksaudienzen, wenn solche nachgesucht wurden, und dem Anschein nach hatte er, gestützt von sämmtlichen Mitgliedern der kaiserlichen Familie, „welche nicht gerne zwei Minister fortdauernd fast unbeschränkt an der Spitze der Geschäfte wissen wollte," eine noch hervorragendere Stellung, als vorher; aber nur dem Anscheine nach, nicht in Wirklichkeit.

Dieser arbeitsame und in Geschäften ergraute, gewissenhafte Mann, wiewohl ganz ein Mann des „hergebrachten Systems" und der „Gesellschaft des Alten," war doch zu alt, um Alles so zu überschauen wie Metternich, und ließ des Staatskanzlers „Erfahrung und diplomatische Talente sein eigenes Urtheil überwiegen." Er ließ demselben allen Spielraum; er trat bei abweichenden Ansichten zwischen Metternich und Colowrat fast stets auf die Seite des Ersteren. Daß „in wichtigsten innern Fragen zuweilen Metternichs Einfluß sich doch an den Bedenken des Erzherzogs Ludwig gebrochen habe," ist eine Voraussetzung, welcher gar keine Thatsache zur Seite steht. Weder Metternich noch der Erzherzog haben jedenfalls irgend eine freisinnige Maßregel für das Innere Oesterreichs je angeregt, geschweige, daß sie wegen des Freisinns einer Maßregel in Widerspruch mit einander gerathen wären. Beide drückten vielmehr mit ihrem Anhang auf Colowrat, der volksbeliebt war, weil er auf jede Besoldung verzichtete, und weil er allen Andern gegenüber wenigstens bis auf einen gewissen Grad freisinnig über Inneres und Aeußeres dachte, und auch so zu handeln suchte.

So gewaltig von nun an die Macht und der Einfluß Metternichs in Oesterreich überwog; so ist er doch auch von jetzt an nicht alleinschuldig an Allem. Kein Staatsmann mit Ideen, also kein Geist, war Metternich doch klug, und hatte ein scharfes Auge und ein feines Ohr für die Menschen um ihn her, Eigenschaften, welche an ihm erst

kurz vor seinem Sturz abnahmen und schwach wurden. Mit diesen Fühlhörnern des Diplomaten und des Hofmanns fand er heraus, daß es gut und rathsam für ihn sei, sich von jetzt an selten, und niemals lange, aus der Nähe des Hofes zu entfernen, weil er jetzt nicht mehr, wie bei Kaiser Franz, des Monarchen ganz sicher war gegen alle Erzherzoge, Erzherzoginnen und den gesammten weltlichen und geistlichen Hof.

Bei dem Volke, vor welchem der Regentschaftsrath eben so wie nach Außen geheim gehalten wurde, blieb der Kaiser überaus beliebt. Unbeliebt beim Volke war sein Bruder Erzherzog Franz. Immer mehr verbreitete sich im Volke die Befürchtung, „wenn Franz und die Erzherzogin Sophie auf den Thron kämen, so würden die Jesuiten vollends Herren in Oesterreich." Franz, wie sie, stand der Geistlichkeit möglichst nahe; und sie „sprach," wie der schweizerische Geschäftsträger berichtet, ihre Vorliebe für den Absolutismus „schroff aus," ja „sie überbot den der österreichischen Regierung eigenthümlichen conservativen Geist bei Weitem." Zum Erzieher ihres ältesten Sohnes Franz Joseph, des muthmaßlichen Thronerben in zweiter Linie war Graf Bombelles seit 1836 gewählt, allbekannt durch seine „Hinneigung zu allzu engen religiösen Grundsätzen," wie es der schweizerische Diplomat bezeichnet. Fünfzehn Jahre war Franz Joseph, der jetzige österreichische Kaiser, alt, als Effinger im Jahre 1845 an seine schweizerische Regierung schrieb, der Prinz sei „sehr religiös erzogen;" indessen, „obwohl sehr religiös, sei er doch vortrefflich und im Sinne der Zeit zur Selbständigkeit und Selbstthätigkeit erzogen, und wecke durch Geistesanlagen, stolzes Ehrgefühl und seltenes Geschick zu den seinem Alter angemessenen militärischen Uebungen — frohe Hoffnungen für die Zukunft."

Durch diese religiöse Erziehung, und so frühe, bereitete die „kirchliche Partei" in Oesterreich — das österreichische Concordat vor.

Zugleich zeigte sich am Hof und weiter hin, wie die Aristokratie der Bureaukratie den Vorrang ablief. Das war die „militärische" Partei, so weit sie nicht zur „kirchlichen" Partei gehörte. An der Spitze der militärischen Partei stand der Generaladjutant des Kaisers Ferdinand, Graf Clam. Mit dieser Partei befreundete sich Metternich sehr; doch starb Clam schon im Jahre 1840. Wie Metternich auf die Militärpartei, stützten sich die „geistreiche und liebenswürdige Erzherzogin Sophie," wie der Schweizer-Diplomat sie nennt, ihre Schwester

die Kaiserin Mutter, und die Erzherzoge von ihrer Gesinnung auf die kirchliche Partei. Sie vertrat den Absolutismus in seiner äußersten Härte und Starrheit.

In diesem Kreise lächelte man darüber, daß Reformen an der Zeit und das einzige Mittel seien, um Gefahren vom Staat abzuwenden; eine Ansicht, wie sie der Freiherr von Pillersdorf äußerte. Man war vielmehr der Ueberzeugung, Zugeständnisse an den Zeitgeist und die Anwendung von Reformen in der Gesetzgebung und in den Einrichtungen der Verwaltung habe man zu scheuen; in Reformen vorzugsweise liege der Grund, daß anderswo Revolution ausgebrochen sei; Reformen in Oesterreich würden die Revolution und ihre Gefahr beschleunigen, unvermeidlich machen. Das war sogar, nach Pillersdorfs Zeugniß, der Glaube des Erzherzogs Ludwig. Colowrat wollte sparen im Staatshaushalt, die bestehenden finanziellen Mißbräuche und Schulden tilgen. Zu sparen war Metternich nicht gewohnt, der Hof auch nicht, die Bureaukratie und die Militärpartei auch nicht. Wofern Metternich überhaupt ein Princip gehabt hätte, das Princip der Sparsamkeit hatte er gewiß nicht; und je mehr zu Tage lag, wie sehr Colowrat nach allen Seiten hin, das für Metternich und Seinesgleichen nicht in Betracht kommende Volk ausgenommen, mit seinem Princip der „Sparsamkeit im Staatshaushalt" sich mißfällig, mißliebig, unbequem und überflüssig machte, desto mehr trat er auf die andere Seite; ja er überwand, um der Erzherzogin Sophie und dem Hofe zu gefallen, seine Abneigung gegen die Jesuiten bis auf einen gewissen Grad: Colowrat war und blieb ein erklärter Gegner der Jesuiten und des Jesuitismus.

So ging die Staatsmaschine fort im alten Geleise. Metternich, Colowrat, Erzherzog Ludwig und andere Hände waren zu schwach und zu uneinig, um sie in die Zeitbahn zu bringen; und ihre Uneinigkeit schadete noch mehr als ihre Schwäche, sagt Graf Fiquelmont, derjenige Mann, der im Falle des Abtretens Metternichs zu dessen Nachfolger von der herrschenden Partei bestimmt war.

Immer mehr erkannten selbst den drei Männern des Regentschaftsraths sehr nahe stehende Staatsmänner, daß es mit dem System nicht mehr gehe. Nicht bloß Colowrat gab diesen Männern recht, sondern auch Metternich hatte öfters ein unheimliches Gefühl davon, daß es nicht an den Völkern, sondern am System, an der Staatsmaschine, und an denen, die an der Maschine arbeiteten, liege, wenn der Kaiserstaat sich nicht wohl fühlte, stille stand, während Alles ringsum

sich bewegte; rückwärts ging, während ringsum so Vieles vorwärts ging.

Aber Metternichs durch gränzenlose Schmeichelei und durch Glück verzogene und übergroß gewordene Eitelkeit machte ihn gleich wieder blind und ließ ihn die Lage der Dinge von einer andern, der falschen Seite, sehen: er sah nicht in sich und Andern, nicht im System und im Staatsmechanismus die Kranken, nicht in den leitenden Personen solche, welche weder für die Bedürfnisse der Völker und Länder, noch für ihr Jahrhundert, für den Geist der Zeit ein Verständniß hatten, nicht im System das Unzeitgemäße und Unpassende, das Grundübel; sondern er sah in den Völkern die Kranken und in sich den großen „Arzt," welcher die Krankheit dieser Völker, d. h. die Regungen des erwachenden politischen Lebens, den da und dort sich kund gebenden Naturschrei der unterdrückten Nationalität, des unterdrückten Rechtes, zu beseitigen habe. „Ich bin ein alter Arzt und weiß die Krankheiten zu unterscheiden," war die Redensart, mit der er sich gerne in den vierziger Jahren vor Diplomaten hören ließ.

Als Oesterreich im Jahre 1848 nach allen Seiten hin aus den Fugen ging, da schrieb Graf Fiquelmont, der schon im Jahre 1840 Staats- und Conferenzminister war, in seinen „Aufklärungen": Das Zusammenkrachen des ganzen Staatsgebäudes ist das Urtheil des Weltgerichts." Er hatte jetzt Alles so vorausgesehen, und vorausgesagt. Ihm hatte man man nicht geglaubt. Denen, welchen „es oblag, für die Erhaltung des Bestehenden zu sorgen", warf er jetzt „Mangel an Voraussicht" vor; sie haben nicht sehen wollen, was allen schon sichtbar gewesen, nämlich, daß es schon lange nicht mehr möglich gewesen sei, eine Veränderung zu vermeiden; daß es aber gar wohl möglich gewesen sei, dieser Veränderung die Form zu geben."

Bei Fiquelmonts Kopf und Kenntnissen, bei Graf Hartigs Begabung und Bildung, welche von Beiden in ihren nachmaligen Staatsschriften klar zu Tage gelegt wurden, ist wohl zu glauben, daß diese Beiden nicht ganz mit Allem innerlich einverstanden waren, was in Oesterreich von Oben geschah. Aber nach dem Jahre 1848 sind überall viele Menschen klüger geworden, als sie vorher waren. Viele Staatsmänner wollten nach dieser Katastrophe voraus gesehen haben, wofür ihnen früher so gut wie Andern die alte Gewohnheit mehr oder minder doch auch das Auge verschlossen hatte; sie wollten

vorausgesagt haben, wo sie ihre amtliche Stellung, Rücksicht und Mangel an dem Muth, welchen nur die politische Freiheit eines wahren Verfassungsstaates gibt, hatten schweigen lassen. Denn nur die Freiheit erzieht Freimüthigkeit, und nur der unabhängige Charakter des sittlichen Menschen erhebt sich zur rücksichtslosen Wahrheit. Wo Beides nicht ist, da kommt es höchstens zu einem Drumherumreden, oder, wie es in der Regel geschieht, man läßt die Sachen gehen, wie sie eben gehen.

VI. Aenderung des öffentlichen Geistes in den österreichischen Staaten.

1. Die deutsch-österreichischen Lande. Bücher-Polizei und Censur. Die Opposition in den Ständen und der auswärtigen Presse.

Weder Metternich noch Sedlnitzky, weder der politische „alte erfahrene Arzt," noch der „Allerweltsspion," hatten zu verhindern vermocht, daß der Geist der Zeit im Stillen dem schlafenden Oesterreich die Stirne berührte, es weckte, und da und dort Licht anzündete.

Schreiben durfte Niemand, was und wie er dachte: Censur und Gefängniß hinderten das. Fünf Sechstheile der Zeitschriften und Bücher Europas waren in Oesterreich verboten, selbst solche Schriften, welche geborene und in Oesterreich lebende Oesterreicher ohne Namen, oder unter anderem Namen, außerhalb Oesterreichs hatten drucken lassen. Zwar gegen Geld und einen polizeilichen Erlaubnißschein hatten Leute von Stand, Leute, denen man vertraute, sich immer das verbotene Ausländische verschaffen können. Solche Käufer, wußte man, waren nicht gefährlich. Der Gesammtbevölkerung nur sollte, das Verbotene zu lesen, unmöglich sein.

Wie der alte Polyphem in seiner Höhle die Gesellen des vielgewandten aber erfindungsreichen Odysseus verschlang, so verschlang Sedlnitzky, Zeitungen und Bücher vernichtend, die Erzeugnisse des

neuen Geistes; ja er „träumte von einem allgemeinen Büchermord;“ ein gewisser Kankofer bot sich ihm als Gedanke und Hand dazu an, die Literatur vom österreichischen Boden zu vertilgen. Jesuitismus und Absolutismus hatten schon lange solche Werke, welche deutsches Nationaleigenthum geworden waren, in lächerlichen Veränderungen, in schändlicher Verstümmelung, auf die Bühne und in den Druck gebracht.

Die Censur wüthete in Oesterreich so, daß, was Geist und Gabe zu schreiben in Oesterreich hatte, einen Protest gegen das Verfahren der Censur gemeinsam an den Erzherzog Ludwig einreichte.

Ludwig las die dargelegten ungeheuerlichen Mißbräuche und Ausgriffe, welche die Censoren sich erlaubten, mißbilligte sie für sich und legte die Eingabe zu den anderen Akten, welche über Mißbräuche in der Staatsverwaltung eingekommen waren und Abhülfe erwarteten. Es blieb beim Alten hiebei, gerade wie beim öffentlichen Unterricht, welcher auf der niedrigsten Stufe stand, und für dessen Hebung man neue Studienplane berieth, deren Berathung zuletzt damit endete, daß nichts davon ins Leben trat, und daß für den Unterricht und für dessen Hebung — die Jesuiten eingestellt wurden.

Der Geist aber aus Deutschland, Frankreich und England kam dennoch tief-still und geheim nach Oesterreich herein, durch die Industrie der Buchhändler, welche theils selbst freisinnig, theils weil sich gute Geschäfte damit machen ließen, das Verbotene einschmuggelten, und durch den Widerstand gegen diese Polizei- und Censurbevormundung, der sich sogar der Gerichte bemächtigte. Selbst in Wien sprachen die Gerichte einen Buchhändler, welcher des Besitzes verbotener Bücher überwiesen war, durch Dehnung der Gesetzauslegung frei.

Man fing in Oesterreich an, politisch zu denken, politische Poesie und politische Prosa zu schreiben.

Wurde diese auch auswärts gedruckt, so war sie doch innerhalb Oesterreichs entstanden. Graf Auersberg, unter dem Namen Anastasius Grün, Nikolaus Niembsch unter dem Namen Lenau, Frank, Franckl, Moriz Hartmann, Joseph Rank, Vogl, und eine Reihe anderer freisinniger Oesterreicher gebrauchten ihre ausgezeichnete Begabung, durch poetische Erzeugnisse auf Oesterreich zu wirken. Staatsmännisch-praktische Schriften über Finanzen, Verwaltung und national-ökonomische Zustände Oesterreichs folgten. Am meisten Aufsehen machte unter den letztern Schriften, und zwar

nicht bloß, weil sie die erste der Zeit nach war, die Schrift: „Oesterreich und dessen Zukunft," welche im Jahre 1843 zu Hamburg gedruckt wurde, ohne Namen des Verfassers. Derselbe war der Freiherr von Andrian-Werburg, aus einem alten österreichischen Adelsgeschlecht, das angesehen und bedienstet war an den Höfen von Wien und München.

Die letztere Schrift verlangte einen Neubau des österreichischen Staates, und zeichnete sogleich den Grundriß dazu. Das neue Oesterreich wollte er aufgebaut wissen auf eine kräftige Volksvertretung und auf ein Oberhaus für den begüterten Adel, auf durchgreifende Reformen in allen Verhältnissen. Dann zeichnete er, was Oesterreich, auf ein solches gewähltes Volkshaus und Oberhaus neubegründet, als europäische Großmacht nach Außen zu thun habe.

Diese Schrift des freisinnigen Aristokraten, welcher sich an englischer Staatsgeschichte gebildet hatte, wirkte weit und tief in den altösterreichischen Landen, namentlich auf die ständische Opposition. In Böhmen, Mähren, in Niederösterreich und in andern deutschen Provinzen wurde diese Schrift von der Opposition sich angeeignet; ihre Grundzüge bildeten das Wesentliche der neuen Wünsche und Bestrebungen derselben. Eine andere Schrift, unter dem Titel „Oesterreich im Jahre 1840," zu Leipzig im Druck vollendet im Jahre 1843, von einem „österreichischen Staatsmann" hatte zwar auch das Vorwärts in der Fahne, aber der Verfasser erwartete von Metternich eine „glückliche Entwirrung der sich vorbereitenden Kämpfe!"

Sein Auge war, wenn auch nicht schärfer, doch nicht so von sich selbst und von seiner Umgebung verblendet, als das Metternichs. Es war zugewandt nicht den Höfen bloß und den Salons, sondern den Volks- und Nationalzuständen Oesterreichs. Wenn auch manchmal in Phrasen eingekleidet, war doch auch die Wahrheit sichtbar, und zwar offenherzig selbst in diesem Buche eines sehr loyalen Staatsmanns, und auch seine Worte waren ein Gericht über Vergangenheit und Gegenwart. „Noch vor wenigen Jahren sagte dieser Staatsmann, lagen die verschiedenen Elemente unsers Reiches in einem todähnlichen Schlummer versunken neben einander. Jetzt sind sie erwacht; noch recken sie im stillen unruhigen Kampfe die ungeheuren Glieder; noch ist es Zeit, ihr gänzliches Erwachen in besonnener ruhiger Weise zu regeln und zu lenken."

Die ständische Opposition war zwar vorzugsweise in ihrer Mehr-

heit eine Standesopposition: ihre Wünsche und ihre Kämpfer waren aristokratische. Doch weil es eine Opposition gegen dieses System war, stand die ganze Bevölkerung auf ihrer Seite, so weit diese an öffentlichen Angelegenheiten bereits Theil zu nehmen gelernt hatte; Vorfechter war der niederösterreichische Landtag.

Der erhob sich, „im Bunde mit den böhmischen und mährischen Ständen gegen die Büreaukratie,“ gegen die „beamtenthümliche Partei.“ Sie wollten eine „vom Throne selbst ausgehende Reform“ in öffentlichen und ständischen Verhältnissen durchsetzen, sich gegenüber der Büreaukratie einen festen Antheil an der Regierung sichern.

Gingen die niederösterreichischen Stände auch nur von ihren adeligen Standesinteressen aus, so kamen doch auch allgemeinere Fragen zu eingehender Erörterung, zu kräftigen Vorschlägen. Die Schäden in der Staatsverwaltung wurden aufgedeckt und es wurden Forderungen gestellt. Alle Besseren schämten sich neuerdings durch Polizei und Censur vor ganz Europa öffentlich sich als Unmündige behandelt zu sehen. Die Censur wurde nachgewiesen als ein Widerspruch gegen die Rechte des menschlichen Geistes und gegen den Zweck des Staatslebens. Es war selbst einem großen Theil des Adels das Demüthigende, mit den Bewohnern der deutschen Kleinstaaten in der Freiheit des Geistes nicht in gleiche Linie gestellt zu sein, zum Bewußtsein gekommen. In den Jahren 1843 und 1844 drang der niederösterreichische Landtag auf eine allgemeine Ablösung sämmtlicher Zehenten und Roboten, mit zwei Dritteln seiner Stimmen. Scharf bekämpft wurden die Verzehrsteuer und das Stempelpatent, als ungerecht und schwer drückend.

Das waren ins Volk tief eingreifende Sachen, und darüber übersah das Volk leicht, daß ein Ausschußbericht des Landtags den Ankauf eines ständischen Gutes durch Bauern als unstatthaft anfocht.

Die böhmischen Stände drangen auf „Gleichberechtigung und Wahrung des zechischen Nationalelements.“ Der böhmische Adel auf dem Landtag hatte das richtige Gefühl, daß es galt, im Volk einen Halt und einen Bundesgenossen zu suchen. Der böhmische Landtag wies das Zweckwidrige der biherigen Einrichtungen nach, daß die Städte auf dem Landtage durch die ihnen vorgesetzten landesherrlichen Beamten vertreten wurden, und verlangte eine Aenderung des unpassenden Brauchs. Die böhmischen Stände waren es auch, welche

zuerst wieder die Finanzcontrole der Regierung gegenüber geltend machten, und an den Steuerumlagen strichen.

Die „Stände“ hatten so lange nur noch zum Scheine bestanden: dieses kecke Zurückgreifen auf alte Rechte machte den Regentschaftsrath zu Wien bedenklich. Hier waren die Stände rührig, dort regte sich die Bevölkerung, voll Sympathie für die Stände. Die Regierung suchte durch zwei Zugeständnisse Volk und Stände zu geschweigen. Zu dem Härtesten, was auf Volk und Land drückte, gehörte die vierzehnjährige Militärdienstzeit. Schon lange verlangte das Volk Abkürzung dieser Dienstzeit, allgemeine Militärdienstpflicht, also Aufhebung der Befreiungen des Adels, und Einführung der Loosziehung. Im Jahre 1845 setzte nun die Regierung wenigstens die Dienstzeit für die Tage des Friedens auf acht Jahre herab. —

Zu gleicher Zeit wurde dem niederösterreichischen Landtag ein wesentliches Zugeständniß gemacht. Die Landtage hatten das Recht, jedes Jahr zusammen zu treten, sobald die Ausschüsse mit ihren Berichten bereit waren; aber die ganze Versammlungszeit eines Landtags war bisher — auf eine einzige Sitzung beschränkt. Dadurch war die ständische Berathung und Beschlußnahme für die Neuzeit, in welcher die Sachen nicht mehr so einfach und so leicht überschaulich lagen, oft in den wichtigsten Fragen ohne Gründlichkeit, ohne Kraft und Nachdruck: die Zeit war allzukurz für Sache und Zweck. Seit den letzten Jahren hatten die Stände auf eine solche Zahl von Sitzungen gedrungen, wie sie die Geschäftserledigung nöthig mache. Alles war ohne Erfolg geblieben. Jetzt wurde auf einmal dem erneuten Andringen des niederösterreichischen Landtags von der Regierung in diesem Punkt nachgegeben. Nun erhielten die Sitzungen und Verhandlungen der niederösterreichischen Stände Bedeutung, wie sie nie da gewesen war, erstens durch die Theilnahme der aufmerksamen Wiener, zweitens durch das eben damit gesteigerte Selbstbewußtsein der Stände. Die letztern erhoben sich zur Wiederaufnahme ihrer „urkundlichen Berechtigung;“ vorerst zwar nur in einem einzigen Fall.

Daß das bisherige Spielzeug zur Waffe werden wollte, das verdroß, das entrüstete den Regentschaftsrath.

Eine Abordnung der Stände, welche für die Herabsetzung der Militärdienstzeit dem Kaiser eine Dankadresse überreichen sollte, wurde nicht vorgelassen. Das ständische Lesekabinet, worin die Mitglieder der Ständeversammlungen ihre Besprechungen und Vorberathungen hielten, wurde sofort geschlossen, auf Befehl der Regierung. Stände

und öffentliche Meinung aber äußerten sich in solcher Weise, Wien nahm eine solche Physiognomie an in diesem Sommer 1845, daß der Regentschaftsrath den Befehl widerrief. Es war das erste Zurückweichen Metternichs vor der öffentlichen Meinung, aus Furcht; das erste Sichunsicherfühlen und Schwanken der Regierung gegenüber von dem neuen Geiste, der hier in Wien, zwar in conservativster Form, aber mit dem vollen Bewußtsein alturkundlicher Berechtigung hervortrat als „ständische Opposition," gestützt auf die „öffentliche Meinung." —

Die letztere wurde überall im Kaiserstaat, so weit man deutsch verstand, vorzüglich auch durch die verbotenen und doch überall Eingang findenden deutschen Zeitschriften bearbeitet, in welche gerade die freimüthigsten und geistreichsten Oesterreicher über das öffentliche Leben ihrer Heimath schrieben, und in welchen diese ihre eigenen Wünsche und Gedanken, ihre Klagen über Mißbräuche, ihre Forderungen zeitgemäßer Reformen nach Oesterreich hineinwarfen. Die Wirkung war um so größer, weil sie von Außen herkam, und weil es etwas Verbotenes war, was man las.

Diese Correspondenzen der auswärtigen Zeitungen waren um so schärfer und bitterer, weil dem österreichischen Geist und Witz in der einheimischen Presse das Schloß an den Mund gelegt war. Auch die Stände wurden nicht eingeschreckt, sondern bitter durch das Benehmen der Regierung; das Stirnrunzeln der hohen Herren hatte selbst in Oesterreich die frühere Wirkung nicht mehr. Die niederösterreichischen Stände sagten offen in ihrer Landtagserklärung, „den Landtag müssen die Gefühle der tiefsten Bekümmerniß erfüllen, wenn derselbe fortwährend sehe, wie seine dringendsten Bitten und Vorstellungen in Angelegenheiten so gar nicht beachtet werden, welche das Lebensinteresse der Stände berühren, oder welche sie in die Lage setzen, ihrem Berufe gemäß Hülfe zu leisten und gemeinsam mit den Regierungsorganen das Wohl des theuren Vaterlandes zu fördern. Der regste Eifer müsse erlahmen an dem tödtenden Gefühle, daß der beste Wille keine Geltung finde."

In den Kreisen der Regierung und des Hofes fertigte man unter sich die Stände mit der in Oesterreich seit Jahrhunderten famosen Bezeichnung ab: „Malcontenten!" — Malcontenten hießen die Aufständischen in Böhmen und Ungarn seit dem dreißigjährigen Kriege; es war ein milderer Ausdruck statt „Rebellen." Die Regierung nahm einen hochfahrenden Ton an, den Ton Rochows, die Tonart des

preußischen Hofes. Man wollte am Wiener Hofe in der „Zurechtweisung“ der Stände hinter dem preußischen nicht nur nicht zurückbleiben, sondern ein Muster für dieselbe sein. Neben den öffentlichen Zurechtweisungen wurden insgeheim „nachdrückliche Verweise“ einzelnen Mitgliedern der Stände gegeben.

Sedlnitzky spionirte zwar noch eifriger nach verbotenen Schriften bei den Buchhändlern und nach „verbotenen Schriftstellern;“ die Beschlagnahme Eines Exemplars hatte aber nur zur Folge, daß um so schneller Hunderte eben dieser mit Beschlag belegten Schriften von Hand zu Hand gingen. Das schärfte nur die Neugier der Frauenwelt selbst der conservativsten Kreise, geschweige anderer; schärfte die Aufmerksamkeit und die Leselust besonders der Kreise des Fortschritts. Und als die Opposition der Stände sah, daß die Regierung schwankte, daß sie denn doch nicht wagte, ihr den alten „Rechtsboden zu schmälern oder gar zu entziehen,“ und so den Kampf auf diesem Gebiet abzuschneiden: so gingen die Stände muthig weiter.

Sie waren hinausgewachsen über die bisherigen Gegenmittel der Regierungsärzte. Sie stellten Forderungen auf etwas in Oesterreich Unerhörtes: auf die Veröffentlichung des Staatshaushaltes. Sie forderten das alte ständische Recht zurück, „in allen wichtigen Landesangelegenheiten ihren ständischen Beirath zu ertheilen,“ ohne welchen darin früher in guten Zeiten nichts geschehen war und rechtlich nichts geschehen durfte. Sie forderten, sie, die Stände, bis jetzt lauter Herren von Adel, — eine angemessene Vertretung des Bürgerstandes auf den Landtagen.“

Unbeirrt durch spöttliche Bemerkungen der herrschenden Gesellschaft, brachten sie die „verfassungsmäßigen Rechte der Stände“ in eine Urkunde, obenan gerade die, welche die Regierung außer Uebung gesetzt hatte, und welche gerade die wichtigsten waren; eben so machten sie eine neue „Wahl- und Geschäftsordnung.“ Ultramontane, Büreaukraten, Damen und Herren am Hofe witzelten über diese neue österreichische „Charte,“ über das neue „Parlament,“ und die neue „Constitution.“ Als die Stände ihren Entwurf vorlegten, strich die Regierung alle die Absätze, welche sich auf die außer Uebung gekommenen ständischen Rechte bezogen, und Alles, was in der Wahl- und Geschäftsordnung neu war.

Der niederösterreichische Landtag drang nur um so beharrlicher auf die Ablösung der Grundlasten, legte den Entwurf zu einer ständischen Kreditanstalt vor und forderte eine gründliche Reform des

Gemeindewesens. Verzehrungssteuer, Stempelpatent wurden fortwährend angegriffen, eine billigere „Steuerumlage" verlangt, Abhülfe „der bedrängten" Verhältnisse der arbeitenden Klassen, und in Verbindung damit eine allgemeine Einkommenssteuer begehrt.

Das letztere Begehren entrüstete weithin alle Leute von Einkommen, und zwar nicht bloß die Büreaukraten. Der Landtag aber wies fest darauf hin, daß man der Noth der arbeitenden Klasse abhelfen müsse, wofern man „die Gefahren einer zufälligen Entbindung der Leidenschaften beseitigen wolle; denn der Lohnarbeiter, jetzt noch das nützlichste Werkzeug in der Hand einer weisen Staatsverwaltung, könne leicht durch Elend und Verzweiflung augenblicklich zum ärgsten Feinde der Ordnung und Sicherheit umgestaltet werden."

Die Regierung war in dem Theurungsjahr 1844 selbst voll Besorgniß vor „Arbeiterunruhen."

Im Juli brachen solche in Reichenberg und Prag aus, und die Regierung fürchtete ähnliche Ausbrüche in den Fabriken Wiens und der Umgegend; für jetzt noch ohne Noth. Besser aber wäre es gewesen, wenn man, wie das in Preußen geschah, dadurch veranlaßt worden wäre, nach Mitteln und Wegen zur Abhülfe der Noth sich umzuthun, statt, was in Oesterreich allein geschah, „in aller Stille militärische Vorsichtsmaßregeln zu treffen, und eine große Zahl von verdächtigen Individuen zu entfernen."

Noch jetzt sogar war man am Wiener Hofe so weit zurück, daß man mit der Polizei auszureichen wähnte, wo allein praktische Abhülfe einer volksfreundlichen Staatsweisheit vorbeugen konnte. Ein Staatsmann hat gesagt, der Absolutismus sei um diese Zeit in Oesterreich „kindisch" geworden; andere sagten, er sei „stumpfsinnig" geworden.

Ganz eigenthümlich liest sich's freilich, daß der Regentschaftsrath zu Wien von der Hofpartei sich bestimmen ließ, den Karlisten nach Spanien, den Jesuiten und dem Sonderbund in der Schweiz mehrere, für Oesterreich selbst doch so unentbehrliche Millionen Gulden heimlich zu schicken; eine Geldvergeudung, welche dort nichts nützte und in der österreichischen Heimath schadete, indem sie die Unzufriedenheit vermehrte.

2. Das österreichische Italien; Galizien.

Gerade weil der Kaiserstaat Oesterreich aus vielen und höchst verschiedenen „Nationalitäten" zusammengesetzt ist, war die einzig richtige innere Politik, die nationalen Gegensätze nebeneinander bestehen zu lassen, sie zu bilden und zu leiten, ja sie vergessen zu machen durch ein gehobenes Staatsleben des Ganzen, durch solche Gesetze und Einrichtungen, und durch eine solche Regierungsart, unter welchen die eine wie die andere Nationalität sich frei und wohl gefühlt hätte. Wo man Freiheit beläßt oder gibt, wo man Herkommen und Sitte eines Volkes achtet, und dabei die äußere Wohlfahrt fördert: da wohnen noch so viele Nationalitäten leicht unter Einem Hut.

Die italienischen und polnischen Lande waren von Anfang an tiefverstimmt, daß man sie von Denen, mit welchen sie durch Blut, Sitten und Sprache ursprünglich und naturwüchsig zusammen gehörten, gewaltsam abgerissen und an Osterreich gegeben hatte, durch diplomatische Federstriche.

Völker mit Nationalgefühl lassen sich nicht ungestraft, wie eine Schafheerde, von einer Hand in die andere verhandeln. Die Uebermacht vermag wohl auf die Zeit die Natur in einem Volke zurückzudrücken, aber nicht zu unterdrücken, nicht auszutreiben. Sie bricht bei jedem Anlaß wieder hervor.

Noch war nichts geschehen, durch persönliche Maßregeln und Verbesserungen diese Lande zu beschwichtigen. Vielmehr, das ist die alle entgegengesetzte Ruhmrednerei niederschlagende Thatsache, noch mehr, als in den andern österreichischen Landen, war die Regierung in Italien und Galizien eine „arge Mißregierung." Um die öffentliche Meinung daselbst zu gewinnen, geschah fast nichts; um sie abzustoßen, ja um sie tödtlich zu verletzen, geschah viel.

Metternichs Politik spielte verächtlich mit Italien. Weil ihm vor Jahrzehnten so leicht gelungen war, die Revolution von Neapel und Piemont, die unvorbereitet, ohne die nöthigen Mittel angefangen worden waren, zu unterdrücken; weil er damals dem Kaiser Alexander triumphirend zugerufen hatte: „Da haben Sie, was eine Revolution ist, die bei Zeiten gefaßt wird"; weil er die Italiener uneinig, die einzelnen Staaten und Stämme sich gegenseitig anfeinden, bespötteln, ja verhöhnen und verachten sah: darum verachtete er alle Italiener

von oben bis unten, und sprach das Wort: „Italien ist ein bloßer geographischer Begriff.“

Im Uebermuthe dieser Verachtung und in der grenzenlosen Eitelkeit, mit der er sich für den größten Staatsmann der Welt hielt, übersah er die große Umwandlung, die sich in Italien sehr rasch vollzog, übersah er, daß in den vierziger Jahren der nationale Gedanke, die Idee der politischen Einheit Italiens, durch die ganze Halbinsel herrschend geworden war, und Italien aufgehört hatte, ein „bloßer geographischer Begriff“ zu sein, und daß es über den Begriff Metternichs und des Wiener Hofes weit hinausgegangen war.

In den vierziger Jahren schon war die ganze Mittelklasse Italiens in eine so rasche Reife der politischen Anschaunng eingetreten, daß diejenigen, welche das Land früher jahrelang hatten kennen lernen, ganz überrascht vor dem Umschwung bei ihrem Wiederbesuch standen, und sich fragten, ob das dasselbe Land, ob das dieselbe Bevölkerung sei. So sehr sahen sie nicht bloß den Adel, sondern den ganzen Mittelstand sich an der Politik betheiligen, ja Viele in den untern Schichten des Volkes.

Entzündbarer und aufflammender ist der Italiener als der Deutsche; der Erstere in Fragen des Lebens der Mehrheit nach viel gescheidter, lebensklüger, als der Letztere; blitzschnell erkennt der Italiener, was der Deutsche langsam lernt; der Deutsche ist der Sohn der Schule, der Italiener der Sohn des Lebens. Italien war einst das Land der That neben dem Wissen, Italien war dann lange — nicht ein Todtenacker — aber der blumengeschmückte Sarg einer schönen Leiche. Jedoch das todte Gebein fing an sich zu regen, und der Geist der Zeit war Gottes Hauch, der das Todtengebein neu belebte.

Metternich aber lächelte, wenn er es sah — meistens übersah er es — wie das Todtengebein unter dem Luftstrom des neuen Geistes sich regte, wie die Leiche aufzuleben Anstrengungen machte. — Er lächelte; es war ja keine Nation, es war ja für ihn nur ein „bloßer geographischer Begriff.“ Für seine Staatsklugheit war er gar nicht vorhanden, der lebenbringende Geist, der endlich einmal auch dieses Knochenfeld durchwehte; für ihn war sie nicht da, die Macht des Lichts, die auch auf diesem Boden von innen und von außen wuchs, und vor welcher, je mehr sie zunahm, die Macht der Finsterniß und des Absolutismus an Kraft abnahm.

Zu Wien war zuerst der Grundsatz aufgestellt und durchgeführt worden, zu Gunsten des Absolutismus der Fürsten gegen die

Freiheit der Völker mit den Waffen in der Hand zu „interveniren." Metternich war verurtheilt, zu sterben unter dem Siegesdonner der Kanonen, der von Italiens Feldern herüber rollte, und unter dem sein eigenes Princip der „bewaffneten Intervention," das er für den Absolutismus erfunden und gehandhabt hatte, mit schrecklicher Vergeltung sich gegen den Absolutismus, gegen Haus und Hof Oesterreichs gewendet hatte, und die „Selbstbestimmung der Nationalitäten" verfocht. —

Noch heute rächt sich jeden Tag an Oesterreich selbst das System, das von Wien aus gegen Italien geübt wurde; es rächt sich die Füllung der Kerker mit Italienern und Polen, die für ihre Nationalität eiferten. In Galizien, in den polnischen Landestheilen Oesterreichs stimmte gerade dieses System den polnischen Adel zur Theilnahme an der großen polnischen Adelsverschwörung, welche von Krakau aus über das russische, preußische und österreiche Polen still und langsam ihre Fäden zog.

3. Der Panslavismus. Der Magyarismus. Kossuth.

In Ungarn trat die national-politische Bewegung der „magyarischen Patrioten," in Böhmen und in andern deutsch-slavischen Erblanden traten die slavischen Bestrebungen, zunächst mehr national-literarischer Art, immer stärker zu Tage.

Das Streben der slavischen Stamm- und Sprachgenossen, sich zur Gegenseitigkeit zu verbinden, eine Einheit aller slavischen Stämme zu Stande zu bringen, lag zwar in der Luft der Zeit, in welcher die zerstückten Nationalitäten überall neu belebt zuckten und nach Wiedervereinigung zu einem Leibe den Drang in sich fühlten; aber sehr befördert wurde das seit lange durch die „materielle Noth," durch die „pedantische deutsche Verwaltung in Civil und Militär," und durch das Schmerzliche des Nachhalls der nationalen Vergangenheit, welches der Contrast der Gegenwart jeden Tag schärfte.

Wie die Deutschen der mancherlei Herrenländer nach „politischer Einheit" sich sehnten und rangen, vertreten durch ihre vorragenden Geister: so war es bei den Slaven.

Sie schauten aus nach einer „großen slavischen Zukunft;" sie hofften deren Blüthe, und glaubten an den Eintritt derselben, unter Begünstigung von Verhängnissen und politischen Ereignissen, welche sich im Laufe der Jahre entfalten und gestalten würden.

Die Slaven Oesterreichs, unter sich selbst zertrennt und durchschnitten von Deutschen und Magyaren, und zerstreut wohnend in Böhmen, Mähren, Kärnthen, Krain, Dalmatien, Kroatien und Ungarn, wandten, im Gefühl ihrer eigenen Unmacht, das Antlitz ihrer Hoffnung nach dem Osten, nach Rußland, dem großen Vertreter des Slaventhums als europäischer Macht. Das slavische Rußland aber war zugleich der Vertreter des Absolutismus; der Vertreter eines Princips, das selbst in Metternichs geheimer Vorstellung „keine Dauer, keine Zukunft hatte."

Schon darin zeigt sich, daß diese slavischen Bestrebungen mehr eine poetische Träumerei waren, als politischer Verstand; unzeitgemäß, und darum übernächtig, weil sie dem Geist in der Zeit abgewandt waren. Schon darum fand sie Metternich mit Recht nicht gefährlich; ja die hierarchische Partei fand dieses Slaventhum Oesterreichs recht geschickt und passend, mit seiner blinden „specifischen Glaubenskraft" zum Werkzeug und zur Waffe zu werden gegen die Neigungen und Strebungen des neuen Geistes, der sich in den andern Theilen des Kaiserstaates regte.

Statt mit den Deutschen sich zu verschmelzen, und in Bildung und Politik mit ihnen vorwärts zu gehen, rechneten diese „Panslavisten" nur nach, daß sie einst auf diesem Boden die Herrschenden gewesen, daß sie jetzt noch die Mehrzahl seien, und daß sie darum Anspruch haben, die Herrschenden wieder zu werden. An dieser Einbildung faßte sie die Regierung: diese Nationaleitelkeit war eine Triebfeder, welche sich sehr leicht spannen ließ gegen die andern Nationalitäten, besonders gegen die magyarische.

Die Stellung, welche die „Magyaren" in Ungarn gegen die österreichische Regierung nahmen, war keineswegs so gemüthlich-romantisch, so literarisch und doktrinär, so theoretisch-ungefährlich, wie die Nationalbestrebungen der Slaven in Böhmen, der Czechen. Zwar war das Auftreten der Magyaren für ihre Verfassung, für ihre mittelalterliche „Constitution," zunächst ein conservatives. Sie waren die, welche „das Alte" erhalten wollten, und die österreichische Regierung ging ihnen gegenüber mit „Neuerungen" um. Das Alte in Ungarn war der Constitutionalismus; eine Neuerung in diesem Lande war der österreichische Absolutismus, der sich eindrängen wollte.

Als dieser sich, wie in den andern Ländern des Kaiserstaates, auch in Ungarn organisiren wollte, da erhoben sich die adeligen Stände



Kossuth.

(Band VI. Seite 145.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

im Bewußtsein ihrer Constitution dagegen, zunächst gegen die Büreaukratie und Centralisation, gegen die Polizei und das Gewaltherrenthum, welche man von Wien aus einführen wollte. War auch Mißbrauch neben dem guten alten Brauch, so war es eben doch die alte Freiheit, die durch Verfassungsgewähren festgestellte Selbstgesetzgebung, Selbstverwaltung, Selbstbesteuerung und Polizeilosigkeit, ja Ungebundenheit im Thun und Lassen, im Reden und Handeln, im Denken und Glauben. Der Wiener Polizeizuschnitt paßte nicht für den Magyaren; schon das Ansinnen desselben an Ungarn war eine Verletzung der Verfassung, die jeder Kaiser als König von Ungarn beschwören mußte.

Ihren Vorkämpfer fanden die Stände Ungarns in Kossuth.

Dieser kühne, geistvolle Sprecher für Ungarns Verfassung und Nationalität wurde schnell, weil er die Empfindungen der Patrioten in scharf umschnittene Gedanken und in begeisterten Ausdruck brachte, die Seele der „freisinnigen" Nationalpartei, deren Führer dem Namen nach Graf Ludwig Batthyany war. — „Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt" schwankt Kossuths Charakterbild in der öffentlichen Meinung der Gegenwart; aber nicht, wie as Wallensteins, von welchem Schiller diese Worte sagt, in der Geschichte. Der Mann der Geschichte unserer Tage hat das voraus, daß die Oeffentlichkeit ihn heller beleuchtet, und das Licht seiner eigenen Thaten und Worte nicht mehr unterdrückt werden kann, wenigstens nicht in dem Grade, wie früher.

Kossuth hatte im Jahr 1840 die „Pesther Zeitung" gegründet, durch diese sprach die freisinnige Nationalpartei zu ganz Ungarn; dieses Blatt und Kossuth wurden der Mittelpunkt der Fortschrittsbestrebungen in Ungarn. Von Wien aus wurde die Censur gegen die magyarische Presse seit längerer Zeit weit nachsichtiger geübt, als gegen die deutsche; in der Hoffnung, die Beschäftigung mit magyarischer Sprache und Literatur werde die Ungarn von der Politik und von den Maßregeln der Regierung ablenken. Die Ungarn hatten endlich nach mehr als vierzigjährigem Kampfe auf dem Reichstag 1835 es erlangt, „daß in amtlichen Aktenstücken nur die magyarische Sprache gebraucht werde, daß die deutsche Sprache in Ungarn stets eine reinausländische bleiben müsse, und demnach in Staatsverhandlungen nie in Anwendung kommen könne."

Schon damals prophezeiten absolutistische Stimmen böse Folgen aus dieser nationalen Einräumung. Von Wien aus war der Abso-

lutismus bisher in der Form des „Deutschmachens“ aufgetreten. Die Einsichtsvollen unter den Ungarn wußten wohl zu unterscheiden, daß man ihnen von Wien aus nicht deutsche Bildung, sondern österreichischen Absolutismus in deutscher Einkleidung bringen wollte: gerade alle gebildeten Ungarn waren Kenner und Verehrer der großen deutschen Literatur. Dennoch, wider diese ihre eigene Bildung und wider ihre so veredelte Natur, die sich an Schillers großen Gedanken und poetischen Gebilden, an der deutschen Philosophen Tiefsinn hinauf gebildet hatte, zwangen sie sich in einen künstlichen Enthusismus für ihre alte und neue magyarische Sprache und Literatur, für magyarische Sitte und Tracht hinein. Wie einst dem Franzosenthum gegenüber deutsche Art und Sitte in Deutschthümlerei überging und lange Haare für Patriotismus galten, weil wirklicher Patriotismus manchfach in langen Haaren auftrat: so sprach und schrieb die nationale Partei in Ungarn, und zwar in ihren beiden Schattirungen, der conservativen wie der liberalen, nur magyarisch; sie thaten, als ob sie deutsch nicht verstehen; ja* „in den Caffé's war das Deutsche verpönt, die Kleidung von Kopf bis zu Fuß aus inländischen Erzeugnissen zusammengesetzt, das Theater magyarisch.“

Auf die Vorwürfe ihm Nahestehender antworteten Metternich und Erzherzog Ludwig: „Gönnen wir den Ungarn dieses unschuldige Spiel!“ Diese Andern aber sahen darin kein Spiel, am wenigsten ein unschuldiges, sondern in dieser Nachsicht von Seiten der Regierung ein „Aufgeben des Systems der conservativen Politik, des hauptsächlichsten Grundsatzes der innern Politik Oesterreichs;“ die „Vernichtung hundertjähriger Bemühungen der früheren Regierungen durch einen einzigen Federzug.“ Der Verfasser der Schrift „Oesterreich im Jahre 1840“ sprach gerade aus: „Ungarn werde bei dem einen errungenen Vortheile nicht stehen bleiben; seine Forderungen werden sich häufen; aus dieser Nachgiebigkeit können gefährliche innere Unruhen und selbst eine völlige Trennung Oesterreichs von Ungarn hervorgehen. Denn Ungarn habe damit nicht allein seine Sprache, sondern auch die gewünschte Anwartschaft auf seine Selbstständigkeit errungen.“

Die Letzteren erkannten die Bedeutung der Sache richtig; und zu spät erkannte der Regentschaftsrath, daß er falsch gesehen, weil er nur aufs Aeußere sah, und weil er seine Rechnung ohne Beachtung des Geistes machte, welcher das „Spiel“ hervorrief, und in der Tiefe

* Adolph Schmidt erzählt dies wenigstens als Augenzeuge aus den vierziger Jahren.

arbeitete. Die magyarische Sprache, in Gesetz, Amt und Gericht, in Schule und Kirche zur Geschäftssprache erhoben, wurde von den ungarischen Patrioten vornherein als Hauptmittel benützt, um die Nationalsache politisch vorwärts zu bringen: sie wollten ganz Ungarn, d. h. auch die von andern Stämmen bewohnten Theile Ungarns, mayarisch machen, und zunächst „durch die sprachliche Einheit — nach Außen die politische Abgränzung vollenden, nach Innen die nationalen Verschiedenheiten verwischen. Alle Bewohner Ungarns sollten durch das Band Einer Sprache und Nationalität zu einem mächtigen Volke verbunden werden, zur Wahrung der Freiheit und Selbständigkeit Ungarns gegen die bald feiner, bald mit Gewalt auftretenden Versuche Oesterreichs, Ungarn österreichisch zu machen und ihm den Absolutismus aufzulegen.

Oesterreich hatte eigenmächtig nicht bloß Steuern aufgelegt, sondern auf mehr als das Zweifache erhöhte Steuern; es hatte eigenmächtig neue Rekrutirungen angeordnet, ungeachtet das ungarische Reichsgesetz mit klarem Wortlaut sagte, daß weder Steuern erhoben, noch Soldaten ausgehoben werden können, ohne Bewilligung des Reichstags; und daß der Reichstag alle drei Jahre einberufen werden müsse. Das war unter Kaiser Franz und Metternich geschehen; und anderweitige verfassungswidrige Maßnahmen gegen Ungarn dauerten fort unter dem Regentschaftsrath.

Franz und Metternich hatten die gesetzlichen Formen, das „Hergebrachte,“ das „Bestehende,“ so wenig beobachtet, daß bis zum Jahre 1825 der ungarische Reichstag nicht ein einziges Mal zusammengerufen worden war. So wenig Wahrheit haben die Tiraden, mit welchen neuerdings die Gestalten des Kaisers Franz und Metternichs als solche herausgeputzt werden wollten, die redlich das Bestehende geachtet haben, ob dieses Constitution und Republik, oder das Gegentheil davon gewesen sei.*

Gegen diese Angriffe des Wiener Absolutismus, die im Gewande deutscher Fortbildung auftraten, zog sich, was in Ungarn für Selbstständigkeit Sinn hatte, zusammen zu einer kräftigen Faust des Widerstandes.

Bisher hatte das ungarische Volk in seiner Mehrheit theilnahmlos dem Kampfe der adeligen Stände zugesehen, weil der Kampf

* Man begreift nicht, wie der treffliche Adolph Schmidt in seinen „zeitgenössischen Geschichten,“ im Angesichte der kolossalen Thatsachen, sich durch die Tiraden der Lobpreiser Metternichs hat täuschen und blenden lassen.

nur den Interessen des Adels, nicht denen des Volkes zu gelten schien. Jetzt wurde das anders. Die freisinnigen Patrioten, welche sich selbst aus den mittelalterlichen Anschauungen herausgearbeitet und dem Geist der Aufklärung und des Fortschritts sich zugewendet hatten, erkannten Zweierlei: einmal, daß Ungarn gegen die Uebermacht Oesterreichs sich nur dann frei erhalten könne, wenn alle im Volke liegenden Kräfte Verbündete des Adels würden; und zweitens, daß diese Bundesgenossen nur zu gewinnen seien durch große Opfer des Adels. In dieser Erkenntniß waren sie diese Opfer zu bringen bereit, und ihre begabtesten Männer verkündeten und verfochten in der Presse und in den Versammlungssälen die Forderungen der neuen Zeit, den Verzicht auf diejenigen Standesvorrechte, unter deren Druck Volk und Land Ungarns in seiner Entwicklung bisher zurückgeblieben war. Sie schrieben die Freiheit und das Wohl Aller in ihre Fahne, und nahmen alle Folgerungen an, welche sich aus diesem obersten Grundsatz ergaben.

So trat das ungarische Volk auf die Seite der freisinnigen adeligen Nationalpartei, und Ungarn schien dazu bestimmt, der Herd zu sein, von welchem aus der Geist der neuen Zeit das Licht eines neuen Völkerlebens in die andern Theile des Kaiserstaats trüge.

4. Die Parteien in Ungarn und die Stellung der österreichischen Regierung zu ihnen.

Dadurch entstanden Spaltungen in der bisherigen Zusammensetzung der adeligen Partei.

Nicht alle Adeligen waren freisinnig und opferfähig. Eingefleischter Kastengeist und die damit verbundene Selbstsucht, der Eigennutz des Blutes und des Standes, ließen einen Theil zäh an ihren mittelalterlichen Vorrechten festhalten, und in denen aus dem Adel, welche die Schranken zwischen Adel und Volk wegnehmen wollten, bitterste Feinde, Hochverräther an ihrem Stande, sehen und bekämpfen. Zu diesen Zähen gehörten selbst solche, welche wissenschaftlich gebildet waren, welche aber auf die Höhe der wahren Bildung des Geistes und des Gemüthes, aus anerzogenem Vorurtheil und Stolz, sich nicht zu erheben vermochten, auf jene sittliche Lichtstufe, welche man nur auf zwei Wegen erreicht, durch christliche Veredlung und geistige Vollendung: die christliche Freiheit und die Geistesfreiheit

geben eine wie die andere die gleiche Anschauung aller menschlichen Verhältnisse.

An der Spitze dieser Zähen unter den Magyaren stand besonders ein Theil des Hochadels; sie nannten sich jetzt die „Conservativen,“ und die Bestrebungen der freisinnigen Nationalpartei verschrieen und bekämpften sie als „revolutionäre.“

Die Bewegung der letztern Partei hatte die Wiener Regierung zuerst durch Gewaltstreiche zu lähmen gesucht. Die „magyarischen Schreier,“ wie man in den Hofkreisen seit lange die Männer der nationalen Bestrebungen nannte, glaubte man zuerst dadurch zum Schweigen zu bringen, daß die Beamten darunter abgesetzt, die Hauptsprecher in der Presse und in den Versammlungen in den Kerker geworfen wurden. Das letztere Loos traf Kossuth, Wesselenyi, Lovassi und andere Vorfechter der Nationalsache. Der magyarische Patriotismus wurde österreichisch prozessirt.

Erst als die Regierung die conservative Partei in Ungarn für sich hatte, und nicht mehr allein der ganzen Nation gegenüber stand, wählte sie den Weg, durch den Schein des Entgegenkommens und Versöhnens die lieberale Bewegung zu schwächen.

Sie erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, gab die gefangenen Vorfechter des Fortschritts, Kossuth und seine Freunde, frei, und schlug alle politischen Prozesse nieder, die noch schwebten. Mit Gewaltstreichen ging es von da an nicht mehr, als die liberale Partei des Adels das Volk für sich hatte, das nach Befreiung seufzte, und dem die Liberalen Befreiung zu erkämpfen strebten. Wohl aber konnte die Regierung hoffen, durch die conservative Partei auf dem Reichstage und durch geheime Beeinflußung der Wahlen den Liberalen den Vortheil abzugewinnen. Während die Regierung zeitgemäße Einräumungen in Aussicht stellte, hoffte sie, die conservative Partei werde eine solche Stellung im Reichstag einnehmen, durch welche ihr die Last abgenommen würde, durchzuführen, was sie in Aussicht stellte.

Die conservative Partei, welche die Regierung für sich hatte, verfiel in zwei Schattirungen. Die eine davon war die schon gezeichnete, die der zäh an den alten Privilegien Hängenden. Sie bestand aus Mitgliedern des hohen, reichbegüterten Adels, aus wenigen Mitgliedern des niedern Adels und aus den Städten.

Diese Städte waren mit wenigen Ausnahmen seit dem frühesten Mittelalter von Deutschen bevölkert. Die Deutschen brachten den Handel und den Gewerbfleiß nach Ungarn, waren daher mit Frei-

briefen begnadet, hatten sich aber später, als einseitig nur dem Handel lebend, auf die Gewähren ihrer Rechte durch den Adel bringen lassen, und auf diesem Wege waren sie auf dem Reichstage fast um alle Vertretung gekommen. Noch zu Anfang dieses Jahrhunderts hatten die 104 Abgeordnete der 52 Städte Ungarns zusammen miteinander nur 1 Stimme auf dem Reichstage. Die Bürger der Städte fingen an sich zu bemühen, ihr verlorenes Recht wieder zu gewinnen. Auf dem Reichstage von 1843 bis 44 gestand die freisinnige Nationalpartei den Städten endlich 16 Stimmen zu. Diese Ungerechtigkeit eben so sehr gegen die Rechtsforderung der Städte als gegen die Forderungen des Geistes der Zeit hatte ihren Grund darin, daß die Städte ganz und gar bis auf das Kleinste hinab von der Krone, von der Regierung abhingen, welche die städtischen Beamten ein- und absetzte.

Da in den Städten der Einfluß der Regierung übermächtig, der des freisinnig-nationalen Adels sehr gering war, und weil überdies die Städtebevölkerung größtentheils deutscher Abkunft war; wollten die freisinnigen Nationalen von der Adelspartei keine starke Vertretung der Städte auf dem Reichstag. Es war nicht eine Abneigung gegen das Bürgerthum; denn sie wollten ja das Volk überhaupt haben; sondern sie wollten davor sein, daß die österreichische Regierung durch die Vertreter der von ihr ganz abhängigen Städte im Reichstag herrschend werde, zum Schaden der nationalen Zwecke, wie des Fortschritts.

Zudem waren die Bürger dieser Städte, wenigstens die Handels- und Gewerbsleute, die „Industriellen," kleingeistig und engherzig; ihr Eigennutz litt an Beschränktheit; er haftete am mittelalterlichen Herkommen. Die freisinnige Nationalpartei hatte aber den Fortschritt auf allen Gebieten des Volkslebens verkündet, die Beseitigung aller Privilegien und Monopole, welche die Entwicklung der Kräfte des Volkes und Landes Ungarn bisher hemmten. Das Monopol aber war der Götze der Industriellen in den Städten; allgemeine Concurrenz, Aufhebung des Zunftzwangs, Aufhebung jedes Monopols, ja sogar Zulassung der Juden zu allen Gewerben und Künsten, was alles zu den Forderungen der liberalen Partei gehörte — das war den Industriellen in den Städten ein Gräuel. Sie wollten das Bestehende, und die Regierung in Wien wollte das Bestehende: darum waren sie für die Regierung, und darum waren sie von der Regierung so leicht benützbar.

Eine andere Schattirung der conservativen Partei war die, welche

sich selbst die „Reformpartei" nannte, und deren Stifter und Führer der Graf Stephan Szechenyi war.

Dieser war seit 1825 eines der Häupter der Nationalpartei gewesen, hochbegabt und kenntnißreich, aber eben so aristokratischstolz, heftig, leidenschaftlich und ehrgeizig. Den Mann des Hochadels verdroß es, daß ihm, dem Magnaten, Ludwig Kossuth, der Emporkömmling, den Vorsprung abgewann in der Nationalpartei, daß er Adel und Volk begeisterte und hinriß. Ueberglänzt von diesem Mann aus dem Volke, spielte nun Szechenyi den Hochtory.

Bisher hatte Szechenyi als einer der Führer der Nationalpartei hauptsächlich durch Hebung des materiellen Wohlstandes Kraft und neues Leben in seine Nation zu bringen sich bemüht. Er hatte vornherein von der neuen Zeit nur diejenigen Reformen sich angeeignet, die auf das Materielle gingen; der Ideengehalt der Zeit aber war etwas seiner Natur Fremdartiges, etwas ihm bedenklich Scheinendes; er sah die Männer der Idee, die Träger und Vorfechter der neuen politischen Gedanken, als „unpraktische" Leute an; er unterschätzte Idee und Streben für Verwirklichung einer Idee. Er regte an und setzte durch die Dampfschifffahrt auf der Donau und der Theiß, die Regulirung von Flüssen, Straßen und Kanälen, und manches Andere für Ungarns Verkehr und Gewerbfleiß.

So ging er er auch mit der liberalen Fortschrittspartei noch später überall mit, wo er ihr auf dem Wege für Hebung der materiellen Wohlfahrt begegnete; aber er brach mit ihr und bekämpfte sie leidenschaftlich-heftig auf dem Feld ihrer politischen Bestrebungen; eben sowohl aus Eifersucht auf Kossuth, als weil die neuen Freiheisbestrebungen von Ideen ausgingen und auf Ideen ruhten, und Szechenyi, wie Napoleon I. nicht die Macht der wahren Ideen überhaupt, und am wenigsten der Ideen, welche die Gegenwart bewegten, zu begreifen vermochte. Praktischeres gibt es nicht, als was weltüberwindend und weltumgestaltend ist. Das ist jede wahre Idee; und zu spät hat Szechenyi die Ideen, die er, zusammen mit ihren Vorkämpfern, wegwerfend, so oft „unpraktisch" nannte, als höchste praktische Macht in der Welt erkannt, sich vor ihnen schwermüthig gebeugt, bereut, ihnen gehuldigt und für sie gearbeitet bis an seinen Tod.

Daß das neue Ungarn mit dem alten Oesterreich, der sich verjüngende magyarische Staat mit dem zum Stehenbleiben und zur Erstarrung commandirten, franzmetternichischen Gesammtstaat, auf die Dauer nicht zusammen bestehen könne, das übersahen Szechenyi und seine

Partei; und darum bekämpften er und sein Anhang das Ringen der freisinnigen Nationalpartei nach verfassungsmäßiger Selbstständigkeit Ungarns. Szechenyi war angesteckt von dem modernen Gedanken der Centralisation, einem Gedanken, der keine Idee war und darum überall in der Neuzeit zergehen muß; in richtigem Gefühl wollte er, daß Ungarn nicht mit Oesterreich breche; aber ganz irrig an ihm war, daß er nichts that, um Oesterreich auf gleichen Fortschritt mit Ungarn zu bringen, und wähnte, der Bruch könne verhütet werden durch Bekämpfung der Fortschrittspartei in Ungarn, statt daß er den Fortschritt in Ungarn hätte kräftigen müssen, um Wien und damit den Kaiserstaat in das Geleise des Fortschritts mit hineinzureißen.

Sein Irrthum war um so größer, weil die vorliegenden Thatsachen das Zeitgemäße der Bestrebungen der Fortschrittspartei aufzeigten.

Denn, während die Partei der Conservativen, mit Hochadel, mit Städten, mit Szechenyi und seinem Anhang, klein war im großen Lande Ungarn, hielt sich zur Partei des freisinnigen Strebens, zur eigentlichen ungarischen Nationalpartei, der niedere Adel, mit wenigen Ausnahmen, neben den Gebildetsten des hohen Adels; der gesammte Bauernadel, das ganze Volk magyarischer Abkunft; und ein sehr großer Theil derjenigen Nicht-Magyaren, welche dem „Fortschritt" zugethan waren; ebenso alle Beamten, welche nicht von der Regierung abhängig waren.

Es war ein wunderbar wirkendes Wort, das Kossuth aussprach, und das seine große Partei annahm, das Wort: „Die bisherigen Unterthanen sollen zu Bürgern Ungarns erhoben werden."

Kossuth war es, welcher die Grundzüge für die neue Partei entwarf, die das in Ungarn durchzuführen zur Aufgabe nahm. Diese Grundzüge waren vornherein leitend und maßgebend, und nachdem jahrelang nach denselben gehandelt worden war, hat sie Kossuth mit Erläuterungen in das Programm von 1847 zusammengefaßt, welches angenommen und veröffentlicht wurde, als Inhalt der Nationalbeschwerden und Nationalforderungen, vertreten durch die Opposition.

Die Hauptpunkte darin waren: Ueberwachung der Regierung Ungarns in Bezug auf ihr Verfahren; Abweisung des fremdartigen Einflusses auf diese Regierung, jenes „Einflusses, welcher auf der Grundlage des Absolutismus stehe, die übrigen Länder des Kaiserstaates mit absoluter Gewalt regiere, darum die constitutionellen Formen Ungarns als etwas seinem Gesammtregierungssystem Hinderliches betrachte, und so dem constitutionellen Leben

überhaupt nicht freundlich gesinnt sei;" — Beseitigung des gesetzwidrigen Zustandes im Lande, den die Regierung geflissentlich aufrecht erhalte, mit allen daraus stammenden Uebeln, und der Mißachtung der rechtlich begründeten Klagen; — Vermehrung und Kräftigung der gesetzlichen Gewähren für die constitutionelle Stellung Ungarns, also vor Allem ein der Nation verantwortliches ungarisches Ministerium, Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens, das Recht der Vereine, der Berathungen und der Versammlungen in seiner ursprünglichen Reinheit, Aufhebung der gesetzwidrig eingeführten Censur und Preßfreiheit, begränzt durch zweckmäßige Gesetze; — vollständige und rechtliche Vereinigung Ungarns mit Siebenbürgen, nach dem alten allgemeinen Wunsche beider Nationen.

Weitere Hauptpunkte des Programms waren: Vereinigung der Interessen aller Staatsbürger auf Grundlage des Constitutionalismus und der Nationalität, mit umsichtiger Schonung der sich einer andern Sprache bedienenden Volksthümlichkeiten; Wahrung des constitutionellen Rechts der Initiative für Reformen, für jede Art von Fragen des Fortschritts; Vertheilung der öffentlichen Lasten, zur Erleichterung für das bisher allein steuerpflichtige Volk; Bestimmung der Steuerverwendung durch den Landtag, Verantwortlichkeit für die Verwendung und Rechnungsablegung auf Seite der Regierung; — Vertretung auf dem Landtage für alle nichtadeligen Klassen der Landesbürger, vor Allem für die königlichen Freistädte und freien Bezirke, und eben damit wahrhafte Theilnahme derselben an den gesetzgebenden und an den gerichtsbarlichen Rechten; Gleichheit vor dem Gesetz, Befreiung des Grund und Bodens durch ein Zwangsgesetz, aber mit Entschädigung und unter vorbereitenden Schritten, um die Ablösung durch Hülfe des Staats allgemein zu machen; Sicherung des Kredits und Erwerbs durch Aufhebung alles Hinderlichen; endlich eine Volkserziehung zu wahren Staatsbürgern, und Religionsfreiheit.

Das waren die Grundzüge dessen, was die freisinnige Nationalpartei anzustreben sich vornahm und anstrebte. Die Interessen Ungarns waren namentlich auch in Bezug auf Gewerbfleiß und Handel denen der Erbländer oder einiger Provinzen von Wien aus untergeordnet worden.

„Wir wollen nicht, sprach die Nationalpartei, die Interessen unsers Vaterlandes mit den Interessen der Staatseinheit der Gesammtmonarchie, und mit der Möglichkeit des Bestandes derselben, in

Widerspruch bringen; wir sind bereit, auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Billigkeit unsere Hand zur Ausgleichung etwaiger, den Interessen der Erbländer widerstreitender Interessen von unserer Seite zu bieten; doch werden wir nie darein willigen, daß der administrativen Einheit, welche Einige statt der Einheit der Monarchie als Hauptgrundlage zu setzen belieben, unsere Interessen oder gar unser Constitutionalismus geopfert werden. Dieser administrativen Einheit wurden vor Zeiten die constitutionellen Institutionen der Erbstaaten geopfert, und so entwickelte sich dieses System der administrativen Einheit auf der Grundlage des Absolutismus; uns aber ist die Constitutionalität ein Schatz, den wir fremden Interessen oder irgend welchen lockenden materiellen Vortheilen nicht opfern dürfen. Wir werden uns fest an den 10. Artikel vom Jahre 1790 halten, nach dessen klarer Anordnung das durch den Eid feierlich bekräftigte königliche Wort unserer Nation zusichert, Ungarn soll ein freies Land, in seiner Gesetzgebung und Verwaltung durchaus unabhängig sein, und dürfe somit keinem andern Land oder Volk untergeordnet werden."

5. Die Reichstage in Ungarn bis 1847. Oesterreichs Bündniß mit Rußland gegen die Fortschrittsbewegung.

Seit das Volk sich mit der Fortschrittspartei vereinigt hatte, unterlag die Regierung bei den Wahlen zum Reichstage. Auf dem Reichstage von 1830 verharrte die österreichische Regierung nicht nur in der Trägheit des Hergebrachten gegenüber den Ideen und Forderungen der großen Nationalpartei, sondern sie wollte das, was auf den letzten Reichstagen zu namhafter Verbesserung der Lage der Bauern zu Stande gekommen war, wieder mindern, ja aufheben. Die Mehrheit des Reichstags aber blieb dabei, beschloß neue Steuererleichterungen der Bauern, regelte Nachfolge und Erbschaft der Bauern, und stellte den Edelmann und sein Vermögen in Schuldsachen unter das allgemeine Gesetz, mit Aufhebung seiner bisherigen Unverletzlichkeit.

Ueberrascht von ihrer Niederlage, beeinflußte die Regierung die Wahlen zum Reichstag 1843 noch mehr, um abermals zu unterliegen. Szemere, Paloczy, Kiralyi, Beöty, Klauzal im Abgeordnetenhaus, Batthyany, Karolyi, Ujhazy, Teleky im Oberhause waren die glänzendsten Vorfechter des Fortschritts. Trotz des heftigsten Widerstandes der Regierungspartei, zumal der Geistlichkeit, wurde vorwärts

gegangen, die verfassungsmäßige Religionsfreiheit zu einer Wahrheit zu machen: die gemischten Ehen zwischen Protestanten und Katholiken wurden für gültig erklärt, wenn sie auch nur von protestantischen Geistlichen eingesegnet würden, und der Uebertritt zu einem andern Glauben wurde Jedermann freigestellt. In der Befreiung der Bauern ging der Reichstag abermals einen Schritt weiter: jedem Bauern wurde das Recht zugesprochen, adelige Güter anzukaufen.

Das Bedeutungsvollste aber war, daß der Reichstag dem Verdienst ohne Ansehen der Geburt die freie Bahn öffnete: er beschloß die öffentlichen Aemter, die bisher nur den Adeligen zugänglich waren, sollen Jedem fortan zugänglich sein, ohne Unterschied, ob adelig oder nichtadelig. Alle diese Beschlüsse waren gewaltige Schritte über das österreichische System hinaus; der letztere durchbrach es gerade mitten durch.

In eben dem Grad aber waren auch diese Reichstagsbeschlüsse volksthümlich. Dieser Volksthümlichkeit und diesem Einverständniß der Mehrheiten des Ober- und Unterhauses gegenüber sah sich Metternich und seine Freunde in der Lage, sich den Anschein zu geben, als lenken sie im Angesichte der allgemeinen Weltbewegung von dem bisherigen System des Absolutismus und der Bekämpfung aller Freiheit und Reform plötzlich ab, und als kommen sie den Zeitforderungen entgegen: sie erhoben die Reichstagsschlüsse durch die königliche Bestätigung zum Gesetz. Sie hofften Zeit zu gewinnen; noch immer glaubte ihre Verblendung, nur die Ungeschicktheit ihrer Partei innerhalb und außerhalb des Reichstags, der Mangel an Einübung in die Kunst, die öffentliche Meinung und die Einzelnen zu bearbeiten, seien allein Schuld an ihrer Niederlage. Mit Zorn über ihre Partei stand die Regierung, und am meisten Metternich, im Augenblick betroffen von diesen Ergebnissen: so mächtig im eigenen Innern des Kaiserstaats, so hart an der Hauptstadt Wien selbst, nur wenige Meilen davon, war der Geist des „neuen" Europa über das „restaurirte" Europa von 1815, über das österreichische System bis jetzt niemals hingerauscht, wie jetzt von Ungarn her.

Die, welche den Fürsten Metternich in diesen Jahren sprachen und beobachteten, haben bezeugt, daß er von da an vor diesem Geiste, wirklich erschreckt, gezittert habe; daß er von da an habe einlenken wollen, in der Hoffnung, durch Zugeständnisse ihn zu mäßigen, und so seiner Meister zu bleiben.

Aber zu schwach an Charakter seinen Hofumgebungen gegenüber,

habe er das Nothwendige, wovon er jetzt überzeugt worden, durchzusetzen nicht gewagt, die Sachen gehen lassen, und, in der Verzweiflung wieder Hoffnung schöpfend, sein vielbesprochenes Wort gesagt: „Uns wird es noch aushalten; nach uns erst kommt die Sündfluth!" — ohne daran zu denken, daß die Leichtsinnigen am Hofe Ludwigs XV., welche dieses letzte Wort zuerst sagten, großentheils noch von der Sündfluth am Ende des vorigen Jahrhunderts ergriffen und verschlungen worden waren.

War vielleicht Metternich in Augenblicken und auf Augenblicke durch solche Erlebnisse wirklich angehaucht und angeschauert von der sittlichen Weltordnung, in welcher Absolutismus und Gewaltherrschaft keine Berechtigung auf Dauer haben? Er hatte einen geistvollen, edeln Lehrer seiner Jugend, den Staatsmann und Geschichtskundigen Niklas Vogt. Der lehrte ihn einst, daß das Ergebniß aller Völkergeschichte eine sittliche Weltordnung ist. War auch in Metternich diese Wahrheit seines Lehrers im Wiener Leben wegfrivolisirt, solche Wahrsprüche tauchen in einzelnen Lebensstunden und Lagen, wenn auch vorübergehend, wieder auf. Freilich sind sie dann nur bei schönen Seelen bleibende Eindrücke, wie bei der Königin Louise von Preußen, welcher das Unglück über den Absolutismus ihres eigenen Hofes wie über den Napoleons die Augen öffnete, da sie die Worte schrieb: „Ich glaube fest an Gott, also an eine sittliche Weltordnung. Diese aber sehe ich in der Herrschaft der Gewalt nicht. Deßhalb bin ich der Hoffnung, daß auf die jetzige Zeit eine bessere folgen wird."

In solchem Sinne jedenfalls erkannte Metternich nicht, was die Gegenwart forderte. Wohl aber erkannten es die, welche in Ungarn dafür arbeiteten; und so sehr ihr Herz an Idealen hing, so praktisch waren sie. Der freisinnige Adel in Ungarn war es, der darin mit der That voranging, wenn auch vorerst nur ein kleinerer Theil des freisinnigen Adels. Der andere Theil desselben hatte sich mit der Regierungspartei vereinigt, und der Antrag auf allgemeine Besteuerung aller Ungarn war nicht durchgegangen. Noch waren sie nicht genug für den Fortschritt der Anschauung so weit herangebildet. Nicht weil sie nicht mitzahlen wollten, sondern weil im Magyarenkopf steuerpflichtig und unterthänig noch ein und derselbe Begriff war, verwarfen sehr viele die allgemeine Besteuerung; viele die bisher dreimal so viel „freiwillig" der Regierung oder dem Lande zum Geschenke gemacht hatten. Sie waren bereit zu geben, und im größten Maß-

stab; aber freiwillig, wie bisher, sollte es sein; nicht auferlegt als ein regelmäßiges Müssen.

Als die allgemeine Besteurung durch den Reichstag nicht zur Gesetzeskraft gelangen konnte, da gingen die Einsichtsvollen unter der freisinnigen Nationalpartei von Adel, darunter viele Magnaten, von selbst hin und ließen sich in die Steuerlisten einschreiben, um nach dem Maßstab des Steuergesetzes mit den andern zu tragen und zu leisten. Um so fester hing sich an diese der Glaube und die Verehrung des Volkes.

Zu den vielen Täuschungen der öffentlichen Meinung in Europa gehört auch das, was jahrelang von Seiten derer, die im Dienste der österreichischen Regierung sprachen, wiederholt worden ist, als seien Ungarns Reichstag und Verfassung das Hinderniß für den Eintritt des Kaiserstaates in den deutschen Zollverein. Gerade um Ungarn für die kaiserliche Kasse recht auszubeuten, wie sonst das Mutterland eine Colonie auszubeuten pflegt, war „den überreichen Naturerzeugnissen des Landes die Ausfuhr nur unter sehr schweren Zöllen gestattet, während die ungarischen Märkte ohne alles Hinderniß mit einer Masse österreichischer Industrieerzeugnisse überschwemmt wurden." Seit einem halben Jahrhundert hatte der Reichstag wiederholt um Aufhebung der Zollschranken oder Herstellung eines gleichen Verhältnisses zwischen Ein- und Ausfuhr nachgesucht; vergeblich.

Kossuth gründete einen „Schutzverein;" dessen Mitglieder verpflichteten sich, nur Erzeugnisse des ungarischen Gewerbfleißes zu verbrauchen, so lange Oesterreich den ungarischen Naturerzeugnissen seine Märkte absperre. Dieser Verein verbreitete sich schnell über ganz Ungarn. Kennzeichnend für die Einsicht und für den guten Willen der Wiener Politik gegenüber von Ungarn ist es, daß nun die österreichische Regierung, die bisher dem ungarischen Tabak alle österreichischen Märkte verschlossen hatte, auf das hin, gleich nach dem Reichstag von 1843, das Recht zum Bau und zum Verkauf des Tabaks in Ungarn für sich ganz allein in Anspruch nahm, und sofort da und dort königliche Tabakhandlungen errichtete. Das ganze Land voll Entrüstung verwahrte sich und stellte sich gegen diese rechtswidrige Regierungsmaßnahme. Wenn das Ministerium es hätte absichtlich darauf anlegen wollen, neben dem Adel nun auch die Bauern gegen sich zu reizen, denen dieser wichtige Erwerbszweig entwendet werden sollte: etwas Verbitternderes hätte sie nicht erdenken können.

Solche scheinbar kleine Dinge lassen ein scharfes Licht auf das Metternich'sche System fallen. So verblendete diese Leute, die Alles eher,

nur keine Staatsmänner waren, ihr eigener böser Geist, oder ihr Mangel an Geist; so werden Revolutionen ausgesäet, so gepflegt, so wie im Treibhaus beschleunigt.

Das Wiener Ministerium aber fand die Aussäer der Revolution nicht in sich, sondern in den Ungarn, und zwar in der Municipalverfassung der Komitate und in den Sprechern daselbst.

Die Komitate hatten früher oft, was von Wien aus auf dem Reichstag „durch Gewalt und List verfassungswidrig und landesnachtheilig durchgebracht war, eben nicht vollzogen, und Ordonnanzen, die von Wien aus kamen, als verfassungswidrig zu den Akten gelegt, mit Protest zurückgeschickt, und mehr als einmal Gewalt mit Gewalt zurückgewiesen. Die Komitatsversammlungen waren ein altes Recht: in ihnen hatte die freisinnige Nationalpartei ihren Halt und ihren Herd. Das Ministerium kam auf den Gedanken, die Vorsitzenden der Komitatsversammlungen durch von der Regierung besoldete, von ihr allein abhängige Kreishauptleute zu ersetzen. Dieser „Kunstgriff des Absolutismus," wie ganz Ungarn sagte, wurde ebenfalls mit Erbitterung zurückgewiesen.

In der Rede, welche Kossuth in der Sitzung des Pesther Komitats darüber hielt, ist das Verhältniß der österreichischen Regierung zu Ungarn, und das Ungarns zur österreichischen Regierung so abgezeichnet, daß daraus, ohne ein weiteres Wort darüber nöthig zu machen, Alles klar wird, was kam und wie es kam. —

„Man will jetzt, sagte Kossuth, uns eine Art von französischen Präfekten setzen, mit dem einzigen aber bedeutenden Unterschied, daß der Präfekt nicht von einem verantwortlichen Ministerium gewählt wird, sondern durch eine unsichtbare und unerreichbare Kanzlei, von welcher er geheime Instruktionen erhält, welcher er geheimen Rapport erstattet, und durch welche er willkürlich abgesetzt werden kann. — Dieser Präfekt wird durch die Regierung reichlich bezahlt sein, ein eigenes Büreau besitzen, über die militärische Macht disponiren, das Recht usurpiren, die Wahlkandidaten zu bezeichnen. Herr großer Summen, wird er in seiner mächtigen Hand alle Einschüchterungs- und Bestechungsmittel halten, er wird regelmäßig allen Gerichten präsidiren, und von seinem Einfluß wird Leben und Vermögen der Bürger abhängen. Er wird ein böhmischer und galizischer Kreishauptmann sein. —

„Diese Politik in Wien, die weder ungarisch noch constitutionell ist, dieses Kreishauptmannssystem, ist zu österreichisch und zu absolu-

tistisch, als daß ich im ungarischen Wörterbuch einen Ausdruck für sie fände. — Man hat gesagt, diese ungesetzliche Maßregel sei nothwendig zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Ich kenne kein Wort, von welchem der Despotismus einen unverschämteren Mißbrauch macht, als eben dieses. Im Namen der Ordnung hat Nikolaus das hochherzige Polen aus der Reihe der Völker gestrichen. Im Namen der Ordnung hat Ernst August die Constitution von Hannover vernichtet, und im Namen der Ordnung hat Philipp II. die Niederlande in einen wahren Kirchhof verwandelt. Diese Ordnung kennt Ungarn nicht, und will sie nicht kennen.

„Ungarn wird nur durch seine Gesetze regiert. Und wenn die Ordnung eine Veränderung in der Regierung nöthig macht, muß die ganze Nation sich versammeln und ihre Zustimmung geben. Jede andere Maßregel, welche man uns willkürlich aufzudringen suchen will, ist nicht eine Maßregel der Ordnung, sondern des Despotismus, der Ungesetzlichkeit, d. h. der Unordnung."

Das Wiener Ministerium bestand auf seinem Kreishauptmannssystem, die Komitate beharrten in ihrem Widerstande gegen die Ernannten. Die Nationalpartei beschloß, auf dem nächsten Reichstage 1847 sich in keine Verhandlung einzulassen, bevor diese Beschwerde erledigt sei. Das Ministerium wandte Bestechungen, Militärgewalt, jede Art von Druck und Einfluß auf die Wahlen an. Der Erfolg war, daß alle bisherigen Vorfechter des Fortschritts wieder gewählt, ja daß sie durch neue verstärkt wurden. Bei weitem der größte Theil des Reichstags war liberal. Ja die Niederlage der Regierung trat schon vor den Wahlen so zu Tag, daß sie im Pesther Komitat nicht einmal einen Kandidaten ihrer Partei aufzustellen wagte, und einen liberalen Kandidaten begünstigte und aufstellte, nur damit die Stimmen getheilt würden und der gefürchtete Ludwig Kossuth nicht durchdränge.

Aber Kossuth wurde gewählt, und beherrschte den Reichstag, obgleich Stephan Szechenyi von seinem Magnatensitz im Oberhaus herabstieg, und sich in's Unterhaus wählen ließ, um Kossuth zu bekämpfen. Jetzt erklärte die Regierung, „aus freiem Antriebe" sei sie zu Concessionen bereit. Es war zu spät. Schon rauschten die Wogen des Stromes von 1848 näher und näher. Was jener Staatsmann gesagt hat, der Absolutismus zu Wien sei im Jahre 1846 kindisch geworden, dafür scheinen die Thaten Metternichs und seiner Freunde zu sprechen.

Metternich, im Angesichte der steigenden Bewegung in Italien, in Polen, in den deutschen Landen, in Ungarn, entsagte plötzlich seiner hergebrachten antirussischen Politik, bestürmt von der herrschenden Partei am Wiener Hofe.

Diese suchte längst eine enge Verbindung mit Rußland; mit Rußlands Hülfe sollte der Absolutismus aufrecht erhalten und den Neuerungen und Fortschritten des Freiheitsgeistes entgegengetreten werden, besonders auch denen in Preußen und im übrigen Deuschland.

Dieser Bund Oesterreichs mit Rußland sollte ein vertrauter, diese „Uebereinstimmung in der Auffassungsweise" um so fester werden durch eine Heirath, durch die Vermählung des österreichischen Erzherzogs Stephan mit der russischen Großfürstin Olga. Dieser Heirathsplan verwirklichte sich zwar nicht, er war zu Anfang des Jahrs 1846 schon aufgegeben; aber auch ohne das lehnte sich Oesterreich innig an Rußland an, an diese für Oesterreich stets gefährliche und gewaltige Nachbarmacht.*

VII. Rußland.

1. Das russische Princip, und Rußlands Uebergewicht gegenüber von Europa unter Nikolaus I.

So lange Metternichs Politik gegen Rußland war, war sie österreichisch, war sie habsburgisch und zugleich national.

Russen und Russenthum waren niemals beliebt im Lande Oesterreich, weder bei dem hohen Adel noch bei der Masse der Bevölkerung. Es war ein Naturgefühl des Oesterreichers, das sich selbst auf den habsburgischen Kaiserthron übertrug: von jeher war man abgeneigt gewesen gegen Heirathsverbindungen des habsburgischen Hauses mit

* (v. Andrian) „Oesterreich und dessen Znkunft." (Graf v. Hartig) „Genesis der Revolution in Oesterreich vom J. 1848." Wilhelm Binder, „Fürst Clemens Metternich." (Hormayr) „Kaiser Franz u. Metternich." Graf Mailath, Gesch. des östr. Kaiserstaats V. „Oesterreich im J. 1840, von einem östr. Staatsmann." I—III. Gegenwart. V. 676 ff. verglichen mit V., 1—9 und mit II., 268—75. Adolph Schmidt „Zeitgenössische Geschichten," aus den gesandtschaftlichen Depeschen der schweizerischen Geschäftsträger, von Tschann, in Paris, und von Effinger, in Wien, aus dem eidgenössischen Archiv.

dem Hause der Czaren. Was im gemeinen Mann als dunkles Naturgefühl war, war jedem denkenden Beobachter, nicht bloß dem Staatsmann, ganz klar: Rußland war von Haus aus der bedrohlichste Nachbar Oesterreichs.

Rußland hatte zwar seine seit Czar Peter I. geübte Eroberungspolitik maskirt, und in der europäischen Presse gewandte Federn durch sein Gold gefunden, welche es als ein Unrecht und als eine Lächerlichkeit hinstellten, Rußland im neunzehnten Jahrhundert der Eroberungspolitik zu zeihen. Aber die Eroberungspolitik hing mit Rußlands Princip zusammen. Sie war da, so sehr sie sich verdeckte, und Ländereroberungen im Westen und Süden Europas zunächst nicht machte, sondern zuwartete und vorbereitete. Oesterreich empfand Rußlands Freundnachbarlichkeit seit 1815 fort und fort, und der ganze Westen empfand es, daß die russische Politik darauf ging, nicht mehr offen zu erobern, aber die europäischen Staaten, namentlich die Nachbarstaaten, abzuschwächen, zu verwirren und zu ermatten, um dann auftreten zu können, erstens die „Ordnung" wieder herzustellen; zweitens die Verlegenheiten der Staaten auszubeuten; drittens, in Asien vorzudringen.

Diese Politik Rußlands hatte sich unter Kaiser Nikolaus, Oesterreich gegenüber und Deutschland gegenüber, so sehr markirt, daß selbst der Leichtsinn des alt gewordenen Metternich das wahrnahm. Er fühlte heraus, daß das russische Kabinet versteckt hinter den „panslavischen" Bewegungen stehe; daß es Rußlands Streben sei, den „inneren Halt der benachbarten Staaten und verwandten Stämme zu unterminiren, ihre Selbstentwicklung zu verwirren, sie mit sich selbst zu beschäftigen, und ihre Aufmerksamkeit vom Osten abzuwenden."

Die Politik des russischen Kabinetes ging seit der Julirevolution darauf, die regierenden F ü r s t e n h ä u s e r Europa's glauben zu machen, Rußland sei d i e Macht, welche sie stärke und befestige. Sie that Alles, zu vernichten, oder vernichten zu helfen, was die Völker, dem Absolutismus gegenüber, irgendwo errungen hatten. Rußland half diese Errungenschaften des Volkes niedertreten, und wußte mit Berechnung, daß es, indem es die regierenden Fürsten zur Niedertretung der Errungenschaften des Volks unterstützte, diese Fürsten nicht kräftigte, sondern entkräftete, indem es sie alles Halts im Volke beraubte, und so Fürstenhäuser mit ihrem Volke entzweite, sie schwach, auf gewisse Fälle sie für Diplomatie und Gewalt angreifbar machte.

Diese Politik zeigte sich namentlich den beiden Großstaaten Mittel-

europas gegenüber. Oesterreich war durch diese Politik auf seiner nördlichen, östlichen und südlichen Grenze eingeengt von Rußland; es war ihm nichts freigelassen, als sich westlich, nach Deutschland hin, zu bewegen; und auf die Slaven des österreichischen Kaiserstaates erstreckte Rußland's Einfluß sich schon lange und wurde seit dem Jahre 1840 lebendiger als je. Alle südlichen und westlichen Slaven lagen als künftiger Besitz in Rußlands Rechnung, ebenso der Besitz Ungarns. Ungarn war Rußland um so nöthiger, wenn dieses das Hauptziel der russischen Politik seit mehr als hundert Jahren erreichen sollte, nämlich den Sturz des osmannischen Reichs und die Ausdehnung der russischen Herrschaft über die europäische Türkei, den Besitz Constantinopels. Seit lange wartete man am Petersburger Hofe, alle Zeichen der Zeit beobachtend, auf den Augenblick, in welchem man sich in die Erbschaft des „kranken Mannes" setzen könnte, wie Kaiser Nikolaus der Erste das türkische Reich vertraulich zu benennen pflegte.

Unter allen Reichen Europas ist Rußland das schweigsamste. Ueber seine innere und äußere Politik sind unparteiische Quellen seltener, als über die Politik und Zustände irgend einer Macht, weil, was in Rußland darüber geschrieben wird, im Solde der Regierung geschrieben wird, und weil jeder Fremde, welcher in Rußland die Zustände aufnehmen will, entweder als Feind behandelt, oder, je nach seiner höheren Stellung, welche Rücksichten erheischt, überwacht und beschränkt wird.

Die Weltgeschichte, welche ein Deutscher schreibt, hat aus dem Gegebenen das Wesentliche um so mehr hervorzuheben, je mehr von Rußland her, bis jetzt wenigstens, wenn auch nicht droht, doch Bedrohliches gefürchtet wird. Das Herz und der Charakter eines russischen Kaisers machen in Rußland nicht die Politik: diese ist eine Jahrhunderte alte, feste, aus dem Princip und den Verhältnissen des Reiches sich fortentwickelnde, so lange, bis dieses Princip selbst in Mitten Rußlands gebrochen wird.

Während Metternich sich schmeichelte, er sei es, der Europa regiere, war eigentlich Rußland die Macht, welche Europa's Politik leitete. Russischer Einfluß war überall fühlbar, und wurde noch mehr, als er gefühlt wurde und wirklich vorhanden war, in Allem und überall geargwohnt und gefürchtet. Rußland war mächtiger durch die Furcht vor einer Machtgröße, die man auswärts bei ihm voraussetzte, als durch seine wirkliche Macht, durch die Kräfte und

Mittel, die es hatte. Die Furcht hatte ihren Grund in dem raschen Wachsthum Rußlands an Gebietsausdehnung.

In anderthalb Jahrhunderten hatte Rußland nördliche, westliche, südliche, östliche Grenzländer an sich gerissen, Stücke von Polen, von der Türkei, von Schweden, eines nach dem andern; Europa und Asien mußten abgeben zu seiner Vergrößerung. Es hatte Polen vernichtet, es hatte die Nord- und Ostküste des schwarzen Meeres besetzt; es hatte seine Grenzen vorgerückt tief hinein in Mittelasien; es hatte ungeheure Arsenale, eine Menge zum Theil riesenhafter Kriegsschiffe. So stand Rußland da als eine Großmacht ersten Rangs, dasselbe Rußland, das zu Anfang des vorigen Jahrhunderts noch keine Stimme in den Weltverhältnissen gehabt hatte. Weit mehr aber als durch eigene materielle Mittel hatte Rußland es so weit gebracht durch das Glück zusammentreffender Umstände und durch schlaue wie gewaltsame Benützung dieser Umstände, namentlich der inneren Wirren seiner Nachbarn.

Schon unter Kaiser Alexander I., nämlich in dessen letzten Regierungsjahren, war die Förderung des inneren Staatslebens im russischen Reiche ganz zurückgetreten hinter die äußere Politik, und, die Zwecke, die auf diesem Gebiet verfolgt wurden, standen weit hinter dessen Einmischungen in die Angelegenheiten Deutschlands, Neapels, Piemonts, Spaniens, Portugals.

So hatte er die inneren Reichsangelegenheiten vernächlässigt, und, um die Zwecke der äußeren Politik verfolgen zu können, in seinem letzten Regierungsjahre mit den Bajonetten des Absolutismus, mit Ketten und Entsendungen nach Sibirien Ruhe in Rußland zu machen gesucht, ein Verstummen jedes Widerspruchs, Grabesruhe. Alexander, einst der gefeierte Morgenstern über Asien und Europa, aber von jedem feineren Auge selbst damals, wie von dem Freiherrn von Stein und Alexander von Humboldt, als etwas Anderes erkannt, war es selbst, der die unbedingte Allmacht des Absolutismus plötzlich wieder an die Stelle seines langgeübten „liberalen Despotismus" zu setzen angefangen hatte, als der Tod ihn überraschte.

2. Stillstand der innern Entwicklung Rußlands unter Nikolaus I.

War Alexanders letzter Wahlspruch „Ruhe um jeden Preis, Ruhe in ganz Europa und in Rußland besonders" gewesen: so war der seines Nachfolgers, des Czaren Nikolaus I., „Ordnung um jeden Preis." Hatte sein Bruder Alexander in dem zweiten Abschnitt seines Lebens seine Zeit, welche lediglich Bewegung war, schwer mißverstanden: so ging seinem Nachfolger, der an Geistesgaben unter ihm, wenn auch an Charakterstärke über ihm stand, das Auge für den Gang der Menschheit ganz ab. Dieser Kaiser setzte sich in völligen Widerspruch mit seiner Zeit: wie mit Europa, so mit den Bedürfnissen seines eigenen Reiches, nicht nur mit den Bedürfnissen der erst einverleibten Völker des Westens, sondern selbst altrussischer Lande, in welchen Keime der neuen Zeit sich regen wollten.

Die innere Entwicklung Rußlands stand ganz still unter der Regierung des Czars Nikolaus I., obgleich diese ein Menschenalter dauerte.

Und weil jeder Stillstand ein Rückschritt ist auf dem Gebiete des geistigen, des sittlichen und des politischen Lebens: machte Rußland unter ihm, der vorwärts zu schreiten wähnte, solche Rückschritte, daß es im Krimfeldzug nicht erlag, sondern erliegen mußte.

Es gehörte kein Prophetenauge dazu, um dieses Ergebniß vorauszuschauen. Sein ganzes Leben und Regieren war ein so ungeheurer Irrthum, daß schon im Jahre 1848 ein Geschichtschreiber voraussagte, Nikolaus I. „werde der letzte ächt russische Czar, der letzte Ritter des moskowitischen Slaventhums sein, und er werde seinem Nachfolger die drohendste Gefahr einer Revolution hinterlassen, welche gleichzeitig die religiösen, socialen und politischen Bestände des Lebens durchwühlen werde, wofern nicht Alexander II. freiwillig des Czaren-Absolutismus und dessen sich entäußere, was ihn unverträglich mache mit den Anforderungen der Gegenwart und ihrer Fortentwicklung, unverträglich mit deren erstem Gesetz, jedem Unterthan das Recht menschlicher Selbstbestimmung und staatsbürgerlicher Ausbildung zu gewähren." —

Man hat lange in Europa durch die Redensart täuschen wollen und sich täuschen lassen, Rußlands Völkervielheit und ihre Verschieden-

heit an Kultur lassen das nicht zu; für den Kirgisen und Kalmüken und die asiatischen Horden Rußlands passe nicht, was für die Polen und die deutschen Ostsee-Provinzen Rußlands; jenen rohen Völkerschaften und Stämmen fehle dafür die erste Vorbildung. Diese Täuschung floß theils aus Mangel an Geschichtskunde und an Staatsphilosophie, theils aus Mangel an gutem Willen. Gerade umgekehrt mußte man sagen, dasselbe, was für die Kirgisen, die Tschutschken und Kalmüken einem Selbstherrscher passend dünken möge, auch den Polen anpassen zu wollen, sei Mißgriff und Frevel; ebenso, wie die deutschen Völkerschaften Rußlands den Moskowitern gleich zu halten oder gar die deutschen Ostsee-Provinzen moskowitisch zu machen.

Maßgebend für Staatsverhältnisse in Rußland mußten nicht bloß für einen großen Geist an der Spitze des Reiches, sondern für jeden Kaiser, welcher den Gang der Weltgeschichte, die Bedürfnisse der Völker und Zeiten verstand, diejenigen Völker des Reiches sein, welche den wahren Kern seiner Macht bildeten, also diejenigen, welche in der Kultur vorgeschritten waren, und die Träger der Reichsmacht durch Intelligenz, Steuerkraft und der Zeit entsprechende Waffenfähigkeit und Waffenübung. Nicht die Barbaren des Reiches konnten maßgebend sein, sondern die Kulturvölker, von welchen gerade die an Zahl und sittlich-politischem Werth mächtigsten noch vor Kurzem einer viele Jahrhunderte alten Freiheit genossen hatten. Von diesen allein konnte das russische Reich nach und nach ein Gepräge empfangen, welches der christlich-europäischen Gesittung ähnlich wurde, da die „dünne Tünche äußerlicher Civilisation auf hyperboreischer Barbarei" den Namen Bildung nicht verdient.

Nicht die vorgeschrittenen Völker noch roher Völkerschaften wegen zum Stillstand oder zum Rückschritt zu zwingen, ist Staatskunst, sondern das, solche Staatsverhältnisse gesetzlich zu schaffen, daß es den ersteren darin wohl bleibt, und den letzteren möglich wird, in diese sich fortschreitend hineinzuleben. Gerade die Freiheit staatlicher Einrichtungen ist die schnellste Erzieherin und Bildnerin, und die größten Staatsweisen haben aus der Geschichte nachgewiesen, daß kein Volk so roh ist, daß es unter einem freien Staatsgesetz, unter den Einflüssen eines Rechtsstaates, sich nicht schnell in die Gesetze einlebe, sich bilde, reife und fortschreite. Diesen Weg ging Nikolaus I. nicht.

3. Anschauungen und Zwecke des Czars Nikolaus I.

Des Czars Bruder und Vorgänger, Alexander, hatte im Anfang seiner Herrschaft diesen Weg betreten, und war am Ende derselben in die Bahn der Reaktion, in das System des Schreckens und der Bajonette hinüber gegangen. Daß das sein Bruder that, das sprach in den Augen seines Bruders dafür, die frühere Regierung seines Bruders sei eine Zeit des Irrthums, das czarische Auftreten in den letzten Jahren desselben das Naturgemäße und Richtige gewesen. Daß die Wiedergeburt Rußlands unter Alexander nicht bereits als ein vollendetes Werk bei seinem Tode dastand, daraus schloß Nikolaus, sie sei überhaupt nicht thunlich.

Er war dem Staatsleben überhaupt fern, der Verwaltung ganz fremd geblieben bis zu seiner Thronbesteigung, und so fehlte ihm die Gelegenheit, sein Auge staatsmännisch zu schärfen und die Ursachen zu sehen, aus welchen Rußland unter Alexander weder zu der Gesittung, noch zu den materiellen Vortheilen gelangte, die beabsichtigt waren, und in deren Genuß das übrige gebildete Europa war. Das Meiste, was seinem Vorgänger mißlang, war darum Versuch geblieben, weil Alexanders Leidenschaftlichkeit zwar schnell neue Gedanken von Außen annahm, sie hastig ins Werk zu setzen anfing, aber ohne die Stetigkeit und Ausdauer war, deren es zu ihrer Durchführung bedurfte. Auch gefiel ihm zuerst eine Idee, aber sehr mißfielen ihm öfters die F o l g e n, die sich aus der Durchführung dieser Idee ergaben, und weil er vor den Folgen der Idee zurückscheute, wandte er sich von der I d e e selbst wieder ab, mitten in der Durchführung, und sprang zu neuen andern Versuchen über.

Ohne alles Beharren bei dem einmal in Angriff Genommenen, hatte er zudem Vieles angefangen, ohne das Eine mit dem Andern in Zusammenhang und Einklang zu bringen. Seine Neuerungen griffen nicht nur nicht ineinander, weil sie nicht von einem klaren, festen politischen System ausgingen, sondern viele waren darunter, welche vornherein mit einander in Widerspruch waren und sich kreuzten. Bei manchem, was eingeführt wurde, fehlte die naturgemäße Begründung, und weder er noch seine Werkzeuge verstanden es, die fremde Bildung so der russischen Nationalität anzueignen, daß die Nationalität nichts dadurch von ihrem Wesen verlor, und doch sich sittigte und hob.

Hatten sich im letzten Jahre Alexanders gefährliche Kräfte, eine Militärverschwörung, Bauernaufstände und eine durch alle Schichten gehende Unzufriedenheit und Gährung um den Thron seines Vorgängers gesammelt: so waren diese unheimlichen Regungen im russischen Reiche noch ein weiterer Beweggrund gewesen, daß Nikolaus vornherein als Czar im alten asiatischen Styl auftrat. Wie er angefangen hatte mit gewaltsamer Niederwerfung jener Verschwörung unter den Garderegimentern, so war, weil er durch Gewalt und Schrecken gesiegt hatte, seine ganze Regierung fortan ein System, das durch Furcht niederhalten und herrschen wollte. An die Stelle der Alleinherrschaft im Gewande europäischer Humanität, umflossen vom Scheine des Liberalismus, wie sie im ersten Viertel des Jahrhunderts in Rußland gewesen war, hatte sich Nikolaus, unter Soldaten aufgewachsen, vornherein die Aufgabe gestellt, zur Stütze seines absoluten Thrones die Militärgewalt zu machen; dann auf sie gestützt, das Czarenthum in seiner alten Reinheit und asiatischen Fülle, wonach das Haupt des Staates auch das Haupt der Kirche war und der einzige Herr im Reich, der Gott auf Erden, wieder herzustellen, und zugleich allen Bestandtheilen des Reiches das Russenthum aufzuzwängen.

Ebendamit stellte er sich gegen die Fortschritts- und Freiheitsbewegung der ganzen Welt und Zeit.

Er fuhr fort, seinen Haß gegen alles constitutionelle Leben und Streben offen auszusprechen, und bei jeder Gelegenheit zu bethätigen. Er glaubte nicht nur wie Sedlnitzky „das Drehen der Welt aufhalten," sondern die Zeit selbst rückwärts drehen zu können. Weil er seine Zeit nicht verstand, und die Welt weder innerhalb noch außerhalb seines Reiches begriff, warf er der ganzen Zeit den Fehdehandschuh hin.

Es gelang ihm, dreißig Jahre lang durch die Bajonette der Militärherrschaft „Ordnung in Rußland zu machen," wie sein eigener Kunstausdruck lautete, und sein ungeheures Reich gegen Europa, gegen die ganze Welt abzusperren durch einen eisernen Grenzgürtel, durch die Lanzen der Kosaken und Kalmüken. Aber diese „Ordnung" hob Rußland nicht, sie hielt und drückte es nieder. Schweigen, wie die öde Stille seiner Steppen und Wüsten, lag über den bevölkertsten Theilen des Reiches, Schweigen der Furcht und des sklavischen Gehorsams, aber auch Stillstand jeder Entwicklung.

Unter dem starren Mechanismus, an dessen Spitze der absolu-

tistische Selbstherrscher stand, war nirgends eine Spur von jenem Völkerleben zu sehen, das ein lebendiger Staatsorganismus zu wecken pflegt, unter welchem alle Kräfte sich entfalten, alle Hände in munterem Fleiß sich regen, und die Geister feurig sich bewegen.

In den letzten acht Jahren seines Lebens saß er, eine tiefe Wunde in seinem Innern, über dem Leichensteine, den er, ohne zu wissen, was er that, über das unter Alexander I. aufgeblüthe Leben Rußlands gelegt hatte: alle seine, von seinem Standpunkte aus gewiß redlich gemeinten Ansichten — waren gescheitert, vereitelt, ohne allen Erfolg; seine Plane alle waren zu nichte gemacht, seine stolzen Hoffnungen geknickt; er war auf allen Gebieten seines Wollens und Strebens gänzlich geschlagen.

Sein ganzes Leben und Regieren lag als ein ungeheurer, langer, vom Schwerte des Weltgerichtes entzwei gehauener Wahn zu seinen Füßen, starrte als ein böser Irrthum, von dem der Nimbus abgezogen war, ihn an, verbitterte, verdüsterte, grimmte ihn. Er hatte nicht bloß nicht gesiegt, sondern Rußland war durch ihn hinter der Welt und Zeit zurückgeblieben; das glänzende Dunstbild von der Uebermacht und Unbesieglichkeit Rußlands war zerronnen, und das in Trümmer geschossene Sebastopol leuchtete mit seinen Flammen und rollte mit dem Schutt seiner stürzenden Thürme und Mauern um das Sterbebett des Czars, der zu spät erkannte, daß die Menschen weder Maschinen noch Thon sind, der sich nach Belieben formen läßt; daß die Welt sich bewegt, allen Selbstherrschern zum Trotz; daß die Zeit sich nicht zurückdrehen läßt; und daß der Geist in der Zeit der allein zuletzt immer Siegreiche, der allein Unüberwindliche ist.

4. Nikolaus und der altczarische Grundsatz gegenüber vom Zeitgeist im Innern und nach Außen.

Nikolaus mußte die Erfahrung machen, daß der Zeitgeist selbst Rußland unabwendbar berührt hatte, und die Heiligkeit, die vordem die Person des Czars umschwebte, unwiderbringlich dahin war.

Die asiatische Art heiliger Scheu vor dem Czar hing mit den altreligiösen Vorstellungen des Russen zusammen; von diesen religiösen Vorstellungen hatte die neue Zeit Manches abgestreift und weggenommen in manchem russischen Herzen und Kopf. So wenig das ganz und nach allen Seiten hin neuzeitig aussehende Petersburg am

finnischen Meerbusen die alte heilige Czarenstadt Moskau war, wo jeder Stein ein altrussisches Aussehen hatte; so wenig war in den Augen vieler Hunderttausende von Russen der Kaiser, der zu Petersburg saß, noch jener Czar von altheiliger Weihe umflossen, vor dem sich einst in Moskau der vornehme und der geringe Russe unter schauernder Verehrung in den Staub warf. Diejenigen Massen, welche noch in dieser altrussischen Anschauung befangen waren, gehörten eben nicht zu den Tonangebenden im Reiche.

Die Letztern, die vornehmen russischen Stände, hatten sich nicht nur in die französischen Formen, sondern auch in die französische Literatur und Zeitbildung eingelebt. Alle diese sahen den Czar nicht mehr im „asiatischen" Lichte; für sie war er nicht mehr der religiös berechtigte Alleingebietende auf Erden, „der Despot mit halb göttlicher Machtvollkommenheit," dessen „weltliche Krone geheiligt war durch die Tiara des Patriarchats," durch den Heiligenschein des Oberhauptes auch der Kirche. In deren Gedankenkreis paßte der Czar alten Zuschnitts nicht mehr.

Für ihre Bildung war die Vorstellung eines unbeschränkten, über alle äußern Gesetze erhabenen Alleinherrschers etwas Abgethanes, ein Unding, etwas der Vernunft, der Natur und den Geboten Gottes Widerstreitendes. Unzeitgemäß war selbst in russischer Luft und auf russischem Boden für diese Kreise, und damit für die Mehrzahl der den Gang der Dinge in Rußland bestimmenden Klasse, ein Mensch geworden, der berechtigt wäre, wenn es seinem, dem „höchsten Willen," anders gefiele, über jedes Gesetz sich wegzusetzen, jedes Gesetz abzuschaffen, Niemand als sich selbst und seinem Gewissen verantwortlich zu sein und doch „über Leben, Freiheit und Eigenthum des Einzelnen und der Gesammtheit der Unterthanen willkürlich verfügen," jedem Einzelnen nach Belieben, gegen das, wozu ihn die Natur und eigene Neigung bestimmten, befehlshaberisch und ohne Widerspruch zu dulden, „eine Lebensbestimmung aufzwingen zu können."

Für ihre Bildungsstufe war an und für sich schon der Zustand unter einem solchen „höchsten Willen" etwas Unerträgliches, etwas, dem das Innerste widerstrebte; wenn sie auch nicht täglich in französischen und deutschen Schriften es zu lesen bekommen hätten, daß ein Staat mit einer solchen Spitze nichts sei, als Gesetzlosigkeit, Unvernunft, und vom Standpunkte des göttlichen Wortes aus — eine Gottlosigkeit.

Im Hinblick auf diese Verhältnisse der Zeit hat man schon lange vor dem Tode des Kaisers Nikolaus I. jene Weissagung ausgesprochen und gelesen, „Nikolaus werde der letzte ächtrussische Czar sein.“ Für Jeden, welcher das Jahrhundert, seinen Entwicklungsgang und die Unwiderstehlichkeit seiner Einflüsse auf Alles in der Welt, erkannte und zu würdigen wußte, war die Fortsetzung des alten Systems in Rußland auf die Dauer eine Unmöglichkeit; es mußte an den Anforderungen der Zeit zerscheitern.

Eine russische Denkschrift aus dem Jahre 1848 suchte Nikolaus als den Helden zu verherrlichen, welcher an der Spitze des Kampfes gegen die zersetzenden und zerstörenden Kräfte stehe. Diese Denkschrift stellte Rußland als die konservative Hauptmacht auf die eine Seite, und die Revolution auf die andere Seite. Sie erkannte nur zwei Hauptelemente in Europa an: Rußland mit seiner Politik und die Revolution mit ihren Bestrebungen, als die beiden Elemente, welche einander bekämpfen. Für den Verfasser der Denkschrift wie für Nikolaus war es ein verhalltes Wort, oder ein niegehörtes, das Wort nämlich, daß „die Revolution ihre Reise um die Welt machen werde.“

Vor einem halben Jahrhundert hatten die größten englischen Staatsmänner, auch die konservativsten Tories, die Wahrheit dieses französischen Wortes durchaus begriffen, und ihr Staatsverfahren darnach gerichtet. Alle tieferen Männer der Staatswissenschaft in Europa waren darin eins, daß jeder gewaltsame Widerstand gegen die freiere Entwicklung der Menschheit in Kirche und Staat, in allen Verhältnissen des Lebens, ein durchaus erfolgloser sein müsse, weil diese Entwicklung nach ewigen Naturgesetzen des Völkerlebens vor sich gehe, weil es eine „organische Kultur“ sei. Für sie alle war der Absolutismus etwas Unorganisches in der Zeit, und die Reaktion des absoluten Herrscherthums darum etwas Unzeitgemäßes, Unhaltbares.

Selbst die Chemiker, in Anerkennung der gleichen ewigen Gesetze in Natur und Geschichte, lehrten die Naturnothwendigkeit der Staatsumwandlungen. Der größte Naturforscher der Welt, Alexander von Humboldt, hatte das immer offen gelehrt, und selbst der berühmte Chemiker, Freiherr von Liebig, hat jetzt in die vierte Auflage seiner „chemischen Briefe“ für Fürsten und Völker das gleiche Gesetz als Naturnothwendigkeit hingestellt.

„Die politische Geschichte der Völker, sagt Liebig, dieser Freund von Königen, zeigt uns drei Epochen. In der ersten entwickeln sich

die Eigenschaften der Menschen in allen ihren Gegensätzen. Die Schwäche unterordnet sich der Stärke; Weisheit, Erfindungsgaben werden als göttliche Eigenschaften verehrt, in Geboten werden die allgemeinsten Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens niedergelegt. Alle diese Gebote beginnen mit: Du sollst! Die Menschen haben Pflichten, keine Rechte. In der darauf folgenden Epoche entwickeln sich alle Beziehungen der Abhängigkeit dieser Eigenschaften. Der Streit der einander entgegen gesetzten Eigenschaften führt zu Gesetzen; aus dem Bewußtsein des Rechts entwickelt sich das Bewußtwerden von Rechten. Durch die Zusammenfügung gleichartiger Rechte entstehen die Gewalten. Der Kampf der einander entgegengesetzten Gewalten führt zu Revolutionen; eine Revolution heißt der Vorgang der Störung oder der Herstellung eines Gleichgewichtszustandes. In der letzten Epoche wird das Verhältniß der Abhängigkeit aller Eigenschaften, Rechte oder Gewalten festgestellt, welche dem Einzelnen die freieste Entwicklung aller seiner Fähigkeiten und Eigenschaften ohne Nachtheil für den Andern sichert. Die Revolutionen sind dann am Ende."

5. Militär- und Polizeiherrschaft in Rußland.

Während unverkennbar die Völker Europa's an der dritten Epoche angekommen waren, wähnte Nikolaus, seine Russen auf der ersten Epoche zurückhalten zu müssen und Europa auf dieselbe zurückführen zu können. Selbst die Physiognomie des Czars Nikolaus wies auf nichts Deutsches, sondern auf altrussisches Gepräg und Naturell. Damit der allerhöchste Wille allein gelte, stützte er sich, wie Kaiser Franz vor ihm in Oesterreich, auf die Militärherrschaft und die Polizeiherrschaft.

Er umgab sich bloß mit Militärpersonen, und zwar massenhaft: auf 120 vermehrte er die Zahl der kaiserlichen Generaladjutanten, die Flügeladjutanten waren Legion. Diese Generaladjutanten waren keineswegs bloß für das Heerwesen da, sondern sie hatten die Aufgabe und die Befugniß der Controle und Visitation des gesammten Räderwerks der russischen Staatsmaschine: alle Behörden ohne Unterschied, Justiz-, Finanz- und Studienbehörden ebenso wie die Militärkanzleien, hatten jedem Generaladjutanten ihre Akten zur Einsichtnahme vorzulegen, ihm Rechenschaft über die Verwaltung und Rechnungsvorlage zu thun, sobald er es verlangte. Die Generaladjutanten

waren die unmittelbaren Commissäre des „allerhöchsten Willens;“ durch ihre Augen sah der Czar. Hart am Czar und um den Czar stand nichts als Militär: so ergab sich von selbst, daß von nun an das Militär noch weit überwiegender als zuvor den ersten Rang und Machtkreis in Rußland hatte.

Alles drängte sich darum in die militärische Laufbahn; wer „Carriere machen“ wollte in irgend einem Zweige des Staatsdienstes, zog den Soldatenrock an; denn bei allen höheren und höchsten, selbst solchen, welche mit einer militärischen Laufbahn völlig unvereinbar scheinen, wurden nun diejenigen in Besetzungsfällen bevorzugt, welche die Militärlaufbahn gemacht hatten.

Vor Nikolaus war es in Rußland hergebrachte Rangordnung, daß die Beamten der Civilverwaltung militärische Titel hatten. Der Collegienrath, der Ministerialrath, der Direktor und Präsident hatten in der Rangordnung, in dem „Tschin,“ Rang und Titel als Oberste, Generalmajors, Generallieutenants, Generale. Aber die wenigsten von ihnen hatten eine Militärlaufbahn gemacht, und es stand ihnen frei, nach ihrem Kanzleititel sich Rath und Staatsrath oder Oberst, Generalmajor und Generallieutenant zu nennen.

Mit dieser „Rangordnung“ vor Nikolaus ist nicht zu verwechseln, was so eben von der Zeit des Czars Nikolaus gesagt wurde. Er besetzte mit wirklichen, nicht mit titulirten, Militärs die hohen und höchsten Posten des Reiches. Nicht nur im Ministerium, im Senat und im Reichsrathe saßen, je ein paar Mitglieder ausgenommen, lauter wirkliche Militärs bald nach dem Regierungsantritt des Czars Nikolaus, sondern auch in den diesen höchsten Posten nächststehenden Beamtungen. Eben so war die Diplomatie Rußlands in der ganzen Welt durch wirkliche Militärs vertreten.

Während in Preußen gerade die kenntnißvollsten Fachmänner als Präsidenten an der Spitze der Verwaltung der Provinzen standen, und dadurch, daß sie Männer vom Fach waren, alle Staatsquellen richtig behandelten und Staatskasse wie Bevölkerung in ein gewisses Gefühl des Wohlstandes brachten: waren in Rußland dieselben Stellen alle unter Nikolaus von Offizieren besetzt, von wirklichen Militärs, welche ihre Laufbahn durch die Offiziersschule und die Armee gemacht hatten.

Die Nachtheile dieses Systems springen in die Augen. Der Mann des Schlachtfeldes kann zwar auch ein tüchtiger Kopf für die Verwaltung und selbst für das Unterrichtswesen sein, aber nur aus-

nahmsweise; während wohl umgekehrt es zahlreiche Fälle gibt, wo der Mann der Verwaltung, selbst der Mann der Kirche, sich tapfer schlägt im Felde und einen tüchtigen Anführer abgibt. So war des Czars ganze Umgebung, so waren seine höchsten Staatsbeamten im Ministerium, wie an der Spitze der einzelnen Verwaltungszweige weiter hinab, von ihm aus dem Feldlager und aus der Kaserne genommen, obgleich Nikolaus weder ein Kriegsfürst, noch ein Feldherr, noch überhaupt kriegerischer Art, ja niemals eigentlich im Felde gewesen war.

Das Militärische war bei ihm nur eine Liebhaberei, und hing zusamen mit seiner Ansicht von der Welt. Die Welt dünkte ihm ein Gegenstand für das Commando, und er dünkte sich selbst der absolute Wille, von Gott berufen, die Welt nach seinem Gutdünken zu commandiren, wie eine Armee. Darum nahm unter ihm ganz Rußland ein soldatisches Aussehen an; die ganze Staatsverwaltung steckte er in Militäruniform, und stellte sie unter das Commando seines einzigen, wie er sich schmeichelte, Willens. Die Ergebnisse dieses absoluten Czarenthums sind bekannt.

Es versteht sich, daß Nikolaus nur solche Männer mit seinem Vertrauen und mit den höheren Stellen ehrte, welche auf seinen Absolutismus eingingen, welche in den Grundsätzen und in der Auffassung der Aufgabe ganz mit ihm in Einklang sich zeigten. Die hervorragendsten Namen darunter waren Benkendorff, Orlow, Adlerberg, drei persönliche Freunde des Czars von seiner Großfürstenzeit her, Diebitsch in den ersten Jahren seiner Regierung, Woronzow, Paskewitsch, Cancrin; in seiner spätern Zeit Kleinmichel; lauter Soldaten.

6. Finanzminister Cancrin und dessen System.

Unter seinem Finanzminister Graf Cancrin, sagt man gewöhnlich, habe sich Rußland dem Staatsbankerott entrissen, welchem es das Finanzministerium Guriew in den letzten Jahren Alexanders I. nahe gebracht habe; und durch Cancrin haben die Einkünfte Rußlands vom Jahre 1826 bis zum Jahre 1844 um 160 Millionen Rubel Banko sich vermehrt. Gewiß ist, daß Cancrin dem Nationalwohlstand und den Steuerkräften Rußlands unermeßlich geschadet hat; denn sein System widersprach allen Grundsätzen, welche die europäische Nationalökonomie in Theorie und Praxis aufstellt.

Cancrin, ein geborener Deutscher, und in seinen Jugendjahren im untergeordneten Staatsdienst eines deutschen Landes, Hessendarmstadts, hatte sich ganz ins Russische umgedacht, und sich so anschließend in den russischen Absolutismus übersetzt, daß der ehemalige deutsche Kanzleimann und russische Graf vollkommen für einen altrussischen Originaltext gelten konnte. Cancrin war so eingefleischter Altrusse und Absolutist geworden, daß er es in dem Einen dem Czar, in dem Andern dem fanatischsten Moskowiterbojaren zuvorthat. Nur nichts Europäisches in unser Rußland herein! war sein Grundsatz. Damit war er der Mann für Nikolaus, der starr blieb in der Ansicht, das Glück seiner Russen bestehe darin, daß keine Neuerung eingeführt werde, welche in irgend einem Stück die altrussischen Lebenselemente störe, das spezifisch russische Wesen alterire, und es müsse dahin regiert werden, die Russen in der alten Unterwürfigkeit fortzuerhalten, und das Aufkommenwollen jeglicher Selbständigkeit in den russischen Völkern zu unterdrücken.

Nikolaus war ganz angesteckt von der Gespensterfurcht des österreichischen Kaisers, des alten Franz, und sein Minister Cancrin diente seinem Czar so eifrig, und innerlich viel überzeugter, als Metternich seinem Kaiser, die Kaiserstaaten gegen alle europäischen Einflüsse abzusperren und selbst den Gewerbs- und Handelsverkehr zu überwachen, zu beschränken und im Bann zu halten, damit keine „revolutionären Ideen" sich über die Gränze schmuggeln. Kein Russe durfte aus dem Reiche hinaus auf eine Geschäfts-, Berufs- oder Vergnügungsreise, ohne hohe Erlaubniß; Nichts, weder Mensch noch Ding, durfte über die Gränze herein, ohne zuvor quarantäneartig durchräuchert, oder durch Atteste als sauber, als ungefährlich erfunden worden zu sein. Der Hauptgrundsatz: „So, wie es ist, muß es bleiben, und der allerhöchste Wille immer allein der Mittelpunkt von Allem in Rußland sein!" leitete den Grafen Cancrin bei allem seinem Finanzverfahren.

Cancrin hatte seinen Herrn darin ganz ausgefunden, daß dieser durchaus ohne die Fähigkeit war, aus Liebe zur Nation auch nur das Geringste von seiner Allgewalt aufzuopfern, und daß ihm das Erste und Höchste war, schrankenlosester Selbstherrscher zu sein. Dieser „gemüthlose, opferunfähige Egoismus" war auch, nach physiognomischen Beobachtungen, von der Natur im Angesicht des Czars Nikolaus stark ausgeprägt. Mit dieser Kenntniß der Natur seines Herrn wußte auch Cancrin ihn zu bannen und zu lenken; das war das Geheimniß

seines Einflusses auf ihn, womit er jeden Widerstand desselben sogleich brach.

Wollte Nikolaus durch irgend Jemand, dessen Person oder Plan dem Finanzminister nicht angenehm war, zu etwas sich bestimmen lassen, und wär' es die zeitgemäßeste und für Rußland wohlthätigste Maßregel gewesen: so wirkte wie ein Zauberspruch, so daß Nikolaus die schon an's Werk gelegte Hand schnellst zurückzog, das für solche Fälle immer bereite Wort Cancrin's, „die Ausführung der Sache würde dem Selbstherrenthum des Czars, dem Prinzip der Stabilität, schaden."

Fürst Lubetzkoi hatte eines Tages den Vorschlag gemacht, eine auf die Beweglichkeit des Grundbesitzes berechnete Bank zu errichten, und der Kaiser zeigte sich angesprochen von diesem Vorschlag. „Es ist kein Zweifel, bemerkte Graf Cancrin, die Grundbesitzer, die Handelswelt und der Schatz werden sich ganz wohl bei dieser Einrichtung befinden; doch werden Ew. Majestät innerhalb eines Jahrzehnts kein Rußland mehr regieren, es wird ein ganz anderer Staat geworden sein." Vor diesem einzigen Worte Cancrin's schwand erschreckt die Neigung des Czars für den Vorschlag Lubetzkoi's. Der Vorschlag blieb ohne Folgen, wie andere Vorschläge, — weil es beim Alten bleiben mußte, beim alten Rußland, d. h. bei der alten Allgewalt des Czars.

Weil das die oberste Rücksicht war, vor welcher alles Andere unberücksichtigt bleiben mußte, hatte Cancrin immer leichtes Spiel jedem Andern gegenüber, der etwas Neues aufbrachte. Aber eben weil der ungeschmälerte Fortbestand unbegränzter Willkür, asiatischer Allmächtigkeit des alleinherrschenden Czarenthums und eines sclavisch unterwürfigen Rußlands, unter Nikolaus das Höchste war, vor welchem Personen und Maßnahmen, Kirche und Staat, Volk und Zeit in keinen Betracht mehr kamen, und welches für jeden Diener des Czars als oberstes Gesetz und einzige Richtschnur seines Denkens und Handelns vorgezeichnet war: blieb es geradezu unmöglich, das in Rußland einzuführen, was in Europa Fürsten und Völker in ihren Staaten einführten zur Hebung des Nationalwohlstandes und zur Stärkung der Staatskraft.

Hunderte von Einrichtungen auf dem Gebiet der Staatswirthschaft und der Nationalökonomie, wie auf dem Gebiet des Schulwesens und der allgemeinen Volksbildung, womit doch die Steigerung dauerhafter Steuerkraft aufs Engste zusammen hängt, waren aus diesem

einzigen Grunde in Rußland durchaus unmöglich, so lange diese Rücksicht als die erste galt, d. h. so lange Nikolaus lebte. Da Cancrin wußte, daß der Czar, sein Herr, nichts so sehr hasse, als die Revolution, und nichts so sehr fürchte, als die Russen könnten durch Neuerungen in ihrer Lage zur Revolution geneigt werden: so war dieser Finanzminister bei jeder Gelegenheit mit dem altrussischen Sprüchwort zur Hand: „Ein Hund, der fett wird, wird toll.“ An dieses Sprüchwort, das er zu seinem Wahlspruch machte, pflegte er stets die Bemerkung anzuschließen, „die Lage des Volkes zu verbessern sei durchaus unnöthig, ja schädlich und gefährlich; diese Lehre und Nutzanwendung sei aus diesem russischen Sprüchwort zu ziehen.“

So geringschätzig dachte und sprach Cancrin, der Deutsche, aus der deutschen Kanzlei alten Styls, nicht bloß von dem russischen Volk im engeren Sinne, sondern von der russischen Nation; sie war in seinen Augen ein „Hund,“ der toll werde, wenn man ihn fett mache; für sie hielt er jede Verbesserung ihrer Lage unmöglich, weil die Folge einer besseren Lage die Gefahr des Revolutionirens wäre. Unausstehlich waren ihm darum die neueröffneten Verkehrs-Mittel und Wege, mit welchen sich Europa durchzog.

Es war nicht Mißachtung aus bloßer Beschränktheit des Kopfes, sondern es war Furcht vor ihren Wirkungen auf das politische Leben der Völker, wenn ihn die Eisenbahnen oft in eine Art Wuth versetzten. „Das sind Dummheiten,“ pflegte er dann heftig zu sagen, wie außer sich; „in zwanzig Jahren wird es keine einzige Eisenbahn auf der ganzen Erde mehr geben. Freilich stehe ich jetzt Allen mit dieser Ansicht allein gegenüber. Ich weiß es wohl, daß sie auch hieher kommen werden. Denn das ist wie die Cholera, das macht seine Reise um die Welt. Der Kaiser will es durchaus, und so muß es gemacht werden. Aber wenn ich einmal todt bin, wird er an mich denken, und daß ich es nicht gewollt habe.“

Der Czar hatte nämlich durch den Hof sich dahin bestimmen lassen, zwar nicht eine Eisenbahn nach der Gränze, doch aber eine von Petersburg nach Moskau zu beschließen. So lange aber Cancrin lebte, der nur nach langem Widerstande sich dazu beugte, machte die Petersburg-Moskauer-Eisenbahn schlechte Fortschritte: sie kam nicht weiter zu Stande, als bis zu den beiden nahe gelegenen Lustschlössern Zarskoje Selo und Pawlowsk, südlich von Petersburg. Jahr aus Jahr ein war im Budget für die Verkehrswege in dem großen russischen Reiche so wenig vorgesehen, daß es in gar keinem Verhältniß

auch nur zu dem Nothwendigsten stand, und die Budgets der kleinsten deutschen Staaten verhältnißmäßig glänzend dafür bedacht waren. Unendlich viel hätte geschehen sollen und können für die Verkehrsstraßen zu Land und Wasser; aber es geschah ganz wenig für den Verkehr nach dem Innern des Reichs hin, so gut als nichts nach den Gränzen hin. Die Flüsse wurden nicht regulirt, neue Straßen wurden nicht gebaut, die alten Wege wurden nicht zeitgemäß verbessert, weil Cancrin immer wieder sagte, ihre Verbesserung oder ihr Bau erleichtern nicht nur den Waaren-Verkehr, sondern auch den Gedankenaustausch; auf diesen Straßen kämen nichtrussische Anschauungen, Sitten, Begehrlichkeiten und Forderungen ins Reich herein, und zuletzt in die entferntesten Theile desselben. Die Aufgabe der russischen Politik aber sei, einerseits das altrussische Wesen zu erhalten, andererseits, was nicht russisch im russischen Reich bis jetzt sei, russisch zu machen, Alles zu „russifiziren;" beiden Zwecken wäre die Erleichterung des Verkehrs mit dem Ausland, ja schon die Erleichteung des Verkehrs im Innern des Reichs, entgegen. Ein europäisirtes Rußland und die Allmacht des Czars wären unverträglich mit einander; jede Aenderung in den bisherigen Verkehrsmitteln wäre eine Aenderung in der Lage, eine Schwächung der hergebrachten Allmacht des Czars.

Sobald diese Allmacht des Czars, könnte es scheinen, als das vor Allem oder allein zu Berücksichtigende galt, war diese politische Auffassung und Handlungsweise die richtige: das Dogma der russischen Kirche selbst, nach welchem der Czar der Stellvertreter Gottes auf Erden ist, mußte, wenn auch nicht gleich fallen, doch wesentliche Veränderungen und Beschränkungen erleiden, sobald die westliche Bildung mit der Barbarei der hoch- und niedergeborenen Massen in Rußland sich frei berührte, nicht bloß mit allerhöchster Bewilligung, sondern sogar unter Vorschub durch Staatsstraßen, durch Eisenbahnen und Dampfschifffahrt.

Selbst an dem großen Kanalsystem, das schon Czar Peter I. zur Verbindung des schwarzen und baltischen Meeres begonnen hatte, geschah nichts weiter von Bedeutung; alle Mängel des Verkehrs, wodurch noch heute Waaren aus dem Süden nach dem Norden des Reichs ein halb Jahr und darüber unterwegs sind, blieben ungehoben: wie überhaupt Handel und Gewerblichkeit aus den obigen Gründen es zu keiner Entwicklung bringen konnten, so sehr auch Nikolaus selbst im Innern des Reiches Handel und Gewerbe gerne

in Blüthe gesehen hätte. Man wollte die Sache, aber man wollte die Bedingungen nicht, unter welchen die Sache allein möglich ist.

Daß der Finanzminister Cancrin nicht allein die Ursache des Stillstands, der Hemmschuh der Entfaltung eines größeren Verkehrslebens war, dafür spricht, daß auch nach seinem Abgang wenig darin geschah. Auch unter seinem Nachfolger im Finanzministerium, unter der ganzen Regierungszeit des Czars Nikolaus geschah für den Plan, das europäische Rußland mit einem Straßennetz zu durchziehen, nichts weiter, als daß vier Linien gebaut, aber selbst diese nicht ganz vollendet wurden, und daß nur noch für militärische Zwecke einige Eisenbahnen in den westlichen Reichstheilen zu Stande kamen.

Die Einnahmen Rußlands blieben außer allem Verhälniß zu den Ausgaben, und die seit dem Krimmkrieg zu Tage liegende finanzielle Schwäche Rußlands erklärt sich aus dem befolgten System. Blenden, als hätte man über unerschöpfliche Hülfsquellen zu verfügen, kann ein Staat wohl eine Zeitlang, aber nicht auf die Dauer; ein Staat kann das Letztere so wenig, als ein Privatmann. Nur wo die Kräfte Freiheit der Bewegung haben, entwickeln sie sich fruchtbar und schaffen sie Reichthum, sich selbst und dem Staate zum Genuß; Despot und Sklave miteinander haben noch nirgends einen großen, nirgends einen reichen Staat erzeugt. Selbst wo die Natur vielfache Anlage zum Wohlstand gegeben hat, bleibt bei unterbundenen Kräften ein Land arm, ja es verarmt immer mehr.

Noch unter Cancrins Ministerium war, trotz all seiner volkaussaugenden Finanzkünste, Mangel für die täglichen Bedürfnisse des Hofs und der Verwaltung eingetreten, während von Rußland bezahlte Federn der Welt draußen, jenseits der russischen Gränzen, die Schatzkammer voll von aufgehäuftem Gold und Silber malten. Es war im Jahr 1841, als Cancrin dem Czar erklärte, entweder höre er auf, sein Finanzminister zu sein, oder S. Majestät haben die Reisen ins Ausland einzustellen, den Angriffskrieg im Kaukasus nicht fortzusetzen, und das Heer um 60,000 Mann zu vermindern.

Nikolaus trat diesen Ansinnen heftig entgegen; Cancrin blieb dabei, fest und unbekümmert, ob er dem Czar angenehm oder unangenehm sei. Der Czar wandte dem Minister zuletzt voll Zorn den Rücken und fuhr, ob es gleich mitten im Winter war, hinaus nach Peterhof. Der Finanzminister ging einfach in seine Ministerwohnung, ließ packen, räumte das Finanzministerium und siedelte in sein eigenes Haus am englischen Quai über. Nikolaus hatte sich drei Tage in Peterhof einge-

schlossen gehalten. Plötzlich erschien er wieder im Winterpalast, ließ den Finanzminister rufen und ging ihm mit den Worten entgegen: „Nun ja, Du hast Recht!" Der Czar genehmigte einen Theil der Forderungen Cancrins, und dieser stand jetzt fester als je auf seinem Posten, seine Macht und sein Einfluß waren nur noch gefürchteter für Hof und Reich, weil er jetzt nach diesem glücklich überstandenen und vorübergezogenen Ungewitter der Allerhöchsten Ungnade, allgemein als Derjenige galt, welchen der Czar selbst als unentbehrlich, als Eckstein des selbstherrlichen Czarenthums ansehe. An Höfen gilt sonst Niemand für unentbehrlich: um so höher stand jetzt der Finanzminister, weil der Czar und die öffentliche Meinung mit ihm eine Ausnahme machten, weil der Hof an seine Unentbehrlichkeit glaubte.

Der aus dem Deutschen ins Russische übersetzte Cancrin hatte übrigens noch eine Seite an sich, von welcher der Czar wußte, daß sie keine russische Nationaleigenschaft sei: eine Hand, welche sich mit unbestechlicher Uneigennützigkeit rein hielt von jeder unrechtmäßigen Bereicherung. Dieser sittliche Zug, der auf der breiten dunkeln Folie des russischen Beamtenthums um so stärker leuchtete, machte Cancrin, den finanziellen Retter in Nöthen, um so höher geachtet in den Augen seines Herrn, um so gefürchteter in den Augen des Hofs, des Heers, des Beamtenthums. Daß sein Finanzminister gefürchtet war, das gefiel dem Czar an ihm; auf die Furcht ja hatte Nikolaus vornherein seine Herrschaft gegründet, und Furcht, glaubte er ja, sei das mächtigste Mittel, die Menschen zu beherrschen.

Cancrin war ins Finanzministerium unmittelbar aus dem Kerker getreten: seine Feinde hatten ihn verleumderisch bezüchtigt, bei Verwaltung der Armeelieferungen Unterschleife gemacht zu haben: er wurde nicht bloß freigesprochen, sondern die seltene Reinheit seiner Hand, seine völligste Uneigennützigkeit, eben durch die Untersuchung gegen den Verhafteten ins hellste Licht gesetzt, und fünfundzwanzig Jahre lang behauptete er sich an der Spitze der russischen Finanzen, dem Haß aller Parteien zum Trotz.

Sein Nachfolger Wrontschenko trat ganz in die Fußstapfen seines Vorgängers: das Finanzsystem blieb das gleiche. Es blieb der Grundsatz und die Praxis, „den Privatcredit zu Gunsten des Staatscredits zu schwächen;" einerseits „diejenigen Kassen, aus denen vorkommenden Falls der Staat schöpfe, zu füllen," andererseits „den Privatverkehr auf die Hülfe der Regierung unmittelbar hinzuweisen, und von dem guten oder übeln Willen der Regierung abhängig zu machen."

Da die Gesetze dem Gläubiger keinen zureichenden Schutz gewährten, so war eben dadurch es den Capitalisten künstlich nahe gelegt, ihre Gelder in den kaiserlichen Creditanstalten lieber anzulegen, als im Privatverkehr, in industriellen Unternehmungen. Das hatte die Folge, daß am 1. Januar 1849 nach amtlichem Ausweis zu nur 4% gegen 307,000,000 Rubel Silber von Capitalisten in Staatscreditpapieren niedergelegt waren, Privaten aber, wenn sie auf Hypotheken eine Schuld aufnahmen, einem Zinsfuß von 10—12, ja von 12—13% unterlagen, und daß darum das industrielle Leben aller Zweige im Reich hinsiechte. Ueber der Sorge für die Staatskasse hatte man die Sorge für den Privatcredit, und eben damit für das auf Gewerb und Handel ruhende Nationalwohlsein entweder hintangesetzt, oder gar nicht an die Folgen eines solchen Systems für den Nationalwohlstand gedacht.

Es bestand zwar unter den vier Staatscreditanstalten auch eine solche, die absonderlich für Handels- und Industrieunternehmungen bestimmt war, „eine Handelsbank.“ Aber schon von Cancrins Vorgängern und von seinem Nachfolger, wie von ihm selbst, wurden die Handelsbank und die anderen Creditanstalten ganz willkürlich zum Besten der Staatskasse ausgebeutet, theils um in augenblicklichen Geldverlegenheiten des Staats der Regierung auszuhelfen, theils um bei Anlehen, welche die Regierung im Auslande machte, ihr gute Bedingungen zu sichern. Die Hauptgläubiger der kaiserlichen Creditanstalten waren die Grundbesitzer des Reiches; das Vermögen derselben bestand erstens in Grund und Boden, zweitens in Leibeigenen. Kam Theurung oder sonstige Noth, so gebot das Privatinteresse wie das Staatsinteresse, die Leibeigenen, diesen wesentlichen Vermögenstheil, diese Haupteinnahme-Quelle, nicht zu Grunde gehen, nicht verhungern zu lassen. In solchen Tagen der Krise forderten also die Gläubiger ihre eingelegten Kapitalien zurück, und andererseits wurden an die Staatscreditanstalten starke Ansprüche auf Darleihen gemacht. Der Staatsschatz, für sich selbst schon durch die Nothzeit in Anspruch genommen, wurde dann auch von den Staatscreditanstalten zur Aushülfe angefordert und geleert. Und die Folgen waren immerwiederkehrende Anleihen im Ausland.

Schon die Wiederkehr solcher Anleihen brachte in Rußland selbst Viele auf den Zweifel an dem so vielfach und oft gerühmten Baarvorrath in den kaiserlichen Schatzkammern. Noch im Jahre 1848 wurde amtlich bekannt gemacht, außer den Reservefonds der kaiserlichen Creditanstalten liegen über 115,000,000 Rubel Silber in Peter-

Pauls-Citadelle in unterirdischen Schatzgewölben. Die Bankiers Europas aber und die Politiker glaubten nicht daran, theils aus anderen Gründen, theils insbesondere weil zu gleicher Zeit das erst im Jahr 1850 wieder aufgehobene Verbot der Ausfuhr edler Metalle bestand; weil im Jahre 1848 die Gehaltzahlungen für die oberen Beamten Rußlands auf drei Monate eingestellt wurden; weil die nachherige Auszahlung dieser Gehalte nicht in Metall, sondern in Papier geschah; weil in Folge eines kaiserlichen Ukas vom 10. August 1849 sieben neue Serien der Schatzscheine, jede zu 3,000,000 Rubel Silber, binnen zwei Jahren ausgegeben wurden; weil Rußland das von Oesterreich so dringend gewünschte Anlehen von nur 60,000,000 Gulden nicht gewährte; und weil dagegen Rußland selbst gleichzeitig eine Anleihe von 35,000,000 Rubel Silber bei englischen Banken machte.

Das alles und noch vieles Andere im russischen Reiche schien den Denkenden und Rechnenden Gründe an die Hand zu geben, um die Baarvorräthe Rußlands und überhaupt seine Finanzlage weniger glänzend sich vorstellen zu müssen; vielmehr glaubten sie, daraus schließen zu dürfen, daß die innere und äußere Staatsschuld Rußlands sich reißend stark vermehre.

7. Rußlands Stillstand in der Entwicklung unter Nikolaus. Die sogenannte Magna-Charta der russischen Bauern.

Das System des starren Despotismus rächte sich an dem Despoten selbst. Der Despotismus hatte recht, ein reicher Staat duldet das Sklavenjoch des Absolutismus nicht; durch Fleiß und Geschick erworbener Reichthum gibt Selbstgefühl, und Selbstgefühl hat den Drang nach Freiheit. Aber umgekehrt ist es auch wahr, ein Sklavenstaat bleibt ein armer Staat. Alle Bemühungen des starren Despotismus, ein Handels- und Gewerbeleben aufzubringen, sind eitel, ohne alle Frucht im Großen.

Das hat Nikolaus erfahren, der die freie Bewegung abschnitt, selbst dem Handel und Gewerbe sie abschnitt, sie mit Lasten wie mit Hindernissen drückte, dem Privatverkehr die Geldkräfte der Creditanstalten entzog, und sie für die Regierungszwecke benützte, aber eben damit die Steuerkräfte der Unterthanen, ohne es zu wollen, theils abschwächte, theils gar

nicht zum Leben kommen ließ, und sich so selbst in die ganz eigenthümliche Lage brachte, selbst Ursache zu sein an der Unmöglichkeit, die Mittel zu finden, durch die ein Staat allein seiner Schulden los werden oder in Tagen der Reichsgefahr Gelder für sich flüssig machen kann.

Weil unter Nikolaus in Rußland nichts sich frei bewegen durfte, nichts sich selbständig entwickeln konnte, mußte es in und nach dem Krimmkriege gerade so kommen, wie es kam, mußte eine finanzielle Verlegenheit auf die andere sich häufen, und die politische Unmacht Rußlands seinen Gegnern gegenüber — sich selbst entblößen. Das war die Rache, welche diesem Theile der despotischen Verwaltung, diesem Finanzsystem, auf dem Fuße folgte.

Was an Gewerbs- und Fabrikthätigkeit unter Nikolaus in Rußland sichtbar wurde, schien von Zeit zu Zeit recht in Blüthe und Schwung zu sein. Aber auch das war Täuschung: es war nur eine vorübergehende Thätigkeit, vom Augenblick erzeugt, durch die eigenen russischen Kriegsrüstungen, nicht durch einen Absatz ins Ausland. Diese kurze Blüthe wuchs jedesmal aus dem Boden eines Landesunglücks, aus einem drohenden oder einem ausgebrochenen Krieg. Nur in der Getreideausfuhr machte der russische Handel eine Zeit lang Geschäfte, da in Rußland an Korn fette Jahre waren, während fast in ganz Europa magere Jahre, Mißwachs und Theurung waren. Das Ausfuhrverbot erschien, und auch dieser Handelszweig war todt.

Gar nichts geschah unter Nikolaus jahrelang für die Hebung des Ackerbaues und der Viehzucht und für die damit zusammenhängenden Zweige der Landwirthschaft. Rußland, vermöge seiner von Peter dem Großen her datirenden Eroberungspolitik, bot auch unter Nikolaus alle Kräfte auf, auswärts zu erobern, einzuverleiben und zu gewinnen; und doch hat die Natur selbst jeder russischen Regierung ein ganz anderes Eroberungsfeld als nächste Aufgabe und Arbeit vor die Augen und vor die Füße gelegt: Eroberungen im Innern des Reiches selbst.

Da liegen sie und dehnen sich endlos hin die ungeheuren unangebauten Strecken, so groß im Einzelnen, wie die größern Reiche Europas, so groß im Ganzen wie Europa selbst. Nicht als ob sie nicht des Anbaus und des Ertrages fähig wären: die Nationalökonomen Europa's, ja sogar die Rußlands haben das Gegentheil nachgewiesen, selbst für diejenigen Strecken, welche als ödes Heideland das Auge ermüden, und unabsehbare Flächen sind noch heute mit Urwald bedeckt, Wildniß, welcher nur die Axt des Ansiedlers fehlt,

welche den Wald niederschlägt, und die Pflugschaar, welche den Boden umbricht. Der Osten Rußlands und der Westen Nordamerika's winken einander nahe über's Meer herüber. Aus der westlichen Wildniß Amerika's steigen die Städte empor, verbunden durch Land- und Wasserstraßen, und goldene Kornfelder glänzen, wo noch vor zwanzig Jahren undurchdringliche waldige Wildniß war. Diese mächtige Kultur auf der einen Seite, so plötzlich aufgeschossen, und diese lange und breite, beharrliche Unkultur auf der andern Seite, über welche Jahrhunderte hingezogen sind, ohne daß etwas für Anbau und Bevölkerung geschah, spiegeln klar und in seiner ganzen Größe den Unterschied ab zwischen den Wirkungen der Freiheit und denen des Despotismus auf die Kultur: auf der einen Seite ist das Leben, mächtig-regsam und manchfaltig; auf der andern Seite ist der Tod, unbeweglich und einförmig.

Weil die Art, wie man despotisch Handel und Gewerb zum Leben zu bringen sich abmühte, nichts eintrug, im Gegentheil, zumal die erkünstelte feinere Manufakturindustrie, für die Staatskasse sehr kostspielig war, wollte eines Tags Cancrin die zur Industrie commandirten Bevölkerungstheile plötzlich zum Feldbau und zur Viehzucht zurückcommandiren. Cancrin, und auf seinen Rath der Czar, hatten die Hauptindustriellen selbst gemacht. Der erste industrielle Geschäftsmann in Rußland war damals der Staat. Der hatte über sechshundert große Geschäfte etablirt und beschäftigte darin über eine halbe Million Arbeiter. In dieser Zahl waren jene Fabriken, Manufakturen und Laboratorien nicht einbegriffen, in welchen die Bedürfnisse des Heeres und der Flotte an Tuch, Lederzeug und Anderem verfertigt wurden: diese Bedürfnisse waren an Privatunternehmer in Arbeit gegeben, ganz nach Belieben der höheren Beamten; an das Ausschreiben einer freien Concurrenz war nicht zu denken.

Weil nun aber der Staat selbst der Hauptfabrikant war und zugleich der Hauptbankier, der einen großen Theil der industriellen Privaten in Folge seiner Geldunterstützungen zu seinen Schuldnern hatte, so verlor der Staat doppelt, wenn plötzlich das geschah, was zu einer wahren Belebung des Gewerbfleißes und des Handels unumgänglich war, nämlich eine den nationalökonomischen Grundsätzen des neuern Europa entsprechende Umwandlung der Zollverhältnisse von Grund aus. Eine solche augenblickliche Umwandlung mußte Zweierlei zur Folge haben, erstens, daß die Zölle selbst dem Staate dann eine weit geringere Einnahme abwarfen als bisher, und zweitens

daß die vom Staate bisher unterstützten und ihm viel schuldenden Industriellen durch die Zollerleichterungen und deren Folge, die massenhafte Einführung von Fabrikaten, diese Concurrenz mit dem Auslande nicht aushalten konnten und zahlungsunfähig werden mußten; daß ihm also eine wichtige Einnahmequelle sich plötzlich namhaft schwächte, ehe ihm die andere reichere flüssig wurde, und daß er zugleich als Gläubiger große Summen verlor.

So hatte die falsche Finanzpolitik Rußlands unter Alexander I. und Nikolaus I. den Staat in die fatale Lage gebracht, daß dieser, wenn er plötzlich das Richtige einführte, er eben damit sich selbst und seine Schuldner zu Grunde richtete. In der Geldklemme und in der finanziellen Rathlosigkeit, worin sich der russische Staat im letzten Drittel der Regierung des Czars Nikolaus befand, gerieth nun Cancrin auf den Einfall, dem Ackerbau, der Viehzucht und der Fabrikation von Rohstoffen, die mit der Landwirthschaft zusammenhängt, die Bevölkerung zuzuweisen. Aber es blieb ein Einfall; der Ackerbau kam nicht zu neuem Leben.

Das Fruchtbarste für den Ackerbau wäre erfahrungsgemäß die Vermittlung eines allmähligen Uebergangs der ackerbauenden Bevölkerung aus der Leibeigenschaft in eine freie Bauernschaft gewesen. Schien auch eine plötzliche Aufhebung der bisherigen bäuerlichen Verhältnisse bedenklich und darum nicht thunlich, so war doch die Vorbereitung und Einleitung dieser Maßregel räthlich, und ihre Verwirklichung von Stufe zu Stufe eine Nothwendigkeit. Schon unter Alexander I. war die Aufhebung der Leibeigenschaft in Aussicht gestellt worden, aber nicht zur That gelangt, und gerade im letzten Jahre dieses Kaisers war die Lage der Leibeigenen ihnen ganz unerträglich geworden, ein gellender Naturschrei der Gequälten hatte durchs Reich sich hören lassen und in vielen Orten und auf vielen Punkten waren die Leibeigenen gegen ihre Dränger aufgestanden. Mit der Thronbesteigung des Czars Nikolaus brachen neue Bauernaufstände aus, die Gährung schritt von einer Landschaft in die andere fort. Die Aufstände wurden unterdrückt, die Leibeigenen noch mehr ausgesaugt von ihren erbarmungslosen Herren, die in Folge des langen Kriegszustands und der Finanzzerrüttung des Staats erschöpft und in ihrem Vermögen heruntergekommen waren.

Auflehnung im Militär war dem Czar hart an der Thronbesteigung in furchtbarer Gestalt entgegengetreten; Auflehnung war in seinen Augen das Strafbarste, Todsünde, auch wenn der Aufgestandene

in seinem Rechte war. Auflehnung sah er sogar schon auf Seiten der leibeigenen Bauern in dem, was überall sonst Menschenrecht und Unterthanenrecht ist, in der Vereinigung zur Abfassung unterthäniger Bittschriften an den Czar, worin die Bedrückten ihr Elend vortrugen, und um Erleichterung flehten: Die Antwort des Czars auf die Bittschriften war eine Bekanntmachung im Czarenstyl. Darin war das Gerücht, als wolle Nikolaus die Leibeigenschaft aufheben, als eine böswillige Erdichtung solcher Leute erklärt, welche dadurch „abscheulicher Weise den einfachen Sinn des Bauern täuschen und für ihre persönlichen Zwecke ausbeuten wollen;" zugleich waren darin den Leibeigenen die schärfsten Strafen angedroht, wofern sie ihren Frohnen und Leistungen aller Art nicht durchaus und ohne Widerrede nachkämen. Die Gährung legte sich auf dieses Wort des Czars nicht sogleich überall. Jetzt ließ Nikolaus ohne Weiteres die Hauptpunkte der Aufregung militärisch besetzen, das Standrecht wurde verkündet und vollzogen.

Das schreckliche Loos der Leibeigenen erhielt keinerlei Abhülfe, nicht einmal auf dem Papier, fünfzehn Jahre lang. Es müßte denn Jemand eine Abhülfe darin sehen, daß neben der Standrechtsverkündigung gegen die Bauern ein Ukas an die kaiserlichen Behörden erging, „sie sollen darüber wachen, daß die Leibherren nichts Uebermäßiges von ihren eigenhörigen Bauern fordern, und sie nicht mit allzugroßer Strenge behandeln!"

Dieser Ukas klingt wie Ironie, wie ein Hohn absoluter Vornehmheit, die sich um die untern Klassen nichts bekümmert, wofern man voraussetzen dürfte, daß der Czar auch nur die geringste Kenntniß von der Lage und dem Wesen des Beamtenthums gehabt hätte, wie dieses seit lange in den Provinzen sich gestaltet hatte. Die örtlichen Behörden, welchen der Ukas die Ueberwachung der Leibherren, die Bemessung des „nicht Uebermäßigen" in den Auflagen, und die Schätzung des „Allzuviel in der Strenge" zugewiesen war, hatten eine so gering besoldete Stellung, daß ihr Gehalt in gar keinem Verhältniß zu den Bedürfnissen und Ausgaben ihrer Stellung stand.

Die Besoldungen, welche schon zur Zeit der Kaiserin Katharina II. äußerst niedrig bemessen waren, hatte man auf demselben Maß fortbestehen lassen noch bis gegen die letzten zehn Jahre der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Was das bei der ungeheuren Veränderung der Preise auch der nöthigsten Lebensbedürfnisse, geschweige

der Luxusartikel und der gesellschaftlichen Anforderungen, für eine Aenderung in dem Hause der Beamten machte und was es in ihrer Amtsthätigkeit, wenn sie nicht uneigennützigst oder reich waren, zur Folge haben konnte oder mußte, ergibt sich von selbst.

Nikolaus fand das vor, wie Alexander das vorfand. An dieser ursprünglichen allgemeinen Corruption des Beamtenthums in Rußland sind sie nicht schuldig. Aber Alexander hat dagegen nichts verordnet, was diese große Reichskrankheit heilen konnte; und Kaiser Nikolaus hat zwar Gehaltsverbesserungen befohlen, aber sie wurden in so geringem Maß ausgeführt, daß viel auf dem Papier stehen blieb, jedoch selbst das vom „Kaiser" Gewollte lange nicht ausreichte, um der Bestechlichkeit, der Veruntreuung, der Parteilichkeit oder der Gleichgültigkeit im Amte — bei so vorangeschrittener, vom Zeitgeist angenommener oder aufgenöthigter Bedürftigkeit oder Begehrlichkeit der Beamtenwelt — vorgebeugt werden zu können.

Welches Erbe in der Verwaltung Czar Nikolaus übernehmen mußte, erhellt aus dem, was sein Bruder Alexander darüber gesagt hat, ohne etwas Heilendes gegen diese Krankheit des Reichs auszuführen. Alexander behauptete, er könne gegen dieselbe nichts ausführen.

Ein Zeuge, unverdächtig, unparteiisch und in jeder Hinsicht vollberechtigt, der berühmte englische General Robert Wilson;* ist es, zu welchem Alexander in ernster Stunde sprach: „Ich habe wenige Personen an meinem Hofe, die sich einer gesunden Erziehung oder fester Grundsätze rühmen können; die Regierung meiner Großmutter hat die früheren Stände meines Reichs vollständig corrumpirt, indem sie ihre Bildung auf die französische Sprache, französische Frivolitäten und Laster, namentlich das Spiel, beschränkte. Ich habe daher wenig, worauf ich mich fest verlassen kann." — Und diesen Leuten gegenüber, dem Erbadel und dem Beamtenadel gegenüber, wagte oder vermochte der Selbstherrscher aller Reußen, Alexander I. — nichts. „Ich muß so handeln; ich habe keine andere Wahl, ich muß mich einer zwingenden Nothwendigkeit unterwerfen," das waren die Ausdrücke, in welchen derselbe Kaiser dem General Wilson, seinem Vertrauten, das peinliche Geständniß machte, daß seine Selbstherrlichkeit eine beschränkte, und zwar in solcher Weise beschränkte sei.

So gebildete Beamte, mit diesen Bedürfnissen, waren es, welche eben allerhöchst befehligt waren, zu wachen über Leibherren und Leibeigene, und welche dabei vom Staate so gering besoldet wurden,

* Sir Robert Wilson, Denkwürdigkeiten über den Feldzug von 1812, gedruckt 1860.

daß sie, nach dem Zeugniß der Sachkundigsten, beim Mangel des eigenen zureichenden Vermögens „offenkundig nur durch die außergesetzlichen Geschenke des Adels, der Vornehmen, der Parteien leben konnten."

Da für die Bildung der untersten Schichte der Bevölkerung in Rußland bis heute nichts geschehen ist, was diese bis jetzt hätte ändern können: so darf man annehmen, daß das Landvolk in Masse noch nicht höher steht, als Robert Wilson es fand.

Nach ihm haben die russischen Bauern noch viel von ihren „nomadischen Gewohnheiten" beibehalten, die asiatische Unterwürfigkeit und Ergebung, aber auch eine Wildheit, welche an die rohesten Zeiten und Stämme der Welt erinnert: er sah mit Augen, wie die Bauern allen französischen Gefangenen sogleich die Kleider vom Leibe rißen, und sie ganz nackt in der schrecklichsten Kälte über Schnee und Eis vorwärts trieben; wie die Weiber wie Rasende um die französischen Verwundeten tanzten und sie nach dem Takt ihres Gesangs langsam todtschlugen; wie die Männer diejenigen lebendig begruben, welche sie stundenlang gemartert hatten. — Diese, jedenfalls in der Mehrheit solchen kannibalischen Thuns fähige, dazu in finsterem Aberglauben befangene, religiös fanatische Volksklasse bedurfte durchaus vor der Freilassung des Unterrichts und der Erziehung zur Menschlichkeit.

Aber so grauenerregend in der Entwicklung zurückgeblieben sie auch erscheint, für eine gute oder nur bessere Schulbildung geschah nichts. Lesen und Schreiben zu lernen wurde zwar nicht verboten, wie von den christlichen Sklavenhaltern den Sklaven der neuen Welt; ja es wurde die bisher seltene Gelegenheit des niedern Schulunterrichts von Staatswegen vervielfältigt: aber selbst noch in den letzten Jahren der Regierung des Czars Nikolaus erschien ein Ukas, welcher den Bauernkindern, und den Kindern aller Eigenhörigen in der Stadt wie auf dem Lande, den Besuch der höheren Unterrichtsanstalten verbot, Töchter wie Söhne von jeder besseren Schule ausschloß.

Dieser Ukas war der letzte von denen, welche Nikolaus für die Leibeigenen gab, und schwächte die früheren sehr ab, welche vom Jahre 1842 an zu Gunsten derselben gegeben wurden, und deren Preis und Lob durch die Zeitungen Europas ging, von bezahlten wie von unwissenden Federn, als wäre in Rußland der „Bauernstand emancipirt." Der Bauernstand hat noch heute in Rußland keine Geltung, er ist noch heute nicht zum Genuß eines staatlichen Rechts-

verhältnisses gelangt, trotz der Ukase vom Jahre 1842 bis 1848 unter Czar Nikolaus, trotz des menschenfreundlichen Willens des jetzigen Kaisers Alexander II., welcher die Zeit, ihre Bedürfnisse und Forderungen begreift. Wer kein Recht findet, weil keine gesetzliche Rechtspflege für ihn da ist, der ist thatsächlich rechtlos.

So blieb der Bauernstand unter der ganzen Regierung des Czars Nikolaus im größten Theile des russischen Reiches. Seine Ukase wurden seiner Zeit in Zeitungen und Denkschriften „die Magna Charta" der Bauern genannt. Aber das Wenige, was durch dieselben für die Besserstellung der Bauern bezweckt war, blieb erfolglos, weil nichts dafür geschah, denjenigen, welchen Verbesserung ihrer Verhältnisse zugedacht war, es auch möglich zu machen, das Wenige von Recht, das ihnen auf dem Papier gegeben war, für sich zum wirklichen Genuß zu bringen; weil ihnen die Möglichkeit nicht zugleich gegeben war, sich zu bilden, sich dasjenige von Wissen zu erwerben, was unumgänglich ist, irgend ein Recht zu behaupten, und gegen Rechtsverletzungen den rechten Weg zu suchen; ja weil nichts angeordnet war, daß sie, selbst wenn Einzelne den Weg wußten und suchten, Recht fanden. Recht behielt immer der Leibherr gegen den Leibeigenen; eine Ausnahme gegen Millionen anderer Fälle beweist nichts.

So kam es unter Nikolaus zu wiederholten Aufständen der Leibeigenen gegen die Leibherren. Weil sie vereinzelt waren, wurden sie leicht niedergedrückt durch militärisches Einschreiten. Aber weder das Bajonett noch die Abführungen nach Sibirien erwiesen sich als rechte Beschwörer. Der aufrührerische Bauerngeist legte sich zwar nieder, aber knurrend, und der schreckliche Geist, welcher dem russischen System aus den Hütten droht, fürchterlicher, wenn er vereint ausbrechen sollte, als alle socialen Umwälzungen bisher in Europa waren, bedarf zu seiner Bannung einer andern Art, als wie der Czar Nikolaus „Ordnung zu machen" meinte und beliebte; es bedarf nur eines einzigen Mittels dazu, und das heißt: christliche Gerechtigkeit, die zuerst für den Geist sorgt und dann den Leib frei macht; es braucht nichts, als die einzige gesetzliche Feststellung, daß „jeder, Christ oder Jud, ein Mensch ist und Menschenrecht mit sich auf die Welt bringt." Die Pflichten wie die Rechte zur menschenwürdigen Erziehung ergeben sich von selbst dann daraus für die Regierenden und Regierten.

Wie in andern Hinsichten, so befolgte Nikolaus auch in Bezug auf die Eigenhörigkeit ein abweichendes Verfahren — in den

deutschen Ostseeprovinzen Rußlands. Hier gerade waren die Leibeigenen von ihren Herren, weil diese gebildeter waren als die Russen, durchschnittlich in Allem menschenwürdiger gehalten und behandelt worden, und es war auf manchem Herrengut das so oft gemißbrauchte Wort von dem „patriarchalischen Verhältniß" eine Wahrheit. Den Letten und Esthen in diesen Provinzen wurde die Freilassung von der russischen Regierung oktroyirt.

Die Regierung hatte dabei die Absicht, die lettische und esthische Bevölkerung für sich zu gewinnen, und in ihr eine Masse zu haben, deren sie sich gegen die Deutschen in diesen Provinzen bei den Bestrebungen, die Ostseeprovinzen in Allem russisch zu machen, bedienen könnte. Die Leibeigenen in den Ostseeprovinzen wurden ihren Herren gegenüber etwas freier gemacht in keiner andern Absicht, als aus ihnen selbst Sklaven der Staatsgewalt zu machen, andererseits ihre Herren ihrer bisherigen Freiheiten und Rechte zu berauben, auch den deutschen Provinzen die russischen Hosen anzuziehen.

Denn Alles im ganzen russischen Reiche, was noch nicht russisches Wesen hatte, ins Russische umzuschmelzen und russisch umzuprägen — das war ein Hauptbestreben des Czars Nikolaus, das hing mit seiner Liebe zum schrankenlosen Absolutismus eng zusammen. Die deutschen Ostseeprovinzen und Polen hatten eine feierlich gewährleistete freiere Stellung, als alle anderen Theile des russischen Reiches. Sie hatten ihre freien Adelsversammlungen, ihre Provinziallandtage, ein gewisses selbständiges Staatsbürgerthum. Die persönliche und politische Selbständigkeit auch in diesen Provinzen zu untergraben, geschah Manches.

Auch in diesen Provinzen wollte der Czar Alleinherr, allmächtig sein. Was den Absolutismus beschränkte, wurde beseitigt, unbekümmert um Brief und Siegel, Kaiserwort und Kaisereid, um alle Gewähren dieser Freiheiten; und die kaiserliche Willkür, die das that, fand die vernichtendsten Werkzeuge dafür in den Männern, welche das allgemeine russische Gesetzbuch abfaßten, das im Jahre 1846 nach langer Arbeit vollendet wurde. Mit Recht hat man bemerkt, daß gerade diese Reform in der Gesetzgebung, wofern Nikolaus ein Mann der Zeit gewesen wäre, sich ihm von selbst als das Mittel geboten hätte für eine „organische Hinüberführung der innern Staatsgestaltung Rußlands in europäisches Staatswesen." Um aber diese Gelegenheit dazu benützen zu können, hätte Nikolaus nicht Er selbst sein müssen, nicht der, in den Absolu-

tismus verbissene Czar mit seinen Vorurtheilen, seinem Egoismus und seinem Unverständniß der Zeit und der Bedürfnisse seines Reiches.

8. Bildung einer Opposition in Rußland. Aufkommen liberaler Bestrebungen unter dem Adel.

Dadurch, daß Nikolaus sich nicht zur Selbstbeschränkung erheben, nichts von seinem Absolutismus abgeben, noch weniger sich abringen lassen wollte, mußte es zuletzt dahin kommen, daß unter dem Einfluß der Zeit Adel wie Leibeigene sich gegen den absoluten Czarismus feindlich stellten.

Es mußte in dem Adel, bei fortschreitender Bildung, der Drang, der schon längst in Manchem war, sich verstärken und ausbreiten, der Drang nach persönlicher und politischer Selbständigkeit. Der höchste Adelige mußte sich sagen: was bin ich, ohne Rechtsstaat, ohne festgestelltes Rechtsverhältniß, ohne zureichenden Schutz gegen jede Willkür, auch des Czars? Ich bin nichts, als ein Sklave in Glanz und Besitz, und ein Wort des Czars vernichtet, wenn er die Laune hat, mir Glanz, Besitz, Ehre, Freiheit, den Namen selbst und das Leben. „Wie das Schwert des Demokles, sagte ein im Mittelpunkt der russischen Zustände Lebender neulich, schwebt die Verbannung nach Sibirien, welche der Czar, ohne jede gerichtliche Form, aus augenblicklichen Nützlichkeitsgründen verfügen kann, über dem Haupte jedes Adeligen, und so lange das so ist, wird auch das Bestreben vorhanden sein, sich dieser fortwährenden Drohung zu entziehen.“

Was unter Nikolaus durch Bestrafungen und Einschüchterungen niedergehalten war, hat sich unter seinem humanen Nachfolger aufgerichtet; was in die Brust zurückgepreßt war, war nicht getödtet, es ist im Jahre 1860 mächtig herausgetreten in Wort und That.

Bekanntlich hat der jetzige Kaiser Alexander II. bei seiner Thronbesteigung die Aufhebung der Leibeigenschaft verheißen, und es wurden sofort Einleitungen und Vorlagen gemacht. Zur Begutachtung dieser Vorlagen des Ministers Lanskoi wurde das Skt. Petersburger Adelscomité zusammenberufen, und den Zusammengetretenen sagte der Minister: „Der Adel hat gar kein Recht auf die Hörigkeit oder gar Leibeigenschaft der Bauern, da sich keinerlei gesetzlicher Ursprung für dieselbe nachweisen läßt.“ — —

„Die Sache hat sich im Laufe von zwei Jahrhunderten eben so

gemacht, und aus dem als nothwendig erkannten Erschweren der Freizügigkeit hat sich nach und nach, ohne nachweisbare Mitwirkung gesetzgebender oder staatlicher Organe, die vollständige Leibeigenschaft entwickelt. Es handelt sich also bei Aufhebung derselben gar nicht um das Wegnehmen eines Eigenthums, sondern um die Sühne für eine Usurpation. Es kann demnach nicht in Frage kommen, ob die Gutsbesitzer jetzt etwas verlieren, sondern eigentlich nur, ob sie für lange usurpirten und ungerechtfertigten Besitz überhaupt eine Entschädigung beanspruchen oder irgend eine Rücksicht verlangen können."

Diese Beweisführung, weil sie geschichtlich ganz begründet war, war so schlagend, daß Niemand versuchte, sie entkräften zu wollen. Aber in derselben Sitzung des Adelscomité trat Alexander Platonoff auf, erklärte sich einverstanden mit der Auseinandersetzung der Regierung und erwiederte dann darauf:

„In der ganz gleichen Lage befindet sich die Selbstherrschaft des Kaisers und die nur von dem Willen des Kaisers abhängende Regierung in Rußland. Sie hat sich ohne einen gesetzlichen Akt, ohne die Zustimmung der Bojaren in der alten Duma, eben so nach und nach eingefunden, ist durch tüchtige Regenten festgestellt worden, und war zu ihrer Zeit eine Nothwendigkeit, welcher Rußland seine ganze jetzige Bedeutung verdankt. Wenn die Herrenrechte des Adels über die Bauern usurpirt sind, und jetzt aufgegeben werden sollen, so ist es auch die autokratische Gewalt des Czars; nur eine Duma vermag es, einen so großen Akt zu sanktioniren, wie es die Aufhebung der Leibeigenschaft oder die Beschränkung der Macht des Czars ist. Es muß also vor allen Dingen die ganze Leibeigenschaftsfrage den Beamten und der Bureaukratie entzogen und vom Volke selbst durch Abgeordnete entschieden werden, nicht allein, weil dieß das beste, sondern auch einzige Mittel ist, die wichtige Veränderung ohne gewaltsame Erschütterung einzuführen."

Der Adelsmarschall Graf Schuwaloff trat auf Platonoffs Seite, und diese Stimme Platonoffs mit ihrer Begründung kam als Minderheitsvotum in das Gutachten, das dem Minister eingereicht wurde, und Schuwaloff selbst erbot sich zur Ueberreichung.

Zuerst fürchtete der Adel als eine Folge der von Alexander II. beabsichtigten Aufhebung der Leibeigenschaft — seine politische Vernichtung. Daher der Widerstand des Adels gegen diese liberale Maßregel des Kaisers. Aber „aus Widerstand gegen eine liberale Maßregel ist der Adel selbst liberal geworden und drängt zu liberalen

Maßregeln." Er drängt — auf die Einführung eines Verfassungslebens in Rußland.

„Die Presse, die Universitäten, die allgemeinen Strömungen der Zeit werden helfen, aber machen wird es nur der Adel, selbst auf die Gefahr hin, das in Wirklichkeit eintreten zu sehen, was er als eine Folge der Aufhebung der Leibeigenschaft gefürchtet." — So sagt jener Augenzeuge. Das Auftauchen solcher Gedanken und diese Stellung der Gebildetsten unter dem Adel wirkte beunruhigend in den Regierungskreisen. Schuwaloff und Platonoff sind im Jahre 1860 mit Begeisterung jener zum Adelsmarschall, dieser zum Vorsteher des Zarskojer Distrikts wieder gewählt worden, also beide Führer der liberalen Bestrebungen.

Bei den Adelswahlen trat zum ersten Mal ein unverkennbares parlamentarisches Geschick zu Tage. Rußland in ein europäisches Verfassungsleben überzuführen, ist keineswegs so schwierig, als man gewöhnlich glauben machen will und annimmt. „Wie unsere Gemeindeverhältnisse, schreibt derselbe Sachkenner und Augenzeuge, nicht allein vollständig demokratischer, sondern sogar in gewisser Art kommunistischer Natur sind, so ist der innere Bau unserer Adelskorporationen durchaus constitutionell, und es liegt eben nur daran, das Vorhandene zu handhaben, keineswegs daran, neue Formen und Zustände zu schaffen. — Man spielt gegenwärtig von beiden Seiten, Adel und Regierung, ein gefährliches Spiel, und Niemand möge sich einbilden, der in Gang und Lauf kommenden Bewegung dann etwa beliebig Halt gebieten zu können, wenn sie das jetzt zunächst im Auge behaltene Ziel überschießt." — Es mußte der politischen Entwicklung mit diesem Blick auf die neuesten russischen Zustände vorausgegriffen werden, weil durch dieses Ergebniß vor Augen tritt, auf was das System des Czars Nikolaus hinausführte und hinausführen mußte.

Um jeden Widerspruch zum Schweigen zu bringen; um Allem, was drohend werden könnte, zuvor zu kommen; um Unterschleifen der Beamten, Veruntreuungen des Staatsvermögens vorzubeugen; um dem Absolutismus eine Million Augen und Arme zu geben — dazu sollten Polizei und Militärwesen zusammen wirken.

9. Die geheime Polizei. Anbrüchigkeit des Beamtenthums.

Die Polizei schuf sich Nikolaus bald nach seiner Thronbesteigung ganz neu. Diese von ganz Europa verurtheilte Polizei hatte ihren Mittelpunkt in der eigenen „Kanzlei des Kaisers.“ Zuvor schon war eine vielzweigige Polizei da gewesen, welche die obern Verwaltungsbeamten und die ganze höhere Gesellschaft überwachte, und über ihr Leben und Treiben geheime Listen hielt. Diese Polizei der vornehmen Welt wurde durch eine Abtheilung des Ministeriums des Innern selbst geleitet. Die geheime Polizei hatte ebenfalls außer ihren öffentlichen Aufgaben, schon lange vor Nikolaus, die Spionerie durch die untern und mittlern Schichten der Bevölkerung Rußlands eingerichtet.

Als nun Nikolaus die Regierung antrat, und von Tag zu Tag die Enthüllungen sich drängten über Untreue, Unterschleife und mannigfaltige faule Zustände in der russischen Beamtenwelt: da zog der Czar aus dieser Verderbniß, welche trotz der offenen und geheimen Polizei so furchtbar und so lange und so weit fort gewuchert hatte, nicht den Schluß, daß die Polizei überhaupt nicht das Heil-, auch nicht das Schutzmittel gegen solche Staatsfäulniß sei, sondern, die bisherige Polizei sei nicht recht eingerichtet und geleitet gewesen, nicht ausgedehnt und nicht scharf genug. Er stellte darum seinen Vertrauten, den General Alexander von Benkendorff, an die Spitze seiner neuen Polizei.

Benkendorff entfaltete eine wundersame Thätigkeit in der Geheimpolizei nicht nur im russischen Reiche, sondern in ganz Europa. Nicht nur über die Kreise des russischen Adels, der Diplomatie und Bureaukratie zog diese Polizei, von der eigenen Kanzlei des Kaisers aus, ihre Fäden, und zwar nicht bloß über das politische Denken, Thun und Lassen derselben, sondern alle menschlichen Beziehungen, alle sittlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse wurden überwacht und ausgekundschaftet, das geheimste Privatleben unterlag dem Saugrüssel der Spionerie und der geheimen Berichterstattung nach oben. In Paris, London, Brüssel, Neapel, Rom, in Wien, Berlin, Leipzig, Frankfurt, an den mittleren und kleineren deutschen Höfen, in Baden-Baden und Wiesbaden und in andern Bädern, in der Schweiz — spürte man die Thätigkeit der geheimen Werkzeuge, die an die eigene Kanzlei des Kaisers berichteten, der Wächter, welche der Selbstherrscher seinen

Unterthanen, seinem Adel und seinen Beamten, der weiblichen Welt und ihren Beziehungen, zu setzen für nothwendig hielt, innerhalb und außerhalb des Reiches.

Benkendorffs Nachfolger darin war Graf Orlow, und der bekannteste Gehülfe desselben Dubelt. Auf Grund der Thatsachen hat die öffentliche Meinung Europa's sich dahin vereinigt, daß selbst den vom Standpunkte des Czars aus wohlgemeinten Absichten diese allmächtige und allverzweigte offene und geheime Polizei sehr wenig genützt, dagegen sittlich unberechenbar geschadet habe. Selbst der Zweck, Veruntreuungen vorzubeugen, oder der andere, das gesetzliche Verhalten der Beamten gegen die Bevölkerung und der Offiziere gegen ihre Soldaten zu überwachen, wurde nur in geringstem Grade erreicht: dafür sprechen bekannt gewordene schreiende Thatsachen; und wie viele Tausende von Thatsachen sind bei uns nicht bekannt geworden!

Weder die Geheimpolizei, noch die Strenge der Strafen, die der Czar gegen überführte Schuldige verhängte, haben in der Staatsverwaltung und im Heere, namentlich im kaukasischen Kriege, die Betrügereien von Kassenbeamten, von Commandirenden und Verpflegungsangestellten zu verhindern vermocht; und zwar aus zwei Hauptgründen: einmal, weil diese Art von Polizei entsittlichend wirkte, im Menschen die Achtung vor sich selbst wie die vor dem Nebenmenschen zerstörte, und, was vor Schlechtem bewahren sollte, ganz dazu angethan war, schlecht zu machen.

Das Rechtsbewußtsein schwindet sogar im Rechtsstaat, wenn zeitweise an die Stelle des gesetzlichen Rechtes die unterdrückende Willkür einer Gewaltherrschaft sich eindrängt und längere Dauer hat; wo der absolute Wille eines Einzigen zwei Jahrhunderte lang allein waltete, da konnte das nicht sein, was im Rechtsstaat die Menschen hält und höher hebt: im absoluten Staat sucht Alles nur seinen persönlichen Vortheil, und jeder sieht dem andern durch die Finger, sobald dieses ihm nützt und das Gegentheil ihm schaden könnte; er thut das, obgleich er vom System des Absolutismus gebraucht werden will, den Andern auf die Finger zu sehen; er thut das, weil eine Hand die andere wascht, und er will, daß die andern gegen ihn nachsichtig seien, von denen er weiß, daß auch sie von der Regierung benützt werden wollen, ihn zu beobachten; und weil bei den unzulänglichen Gehalten es schwerer ist, die Hand rein zu bewahren.

Der zweite Hauptgrund ist, weil der Czar weit weg wohnt, wie Gott hoch, nach dem russischen Sprüchwort. Wurden auch unter

Nikolaus später nicht mehr „die Arsenale bestohlen und sogar Kanonen entwendet, aufgehäuft und an ausländische Schiffer verkauft“: so litt doch die Bevölkerung unter den Beamten und unter mancherlei Eingriffen in das Eigenthum; trug es, weil Recht zu suchen, bei der Stellung der Beschädigten zu der Welt der Beamten, oft unerschwinglich war, und neben dem Ruin des ganzen Vermögens noch persönliche Gefahr in Aussicht stellte, so gerecht auch der Czar war, wenn bis zu ihm selbst durchzudringen eine Klage so glücklich war. War es unmöglich schon für die obersten Kreise der Verwaltung, die untern Beamtenkreise und die Volkszustände so kennen zu lernen, wie sie in Wirklichkeit waren: so war das im höchsten Grad unmöglich für den Czar bei seinem System und bei den ungeheuern Ausdehnungsverhältnissen des Reiches.

Nikolaus hatte zudem das Unglück, niemals in der Lage gewesen zu sein, das Volk und die Volkszustände durch eigene Berührung mit denselben kennen zu lernen. Wie ganz anders ist das Verhältniß zwischen Fürst und Volk, wenn der Fürst von Kindheit und Jugend an, nicht nur dem Volke nahe, sondern unter dem Volke sich bewegte! — Zwischen dem Czar Nikolaus und seinen Völkern war eine unüberbrückbare Kluft. —

Diese Kluft hatte er absichtlich noch weiter und tiefer gemacht. Er hatte nicht nur seine Beamtenwelt ganz abgeschieden vorgefunden von allen andern Menschen des Reiches, sondern er hatte diese Klüftung zwischen ihr und jenen zum Aeußersten gesteigert, erstens durch die Militärisirung der gesammten Beamtenwelt, und durch die militärische Erziehung derselben von Jugend auf; zweitens dadurch, daß Nikolaus den Beamtenadel unendlich vermehrte, erst recht vielfach auszackte.

Die von Nikolaus erst eingerichtete, völlig militärische Heranerziehung der Staatsbeamten schnitt vornherein diese von früher Jugend an von allen andern Menschenklassen ab, machte sie zu Uniformmenschen, die sich nur mit Ihresgleichen berührten, zu einfügbaren und gefügen Theilchen der Staatsmaschine, nicht bloß unbekannt mit Volksleben und Volksinteressen, sondern herzlos, egoistisch diesen gegenüber, weil sie im engen, beschränkten Kreis aufwuchsen, der Kastengeist, völlige Entfremdung von der Nation, eine „Antipathie gegen das Publikum,“ in ihnen groß gezogen wurde, und sie nichts vom Volke für sich und ihr Fortkommen, Alles allein vom Czar zu erwarten hatten. Es sollte vornherein keine Berührung und Beziehung

zwischen Staatsdienern und Bevölkerung sein; so wollte es das System.

So wenig der Kaiser von seiner Wiege an von „Volksrecht“ und so viel er von „Fürstenrecht“ zu hören bekam durch seine Umgebungen: so war es ganz Dasselbe in den Anstalten des Staates, worin die Zöglinge massenhaft zu Dienern des Absolutismus dressirt wurden.

Der Tschinadel, d. h. Beamtenadel, in welchen Jeder eintrat, der in eine der Staatsdienerklassen gelangte, der Adel der Bureaukratie, dessen Rechte nicht nur persönlich, sondern auch erblich verliehen werden konnten, war durch seine maßloße Vermehrung, die das System des Czars Nikolaus mit sich brachte, neben dem Kaiser das mächtigste Element im Reich, und sowohl durch seine Vorrechte von der übrigen Bevölkerung abgeschieden, als auch durch die Art seiner Entstehung und Existenz, wodurch derselbe nur nach Oben schauen durfte, da das Sein oder Nichtsein des Einzelnen, wie das Steigen oder Fallen, selbst bei denen, welche höher als ihre militärische Erziehung standen, einzig nur von der Willkür des Czars abhing.

10. Kirche und Geistlichkeit. Religiöse Reaktion und Opposition.

Sehr geschickt wußte Nikolaus seine Stellung zur Kirche und ihren Gläubigen für die Allmacht seines Absolutismus zu benützen. Er zeigte sich überall durchaus „rechtgläubig“ (orthodox). Das russische Volk verehrte an ihm den „heiligen“ und „frommen,“ „rechtgläubigen“ Czar; die Politiker sahen in ihm nur den Staatsmann, welcher aus Politik rechtgläubig sich zeigte und handelte, und welcher auch die Kirche zu einem noch größern Machtmittel seines Absolutismus zu steigern wisse, als dies seine Vorgänger verstanden. Die russische Geistlichkeit, und mit ihr die griechischrussische Kirche, vollends ganz und gar zur Dienerin des kaiserlichen Absolutismus zu machen, that Nikolaus Alles, und diese bot sich ihm von selbst als Bundesgenossin, und damit bald als Werkzeug, dar zur Unterdrückung der Bewegungen des Zeitgeistes, zur Hemmung jedes Fortschritts in dieser Richtung, zur Bannung aller politischen Entwicklung der russischen Völker: denn der politische Tod der Bevölkerung war das Leben der

russischen Geistlichkeit der orthodoxen Kirche; jede geistige Fortbildung der Nation beeinträchtigte das Einkommen und die Herrschaft der orthodoxen Geistlichkeit.

Nikolaus machte sie darum leicht zum Werkzeug seiner politischen Bestrebungen. Er machte zum „Prokurator" des „heiligen Synods", des Rathgebers des Czars in kirchlichen Dingen, d. h. zum „Organ des allerhöchsten Willens" in den Sitzungen dieser obersten russischen Kirchenbehörde, im letzten Jahrzehnt seiner Regierung einen ausgedienten — General.

Er machte die Kirche vollends zu einem Staatsinstitut, wie die Polizei und das Militärwesen. Die Predigt, welche schon vorher darnieder lag, wurde unter Nikolaus nur für seltene Fälle in Anwendung gebracht. Peter I., welcher sein Volk heranbilden, aufklären wollte, hatte die Predigt den Geistlichen zur Pflicht gemacht; Peters Despotismus war der sogenannte intelligente Despotismus, welcher auf dem Wege des Zwangs von Oben Bildung und Aufklärung wollte: Der Despotismus des Czars Nikolaus fürchtete jede Bewegung, auf dem religiösen wie auf dem politischen Gebiete; sein Ziel war das dem Ziele Peters des Großen gerade entgegengesetzte.

Peter wollte das Russenthum vorwärts führen, Nikolaus wollte es stillestehen machen; versteinern sollte Dogma, Kirche, religiöses Leben, damit nicht vom Boden der Kirche herüber in sein System des politischen Stillstands, und der sklavischen Unterwürfigkeit unter die Autorität, etwas herüberleuchte, zünde und bewege. Die christliche Kanzelrede hörte man unter Nikolaus fast nur noch in den Hauptkirchen der großen Städte; außerhalb derselben nur in ungewöhnlichen Fällen, namentlich dann, wenn es galt, das Volk zu fanatisiren zum Kampfe gegen die Türken, oder gegen „die Heiden des Westens," wie im Jahre 1848. Da wurde allenthalben gepredigt, um Rache gegen Außen zu entzünden und Begeisterung für den Czar und den angeblich bedrohten Glauben.

Auch die Geistlichkeit wurde als Stand noch schärfer abgeschieden von der übrigen Bevölkerung. Was in der Christuslehre dem asiatischen Despotismus entgegen war, sollte keine Möglichkeit haben zu Wort und Wirkung zu kommen. Schärfer als je zuvor wurde von der Kirche unter Nikolaus die unbedingte, blinde Unterwürfigkeit unter den Befehl des Czars, der willenlose Gehorsam gegen den Absolutismus gelehrt, als den, von welchem alles Gute komme. Wo die gedankenlose Gläubigkeit noch nicht wäre, da sollte sie werden.

Daher die Schritte des Kaisers, die deutschen Ostseeprovinzen Rußlands mit ihren lutherischen Bekennern, zunächst den Letten und Esthen, dann aber auch den Deutschen, auch in der Religion „russisch zu machen," und durch allerlei Mittel zum Uebertritt zur russischen Kirche zu verlocken, zu bewegen, zu nöthigen; daher sein Verfahren gegen die römisch-katholische Kirche in Polen, welches noch tiefer ins Herz der Polen eingriff, als sein politisches Verfahren. Die Selbständigkeit einer römisch-katholischen Geistlichkeit paßte nicht zu der beanspruchten Alleinherrschaft des czarischen Absolutismus. Darum warf sich Nikolaus auch zum „Oberpriester" der römisch-katholischen Kirche im russischen Reich auf.

Eine fanatische Proselytenmacherei überkam viele Russen; des Czars Maßnahmen schienen der Masse, welche in den obern und untern Schichten nicht über die Stufe des stillstehenden Geisteslebens hinaus war, vollberechtigt, höchst heilsam wie für das Reich, so für die zu Bekehrenden selbst: es sollten ja „Ungläubige" zum wahren Glauben, Verlorene und Verirrte zur Heerde der Mutterkirche zurückgeführt werden.

Die genauesten Kenner der russischen Zustände sagten sogleich, das werde in's Gegentheil von dem umschlagen, was der Czar Nikolaus wolle.

Politisch Alles in Rußland gleich zu machen, Polen und Ostsee den Moskowitern gleich zu stellen, sei schwer; Alle Eines Glaubens zu machen, nicht bloß unmöglich, sondern zugleich für den eigentlichen Zweck des Czars, für den Absolutismus, gefährlich; erstens wegen des Widerstands der Andersgläubigen; zweitens, weil selbst die Rechtgläubigen irre werden würden, wenn der Czar, das geistliche wie das weltliche Haupt, der „Patriarch aller rechtgläubigen Russen, zugleich auch als Bischof der Protestanten, als Hoherpriester der Juden, als Kalif der Mahomedaner, als der Papst der Römisch-Katholischen in seinem Reiche, als höchste kirchliche Gewalt über alle Glaubensbekenntnisse gelten wolle. Der Schein seiner Göttlichkeit, welche die Vereinigung des Patriarchats mit der Czarswürde in den Augen der Masse ihm leihe, müsse darunter leiden, als habe er sich durch diese Zuthaten selbst entheiligt, indem der Oberpriester der Rechtgläubigen auch Oberpriester der Ketzer geworden sei."

Die „Rechtgläubigen" sahen auch wirklich nicht gut dazu, so gerne sie seine Maßnahmen zur Verwischung der andern Bekenntnisse und

Religionen im Reiche, zu deren Einverleibung in die russische Kirche, sahen.

Nikolaus hatte aber auch noch mit dem Widerstand derjenigen Theile der Gläubigen zu kämpfen, welche sich „Altgläubige" nennen (Starowerzen), und welche von der russischen Staatskirche unter Anderem namentlich auch dadurch abweichen, daß sie die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate beanspruchen. Diese mächtige Sekte hat einen großen Anhang nicht nur in den untern Schichten des Volkes, sondern hauptsächlich auch in dem nationalen Hochadel, in dem politischen Widerpart gegen die Alleinherrschaft des absoluten Czars. Sachkenner haben die Unwahrheit, als seien die Starowerzen die „Krystallisation und Versteinerung des Altrussenthums," womit man die Bedenklichkeit dieses oppositionellen Bestandtheils des russischen Reiches verdecken wollte, längst enthüllt, und nachgewiesen, daß sie mehr die Stellung der Ultramontanen in den europäischen Staaten haben, und sich sogar wie diese in ihren äußersten Enden und Abzweigungen nicht nur mit ihrem Gegensatz, der Sekte der „Duchaborzen", berühren, sondern sogar in den untersten Schichten der Bevölkerung sozialistische Bestrebungen fördern und verbreiten.

Die „Duchaborzen" d. h. Träger des Lichts, sind die Ueberreste theils freisinniger religiöser Brüderschaften aus früheren Jahrhunderten, wie sie im großen Polenreich nicht selten waren, theils Vermischungen mit den freimaurerischen Gesellschaften, Gedanken und Bestrebungen, welche in die früher schon bestandenen religiösen Brüderschaften unter der Verfolgung der Freimaurerlogen übergingen. Auch diese Sekte zerfällt in viele Nebenäste und Abzweigungen und hat sich trotz der furchtbar strengen Verfolgung des Czars Nikolaus gegen sie über einen großen Theil derjenigen russischen und slavischen Stämme ausgebreitet, welche erst seit einem Jahrhundert unter russischen Scepter kamen. Der Grundzug dieser „Träger des Lichts" im russischen Reiche ist streng sittliches Leben, und ihr oberster Grundsatz: „Keine Kirche, als die Kirche des Geistes!"

Der von dem Absolutismus beabsichtigten Versteinerung auch des religiösen Glaubens waren die Träger des Lichts und ihr religiös-politisches Geistesleben geradezu entgegengesetzt. Nikolaus hatte schon im Jahre 1826 die Bibelgesellschaft und Bibelverbreitung im russischen Reich aufgehoben und verboten, weil das Lesen der Bibel Begriffe von Menschenrechten und Menschenwürde, welche sich nicht mit den sklavischen Zuständen unter den Leibherren und unter

dem Absolutismus vertrugen, und Auffassungen und Anschauungen, welche der Wahrheit näher als der russischen Staatskirche standen, in vielen Köpfen erzeugte.

Hatte Nikolaus das erste Jahr seiner Regierung mit dem Bibelverbot bezeichnet, so erschienen ihm die Träger des Lichts noch bedenklicher, und er suchte sie zu vernichten, wenn sie nicht in die alte Mutterkirche zurückkehren. Das traf besonders Bessarabien und Neurußland. Aus einem einzigen Dorfe wurden im Jahre 1841 achthundert „Träger des Lichts," im Jahre 1842 abermals achthundert, und im Jahre 1843 gegen neunhundert Seelen, welche dieser freieren religiösen Sekte angehörten und bei ihren Ansichten beharrten, nach dem milden Ausdruck des russischen Strafverfahrens „übersiedelt" nach dem Kaukasus, d. h. von Haus und Heimath weg ins Elend der Ferne geschleppt zur Strafarbeit.

Die Verfolgung scheint aber nur die Folge gehabt zu haben, daß die Sekte erstarkte, und daß durch „Uebersiedlungen" ihre Ansichten auch noch dahin gebracht wurden, wo sie zuvor unbekannt waren. Denn über das ganze Reich hin sollen sich jetzt ihre Spuren finden.

11. Polen und die Ostseeprovinzen.

Glücklicher war Nikolaus gegen die Uniirten.

Am 12. Febr. 1839 erklärte die höhere Geistlichkeit von Lithauen und Weißrußland „das Verlangen ihrer Heerden, in die alte Mutterkirche zurückzukehren." Auf Befehl des Czars empfing sie „der heilige Synod" als die „durch Gewalt entrissenen, durch Liebe mit der rechtgläubigen Mutterkirche wiedervereinigten." Zu spät bereute der Papst, Gregor XVI., daß er den polnischen Aufstand 1831 verdammt, den im Dienst seiner Kirche verhafteten Bischof Gutkoroski von Podlachien 1840 zur Entsagung vermocht hatte: jetzt sah er in Polen die Schulen dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit durch den Czar verschlossen, die confiscirten Güter des katholischen Adels an griechische Adelige verliehen, das Grundeigenthum der katholischen Kirche in Polen vom Staat eingezogen, jeden Verkehr der katholischen Bischöfe mit Rom durch schwere Strafen bedroht, und mußte hören, wie der Czar den katholischen Grundsatz über die gemischten Ehen gegen die katholische Kirche wandte und geltend machte. Aber es war jetzt dem Papste nichts geblieben, als die Stimme der Wehklage über die Bedrängniß

und Noth der Kirche, der Wehklage über den Abfall von mehr als zwei Millionen Katholiken von der Mutterkirche Rom.

Es blieb ihm nur, durch Herausgabe der Dokumente jene Mittel der Gewaltsamkeit und der Hinterlist, der Verführung und der Verfolgung der Welt zu enthüllen, wodurch diese Millionen Katholiken zu jenem „Verlangen" gebracht worden, die römische Kirche zu verlassen und in die russische überzutreten. Im Jahre 1845 erschien in Rom Makrena Mieszlawska, die Aebtissin des Klosters der Basilianerinnen zu Minsk. Die gab einen entsetzlichen Bericht über diese Bekehrungsmittel. Beschöniger der russischen Zustände gaben sich Mühe, sie als eine Betrügerin hinzustellen; aber selbst wenn sie Einzelnes übertrieben hätte, die Hauptsachen waren wahr; sie war keine Betrügerin, sondern eine Märtyrin. Es war eine schauderhafte Verfolgungsgeschichte, was man gegen diese Nonnen sich erlaubt hatte, in Westrußland, im ehemaligen Großfürstenthum Litthauen.

Nur das war nicht wahr, daß die Maßregeln vom Czar persönlich ausgegangen waren; es war Alles ausgegangen von russischen Priestern und ihrem fanatischen Anhang. Aber es war doch im Zusammenhang mit dem System und mit Maßnahmen des Czars vorgekommen; und es schadete dem Czar, daß man in Europa nicht erfuhr, ob und wie die Missethäter bestraft wurden, welche sich in eine so entsetzliche Proselytenmacherei hinein fanatisirt hatten.

Nicht gut beleuchtet wird dieser Vorfall auf katholischem Boden durch Etwas, was in demselben Jahre 1845 auf protestantisch-russischem Boden vorfiel.

In diesem Jahre war die Noth groß durch Mißwachs und Theuerung, wie im ganzen Europa, so besonders in den russischen Ostseeprovinzen. Da wurden unter den lutherischen Esthen und Letten Gerüchte verbreitet, wenn sie zur rechtgläubigen russischen Kirche übertreten, würden sie das Grundeigenthum ihrer deutschen Gutsherren für sich erlangen. Dabei wurden bei dieser lutherischen Bevölkerung, welche die Bibel hatte und las, Bibelstellen mißbraucht, wie Daniel 11, 39. 12, 1, um die geistig beschränkten lettischen und esthischen Bauern zu bethören mit fantastischen Hoffnungen, die auf den Großfürsten Michael gestellt wurden. Und es ließen sich an fünfzehntausend Bauern durch diese Vorspiegelungen gewinnen und sich russisch firmeln. Die Krone Rußlands erbaute den „Neuvereinigten" eigene Kirchen durch das ganze Land.

So althergebracht die Zugeständnisse im Innern des russischen Reiches, so feierlich gewährleistet die Verträge in den Ostseeprovinzen waren, auf welchen die Uebung des protestantischen Glaubens und Gottesdienstes ruhte: so wirkten doch unter Nikolaus Gesetz und Verfahren in einer solchen Weise zusammen, daß unter den Protestanten die Furcht um sich griff, ihre Kirche müsse, wenn nicht anders woher Rettung komme, nach und nach der russischen Kirche erliegen.

Die katholische Kirche in Rußland retteten vor weitergehenden Beeinträchtigungen wesentlich mit — die revolutionären Bewegungen, die von der Mitte der vierziger Jahre an in allen Gliedern der zerstückten polnischen Nation zuckten. Nikolaus fand sich veranlaßt, im Jahre 1847 mit dem Papste Pius IX. zu unterhandeln und ein Uebereinkommen abzuschließen, nach welchem ein neues Bisthum von Cherson gestiftet, die Wahl der Bischöfe dem Kaiser, ihre kanonische Einsetzung dem Papste, den Bischöfen die Ernennung ihrer Consistorialen und der Lehrer ihrer Seminare in einer der Regierung gefälligen Weise, endlich die Verwaltung aller geistlichen Angelegenheiten ihrer Diöcese in kanonischer Abhängigkeit vom heiligen Stuhle zuerkannt wurde. Darüber ward man einig, aber über vieles Andere nicht; dieses blieb für die Zukunft und für die Hoffnung ausgesetzt; und so wenig erreicht war, so mußte sich jetzt der Papst seinerseits damit begnügen, da zur Zeit des Abschlusses schon die Wogen des Jahres 1848 hoch aufrauschten am päpstlichen Stuhle.

Doch ist anzunehmen, daß Nikolaus noch weniger gut zu diesen Zugeständnissen sah; denn in seinen Augen war das ein Rückschritt, eine große Einräumung an die ihm besonders verhaßte polnische Geistlichkeit.

In ihr sah er, und nicht ohne Grund, den Mittelpunkt und die Seele des polnisch-nationalen Widerstandes gegen seine Bestrebungen, die Polen russisch zu machen und die Reste ihrer Selbständigkeit zu vernichten, ihren Glauben und ihre Sprache. Die polnische Revolution von 1830 konnte Nikolaus niemals vergessen: gar zu sehr leuchtete damals der Czar mit seinem Absolutismus in langer Unmacht gegen die Freiheitsbegeisterung der Polen mit ihren wenigen materiellen Mitteln, und in seiner einsamen Alleinstellung gegenüber der ganzen gebildeten Welt, deren wärmste Sympathie der polnische Aufstand für sich, deren lauteste, tiefste Antipathie der Czar gegen sich hatte. Die „thönernen Füße" des russischen Kolosses — das sagte der kalte Ver-

stand dem Czar — hatte diese Dreißiger Revolution aufgedeckt für Alle, welche denken konnten.

Diese Aufdeckung der Blöße der russischen Macht, dieser sich ihm selbst aufdringende Beweis seiner mit der Welt und Zeit, und besonders mit den begabtesten und gebildetsten Theilen seines Reiches ganz zerfallenen Politik, und dabei die Verbissenheit in sein System, die sich selbst kaum, geschweige Europa den Irrthum eingestehen wollte, und die er, und Mancher mit ihm, mit Charakterstärke und Consequenz verwechselte — machten zusammen ihn ergrimmt gegen Polen. Denn nur Grimm, und nicht mehr Politik, war von da an in seinem ganzen Benehmen gegen Polen zu erkennen.

Weil in Nikolaus der nicht durch alle, aber durch viele Fürsten der Zeit durchgehende widerchristliche Wahn — „der Absolutismus sei die Ordnung," sich eingefleischt hatte, erklärte er die Bildung zur Freiheit und das Streben nach allein menschenwürdigem Dasein, also gerade das Reinchristliche für „heidnisch," jeden Versuch zur Beschränkung der absoluten Selbstherrschaft für antichristlich, für Etwas, das „zermalmt werden müsse." Wenn der Czar in Wahrheit glaubte, damit recht zu thun, und dazu befugt zu sein, so trifft der größere Theil der Schuld seine Erzieher, seine Lehrer und seine Umgebungen, die ihm die Wahrheit, wie sie als Christenthum, als Humanität und als Wissenschaft der Vernunft vorhanden ist, von Kindheit an verborgen haben; aber die Schuld dieser Umgebungen macht ihn nicht frei von eigener Schuld an dem, was für die Gegenwart und für seine Nachzeit nicht als Segen, sondern als Fluch daraus hervorging.

Er sah in der polnischen Revolution nicht eine Wirkung *seines* falschen Systems, sondern bloß *französischer* Einflüsse, ein „Erzeugniß des wühlerischen *Zeitgeistes*," eine Nachäfferei der Mode des Tages; „Revolutioniren sei jetzt Mode."

Swift, der große englische Satyriker, hat einen Theil der hohen Welt damit gezeichnet, daß er ein berühmtes Buch besprochen und einen Herrn von Hof in seinem Kreise unter Beifall davon sagen läßt: „Haben Sie auch schon davon gehört, von diesem Buche? Es ist so erbärmlich, daß ich noch *keine Zeile* davon habe lesen können." Diese ungenirte, mit sich selbst vergnügte Unwissenheit des größeren Theiles der höheren Kreise findet sich noch naiver und schärfer markirt im Urtheil über die *Politik*, als über die Literatur.

Gerade so ohne alle Kenntniß der Welt und Zeit und ihrer Bewegungen, und eben so selbst genügsam darüber absprechend, ohne sich

irgend Mühe zu nehmen, sie kennen zu lernen, stimmten die Umgebungen des Czars in seine beschränkte hoffärtige Anschauung ein, und in den mächtigen Geburtswehen des Jahrhunderts sahen auch sie nur Mode und Nachäfferei, einen „Muthwillen," welchen „der lange Friede" und „zu großer Wohlstand und Verdienst der Massen" in den Leuten hervorgetrieben haben, und dem man mit Kanonen, Musketen und Bajonetten das Maul stopfen müsse; „das sei leicht und das einzig richtige Mittel."

Weil es dem Czar an „Humanität," an dem befreiten Geiste schönmenschlicher Bildung gebrach, hatten seine Adjutanten noch weniger, und gefielen sich im Lobpreis der rohen Gewalt gegen jede freisinnige Richtung der Zeit.

12. Rußlands Wehrverfassung.

Die Mittel der rohen Gewalt, die Kanonen und die Bajonette, die Heere und die Flotten, machten dabei keineswegs in Rußland diejenigen Fortschritte, welche sie im übrigen Europa machten, so imposant auch die in Rußland bezahlten Federn sie vorzumalen sich abmühten.

So uniformenreich und säbelrasselnd, so sporenklirrend und schnurrbärtig auf den ersten Blick Rußland sich gab, so war doch die Militärorganisation unter Nikolaus hinter der von ganz Europa zurückgeblieben; das Heer ohne sittlichen Halt, vom Abschaum der Nation, von Verbrechern, in seinen Reihen durchzogen, da überführte und verurtheilte Verbrecher, Diebe, Vagabunden, Räuber, zur Strafe in's Heer nach wie vor eingereiht wurden, und die Straf- und Strafarbeitscompagnien keineswegs aus solchen gebildet, sondern nur diejenigen in dieselben abgeschieden wurden, welche, während sie Soldat waren, wegen gemeiner Vergehen verurtheilt wurden.

Wurden auch unter Nikolaus einzelne „Formverbesserungen in der Heermaschine" gemacht, geschah mehr als zuvor im Technischen des Militärwesens und für Heranbildung tüchtiger Unter- und Oberoffiziere, so wird doch von Sachkennern die verbreitete Sage, Nikolaus sei der Schöpfer einer vortrefflichen Organisation der Armee geworden, für eine „wohldienerische Redensart" erklärt, und das Heer für eine „Masse, die, unbedingt dem Befehle des Czars anheimgegeben, wohin man sie hetze, vandalisch niederschmettere; scharf eingeschult, aber nicht zweckmäßig und noch vom Stock mit Prügeln

beherrscht; viele unreine Elemente der Bevölkerung in sich schließend; eine Masse, welche das Volk vom Fürsten trenne, statt Beide zu vermitteln, mit der übrigen Bevölkerung in keiner Verbindung stehe, und für Rußland das Proletariat liefere."

Dieses „Proletariat" entsteht also.

Der Leibeigene, der den Militärdienst durchgemacht hat, eine Zeit früher von zwanzig, neuerdings von zehn Dienstjahren, tritt als Freier aus dem Militärdienst aus. Aber er hat nur in kleiner Zahl Aussicht auf Pension oder Versorgung im anderweitigen Staatsdienst. Bei weitem die Meisten dieser Freigewordenen haben in dem langen Dienste das, womit sie sonst ihren Unterhalt erwarben, verlernt, ohne etwas im Dienst zu lernen, was sie als neuen Erwerbszweig betreiben könnten. Der entlassene Soldat kann in der Freiheit verhungern, weil man ihn weder bei den großen Arbeitgebern noch beim übrigen Publikum mit Vertrauen in Arbeit nimmt.

Nikolaus scheint wirklich die bekannten vier Worte: „Im Heer ist Rußland" als ein Orakel genommen zu haben; so sehr lebte er im Heer, und machte den ganzen Staat soldatisch.

Im Heere besonders wurde Mißtrauen und Haß gegen das Ausland groß gezogen. Es wurde der Glauben in dem Soldaten genährt, als sei der Geist der Zeit in den Völkern Europas ein solcher, der auf Angriff gegen Rußland ausgehe, auf Vernichtung des Reichs und aller Religion. So wurde im russischen Soldaten ein feindseliger Sinn gegen Außen genährt, und neben seinem religiösen und nationalen Fanatismus sein Gelüste nach den fremden Ländern gereizt, durch Ausmalen ihres Reichthums an Geld und Sinnengenüssen. Dieses Gelüste zeugte von selbst den Wunsch, in jene Länder geführt zu werden, sie zu erobern.

Die inländische Presse Rußlands, ganz im Dienst und Zwang des Absolutismus, wirkte in dieser Richtung; sie selbst durfte die Nachrichten aus dem Ausland entweder gar nicht oder nur in solcher Umformung bringen, wie sie zu den Interessen des czarischen Absolutismus zu passen schien; in den wenigen zugelassenen ausländischen Zeitungen wurde bekanntlich an der Grenze Alles, was darin unpassend dünkte, mit einer Schwärze überzogen, die es unlesbar machte.*

* Quellen für die letzteren Kapitel: Gegenwart VI., 1—49. II. 287—320. VII., 364—416. Russie en 1844. Die „Europäische Pentarchie." Custine. Robert Wilson, Denkwürdigkeiten. Fr. von Gagerns nachgelassene Schriften.

13. Rußlands auswärtige Politik. Sein Vorgehen in Asien. Khiwa. Mandschurei. Persien.

Das waren die Grundlagen, auf welchen die Erfolge der auswärtigen Politik Rußlands begründet werden mußten, und wenn diese in den letzten dreißig Jahren nicht bedeutender waren, ja wenn die russische Macht als solche gewaltige Stöße erlitt, so erklärt sich das aus diesen Grundlagen. Diese konnten nicht ausreichen, wo irgend Rußland mit den zeitgemäßen auswärtigen Mächten sich messen mußte. So, wie sie waren, haben sie nicht bloß nicht für Europa, wohin erobernd sich auszudehnen die bildungslose Massenhaftigkeit Rußlands ohnedies keinerlei Berechtigung hat, sondern selbst gegen Asien sich unzulänglich erwiesen.

Nikolaus mühte sich ab, angriffsweise gegen den Bildungsgang Europas, welcher ganz organisch und naturgemäß war, mit dem rohen, unorganischen, russischen Wesen vorzugehen, während er doch von Christenthum, Geschichte und Natur angewiesen war, seiner irdischen Allmacht in Rußland sich selbst zu entkleiden, und seine Völker allmählig in die europäische Bildung einzukleiden. Sogar Asien gegenüber hatte Rußland für jetzt, so, wie es unter Nikolaus blieb, keinerlei Berechtigung, dauernd zu erobern.

Rußland ist von der Natur und dem Geiste der Geschichte angewiesen, nach Asien hin die europäische und christliche Bildung zu vermitteln. Aber zuerst muß es sich selbst bilden, ehe es diese Sendung zur Umbildung Asiens anzutreten Fug hat: sonst kommen ihm die dazu berechtigten Nationen, England, Frankreich und Nordamerika in dieser „Civilisirungsmission“ und Eroberung zuvor, und die beiden ersteren Mächte begegnen den Bestrebungen Rußlands bereits vom hintern und mittlern Asien aus.

Würde jetzt Rußland seinen Absolutismus siegreich über Asien lagern, so würde er nicht neues Leben des Geistes dort wecken, sondern, was an eigenthümlichem Leben daselst da ist, wie der Frost die Blüthen, tödten, mit eisigem Hauch den Todesschlaf Asiens verstärken. Wohl sind seine christlichen Missionäre und seine Kaufleute rührig in Asien, und russische Dampfer gehen auf Flüssen, die zuvor nie oder seit Jahrhunderten nicht mehr ein Schiff getragen hatten: aber was diese und die Lanzen der Kosacken bringen, ist nicht das, was Asien zu seiner Auferstehung bedarf.

Seit Peter dem Großen ist **Asien** das Augenmerk und das Ziel der russischen Eroberungspolitik, aber keiner seiner Nachfolger verstand, im großen Sinne Peters jenes Ziel zu verfolgen, Kultur und Eroberung zu verbinden; auch Nikolaus nicht.

Mit Staunen lasen Viele in Europa die von russenfreundlichen Federn bald mit Pathos bald geheimnißvoll verkündeten **Fortschritte** Rußlands in Asien. Es ist wahr: vom schwarzen Meere bis zum Osten Sibiriens zog Nikolaus vollends die Kosackenlinien, theils zum Schutz, theils zum Angriff. Nikolaus hatte Lust, auf jedem Punkte längs dieser unermeßlichen Grenzen, wo immer nur sich Gelegenheit böte, auszugreifen und vorwärts zu gehen. Da las man in den Zeitungen, wie es ruhig, stiller als sein Nebenbuhler England, in Asien vorwärts schreite, wie seine Eroberungen daselbst „nicht selten seit Jahren vollendete Thatsachen geworden seien, ehe man in Europa davon erfahre"; wie es „ganze Stücke vom chinesischen Reiche abschneide und West-Turkistan unterwerfe, die ehemaligen Provinzen des alten persischen Reiches, das alte Turan, den Mittelpunkt des früheren Mongolenreiches."

Im Jahre 1839 hatten die Russen an den Ufern des Ili, der in den Bachaschsee mündet, sich angesiedelt, und die Regierung sandte ein Heer aus, um das Land im Süden dieses Sees, reich an Getreide, Trauben, Obst und Melonen und andern Erzeugnissen zu erobern, **Khiwa** und **Bochara**.

Schon Peter der Erste hatte im Jahre 1717 das Land erobern wollen; sein Feldzug war mißlungen. Nikolaus nahm ihn im Jahr 1839 wieder auf. Dieser Zug, lange vorbereitet und prunkhaft in der Presse beschrieben, wurde von General Perowsky befehligt. Die Freunde Rußlands und die Feinde Englands verkündeten bereits, die Ausbreitung des englischen Einflusses in diesen Gegenden sei gebrochen durch den russischen Siegeszug. Aber Anfangs des Februar 1840 verkündete ein Armeebefehl, Kälte, Steppenstürme und unergründlicher Schnee haben die Fortsetzung des Siegeszugs unräthlich gemacht, die Armee werde ihn beim Beginn der besseren Jahreszeit neu beginnen. Dieses russische Bulletin fand bald nähere Erläuterung durch russische Privatberichte: 20,000 Mann aus den Kerntruppen des russischen Heeres, 10,000 Kameele, ein ungeheurer Troß waren von der strengen Kälte und den Stürmen in den Schneewüsten der kirgisischen Steppe begraben worden. Nur kümmerliche Reste retteten sich nach Orenburg zurück, von wo der stolze Zug ausgegangen war.

Glücklicher waren die Russen in der Mandschurei, in jenem Theile von China, der nördlich an Sibirien grenzt, östlich ans japanische Meer, südlich ans gelbe Meer. Sie besetzten im Jahre 1845 das Flußgebiet des Amur bis zu dessen Mündung, schöne aber fast unbewohnte Thallandschaften, während die russische Regierung im tiefsten Frieden mit der chinesischen war. An der mächtigen Mündung des Amur errichteten sie Forts, und weiter oben bauten sie eine Stadt, Nikolajew. Russische Dampfschiffe gingen jetzt auf dem Strom und verbanden Sibirien und das nordöstliche Asien mit den Küsten von Japan und China. Da überdies zwei Nebenflüsse des Amur, selbst große und tiefe Ströme, der Sungari und Usuri, den russischen Schiffen die westliche und südliche Mandschurei erschließen, so war diese Besetzung wichtig, aber auch auf dieser Seite ein Zusammenstoß mit England über kurz oder lang in Aussicht. Die Russen siedelten darum einen waffengeübten Kern im Amurthal an.

Im Jahre 1854, während gleichzeitig die Russen sich am Amur verstärkten, unternahm Perowski einen zweiten Feldzug gegen Khiwa, umging die Steppe, indem er sein Heer über den Aralsee schiffte, drang ins Innere Khiwas ein und zwang den Chan von Khiwa zu einem Vertrage, der thatsächlich so gut als Unterwerfung war; denn Rußland erhielt darin die Befugniß, in einem Theil des Landes russische Tuppen aufzustellen, die Reiterei des Chans in russischen Sold zu nehmen, aber ihnen russische Oberoffiziere vorzusetzen. Darauf rückte Perowski in Bochara ein, und brachte den Chan dieses Landes zu einem Bündniß mit Rußland. —

Eigentlich ist diese russische Machtausdehnung mehr Schein als Wirklichkeit. Rußland kann nicht einmal sein bisheriges Gebiet in Asien mit seinen Streitkräften decken, weil die schutzbedürftige Linie zu endlos ausgedehnt ist, im Verhältniß zu seinen wirklichen militärischen Kräften. Auch kann, was heute ins Vasallenverhältniß zu Rußland oder in dessen Sold getreten ist, morgen sich ablösen, asiatische Fürsten und Völkerschaften; je nachdem Laune oder Vortheil, welchen eine andere Macht diesen Chans bietet, sie beherrschen. Mit Nomaden-Fürsten und Völkern läßt sich nicht so auf die Dauer Vertrag und Bündniß schließen, wie mit Seßhaften, und Rußland kann zwar auf einzelnen Punkten, gegen diesen und jenen Chan, seine überlegene Waffenmacht gebrauchen, aber keinen festhalten, weil die Gesammtheit der nomadischen Völkerschaften nicht festzuhalten ist: dazu hat Rußland nicht

Mittel genug, weil neben der Unzulänglichkeit der Waffen die moralischen Mittel fehlen. Besiegung ist noch keine Eroberung.

Nicht weil England dieses russische Vorgehen als eine Machtausdehnung fürchtete, war es plötzlich besorgt, sondern weil Rußland so, wie viel auch noch Raum dazwischen lag, den indischen Besitzungen Englands näher rückte.

In Englands Ministerium wußte man zwar bei der großen Terrainkenntniß desselben auf allen asiatischen Gebieten recht wohl, wie sehr die Natur Mittelasiens durch Hindernisse des Bodens und durch die räuberischen Gewohnheiten der Turkomannen die Verpflegung eines größeren Heeres und ein Vordringen der Russen auf Indien erschwere, fast unmöglich mache. Aber man dachte auch daran, daß das unmöglich Scheinende denn doch unter Umständen möglich sein könnte, nämlich, daß Perowski von Bochara aus — feindlichen Afghanenhäuptlingen die Hand böte und den linken Flügel eines persisch-russischen Heeres bildete, das gegen Indien vordränge. In London wußte man, daß russischerseits Einleitungen dazu getroffen waren. Was die englische Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Waffen, mit ihrem Gold, mit ihrer Land- und Seemacht, mit ihrer Diplomatie und mit neuen Bundesgenossen gegen die russischen Waffen, wie gegen die russischen Ränke ihrerseits that, wird später gezeigt werden.

Hatte seit einem Jahrhundert Rußland zu seinem südlichen Ziel in Europa — Konstantinopel gemacht, so betrachtete Nikolaus ganz insbesondere sich selbst als den gewissen, von der Vorsehung bestimmten Erben des „kranken Mannes," wie er in vertraulichen diplomatischen Verhandlungen — die hohe Pforte stets zu benennen pflegte. Um sich dieses türkischen Erbes immer mehr zu vergewissern, drang er, jeder bittern Erfahrung und jedem staatsmännischen Rathe verschlossen, hartnäckig auf die Fortsetzung des Krieges im Kaukasus.

14. Der Krieg im Kaukasus. Besuch des Kaisers Nikolaus in England.

Auf mehr als Einem Punkte in Asien, namentlich in Persien, und in den Nachbarländern desselben, hatte die russische Diplomatie mehr durch Gold als durch Waffen Erfolge errungen. Für ihre Diplomatie hatte die russische Regierung immer viel Geld, nach dem

Sprichwort: „Geld hat die Welt.“ Aber hatten die Intriken und die Verführungskünste der russischen Diplomatie in Asien und in Europa Glück gemacht: die Pässe des Kaukasus öffnete das russische Gold nicht, so wenig als seine Kanonen und Bajonette. Es ist ein großes Zeugniß für die sittliche Unverdorbenheit der Tscherkessen und Tschetschenzen, daß es mehr als ein Menschenalter brauchte, um die Tugend dieser Naturvölker so weit zu vergiften, daß sich auch da Verräther an Vaterland und Freiheit zuletzt um Gold finden ließen.

Wie sehr das Wort, Nikolaus habe überall nur die „Ordnung des Bestehenden“ zu seinem Ziel gehabt, eine bloße Phrase in seinem und Anderer Munde war, das markirt sich besonders scharf auch an den Felsen des Kaukasus und an dem vielen Blut, das daran hängt, russisches Blut und tscherkessisches Blut, verspritzt für und gegen Nikolaus.

Hier in den Gebirgsthälern des Kaukasus war die altväterische Tugend das „Bestehende,“ und die „Ordnung“ störte hier Niemand als Nikolaus; einerseits die russische, ererbte Eroberungspolitik, andererseits aber gewiß auch der Ingrimm des Absolutismus, daß zwischen Rußland und der Türkei freie Völkerstämme wohnen wollten.

Diese unabhängigen Gebirgsvölker Kaukasiens hatte man als „wilde“ Völker russischerseits verschrieen, und in Europa war es nachgeschrieben und von Russenfreunden nachgeglaubt worden, der Czar und seine Russen seien die Träger der Civilisation in diese Berge. Bald aber zeigten sich diese Muhamedaner des Kaukasus an sittlicher Bildung den Russen wie den Türken überlegen, mit vielen jener Tugenden geschmückt, welche der große Römer Tacitus an den Germanen seiner Zeit bewunderte. Jedes Jahr las man russische Siegesberichte, und die Wahrheit war: jedes Jahr fraß viele Tausende aus dem Kern des russischen Heeres in diesen Bergen. Seit einer Reihe von Jahren hatte Rußland sich die Zähne am Kaukasus zerbissen, weil diese Völkerstämme dem russischen Doppeladler in seinem Eroberungsflug nach Konstantinopel wie nach dem Indus sehr im Wege waren mit ihren guten Schüssen. Heere und Heerführer hatten gewechselt und wechselten fort, ohne sich etwas Anderes zu holen, als Schlappen und Beulen, jedes Jahr Tausende ein ruhmloses Grab.

Als nicht mehr zu bemänteln war, wie gering die Erfolge hier waren, und der russische Despotismus von der Bezwingung des

Kaukasus ferner war, als zehn und fünfzehn Jahre zuvor: da sagte man, diese Kämpfe am Kaukasus seien nicht dazu bestimmt, zu erobern, sondern den kriegerischen Geist des russischen Heeres zu erhalten.

Der Kampf dieser Völker strahlt als ein Heldenkampf in der Weltgeschichte; es war eine Handvoll, die gegen den russischen Riesen stand, und keinen andern Bundesgenossen hatte, als die Natur ihres Landes und die Unfähigkeit der meisten Heerführer ihrer Feinde für eine solche Kriegsweise. Ganz Europa, ja die ganze gebildete Welt schaute mit Bewunderung und Spannung auf den Begeisterungskampf der Freiheit, der in diesen Bergvölkern sich darstellte, gegen den Despotismus, der immer weiter über die Welt hin sich ausdehnte. Der Kampf mit diesen Völkern war auch so ganz eigenthümlich und anziehend, wie die Natur des Landes.

Durch diese, mit schönen Laubwäldern, mit Stämmen von ungeheurer Dicke bedeckten Berge, in welchen noch nie die Axt eines Holzhauers erklang, über diesen mit der üppigsten Decke hoher Blumen und Schlingpflanzen bekleideten Boden ließ sich nicht marschiren, wie anderswo, zumal wenn das russische Fußvolk außer sechzig Patronen auf den Mann auch noch auf acht Tage Lebensmittel im Tornister mit sich tragen mußte. Nur mit der größten Mühe konnten hier einige Munitionswagen vorwärts gebracht werden. Man marschirte einen ganzen Tag, und sah nichts Feindliches; nur hie und da glaubte man hinter den Bäumen einzelne Schatten schlanker, flinker Bergbewohner lauschen und verschwinden zu sehen.

Man kam ins Innere der Waldberge. Es war Mitternacht, die Lagerfeuer erloschen, die Soldaten schnarchten im Gras: da plötzlich, rings um das Lager, knallten die Schüsse unsichtbarer Feinde. Diese Schüsse trafen, nicht die der Russen, die aufs Gerathewohl feuerten nach der Richtung, wo die Pulverblitze leuchteten. Den Feinden war es aber nur darum zu thun, die Nachtruhe zu stören, und die Russen müde zu machen für einen Tagmarsch. Am Morgen war kein Feind mehr zu sehen. Aber als man Mittags durch eine Waldschlucht marschirte, waren die Feinde in großer Zahl da; und bald reichten Pferde und Wagen nicht mehr hin, die verwundeten Russen aufzunehmen. Doch wieder verschwanden die Feinde.

Man marschirte weiter, die Schwierigkeit des Weges nahm zu, und da waren sie wieder auf allen Seiten, die Söhne der Berge mit ihren furchtbar treffenden Büchsen. Mit jeder Minute wächst die Zahl der todten und verwundeten Russen. Die Lage ist so bedenklich,

daß der General den Rückzug, so hart es ihn ankommt, befehlen muß. Kaum hat der Vortrab sich rückwärts geschwenkt, so kennt das Ungestüm der Bergbewohner keine Grenzen mehr. Waren bisher nur Kugeln in die russischen Reihen geflogen, so stürmen jetzt wüthende Haufen von Tscherkessen oder Tschetschenzen mit hochgeschwungener blanker Waffe in die Linie, trotz der entgegenstarrenden Bajonette, und durchbrechen sie an mehr als einer Stelle. Und indessen wird es Abend und mit dem Abend die Verwirrung nur größer; Gepäckwagen, Verwundete müssen zurückgelassen werden.

Die Kaltblütigkeit und Mannszucht, welche die Russen auf so vielen Schlachtfeldern Europas bewährt haben, reichen hier in diesen Gebirgen, auf solchem Rückzug nicht aus. Gehetzt und gedrängt von einem grausamen Feind, bei welchem der Pardon nie Brauch gewesen, ermattet vom Kämpfen und Marschiren oder erschöpft vom Blutverlust der Wunden, gequält von Durst — denn Quellen sind nicht zu finden — verzagt mancher tapfere Soldat; er bleibt, den Ranzen niederwerfend, zurück, und erwartet den Tod vom nächsten Tscherkessen- oder Tschetschenzenstahl. Es ist Nacht. Diese Nacht ist schrecklicher, als alles Bisherige. Wie Wölfe umheulen die Bergbewohner die russische Colonne, als ihre sichere Beute. Die russischen Generale, fast in Verzweiflung, schreien Befehle, die wegen der Dunkelheit schlecht oder gar nicht ausgeführt werden können. Die Bergbewohner sparen ihr Pulver in der Finsterniß mehr als am Tage, wo sie sicherer zielen können; sie wollen die Russen nur durch Schlaf- und Ruhelosigkeit vollends ganz in dieser Nacht erschöpfen; die Qual des Durstes nicht länger zu ertragen, treibt manchen Russen, zu den Feinden überzugehen.

Die Sonne steigt herauf, und jetzt werden die kraftlosen Russen hier betend, dort in stummer Verzweiflung niedergesäbelt, und die Kugeln fliegen allwärts herein. Die russischen Offiziere, vorzüglich die Zielscheibe der Schüsse, hüllen sich in gemeine Soldatenröcke. Die Bergbewohner mit ihren Falkenaugen wissen sie in ihrer Vermummung wohl herauszufinden: vom ganzen Offizierscorps wird mehr als die Hälfte erschossen. Die Bergbewohner sind an Zahl schwächer, haben aber die leichtere Beweglichkeit und die Ortskenntniß voraus, wodurch es ihnen möglich wird, sich rasch auf Einen Punkt in starken Haufen zu sammeln, und die schwächsten Seiten der Colonne mit dem Säbel in der Faust zu durchbrechen. Außerordentlich ist ihre Stärke in der Führung des Säbels: sie pariren den Bajonettstoß des



Imam Schamyl.

(Band VI. Seite 213.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

russischen Soldaten mit größter Gewandtheit und spalten ihm den Kopf mit einer Kraft, welche man diesen wespenschlanken Bergsöhnen nicht zugetraut hätte. Einige der Letztern erklettern die Waldbäume, binden sich oben an den Aesten fest, und, als die Russen vorüberkommen, schießen sie aus ihrem grünen Versteck wie aus einer luftigen Laubcitadelle sicher treffend auf die Russen herunter. —

Außerhalb der Waldregion lassen die Angriffe der Bergsöhne nach; aber die Russen haben Tausende in Berg und Wald verloren gegen einen Feind, der, weil er ein freier Mann ist, voll herrlichen Muthes ist, und der die Ortskenntniß und die Gewohnheit des Kampfes in den Bergen für sich hat. —

Das war die Kriegsweise der kaukasischen Bergvölker nach den Schilderungen der Augenzeugen; und der schönste Held dieses Kampfes war Schamyl, der Oberhäuptling der Tschetschenzen, Priester und Heerführer zugleich. Im Sommer 1844 las man wieder, wie oft zuvor, die glänzendsten Ankündigungen von der Machtentfaltung Rußlands gegen „diese räuberischen Völker," die doch Niemand beraubt hatten, ehe sie angegriffen worden waren, und denen der russische Czar die Freiheit rauben wollte. Ihre Demüthigung wurde als gewiß ausgeschrieben; aber bald kam auf anderem Wege die sichere Nachricht, daß hüben und drüben die Tscherkessen und Tschetschenzen gesiegt hatten, und daß von Schamyl schon im Mai die russische Festung Derbend erstürmt und große Beute gewonnen worden war.

Drei Jahre darauf waren die Sachen im Kaukasus immer noch auf dem alten Flecke, die Bergvölker hatten die wichtigsten Punkte wieder erobert, und die Versuche des russischen Feldherrn Woronzoff, Schamyl aufs Neue daraus zu vertreiben, schlugen alle fehl. Da las man zur Erläuterung in öffentlichen Blättern: „Das Mißlingen der Plane Rußlands beruht keineswegs allein auf den äußern Schwierigkeiten, welche der Held Schamyl ihnen bereitet, vielmehr sollen innere Gründe dabei nicht wenigen Einfluß üben. Seit langen Jahren währt nun der Kampf und jedes Jahr sieht man Tausende ins Grab sinken; denn was vom Messer der Tscherkessen verschont bleibt, zehren Krankheit und Seuche auf. Das hat den Geist der Truppen so weit herabgebracht, daß ihre Zuversicht gebrochen, ihre Kraft gelähmt ist, daß sie in den Ebenen und auf den Bergen des Kaukasus nicht eine Bahn zu Ruhm und Ehre erblicken, sondern nur einen Todtenacker, der ihnen allen gemeinsam ist."

Schamyl kannte auch diese moralische Verstimmung im russischen

Heere und ihre Bedeutung; er benützte sie zu neuen Schlägen. Von 15,000 Mann russischen Truppen, welche im Jahr 1846 zum Ersatz der gelichteten Reihen aus dem Innern Rußlands nach dem Kaukasus rückten, blieben 4000 in Taganrog liegen und starben hin, noch ehe sie den Fuß des Gebirgs erreicht hatten. Diese Thatsache warf auf die Art der russischen Armeeverpflegung ein so grelles Licht, daß Untersuchungen nicht abzuwenden waren, in Folge deren mehrere commandirende Generale abgesetzt wurden. Bald kamen Nachrichten von neuen Verlusten der Russen, die abermals Tausende nutzlos gegen Schamyl verloren hatten. Auch die vortheilhaftesten Anerbietungen Woronzoffs wurden von den Bergvölkern zurückgewiesen. Die Cholera lähmte die Anstrengungen der Russen; seit der Mitte des Jahres 1847 wüthete sie furchtbar in ihren Reihen und füllte die Lazarethe und die Gräber. Das vermehrte die Entmuthigung und das Ausreißen.

Außer dem Angeführten schadete den Russen im Kaukasus auch im Felde, was ihre Civilverwaltung krank machte: Beförderung nicht nach Verdienst und Talent, sondern nach Empfehlung durch Damen am Hofe oder nach Verwandtschaft, und um Geld. Wurde einmal ein solcher Fall vor dem Kaiser erwiesen, so griff seine Gerechtigkeit scharf ein; aber der Erweis vor ihm war schwer und die Schuldigen wurden selten getroffen, nur unter ganz besonderen Umständen. Generallieutenant von R. wurde vom Czar seines Postens entsetzt und vor ein Kriegsgericht gestellt, weil er ihm Offiziere zur Belohnung für ihre Auszeichnung im kaukasischen Kriege vorgestellt hatte, welche an den Kämpfen gegen diese Bergvölker gar nicht Theil genommen hatten. Der Verfasser der Schrift „Rußlands inneres Leben," welcher dies erzählt, setzt hinzu: „Was dieser General that, das ist etwas so Gewöhnliches in Rußland, daß es nur besondern Umständen zuzuschreiben ist, wenn aus dem Ganzen ein Schuldiger mit den Haaren gezogen wird. — Ein Chef wuchert mit seiner Gunst ärger, als ein geldgieriger Jude mit seinen Kapitalien." * —

England und die Türkei insbesondere, aber auch andere europäische Mächte und die Völker Europas, sahen mit lauter Freude, wenigstens mit innerem Frohlocken, diesem Zergehen der besten russischen Kräfte an der Natur und Tapferkeit dieser Bergvölker zu. Der Verdacht der Russen, daß England und die Türkei die Kaukasier aufmuntern, fördern, selbst heimlich unterstützen, schien wohl begründet.

* Quellen: Eine Reihe Aufsätze der A. Allg. Zeitung. Gegenwart V., 622—680.

Nach den Niederlagen in der ersten Hälfte der Vierziger Jahre drohte der russische Hof der hohen Pforte mit sehr ernstlichen Maßnahmen, wenn sie ferner die Einkäufe von Waffen und Kriegsbedarf dulde.

Im Sommer 1844 fühlte der Czar das Bedürfniß, nach England zu gehen. Die Zeitungen waren voll von diesem Schritt. Graf Nesselrode, der Minister des Auswärtigen, reiste nach London voraus, um seinem Herrn, dem Czar, den Boden zu bereiten. Die Franzosen, welche über Nesselrode's und seines Kaisers Reise nach England sehr erbost waren, sagten diesem Staatsmann nach, er habe „aller Art von Fuchsschwänzereien" von der englischen Regierung und dem englischen Adel sich unterzogen. Man sprach von einer Vermählung, die durch den Kaiser persönlich abgeredet worden sei zwischen einem englischen Prinzen und einer russischen Prinzessin. Zu gleicher Zeit lief in den höheren Cirkeln von Konstantinopel das Gerücht um, die Reise des Czars nach London habe nichts Geringeres bezweckt, als die Theilung der europäischen Türkei unter die fünf Großmächte, und er habe als Ersatz für die zu besorgende Störung des europäischen Gleichgewichts den Vorschlag gemacht, das Königreich Polen als einen unabhängigen Staat wieder herzustellen. An demselben Tage, als man zu Konstantinopel sich hievon in die Ohren raunte, hatte der russische Geschäftsträger dem türkischen Ministerium die freundschaftlichsten Versicherungen ertheilt über die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes.

Immer mehr trat zu Tage, daß das osmanische Reich seiner Auflösung entgegen gehe, und daß nur durch die gegenseitige Mißgunst der europäischen Großmächte die Türkei als selbständiges Reich sich gehalten hatte und immer wieder künstlich an den gegenwärtigen politischen Bestand angenietet worden war, weil keine der großen Mächte der andern eine dortige Vergrößerung gönnte.

Mit den Planen des Czars auf die Türkei hatte es, nach den ursprünglichsten, jetzt offen zu Tage liegenden Urkunden dafür, näher sich also verhalten.

VIII. Die Türkei.

1. Sultan Abdul Medschid. Der Hattischeriff von Gülhane. Die Reformen. Reschid Pascha.

Während Nikolaus gegen Mittelasien und auf Indien zu vorzuschreiten suchte, verlor er die europäische Türkei nie aus dem Auge. Konstantinopels Besitz wurde zum festen Gedanken in ihm, so sehr, daß diesem Gedanken alles Andere in ihm sich unterordnete, daß dieser Gedanke seine ganze auswärtige Politik in Asien und in Europa, seine Politik gegen England und Frankreich, welche ihm die zwei Hauptgroßmächte in dieser Frage waren, dann auch gegen Oesterreich und das gesammte Deutschland bestimmte, und daß dieser in ihm fest gewordene Gedanke ihm in den letzten drei Jahren seines Lebens keine Ruhe mehr ließ.

Rußlands Politik im Norden Europas, seine dänisch-schleswig-holsteinische Politik, hatte den Hauptzweck, den Sund gegen England zu sperren, und sich dort zu decken, um auf Konstantinopel vorgehen zu können. Hatte es dieses, dann war es durch zwei Meerengen gegen die furchtbaren Flotten Englands geschützt, gegen die sonst das Feld zu behaupten weder die Größe noch die Menge russischer Schiffscolosse im Stande war.

Als der Sultan Abdul Medschid im Sommer 1839 den Thron bestieg, war es für ihn und das türkische Reich doppelt traurig, daß er erst sechszehn Jahre alt, dabei kränklich und vergnügungssüchtig war. Leicht regierten so seine junge Mutter Walida und ihre Günstlinge. Zwar war am 9. November 1839 ein zuvor nie gesehenes Schauspiel in Konstantinopel gewesen.

In dem großen Kiosk d. h. Sommerpalast von Gülhane waren alle hohen Würdenträger und sonstige Beamte der Pforte mit vielen andern Notabeln der türkischen Nation, mit den Abgeordneten der Griechen, der Armenier, selbst der Juden versammelt; auch das diplomatische Corps war geladen und erschienen. Das letztere schaute mit dem französischen Prinzen von Joinville zu den Fenstern des Palastes heraus, aber nicht auf das Marmora-Meer, sondern auf die Tribüne, auf welcher alle vorgenannten Celebritäten in ehrfurchtsvollem Schweigen

verharrten, bis dem Großvezier ein Hattischerif des Sultans überbracht wurde, eine großherrliche Urkunde.

Da verbeugte sich der Großvezier, und die ganze Versammlung um ihn her verbeugte sich tief zum Boden, nicht vor dem rothen Tuch, in welchem der Hattischerif eingewickelt war, sondern vor der Urkunde, nicht weil sie das enthielt, was sie enthielt, sondern weil es vom Großherrn kam. Ehrfurchtsvoll übergab der Großvezier das Aktenstück, das er aus dem rothen Tuche wickelte, an Reschid Pascha, damit dieser es von der Tribüne herab vorlese. Der durfte aber nicht lesen, bis die Minute der Sternenstunde eintrat: der Hofastrolog des Sultans stand mit einer Uhr in der Hand neben ihm, und gab den günstigen Augenblick an für das Lesen des Schriftstücks, weil es ohne Beachtung dieses günstigen Augenblicks nach dem Glauben hoher und niederer Türken nicht segensreich, sondern unheilvoll wirken würde. Die rechte Minute kam, der Minister des Auswärtigen verlas die Schrift mit lauter Stimme. Am Schluß erflehte ein Ulema im Gebet den Segen Allahs für das Werk, die Menge rief Amen, und 101 Kanonenschüsse von allen Batterien am Bosporus verkündeten, daß der Sultan und die Großwürdenträger des Reiches in diesem Augenblick den Eid auf die Verfassung ablegen; denn das Schriftstück war — die neue Verfassung des türkischen Reiches.

Durch diese wurde allen Unterthanen gleichmäßig Leben, Gut und Ehre gewährleistet, ohne Unterschied des Glaubens, und eben so ein gemeinsames Steuersystem verheißen, zugleich den Mohamedanern eine regelmäßige Rekrutenaushebung und Beschränkung der Dienstzeit auf vier bis fünf Jahre zugesichert. Ferner waren darin enthalten Abschaffung der Vermögenseinziehungen, strenge Verbote gegen Bestechung und Willkür, und die Festsetzung, daß von nun an Niemand mit dem Tode bestraft werden dürfe, es sei denn durch Urtheil und Recht, nach sorgfältiger gerichtlicher Untersuchung.

Bisher hatten die Sultane über Leben und Tod der Großwürdenträger wie jedes Unterthans ein schrankenloses Recht ausgeübt, ganz willkürlich, da nach allgemeiner asiatischer Anschauung nur einer Herr ist, der Sultan, und Alles Knecht; der Glaube selbst gab dem Sultan die gleiche Gewalt über jeden Staatsdiener und Unterthan, wie dem Hausvater über seine Sklaven. Sultan Abdul Medschid war der Erste, welcher freiwillig dieses barbarischen Vorrechts sich begab, und er hat später nicht dawider gehandelt.

Reschid Pascha, sein Minister des Auswärtigen, war es, der den blutjungen aber gutmüthigen, seinen Völkern wohlwollenden Sultan in diese liberale Bahn hineinleitete. Reschid Pascha war unter dem vorigen Sultan schon Minister und zuletzt Gesandter in Paris gewesen und beim Regierungsantritt Abdul Medschids von Paris ins Ministerium zurück berufen worden. Er hatte die europäische Einrichtungen kennen gelernt und der Verfassungsstaat, das parlamentarische Leben und die Reize der gebildeten Gesellschaft hatten ihn eingenommen. Besonders hatte er die Macht der Presse kennen gelernt, und es war seinem Scharfblick nicht entgangen, welchen einflußreichen Verbündeten der Vizekönig von Aegypten Mehemed Ali an der französischen und englischen Presse und an der durch sie geleiteten öffentlichen Meinung gegen den Sultan hatte.

Presse und öffentliche Meinung Europas glaubte er für den Sultan und die Türkei zu gewinnen, wenn er die letztere in die Bahn der Reformen und der liberalen Richtung hinüber führe. Daraus, aus dieser politischen Absicht, aber auch aus seiner durch Anschauung der europäischen Verhältnisse gewonnenen Vorliebe für Verfassungszustände, kam die Verfassung von Gülhane. Nicht bloß die Völker Englands und Frankreichs, sondern die Theilnahme der ganzen gebildeten Welt hoffte er dadurch zu Verbündeten seines Sultans und seiner Verwaltung zu gewinnen gegen Mehemed Ali und gegen die Uebergriffe des russischen Absolutismus.

Reschid Pascha war der Kopf des neuen Ministeriums. Ehe er den Hattischerif von Gülhane ins Werk setzte, reinigte er den Weg dafür. Alle Feinde von Reformen, welche er in hohen Staatsämtern vorfand, fing er an zu beseitigen, theils durch Amtsenthebung, theils durch Entfernung vom Hof und Versetzung in entlegene Theile des Reiches. Dabei unterstützte ihn der Minister Halil Pascha, der Grosseraskier, und Schwiegersohn des Sultans Mahmud, Schwager des Sultans Abdul Medschid.

Mohamedaner und Rajahs nahmen die „Constitution" von Gülhane sehr gut auf, das Volk, weil sie Schutz gegen die Beamtenwillkür verhieß, und auch die Beamten wenigstens darum, weil die seidene Schnur nicht mehr wie früher zu fürchten war. Der Hattischerif war übrigens noch keine ausgearbeitete Verfassung, sondern nur ein Grundriß, nach welchem für die Civilverwaltung und das Kriegswesen Reformgesetze gemacht und durchgeführt werden sollten. Das Steuerwesen wurde zuerst geregelt zu gleichmäßiger Vertheilung der Lasten.

Das war ein großer Fortschritt. Bisher saugten die Befehlshaber die Provinzen und die armenischen Bankiers das Volk ganz willkürlich aus, theils um möglichst viel Geld an die Regierung einzusenden und sich dadurch in Gnade und Amt zu erhalten, theils um sich selbst zu bereichern, für den Fall des Stellenwechsels. Das Geld, das der Verwalter einer Provinz jährlich einzusenden hatte, war nämlich nicht eine gesetzlich festgestellte Summe, und sie konnten nach Willkür einsenden, und nach Willkür die Abgaben auflegen. Die Regierung selbst hatte die aus den Provinzen eingehenden Summen mit jedem Jahresanfang an die Bankiers verpachtet, diese machten darauf hin der Regierung Vorschüsse, und die Agenten der Banquiers gingen in die Provinzen, als Geldbeitreibungsgehülfen der Paschas.

Dieses verrottete Blutigelsystem war durch den Hattischerif von Gülhane durchbrochen. Die Regierung sandte Steuerbeamte in die Provinzen, zog aus den letzen Jahrzehnten eine Durchschnittssumme der jährlich zu zahlenden Abgaben und ließ die nach der Steuerfähigkeit auferlegten Steuern unmittelbar für sich erheben. Trotz vielfachen Widerstands machte sich diese Steuerreform dennoch Bahn."

2. Der Feldzug in Syrien. Beendigung der ägyptischen Frage. Reschid-Pascha's Sturz.

Durch den zur Herstellung des Friedens im Orient geschlossenen Viermächtevertrag vom 15. Juli 1840* und seine Folgen wurden zwar die ägyptische Streitfrage gelöst, nicht aber die allgemeine orientalische Frage. Die Lösung der letzeren war nur vertagt, wie sie es noch bis heute ist.

Während in Syrien in Folge unerträglichen Drucks und der Aussaugung durch Ibrahim Pascha der ganze Libanon und ein großer Theil der syrischen Küste gegen die Aegypter in Aufstand kam, segelten, gemäß dem Vertrag vom 15. Juli, die englische und die österreichische Flotte nach der syrischen Küste, um den Aufständischen nöthigenfalls mit den Waffen beizustehen. Zugleich aber war die französische Regierung bemüht, einerseits die Pforte durch Drohungen dahin zu bringen, daß sie und der Vicekönig von Aegypten unter sich allein sich verständigen, andererseits suchte sie Mehemed Ali zur Nachgiebigkeit und zur Beilegung des Streites um jeden Preis zu bestimmen. Dieser aber

* Band V, Seite 306—307.

erklärte der Pforte, seine Sache sei die Sache des Islam gegen die Christen, und er halte es für Religionspflicht, dem nicht nachzugeben, was die vier Mächte zu London, die sich in die Streitfrage der Muselmänner nicht einzumischen haben, ihm vorschreiben wollen. Auf das wurde von der Pforte die Absetzung Mehemed Alis ausgesprochen, und die vier Mächte, welche den Londoner Vertrag abgeschlossen hatten, riefen ihre Consuln von Alexandria ab, und erklärten diese Hauptstadt in Belagerungszustand. 16,000 Gewehre wurden unter die Maroniten des Libanon vertheilt.

Commodore Napier erstürmte Saida in Syrien, schlug Ibrahim Pascha in die Flucht, suchte die flüchtigen Aegypter im Gebirge auf und rieb einen Heertheil derseben ganz auf. Eine Reihe fester Plätze fiel hintereinander in seine Hände. General Jochmus, ein Deutscher, der früher in Griechenland und Spanien gedient hatte, und jetzt mit dem Rang eines Ferik Pascha den Oberbefehl über die türkischen Truppen hatte, wirkte kräftig dazu mit, daß Acca erobert, Ibrahim Pascha bis Damaskus zurückgetrieben wurde und eilte, die Landenge von Suez zu gewinnen, nachdem er noch vierzig Millionen Piaster in der Hast zusammen gepreßt hatte. Als Mehemed Ali den Fall Acca's, die Eroberung Jerusalems und des ganzen Südens von Syrien vernahm, zagte er für Aegypten und unterwarf sich in einem Schreiben vom 10ten Dezember 1840 dem Sultan, dessen Gnade er sich anheim gab. Die Minister der Pforte hätten Mehemed Ali gerne ganz vernichtet, aber die vier Mächte empfahlen dem Sultan, demselben den erblichen Besitz Aegyptens wieder zu bewilligen. Reschid Pascha allein lagen die Reformen im Innern des türkischen Reiches mehr an, als die längere Verzögerung des Friedens und die Rache an Mehemed Ali und Ibrahim.

Durch ihn bestimmt, setzte der Sultan Mehemed Ali wieder als erblichen Vicekönig ein, nachdem am 11. Januar 1841 dieser die türkische Flotte an den Großherrn ausgeliefert und Ibrahim Pascha die letzten Punkte Syriens geräumt hatte. Zu Trümmern aufgerieben von der Wuth der syrischen Bevölkerung war das Heer desselben in Gaza angelangt. Als weitere Bedingungen wurden dem Vicekönig von Reschid Pascha in Uebereinstimmung mit den Gesandten der vier Mächte aufgelegt: ein fester jährlicher Tribut an die Pforte, Verminderung seines Heeres, Ernennung aller höheren Offiziere vom Obersten aufwärts durch den Sultan, Einführung der gleichen Gesetze und Abgaben in Aegypten, welche in den übrigen Theilen des türkischen

Reiches gelten, Gültigkeit aller von der Pforte mit dem Auslande geschlossenen Verträge auch für Aegypten, und das Recht des Großherrn, den Nachfolger des Vicekönigs zu bestimmen, zwar mit Rücksicht auf die Erstgeburt, doch so, daß dem Sultan frei bleibe, den, welcher ihm am meisten zusage, aus den Nachkommen des Vicekönigs auszuwählen.

So waren die Verhältnisse der Pforte mit Aegypten geordnet. Reschid Pascha aber, welcher der hohen Pforte den allgemeinen Frieden errungen hatte, verlor jetzt sein Amt, weil ihm die Camarilla und deren Mittelpunkt, Walida, die Mutter des Sultans, geldsüchtig und verschwenderisch, wie sie war, seine Finanzreformen nicht verzieh, und weil er, um überhaupt sein Reformsystem aufrecht zu erhalten, mit seinen Beseitigungen bis in das Harem der stolzen Frau vorgegangen war und den Obersten ihrer schwarzen Verschnittenen abgesetzt hatte. Unter seinem Nachfolger blieb jedoch das Reformsystem Reschid Paschas. Ob jener gleich die Talente Reschids nicht hatte, war er doch Reformer.

3. Neue Wirren: auf Candia, in der Bulgarei, im Libanon, in der Walachei und in Serbien. Verwicklung mit Persien.

Aufstände in Candia und der Bulgarei gegen die türkische Oberherrlichkeit brachen aus. Candia, zur Hälfte von christlichen Griechen bevölkert, und an dem griechischen Befreiungskriege besonders thatkräftig betheiligt, aber durch Beihülfe der Flotten und der Diplomatie der christlichen Mächte unter die türkische Botmäßigkeit zurückgeführt und dadurch tief verbittert, erhob sich aufs Neue. Im Jahre 1841, in Hoffnung auf englische Hülfe, errichtete es eine provisorische Regierung und rief den Schutz der fünf Großmächte an. Diese sprachen sich gegen den Aufstand aus, und die Pforte erdrückte ihn leicht, nachdem die Führer des Aufstandes Candia verlassen hatten. Die Unruhen in der Bulgarei wurden gleichfalls rasch gestillt. Nicht so die Wirren im Libanon.

Nach dem Schluß des ägyptischen Krieges war in diesem Gebirge der alte Nationalhaß zwischen den Drusen, die im Süden, und den Maroniten, die meist im Norden des Libanon sitzen, thätlich aus-

gebrochen; schon im Oktober 1841 hatten fünfhundert Drusen auf einer Tagsatzung der christlichen Maroniten eine große Anzahl der letzteren überfallen und ermordet, und so entbrannte der Bürgerkrieg, in welchem beide stammverwandte Völkerschaften, beide halbbarbarisch, sich an Gräueln überboten. Der maronitische Patriarch rief das Einschreiten der Pforte an. Omer Pascha, ein geborner Christ aus Oesterreich, ein bewährter Offizier für den Gebirgskrieg, stellte die Ruhe im Libanon wieder her, und die Pforte setzte ihn als provisorischen Statthalter in den Libanon über die bisher unter einem eigenen Großemir vereinigten beiden Völkerschaften. In Konstantinopel hatte die nationale türkische Partei sich ins Ministerium geschwungen, diese begünstigte die Drusen gegen die Maroniten.

Die fünf Mächte brachten es aber bei der Pforte dahin, daß Drusen und Maroniten je einen Stammgenossen zum Häuptling ihrer Völkerschaft unter Leitung des türkischen Gouverneurs von Saida wählen sollten. Doch gährte es zwischen Maroniten und Drusen fort; und englischer und französischer Einfluß, der eine gegen den andern agirend, hatte, sagte man, die Hand dabei im Spiele.

Im Sommer 1842 brach eine persische Heerabtheilung plötzlich ins türkische Irak ein, plünderte und zog zurück; und einen Monat darauf machte der Schah von Persien persönlich einen Einfall ins türkische Gebiet. Da Persiens Hof seit lange unselbständig war und die englische und russische Politik daselbst miteinander rangen um die Beherrschung dieses Hofes, jede für ihr Interesse; so machte man in Europa seine Bemerkungen über diese neue Verlegenheit, welche der Pforte, dem „kranken Manne", von Seite Persiens bereitet wurde. Der türkische Seraskier zwang den Schah zum Rückzug, England und Rußland — boten jetzt der Pforte, bei dieser Wendung der Dinge, ihre Vermittlung an und die Sache wurde ehrenvoll für die Pforte beigelegt.

Zu gleicher Zeit gerieth die Pforte in Verwicklungen in der Walachei und Serbien, wo das Souveränetätsrecht der Türkei mit dem Schutzrecht Rußlands sich begegnete.

In Serbien wurde die Familie Milosch Obrenovich von der Herrschaft des Fürstenthums entfernt, im Weg einer Revolution, die von den Fähigsten und Besten der Nation geleitet und von der Pforte gut geheißen wurde. Noch früher, im Herbst 1840, war eine Verschwörung in der Walachei gegen den Fürsten Ghika entdeckt und unterdrückt worden. Aber im Sommer 1842 verklagten die Bojaren diesen Fürsten gleichzeitig in Petersburg und in Konstantinopel. Das

russische Kabinet wußte diesen Fall zu benützen, der russische Untersuchungscommissär benahm sich und erschien in Bucharest als der Bevollmächtigte der vorherrschenden Macht, neben dem der türkische Commissär sich in eine untergeordnete Rolle gedrängt sah. Das nationale Ministerium in Konstantinopel rächte sich dadurch, daß es, ohne irgend mit dem russischen Kabinet darüber zu unterhandeln, nicht nur die Absetzung des Fürsten Michael Obrenovich in Serbien bestätigte, sondern auch die Absetzung des Fürsten Ghika in der Walachei aussprach, und zugleich den Prinzen Alexander Czerni Georgevich als Fürst von Serbien anerkannte.

Zu Ende des Jahres 1842 erklärte das russische Kabinet, daß es die serbischen Angelegenheiten in einer der türkischen Auffassung gerade entgegengesetzten Weise ansehe und behandle; der Vertrag von Adrianopel sei durch die Pforte verletzt, die Pforte nicht befugt, sich einseitig die mindeste Abänderung daran zu erlauben. Die Pforte bewies, daß sie über den Buchstaben des Vertrags nicht hinaus gegangen sei; allein, nachdem die Botschafter der Westmächte unter der Hand die Pforte bearbeitet hatten, die Zumuthungen des russischen Kabinets zurückzuweisen, erhielten eben dieselben Botschafter der vier Mächte von England, Frankreich, Oesterreich und Preußen in Konstantinopel — Instruktionen, daß Rußland im Rechte sei. Das war eine abermalige diplomatische Niederlage der Pforte Rußland gegenüber. Das serbische Volk aber besetzte den erledigten Thron nicht mit einem Obrenovich, sondern wählte, in Gegenwart des Generaladjutanten des Czars, abermals und jetzt fast einstimmig, Alexander Czerni wieder zu ihrem Fürsten; er hatte auf Bitte der Pforte, um ihr aus der Verlegenheit zu helfen, zuvor freiwillig seiner Fürstenwürde entsagt.

Das „nationale" türkische Ministerium konnte sich nach solchen Niederlagen seiner Politik nicht mehr halten. Rifaat Pascha, der unmittelbare Nachfolger Reschid Pascha's, der von Walida und ihrer Partei verdrängt und zum Botschafter in Wien gemacht worden war, wurde wieder ins Ministerium des Auswärtigen zurückberufen; ein schwacher Mann für so viele europäische Anmuthungen, aber doch ein Mann der Reformpartei.

Die Verbesserungen in der Verwaltung und in der Rechtspflege hatten Fortschritte gemacht, trotz der Unordnungen, welche der Fanatismus und der Nationalstolz, gleich empört, daß der rechtgläubige Türke keine Vorrechte mehr vor dem „Ungläubigen" haben sollte, in Adrianopel und in Smyrna gegen die Christen sich erlaubt

hatten. In andern Städten waren sogar wirkliche Gräuel gegen einzelne Christen verübt worden. Die Ulemas, d. h. die Schriftgelehrten höchsten Rangs für Religion und Rechtspflege, schürten die Reaktion und nährten die Erbitterung gegen die Christen und gegen die Reformen.

4. Der Aufstand in Albanien. Tunis.

In Albanien hatte das neue Staatsgrundgesetz mit der dadurch aufgelegten Truppenaushebung heftigen Widerwillen erregt.

Der Hattischerif von Gülhane konnte hier nicht durchgeführt werden; die Hattischerife, d. h. Kabinetsbefehle des Sultans, sonst nach dem Glauben der Muselmänner „Gebote, die augenblicklich und ohne Einwendung vollzogen werden müssen", hatten an ihrem Zauber viel eingebüßt. Seit dem Jahre 1843 war die mohamedanische Bevölkerung im Aufstand, die schwachen Regierungstruppen wurden von ihnen überfallen, geschlagen, christliche Dörfer ausgeplündert und verbrannt; da sie sich straflos sahen, warfen sie sich sogar auf die Stadt Varna, verwüsteten und zerstörten die christlichen Kirchen, erwürgten die Männer und schleppten die Weiber und Kinder als Sklaven fort.

Das russische Kabinet machte durch seinen Gesandten das Ministerium der Pforte für diese Gräuel gegen die Christen verantwortlich. Die Aristokratie des türkischen Reiches sah wenigstens denjenigen Theil des Hattischerifs von Gülhane, der auch auf sie die Besteuerung ausdehnte, scheel an, und harmonirte in diesem Punkt wunderbar mit der civilisirten Aristokratie mehr als eines christlichen Staates. Zudem spürte sie, daß man bei der neuen Ordnung die Citrone nicht mehr so pressen und sich bereichern konnte. Es waren Viele darum, die es gar nicht ungern gesehen hätten, wenn von Albanien herein der Widerstand gegen die neue Ordnung durch das Reich bis Konstantinopel sich fortgesetzt hätte. Eigennutz und Christenhaß wirkten zu diesem Wunsche zusammen. Dennoch mußte der Divan, so stark darin die „national-türkische" Partei vertreten war, dem Drängen der christlichen Mächte nachgeben und Omer Pascha aus dem Libanon nach Albanien schicken. Dieser schlug die Albanesen in mehreren Treffen, schlug sie in ihren Gebirgsschlupfwinkeln, eroberte ihre festesten Plätze, führte die Rekrutenaushebung durch und zog im Oktober 1844 mit den ausgehobenen Albanesen in Konstantinopel ein.

Die national-türkische Partei, und durch sie die Pforte selbst, hatte

sich kurz zuvor neue Demüthigungen zugezogen. Der Dei von Tunis hatte Sardinien verletzt; Sardinien drohte, seine Flotte nach Tunis zu schicken. Die Pforte erklärte, im Fall eines Angriffs auf Tunis würde sie ihre eigene Flotte dem Dei zu Hülfe schicken. Dann werde die türkische Flotte vor Tunis auch die französische Flotte treffen, bemerkte Frankreich der Pforte durch seinen Botschafter. „Eine solche Anhäufung von Kriegsschiffen auf Einem Punkte könne die Krone Britanniens nicht ansehen, ohne auch die brittische Seemacht im Mittelmeer vor Tunis zu legen," erklärte der englische Botschafter. So gab Dei und Pforte nach.

5. Ausbruch der national-türkischen Partei gegen die Reformen. Neue Unruhen im Libanon. Riza-Pascha. Munizipalräthe in der — Türkei.

„Sind wir Mohamedaner, oder sind wir es nicht mehr"? Das war die Losung der national-türkischen Partei in Konstantinopel.

Ein junger armenischer Christ in Konstantinopel, der sich mit seiner Familie überworfen hatte, war in der ersten Aufregung Mohamedaner geworden, aber, bald von Reue ergriffen, wieder in die christliche Kirche zurückgetreten. Er wurde verhaftet. Auf Verwendung des englischen Botschafters gab der Minister des Auswärtigen, Rifaat Pascha, die vertrauliche Zusicherung, daß demselben nichts am Leben gethan werden solle. Dennoch verurtheilte, auf den Antrag des Großmufti, der Reichsrath einstimmig den Unglücklichen zum Tod durch das Beil. Auf einem der volkreichsten Theile der Hauptstadt geschah die Hinrichtung. Der „Abtrünnige" wurde dazu noch, zu absichtlichem Hohn gegen die Franken, in fränkischer Tracht hingerichtet, sein abgeschlagener Kopf im fränkischen Hut ausgestellt. Die ganze französische Diplomatie erklärte gegen Rifaat Pascha ihre Entrüstung und verlangte die Abschaffung des Gesetzes, das auf den Abfall vom Islam die Todesstrafe setzte. Rifaat erklärte das für nicht durchsetzbar; dieses Gesetz ruhe auf einem ausdrücklichen Ausspruch Muhameds.

Alle Kabinete aber erklärten dies für einen Rückfall in die alte Barbarei, Grundsatz und Gesetz der Art müssen abgethan werden oder die Pforte entfremde sich die befreundeten Mächte. Gleichzeitig trug

sich bei Brussa eine zweite Hinrichtung ähnlicher Art zu. Die Gesandten der christlichen Mächte wurden so dringend, daß der Sultan nicht mehr anders konnte, als daß er jenes Gesetz für aufgehoben erklärte, zu Anfang des Jahres 1844: nur die fortgeschrittenen Reformen im Kriegswesen vermochten die große Aufregung niederzuhalten, welche die Kunde davon unter den fanatischen Muselmännern hervorbrachte.

Im Jahre 1845 kam es zu neuen Ausbrüchen zwischen Drusen und Maroniten im Libanon, schrecklicher als drei Jahre zuvor. Die Pforte sah darin Aufhetzereien des französischen und des englischen Generalconsuls in Beirut. Die Pforte ordnete die Entwaffnung des Gebirges an, und vollzog sie; doch ließen die Vollzieher den Drusen zum Theil und der schiitisch-muhamedanischen Sekte der Muteveli im Antilibanon ganz ihre Waffen.

Nicht ganz ohne Grund hatten die christlichen Gesandten diese Fortdauer der unglücklichen Lage der syrischen Christen dem bösen Willen der national-türkischen Partei zugeschrieben und ihrem Haupte, Riza-Pascha, welcher der höchsten Gunst Walida's, der Mutter des Sultans, sich zu erfreuen hatte, und, zuerst Großmarschall, dann seit 1813 Großseraskier, im Heere nach den Rathschlägen eines preußischen Offiziers manche Reform durchgeführt, und dadurch den Sultan, welcher überall Reformen wollte, ganz für sich gewonnen hatte. Es gelang ihm das um so mehr, da der Sultan zu seinem Schmerz sah, daß in den meisten andern Zweigen der Staatsverwaltung seine Gedanken zu Verbesserungen unausgeführt gelassen wurden, obgleich er öffentlich erklärt hatte, daß er darin „das Ziel seines Lebens erkenne," und die Ausführung „dieser seiner auf das Wohlsein seiner Unterthanen bezüglichen Gedanken," vor Allem „die Stiftung guter Schulen durch das ganze Reich und die Verbreitung nützlicher Kenntnisse," um „für Reformen befähigte Staatsdiener zu erziehen," aufs Neue immer wieder anbefahl.

Riza-Pascha, der durch Walida vollends allmächtig gewordene Günstling, sah jede Einmischung der europäischen Mächte in die innern Angelegenheiten der Türkei ohne Hehl als ein Unglück des Reiches an; ja er war erbittert über das Wachsen ihres Einflusses am Hofe des Großherrn und in den Grenzprovinzen des Reiches. Nur so weit theilte er die Antipathien der national-türkischen Partei, keineswegs aber deren Abneigung gegen die Reformen. Den Interessen der christlichen Höfe war er bei dieser seiner Art im Wege. Sie

arbeiteten auf seinen Sturz, da der Minister des Auswärtigen, Schekib Effendi, den er im Oktober 1844 an Rifaats Stelle gebracht hatte, ganz und gar sein Werkzeug war.

Rußland und die anderen Mächten Europa's mit Ausnahme Englands, war die Selbstverjüngung der Türkei Etwas, das wider ihre Rechnung war. Rußland wartete mit den Augen eines Erben auf den Tod des „kranken Mannes“, nicht auf seine Genesung und Wiedergeburt.

Unter Englands Einfluß errichtete der Sultan — in Folge einer aus allen Provinzen nach Konstantinopel berufenen Notabelnversammlung — in einer jeden Provinz Munizipalräthe.

Bei allen wichtigeren Vorfällen in der Verwaltung und in der Gerechtigkeitspflege wie in andern Fällen mußten von nun an die bis dahin fast unumschränkten Statthalter der Provinzen, denen zuvor schon das Recht, die Todesstrafe zu verhängen, und die Steuerverwaltung entzogen waren, die Entscheidung des Munizipalraths einholen, und in diesem Munizipalrath saßen fortan nicht nur geistliche und weltliche Bewohner der Provinz, sondern auch je ein Vertreter aller in der Provinz ansäßigen Religionsgenossenschaften.

Bei dem häufigen Wechsel in der Person der Statthalter war diesen letzteren meist die Erfahrung in den örtlichen Verhältnisien abgegangen. Dieses neue „ständige“ Regierungscollegium, so zusammengesetzt, war mit allen Verhältnissen und Bedürfnissen des Landstrichs wohl bekannt, und in jeder Hinsicht ein großer Fortschritt.

Zu Ende des Jahres 1845 verlor Riza-Pascha die Gunst des Sultans durch dessen jüngste Schwester Adileh und ihren Gemahl Mehemed Ali Pascha, den Großadmiral. Der bisherige Minister des Auswärtigen verlor zugleich seine Stelle, und Reschid-Pascha kehrte in dieses Ministerium zurück, von Paris aus, wo er nach seinem Sturze wieder Botschafter der Pforte gewesen war.

6. Besuche eines russischen und eines französischen Prinzen in der Hauptstadt des „kranken Mannes.“

Greifbar waren bei diesen Veränderungen die sich kreuzenden geheimen Einflüsse der europäischen Diplomatie; und es war nicht zufällig, daß im Laufe des Jahres 1845 nacheinander zwei europäische

Prinzen, ein Sohn des Czars Nikolaus und ein Sohn Louis Philipps, des Königs der Franzosen, Konstantinopel besuchten. Der russische Prinz, Großfürst Konstantin, so zuvorkommend er empfangen wurde, bereitete durch sein bloßes Erscheinen der Pforte Verlegenheit und Besorgnisse. In Konstantinopel selbst und aus den Dörfern um die Hauptstadt her drängten sich die griechischen Christen tausendweise, Konstantin zu sehen und aus den Haufen hörte man zu verschiedenen Zeiten den Ruf: „Es lebe unser König Konstantin"!

Der Pforte war es wenigstens nicht unlieb, daß nicht lange nach der Abreise des Großfürsten der Herzog von Montpensier erschien, von der katholischen Bevölkerung Konstantinopels begrüßt, und daß gegen die griechisch-russische Partei ein Gegengewicht in der katholisch-französischen Partei so sich gab.

Die Begrüßung des russischen Prinzen Konstantin als „byzantinischen König" knüpfte sich an oder wurde angeknüpft an eine alte Ueberlieferung unter der griechischen Bevölkerung der Türkei. Darin heißt es: „Ein Konstantin hat Konstantinopel erbaut; einem Konstantin wurde es von den Türken entrissen, ein Konstantin wird es auch von den Ungläubigen wieder erobern, und das alte gläubige Kaiserreich von Konstantinopel aus wieder herstellen."

So eine Ueberlieferung konnte die Politik und die Einbildungskraft des Czars Nikolaus nicht unbenützt lassen, und die Reise des jungen Großfürsten nach Konstantinopel, wie die Reise des Czars selbst nach London, hingen mit einem und demselben Plane engst zusammen. *

* Quellen: Gegenwart VII. 603—605. Eine Reihe Zeitungsartikel, besonders in der A. Allg. Zeitung.

IX. Geheime Verhandlungen des Czars mit dem englischen Ministerium.

Nach dem neuen „Portfolio,“ d. h. den Mittheilungen geheimer diplomatischer Aktenstücke,* war der Czar Nikolaus schon mit Karl X. von Frankreich über die Türkei im Einverständniß.

Das Uebereinkommen beider lief darauf hinaus: „Frankreich gestattete Rußland, Konstantinopel seinem Reich einzuverleiben. Frankreich willigte darein, bei den Maßregeln, welche Rußland zur Durchführung dieses Planes ergreifen sollte, mit thätig zu sein. Rußland sollte auf keine Weise gewaltthätig zu Werke gehen. Das türkische Reich sollte von selbst zusammenfallen. Rußland sollte nur diese Auflösung in friedlicher Weise fördern, und zwar durch eine Reihenfolge von Vertragsabschlüssen mit der Türkei. Preußen und Oesterreich sollten dahin gebracht werden, sich diesem Abkommen anzuschließen. Rußland sollte Frankreich gegen Englands Seemacht schützen. Der Besitz der Rheinprovinz, Antwerpens und Belgiens waren zudem dem Staate Frankreich von Rußland garantirt. Holland sollte indessen Luxemburg behalten. Preußen sollte eine Entschädigung durch hannoverisches Gebiet und durch ein Stück Sachsen, oder durch das ganze Königreich Sachsen angeboten werden. Oesterreich sollte als seinen Antheil die türkischen Donauländer erhalten.“

Die Enthüllung dieses Uebereinkommens zwischen Rußland und Frankreich hat der eine Unterhändler dabei selbst gemacht, und zwar während der Julirevolution, nämlich der Fürst Polignac, der gestürzte Minister Karls X. Dieser enthüllte die geheime Verhandlung, zum Beweis, daß er während seines Ministeriums den Interessen Frankreichs gedient habe.

Mehr, als einer seiner Vorfahrer, fühlte sich der Czar Nikolaus als den Nachfolger der oströmischen Kaiser, und glaubte mit jedem Tage mehr, eine Sendung zu haben, die „Kaiserstadt aller slavischen Nationen,“ den alten religiös-politischen Mittelpunkt der griechisch-katholischen Welt, das Rom des christlichen Ostens, zurück zu gewinnen.

* Neues Portfolio, Heft I.

Der plötzliche Sturz Karls X., die veränderte Politik Frankreichs unter Louis Philipp, die Wandlungen in Preußen seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., und der harte Kaukasus, das Felsengrab so vieler russischer Tausende — brachten den Czar auf den Gedanken seiner Reise nach England.

Nikolaus wollte einen Versuch machen, ob nicht seiner persönlichen Anwesenheit in London es besser, als seinen Diplomaten, gelänge, wenigstens für den Augenblick die brittische Nation, diese selbstsüchtigste unter allen Nationen, sich zur Freundin zu machen, die Politik des englischen Ministeriums zu täuschen, und für seine Türkeiplane zu benützen. Die Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich hatte das Ministerium Peel zu einer Annäherung an Rußland getrieben, und Nikolaus machte den Versuch, einerseits Rußland und England gegen Frankreich zu verbinden, andererseits England, diese erste Seemacht der Welt, welche in der Levante der Macht und den Planen Rußlands bisher entgegen gewirkt hatte, in diese seine Plane herüber und hineinzuziehen.

Am Senegal, in Marocco, in Algier und Tunis, in Griechenland, in Konstantinopel, in Syrien, faßte Frankreich Fuß; Frankreich war rührig, seinen Handel in die innern Gegenden von Asien und Afrika zu erweitern. Das mußte für England, das überall allein Herr sein und Handel treiben wollte, unerträglich sein. Besonders in Griechenland, in Konstantinopel, in Syrien den Einfluß Frankreichs zu schmälern, in diesem Punkte trafen Rußlands und Englands Interessen zusammen; jeder Fortschritt der Franzosen auf dieser Seite war dem einen so widrig als dem andern. Es schien dem Czar, der Vortheil Englands vertrage sich doch noch weniger mit dem, was Frankreich wolle und suche, als mit dem, was Rußland wolle. Nikolaus dachte daran, England gegenüber jene russische „Freundschaftspolitik" nachzuspielen, welche sein Bruder Alexander dem ersten Napoleon gegenüber, nach dem Tilsiter Frieden, gespielt hatte.

Das „Memorandum" des Grafen Nesselrode, „der englischen Regierung überreicht und basirt auf Eröffnungen, welche ihr vom Kaiser von Rußland gemacht wurden, in Folge der Reise Seiner kaiserl. Majestät nach England im Juni 1844", gelangte vor einigen Jahren zur Oeffentlichkeit, und enthüllt den Operationsplan des Czars und seiner Diplomatie.

Der Czar kannte recht wohl die Gründe, welche der englischen

Politik den Fortbestand des türkischen Reiches wünschenswerther machen, als dessen Auflösung. Er wußte, daß, wenn England, wie Rußland, in Abrede stelle, daß die Erwerbung neuer und reicher Länder der Zielpunkt seiner Politik sei, bei England das eine Wahrheit und politische Berechnung ist, bei Rußland nur Schein, Vorspiegelung und Täuschung.

Er wußte, daß England keine Eroberungen an Land und Leuten machen will, sondern lediglich nur an Einfluß, an Oberhoheit und an Raum für seinen Handelsabsatz. Er wußte, daß England nicht den Besitz Aegyptens wollte, sondern den englischen Verhältnissen es zuträglicher hielt, wenn Aegypten ganz unter englischem Einfluß stand und dessen Regierung dadurch so schwach blieb, daß England jeden Augenblick seine Wünsche in Aegypten ohne Weiteres durch die Pforte durchzusetzen vermochte.

Eben so wußte er, daß die Engländer nicht mehr wünschen können in der Levante für ihren Handel, als sie bereits bei dem Freihandelssystem in der Türkei hatten, und daß Konstantinopel so zu erhalten, wie es war, ihr erstes Augenmerk sein mußte, da eben dieses Konstantinopel für sie ein Mittelpunkt des freiesten Verkehrs mit Kleinasien, mit allen Küstenländern des schwarzen Meeres und mit Persien war, und in der ganzen Welt der englische Handel keinen so unbeschränkten Platz mit so reichem Absatz für seinen Markt hatte, als gerade dieses Konstantinopel, unter türkischer Herrschaft.

Auf diesen Standpunkt stellte sich Nikolaus bei seinem Besuche in London.

Rußland und England, so sagte der Czar und sein Minister Nesselrode, „sind gegenseitig von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es ihr gemeinschaftliches Interesse ist, wenn die osmanische Pforte sich in dem Zustand der Unabhängigkeit und des Territorialbesitzes behauptet, in welchem dieses Reich gegenwärtig besteht, indem diese politische Combination diejenige ist, die sich mit dem allgemeinen Interesse des Friedens am besten verträgt. Einverstanden über dieses Princip haben Rußland und England ein gleiches Interesse, ihre Anstrengungen zu vereinigen, um die Existenz des osmanischen Reiches zu erhalten und all die Gefahren zu beseitigen, die dessen Sicherheit bloßstellen können."

„Zu diesem Behuf ist es wesentlich, die Pforte in Frieden leben zu lassen, ohne sie durch diplomatische Plackereien nutzlos aufzuregen

und ohne sich in ihre inneren Angelegenheiten ohne absolute Nothwendigkeit einzumischen. — Indessen, so schloßen Beide, darf man sich nicht verhehlen, wie viele Elemente der Auflösung das osmanische Reich enthält. Unvorhergesehene Umstände könnten seinen Sturz beschleunigen, ohne daß es in der Macht der Kabinete stände, ihn zu verhindern. — Die Gefahr, die aus einer Katastrophe in der Türkei entspringen kann, wird sehr vermindert werden, wenn Rußland und England für den eintretenden Fall sich über den gemeinschaftlich einzuhaltenden Gang verständigen. Um ihre Einigkeit wirksamer zu machen, wäre nur zu wünschen, daß man England zu demselben Zweck mit Rußland sich associiren sehe."

„Der Grund, welcher die Herstellung dieses Einvernehmens räth, ist sehr einfach. Zu Land übt Rußland gegen die Türkei eine überwiegende Bewegungskraft aus. Zur See hat England dieselbe Stellung. Vereinzelt kann die Wirksamkeit beider Mächte viel Uebles thun. Vereinigt kann sie etwas wirklich Gutes hervorbringen; daher die Möglichkeit, sich vor dem Handeln im Voraus zu verständigen. Der Zweck, über welchen Rußland und England sich zu verständigen haben, läßt sich folgendermaßen formuliren, erstens, die Existenz des osmanischen Reiches in seinem jetzigen Zustande, so lange diese politische Combination nützlich sein wird, zu erhalten zu suchen; zweitens, wenn wir voraussehen, daß es zusammenstürzen muß, sich im Voraus zu verabreden über Alles, was die Errichtung einer neuen Ordnung der Dinge betrifft, die bestimmt ist, die heut bestehende zu ersetzen, und gemeinschaftlich zu wachen, daß die in der inneren Lage dieses Reiches eingetretene Veränderung weder der Sicherheit ihrer eigenen Staaten, noch den Rechten, welche die Verträge ihnen beziehungsweise sichern, noch der Erhaltung des europäischen Gleichgewichts Eintrag thue."

„In diesem Zweck findet sich die Politik Rußlands und Oesterreichs eng verbunden; es besteht zwischen Beiden in Bezug auf die Türkei eine vollkommene Gleichmäßigkeit der Principien. Wenn England als Hauptseemacht im Einvernehmen mit ihnen handelt, so ist zu denken, daß Frankreich sich in der Nothwendigkeit finden wird, sich dem zwischen St. Petersburg, London und Wien verabredeten Gang anzubequemen."

„Da dem Zusammenstoß der Großmächte sonach vorgebeugt ist, so ist zu hoffen, daß der Frieden Europas, selbst unter so ernsten Umständen, wird erhalten werden können."

So sprach der Czar zu London zu den Ministern Englands; so wiederholte die Eröffnungen seines Herrn Graf Nesselrode nachher in einem Memorandum, das er überreichte.*

X. Preußen und der deutsche Bund im Verhältniß zu Rußland und den Weltfragen.

1. Preußen.

Es fällt von selbst auf, daß in den russischen Eröffnungen an die englische Regierung Preußens und des deutschen Bundes gar nicht gedacht ist, gleich als kämen diese gar nicht in Betracht; als wäre es selbstverständlich, daß beide nichts zu sagen haben.

Rußland hatte sich seit lange gewöhnt, Preußen im Schlepptau zu haben. Ja derjenige, welcher vom Jahre 1813 an bis zu seinem Tode 1842 das diplomatische Arsenal Rußlands leitete, der hauptsächlich den Operations- und Dispositionsplan der Petersburger Politik theils vermehrte, theils vorzeichnete, der in russische Dienste übergetretene Korse Graf Pozzo di Borgo, der als Jüngling für die Republik schwärmte und litt, und im Dienste des russischen Absolutismus endete, hatte den Ausdruck erfunden und am russischen Hofe geläufig gemacht: „Wir weisen Preußen seine Rolle an."

Gerade in Bezug auf die orientalische Frage äußerte Pozzo di Borgo gegen den Reichskanzler Nesselrode: „Uns liegt daran, das preußische Kabinet, so zu sagen, in unser Vertrauen einzuweihen und ihm auch die Ueberzeugung beizubringen, daß die Rolle, die wir ihm anweisen, wirksam zu der Aufrechthaltung der gemeinsamen Beziehungen, zu seiner eigenen Ehre und zu der Zunahme

* Friedrich Paalzow, Aktenstücke der russischen Diplomatie. II. S. 65—69. Berlin bei Franz Duncker, 1854. Der Tod nahm diesen meinen vertrauten Freund, einen der edelsten Vaterlandsstreiter auf dem Kampfplatz des Geistes, bald darauf hinweg, zu frühe für die deutsche Nation, ehe er sein Unternehmen vollenden konnte.

der glücklichen Eintracht beitragen wird, die bereits zwischen beiden Souveränen und Höfen besteht."

An dieser ironischen Behandlung von Seiten des russischen Diplomatenthums und Hofes war die traurige Politik des preußischen Hofes und Ministeriums seit dem Sturze Napoleons selbst Schuld. Das war auch in dieser Hinsicht ein großes Unglück für Preußen und Deutschland, daß in der früh verewigten Königin Louise dem dessen so sehr bedürftigen König Friedrich Wilhelm III. sein Stern, der besonders in deutschen Sachen ihn allein richtig leitete, so bald hinabgegangen war.

Diese „deutsche" Frau hatte es für eine „ungerechte" und „widersinnige" Beschuldigung erklärt, daß sie „Vorliebe für die Russen habe, und auf sie hoffe"; ihre „feste Ueberzeugung sei, daß die großen Rettungsmittel für Preußen und ganz Deutschland allein in der engsten Vereinigung aller derer zu finden seien, die sich des deutschen Namens rühmen." — — Ganz im Gegensatz zu dieser deutschen Gesinnung seiner verklärten Frau hatte der König fünfundzwanzig Jahre lang der allerundeutschesten Politik gefröhnt.

Noch niedriger wurde freilich der deutsche Bund von der russischen Diplomatie angeschlagen.

2. Der deutsche Bund. Die offizielle russische Denkschrift.

In ganz Europa sah man den deutschen Bund als das an, was er im Verhältniß zu Rußland wirklich war.

In den spanischen Cortes sagte im Winter 1849 der frühere Gesandte Spaniens in Berlin, der Marquis von Valdegamas; „Den Einfluß, welchen Rußland auf Europa geübt hat, hat es vermittelst des deutschen Bundes ausgeübt. Dieser Bund war abgeschlossen worden gegen Paris, welches die revolutionäre, die verwünschte Stadt war, zu Gunsten von Skt. Petersburg, welches damals die heilige Stadt, die Stadt der Autorität, die Stadt der Restaurations-Traditionen war. Was war die Folge? Die Folge war, daß der Bund nichts weniger als ein Reich war, wie er es wohl hätte sein sollen, und der Bund war kein Reich, weil Rußland in

keinem Fall sich dazu verstehen mochte, vor sich ein deutsches Reich und eine Vereinigung aller deutschen Stämme zu haben. Der Bund bestand aus mikroskopischen Fürstenthümern und aus zwei großen Monarchien. Daher ist es gekommen, daß Rußlands Einfluß von der Entstehung des deutschen Bundes an bis zur Februar-Revolution sich von Petersburg bis Paris erstreckt hat."

Der Mann zeichnete das Verhältniß des deutschen Bundes zu Rußland treu nach der Wirklichkeit und ganz so wie die Russen selbst es zeichneten und nahmen. Der einzige Unterschied ist, daß die Letzteren nur vertraulich, unter sich, so davon sprachen und schrieben, der Spanier aber öffentlich.

Gerade diejenigen Männer, welche für die Einheit Deutschlands und seine verfassungsmäßige Freiheit öffentlich thätig waren, hatte in den einzelnen deutschen Bundesstaaten unter russischer Einwirkung, gleich nach dem Sturze Napoleons, Verfolgung und Acht getroffen, und auf dem Achener Congreß hatte bekanntlich Rußland, um mit Friedrich Paalzows Worten zu sprechen: „die Rolle eines öffentlichen Anklägers des deutschen Geistes vor dem europäischen Tribunal übernommen. In ganz neuester Zeit hat der Ankläger sich in den Angeklagten verwandelt sehen müssen und Rußland ist jetzt überall bemüht, sich zu vertheidigen, zu entschuldigen und zu rechtfertigen."

Für Rußland wurde in kurzer Zeit die „Weltgeschichte zum Weltgericht."

Das, ohne was eine wahre Bildung des Geistes nicht möglich ist, nannte Rußlands Diplomatie „revolutionären Barbarismus;" diejenigen Einrichtungen, ohne welche Völker und Einzelne zur Menschenwürde sich aufzurichten nicht vermögen, und das Streben darnach, wurde von einer officiellen russischen Denkschrift geradezu „das Böse" genannt, das man „vernichten," das „Unkraut, das man ausrotten müsse"; und die Grundsätze des Absolutismus, also das nach der heiligen Schrift Gottlose, wurden darin als die „ewigen Principen" gepriesen, auf die „jeder Staat gebaut sein müsse, wenn er dauernd bestehe solle." — —

Diese Denkschrift war ein „geheimes und vertrauliches Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter des russischen Kapinets in Deutschland, bestimmt, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt waren, theilweis oder vollständig mitgetheilt zu werden." Die russische Politik von damals nahm stets nur die Souveräne und Höfe in Betracht, nie die Völker; so auch gegenüber den Staaten des deutschen Bundes,

die es recht „zärtlich" in seinem Rundschreiben „das Herz Europas" nannte. „Dieses Herz von Europa, seine inneren und äußeren Verhältnisse verdienen," sagte Rußland, „die größte Aufmerksamkeit." — Sehr gut bemerkt Fr. Paalzow dazu: „Je wichtiger es ist, daß die öffentliche Meinung in Deutschland Rußlands Absichten und Pläne richtig beurtheilt, um so nothwendiger ist es, Rußland selbst seinen eigensten innersten Gedanken aussprechen zu lassen." Rußland erklärte „das deutsche Volk in seiner Mehrzahl, vermöge des ernsten religiösen Grundzugs im deutschen Charakter," als höchst „geneigt für das alte Staatsrecht auf theologischer Grundlage," und der Widerstand dagegen komme allein von mehreren Universitäten und einzelnen Männern her, die in ihren Schriften „förmlich und heftigst gegen jede Rückführung des deutschen Staatsrechts auf eine religiöse Grundlage protestirt haben."

Unter diesen Männern nannte Rußland namentlich auch — den Abgeordneten, Publicisten und Staatsrechtslehrer Welker, und von Rotteck, den Abgeordneten und Geschichtschreiber.

Von denjenigen unter den deutschen Fürsten, welche verfassungsfreundlich waren, sagte das russische Rundschreiben, mehrere deutsche Regierungen haben nur allzusehr die Besorgniß blicken lassen, sie könnten in der Neigung zu Reformen in allen Fächern der Staatsverwaltung zurückbleiben; weit entfernt ihren Unterthanen die Ehrfurcht und den Gehorsam irgend wie schwer zu machen, haben dieselben, als wäre es ihr Beruf, den Fürsten über den Menschen vergessen zu machen, gar öfters die Außenwerke der Herrschaft, und mit ihnen einen Theil ihrer innern Stärke, aufgeopfert."*

Die Sprache Rußlands gegen Fürsten des deutschen Bundes findet ihre wahre Beleuchtung darin, daß Rußland sogar Frankreich gegenüber das Bestreben des letztern, „sich von dem Einflusse des Auslands (d. h. in erster Linie Rußlands) zu befreien, „Schwäche und zugleich Bosheit" nannte, und jedes „Zugeständniß an die liberale Meinung für einen Abfall von der Fahne der heiligen Allianz, für einen Bruch der Gesetze der Monarchengenossenschaft," für eine „Abtrünnigkeit" erklärte.**

Rußland erklärte ferner „die Fürsten der constitutionellen kleinen deutschen Staaten von ihren ehrgeizigen Ständeversammlungen für eben so gedrängt, wie vordem es Ludwig XVI.

* Fr. Paalzow, Aktenstücke der russischen Diplomatie I., 3. 4.
** Ebendas. II., 55. 56.



Welcker.

(Band VI. Seite 236.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

vom Nationalconvent gewesen sei"; es erwartete von ihnen, daß sie, „eingedenk dieses großen warnenden Beispiels, endlich selbst erkannt haben, daß es sich bei der ferneren Zügellosigkeit ihrer Kammern um ihr Sein oder Nichtsein handle"; und es freute sich, daß sie „jetzt selbst Preußen die Hand bieten, die Freiheiten ihrer Ständeversammlungen zu zügeln, indem sie sich den allgemeinen Beschlüssen der Bundesversammlung willig unterwerfen, und in einem gemeinsamen Geist der Erhaltung lediglich der Nothdurft der Zeiten Raum geben." *

Rußlands Absicht ging dahin, „durch die Möglichkeit eines Wechsels im Bundespräsidium," den es anregte, und wie einen Apfel der Zwietracht, einen von vielen, zwischen Oesterreich und Preußen warf, diese beiden Großmächte noch mehr gegen einander zu spannen. Der deutsche Bund sollte dann „ein Drittes neben den beiden Großmächten sein, der Dämpfer auf Deutschlands politische und nationale Entwicklung." Der deutsche Bund sollte dahin bestimmt werden, „das Depositum der Wahrung deutschen Geistes Preußen zu entziehen, Preußens deutschen Einfluß aufzusaugen."**

Rußland suchte Alles, was es konnte, dafür zu thun, daß „der deutsche Bund sich sowohl von dem österreichischen, als von dem preu- Einfluß emancipire, und einen neuen Staat, auch nach Außen hin eine selbständige politische Macht" bilde, so jedoch, daß diese Macht unter dem fortdauernden, überwiegenden und durchgreifenden Einfluß Rußlands stehe.

Es ist bekannt, daß man viel von einem sogenannten „politischen Testament Peters des Großen" redet, dem „Programm der Petersburger Ausdehnungspolitik zur Erreichung der Herrschaft über Europa," von Peter angelegt, von Katharina II. erweitert, zuletzt namentlich von Pozzo di Borgo in schärfere Umrisse gebracht und vervollständigt. Schon in der ältesten Formulirung dieses Programms, in der Abschrift, welche in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts von der französischen Gesandtschaft auf wunderlichem Wege erlangt und nach Paris gekommen war, findet sich im sechsten Artikel die Weisung, „die Gemahlinnen für die russischen Prinzen stets aus deutschen Fürstenhäusern zu wählen, um die Familienverbindungen zu vervielfältigen, die Wechselbeziehungen beider Völker, des russischen und deutschen, enger zu ziehen, und durch Vermehrung der

* Fr. Paalzow, Aktenstücke der russischen Diplomatie I., 13.

** Ebendaselbst I. Einleitung X.

Quellen des russischen Einflusses es dahin zu bringen, daß Deutschland von selbst mit Rußland gemeine Sache mache."

Bekannlich sind im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert nur deutsche Fürstentöchter an russische Großfürsten vermählt worden, und alle russische Prinzessinnen heiratheten in deutsche Fürstenhäuser; die Häuser Württemberg, Weimar, Oranien, Nassau, Darmstadt, Bayern, Baden, wie Preußen, wurden dem russischen Kaiserhause einfach oder mehrfach verwandt. Diese Heirathen alle waren im Einklang nicht bloß mit der Politik überhaupt, sondern, wie man sieht, mit einem besondern Artikel der russischen „Ausdehnungspolitik."

Diese Ausdehnungspolitik hatte das „Herz von Europa," Deutschland, „lieb," und vergaß es und übersah es nicht, daß das deutsche Reich einst im Systeme des politischen Gleichgewichts für diejenige Macht galt, welche bei einem allgemeinen Kriege den Ausschlag gebe; daß alle streitenden Reiche sich ganz vorzüglich um die Gunst und den Beitritt des deutschen Reichskörpers zu ihrer Sache bemühten; daß selbst Napoleon, als er schon auf dem Gipfel seiner Herrlichkeit stand, in dem „Protektorat des Rheinbunds" eine wesentliche Stütze seiner Herrschaft zu gewinnen suchte und fand."*

Was für Napoleon I. das „Protektorat" über den Rheinbund war, das sollte für Rußland das „Protektorat" über den deutschen Bund sein.

Dieses Protektorat wurde von Rußland angestrebt, zum Theil thatsächlich erlangt. Der Spanier Marquis von Valdegamas sagte mit Recht in den Cortes: „Vermittelst des deutschen Bundes übte Rußland einen großen Theil seines Einflusses auf Europa."

3. Englische Enthüllungen der Bestrebungen Rußlands, über die mittleren und kleineren deutschen Staaten eine Oberhoheit des Schutzherrn zu gewinnen.

Rußland erzog sich also den deutschen Bund für seine Zwecke. Die von England ausgegangenen „diplomatischen Enthüllungen" legen dieses ganze System der russischen Politik in Bezug auf den deutschen Bund offen zu Tag. Das vertrauliche Rundschreiben, welches den

* „Vertrauliches Rundschreiben" bei Paalzow, Aktenstücke der russischen Diplomatie, I., 1. 9. 10. 72—74. Einleitung XII.

Regierungen der einzelnen deutschen Bundesstaaten, je nach Ermessen der russischen Gesandten und je nach ihrer Sonderinstruktion „theilweise oder vollständig" mitgetheilt wurde, bezeichnet das Protektorat Rußlands über den deutschen Bund erstens als ein längst erworbenes Recht, zweitens als etwas in der Natur der Sache, in den Verhältnissen Liegendes.

„Unter Rußlands Schutz, sagte das Rundschreiben, wurde die deutsche Bundesverfassung entworfen und angenommen. — Die rechtliche Verbindung zwischen Deutschland und Rußland besteht schon längst. Es bedarf nicht mehr der Wahl Rußlands als Geranten des deutschen Bundes gegen innern und äußern Angriff; die Geschichte hat bewiesen, daß Rußland der natürliche Verbündete Deutschlands ist, weil Rußlands Interesse die Selbständigkeit und Integrität des deutschen Bundes verlangt, und weil Rußland Deutschland nie gefährlich, aber immer sehr nützlich sein kann und ist."

Den kleineren deutschen Staaten, eben damit der Mehrzahl der Bundesversammlung, suchte man russischer Seits vornehmlich einleuchtend zu machen, daß „ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit weder durch Oesterreich noch durch Preußen hinreichend garantirt werde, ja sogar, daß in Hinsicht ihrer inneren Entwicklung sowohl die österreichische als die preußische Vormundschaft immer nachtheilig sein müsse."

Die russische Diplomatie rechnete so: „Wie verschieden auch die deutschen Staaten unter sich selbst sein mögen, so kommen sie doch darin überein, daß sie freie deutsche Staaten, und so wenig österreichische, als preußische Provinzen sein wollen. Daher wird sich auch der Bundestag die Bürgschaft seiner Verfassung am liebsten von einer auswärtigen Großmacht geben lassen. Seine Wahl kann nur zwischen — Frankreich und Rußland sein."

Mit Glück berief sich die russische Politik auf die Erfahrungen der Geschichte, daß die kleinen deutschen Fürsten in Frankreich keinen Beschützer, sondern nur einen Verschlinger deutscher Länder und Fürsten sehen können; während Rußland selbst als die Macht sich hinstellte, welche „den deutschen Freiheiten nie geschadet, die wahrhaft deutschen Interessen nie verletzt, und, wo sie mit Deutschland in Verbindung gestanden, dem letzteren nur Wohlthaten erwiesen habe; welche allen ihren Verhältnissen nach uneigennützig gegen Deutschland sei und sich gezeigt habe."

Die seit den dreißiger Jahren im Wachsen begriffene, „Rußland

widrige Stimmung der öffentlichen deutschen Meinung" entging der russischen Politik keineswegs. Das irrte sie aber nicht in ihrem Kalkül. Für die damalige russische Politik hatten je die Völker, und auch die öffentliche Meinung, nur Dasein, keine Bedeutung für ein politisches Inbetrachtnehmen. Wenn Rußland von den „deutschen Freiheiten" sprach, so sprach es das im alten deutschen Reichsstyl und in der Redeweise der deutschen Geburtsaristokratie. Unter den „deutschen Freiheiten" und unter den „wahrhaft deutschen Interessen" verstand man russischerseits lediglich die Freiheiten und Interessen der Fürstenhäuser. Naiv äußerte sich darum das Rundschreiben: „Wenn in Deutschland die öffentliche Meinung zwar stark sich gegen eine Verbindung mit Rußland jetzt ausspricht, so werden die deutschen Regierungen doch immer, als die ersten und wahren Vertreter der deutschen Volksinteressen nicht allein die Nützlichkeit, sondern auch die Nothwendigkeit der russischen Allianz erkennen, und daher dieselbe suchen."

Zugleich sagte die russische Diplomatie den Fürsten der kleinen und der Mittelstaaten Deutschlands: „Der Sieg des französisch-englischen constitutionellen Princips in Europa würde hinsichtlich des deutschen Bundes und der einzelnen Bundesstaaten die traurigsten Folgen haben. Denn mit dem Siege des französisch-englischen Freiheitsprincips würden die Elemente aller deutschen Staaten in allen ihren Wurzeln ertödtet und erstickt. Die Revolution würde durch diesen Sieg in Deutschland triumphiren, und die deutschen Demagogen würden Deutschlands Könige und Regenten werden. Ein neues Deutschland würde entstehen, die Beute der Marktschreier, das unglückliche Versuchsfeld aller wahnsinnigen Projektenmacher." *

Wenn man die Denkschriften und Depeschen der russischen Politik aus jener Zeit betrachtet, so wird daraus von selbst klar, daß die russische Regierung die Jesuiten nicht in ihrem Reiche dulden konnte. Sie machte selbst Geschäfte in allen Artikeln, in welchen jene geschäftig waren. Wunderbar ähnelte die russische Politik in Grundsätzen und Taktik dem Jesuitismus. Aber sie wollte allein herrschen, und weder mit den Jesuiten sich in die Herrschaft theilen, noch sich mit ihnen um dieselbe streiten. Wie der Jesuitismus, eignete sich aus dem Schatze der Wahrheit auch die russische Politik Gedanken, deren Ausdruck und Färbung an, aber verkehrte sie selbstsüchtig, und bediente sich ihrer zu Zwecken, welche dem Licht abge-

* Paalzow, diplomatische Aktenstücke. I., 22.

wandt waren. Die Begeisterung aller wahren Freunde des großen deutschen Vaterlandes strebte in und nach den Kämpfen gegen Napoleon nach einem verjüngten, lebenskräftigen, in Einheit gehaltenen Deutschland. Auch die russische Diplomatie redete viel von „deutscher Einheit"; aber sie verstand darunter das Zusammenhalten der deutschen Fürsten erstens gegen Frankreich, zweitens gegen ihre Völker, und drittens das Zusammenhalten der mittleren und kleineren Fürsten gegen Oesterreich und Preußen; ein sich Zusammenschaaren der ersteren unter russischem Protektorat.

4. Der russischen Diplomatie absonderliche Lehre von der „deutschen Einheit."

In dem „geheimen Rundschreiben" findet sich auch die Phrase: „Die Wiedererweckung eines gemeinsamen Geistes der Einheit ist die Pflicht aller Deutschen, aber ganz vorzugsweise der deutschen Fürsten. Wenn sie nicht das Beispiel geben, so haben wir kein Recht zu erwarten, daß das Interesse am öffentlichen Wohl allem Andern vorangestellt werde, daß der Einzelne sein eigennütziges Trachten hintansetze, bis in weiter Ausdehnung die Existenz für eine Staatsgemeinschaft gesichert wäre, welche aus einer Föderation von Staaten bestände. Fürsten, und die größeren deutschen besonders, sind bloß geschaffen, um für so erhabene Interessen zu leben."

Die Erläuterung dieser hochklingenden Redensart giebt das, was unmittelbar, ohne irgend einen Zwischensatz, darauf folgt.

„Zu diesem Ende, fährt das Rundschreiben fort, müssen die deutschen Fürsten vor allen Dingen sich selbst, und dem, was ihnen das Theuerste ist, treu sein. Ihre heiligste Pflicht ist, ihr Recht nie schmälern zu lassen, den Grad von politischem Gewicht, Ansehen und Einfluß, der ihrem Scepter zukommt, unvermindert aufrecht zu erhalten, und unter keinem Vorwande zu dulden, daß in dem allgemeinen Systeme der Machtverhältnisse und Machtvertheilung in Europa Veränderungen vorgenommen werden, die sie früher oder später von ihrer rechtmäßigen Stelle verdrängen könnten. Nicht minder sind sie aber berufen und verbunden, die Unabhängigkeit, die Sicherheit und die Rechte ihrer schwächeren Nachbarn, ihrer unmächtigen Bundesgenossen, jeder anerkannt gesetzmäßigen Gewalt, vorzüglich

aber Derjenigen, mit welchen sie in einem „Staatenbunde" leben, zu überwachen, zu behaupten, zu vertheidigen. Denn von dem Augenblicke an, wo sie sich nicht mehr stark genug fühlen, zu verhindern, daß auch nur der kleinste und unmächtigste Staat durch die frevelhafte Willkür und Gewalt eines stärkeren Nachbarn unbestraft beeinträchtigt, oder gar seiner Selbständigkeit beraubt werde, wäre ihr eigener Thron schon erschüttert."

Man sieht, wie die russische Diplomatie den mittleren und kleineren deutschen Fürsten den wahren Begriff von deutscher Einheit beizubringen suchte.

Rußland fürchtete Zweierlei, erstens die Möglichkeit eines Anlehnens der constitutionellen deutschen Staaten an Frankreich und England, und noch mehr die Wiederkehr eines zweiten französischen Rheinbundes, falls es zum Kriege zwischen Frankreich und England käme. Noch mehr aber fürchtete es zweitens die Möglichkeit einer Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat.

Der Staatenbund, die „Föderation von Staaten," war seinen Absichten dienlich; der deutsche Bundesstaat mit einheitlicher Spitze, ob Oesterreichs, ob Preußens, war Dasjenige, was die „russische Ausdehnungspolitik" am wenigsten brauchen konnte. Rußland haßte darum und untergrub jedes Vorgehen Deutschlands zur Nationaleinheit.

Wem darüber noch der geringste Zweifel nach dem Vorhergehenden übrig bleiben könnte, dem muß ihn eine russische Denkschrift vom Jahre 1848 vollends zerstören, welche leidenschaftlich, voll Zorn, von dem sprach, was damals die deutschen Völker, und die edelsten unter den deutschen Fürsten, anstrebten; von der Herstellung eines deutschen Bundesstaates als von dem „lächerlichen Bunde der germanischen Einheit" sprach, und „dem revolutionären Deutschland, weil es in einem Anfall von Tollheit die segensreiche Allianz mit Rußland gebrochen habe, eine ausgezeichnete Lektion" drohte, ja ausdrücklich sagte, die slavischen Bestandtheile Deutschlands, mit sechs bis sieben Millionen Menschen in Böhmen und in den slavischen Nachbarländern, haben auch keinen Augenblick aufgehört, seit Jahrhunderten von Geschlecht zu Geschlecht, in Deutschland, von dessen Einheit man träume, etwas noch viel Schlimmeres als ein feindliches Land, in Rußland dagegen den Freund und den Blutsverwandten zu sehen, und diese Millionen

werden sich nicht dazu hergeben, in den lächerlichen Bund der künftigen germanischen Einheit einzutreten, die doch am Ende nie etwas Anderes sein werde, als die Einheit des Chaos."

5. Die Einflüsse der russischen Politik auf einzelne Höfe des deutschen Bundes.

Diese russische Anschauung fand früher und später, wie sich aus den Thatsachen erschließen läßt, Eingang an nur zu vielen deutschen Fürstenhöfen.

Die russische Regierung zeichnete sich vor den meisten Regierungen des Festlandes dadurch aus, daß sie sich, ohne alle Rücksicht auf Geburt und Nationalität, für ihre Diplomatie Leute von Kopf und Gewandtheit aufsuchte, und von diesen meist gut bedient wurde. Nicht allein dem russischen Golde, sondern mehr noch den Persönlichkeiten, welche Rußland in Deutschland an den Höfen verwandte, und denen ganze Reihen von russischen Familien, reiche geborene Russen, gleichsam als Hülfstruppen an die deutschen Höfe folgten, verdankte Rußland die günstigen Erfolge seiner Operationen. Mit bewundernswerther Beharrlichkeit und Folgerichtigkeit setzte die russische Politik ihre Operationen für das russische Staats- und Nationalinteresse fort.

Durch diese russischen Gesandten und Familien einerseits, und durch Denkschriften und Noten andererseits, beeinflußte die Petersburger Politik die Kreise des deutschen Bundes, so weit es ihr möglich war, in einer Weise, als gälte es ihr, diese Kreise ordentlich für sich zu erziehen. Sie setzte ihnen „die Gesammtheit der Mittel" auseinander, „welche für die gemeinsame Wahrung der allen Fürsten gemeinsamen Interessen, für die Behauptung einer unabhängigen loyalen Existenz, aufgeboten werden können."

Sie belehrten sie, „wie diese Mittel zu vereinigen und zweckmäßig zu richten und zu ordnen seien"; wie „zwischen Behutsamkeit und Passivität, welche die drohendsten Conjunkturen zum Gesetze machen und dem Streben nach einem festen und glücklichen politischen Zustand, welches die Pflicht der Selbsterhaltung den Fürsten auferlege, die weiseste Mittelstraße zu finden, wie das Zerstreute zu sammeln, wie das Gesunkene wieder aufzurichten, das jetzt Erstorbene zu beleben

und eine glückliche Zukunft für die Fürsten zu sichern sei; das alles müssen jetzt die Regierungen ergründen, das sei ihre Aufggabe, ihre Sache. *

Als ein Mittel vorzüglicher Art gaben die russischen Denkschriften namentlich an, „welche Richtung dem Ideenaustausch in den einzelnen Bundesstaaten im Allgemeinen zu geben sei?" Rußland wollte erstens die Ständeversammlungen der kleineren deutschen Staaten, zweitens die Presse, drittens jede Art von Aeußerung der öffentlichen Meinung unter genaue Ueberwachung und Erziehung gebracht wissen. Es stellte den einzelnen deutschen Fürsten jede Art von wahrem deutschem Einheitsbestreben als eben so gefährlich für ihre Existenz hin, wie den Sieg der liberalen oder gar der republikanischen Ideen.

Darum sollten aus den deutschen Kammern eben sowohl allgemeine deutsche Politik als allgemeine politische Principien verbannt werden; die letzteren führen auf Revolution, die erstere gefährde die Existenz der einzelnen Fürstenhäuser. Das ließ man theils durchblicken, theils sprach man es aus.

Hätte der Bundestag nicht, hieß es, nach der Juli- und zur Zeit der polnischen Revolution durch seine Verordnungen der Verbreitung ihrer Ideen Gränzen gesetzt, so würde „dieses Uebel vermittelst der Ständeversammlungen alle organischen Elemente Deutschlands verzehrt haben." Nicht „Nationalgeist", sondern „Heimathssinn" müsse erzogen werden. „Die Erziehung des Heimathssinnes zu einem Nationalgeist könnte nur dann ohne alle Gefahr geschehen, wenn der Heimathssinn in dem Bürgersinn (Spießbürgerthum?) eine feste, unvertilgbare Wurzel geschlagen habe. Darum „müssen" die deutschen Regierungen ganz besonders streng darauf sehen, daß nur zunächst die besondern Lokal- und Provinzialinteressen öffentlich besprochen werden."

Das russische „Rundschreiben" sprach Zweierlei naiv aus: erstens, „die Interessen der Föderativstaaten Europa's haben sich nach theoretischen Staatsprincipien getheilt, und auf die eine Seite die constitutionell-revolutionären Staaten, England und Frankreich, auf die andern die monarchisch-legitimen Regierungen gestellt, Rußland, Oesterreich und Preußen;" zweitens „zu den letzteren gehöre, den Elementen der deutschen Bundesversammluug nach, der deutsche Bund." So suchte man russischerseits die deutsche Bundesakte

* Aktenstücke der russischen Diplomatie I., 46—47.

an deutschen Fürstenhöfen auszulegen. Wäre diese Auslegung eine den ursprünglichen Absichten der deutschen Großmächte entsprechende, so fiele auf das Grab König Friedrich Wilhelms III. von Preußen ein Licht, das über ihn trauerte.

Die Rechtsbegriffe und den Rechtssinn an den Höfen der deutschen Verfassungsstaaten zu trüben und zu verwirren, war auch das geeignet, daß man russischerseits geradezu sagte, „in den bayrischen, württembergischen, nassauischen, badischen und weimarischen Constitutionen seien die englische und französische Constitution schlechthin, ohne alle weitere Rücksicht auf die alten Volksinstitutionen, auf den eigenthümlichen Volkscharakter und auf die besondere Volksbildung, fast wörtlich abgeschrieben"; dagegen wurden die oldenburgische, die mecklenburgische, die hannöverische, die sächsische Constitution belobt und empfohlen. In Betreff der Kammerverhandlungen sollen die Regierungen dahin trachten, daß nicht, wie bisher, „jede liberale Aeußerung durch eine noch liberalere überboten und Fantomen nachgejagt" werde; daß man nicht „sich in der albernsten Opposition gegen die Regierung gefalle."

„Ebenso lasse sich erwarten, daß in der Presse nicht, wie in den letzten Zeiten, die widerlichsten und sinnlosesten Erzeugnisse wahnwitziger Köpfe geliefert werden, sondern daß man diesem Unwesen steure. Die Regierungen sollen künftig wieder darauf sehen, daß allein der wahrhaft gelehrte und gründlich denkende Kopf nicht nur zu Worte komme, sondern auch wiederum Gehör finde." Die öffentliche Meinung „sei besonders durch den Jugendunterricht vermittelst einer wohldirigirten Presse sehr leicht so zu leiten und zu bestimmen, daß sie unfehlbar nicht mehr dazu komme, sich mit einer wachsamen Regierung und ihren Principien in Opposition zu setzen. Preußen habe das mit großem Glücke bewiesen."

Hier blickt das Selbstgefallen an dem Einfluß durch, welchen neben der kirchlichen Partei in Rom und Deutschland, neben der protestantischen und katholischen Fraktion des Jesuitismus, der russische Absolutismus und seine Diplomatie auf das preußische System der Verfinsterung und des „beschränkten Unterthanenverstandes" ausübte.

Ein grimmiger Haß gegen die deutsche Philosophie, gegen die freie Forschung und namentlich gegen die Verbreitung des Denkens im Volke zeigt sein funkelndes Auge in dem geheimen Rundschreiben, wie in späteren Denkschriften. Alles, sagt das Rundschreiben,

im Kriege, den die Regierungen gegen die politischen Meinungen führen müssen, beruht darauf, daß dem Volke ein guter Unterricht und der Jugend eine gute Erziehung ertheilt werde." Wie „die Schüler der Atheisten und Irrgläubigen dadurch zum Schweigen gebracht und unterdrückt werden, daß dem Volke guter religiöser Unterricht beigebracht werde, so können auch die Schulen der politischen Irrlehrer nur dadurch unschädlich gemacht werden, daß dem Volk ein guter politischer Unterricht gegeben werde. Daß man den politischen Irrlehrern das Wort und die Schrift an das Volk frei geben und dieses über die wahren und ächten politischen Grundsätze im Zweifel und Ungewißheit gelassen habe, darin liege der größte Fehler, welchen die deutschen Regierungen seit langer Zeit sich haben zu Schulden kommen lassen. Nirgends sei dem Volk ein guter politischer Unterricht worden; man habe sogar auf den Universitäten den Lehrstuhl der Politik abzuschaffen gesucht, um ja die Verbreitung einer falschen politischen Theorie zu verhindern, ohne zu bedenken, daß in dem Vortrage der Geschichte alle falschen politischen Meinungen mit um so größerem Nachdruck und Einfluß auf die Zuhörer verbreitet werden können, als die Zuhörer nicht durch tief begründete wissenschaftliche Vorbildung dafür vorbereitet seien."

„Dieses Verfahren habe schon höchst nachtheilig auf die akademische Jugend eingewirkt; auf den gemeinen Bürger habe dieselbe Gleichgültigkeit der Bundesregierungen einen noch viel unglücklicheren Einfluß gehabt; ungleich nachtheiliger, als in andern monarchischen Ländern, habe das in einem Lande, wie Deutschland, wirken müssen, wo Lesen und Schreiben so allgemein gemacht und dadurch das Nachdenken selbst des Aermsten und Niedrigsten gereizt worden sei. Die Folgen dieser unseligen Gleichgültigkeit von Oben herab seien höchst empfindlich in einer Zeit, in welcher die Politik Tagesgespräch und Tagesangelegenheit sei. Auch erscheine die Nachlässigkeit der deutschen Regierungen in diesem Punkt um so größer, als es in Deutschland an ausgezeichneten Männern keineswegs fehle, denen die Beaufsichtigung und Leitung einer angemessenen politischen Unterweisung des Volks mit allem Vertrauen von der Regierung überlassen werden könnte."

„Durch Censur könne der Forschritt und die Propaganda der Revolution wohl gehemmt und aufgehalten, aber keineswegs gänzlich unthätig und unschädlich gemacht werden. Wahres deutsches Staatsbedürfniß, da das Ausrotten des Unkrauts noch kein Säen des guten

Samens sei, seien darum positiv, nicht bloß negativ, wirkende Anstalten, ein angemessener politischer Volksunterricht und eine angemessene politische Erziehung, gute Regierungs-Zeitschriften und Zeitungen." Sehr bedauerte Rußland, daß der berüchtigte Herr von Haller mit seiner Schrift „die Restauration der Staatswissenschaften" (d. h. die jesuitisch-absolutistische Lehre von Thron und Altar) gar keinen Anklang in Deutschland gefunden habe und finde. —

6. Versuche der russischen Politik, sich einzuschieben zwischen die kleineren deutschen Staaten und die beiden deutschen Großmächte.

Merkwürdig ist besonders auch, wie die russische Politik sich schlangenglatt hineinzuschieben suchte zwischen die kleineren deutschen Bundesstaaten und Preußen hier, Oesterreich dort.

Das „Rundschreiben" war nicht für die Grundsätze und die Taktik des österreichischen Kabinets. „Würde Oesterreich, sagte es, vermittelst des Bundestages mit seinen Grundsätzen hinsichtlich des Ideenaustausches in den deutschen Bundesstaaten durchdringen, so würde mehr oder weniger ganz Deutschland hinsichtlich des Ideenverkehrs in Oesterreichs Fesseln liegen."

So wenig das russische Interesse die Jesuiten im eigenen Reiche brauchen konnte, so wenig war ihm der Triumph Metternichs einer- und der Jesuiten andererseits in den deutschen Bundesstaaten wünschenswerth. Zudem erschien der russischen Politik die Durchführung der russischen Grundsätze in Deutschland aussichtsvoller vermittelst Preußens, dessen Hof und Regierung sich bisher leicht leiten ließen und dienstbeflissen gegenüber von Rußland sich gezeigt hatten, und das dennoch die Mehrheit in den deutschen Bundesstaaten weniger abstieß, als Oesterreich mit Metternich und den Jesuiten.

„Preußen, sagte die russische Politik von Petersburg aus ihren Vertretern, repräsentirt den Protestantismus und darin die deutsche Aufklärung, und wird als deren Repräsentant bei der Mehrzahl der Deutschen stets in größerer Achtung stehen, als Oesterreichs System, das menschliche Denken in mathematische Formeln einzusperren, wie in einen Käfig. Deßwegen läßt sich auch durchaus nicht annehmen, daß Oesterreichs Grundsätze hinsichtlich des Ideenaustausches

innerhalb des deutschen Bundesgebietes werden die allgemeinen werden."

Eine wahre Angst aber flößte den russischen Staatsmännern der Gedanke an die Möglichkeit ein, „die politischen Grundsätze der deutschen Verfassungsstaaten, dieser kleineren Mächte, könnten vielleicht durch die öffentliche Meinung ein solches Uebergewicht erhalten, daß Preußen selbst gezwungen wäre, denselben in größerem Maße nachzugeben, um die Gunst der öffentlichen Meinung nicht zu verlieren." *

Wie sehr russische Staatsklugheit Preußens Hof, Regierung und Macht nur zu benützen gesinnt, und jedem Großwerden Preußens in deutsch-nationalem Sinn, vornherein feindselig war, dafür gibt das „geheime Rundschreiben" starke Fingerzeige. Selbst gegen den preußischen Zollverein operirte die russische Politik gleich von der Zeit seines Abschlusses an. „Derselbe darf nie eine bleibende deutsche Institution werden," sagte das Rundschreiben. Es sprach geradezu die Hoffnung aus, es werde derselbe gesprengt und eine neue allgemeine Zollverbindung unter Aufsicht des (im russischen Interesse bearbeiteten, erzogenen und geleiteten) deutschen Bundes eingeführt werden."

Diese Politik verdächtigte selbst den Zollverein als ein für die Selbständigkeit der kleineren deutschen Staaten bedrohliches Bestreben Preußens; sie müssen „sich finanziell und politisch von Preußen emancipiren." Rußland schürte und stärkte die Opposition am Bundestage gegen Preußen. Preußens Interesse sei, die politische Macht des Bundestages möglichst zu brechen oder zu schwächen; das Glück Deutschlands sei die Selbständigkeit der kleineren deutschen Staaten und eine größere politische Macht des deutschen Bundestags.

„Ein schwaches Preußen" war seit einem halben Jahrhundert Losung der russischen Politik. Schon nach dem Tilsiter Frieden hatte Kaiser Alexander I. zu seinem Minister von Budberg gesagt, „ein von Frankreich zusammengepreßtes Preußen werde ein besserer und stärkerer Alliirter Rußlands sein, als das Preußen von 1805." Auf dem Wiener Congreß hatte Rußland vor Allem dahin gearbeitet, Preußen schwach, Deutschlands Einheit unmöglich zu machen.

Der russischen Politik verdankte Deutschland damals die Zersplitterung seiner nationalen Grenz- und Küstenstaaten, und Preußen die geographische Unmöglichkeit einer conzentrirten Stellung im Nord-

* Aktenstücke der russischen Diplomatie, I. 12, 13.

osten. Rußland war es, welches bei den Wiener Entschädigungsverhandlungen herrisch in bestimmter Frist von Preußen gefordert und durchgesetzt hatte, daß es — die Rheinlande annahm, d. h. daß es sich bis an den Rhein vorschieben ließ. Durch dieses Danaergeschenk war Preußen mit reichen Ländern, also dem Schein nach glänzend, erweitert, aber seine Stellung in militärischer Hinsicht von da an eine schwer zu haltende, also eine politisch geschwächte, für Rußlands größere Plane ganz ungefährliche geworden.

Durch dieses Vorschieben Preußens an den Rhein war diese Macht erstens von Rußland fortan als Wächter Frankreichs benützt, zweitens verhindert, Rußland in seinen Planen zu hemmen, und zwar in drei Planen, in dem gegen den scandinavischen Norden, in dem gegen Polen, und in dem gegen die Türkei, ja auch in einem vierten, wie der Verlauf der Begebenheiten zeigte, in dem gegen Persien und Mittelasien.

Diese Politik, Preußen schwach zu erhalten, blieb die leitende in Petersburg.

Nichts schien dem russischen Interesse und seinen Planen mehr entgegen, als daß Preußen von Rußlands Einfluß sich ablöste, um Preußen ein selbständiges Deutschland sich conzentrirte, ein starker nationaler Bundesstaat. Ein solcher Staat konnte und mußte einerseits die scandinavischen Staaten durch sein Uebergewicht an sich ziehen, und Preußens Vortheil war es dann, mit Opfern die Wiederherstellung Polens, als eine Vormauer gegen die russischen Ausgriffe, zu Stande zu bringen. Es gehörte auch zum russischen Interesse, ganz abgesehen von dem absolutistischen Princip Rußlands, die Krone Preußen vom Betreten der liberalen Bahn zurückzuhalten, damit ihm die Sympathien der deutschen Völker fernzuhalten, ja die Antipathien der letzeren zu reizen durch eine reaktionäre Politik, zu welcher sich Preußens Hof von Rußland leicht verführen ließ, ohne daß es einer Aufnöthigung derselben bedurfte, so wenig als der österreichische Hof Rußlands Drängen nöthig hatte, um die reaktionärste Politik zu verfolgen.

Zu gleicher Zeit suchte Rußland für sich — einen Sitz im Bundestag. Rußland wollte dieses Ansinnen dadurch begründen, daß jetzige russische Reichstheile, Kurland, Liefland und Esthland, ehemals reichsunmittelbare Ritterstaaten des deutschen Reiches gewesen seien. Als dieser Plan an dem Widerspruch nicht bloß Oesterreichs und Preußens, sondern auch der mittleren und kleineren Staaten

des deutschen Bundes scheiterte, suchte sich Rußland um so mehr den kleineren deutschen Staaten als unentbehrlicher Schirmvogt „ihrer freien Verfassungen und ihres nationalen Lebens" zu empfehlen, wie den Fürstenhäusern als Beschützer ihrer Selbständigkeit. Dafür erschienen eigene Schriften, Broschüren, Denkschriften, ganze Bücher, um in den minder mächtigen deutschen Bundesstaaten für diese russische Beschützung zu werben und die Mitteldeutschen und Süddeutschen russenfreundlich zu stimmen.

Erweislich zur ganz gleichen Zeit wurden Oesterreich und Preußen an den Höfen der kleineren Bundesstaaten verdächtigt, als gehen sie auf Oberherrschaft über dieselben, ja auf ihre thatsächliche Mediatisirung um, und auf der andern Seite suchten russische Einflüsse an den Höfen zu Berlin und Wien dieselben kleineren deutschen Staaten zu verdächtigen, als wollen sie sich den Gesetzen des Bundestags entziehen und sich selbständig stellen, und in Berlin wie in Wien wurde russischerseits zu immer strengeren Maßregeln gegen die Entfaltung des Verfassunglebens in den kleineren Bundesstaaten und zur Einschüchterung der Fürsten und Kammern derselben aufgereizt. Man hat die russische Politik offen beschuldigt*, zum Behuf seiner selbstsüchtigen Zwecke an der Zerrüttung der deutschen Verhältnisse gearbeitet zu haben.

Wir lassen die Thatsachen sprechen, in wie weit dieser Vorwurf gerechtfertigt ist. So giftig die jesuitische Partei von ihren Hauptsitzen Oesterreich und Bayern aus gegen die Entfaltung und das Wachsthum des constitutionellen Lebens in Deutschland war, und so sehr, aus Furcht vor dieser Partei, aus ängstlicher Besorgniß, durch sie seine ihm für seine Existenz unentbehrliche Stelle zu verlieren, der politisch indifferente Metternich sich in ihrem Sinn fortziehen ließ zur geistlosesten politischen Reaktion: so waren es doch noch mehr russische Einwirkungen, welche den Wiener und Berliner Hof antrieben, die Grundsätze der heiligen Allianz in den deutschen Staaten zur Geltung zu bringen, daß kein freieres Leben aus ihren Vefassungen heraus sich zu entwickeln vermochte.

So ungern Rußland sah, wie trotz der Rückgangspolitik Preußens die materielle Verbindung des größten Theils von Deutschland durch den Zollverein der politischen, nationalen Einigung Vorschub that und Preußen für die letztere mittelpunktbildend zu werden drohte: so gerne sah es, wie die katholische Partei in Oesterreich

* Die Gegenwart VII. 406 — 408.

und Baiern gegen Preußen operirte, und in Südwestdeutschland ein großer Theil der Liberalen eine feindliche Stellung gegen die Berliner Regierung annahm und Abneigung gegen Preußen verbreitete.

Während russische Schriften und Zeitungsartikel die kleineren Staaten bearbeiteten, brachte die russische Diplomatie mehr als einem deutschen Fürstenhause die Ueberzeugung bei, daß der deutsche Bund, „wenn er sich nicht mit seinen Principien in Widerspruch stelle, sowohl nach seiner innern als äußern Lage, Rußland als den Protektor des Bundes annehmen müsse, gegen das „ihn zu erdrücken drohende Uebergewicht Preußens oder Oesterreichs." —

XI. Oesterreichs Stellung.

So lange die Politik Oesterreichs, in den slavischen Anschauungen befangen, in der Verblendung blieb, und sich nicht dahin zu erheben vermochte, eine freie zeitgemäße Richtung einzuschlagen, und sich an die Spitze der deutschen Nation in deutschem Sinne zu stellen; so lange war es eben so in seinem wie im Interesse des Petersburger Kabinets, dem Fortschritt in den deutschen Staaten entgegen zu wirken und besonders Allem, was Deutschland national einigen und politisch kräftigen konnte. Wenn in Deutschland die Freiheit an Leben und dadurch Deutschland an Kraft gewann, so mußte in Oesterreich das ganze System gewechselt werden, Hof und Bureaukratie und Heer aufhören, zu sein, was und wie sie bisher waren, ein Dasein aufgeben, in welchem sie sich wohl gefielen und behagten.

Das System dieser drei Mächte im österreichischen Kaiserstaate zwang dem Wiener Kabinet, so sehr Metternich und der Kaiserhof innerlich Rußland abhold waren, die seltsame Rolle auf, mit Petersburg in Einverständniß und gleichem Geleise zu gehen. Dieses System im Innern Oesterreichs, in Italien und Deutschland gegenüber jede politische Reform zu verhindern, ist hinlänglich gezeichnet; interessant aber, weltgeschichtlich-denkwürdig ist es, zu sehen, wie die russische Diplomatie diese selbstverschuldete Situation des österreichischen Hofes und Ministeriums ansah, ausbeutete, abnutzte, und den Fall des österreichischen Systems nebst allen Verlegenheiten, die aus dem System sich zuletzt ergeben mußten, voraussah und voraussagte. Man hat nicht, wie es geschehen ist, nöthig, anzunehmen, Metternich sei von

Rußland entweder düpirt oder erkauft gewesen, um die Thatsachen zu erklären, welche Metternichs letztes Regierungsjahrzehnt begleiteten.

Rußland erkannte recht gut, daß das wahre Interesse Oesterreichs ein russenfeindliches sein müsse, und schon Pozzo di Borgo hat das so formulirt, „wenn eine Meinungsverschiedenheit des Wiener Kabinets mit dem Londoner bestehe, so sei das nur ein Streit über die Art und Weise, Rußland zu schaden und es zu hintergehen. In der Hauptsache arbeiten beide Kabinete übereinstimmend von jeher gegen Rußland."

Als im Jahre 1825 Metternich in Paris sagte, „er könne England jederzeit auf Rußland loslassen, wenn dieses in der orientalischen Frage zu den Waffen greife"; da schrieb Pozzo di Borgo an Nesselrode: „Aber England wird ebenso verlangen, daß sich der Wiener Hof seinerseits auch entschließe, und dann wird Oesterreich den größten Gefahren sich aussetzen und sich zu unberechenbaren Opfern herbeilassen müssen."

Rußland zählte stets darauf, wenn auch England durch Hannover ein deutsches Interesse habe, so hindere es seine ganz insularische Lage an einer regen Theilnahme für Deutschland, wozu noch komme, daß die wahre Stärke Großbritanniens, seine Seemacht, für Deutschland ganz unbrauchbar sei."*

„Sobald es sich darum handeln werde, den Degen zu ziehen, werden sich die Verlegenheiten kundgeben, trotz des Einverständnisses Oesterreichs und Englands. Würde der österreichische Hof eine Bewegung gegen Rußland unternehmen, so werde einer der fürchterlichsten Stürme über dem Haupte dieser Macht ausbrechen, welchen sie je erfahren habe." So sprach die russische Diplomatie. Ihre Sprache und Anschauung, Oesterreich gegenüber, blieb immer die gleiche. Jene Drohung bezog sich ebensowohl darauf, daß Rußland jeden Augenblick Böhmen und alle slavischen Lande Oesterreichs gegen das Haus Habsburg aufregen könne, als auch darauf, daß es, den Staatskanzler Metternich zu stürzen, in seiner Hand habe.

Mit der größten Zuversicht von der Welt sprach die Petersburger Diplomatie es aus: „Fürst Metternich wird sich unserem System anschließen, das er durch seine Geschicklichkeit nicht zu bekämpfen vermag. Er wird die Monarchie nicht Prüfungen aussetzen, die zu bestehen ihr schwer fallen dürfte: es genügt, die militärische und moralische Karte Rußlands und Oesterreichs vorzunehmen,

* Aktenstücke der russischen Diplomatie. II, 52. I, 36.

um das Schicksal Beider zu prophezeien, wenn sie sich mit den Waffen in der Hand messen sollten. Diese Wahrheiten können dem Fürsten Metternich nicht entgehen. Wenn der Entschluß, den er fassen wird, weise ist, wird er den Krieg (gegen Rußland in der orientalischen Frage) vermeiden; ist er ein leidenschaftlich gewaltthätiger, so wird er dafür bestraft werden. Mit einem Ministerium, das so gestellt ist, wie er steht, wird ein Kabinet wie das unsere — tausend Mittel finden, die Zwistigkeiten beizulegen." *

Aus dieser Sprache der beiden ersten Staatsmänner Rußlands, Pozzo di Borgo's und Nesselrode's, aus unserer früheren Zeichnung der Stellung Metternichs zum Wiener Hofe, zu der Jesuitenpartei, und namentlich zu seinen Ausgaben und Einnahmen, zu seinen angewöhnten Bedürfnissen im Verhältniß zu seinem Eigenvermögen, erklärt sich die Politik Metternichs, und damit die Politik Oesterreichs, mit trauriger Klarheit. Mit dieser ganzen Sachlage war das russische Kabinet so bis aufs Einzelste bekannt, wie im eigenen Hause; insbesondere aber auch mit dem Riß, welchen die österreichische Politik zwischen sich und Deutschland gemacht, an welchem Rußland mitgeholfen hatte, und welchen zu erweitern so sehr in seinem Vortheil lag.

Scharf nach der Wahrheit zeichnete sich die russische Diplomatie das Bild und die Stellung Oesterreichs zu Deutschland. Schon in den dreißiger Jahren begriff sie und prophezeite sie, was sich aus dem System des Wiener Hofes bis heute entwickeln mußte und entwickelt hat. Dieses Bild Oesterreichs ist von russischer Feder also gezeichnet.

„Das in den deutschen Staaten erwachende deutsche Nationalitätsstreben ist, wegen der Art der Slaven in seinem Reiche, für Oesterreich gefährlich, wenn es sich demselben, ohne weitere Vorbereitung von Oben, fügen müßte, da es so viele verschiedene Nationen in seiner Monarchie vereinigt. Die in den deutschen Staaten zunehmende Freisinnigkeit in den religiösen Ansichten, trotz alles mächtigen Entgegenwirkens der katholischen Geistlichkeit, ist sehr beachtenswerth.

Oesterreichs relatives Ansehen, sowohl im großen europäischen Föderativsystem, als in dem besonderen Verhältniß zum deutschen Bunde, ist eher im Abnehmen als im Zunehmen. Seine passive Haltung in allen Angelegenheiten, welche Europa in letzter Zeit be-

* Aktenstücke der russischen Diplomatie. II, 52—54.

wegt haben, seine negative Politik, und seine fortwährende Finanznoth, haben es niedergedrückt, und ihm wesentlich das Ansehen geraubt, auf das es vermöge seines Länderumfangs, seiner guten geographischen Lage, seiner Volkszahl und seines inneren Wohlstands sonst Anspruch machen könnte.

Oesterreichs Stabilitätssystem ist alt, aber so wenig edel, als der Zeit angemessen; auch hat man nicht vergessen, daß die Ferdinande mit diesem System Deutschland zu unterjochen versucht hatten. An Maximen hat es dem Hause Habsburg nie gefehlt. Seine Thätigkeit war stets groß, seine Thaten waren es selten. —

Seit der Errichtung des deutschen Bundes 1815 hat Oesterreich größtentheils nur *negativ* auf Deutschland gewirkt. Es suchte vorerst die *großen Reformpläne* einiger *deutschen Regenten zu hemmen*; es trat gegen einzelne deutsche Universitäten beschränkend auf; es suchte den Gang einiger deutschen Ständeversammlungen aufzuhalten; und *schloß sein Staatengebiet in intellektueller und materieller Hinsicht von Deutschland fast gänzlich ab*. Nur durch sein Präsidium am Bundestag suchte es *positiv* auf die deutschen Verhältnisse Einfluß zu gewinnen, sowie durch seine diplomatischen Sendungen auf einige einzelne Staaten und ihre Einrichtungen besonders einzuwirken. Oesterreich selbst verminderte seinen positiven Einfluß auf Deutschland. Zur Erhaltung der Anhänglichkeit, welche noch in vielen Gemüthern durch ganz Deutschland für das ehemalige alte deutsche Kaiserhaus bestand, geschah von Wien aus auch nicht das Allergeringste. So blieb Oesterreich nur noch der einzige Einfluß übrig, den es auf den deutschen Bundestag insbesondere dadurch, daß dessen *Präsidium* bei Oesterreich permanent war, und dann durch seine *physische* Macht im Allgemeinen behauptete.

Indem sich Oesterreich mit seinen Staaten aus dem allgemeinen deutschen Bunde, durch *Abschließung* derselben, *isolirte* und nur mit seiner Bundesgesandtschaft und seinem Bundescontingent als ein deutsches Bundesglied erschien, aber hinsichtlich seiner innern Verwaltung, seiner geistigen Bildung und seiner Handelsverhältnisse als *ein ganz abgesonderter Staat* sich darstellte, so weckte und nährte es selbst die Meinung, daß es in seinen *Hauptelementen* kein deutscher Staat sei. Dieses Isolirungssystem kann in der That auch nur die Epoche beschleunigen, daß sich die *slavischen* und *romanischen* Bestandtheile der österreichischen Monarchie in ihrem nationalen Leben so geltend machen werden, daß wirklich der ger-

manische Charakter im österreichischen Kaiserstaate ganz absorbirt wird. —

Oesterreichs Einfluß auf Deutschland wird um so mehr geschwächt, als der altgermanische Einfluß in den deutschen Staaten ein neues Leben gewinnt. Und wenn Preußen diesen altgermanischen Lebenskeim in seinen Staaten besonders zu wecken und zu pflegen sucht, so wird Preußen vor Deutschland ebenso sehr als eine wahrhaft deutsche Macht erscheinen, als Oesterreich das Gegentheil thut. Das Uebergewicht Preußens wird immer mehr hervortreten, je mehr es wahrhaft deutsch ist. Sollte die deutsche Bundesverfassung geistig vollkommen ausgebildet werden, so kann Oesterreich, wenn es ferner auf die geistige politische Macht Deutschlands auch nur den geringsten Einfluß üben will, sich dem allgemeinen deutschen Princip nicht mehr entziehen, sondern muß selbst diese Grundsätze in seinem eigenen Staatsgebiete zur Anwendung bringen. Von dieser Seite her mag Oesterreich auf eine große Umänderung sich gefaßt machen. Wenn dieselbe von oben herab mit Umsicht und Gewandheit vorbereitet wird, so ist sie gewiß von großen, heilsamen Folgen. Wenn sie aber in Oesterreich unvorbereitet von der Regierung, durch die öffentliche Meinung gefordert, zu Stande gebracht werden sollte, so dürfte sie sehr leicht zu inneren Unruhen Veranlassung werden." —

So zeichnete der beobachtende und vorausschauende Scharfsinn der russischen Diplomatie das Bild der österreichischen Gegenwart und Zukunft schon in den dreißiger Jahren, und der Verlauf hat in trauriger Weise bestätigt, daß das Porträt beider nur zu treffend gezeichnet war.

Wie bei der Ländervertheilung Rußland der preußischen Monarchie Posen gerne als eine militärisch offene Grenze überlassen hatte, so hatte es Galizien gerne vorerst bei Oesterreich gesehen als eine „wunde Stelle" dieser Monarchie. Galizien vermehrte Oesterreichs Verlegenheit, nicht seine Macht. Schon wegen dieser polnischen Stellung vermochte Oesterreich den russischen Absichten in der Türkei vor dem Jahre 1848 nur diplomatisch, nicht thatkräftig entgegenzutreten. Ebenso hatte die russische Politik das österreichische Italien gerne als Anhang des österreichischen Kaiserstaats gesehen; es war dieses österreichische Italien allein schon Stoff genug, um Oesterreich mit sich selbst zu beschäftigen.

Dieses Italien konnte Oesterreich nur durch eine immerwährende

Aufstellung ungeheurer militärischer Kräfte festhalten, welche seine Stellung gegen Rußland und die Türkei schwach machten, und das Mark seiner Finanzkraft verschlangen; und die am Hofe herrschende Partei war dem Absolutismus des russischen Kabinets so blutsverwandt, daß Rußland von da Nichts zu besorgen hatte: der Czar Nikolaus wurde in diesen Cirkeln mit abgöttischer Verehrung genannt, eben er, welcher der österreichischen Macht die Wurzeln ihres Lebens angrub, Luft und Wasser abzuschneiden gesonnen und bemüht war.

Nur England, das freie Kaufmannsvolk im Nordwesten, der prinzipielle Gegner Rußlands in der Staatsform, war dem Vorschreiten des Czar Nikolaus gegen den „kranken Mann" wesentlich im Wege. Aber so artig der Czar sich in London benahm und so artig man seine Artigkeit erwiderte: der eigentliche Zweck des kaiserlichen Besuchs in London blieb ohne allen Erfolg; der Londoner Quadrupelvertrag blieb wie er war. Englands Staatsmänner verkannten keinen Augenblick das englische Interesse und das russische Interesse, und sie wußten, was, während der Czar so liebenswürdig in London war, und sogar die englische Freiheit preisend anerkannte, seine Politik und seine Waffen gleichzeitig in Persien und Mittelasien gegen England thaten. Auch hatte man noch nicht vergessen, daß seiner Zeit die Unruhen in Irland in Petersburg gar nicht ungern gesehen worden waren, und daß englischer Seits behauptet worden war, sie sollen durch russische Subsidien genährt und im Gang erhalten worden sein.

Die russische Politik erlag hier der Umsicht der englischen Staatsmänner, welchen wenige Monate zuvor die geheimen Thätigkeiten des Petersburger Kabinets im Königreich Griechenland die Augen offen zu halten angerathen hatten.

XII. Griechenland.

1. Der Hof. Die Parteien. Der Absolutismus der Königin.

Dieses neugeschaffene Königreich war und blieb das Erzeugniß jener Politik der Mächte, welche nicht auf die Völker und ihr Wohl, sondern auf den eigenen Nutzen und die Fürstenhäuser sah, und bloß etwas schuf, wenn nicht mehr auszuweichen war, und auch dann nur so mitschuf, daß das eben Gebaute demnächst wieder umgebaut oder gar niedergerissen werden könnte.

Mehr denn je tritt in unsern Tagen der Fluch davon, daß die Fürstenpolitik nicht das Wohl Aller bei ihren Conferenzen und Akten im Auge hatte, also un- und widerchristlich war, als ein mit schweren Schlägen auf das Haupt der Urheber zurückfallendes Gottesgericht zu Tage, als furchtbarer Wetterschlag der Weltgeschichte. Wie sehr der gerechte Gott die Klugheitsberechnungen der feinsten Politik zu Schanden macht, dafür zeugt, als ein Zeugniß unter vielen, auch das neue Griechenland.

Das Unglück dieses Königreichs bis heute hat seinen Grund mehr, als in irgend etwas Anderem, in der Geschichte seiner Entstehung und in dem fortwährend „lebhaften Antheil" der gesammten europäischen Diplomatie an Hof und Volk nicht sowohl, als daran, wer auf diesem gemeinschaftlichen Geschäftsplatz, und von diesem Platz aus, die einträglichsten Geschäfte in der orientalischen Frage mache.

Da gab es eine griechisch-nationale Partei, eine königlich-bairische Partei, eine russische Partei, eine englische Partei und eine französische Partei.

So selbstsüchtig Englands Politik von jeher war, so war eben doch auch für Griechenland, wie für die gesammten Morgenländer, die Politik des Fortschritts, und darum der Sieg der englischen Partei, allen Liberalen in Europa wünschenswerth, nicht der Sieg der russischen Partei. Die Griechen selbst hatten nicht geblutet und sich fast verblutet, um das Joch des Despotismus und des Absolutismus fort zu tragen, sondern um es abzuschütteln. Darum trugen sie auch den

absoluten König, den man ihnen aufoktroyirt hatte, mit dem ganzen Widerwillen des griechischen Blutes.

Am 7. Mai 1832 war das Königreich Griechenland von der europäischen Diplomatie geschaffen und ausdrücklich die Ertheilung einer zeitgemäßen Constitution den Griechen zugesagt worden.

Eilf Jahre vergingen, und der gedankenloseste Absolutismus, oder besser, eine absolutistische Anarchie war fortwährend herrschend in dem unglückseligen Griechenland. Ein thatkrätiger, aufgeklärter, wenn auch mit eiserner Faust das Ganze zusammenfassender Despotismus eines Präsidenten, Diktators oder Königs hätte dem Lande wohlgethan; ein Absolutismus in solcher Gestalt, wie er da war, konnte nur ein allgemeiner Landschaden sein. Ein Fürst aber, selbständig durch Charakter und Stellung, und constitutionell gesinnt, hätte am Besten und schnellsten die Wunden des Landes heilen können. England drang immer wieder auf Ertheilung einer Constitution. Frankreich unterstützte Englands Forderung.

Aber die baierischen Jesuiten in der Umgebung des von ihnen erzogenen Königs Otto, und die russische Partei, zuletzt eine junge, absolutistisch gesinnte, dabei sehr lebensfrohe Königin, eine Prinzessin von Oldenburg, verbanden sich mit der eigenen Neigung und Persönlichkeit des Königs, und was die nationale Partei der Griechen als etwas feierlich Verheißenes laut forderte, was England als nothwendig vorstellte, die Verleihung einer Verfassung, eine constitutionelle Regierung, unterblieb ein Jahr um das andere.

Die Geschichte des Königreichs Griechenland bis ins Jahr 1853 läßt sich kurz zusammenfassen: Ewige Geldverlegenheit der neuen Krone, und viel Bedürfniß und Verbrauch am Hofe; alle Augenblicke ein neues Ministerium, aber immer nur eines, das aus der Rivalität und den Intriken der ausländischen Diplomaten, oder aus der Hofgunst über Nacht emporschoß; nie eines, das aus den Bedürfnissen und Wünschen des Landes hervorging, und das die Liebe des Volkes hatte. Denn auch das Ministerium Zografos, welches als das der nationalen Partei galt, und die Entlassung der fremden Truppen zu seiner Bezeichnung hatte, war weder der Ausdruck des allgemeinen Volkswillens, noch wurde es volksthümlich.

Solche Ministerien tragen überall den Stempel der Unfähigkeit oder wenigstens des Unpassenden an der Stirne, und ihre Verwaltung in Griechenland war derart, daß Dreierlei sich steigerte: die Finanzklemme der Regierung, die Gährung im Volke, und der Haß

gegen die Fremden am Hofe und in der Staatsverwaltung, voran gegen die Deutschen, obwohl zunächst gegen die Baiern. Reformen kamen keine, und die den König davon abhielten, gruben ihm zugleich jedes Stückchen Boden im Herzen des griechischen Volkes ab, zum Theil absichtlich; denn die russische Partei hätte lieber einen russischen Großfürsten auf dem griechischen Thron gesehen, und arbeitete auf den Sturz oder auf die Abdankung des bayrischen Otto hin, der zwar Absolutist, aber nicht griechischer Religion, sondern römisch-katholisch war, wie diese Partei dem Volke, das griechischen Bekenntnisses war, stets wieder in Erinnerung brachte.

2. Die Verschwörung des Kalergis und Katakazy. Die Palastrevolution. Die Constitution. Fehlschlagen der Ränke des russischen Gesandten.

Der Gesandte Rußlands in Athen, Katakazy, verschwor sich mit dem griechischen Obersten Kalergis, angeblich einem Führer der nationalen und constitutionellen Partei, gegen den Hof. Kalergis aber war erwiesenermaßen erstens in Rußland erzogen, zweitens ein Verwandter des russischen Staatskanzlers Nesselrode.

England und Frankreich hatten in Verbindung mit Rußland am 5. September 1843 eine gemeinschaftliche Note dem lustigen Hofe von Athen überreicht, worin Bürgschaften zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe, Entlassung aller deutschen Beamten und Berufung einer Nationalversammlung verlangt wurden, als das, was zur Befriedigung der Nation und nach der Sachlage unumgänglich sei.

Die Verschwörung Katakazy-Kalergis, eine Militärverschwörung, half der zögernden Königin und dem schwankenden König in wenigen Stunden, in der Nacht vom 14. auf den 15. September, über diese Krise hinweg. Diese Palastrevolution, militärischer Art, brachte den König Otto überraschend schnell dazu, alle Bedingungen anzunehmen, ein nationales Ministerium, die Entlassung der Fremden, die Berufung einer constituirenden Nationalversammlung. Die russische Partei brachte Einen der Ihren, Metaxas, an die Spitze des neuen Ministeriums. Die Prinzessin von Oldenburg, den General von Heß, alle in Griechenland angestellten Ausländer — mit Ausnahme der Philhellenen, welche in ihren Stellen bleiben durften — führte das

Dampfschiff eilends von den Küsten Griechenlands hinweg ihrer Heimath zu.

Nach der Palastrevolution, bei dem ersten Empfang der fremden Gesandten, sagte König Otto: „Vielleicht würde ich jetzt noch besser thun, abzudanken, als die mir auferlegten Bedingungen mir gefallen zu lassen. Der König heftete bei diesem Wort den Blick auf Katakazy. Dieser Vertreter des Czars verbeugte sich stumm; diese stumme Antwort war sehr sprechend. Der englische Gesandte verbeugte sich ebenfalls stumm. Auch der österreichische Gesandte, Freiherr von Prokesch, soll sich stumm verbeugt haben. Nur der französische Gesandte, von Piscatori, sprach, „nachdem seine Majestät für Griechenland so viele Opfer gebracht habe, möchte er auch vor diesem Opfer im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung nicht zurückweichen, sondern gutwillig und in biederer Weise die Verpflichtung eines constitutionellen Fürsten übernehmen." Auf das hin habe Otto zugegeben, ihn als constitutionellen König auszurufen. So „erzählte" man sich am Hofe zu Wien, so „versicherte" man sich in den dasigen diplomatischen Kreisen.*

So schien Rußland in Griechenland gesiegt zu haben; in Wahrheit war etwas geschehen, was das gerade Gegentheil von dem beabsichtigten geheimen Zweck wenigstens des russischen Ministeriums war. Briefe, die aus Athen in Wien einliefen, erklärten geradezu, „eine nordische Macht" sei der Revolution nicht fremd gewesen und habe beabsichtigt, „nach Otto's Abdankung den Herzog von Leuchtenberg als König von Griechenland ausrufen zu lassen." So war aber Otto König geblieben, er war nicht beseitigt worden, weder durch Abdankung als Absolutist, noch durch Sturz in Folge der militärischen Revolution. Frankreich hatte Otto zum Nachgeben bestimmt, und man lachte am Wiener Hofe darüber, daß, nach dem wiederholten und vergeblichen Drängen Englands und Frankreichs auf Verleihung einer Constitution, gerade die russische Partei und der Gesandte des russischen Absolutismus zuletzt es sein mußten, durch welche König und Königreich Griechenland in eine constitutionelle Person und in einen constitutionellen Staat über Nacht umgewandelt wurden.

Der russische Gesandte hatte mit der liberalen Partei Griechenlands sich verschworen zu einem russischen Zweck. Da dieser Zweck nicht erreicht wurde, so wurde der Gesandte abgesetzt von seinem

* Depeschen des schweizerischen Bevollmächtigten in Wien, Effinger, vom 3. bis 13. Oktober 1843, bei A. Schmidt, Zeitgenössische Geschichten 571—576.

Kaiser. Ob Katakazy seine Instruktionen falsch auslegte und überschritt — eine Annahme, die in solcher Nähe und in solcher Frage bei einem gewiß mit Umsicht gewählten russischen Diplomaten wohl kaum statthaft ist; ob dieser Fall zu denen gehört, in welchen zwischen der persönlichen Gesinnung des Czars und der Politik seines Kanzlers Nesselrode zu unterscheiden ist, mag dem einzelnen Urtheil anheimgegeben bleiben.

Wo der Absolutismus schrankenlos herrscht, da ist anarchischer Boden, der Boden der beliebigen Willkür und der Laune, und nicht des Gesetzes. Auf solch' einem anarchischen Boden ist Alles möglich. Das hat in unsern Tagen der dritte Napoleon recht anschaulich gemacht: man desavouirt Gelungenes derer, welche Werkzeuge der Politik sind, im Interesse der „höheren Zwecke," und nicht bloß Mißlungenes; und während man das Gelungene völlig ausbeutet, spricht man öffentlich aus, daß es wider Willen und ohne Wissen geschehen sei; man nennt das Erwünschteste und Langintrikirte etwas Zufälliges und Bedauerliches, das Thatsache geworden sei. Ohne Nesselrode's Wissen und Willen konnte Katakazy so weit nicht gehen.

Gewiß ist, daß „Militärcomplotte" und „Constitutionen" in den Augen des Czars „ein Gräuel," von der Erinnerung des Jahrs 1825 her etwas seiner Persönlichkeit äußerst Widerwärtiges waren; aber eben so gewiß ist, daß die russische Politik mit weitem Gewissen Völker gegen ihre bestehenden Regierungen aufzuregen und zu revolutioniren, von Mittelasien über die Türkei, Griechenland und Serbien bis Irland, nie einen Anstand nahm; und eben so gewiß ist, daß, wenn der Czar selbst unbetheiligt war, er jedenfalls Nesselrode und die Andern, von welchen diese intrikante Politik der Aufregung und der Verführung ausging, nach wie vor in seinem Vertrauen und im Amte behielt.

Daß aus dem von der Politik Nesselrode's und ihrem Werkzeug ausgebrüteten Ei zu Athen eine Constitution, und zwar eine nach französisch-liberalem Schnitt, und nicht der Herzog von Leuchtenberg als absoluter König Griechenlands, sondern Otto in constitutionellem Costüm, hervorschlüpften — das mußte dem russischen Gesandten unter allen Umständen die Ungnade des „allerhöchsten Willens" zuziehen; einmal war das Conträrste und Unbrauchbarste für die Petersburger Politik eine „Constitution," in einem zum griechisch-russischen Bekenntniß gehörenden Volke, unter Mitwirkung eines russischen Gesandten, aufgetaucht; zweitens, da bald die geheimen Fäden der Athener

Nachtrevolution vom 15. September sich aufdeckten, wurde die Petersburger Politik um so schärfer beobachtet, wie Effinger seinen Schweizern berichtet, „nicht ohne bedeutendes Mißtrauen von Seiten Oesterreichs, Englands und Frankreichs, in welcher Beziehung zwischen diesen drei Mächten „die größte Uebereinstimmung obwaltete."

Im Laufe des Novembers schrieb der eidgenössische Bevollmächtigte in Wien, „bei sämmtlichen Höfen finde die Ueberzeugung Eingang, ungeachtet russische Agenten den Sturz König Otto's herbeizuführen bestrebt gewesen, sei doch der Czar persönlich diesem sträflichen Beginnen völlig fremd gebieben." *

Aber eben dieser Ueberzeugung Einganz zu verschaffen, fand der Czar die Londoner Visite auch mitunter nöthig. Doch das Londoner Mißtrauen hörte nicht auf, zumal die Thätigkeiten der russischen Politik in Griechenland nicht aufhörten. Die neue Verfassung wurde von der griechischen Nationalversammlung abgeschlossen, König und Volk nahmen sie an, das russisch gefärbte Ministerium Metaxas wurde im April 1844 gestürzt, und die Aufstände, welche dem Sturze dieses Ministeriums folgten, wurden russischen Einflüssen zugeschrieben.

3. Das Ministerium Maurokordatos und das Koletti's. — Tiefe Ruhe in der Türkei für die Christen.

Der englische und französische Einfluß siegte in Griechenland. Maurokordatos, als Minister nach Athen berufen, war ganz dem englischen Einfluß ergeben, ein verständiger, liberaler Mann. Er wurde verdrängt durch Kolettis, der an seiner Statt Präsidentminister wurde. Kolettis hielt sich durchaus an den französischen Gesandten. Durch diesen aber fand die russische Politik Einfluß auf Kolettis; und um so enger hielt sich der türkische Gesandte Musuros an den englischen Gesandten Edmond Lyons. Kolettis that Alles, um die Theilnahme der europäischen Meinung für Griechenland zu verscherzen. Hoferbärmlichkeiten zu Athen dem türkischen Gesandten gegenüber, von Kolettis angezettelt, dienten sehr dazu, dem Hof und

* Depeschen Effingers, vom 13. und 23. November 1843, bei A. Schmidt, Zeitgenössische Geschichten 576—577.

der Sache Griechenlands zu schaden. Dieser schädliche Minister starb plötzlich zu Ende des Jahres 1847.

Denkwürdig aber bleibt, daß von ihm ein im Jahr 1825 durch Pozzo di Borgo zuerst angeregter Plan im Jahr 1844 sehr gefördert wurde, ein Plan, welchen, dem Gerücht und dem Anschein nach, in viel größerem Styl im Jahre 1860 Garibaldi wieder aufgenommen haben soll, den Plan nämlich, die gesammte christliche Bevölkerung des türkischen Reiches an sich zu ziehen, die türkische Regierung durch deren Mitwirkung zu stürzen, und auf türkischem Boden freie christliche Völker in ein neues Leben eintreten und herrschen zu lassen.

Es bildeten sich, vom Mittelpunkt Athen aus, Hetärien d. h. geheime Verbindungen, welche sich durch Griechenland und die europäische Türkei verzweigten. Das Ministerium Koletti's ging so weit, von den Christen verschiedener türkischer Bezirke Abgeordnete in die beiden Kammern nach Athen wählen zu lassen; wie Abgeordnete auf der Rednerbühne der Kammern, so sprach sich sogar der Minister Kolettis öffentlich für die „Einheit aller Griechen" aus. Die Verbindungen mit den Christen im türkischen Reiche sollten fortgesetzt und unterhalten werden, bis der günstige Augenblick käme, „sie zum Aufstand aufzurufen."* —

Die Christen in der Türkei aber erkannten bald, daß die Liberalen zu Athen nicht mächtig genug seien, um sie zur Freiheit zu führen; das russische Kabinet übte durch die Synode griechischen Bekenntnisses in Konstantinopel einen so fanatisch kirchlichen Einfluß auf die Rajahs aus, daß er Vornehmen und Geringen widerwärtig und dadurch die Neigung für den russischen Hof selbst bei den griechischen Christen der Türkei abgeschwächt wurde; und Reschid Pascha, welcher politische Flüchtlinge, Italiener, Polen und Franzosen, in seinem Privatdienst hatte, wurde von diesen immer mehr dem Liberalismus zugeneigt!, und unter seinem Ministerium war es für die Christen recht wohnlich in der Türkei.

Reschids letzte Jahre hindurch war die Türkei tief beruhigt, und in der Mitte des Jahres 1848 geschah das bisher Unerhörte: von dem neuen Papst Pius IX. zu Rom erschien der Erzbischof Ferrieri in Konstantinopel mit einem zahlreichen Gefolge, um am Hofe des Sultans als regelmäßiger Botschafter des Papstes zu residiren. Pius IX. war auf einen Freundschafts- und Handelsvertrag mit der Türkei eingegangen und hatte die Vertretung der nationalen und

* Depesche Effingers vom 25. Mai 1844. A. a. O. 578.

kirchlichen Interessen im türkischen Reiche dem französischen Hofe abgenommen und in eigene Hände gebracht. Den Anlaß aber dazu hatte Reschid Pascha gegeben, welcher Pius IX. durch einen eigenen Gesandten bei seiner Thronbesteigung hatte begrüßen lassen. Während die Politik des Petersburger Kabinets fortfuhr „durch nicht öffentlich anerkannte Agenten“ die Christen im Morgenlande zu bearbeiten, und Allem auswich, was „Verpflichtungen irgend einer Art nach sich zöge“* trat das türkische Ministerium offen mit dem katholischen Papste zu Rom in Freundschaftsbeziehungen.

Das freisinnige und zeitgemäße Auftreten des Papstes brachte in den Umgebungen Reschid Pascha's und im ganzen Divan, die Hoffnung zur Reife, Italien werde eins und eine Großmacht werden, eine Gegenmacht gegen Oesterreich und Frankreich; die Pforte suchte bei Zeiten diese werdende Großmacht sich zu befreunden, und Italiens Politik mit der eigenen Politk zu verbinden.

Leider war der päpstliche Botschafter Ferriere ein beschränkter Kopf, der, statt, wozu er da war, politische und Handelsverträge zu schließen, seine Zeit vergeudete, Proklamationen an die orientalischen Kirchen auszuarbeiten, um sie jählings römisch-katholisch zu machen, und der Pforte narrenhafte Ansinnen stellte, zu diesem Zwecke ihren römisch-katholischen Unterthanen große Vergünstigungen einzuräumen, und den Uebertritt zur römischen Kirche für die andersgläubigen Christen recht vortheilhaft auszustatten — Ansinnen, auf welche die Pforte nicht eingehen konnte, ohne alle ihre andersgläubigen Christen tiefst zu verletzen, abgesehen von Rußland und Griechenland.

* Aktenstücke der russischen Diplomatie II., 47.

XIII. England.

1. Peel's Finanzgesetze im Jahre 1842.

Das Ministerium Peel, welches am 1. September 1841 wieder ins Amt getreten war, überraschte bald einen großen Theil der Tories durch seine Maßregeln.

Peel, der Führer der Tories war es nicht, weil er in Allem mit ihnen übereinstimmte, sondern weil er ihnen unentbehrlich war. Peel hatte besonders ausgezeichnete finanzielle Talente, und gerade einen geregelten Finanzzustand im Innern bedurfte die Nation; eben so wollte sie Wiederherstellung der friedlichen Beziehungen nach Außen, zu Nordamerika und zu Frankreich, mit welchen beiden Staaten das abgetretene Whigkabinet in Spannung gerathen war, zu China und zu mehreren Fürsten Ostindiens, mit welchen man im Kriege lag.

Er war entschlossen, nur solche Maßregeln dem Parlamente vorzuschlagen, die er aus Ueberzeugung der öffentlichen Wohlfahrt für angemessen erachte, ohne Rücksicht auf die Unterstützung seiner Partei, der Tories. „Keine Rücksicht, sagte er im Parlament, soll mich veranlassen, mein Amt in knechtischer Abhängigkeit zu führen, um anderer Leute Ansichten in Kraft zu setzen."

So brachte er im Jahre 1842 zwei große Maßregeln durch das Parlament. Am 9. Februar setzte er die gedrückte Handelslage und ihre Ursachen, sowie den Zusammenhang auseinander, in welchem damit die Korngesetzgebung stehe. Er erklärte, daß es jetzt für England die wichtigste Aufgabe sei, der „gefährlich angewachsenen Masse der Armen eine mit dem Bestehen des Staats verträgliche Erleichterung zu gewähren." Dadurch hoffte er die Gefahren zu beseitigen, welche sowohl von der Repealpartei Irlands, als von den Chartisten in England drohten, welche eine Vertretung der niederen Klassen im Parlament forderten.

Vorzüglich Cobden's Antikornverbindung, welche immer größeren Umfang annahm, hatte den Minister von der Nothwendigkeit einer Herabsetzung der Zölle und einer Anbahnung des Freihandelssystems überzeugt. Aber er ging mit Vorsicht und Bedacht zu Werke, Schritt für Schritt, und verwandte fünf volle Jahre dazu, um den

Widerstand der Tories desto sicherer zu besiegen. Am 5. April 1842 ging sein Antrag auf Herabsetzung des Zolls für Korneinfuhr in England — zwanzig Schillinge statt der bisherigen fünfunddreißig Schillinge acht Pence — im Unterhaus durch. Furchtbar bekämpften die grundbesitzenden Lords im Oberhaus, soweit sie einsichtslos aus Eigennutz waren und ohne Begriff für die staatsmännische Nothwendigkeit dieser Maßregel, dieselbe mit Erbitterung gegen den, welchen sie an die Spitze der Regierung Englands gehoben; aber sie mußten sich fügen in das Unabweisliche; selbst in ein zweites Bitteres mußte die conservative Partei sich schicken.

Robert Peel erklärte, den Nothständen des Landes könne nicht durch neue Anleihen, nicht durch Erhöhung der bestehenden, vorzugsweise den Arbeiter treffenden bisherigen indirekten Abgaben, nicht durch Einführung neuer, abgeholfen werden, sondern wie durch eine umfassende Herabsetzung der vorhandenen Zölle, so hauptsächlich nur durch eine direkte Steuer von dem Vermögen der besitzenden Klassen.

Das traf auch die reichen Leute der Whigpartei sehr und durchgreifend. Die Whigs bewiesen sich in dieser Frage klein gegen Robert Peel, der, von seiner Torieskruste und Knechtschaft befreit, als ein neuer Mensch dastand, an welchem Zweierlei nicht wegzuläugnen war, die Vaterlandsliebe und die richtige Einsicht in die Lage und Bedürfnisse des Vaterlandes. Sein Verstand und seine Unerschrockenheit, und das allgemeine Gefühl, daß er unentbehrlich sei in dieser Zeit, hatten den Erfolg, daß die Einkommenssteuer, zu drei Procent, im Oberhaus wie im Unterhaus durchging, trotz alles Tobens und Schmähens im Lande.

Alles, was zeitgemäß und freisinnig dachte in Großbritannien, hatte Robert Peel, von jetzt an weder Tory noch Whig, zunächst für sich. So ging er weiter.

Er beantragte die Abschaffung aller Zölle, welche, ohne das öffentliche Einkommen zu vermehren, nur den Verkehr hemmen. Die Zahl dieser war die bei Weitem überwiegende im bestehenden Zolltarif. Weiter beantragte er Aufhebung oder Verminderung aller derjenigen Zölle, welche den „Lebensunterhalt und die Fabrikthätigkeit vertheuern.“ Zu Gunsten der Fabrikanten waren übermäßige Zölle aus der früheren Gesetzgebung da. Auch die Aufhebung oder Herabsetzung dieser beantragte er. Habe die Aristokratie des Grundbesitzes Opfer zu bringen, um die Industrie zu heben, so müssen auch

die Industriellen, die Aristokratie des Gelderwerbs, ihrerseits Opfer bringen, meinte Robert Peel, der bürgerlich Geborene, der Sohn eines Industriellen.

Er süßte die bittere Pille den Betroffenen möglichst, und überzeugte alle Ueberzeugungsfähigen, während man in Europa glaubte, dieser Finanzplan Robert Peels werde England revolutioniren und den Minister stürzen. Jetzt ist Thatsache, daß die Eröffnung des Freihandels wesentlich dazu beitrug, die Ruhe in England zu erhalten, als im Jahr 1848 ganz Europa aufgeregt war; wesentlich dazu beitrug die zeitgemäße Einsicht Robert Peels und das zeitgemäße, einsichtige Nachgeben und Opfern der Geburts- und Geldaristokratie in England. Alle Vorlagen Peels gingen durch, trotz aller Gegenkämpfe.

Das ist der große Vorzug freier Verfassungen, daß die Einsicht in das Zeitgemäße eine allgemeine wird, bis zum Thron und bis zur Hütte, und daß in jedem Stand und in jeder Partei die Einsichtigen die Mehrheit und nicht die Minderheit bilden. Darum löst sich in den schwierigsten Fragen friedlich der Streit auf dem Wege des Worts, nicht der Waffen.

2. Die Chartistenbewegung. Siege im Ausland. O'Connel und die irische Bewegung.

So schritt Peel in Reformen vorwärts, ohne durch die fortwährende Unruhe in den Arbeiterbezirken, durch sich wiederholende Arbeitseinstellungen, und durch die Riesenpetition der großen Chartistenversammlungen, welche namentlich auch das allgemeine Stimmrecht forderten, sich beirren zu lassen. Während dem nahm die Volksbewegung für völlige Aufhebung der Korngesetze besonders im ganzen Norden Englands zu, Cobden an der Spitze. Ueberall wurden Vereine gebildet, Zweckessen gehalten, durch öffentliche Vorlesungen und Schriftenvertheilung die Gemüther erregt.

Unter den Chartisten kam es zu vereinzelten Gewaltausbrüchen. In Irland hielt O'Connel Versammlungen in allen Theilen des Landes mit Forderungen nationaler und religiöser Freiheiten für Irland: Anzeichen einer bewaffneten Erhebung der besonders von Priestern auch bearbeiteten Irländer glaubte die Regierung wahrzunehmen. In Schottland gesellte sich zu der Gährung in den

Fabrikbezirken eine kirchliche Aufregung: neben der Staatskirche bildete sich eine „freie Kirche" in Schottland. Eine Handelskrise zu Anfang des Jahres 1843 verminderte zudem die öffentliche Einnahmen;aber in Asien hatten die englischen Waffen gesiegt, in Afghanistan und und in China; China wurde gemüthigt, und im Jahre 1843 warf allein das Opiumerzeugniß, dessen Schmuggel nach China schwunghafter als je betrieben wurde, der englischen Compagnie mehr als zwanzig Millionen reinen Gewinn ab.

Immer außerordentlicher schien sich die Bewegung in Irland zu gestalten. Riesenversammlungen, in denen Hunderttausende von Menschen beisammen waren, wiederholten sich.

O'Connel fuhr zwar fort, 'nur von „moralischer Gewalt" zu sprechen; aber die Agenten der Regierung berichteten, „das ganze Land durchziehe eine Art militärischer Organisation." Um die gewöhnlichen Gerichte des Landes entbehrlich zu machen und so seine Irländer auch in der Rechtspflege für ihre häufigen Streitigkeiten anf sich selbst, auf die irländische Nationalität, allein zu weisen, errichtete er durch ganz Irland Vergleichungsgerichte.

O'Connel wollte auch jetzt nicht die Lostrennung Irlands von der englischen Krone; er forderte nur ein irisches Parlament, weil Irland für seine Mißhandlungen von dem englischen Parlament keine Gerechtigkeit bis jetzt erlangt habe und keine hoffen könne. Und leider war das schreckliche Wahrheit bis zum Jahr 1843.

Das Unrecht Englands gegen Irland empörte jedes edle Menschengefühl in ganz Europa, je weniger die grausam gedrückten Irländer Mittel hatten, sich Gehör für ihre Schmerzen in der christlichen Welt zu verschaffen, und je mehr die tausendfältigen Stimmen ihrer Peiniger 'nicht nur in den Zeitungen Englands, sondern in denen Europa's mit ihrem Gold und ihrer Feder breitesten Raum sich zu erobern wußten, damit der Naturlaut des Schmerzenschrei's des gemarterten Irlands nicht zu den Ohren der Menschheit dringe.

Das grausame antichristliche Unrecht hat namentlich die englische protestantische Presse, und vielfach die Presse Deutschlands, dadurch zu bemänteln oder falsch zu beleuchten gesucht, daß man den Eifer der Irländer, nationale und religiöse Freiheit sich zu erringen, vorzugsweise der Aufreizung von Außen her, den Intriken der Jesuiten und Roms, zum Theil auch russischen Einflüssen zuschrieb. Die beiden letztern Mächte mögen ihre Hand mit im Spiele gehabt haben, und Daniel O'Connel hat gewiß die Beihülfe auch dieser Bundes-

genossen wenigstens benützt. Er hatte fast die ganze Geistlichkeit Irlands zu Verbündeten, aber auch die Gerechtigkeit der Sache für sich; und die Ungerechtigkeit der Tories und der Hochkirche Englands war über alle Maßen groß, und klar wie der Tag.

O'Connel trug sein Heimathland Irland und sein irisches Volk im Herzen; aber ein Römling war er nicht, so gut katholisch er war, und auch den Plänen der Jesuiten diente er nicht. Trotz des Repeals liebte er sein großes Gesammtvaterland Britannien, Britanniens Macht und Ruhm; und war stolz, im Gesammtparlament mitzuwirken, als einer der mächtigsten Geister darin. Der Mann mit dieser Schlauheit des Fuchses und mit diesem staatsmännischen Adlerblick konnte keine Minute mißkennen, daß eine politische Lostrennung Irlands von England Britanniens Macht schwächen und Irland nur schaden könnte, daß Selbständigkeit dem letztern jetzt unmöglich, und ein Parlament zu Dublin und eines zu London, eine Doppelregierung, ein politischer Unsinn wäre.

Man hat darum mit Recht gesagt, „als Advokat habe er stets viel gefordert, um im schlimmsten Falle doch etwas zu erlangen." Der Rechtsgelehrte von Beruf trug dessen Taktik auf seine Thätigkeit als Anwalt seines Volkes über: es war ihm mit dem Repeal nur in so weit Ernst, um durch diese Forderung die Regierung zu einem billigen Vergleich zu vermögen, dazu, Gleichberechtigung mit den Engländern für seine Irländer zu erlangen.

Niemand in seiner Zeit hat eine solche Thatkraft, und zwar in beispielloser Allseitigkeit, bewiesen, Keiner so mit dem Muth und der Kühnheit des Löwen jede Art von List und Erfindsamkeit in politischen Hülfsmitteln verbunden, wie dieser Volksbeweger, „der große Agitator," wie sie ihn hießen. Er hatte ursprünglich nichts als sich selber, und als er todt war, erwies sich, daß sein Volk ein bloßer Stoff war, und er, er allein, dessen Geist und bewegende Kraft. Und er selber war nichts als ein einzelner Mann, ein Advokat, ein irländischer Abgeordneter in's englische Parlament.

Fortwährend gleich groß zeigte sich seine Meisterschaft in der Volksrede wie in der parlamentarischen Rede, und ein und dasselbe Thema: „Soll Irland den Irländern oder den Sachsen und Fremden gehören?" — wußte er in immer neuer Art abzuhandeln. Seine Beredsamkeit hatte eine überwältigende Macht im Parlament, allmächtig war sie vor den Hunderttausenden in den Volksversammlungen Irlands. Sehr viel trug zu seinen Erfolgen bei, daß er in der Volks-

bewegung, die er organisirte, keinen neben sich oder sich gegenüber duldete, der nicht ganz in dem Geleise mitgehen wollte.

Ueberall hat sich das als ein Grundgesetz jeder Volksbewegung, welche mit kleinen Mitteln anfing, bewährt, daß der Führer derselben rücksichtslos Jeden beseitigte oder vernichtete, der die Einheit des Plans und der Bewegung zu kreuzen oder zu hemmen schien. Ein Führer, ein Ziel, ein Plan, ein Befehl, ein Gesetz und eine Auffassung — das führt allein von Erfolg zu Erfolg in jeder Art von Kampf, wo Millionen Köpfe gegen Millionen Köpfe stehen.

Diese Diktatur nahm auch O'Connel an sich, und hielt sie in eiserner Hand: er sprach, und das ganze irische Volk lauschte seinem Wort, folgte seinem Winke mit unbedingtem Vertrauen; ehrgeizige Köpfe neben ihm hatten keine Wahl, als sich von ihm zu trennen, aber eben damit, von der vaterländischen Bewegung ausgeschlossen, sich selbst zu vernichten, oder ihm blindlings sich unterzuordnen.

Als O'Connel an dem Punkt angekommen schien, wo man in Europa glaubte, jetzt müsse sein System der „friedlichen Agitation" in die Anwendung physischer Gewalt übergehen, er selbst dem Druck der von ihm entflammten Volksmassen nachgeben, und die Gewaltsamkeit der Thatsachen wider ihn sprechen: da trat sein Gott für ihn ein, welcher ihm seine Sendung zugewiesen, und der ihn unter den freien Gesetzen Englands hatte geboren werden lassen.

3. Hochverrathsanklage gegen O'Connel.

Kurz zuvor hatte das Ministerium ein Gesetz über den Gebrauch von Feuerwaffen in Irland eingebracht, und dieses war im Ober- und Unterhause durchgegangen. Im Laufe des Jahrs 1843 hatte die Regierung die Zahl ihrer Truppen in Irland vermehrt und alle Friedensrichter, die sich an der Volksbewegung betheiligt hatten, abgesetzt, da sie in den Reden, die in den Volksversammlungen gehalten wurden, die Absicht der Aufwieglung sah, und die Hunderttausende, welche dazu zusammenströmten, in geschlossenen Haufen, in „militärischer Ordnung," kamen.

Auf den 8. Oktober hatte O'Connel eine Riesenvolksversammlung nach Clontarf, unweit der Hauptstadt Dublin, angesagt und ausgesprochen, daß er dabei auf siebenmalhunderttausend waffenfähige Männer rechne.

Offenbar wollte O'Connel der Regierung „die Majestät des iri-

schen Volkes in Waffen" zeigen, und durch Einschüchterung Zugeständnisse für sein Volk erhalten. Tags zuvor verbot die Regierung die Versammlung. In Folge dessen sagte auch O'Connel sie ab, fast gleichzeitig mit der Regierung. Auf sein Wort gingen die Tausende irländischer Volkshaufen, die unterwegs waren, wieder heim, jeder an seinen Herd, ruhig, ohne irgend eine Reibung mit dem aufgestellten Militär.

Die Tories wurden jetzt kühner, sie klagten O'Connel des „Hochverraths" an, sie machten ihm den Prozeß: sechs Tage nach dem Tage von Clontarf wurde er mit seinen einflußreichsten Anhängern verhaftet, und die Tories-Zeitungen bedrohten ihn mit dem Galgen. Die Regierung bestach die Zeugen, strich jeden Katholiken aus der Geschwornenliste, verfälschte selbst noch die aus lauter Protestanten gebildete Liste, verletzte die eine und die andere Rechtsform, um seine Verurtheilung durchzusetzen. „Ruhe, Ruhe, Kinder!" war O'Connels Mahnung an sein Volk, und das reizbare, leidenschaftliche Volk blieb ruhig, so sehr es in ihm kochte; denn sein Daniel, „der große Dan," wollte es so.

Im Frühling 1844 wurde O'Connel, mit mehreren seiner Freunde, in Dublin von dem derartigen Geschwornengericht als schuldig verurtheilt zu einjährigem Gefängniß und vieljähriger Stellung unter polizeiliche Aufsicht. Der Prozeß hatte ganz England, nicht bloß Irland aufgeregt, „Ruhe, Frieden, Kinder!" war wieder O'Connels Wort an sein Volk; „Frieden, Achtung dem Gesetz, und unsere gerechte Sache wird siegen." Er legte Berufung an das Haus der Lords ein, den ungerechten Urtheilsspruch aufzuheben, und ging in das Gefängniß.

Die Irländer hielten sich ruhig, aber die ministerielle Partei jubelte nicht, im Angesichte einer solchen Ruhe und der Sachlage: O'Connels Gefängniß war ein Palast, Irland besuchte ihn darin, Irland betete für ihn. Bis auf wenige hielten alle Geistliche des Landes jeden Sonntag öffentliche Gebete für den gefangenen Befreier, und selbst unter dem englischen hohen und niedern Adel erließ derjenige Theil desselben, welcher römisch-katholisch ist und zum ältesten Adel Englands gehört, ein öffentliches Beileidsschreiben an O'Connel wegen seiner Gefangenschaft, und äußerte, ohne der Repealsache das Wort zu reden, die tiefste Entrüstung über den gegen ihn befolgten Prozeßgang.

Eben mitten in dieses alles hinein spannten sich die Verwicklungen mit Frankreich noch mehr, wegen Marokko und Tahiti.

4. Marokko. Tahiti.

Frankreich hatte in Tahiti, das durch englische Missionäre zum Protestantismus bekehrt war, sich setzen wollen, um von da aus Englands Nebenbuhler in der Südsee zu werden. Frankreich drang dem Inselvölkchen auf Tahiti den französichen Schutz und das katholische Bekenntniß auf, setzte die englisch gesinnte Königin Pomare ab, machte sich aus einem Schutzherrn zum wirklichen Beherrscher der Insel, verdrängte die englischen Missionäre, entwickelte gegen die englisch gesinnten Tahitier, den Nachdruck seiner Waffen, verbrannte Häuser und Kähne der Tahitier, und setzte den protestantischen Missionär und früheren englischen Consul Pritchard gefangen.

Mit Marokko war Frankreich im Kriege, zu Wasser und zu Land, und in leichtem Siege. England konnte mit Frankreich die Herrschaft über das mittelländische Meer nicht theilen wollen, und ebensowenig Franzosen als Nebenbuhler in der Südsee dulden. Diese beiden, an und für sich kleinen Sachen, machten viel Lärm. Ganz England war empört über die Mißhandlung eines Engländers. In der Geschichte auf Tahiti war jeder Engländer dreifach verletzt, im Nationalstolz, im Protestantismus, in der Politik. Die Whigs warfen dem Minister des Auswärtigen vor, er habe Englands Ehre und Vortheil preisgegeben.

Der alte Nationalhaß zwischen Franzosen und Engländern trat in Frankreich wie in England laut und offen im Volke hervor: man sprach in England von einem Kriege mit Frankreich, und selbst die Arbeiter in Frankreich meinten, wenn das Ministerium zu einer Landung in England aufriefe, würden alle Franzosen begeistert zu den Waffen greifen.

Aber das französische Ministerium läugnete Wissen und Willen ab an dem, was seine Bevollmächtigten in Tahiti gethan haben, und gab Genugthuung; England begnügte sich mit der angebotenen Genugthuung unter der Bedingung, daß Frankreich gegen Marokko die Feindseligkeiten einstellte. So wurde es Frieden in Marokko und in Tahiti.

Mit der weit überlegenen englischen Seemacht wollte Louis Philipp für jetzt lieber Frieden um jeden Preis als Krieg. Aber auch dem Ministerium Peel-Aberdeen war die tahitische und marokkanische Angelegenheit als eine „heikeliche" Sache erschienen:

hatte es doch eben alle Hände voll mit den innern Sachen zu schaffen, die nicht erlaubten, sich stark mit der auswärtigen Politik zu befassen, um nicht zu gleicher Zeit von auswärtigen und einheimischen Verlegenheiten aufgezehrt zu werden.

Während man in England das Ministerium angriff, sprach sich in den irländischen Zeitungen offene Freude aus über einen Bruch zwischen England und Frankreich. Da die freien Gesetze Englands der Meinungsäußerung einen fast ungemessenen Spielraum gewähren, so war die jesuitische Partei, auch mancher Ultra-Liberale Irlands, ungemein thätig mit der Feder und mit dem Mund. Bei einem Bruch zwischen England und Frankreich, sagten sie, müßten für Irland so oder so bessere Tage kommen. Mancher Irländer, weil er selbst katholisch war, sah in dem katholischen Louis Philipp und seinen Franzosen einen Schirmvogt und Vorkämpfer des katholischen Glaubens.

Die acht Millionen Katholiken Großbritanniens, sieben Millionen in Irland, eine Million in England selbst, fürchtete Peel im Fall eines Krieges mit Frankreich. Frankreich konnte sich in Irland setzen, die leicht vom Jesuitismus zu fanatisirenden Irländer mit Waffen und mit französischen Offizieren versehen.

Und diese Irländer, diese Katholiken, waren gerade im Augenblick aufgeregter und drohender als je. O'Connels Prozeß schwebte vor dem höchsten und letzten Gericht zur Entscheidung, vor dem Hause der Lords. Das Ministerium Peel begriff, daß Großbritanniens Heil durch ein letztes Wort O'Connels im Parlament vorgezeichnet sei, welches lautete: „Versöhnung zwischen verbrüderten Völkern!"

5. O'Connels Freisprechung, und seine neue politische Stellung. Die Maynooth-Bill.

Peel ging daran, das Wahlrecht der Irländer zu erweitern, und Strafgesetze aufzuheben, welche bisher gegen die irischen Katholiken bestanden hatten.

Darin war, bei hoher Strafe, den Katholiken der Besuch der protestantischen Kirchen vorgeschrieben, und der kleinlichste Gewissenszwang in Rechtsform gebracht.

Eben so war bisher die Verwaltung der milden Stiftungen des katholischen Irlands ganz und allein in protestantischen Händen gewesen, und die Einkünfte waren nicht selten ihrem Zweck

entfremdet worden. Bis zu diesem Grad keck war Englands Hochkirche und Regierung in der Ungerechtigkeit gegen Irland gewesen.

Peel ernannte jetzt einen gemischten Verwaltungsausschuß für die Stiftungen, gleichzeitig mit der Aufhebung des Gewissenszwangs.

So nahte das Ende des Sommers. Gerade im Augenblick der höchsten Verwicklung mit Frankreich war der Zeitpunkt gekommen, wo das Haus der Lords über O'Connels Verurtheilung entscheiden mußte — eine Entscheidung, die, je nachdem sie fiel, Irland zum Ausbruch bringen konnte.

Das Volk von Irland, aufs Höchste gespannt, hatte Abgeordnete zur Verhandlung vor das Haus der Lords geschickt. Da flog ein Dampfboot Nachmittags auf den Hafen von Dublin zu. Auf dem Verdeck standen zwei der Abgeordneten und hielten eine große weißseidene Fahne ausgespannt, darauf mit mächtigen Buchstaben zu lesen: „O'Connel ist frei, das Urtheil kassirt durch das Haus der Lords."

Jetzt holte alles Volk in unermeßlicher Freude O'Connel aus seiner Gefangenschaft hervor: auf einem Triumphwagen fuhr er, das grünsammtne Barett in Form der altirischen Königskrone, ein früheres Geschenk des Volks, auf dem Haupte. Er bewies, was er über sein Volk vermochte, schöner als je. Die Volksbewegung, welche nach seiner Befreiung aufs Höchste stieg, legte sich auf sein Wort. Abermals sprach er: „Keine Lostrennung Irlands von England; nichts als ein irisches Parlament, und ich biete dagegen England die treueste Anhänglichkeit der Irländer an, welche Louis Philipp auf seinem Thron erzittern machen und die Schmach von Marokko wegwaschen würde."

Von da an verfolgte O'Connel seine Aufgabe siegesgewiß, aber mit großer Mäßigung, da ihm Peel selbst darin entgegen kam, und bald darauf wieder die Whigs, O'Connel's Verbündete gegen die Tories, ans Staatsruder traten.

Man sagt, Robert Peel selbst habe den Lords den Rath gegeben, die Freisprechung O'Connels auf Fehler der Anklageakte in Form und Inhalt derselben zu begründen, und das frühere Urtheil zu kassiren. So wirkten auf O'Connels Freisprechung die französischen Verwicklungen, und die irischen Wirren wirkten auf den schnellen Abschluß der Ausgleichung mit Frankreich. Die Möglichkeit eines Krieges Englands mit Frankreich dünkte dem russischen Czar ein möglicher Anlaß für das Toryministerium zu einer unwillkürlichen Annäherung an Rußland; und auch damit hing sein Besuch in London zusammen.

Peel eilte, der Repealbewegung O'Connels durch neue Maßregeln zur Hebung der Mißstände Irlands an Kraft zu nehmen.

Auch das zeigt Peel als großen Staatsmann, daß er nicht durch geheime oder offene Beseitigung des Gegners, nicht durch das Gaukelspiel in Rechtsform verübter Gewaltthat, sich freie Hand verschaffen wollte, wie es die Torypartei so eben gethan, sondern durch Anerkennung der gerechten Beschwerden Irlands, und durch wirkliche, erkleckliche Zugeständnisse an Irland.

Entschlossen, der katholischen Kirche in Irland wenigstens den Anfang einer politischen Gleichberechtigung mit der protestantischen Kirche zuzugestehen, brachte er am 5. April 1845 die Vorlage vor das Parlament, die „Mittel zur Erziehung katholischer Geistlichen in Irland auf einer einheimischen Anstalt" zu erhöhen, und zu diesem Zwecke dem katholischen Seminar zu Maynooth von nun eine jährliche Geldunterstützung von 26,360 Pfund Sterling aus Staatsmitteln zu bewilligen.

Da Irland für die protestantische Kirche, die „Hochkirche" des Landes, jährlich 5,207,546 Pfund zu steuern hatte, so war diese Vorlage Peels ein Bettel zu Gunsten Irlands, nichts als eine bescheidenste Bitte um ein kleines Almosen für die so schreiend ungleich gehaltene katholische Kirche Irlands.

Und dennoch brach ein wahrer Wuthsturm der protestantisch und evangelisch sich nennenden „Rechtgläubigen," die Hochtories der Hochkirche an der Spitze, gegen Peel aus; selbst ein großer Theil der Dissenters, der von der Hoch- und Staatskirche in Glaubens- und Kirchensachen sonst so sehr abweichenden protestantisch-religiösen Gesellschaften, schrie mit den Hochkirchlichen Zeter gegen solche „Gottlosigkeit" des Ministeriums.

Nur zu oft zeigt sich, wie in politischen, so noch mehr in religiösen Kämpfen, daß die lange unterdrückte, aber eben zur Anerkennung oder gar zur Herrschaft gelangte Partei das Unrecht, unter welchem sie bisher litt, sogleich gegen Andersdenkende selbst auch übt und noch unduldsamer, verfolgungssüchtiger wird, als die, über deren Unduldsamkeit und Verfolgungssucht sie Jahre oder Jahrhunderte lang bitter geklagt hatte.

So lange die Protestanten Irlands in der Wüstheit ihrer Unduldsamkeit gegen die Katholiken Großbritanniens verbleiben, haben weder sie, noch überhaupt die Protestanten der Welt, Ursache, den Mund mit Klagen über Beeinträchtigungen von Protestanten in den-

jenigen Ländern, in welchen die Katholiken herrschend sind, voll zu nehmen. Je mehr Mittel zur Bildung eine Religionspartei hat, desto duldsamer muß sie sein; denn die Blüthe der Bildung ist Duldung der Andersdenkenden, und Anerkennung ihrer Gleichberechtigung. Unduldsamkeit gegen die Ueberzeugungen, gegen die religiös wie politisch Andersgesinnten, mit der „Nothwendigkeit der politischen Lage" rechtfertigen zu wollen, ist unpolitisch, weil auf dem Wege des Unrechts, ohne daß es sich rächt, wohl auf einige Zeit, aber nicht auf die Dauer sich vorgehen läßt; vom christlichen Standpunkt aus ist Unduldsamkeit geradezu sittlich schlecht, volle Verworfenheit.

In diesem Sturme der protestantischen Bigotterie rächte es sich an Peel, daß er selbst früher nur zu oft, als Führer der Tories gegen das Whigministerium, die „Leidenschaften des Fanatismus, für die er nicht fühlte, Vorurtheile, die er nur mit der tiefsten Verachtung ansehen konnte", als Kampfgenossen benützt hatte, wie Macaulay, der Peels Vorlage glänzend unterstützte, im Parlamente sagte. Während es im Parlament gegen Peel stürmte, hielt die protestantische Unduldsamkeit in Exterhall am Strand in London eine allgemeine Synode, und dieser Convent des Widerchristenthums, welcher regelmäßige Sitzungen hielt, nannte sich die „protestantische Verbrüderung", und leitete den Volks-Bittschriftensturm gegen den „sündhaften Antrag des gottlosen Ministers zur Unterstützung des Seminars für katholische Priester."

In England und Schottland wurden so nahe an drei Millionen Unterschriften gegen die „Maynooth-Bill" zusammen gebracht; manche Bittschrift forderte, das Parlament solle den Minister in Anklagestand versetzen wegen Angriffs auf die Staatskirche. Dennoch, unterstützt von den Whigs und dem größeren Theil der Radikalen ging Peels Vorlage im Unterhaus mit 317 gegen 184 Stimmen durch, im Oberhaus mit 181 gegen 50.

Am 9. Mai brachte das Ministerium eine zweite Gesetzvorlage ein für „Errichtung akademischer Collegien auf Staatskosten an drei Plätzen Irlands," in welchen den katholischen Laien wie den andern Religionsgesellschaften unentgeltlicher gemeinsamer Unterricht zu Theil werden sollte in weltlichen Wissenschaften, mit Ausschluß des theologischen Elements. Hier eiferte Sir Robert Inglis, der Vertreter der Universität Oxford im Unterhause, „niemals sei ein gleich ungeheuerliches System gottloser Erziehung in irgend einem Land erdacht worden."

Dort eiferten Hand in Hand mit der englischen Hochkirche — die katholischen Bischöfe. Wie die protestantischen Bischöfe unmittelbaren Einfluß auf jene Anstalten in ihrer Richtung für sich in Anspruch nahmen, so die katholischen in katholischem Sinne.

Dennoch ging auch diese Vorlage Peels durch, und der Grundsatz eines confessionell gemischten Unterrichts in allen weltlichen Wissenschaften erhielt durch die Verleihung von Korporationsrechten an die National-Erziehungsgesellschaft für Irland, in welcher Dissenter, Anglikaner und Katholiken vereinigt waren, eine weitere Anerkennung.

Dadurch, daß in diesen „Nationalschulen" Irlands — Protestanten und Katholiken miteinander, unter denselben Lehrern, auf dem Fuße vollständiger Gleichheit, vom Staate zugelassen waren, war der Fortschritt für die Nationalschulen wie für eine gleichmäßigere und höhere Ausbildung der Bevölkerung Irlands gesichert.

5. Peel's Maßregeln gegen das materielle Elend Irlands.

Das materielle Elend Irlands zu mildern, war Peel gleichzeitig thätig, durch drei Gesetze, die er durchbrachte.

Zuvor schon gab er Staatsunterstützungen zu Austrocknungen, Darleihen und Preise des Staats zur Ermunterung der Landwirthschaft; nöthigte die irischen Grundbesitzer, sehr wenige überreiche Familien, für das darbende Volk auf ihren Gütern zu sorgen durch christlichere Armenpflege und Besserungen ihrer Güter, sowohl der Wohnungen als der Grundstücke. Die drei Gesetze aber gewährten den bisher so oft von den Gutsherren und ihren Verwaltern schwer mißhandelten armen Pächtern fortan Schutz gegen willkürliche Ausweisungen und Pfändungen, hoben die kostspieligen Weitläufigkeiten bei Pachtverträgen auf und sicherten ihnen Entschädigungen zu für alle Verbesserungen, die sie an ihren Pachtgütern vornahmen.

So hatte Peel für das geistige und materielle Wohl Irlands mehr gethan, als irgend ein Minister vor ihm. O'Connel und ein großer Theil der Irländer anerkannten diese Sorgfalt der englischen Regierung. Der Haß der Irländer gegen England nahm ab, während der Haß der Hochtoriepartei gegen Peel wuchs.

Er wuchs namentlich auch noch dadurch, daß er mit Hülfe der Whigs und der Radikalen im Parlament aufs Neue die Verlängerung der Einkommensteuer durchsetzte, ebenso neue Zollherabsetzungen.

Aber ehe seine guten Gesetze und Anordnungen segensreich wirken

konnten, kam über Irland eine Hungersnoth, durch die Kartoffelkrankheit. Diese war eine ganz neue Erscheinung, ganz Europa litt darunter, aber Irland am meisten, da die durch diese Krankheit fast vernichtete Kartoffel in Irland ausschließlich das Hauptnahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung war. Peel wollte sofort das Parlament darüber entscheiden lassen, die Getreideeinfuhr frei zu geben. Er vermochte aber nicht, den Ministerrath dafür einig zu stimmen. Lord John Russel, der Führer der Whigs, benützte diesen Zwiespalt und forderte in einem offenen Briefe das Volk auf, durch Eingaben die freie Getreideeinfuhr zu verlangen. Peel drang jetzt im Ministerrath auf alsbaldige Eröffnung aller englischen Häfen für freie Getreideeinfuhr, er vermochte abermals seine Amtsgenossen nicht dazu, und reichte seine Entlassung ein.

Die Königin beauftragte Russel, ein neues Ministerium zu bilden. Sein Versuch scheiterte. Die Tories wollten ein reines Toriesministerium einsetzen, das die Aufrechterhaltung des Getreidemonopols als ersten Punkt in seinem Programm hätte. Es mißlang. Die Königin berief jetzt Peel wieder, er trat aufs Neue ein, aber unter der ausdrücklichen Bedingung einer Veränderung der Getreidegesetzgebung. Nur ein Theil der alten Toriespartei blieb ihm treu, die, welche einsahen, daß die freie Korneinfuhr nicht eine Parteifrage, sondern eine Nothwendigkeit sei, unumgänglich durch die außerordentlichen Zustände Irlands und eines Theils von England. Der andere Theil der altadeligen Grundbesitzer, die Stocktories, wütheten, schimpften, sprachen von Verrath und Züchtigung dieses Verraths, als der Plan Peels bekannt wurde.

Peel aber gewann die großen Städte für sich und die öffentliche Meinung, Cobden mit seinem mächtigen Anhang, eben so die Unterstützung der Whigs. Peel erkärte offen, wenn er früher das Getreidemonopol vertheidigt habe, sei er im Irrthum gewesen. Am 27. Januar 1846 brachte er seine Gesetzvorlage ein, die hauptsächlich dahin ging, Lebensmittel aller Art, mit Ausschluß des Getreides, sollen sofort frei eingeführt werden: für Getreide dagegen sollen eine niedrige gleitende Scala auf die nächsten drei Jahre bestehen, nach diesen die Einfuhr desselben gleichfalls frei gegeben, dem Ackerbau mehrere drückende Lasten abgenommen, zur Hebung desselben Anlehen vom Staate hergegeben, in Bezug auf die Manufakturen die Zölle auf die Hälfte des bisherigen Betrags herabgesetzt, die Einfuhr der gröbern Artikel, in Wolle, Leinen und Baumwolle frei gegeben werden.

Nach stürmischen Kämpfen und bittersten Angriffen gelangte Peels Vorlage erst am 20. März zur zweiten Lesung. „Wenn ich fallen sollte, sprach Robert Peel, so werde ich nicht fallen, weil ich Parteiinteressen den allgemeinen Interessen des Vaterlandes vorgezogen habe; ich werde vielmehr die Genugthuung mit mir nehmen, im Laufe meines Amtes Alles gethan zu haben, was die Wohlfahrt des Landes zu befördern geeignet ist.“ Am 16. Mai Morgens 4 Uhr wurden seine Anträge im Unterhaus angenommen. Darauf gingen sie auch nach bittersten Ausfällen auf Peel im Oberhaus durch.

So hatte Peel England in seinem Verhältniß zu Irland eine ganz neue Stellung gegeben, und für das letztere geistig und materiell gesorgt.

Die Stocktories arbeiteten aber nur um so mehr an seinem Sturz. „Lieber ein Whigministerium als ihn länger!“ war ihre Losung. Die Whigs gelüstete nach dem Ruder, und das Arbeiten der Tories an Peels Sturz sollte ihnen dazu helfen. Nur die Freihandelspartei hielt treu zu dem Mann, welcher in der Noth geholfen und dessen Geist und Energie der Gewerbsthätigkeit und dem Handel der Nation eine ganz neue Bahn eröffnet hatten.

Fünf Wochen nach solchen Siegen war Robert Peel — gestürzt.

6. Peel's Sturz. Seine Rücktrittsrede. Sein Tod.

Trotz der Vorräthe, welche Peel hatte in Irland aufhäufen lassen, stiegen die Hungersnoth und die Preise der Lebensmittel bis zum Unerschwinglichen für die Armen.

Viele verhungerten, viele starben am Hungertyphus. In Banden von Hunderten durchzogen verschworene irische Bauern die Grafschaften in Waffen, und mancher harte Gutsherr starb unter ihrer furchtbaren Rache, aber auch hie und da ein Protestant, der als Grundherr nicht hart war.

Peel brachte Maßregeln zum Schutz des Eigenthums und Lebens in Irland vor das Oberhaus, ein sogenanntes „Zwangsgesetz,“ weil die bestehenden Gesetze gegen die schreckenerregende Zunahme der Verbrechen in Irland ohnmächtig waren. Dieses Zwangsgesetz, das die Gewähren für persönliche Freiheit zeitweilig aufhob, war schon

öfters unter weniger außerordentlichen Verhältnissen angewandt worden, stets mit Erfolg. Das Oberhaus nahm es auch jetzt an.

Aber im Unterhause eröffneten O'Connel und die Radikalen, die allerdings grundsätzlich gegen jedes Ausnahmegesetz sein mußten, den Sturm dagegen.

Am 25. Juni wurde das Gesetz, mit welchem Peel stehen und fallen zu wollen erklärt hatte, mit einer Mehrheit von dreiundsiebzig Stimmen verworfen, an demselben Abend, an welchem Peels Korngesetz im Oberhause angenommen ward, und eben als die Nachricht kam, daß Peel glücklich die Spannung mit Nordamerika gelöst habe.

Peel selbst brachte am 29. Juni die Nachricht in's Unterhaus, daß seine eingereichte Entlassung angenommen sei.

„Es liegt nicht im öffentlichen Interesse, sprach er, ein großes Vorbild für alle Minister in Verfassungsstaaten, daß ein Ministerium regiere, das seine Maßregeln nicht durchsetzen kann. — Von vielen ehrenwerthen Männern wird mein Name bitter getadelt werden, verwünscht von jedem Monopolisten, der unter dem Vorschieben ehrenhafter Meinungen bloß seinem Eigennutze dient. Dagegen wird man wohl zuweilen meiner mit Wohlwollen gedenken an den Orten, die den Männern zum Aufenthalt dienen, deren Loos die Arbeit ist, und die ihr tägliches Brod im Schweiß ihres Angesichts verdienen, so oft sie ihre erschöpfte Kraft durch reichliche und unbesteuerte Nahrung wieder herstellen, die ihnen um so süßer munden wird, weil sie nicht mehr mit dem Gefühle der Ungerechtigkeit gesäuert ist."

Nach seinem Tode anerkannten auch seine politischen Widersacher, daß dieser große Minister es gewesen sei, der den politischen Parteien eine neue für das Vaterland heilsamere Stellung gegeben und von England die Revolution abgewendet habe. Peel starb am 2. Juni 1850 in Folge eines unglücklichen Sturzes auf einem Spazierritt.

7. Das Whigministerium von 1846. Die steigende Noth und ihre Ursachen. Smith O'Brien.

Die Whigs, welche in den wichtigsten Fragen grundsätzlich mit Peel gegangen waren, traten unter Russel an's Ruder.



Russel.

(Band VI. Seite 280.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

Lord Palmerston erhielt das Aeußere. Russel war die Seele dieses reinen Whigministeriums. Gegen Palmerston hatte Louis Philipp und sein Kabinet insgeheim am Londoner Hof intrikirt, um ihn vom Ministerium auszuschließen; vergebens. Louis Philipp fürchtete, durch Palmerston möchte leicht das erneute „herzliche Einverständniß" zwischen Frankreich und England weniger herzlich werden.

Mit dem neuen Whigministerium war zwar der Liberalismus am Ruder, aber in stark aristokratischer Färbung; es war nicht bloß weniger populär, sondern in der That auch viel aristokratischer, als das abgetretene Peel-Ministerium, obgleich dieses ein Tory-Ministerium hieß, und die Männer des Handels und des Gewerbfleißes hatten zu Peels Finanztalent ein ganz anderes Vertrauen gehabt, als zu den finanziellen Fähigkeiten des jetzigen Whigkabinets.

Peel aber hatte nicht nur das neue Ministerium offen seiner Unterstützung im Parlament versichert bei allen Maßregeln, welche die wirkliche Wohlfahrt des Landes bezwecken, sondern er hatte auch seinen Nachfolgern Englands auswärtige Verhältnisse in günstiger Lage hinterlassen. Besonders auch waren die gefährdeten ostindischen Besitzungen wieder gesichert durch entscheidende Siege des englischen Heeres daselbst, deren Kunde das Abtreten Peels auch noch mit einem Nachglanz umgab.

Eben so war der früher so heftige Agitator Irlands, O'Connel, sehr gemäßigt worden. Die Repealbewegung verlor an Kraft durch Peel's Zugeständnisse, wie vorausgesagt worden war, und wie die Whigs, seine alten Verbündeten, am Ruder waren, nahm O'Connel eine Stellung zu ihnen ein, welche den Aeußersten unter den Irländern so mißfiel, daß sie sich von ihm lossagten, unter der Führung eines jungen Mannes, Smith-O'Brien, gleichfalls eines irischen Abgeordneten zum Parlamente, das „junge Irland" bildeten, und auf bewaffneten Widerstand, auf eine Revolution es anlegten. Die Wiederkehr der Kartoffelkrankheit und überhaupt einer Mißernte steigerte die Hungersnoth in Irland, eben damit die Unsicherheit.

Die Regierung hatte zu Anfang des Jahres 1847 über eine halbe Million Arme durch Beschäftigung an Straßenbauten zu einem durchschnittlichen Taglohn von neun Silbergroschen zu ernähren. Die furchtbare Höhe der Noth aber hatte auch die gute Folge, daß die irischen Parlamentsmitglieder im Ober- und Unterhause ohne Unterschied der Farbe sich fest an die Regierung anschloßen. So wurden

alle Maßregeln angenommen, welche die Regierung zur Hebung der Uebel in Irland nöthig fand. Weil aber von England aus so lange Zeit Alles versäumt worden war, die Zustände Irlands zu verbessern, so vermochte auch der beste Wille nicht, jetzt, da Mangel und Elend aller Art aufs Aeußerste gestiegen war, plötzlich und ausreichend zu helfen.

Im Parlamente verlangte Smith-O'Brien zu Gunsten seiner nothleidenden Landsleute die Besteurung der im Auslande lebenden großen Grundbesitzer Irlands. Eine der Hauptquellen der Noth dieses Landes war seit lange die Gewohnheit dieser Lords, ihre durch den Schweiß der armen Pächter errungenen ungeheuern Einkünfte im Auslande zu verschwelgen, so lange sie bei schlechtester Wirthschaft ausreichten, und sich um die Noth des Volkes, dessen Mark sie in Paris und Italien verpraßten, auf ihren Ländereien nicht zu kümmern. O'Connel hatte gegen diese ohne Erfolg seine Angriffe gerichtet. Peel wollte das Land von diesem Krebsschaden heilen, aber seine Vorschläge scheiterten an seinen Freunden.

Feurig, aber auch ehrgeizig, voll Liebe für Irland, aber auch unbesonnen, ohne den Takt O'Connels, die Mittel und Augenblicke zu berechnen und zu wählen, war Smith-O'Brien nicht der Mann, seinem Antrage zum Siege zu verhelfen. Aber eine sehr wichtige Folge hatte er doch. Das Ministerium Russel schritt bald darauf gegen diese Lords ein, welche die Lebenskraft Irlands im Ausland vergeudeten. Es führte Gesetze durch, welche in Irland den Güterkauf und Verkauf erleichterten und den Kauf Jedem möglich machten. Sie errichteten einen „Gerichtshof der verschuldeten Güter," auf Grund eines Gesetzes der „gezwungenen Liquidationen," um die großen Besitzungen zu zerstückeln, und an die Stelle eines einzigen, an Ländereien reichen, aber überschuldeten Eigenthümers viele neue Eigenthümer zu setzen, und denen, welche bisher kein Grundeigenthum hatten, solches zu geben.

Dieser Gerichtshof erhielt die Vollmacht, in allen Fällen, in welchen die Zinsen der Hypothekschulden das wirkliche Einkommen überstiegen, in summarischer Weise Recht zu sprechen, sofort zum Verkauf zu schreiten und jedem Käufer ein unantastbares Eigenthumsrecht zu sichern. Im Jahre 1853 verfügte dieser Gerichtshof bereits über fast den fünften Theil der Ländereien Irlands, welche aus der Hand der im Ausland prassenden Lords in die fleißigen Hände des Volkes übergingen und so die Nahrungskraft Irlands erhöhten. Wenigstens diese Folge angeregt hatte Smith-O'Brien. Die Herzlosigkeit der

englischen Geldaristokratie hatte Smith's Antrag, so wohl begründet er war, zu Anfang des Jahres 1847 belacht und abgelehnt; aber sie that das später, weil sie, wenige Wochen darauf, Irland gegenüber nicht mehr lachte.

Hunger, Seuchen, Verzweiflung, Aufruhr, Raub- und Mordthaten — das war das Gemälde, welches die Regierung selbst vor dem Parlament entrollte, als die Zustände Irlands. Aus dem Westen der Grafschaft Cork wurde gemeldet, „die Landleute sterben dort nicht mehr zu Dutzenden, sondern zu Hunderten, so daß man es ganz habe aufgeben müssen, die gesetzlich vorgeschriebene Todtenschau-Jury zu halten. Die Leichen liegen manchmal gegen eine Woche lang in den elenden Hütten oder auf den Landstraßen." — „In der Grafschaft Roscommon, so wurde von da berichtet, sind ganze Dörfer menschenleer, theils durch Aussterben, theils weil die Bewohner geflohen oder ausgewandert sind. Zu Ardmore, Tramore und Dungarvan zählte man schon über vierhundert Fälle von Hungertod." —

In Galway gab die Todtenjury fast in allen Fällen die Erklärung ab: „Wegen Hungers gestorben." Hier war es auch, wo die Geschworenen eines Todtenschaugerichts über die Leiche eines dem Hungertode verfallenen armen Weibes den Spruch fällten: „Weil Lord J. Russel und Sir Randolf Routh nicht pflichtgemäß dieser Noth in Irland vorgebeugt haben, so sind sie des absichtlichen Mordes dabei schuldig." Erst als der Todtenschaurichter diesen Spruch nicht annahm, änderten sie ihn endlich dahin ab, der Todesfall sei aus Mangel und wegen des rauhen Wetters erfolgt. Wer in Galway noch einige Heller und etwas Getreide hatte, suchte fort zu kommen; Schaaren von Bauern stürmten nach Dublin, um nach Liverpool oder Amerika überzuschiffen.

So hoch war die Noth schon gestiegen im Dezember 1846 und in den ersten Wochen des Jahres 1847. Vor den Assissen zu Kenagh in Tipperary wurde erhoben: „Kräftige Männer verschmachten vor Hunger, schwache Frauen und hülflose Kinder sinken dahin aus Mangel an Nahrung, hungernde Menschen rufen nach Brod, bis der Tod sie verstummen macht; selbst die herkömmliche Sitte bei der Beerdigung muß man umgehen, ohne Todtenkleid und ohne Sarg müssen die Unglücklichen bestattet werden."

Auch in England selbst und in Schottland wuchs die Noth noch gegen die herannahende Frühlingszeit hin. Am größten wurde sie in den Fabrikbezirken, und es zeigte sich da, daß die Fabrikarbeiter

des freien Englands, „diese Sklaven der modernen Civilisation," in Nothzeiten unendlich schlimmer daran sind, als die Leibeigenen der russischen Knute, was die Hinfristung des Lebens betrifft. In Leeds, Bristol und andern Fabrikorten Englands starben viele Hunderte hin am Typhus, größtentheils in Folge schlechter oder unzureichender Nahrung, auch in Folge der Ansteckung durch die zuströmenden Irländer. Die Seuche setzte sich aufs Meer fort: die brittischen Auswandererschiffe gleiteten über den Ocean als schwimmende Spitäler und Leichenhäuser, lebendige Leichen hinübertragend, Andere ins Meer versenkend.

Ein in England nie so dagewesener Nothstand des Handels ging mit der Volksnoth Hand in Hand und steigerte diese furchtbar. Die ganze Handelswelt war in Schrecken. Die meisten Fabriken standen völlig still oder arbeiteten nur halbe Zeit. Schaaren brodloser Arbeiter zogen als Bettler einher; und selbst die Mittelklassen litten so, daß sie sich schon von der Verarmung bedroht glaubten.

Die Ursachen der Stockung in allen Geschäftszweigen waren eine plötzlich eingetretene Geldklemme, und die in Folge der Theurung, die sich über ganz Europa ausdehnte, eingetretene plötzliche Selbstbeschränkung aller Familien; jeder kaufte nur das Unumgängliche, und so blieb unbegehrt und unverbraucht, was sonst viele Millionen Menschen beschäftigte und nährte. Die Geldklemme aber entstand theilweise dadurch, daß Hunderte von Millionen Thalern durch die ungeheuern Getreideeinfuhren aus England weg ins Ausland gingen, aber mehr noch dadurch, daß die Kapitalisten plötzlich ihre Gelder zurück hielten und sie nicht arbeiten ließen, aus Furcht.

Diese Furcht hatte einen doppelten Grund. Einmal folgten Bankerotte massenhaft auf Bankerotte; viele bisher für durchaus solid, für unerschöpflich reich an Hülfsmitteln geltende Häuser fallirten; selbst die königliche Bank von Liverpool mußte ihre Zahlungen suspendiren; weil durch den außerordentlichen Abfluß des baaren Geldes das Geld selbst theurer wurde; weil durch die im Sommer 1847 eingetretene Aussicht auf eine gute Ernte die maßlosen Spekulationen manches Hauses einen schweren Stoß erlitten; weil der Eisenbahnaktienschwindel schon seit länger ungeheure Summen dem sonstigen Verkehr entzogen hatte; weil Verschwendung und Schwindel längst manches Haus und Geschäft hinfällig gemacht hatten, die jetzt, unter dem Hereinbruch der neuesten Verhältnisse, über Nacht umfielen.

Zu der dadurch erzeugten Furcht der Kapitalisten gesellte sich eine zweite Furcht, die vor einer sozialen Revolution.

Las der Kapitalist in den Zeitungen der besitzenden Bourgeoisie Schreckensworte, wie „das Reich könne schon in diesem Jahre in die Gefahr des Untergangs kommen“*: so erschauderte er vor der Gereiztheit der unruhigen brodlosen Arbeiterhaufen in seiner nächsten Nähe und noch mehr vor dem, was drüben in Irland geschah. Die Einstellung der Arbeiten an den im Bau begriffenen Eisenbahnen, eine Folge des Geldmangels, vermehrte die Brodlosen in England, Schottland und Irland.

Sehr verschieden war das Benehmen der Reichen in dieser allgemeinen Nothzeit des Volkes. Schöne Beispiele von Gutsbesitzern in großer Zahl gab es in Irland, welche den hülflosen Pachtfamilien, die auf ihren Ländereien saßen „in gänzlicher Erschlaffung und Willenlosigkeit, als hätten sie sich hingelegt, um zu sterben,“ durch Bewilligung freier Ueberfahrt und einer Geldunterstützung bei der Ankunft in Amerika zur Auswanderung behülflich waren. Einige Gutsbesitzer, wenige zusammen, besorgten so die Ueberfahrt von nahezu achttausend Köpfen nach Canada auf ihre Kosten. —

Ein Gegenstück zu diesem praktischen Christenthum bildet die sittlich-religiöse Heuchelei einer Reihe bigotter, protestantisch-kirchlicher Herzoge, Marquis und anderer edler Herren. Diese erklärten im Morning Chronikle: Wir, die Unterzeichneten, tief ergriffen von der Noth, welche aus Mangel an den nothwendigen Nahrungsmitteln unter einer großen Anzahl unserer Landsleute in Großbritannien und Irland herrscht, und da wir die Lebensmittelpreise noch steigen sehen, halten es für unsere Schuldigkeit, uns zu verpflichten, in unsern Familien, so weit es sein kann, den Verbrauch von Brod und Mehl zu vermindern, und wir laden alle zur Theilnahme daran ein, welche mit uns in Beurtheilung der gegenwärtigen Bedrängniß übereinstimmen.“ — —

Zu gleicher Zeit, mitten in dem großen Elend des Volkes, gingen Zeichnungen für den Vorkämpfer der Bourgeoisieinteressen, Cobden, von Seiten der Geschäftsleute fort; 90,000 Pfund fielen ihm so zu; keine Zeitung brachte eine Zeile, daß er etwas davon an das Volk abgegeben habe, dessen Leiden zu lindern. Er reiste damit in diesem Sommer noch durch Europa, lobte klüglich in allen Ländern des Festlandes ihr Fabrikwesen als vortrefflich, nicht nur das deutsche, sondern selbst das russische; man fand sich sehr geschmeichelt, blieb in Deutsch-

* So in den Manchester Times.

land, Oesterreich und Rußland beim Alten, und Cobden machte für England gute Geschäfte. —

Der Banquier Spooner von Birmingham sagte im Parlament, „die Hungersnoth in Irland sei eine Strafe Gottes wegen der Zunahme des Papstthums in jenem Lande.“ — In Irland kamen selbst während dieser Jammerzeit Beispiele vor, daß reiche, große Grundbesitzer zahlungsunfähige Miether und Pächter mit Gewalt von Haus und Hof jagten und im Winter dem Hungertod in die Arme treiben ließen. — Ein Armer sprach einen Grundbesitzer um eine Unterstützung an. „Friß Gras!“ antwortete der edle Herr. Ein paar Stunden darauf lag der Bettelnde an der Straße, Hungers gestorben.

Kein englisches Blatt wagte diese Thatsachen als unwahr oder nur als übertrieben zu erklären. Diese Thatsachen aber brachten es zum Ausbruche eines förmlichen Krieges zwischen dem hungernden, mißhandelten Volk und den Grundbesitzern. Dem Hohne der Besitzenden entsprach die Wuth der Verhöhnten. Eine Art „Fehme,“ ein vielgliederiger Geheimbund gegen wirkliche, aber auch öfters gegen vorgebliche Ungerechtigkeit, mit manchem Ultrapatriotischen und Uebernationalen aus der niederen Geistlichkeit im Bunde, zog sich durch ganz Irland unter verschiedenen Namen. Am hellen Tage, nicht nur in der Nacht, traf das mörderische Messer oder Blei verfehmte Gutsherren. Listen der dem Verderben Geweihten hatte die Fehme angelegt. Hunderte von Grundbesitzersfamilien flüchteten sich nach Dublin oder England, um ihr nacktes Leben zu retten.

Die englischen Blätter* behaupteten, „die katholischen Priester denunziren die mißfälligen Gutsherren, und seien diese ermordet, so geben sie den Mördern Absolution.“ Fast nie konnten die Behörden der Letztern habhaft werden, jeder fürchtete die Rache der Fehme, oder hielt es innerlich mit derselben. Der Spruch der Geschworenen des Todtenschaugerichts lautete meist gleichförmig dumpf: „Mord von unbekannter Hand.“

Die Fehme strafte aber mit Zerstörung des Eigenthums oder mit dem Tode nur solche, welche erwiesen ruchlos am Volke gehandelt hatten, oder den geheimnißvollen Machtsprüchen der Fehme Widerstand entgegensetzten, Gutsherren, die, den an sie gesandten Drohbriefen zum Trotz, den Pachtzins erbarmungslos eintrieben oder die Pächter ins Elend jagten; größere loyale Pächter, die, trotz der Warnung der Fehme, Geld aus dem Lande schickten, d. h. den Pachtzins

* Voran der Spektator, ihm nach Hunderte.

an die Gutsbesitzer zahlten, und die hohe „Armensteuer" von den Armen selbst erpreßten, die leider gesetzlich davon mitbetroffen waren.

Das waren die Früchte der vielen und langen Sünden nicht bloß der großen Grundbesitzer, sondern Englands an Irland, der fortwährenden Ungeneigtheit der Regierung einerseits, dem Lande durch großartige und nachhaltige Unterstützungsmaßregeln aufzuhelfen, und des Widerstands der großen Grundbesitzer, zu stärkerer Mitleidenschaft an den Lasten und Leistungen sich herbei ziehen zu lassen. Spott und Zorn übergoßen in den Blättern der Geldaristokratie den durch Glücksgüter und Stellung im Leben gleich unabhängigen Feargus O'Connor, den Führer der Chartisten.

8. Feargus O'Connor. Tod O'Connel's.

Feargus O'Connor, den Mann, welchem das Herz warm für das Volk, d. h. für die untern Klassen, schlug, der es sonst so gut haben mochte und so gern in der höheren Gesellschaft gesehen worden wäre, wie einst Tiberius Gracchus, nannten die Geldaristokraten und ihre bezahlten Federn einen „phantastischen Kopf," weil er die Befreiung des Bodens durch ein energisches Gesetz als das für die Volksvereinigungen zu erreichende Ziel bezeichnete und laut durch England das Wort verkündete: „so viel Grund und Boden müsse Jeder besitzen, daß er sich mit seiner Hände Arbeit darauf nähren könne, und diese neugeschaffenen Grundbesitzer werden dann die sicherste Grundlage der Demokratie bilden."

Feargus O'Connor war, wie der „große Dan," von Geburt ein Irländer, aber ein Grundbesitzer und Protestant, in England erzogen, und englischer Advokat. Er vereinfachte die Forderungen der Volkskarte, und unter ihm trat das arbeitende Volk mächtig wieder aus dem Hintergrunde hervor, in welchen es nach der verunglückten Bewegung von 1841 zurückgedrängt worden war.

Das Bild dieses Mannes ist in Wahrheit ein anderes, als man es sich gewöhnlich macht: der Hochkirche, der Geldaristokratie und der Mehrheit der Altadeligen gegenüber gehört O'Connor, gerade weil er schon seinem Namen nach zu den Letzteren zählt, zu denen, welche von diesen drei Parteien systematisch verfolgt werden, so lange es diese Parteien geben wird, und dieselben suchen ihnen die Dornenkrone aufzudrücken, ja sie selbst und die Bestrebungen ihrer selbstaufopfernden

Liebe für die Armen und Gedrückten in das Licht des Lächerlichen zu setzen.

Besonders in der politischen Entwicklungsgeschichte Englands ist Alles mit großer Vorsicht aufzunehmen, was die englische Presse und die deutsche von englischem Gold oft genug bestochene oder unentgeltlich bediente Presse über Männer bringen, welche großherzig genug sind, für die untersten Klassen des Volkes, die Arbeiter, zu sprechen und zu handeln, heißen diese nun Robert Peel, Duncombe oder O'Connor.

Duncombe gründete in diesen Tagen eine „Nationalassociation der vereinigten Arbeiter zum Schutz für die Industrie." Das Proletariat, fast ganz auf seine eigenen Kräfte angewiesen, suchte diese auch zur Agitation für seine Interessen zu benützen. So oft hatte das Parlament den Antrag Fieldings verworfen, die Arbeitszeit in den Fabriken für Weiber und junge Leute unter sechzehn Jahren auf zehn Stunden herab zu setzen; endlich erlangten die Arbeiter von der Bourgeoisie die Annahme des Antrags, nur daß das Parlament elf Stunden statt zehn festsetzte und damit der unmenschlichen Ausnützung der Arbeitskräfte des Volkes durch die Fabrikbesitzer eine Schranke zog.

O'Connor drängte auch auf die Abschaffung des Wahlbestechungssystems und der Stimmenkäuflichkeit, einen Krebsschaden, der bis heute an der Ehre und an dem Wohl Englands frißt; er verlangte neben allgemeinem Stimmrecht geheime Abstimmungen, um Bestechung und Einschüchterung unwirksam zu machen; Aufhebung des Gesetzes, nach welchem Wähler und Wählbare einen Nachweis ihres Besitzes zu führen haben, weil das Gehirn und der Verstand nicht mit dem Reichthum zu- oder abnehme; Taggelder für die Volksvertreter, weil der Arme sonst niemals im Parlament sitzen könnte; und endlich gleiche Eintheilung der Wahlbezirke, zur Verhütung des Einflusses persönlicher oder örtlicher Interessen. —

Wenigstens „phantastisch" waren diese Forderungen nicht, sondern sehr aus dem Verstand geschöpfte Realpolitik; wenn auch zunächst in England nicht erreichbar, doch der Art, daß die Zukunft sie gewähren muß, in ihren wesentlichsten Punkten. Die Chartisten setzten bei der Neuwahl des Parlaments im Sommer 1847 mehrere ihrer Kandidaten durch, nicht bloß ihren Führer O'Connor, welcher in Nottingham neben dem Besitzer der Times, dem Geldaristokraten Walter, gewählt wurde. Die Chartisten sind die Demokratie Englands.

In weiter Ferne von den blutenden Wunden und dem Blutvergießen Irlands, dem er sein ganzes Leben gewidmet und geopfert hatte, starb im Frühjahr 1847 Daniel O'Connel.

Die ungeheuern Anstrengungen hatten des gealterten Agitators sonst so mächtige Gesundheit tief erschüttert, und ein schmerzhaftes Kopfleiden desselben veranlaßte die Aerzte, ihn nach Italiens Himmel zu weisen. Am 7. Mai langte er in Genua an, am 15. war er daselbst eine Leiche. „Der Tod überraschte ihn nicht, er hatte sich längst mit dem Gedanken an sein Ende vertraut gemacht und sehnte dessen Ankunft fast herbei. Als dieser gewaltige Geist seiner Hülle entfloh, war so wenig eine Spur oder ein Zeichen von Schmerz oder Kampf sichtbar, als bei dem Säugling, wenn er an der Mutter Brust lächelnd in Schlummer sinkt."*

Ließ im Tode ganz England ihm Gerechtigkeit widerfahren: so betrauerte das irische Volk ihn tief und ernst. Am 5. August fand in Dublin seine Leichenfeier statt, eine beispiellos imposante Kundgabe des Volksgefühls. Alles wirkte mit, dem „Helden Irlands," wie es „noch keinen unter seinen Söhnen gesehen," die letzte Ehre zu erweisen. Der Trauerzug dehnte sich auf einer zwei Stunden langen Strecke aus. Von allen bedeutenden Orten Irlands waren Vertreter der allgemeinen Landestrauer erschienen, und die Menge, welche der Todtenfeier zuströmte, wurde auf eine halbe Million Menschen geschätzt.

Sein ältester Sohn, John O'Connel, an seiner Statt ins Parlament gewählt, erklärte in Dublin, „eher auf der Schwelle des Parlaments zu sterben, als daß er zugäbe, daß eine Waffenbill gegen Irland angenommen werde vor Ordnung der Verhältnisse des Volkes zu den Grundbesitzern."

Weder er noch sonst Jemand vermochte den „großen Dan" zu ersetzen und das von ihm bis dahin gebrachte Werk weiter zu führen. Aber Englands Vortheil selbst — das war durch die letzten Erfahrungen aufgedeckt — erheischte die Ordnung der Verhältnisse des irischen Volkes zu den reichen Grundbesitzern nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, umfassende Zugeständnisse und Maßregeln, geeignet, der Wiederkehr wie dem Fortgang der die gesellschaftliche Ordnung Irlands auflösenden Ereignisse vorzubeugen.

Zunächst freilich mußte die Gesetzlosigkeit durch ein Ausnahmegesetz unterdrückt werden, das vom Unterhaus und Oberhaus schnell

* Aus der „Times": Schilderung der letzten Stunden O'Connel's.

angenommen wurde. Die „Repealbewegung" verschwand nach und nach, die Volksbestrebungen in Irland gaben ihre speciell irländische Färbung auf, und verloren sich in dem allgemeinenen social-demokratischen Verein, welcher sich über das ganze Königreich von Großbritannien und Irland erstreckte, seine Organe in der Presse besaß, und durch einen aus kräftigen Männern, den Leitern der Partei der Volkskarte, bestehenden Ausschuß nach allen Seiten vertreten war. Am 18. Oktober 1847, an demselben Tag, an welchem das neugewählte Parlament in London zusammentrat, hielten die Abgeordneten der Arbeiter aus sechsundzwanzig Fabrikbezirken zu Manchester ein Parlament im Kleinen.

Mit Erstaunen sah die Aristokratie an den Rednern dieses Arbeiterparlaments „einen außerordentlichen parlamentarischen Takt und eine tiefe Einsicht in die Verhältnisse der Arbeit zum Kapital, der arbeitenden zu der arbeitgebenden Klasse und in die zunächst liegenden national-ökonomischen Fragen; sie belegten ihre Behauptungen durch genaue statistische Nachweise, und die Verhandlungen waren in hohem Grade anziehend." — Eine Abordnung ging nach der Hauptstadt mit dem Auftrage, der Regierung den Nothstand der Baumwollendistrikte, wo das Elend einen unglaublichen Grad erreicht hatte, vorzustellen, und bei ihr auf Erleichterung des Handels und Verminderung des jetzt von der englischen Bank geforderten Diskonto zu dringen.

9. Englands fortgeschrittene Einsicht und Politik am Schluß dieser Periode. Smith-O'Briens Unglück.

Den tieferen englischen Staatsmännern entging nicht, daß in diesen Erscheinungen ein neues mächtiges Element in die gesellschaftliche und politische Entwicklung Englands sich eingeschoben hatte.

England zeigte sich überhaupt am Schlusse des Jahres 1847 auf ganz neue Bahnen gedrängt und gewiesen. Es hatte die allgemeine Noth den Menschen dem Menschen näher geführt. War die Menschenwürde, welche von der mit dem Eigennutz des Kaufmannsgeistes und der unchristlichen Hartherzigkeit des Geburtsdünkels so oft vermählten religiösen Heuchelei Jahrhunderte lang tausendfach verletzt worden, so hatte sie auch im Geringsten der Brüder zu

achten und zu berücksichtigen, die Gefahr manchen Geld- und Geburtsaristokraten gelehrt; es hatten die „Zeichen der Zeit," die auf so vielen Punkten des Reichs gleichzeitig aus der Tiefe emporstiegen, und von denen die ganze Gesellschaft mit Auflösung, theilweise mit Untergang bedroht schien, sich nicht als Gespenster, wie man sonst wohl oft gesagt hatte, nicht als Ausgeburten der Furchtsamkeit und der aufgeregten Einbildungskraft Einzelner sich ausgewiesen, sondern als schreckliche Wirklichkeit sich bethätigt.

Sie hatten manchen Kopf und manches Herz zum Eingehen in sich selbst genöthigt, und zum bußfertigen Geständniß, daß manches faul sei im Staate England, daß manche Umbildung in Personen und Einrichtungen, in Anschauungen und Verhältnissen des Lebens und des Staatswesens eine Nothwendigkeit sei. Die Einsicht fing an sich Bahn zu brechen, daß das nicht als Religion und Christenthum gelten könne, wenn England mit berechnender Politik die Bibel unter den Wilden Amerikas und unter den Heiden Asiens verbreite, und gleichzeitig zu Hause bei sich gegen Millionen der eigenen christlichen Brüder die ersten und vornehmsten Pflichten versäume, welche die Bibel auferlegt; daß die, welche mit der Bekehrung und Sittigung ferner Welttheile sich beschäftigten, vor Allem an der eigenen Bekehrung und Sittigung zu arbeiten, und erst der Christuslehre gemäß zu werden, zu denken und zu handeln nöthig haben.

In diesem Jahre noch legte Russel eine Bill für Abschaffung aller bürgerlichen und politischen Beschränkungen, welche noch auf den israelitischen Unterthanen des Reiches lasten, dem Parlamente vor. Die City von London hatte einen Juden, den großen Geldmann der Welt, den Baron Rothschild, als einen ihrer Vertreter ins Parlament gewählt. Schritt auf Schritt war eine Reihe der früheren Beschränkungen aufgehoben worden, welche noch die Gläubigen des mosaischen Bekenntnisses, von denen sich viele längst innerlich emancipirt hatten, im Staate beengten. Es fehlte nichts mehr, als die Zulassung der Juden ins Parlament. Das Unterhaus nahm die Bill an mit 253 gegen 186 Stimmen, das Oberhaus aber verwarf sie. Russel hatte die Ausschließung der Juden nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern auch eine Entehrung genannt. Jener Robert Inglis aber hatte erwidert: „wenn die Ausschließung aus dem Parlament eine Entehrung in sich schließe, so seien gar manche Klassen in England entehrt." Indem er darauf anspielte, daß bis jetzt Niemand im Parlament sitzen konnte, der nicht bis 600 Pfd.

Sterling jährliches Einkommen nachwies, hatte der hochkirchliche Herr zwar nicht daran gedacht, die Berechtigung auch derer auszusprechen, auf die er hindeutete; aber eine schlagende Wahrheit hatte er gesagt, die eine Weissagung in sich schloß, ohne daß er die Bedeutung seines eigenen Worts ahnte.

Als im Frühling 1848 auf vielen Stellen die Revolution ausbrach, vermochte der Geist der freien Einrichtungen Englands, daß die große Bewegung der Volkskarte nicht weiter ging, als daß die Chartistenführer eine Petition um Verwirklichung der Volkskarte, mit nahe zwei Millionen nach genauer Untersuchung als ächt erfundener Unterschriften bedeckt, in gewöhnlicher Weise dem Parlament übergaben und ihr Riesenmeeting in Kennington Kommon, nahe bei London abhielten, am 10. April 1848. Zwar waren von der Regierung Truppen und Kanonen bereit gehalten, und mehr als hundertfünfzigtausend Londoner Einwohner hatten sich als Specialconstabler zur Aufrechthaltung der Ordnung beeidigen lassen: so sehr war man theils in Besorgniß, theils auf der Hut. Aber Alles ging vorüber in guter Ordnung, von keiner Seite wurde ein Tropfen Bluts vergossen.

Nicht wie O'Connor in England, benahm sich Smith-O'Brien in Irland.

Mit Daniel O'Connel hatten seiner Zeit, als Krieg zwischen England und Frankreich drohte, Franzosen Verbindungen anzuknüpfen gesucht; der aber hatte ihnen geantwortet, mit dem „gottlosen Frankreich" Hand in Hand zu gehen, sei er noch weniger geneigt, als mit dem verhaßten Toryministerium Englands. Smith-O'Brien dagegen reiste im März 1848 nach Paris, und suchte dort Verbindungen gegen England anzuknüpfen und von dem damaligen Minister Lamartine bewaffnete Hülfe auszuwirken; ohne Erfolg.

Dennoch ging er an das Unternehmen, Irland völlig von Engzu trennen. Er rechnete, wie so viele Andere in der Welt in jenen Tagen, mehr mit der Einbildungskraft, mit Zusagen und Sympathien, als mit dem kühlen Verstande, und mit den gegebenen Mitteln und Verhältnissen. Er schlug die Sympathien der nordamerikanischen Freistaaten für Irland zu hoch an und verwechselte amerikanische Zeitungsartikel mit der Regierung Nordamerika's. Er kannte die Art der Politiker nicht, welche in Republiken eben dieselbe vorsichtige und selbstsüchtige Staatsklugheit ist, wie in Monarchien, und welche thätig nur dann Theil nimmt, wenn ein Unternehmen schon so weit sich selbst vorgerückt ist, daß die Aussicht auf Erfolg ein sichere

ist. So weit aber den Kampf für sich allein zu führen und zu verlängern, fehlten dem „Jungen Irland" die Mittel.

Die Verzweiflung eines ausgehungerten und von Seuchen abgematteten Volkes ist ein schlechter Bundesgenosse im Kampfe gegen eine mit allen Mitteln versehene Weltmacht, und O'Connel's beste Verbündeten gingen Smith-O'Brien ab, die katholische Geistlichkeit, da er Protestant und sogar als Freigeist verrufen war. Die Rechnung auf die englischen Radikalen und die Chartisten, auf die Demokratie Großbritanniens, auf deren Macht im Land und im Heere, auf eine Diversion in England durch eine Volksbewegung und auf den Abfall der englischen Soldaten in Irland — war eine unsichere Rechnung, auf welche man ein solches Wagniß nicht bauen konnte.

Ehe die revolutionäre Bewegung Gestalt und Zusammenhang zu gewinnen vermochte, hatten große militärische Vorkehrungen der Regierung und Ausnahmegesetze schon Ausgangs Juli 1848 die Sache, die unter Umständen bedrohlich hätte werden können, beendet, da und dort Führer verhaftet, und Smith-O'Brien und seine Haufen in die Berge versprengt. Bald darauf gefangen, zum Tode verurtheilt und des Galgens gewärtig, sah der junge Feuerkopf mit zu später Reue die Verirrung seiner einseitigen Heimathliebe ein, und das Mißverhältniß seiner eigenen Befähigung und der gegebenen Mittel zu dem, was er gewollt hatte, und zur Macht des Bestehenden. Die Energie seiner jungen Gattin, die ihn jedoch selbst auch mit vorzüglich vorwärts getrieben hatte, und ihre Schritte in London, so wie das politische Interesse des Ministeriums retteten ihn, den Abgeordneten Irlands für das Parlament, vom Schaffot: begnadigt von der Königin Viktoria, wurde er mit den andern gefangenen Führern deportirt. Unvergessen seien die Versuche der Liebe und Treue seiner Frau, im fernen Ocean dem deportirten Gatten zur Flucht und zur Freiheit zu helfen. Er wurde später begnadigt.

England vermochte es, in dieser schwierigsten Zeit auch über alle finanziellen Verlegenheiten glücklich hinüber zu kommen; und im gleichen Jahre hob es die bisher bestandenen „Navigationsgesetze" auf: am 15. Mai legte Labouchere, Präsident des Handelsstandes, im Namen der Regierung im Parlamente den Antrag vor, „mit Ausnahme der Fischerei und des Küstenhandels in Großbritannien sowohl, als in den Kolonien, sollen alle Häfen des Reiches den Schiffen aller Nationen eröffnet werden, mit Vorbehalt für die Regierung, denjenigen Staaten, welche England nicht auf gleichem Fuße behandeln würden, Einschrän-

kungen aufzulegen; ja selbst ihren Küstenhandel frei zu geben, wofern die Regierung einwillige, solle den Kolonien gestattet sein."

Durch ein anderes Gesetz trat die protestantische Regierung Englands zum erstenmal in diplomatische Verbindung mit dem Papste, und Großbritanniens Botschafter nahm seinen Sitz in Rom, nachdem drei Jahrhunderte lang, namentlich seit den von katholischer Seite wiederholt versuchten Verschwörungen und Aufständen gegen die protestantische Krone Englands, jede Verbindung im Geistlichen und Weltlichen mit dem päpstlichen Stuhle durch mit schwerer Strafe den Uebertreter bedrohende Gesetze für jeden Unterthan des gesammten Reiches England verboten war. Auch das war ein Fortschritt, ein Sieg des vernünftigen Christenthums über den Fanatismus der Bigotten nach verbittertem Kampfe im Unter- und Oberhaus, ein Triumph des Zeitgemäßen über das unzeitgemäß Gewordene.

Wir können damit die besondere Geschichte Englands zunächst abschließen. Seine äußere Geschichte von da an ist mit der Geschichte der europäischen Mächte verwebt und England wird handelnd und leidend dort hervortreten.

Gerettet aus dem Sturm der Zeit, der das ganze Festland erschütterte und seine letzten ermatteten Wogen über England, Schottland und Irland hintrieb, ohne daß sie schaden konnten, hat dieser große Inselstaat, der selbstsüchtigste auf der Welt, aber durch die Freiheit groß geworden, theilnahmlos am Wohl anderer Länder, aber in Bezug auf innere Ausgleichung lobenswerth vor allen andern Ländern, der Welt sich als großer lebendiger Beweis hingestellt dafür, was der Segen der Freiheit im stillen Fortwirken der Jahrhunderte vermöge.

Die Gesammtheit des englischen Staates hat sich im Ganzen unendlich mehr gesund erwiesen und darum die Krankheitskrise ohne Vergleich leichter überstanden, als alle civilisirten Staaten Europas: an der sittlichen und geistigen Bildung, welche von der Freiheit Englands groß gezogen worden war, und an der Festigkeit und Tiefe der Einwurzelung, welche den englischen Gesetzen und Staatseinrichtungen eigen ist überall, in allen Gesellschaftsschichten des Reiches, brach sich, was anderswo entweder umwarf oder wenigstens zerrüttete.

Von da an schreitet England auf dem Wege der Reform vorwärts, weil der höchstgeborene Tory, wenn er sieht, daß es sich anders nicht mehr thut, mehr Sinn und Auge für das Nationalwohl Großbritanniens hat und zu unendlich größeren Opfern an alten Rechten und an Geld stets bereit ist, als in Deutschland der libe-

rale Bourgeois im Durchschnitt, geschweige der Junker oder gar der Standesherr.

Wie viel ist seit 1840 in England auf gesetzlichem Wege gewonnen worden an politischer, religiöser, gewerblicher und Handelsfreiheit einerseits, und wie viel ist von den Bevorrechteten an den Geist und das Bedürfniß der Zeit hingegeben worden andererseits! In England ist man durch Theorie und Praxis zu gebildet, um nicht, was zeitgemäß geworden ist, an die Zeit einzuräumen, ehe es mit den Waffen gefordert wird, und nach vielem Blut- und Geldverlust zuletzt doch eingeräumt werden muß. Dadurch unterscheidet sich das germanische England, wie von Deutschland, so besonders von Frankreich.

XIV. Frankreich.

1. Ueberblick der französischen Gesammtzustände unter Louis Philipp in den letzten acht Jahren: Sittliche und politische Verkommenheit. Die Parteien.

Zur Fortdauer der kranken Zustände der deutschen Nation aber trug ungemein viel bei, daß selbst im neunzehnten Jahrhundert der nach Heilung ringende Deutsche viel mehr nach Frankreich sah, als nach England. Von Zeit zu Zeit aufgeregt sein und Lärm in der Welt machen, ist französische Art; ruhig sich entwickeln und fortschreiten, auf dem Wege gesetzlicher Freiheit den Staat um- und weiter bilden, ist englische Art.

Das französische Volk hatte sich unter der Hand Louis Philipps zu dessen Füßen gelegt, zuerst gestreichelt, dann zahmer gemacht, zuletzt bemaulkorbt.

Fast die ganze Theilnahme Frankreichs verschlangen Privatgeschichten, Giftmischereien schöner vornehmer Damen, Vatermorde, Verbrechen und Aergernisse, welche durch die Art, wie sie begangen wurden und wie sich die Verbrecher vor Gericht benahmen, unerhört waren. Graf Molé sagte es selbst seiner Nation ins Angesicht, vom alten französischen Geiste sei nichts übrig geblieben, nichts Thatenreiches,

kräftig Durchgreifendes. Das französische Volk war sich nicht mehr gleich; die frühere Denkart, die frühere Sitte war dahin; Alles war umgewandelt. Die letzten Jahre hatten ganz neue Menschen und eine ganz neue Gesellschaft in Frankreich hervorgebracht, obgleich die alten Namen noch gehört wurden und die alten Parteifahnen aufgesteckt zu sehen waren.

Die Legitimisten, d. h. die guten alten Rococco-Familien, hatten ihre frühere Rührigkeit verloren, obgleich sie noch immer alles Glück von den seit der Revolution von 1830 vertriebenen Lilien erwarteten, von dem im Ausland erzogenen Heinrich V., dem Sohne der Herzogin von Berry.

Zwar hatten die klügsten Führer dieser zusammengeschmolzenen Partei, der große Advokat Berryer und der stets edel gesinnte Lieblingsdichter Frankreichs, Chateaubriand, den fünften Heinrich im Ausland beaugenscheinigt, und sich überzeugt, daß von diesem Ableger der alten Lilien, seiner innerlichen und äußerlichen Beschaffenheit nach, nichts zu erwarten sei für Frankreichs Zukunft, ja daß er dem französischen Volke, d. h. den alten Anhängern des vertriebenen Königshauses, nicht vorführbar sei, ohne zu riskiren, daß das Gegentheil von dem, was man beabsichtigte, der Erfolg sei.

Die Legitimisten nämlich hatten ihn in die Nähe der französischen Gränze bringen wollen, damit ihn die Franzosen besuchen, sehen und sich für ihn begeistern können; sie hatten das Bildniß des Prinzen zu verbreiten und ein paar Unteroffiziere für ihn zu bestechen versucht. Der Graf Chateaubriand, vom ältesten Adel Frankreichs, neigte sich von da an zur Republik, und schrieb öffentlich demokratisch und republikanisch.

Die jungen Herren der alten Familien aber hielten sich von Aemtern und öffentlichen Angelegenheiten fast ganz fern, weil, wie sie sagten, in den hohen und höhern Kreisen, die ihnen allein angemessen seien, es von Menschen wimmle, die sich aus dem Staub herauf gearbeitet haben, und ihre Ehre ihnen nicht erlaube, unter diesen Umständen Staatsdienste zu bekleiden; die Wahrheit war, daß sie noch immer nicht daran wollten, etwas Rechtes zu lernen, und daß sie darum der Staat zu bedeutenden Aemtern nicht brauchen konnte; weil sie selbst in der Entwicklung zurückblieben, konnte auch aus ihnen sich nichts entwickeln, am wenigsten die Erfüllung ihres Traumes von einem König Heinrich V. und von neuen goldenen Tagen für sie selbst, die mit der Rückkehr des vertriebenen Königshauses kommen werden.

Die Bonapartisten waren in Frankreich als Partei fast in nichts zusammengeschrumpft, ihr schien keine Zukunft zu blühen; Jedermann wußte, daß Frankreich für Kronansprüche irgend einer andern Familie als der an die Krone gewählten keinen Raum mehr habe, so lange die Familie Orleans nicht selbst ihr Recht ganz verscherze. Prinz Ludwig Napoleon, der nach seiner von Frankreich und Europa komisch aufgenommenen Rolle zu Boulogne am 6. August 1840, wo er im grauen Rock und kleinen dreieckigen Hute seines Oheims, einen lebendigen Adler auf der Schulter, mit beiden Händen Proklamationen für sich ausgestreut hatte, saß, zur Gefangenschaft verurtheilt, auf Schloß Ham. Dieser damals viel belachte Mann war wohl der Einzige in Frankreich, welcher unter seinen Studien in der Einsamkeit seines Gefängnisses zu Ham Zweierlei fortwährend möglich glaubte, erstens, daß Louis Philipp seine Krone verscherze, zweitens, daß den Kronansprüchen der Napoleoniden, seinen eigenen zunächst, noch ein Tag aufgehen werde.

Auch die Partei der Republikaner vom alten Schrot war klein beieinander. Die Reihen der Männer großen republikanischen Geistes hatte die letzte Zeit vollends sehr gelichtet. Die besten Kämpfer, die Ritter der Freiheit, waren begraben, oder durch Jahre und Niederlagen kraftlos und entmuthigt. Nur noch eine kleine Zahl thatkräftiger Männer dieser Farbe ragte hoch über die gewöhnliche Masse empor. Unabhängigkeit, Sittenstrenge, aufopfernde Liebe und Begeisterung, welche die Republikaner einst auszeichneten, waren selten unter ihnen geworden, und ihre Hauptstärke fand sich nur noch unter den Arbeitern und in der studirenden Jugend. Einer der edelsten Freunde der Volksfreiheit, Jakob Lafitte, Frankreichs größter und Europa's großherzigster Bankier, früher einmal Minister-Präsident und vieljähriger Abgeordneter, ward am 30. Mai 1844 zu Grabe getragen. Alle guten Franzosen gingen hinter seinem Leichenwagen her, zwar nicht alle mit den Füßen, aber mit Gedanken und Herzen, mit Dank und Gebet.

2. Laffitte's Leichenbegängniß. Die „politischen Träumereien“ des Gefangenen zu Ham.

Laffitte war es hauptsächlich, der im Jahre 1830 dem Herzoge von Orleans, Louis Philipp, auf den Thron half. Man sagte, der Tod des edeln Mannes habe dem durch ihn geschaffenen Könige recht

leicht um die Brust gemacht. Laffitte's Dasein war ein steter Vorwurf dem Könige gewesen, der nicht einhielt, was er jenem und seinen Freunden vor der Thronbesteigung versprochen hatte.

Der lebende Laffitte war für Louis Philipp beunruhigend; er war das mahnende Gewissen, das außer ihm war und ihm gegenüber trat. Noch nicht einmal durch den Tod desselben wurde dem König die Brust recht leicht gemacht; erst, als das Grab über dem Todten fest geschlossen war. Denn so lange der Sarg hinausgeführt wurde, athmete der König noch nicht leicht. Das bewiesen die militärischen Vorsichtsmaßregeln bei der Leiche, die über alle Maßen waren, die Municipalgarde, die Dragoner- und Linienregimenter, die Husaren, die Artillerie und die Kanonen. Das war alles förmlich zu Kampf und Krieg gerüstet, aus Furcht vor einer Volksbewegung bei der Leiche Laffitte's, des Bürgers, weil der ehemalige „Bürgerkönig" Louis Philipp — metternichisch und ein König der „heiligen Allianz" geworden war. In den offiziellen Zeitungen des Hofes aber wurde gesagt, diese außerordentliche militärische Machtentfaltung sei zu „Ehren" des Todten gewesen, ein Beitrag zu seiner würdigen Leichenfeier.

Es war eine Furcht nicht sowohl vor der republikanischen Partei, als vor dem Volk überhaupt, hervorgegangen nicht aus besondern Gährungsanzeichen — denn diese waren in gefahrdrohender Art nicht vorhanden —, sondern aus bösem Gewissen des Hofes.

Die Enthüllungen aus dem Jahre 1848 haben dargethan, klar wie der Tag, an wie kleinen und unbedeutenden revolutionären Kräften und Mitteln der Julithron umfiel. Die Republikaner der Vierziger Jahre waren nicht dazu angethan, um irgend einer Herrscherfamilie gefährlich zu sein, so lange diese „Wort hielt", und Frankreichs Aufgabe, seine Entwicklung zur ächten gesetzlichen Freiheit, nicht gröblich anfeindete und reaktionär gegen diese wurde.

Republiken gehen unter, wenn die republikanischen Tugenden nicht mehr sind. Republiken aufbauen zu wollen, ohne republikanische Grundsätze und Sitten, ohne Selbstverläugnung und Vaterlandsliebe, ist überhaupt Thorheit, besonders aber bei Zuständen, wie die der französischen Nation waren und sind.

Der Gefangene zu Ham, Louis Napoleon, hatte zu Anfang der dreißiger Jahre Frankreich ganz richtig beurtheilt. Damals Thurgauer Bürger auf seinem Schloß Arenenberg am Bodensee und schweizerischer freiwilliger Offizier der Artillerie, hatte er in seiner Schrift „Politische Träumereien" erklärt, die „reine und einfache Republik"

sei für Frankreich nicht geeignet; die monarchische Regierungsform würde dem Lande mehr Bürgschaften der Ruhe, der Kraft und der Freiheit geben." Aber die monarchische Form müsse von der „Volkssouverainetät" getragen werden; eine „Republik" mit einem „verfassungsmäßigen Kaiser" an der Spitze sei das für Frankreich Passende. Das Volk im Besitz des allgemeinen Stimmrechts müsse „zwei Kammern und einen Kaiser delegiren," die „lebenslänglichen und unabsetzbaren" Mitglieder des Senates vorschlagen, die Kammer der Volkstribunen wählen, und jedesmal beim Thronwechsel den Kaiser sanktioniren. Falls das souveräne Volk, kraft seines allgemeinen Stimmrechts, die Sanktion verweigere, so haben die Kammern einen Andern zum Kaiser vorzuschlagen.

Der, welcher diese „politischen Träumereien" damals in die Welt hinaus schrieb, dünkte während seiner Gefangenschaft zu Ham und nach seiner Flucht aus derselben dem bereits von allen europäischen Mächten geliebkosten Wahlkönig Louis Philipp ein — ungefährlicher Träumer.

Dieser aber hatte nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt das Gefühl, für Frankreich Napoleon III. zu sein, und der Träumer rechnete besser und beurtheilte besser Frankreichs Zustände und Zukunft, als der trockene, phantasielose Louis Philipp. Dieser, der bloße Verstandesmensch, steht heutzutage auf der Wage des Geistes gewogen gering gegen den Mann des Schicksals, welcher von einem unwiderstehlichen höheren Verhängniß getrieben wurde und Prophet war, den man zuerst verlachte und vor dem man nach der Erfüllung sich beugte.

3. Bourgeoisie. Staatsdiener. Königsmörder.

Besonders richtig beurtheilte Louis Napoleon auch den nothwendigen Ausgang der orleanischen Politik und den Charakter der Franzosen, wie er in dieser Zeit geworden war.

Der höchste Grundsatz der Mehrheit war Geld. Geld, Geld! Leib und Ehre, Seele und Seligkeit für Geld! das war die gemeine Losung. Die ungeheure Masse, welche sich mit dieser Gesinnung zwischen die Legitimisten und Republikaner gelegt hatte, zerfiel nur in zwei Klassen, einerseits in die Bourgeoisie, die unter Louis Philipp eine Hauptrolle spielte, d. h. in die kleineren und größeren Bürger des Gewerbs und Handels, andererseits in die Anhängsel, die Maschinen der oft wechselnden Ministerien. Beide hatten aus der gröbsten

Sinnen- und Weltlust, der sie sich ganz ergeben hatten, sich eine Art Weltweisheit herausgemacht, die in den drei Worten sich zusammenfaßte: Geld, Glanz und Vergnügen! Da waren die Wohlhäbigen und die Reichen, die Krämer aller Art, die Wirthe, die Kaufleute, die Fabrikanten, die Bankiers: das geizte, das fieberte neben dem Gelde, nach Auszeichnung, nach Ehrenzeichen, nach Rang. Für sie hatte die Regierung Dekorationen: silberne, goldene Medaillen, Ordensbänder und Kreuze.

Diese Ehrenzeichen an die Einen, an Gewisse gespendet, regten Andere auf, und so verblutete bei Einem um den Andern die Bürgerehre, die Vaterlands-, die Freiheitsliebe, der Sinn für des Volkes Rechte an der königlichen Angel, die mit Dekorationen lockte. Bandwurm und Kreuzschmerzen, sagte einst ein Deutscher, seien schlimme politische Uebel: Louis Philipp meinte, es seien nützliche Impfkrankheiten, und er wußte sie für sich zu benützen.

Noch leichteres Spiel hatte er mit den meisten Staatsdienern. Das eilte alles, sich zu besacken, sich zu bereichern, sich empor zu arbeiten. Denn jeder Sturz eines Ministeriums riß viele Tausende von höheren und niederen Angestellten mit sich nach, und je öfter der Ministerwechsel, je kürzer möglicherweise die Dauer der Anstellung war, desto mehr glaubte man eilen zu müssen, seine Stelle möglichst in der Kürze für sich auszubeuten. Da drückte das Ministerium mit leichtem Finger auf Tausende von unter ihm Stehenden, und sie bewegten sich nach seinem Willen auf und ab, herüber und hinüber.

Seit dem 27. Dezember 1836, an welchem der zweiundzwanzigjährige Meunier den letzten Mordversuch an Louis Philipp gemacht hatte, waren Jahre hingegangen, und es schien, vor den Königsmördern habe sich Louis Philipp auch nicht mehr zu fürchten. Der Wahnsinn, der da wähnte, als könne durch einen Schuß in das Leben eines Einzigen, durch Meuchelmord, die ganze Zeit geändert und gebessert werden, schien in Frankreich aufgehört zu haben. Selbst für die Eitelkeit, sagte man sich, böte, wenn auch einer noch so etwas aus Sucht, Aufsehen zu machen, versuchen wollte, ein derartiges verbrecherisches Unternehmen keine Nahrung: die Sache ist früher zu oft schon da gewesen, als daß für einen letzten Mörder die Pariser noch zu interessiren wären.

Dennoch befleckten drei Mordangriffe auf den König auch noch die letzten acht Jahre der Regierung Louis Philipps. Am 17. Oktober 1840 wurde auf den König auf dem Pont de la Concorde,

als er nach St. Cloud fahren wollte, wieder einmal geschossen. Darmès, der ergriffene Thäter, dessen Kugel aber, wie die der früheren Meuchelmörder, gefehlt hatte, erklärte, er habe in Louis Philipp die Welt „vom größten Tyrannen des Alterthums und der Neuzeit" befreien wollen. Darmès, ein Mann aus der untersten Volksklasse, war ohne Mitschuldige, und seine geistige Vernachlässigung wie sein wirrer, politischer Fanatismus machten seine Zurechnungsfähigkeit zweifelhaft. Sechs Monate lang untersuchte die Regierung auf Mitschuldige, ohne eine Spur zu finden; dann wurde Darmès hingerichtet.

Am 13. Sept. 1841 wurde in der Vorstadt St. Antoine auf die Söhne des Königs geschossen. Der Thäter, ein Arbeiter Namens Quenisset, wurde scharf auf Mitschuldige inquirirt, und ihm die Nennung mehrer Arbeiter und Handwerksgesellen abgenöthigt, so wie das Geständniß, sie haben sich zum Sturze des Thrones verschworen — beim Glas im Wirthshaus. —

Sechs Jahre später, am 16. April 1846 schoß ein abgesetzter königlicher Förster im Walde von Fontainebleau auf den König, der Schuß, obgleich aus doppeltem Laufe und auf wenige Schritte Entfernung, ging auch diesmal fehl, so ein guter Schütze sonst der Thäter war, welcher Lecomte hieß. Sein Beweggrund war kein politischer, sondern Rache für seine Absetzung; er wurde hingerichtet. — Ein paar Monate später, während der Julifeier, in dem Augenblick, als Louis Philipp auf dem Schloßbalkon dem Volk im Tuileriengarten sich zeigte, schoß Joseph Henry zwei Schüsse auf den König ab. Henry war ein verganteter Fabrikant, der in Folge seines Unglücks in finstere Gemüthskrankheit gefallen war. Der Pairshof überzeugte sich von seiner Unzurechnungsfähigkeit, besonders auch noch darum, weil der Kranke aus Taschenpistolen aus einer Entfernung geschossen hatte, aus welcher niemals eine Taschenpistole das Ziel treffen konnte. Er wurde als ein gefährlicher Geisteskranker zur Einsperrung verurtheilt.

Die letzteren Mordversuche waren ganz ohne politische Bedeutung; die früheren waren Verirrungen einzelner politischer Fanatiker, ohne Zusammenhang mit Parteien. Louis Philipp selbst war überzeugt, daß nicht viel vom alten Revolutionsgeist mehr übrig sei. Die Julifeste namentlich schienen das mit jedem Jahre mehr ins Licht zu setzen.

4. Herunterkommen der Julifeier. Des „Friedensnapoleons" Verhältniß zur Bourgeoisie und zu den legitimen und den absoluten Mächten.

Hoch ragte die eiserne Säule, die im Jahr 1840, als Denkmal des Sieges der Revolution und als Grabmal für die gefallenen Julikämpfer, errichtet worden war und in ihrem Fuß die gesammelten Gebeine derselben einschloß.

Schon bei der Einweihung war nicht ein einziges Mitglied der königlichen Familie anwesend gewesen; aber Louis Philipp sorgte jedes Jahr dafür, daß die Julirevolution, dieser große Nationalsieg, wie die Pariser Bourgeois untereinander davon sagten, immer alljährlich durch großes Feuerwerk und bunte Beleuchtung gefeiert wurde, wenn auch immer sparsamer, haushälterischer; und wenn so ganze lange Straßen zauberhaft beleuchtet waren, wenn das glitzerte und zwitzerte und das Denkmal hellstrahlend aus der Nacht ins Licht trat und das ganze Feuermeer vielfarbig leuchtete: da waren alle braven Leute auf den Beinen, sie hatten mit der Tagesneige ihren Kram geschlossen, und waren zur Stelle, den Nationalsieg, die Julirevolution zu genießen; Groß und Klein, Greis und Kind, jedes Geschlecht.

Das war die einzige Bewegung, die sich die Bourgeoisie noch gefallen ließ. Der Pariser Bourgeois wollte auch jetzt noch immer erregt werden, aber durch friedlichen Lampenspektakel; er liebte noch immer Motion, aber Motion in Ordnung, wobei man mit offener Brust und genußgierigen Sinnen seinen Theil hinnehmen konnte. So las man in den glaubhaftesten Berichten aus Paris.

Auch das fand der Pariser Bourgeois in Ordnung, daß in solcher Feuerwerksaufregung im Gedränge etwelche erdrückt oder zertreten wurden; es gehörte ihm so etwas zur regelmäßigen Begehung eines Volksfestes, und gelassen las er es am andern Tage in den Zeitungen, daß gestern so und so viel Menschen ihr Leben dabei eingebüßt haben. So waren z. B. zu Ende des Feuerwerks am 29. Juli 1844 in der langsam aber unaufhaltsam wogenden Masse an fünfzehn Personen, meist Frauen und Kinder, niedergerissen, unter die Füße getreten, zerstampft worden, gräßlich todt; viele Andere waren leichter und schwerer verletzt, gequetscht, zerstoßen worden. Das Alles las der Pariser Bourgeois nachher mit einer unendlichen Gelassenheit, er, der

„unendlich aufgeregt werden konnte durch einen Schuß, der Niemand traf und in die Luft ging, abgefeuert von einem betrunkenen Handwerksgesellen, aber abgefeuert in der Nähe einer Gruppe, ja wie es hieß, auf eine Gruppe königlicher Prinzen."

Die Bourgeoisie war sehr interessirt für Louis Philipp und sein Haus, nicht weil sie ein Herz voll Liebe für die Orleans hatte, sondern weil sie den Frieden wollte, von welchem sie glaubte, daß seine Erhaltung mit Louis Philipps Leben und Regieren engst verknüpft sei, und weil sie, die Bourgeoisie, sich sehr wohl befand bei der gegenwärtigen Art des Regiments. Sie sah in Louis Philipp den „Friedensfürsten," den „Napoleon des Friedens."

Es gab wohl Männer in Frankreich und außer Frankreich, welche die schmutzig selbstsüchtige Politik Louis Philipps frühzeitig durchschauten und öffentlich behaupteten, daß er Frankreich, das einst so kriegerische, so aufgeregte Frankreich, langsam ausbrate und dessen Fett für sich und seine Familie einthue. Aber die Pariser Bourgeois, und die Bourgeois durch ganz Frankreich, rühmten Louis Philipp gar sehr, als welcher nicht darauf ausgehe, einen Alexander oder Napoleon in einer Zeit des Friedens und der Freiheit spielen zu wollen; er sei der Mann, den Frieden und die Ordnung zu erhalten und Frankreich glücklich zu machen.

Gewiß war: zu einem Napoleon des K r i e g s ging diesem Louis Philipp von Orleans alle Art von Zeug ab. Er war aber auch kein Napoleon des F r i e d e n s, kein Ebenbild jenes Mannes, welcher mitten unter seinen Kriegen die großartigsten Gesetze, Anlagen und Werke zur Emporhebung der französischen Nation auf jedem Gebiete schuf, ob der König gleich die Verwaltungsgrundsätze und Maßregeln des Kaiserreichs, ein Bischen jenes kaiserlichen Despotismus, beliebte, und seine Regierung eine selbstsüchtige, einzig auf die Befestigung und Bereicherung seines Hauses berechnete Politik verfolgte, trennte, um zu herrschen, und Zwietracht unter den Parteien in Frankreich zu erhalten wußte, das vor Allem hätte einig sein müssen, damit es hätte in seiner wahren Größe und Macht dastehen können. Aber ein Friedensfürst war Louis Philipp, wenn gleich kein Napoleon des Friedens. Frieden um jeden Preis! war seine geheime Losung, selbst um den Preis der Entwürdigung und Schmach Frankreichs dem Ausland gegenüber, selbst um den Preis königlichen Wortbruchs und Verraths an den Grundsätzen, zu deren Vertretung ihn seine Freunde auf den

Thron gesetzt hatten, die Freunde der constitutionellen Freiheit, deren Freund zu sein er jahrelang diesen vorgeredet hatte.

Wenige Tage vor dem Sturze Karls X. hatte eine Pariser Zeitung von derjenigen Partei, welcher der damalige Herzog von Orleans sich insgeheim angeschlossen hatte, den unvermeidlichen Sturz der alten Bourbonen-Dynastie mit den Worten vorausgesagt: „An dem Tage, wo ein Staatsstreich versucht wird, gibt es keine Regierung in Frankreich mehr. Alle Eide des Gehorsams und der Treue sind der Charte untergeordnet. Wird die Charte verletzt, sind die Eide vernichtet; Frankreich gehört Niemand mehr, Alles ist in Frage gestellt; wir befinden uns in voller Revolution." —

Das hatte seiner Zeit Louis Philipp nicht bloß gelesen, wie jeder andere Franzose, sondern mehr als wahrscheinlich war Er Mitwisser und Mitbetheiligter gewesen, als dieser und ähnliche Artikel abgefaßt und in die Zeitungen eingerückt wurden.

Nach wenigen Jahren hatte Louis Philipp das alles vergessen. Der Bürgerkönig hatte keinen höheren Wunsch, als den, mit den großen legitimen Mächten des Absolutismus sich an Eine Tafel zu setzen, vor Allem mit dem Czar. Auf die erste Nachricht von den Ordonanzen Karls X. hatte einst in England König Wilhelm IV. ausgerufen: „Die Kerls sind alle toll!" und als die Krone vom Haupte Karls X. in den Staub rollte und der Thronsessel auf öffentlichem Platz verbrannt worden war, hatte selbst der vor jeder Revolution sich bekreuzende Kaiser Franz von Oesterreich unwillkürlich das vollzogene Gottesgericht in dem Ausruf anerkannt: „Das kommt davon, wenn man nicht Wort hält!" —

Derjenige in Paris, welcher mit Andern diese Krone fallen machte, und, wie er nachher insgeheim den absoluten Höfen versicherte, Europa vor der Republik Frankreich bewahrte, rasch die gefallene Krone aufraffte und die Revolution schloß, — dieser Mann vergaß diese Ausrufe der legitimen Könige, und that, was vor Gott und der Welt übel war; that Dasselbe, was seinen Vorgänger um die Krone gebracht hatte: er hielt nicht Wort, er, der Bürgerkönig. Er suchte und that Alles dafür, die Regierungsweise Frankreichs dem System der absolutistischen Mächte anzunähern und anzupassen, und so den russischen Hof zu versöhnen, den Czar Nikolaus, der mit bitterem persönlichem Hasse das Julikönigthum verfolgte.

5. Louis Philipps Sorge für seine Bereicherung und seine Hausinteressen.

Der „Friedensfürst“ war auch darum um jeden Preis für den Frieden, weil — die Segnungen des Friedens vor Allen ihn selbst, den reichsten Mann der Welt, täglich nur noch reicher machten.

Mehr als eine Feder hat, da Louis Philipp auf dem Throne saß, die manchfaltige Thätigkeit dieses Königs in Geldgeschäften für sich und sein Haus zu beschönigen, manche noch, im Dienste des Hauses Orleans, nach dem Sturze desselben das Vermögen Louis Philipps als gering hinzustellen versucht. Glaublich ist, daß von jenen Schätzen, welche durch seine Familie von jenem berufenen Regenten Frankreichs an, der während der Minderjährigkeit Ludwigs XV. Gelegenheit dazu hatte, in Holland und England aufgehäuft worden waren, der größere Theil unter den Händen und Zwecken Philipps d'Egalite, des Vaters Louis Philipps, zerronnen war. Aber an der „Entschädigungs-Milliarde“ für die Ausgewanderten hatte ihm Karl X. einen sehr reichlichen Antheil zugewiesen; und das unbewegliche Vermögen der Familie Orleans, bloß so weit es in Frankreich selbst lag, wurde amtlich zu — dreihundert Millionen Franken veranschlagt.

Der Sachwalter des orleans'schen Hauses, der in Alles eingängliche und für Geld und Auszeichnungen stets wort- und federfertige Dupin der Aeltere, behauptete zwar, als Advokat, diese Grundbesitzungen seien zu hoch eingeschätzt. Was hätte dieser Advokat dazu gesagt, wenn man die von Napoleon III. confiscirten Güter Louis Philipps — nur die in Frankreich, nicht die außerhalb desselben gelegenen Güter — um dreihundert Millionen Franken als von der Nation angekauft hätte erklären wollen? Sachkenner behaupten, sie seien heutzutage wenigstens das Dreifache werth, bei dem, so wie es ist, gesteigerten Preise der Miethe, des Holzes und des Feldes. Denn ein großer Theil von Paris, der besuchteste der Stadt, die schönsten Wälder und Felder, die letztern mit den herrlichsten Weinen und Früchten, gehörten mit in dieses Grund- und Bodeninventar des Hauses Orleans. Ob wirkliche dreihundert Millionen Franken, oder ob nur annähernd dieses Grundeigenthum werth war — gleichviel. Wer nur annähernd, außer Anderem im Ausland, dreihundert Millionen Franken besitzt, der ist kein „armer“ Mann. Thatsächlich aber hat sich öffent-

lich Louis Philipp als „arm“ und von den Zuschüssen der Prinzessin Adelaide abhängig dargestellt.

Als König Frankreichs, als Bürgerkönig hat er nachweisbar mehr, als für die Interessen der französischen Nation, für seine Hausinteressen gesorgt.

Selbst seine Lobredner haben wörtlich zugestanden, Louis Philipp sei „von jeher mit dem strengwirthschaftlichen Sinn eines guten Hausvaters ein Verwalter seiner Familienangelegenheiten gewesen und habe die Sorge für diese keinen Augenblick versäumt über den Interessen seiner öffentlichen Stellung.“ Selbst diese Lobredner haben öffentlich zugestanden, daß „das große Vermögen des Hauses Orleans bei der Thronbesteigung Louis Philipps jedenfalls noch hundert Millionen Gulden überstiegen habe, und daß, in den ersten Wochen seiner Regierung, sein zweit-jüngster Sohn Aumale in den Besitz des ungeheuren Vermögens des Herzogs von Bourbon, des Letzten aus dem berühmten Hause der Condé, des Vaters des Herzogs von Enghien, durch „Vermächtniß“ gesetzt worden war, eines Vermögens von vielen Millionen.

Wie überall seit alten Zeiten Fürsten bei ihrer Thronbesteigung ihr Privatvermögen mit dem Kronhausgut vereinigten, so war dieses auch seit urältesten Zeiten Herkommen in Frankreich. Daß Louis Philipp, in moderner Zeit, am Tage vor seiner Thronbesteigung sein ganzes Vermögen, unter Vorbehalt der Nutznießung, auf seine Kinder übertrug, das hat der Ausgang als eine kluge Maßregel gerechtfertigt; aber diese Abweichung von dem uralten Herkommen, die später bekannt wurde, mißfiel der Nation; er kam ihr gar zu wenig königlich und gar zu sehr familienväterlich bald genug vor, und in Wahrheit suchte er für seine Kinder immer wieder um neue oder erhöhte Leibgedinge (Dotationen) an. Als er, nach dem Tode des Herzogs von Orleans im Jahre 1842, für dessen Bruder, seinen zweiten Sohn, den Herzog von Nemours, eine Dotationserhöhung forderte, so war das die zehente, welche Louis Philipp dem Lande während seiner Regierungszeit ansann. Die Regentschaft, wofern eine solche je eintrat, gebührte herkömmlich der Mutter des Thronerben, also der Wittwe des Herzogs von Orleans, deren Sohn nach dem Tode seines Vaters jetzt Kronprinz, gerade vier Jahre zählte.

Louis Philipp gewann die Zustimmung der Kammern zu dem Gesetz, daß für den Fall einer Regentschaft diese dem Herzoge von Nemours und nicht der deutschen Prinzessin, der vortrefflichen Her-

zogin von Orleans, zufallen solle. Bald darauf nun kam Louis Philipp bei den Kammern ein, sie mögen jetzt schon die Dotation des Herzogs von Nemours erhöhen, wegen der ihm zugesicherten Regentschaft.

Das nahm ihm die Nation sehr übel; denn diese Regentschaft konnte möglicherweise niemals eintreten; jedenfalls war sie erst eine „dereinstige," und für eine „dereinst möglich e" Regentschaft war noch niemals in Frankreich etwas vorausgezahlt worden, Herkommen und Gesetz gaben keinen Anhaltspunkt dafür. Die öffentliche Stimmung wurde durch dieses gar zu ungenirte Hervortreten der Absicht und des Systems, die Nation zur Bereicherung der Familie Louis Philipps auszubeuten, sehr bitter. Sie sah es an, als ob der reiche Mann bei dem armen Lazarus bettle, und in beißendem Witz der Zeitungsartikel und der Karikaturen machte sie sich Luft, so sehr, daß die Minister den Gesetzentwurf vor der Berathung in den Kammern zurückzogen, weil sie des Durchfalls gewiß waren. Louis Philipp aber zog sich daraus keine andere Lehre, als das nächste Mal seine Bitte in anderer Form anzubringen, und die Kammer schlug sie ihm rund ab.

Wahrscheinlich war es nicht sowohl Geiz und Habsucht, wenigstens nicht allein oder vorzugsweise, was Louis Philipp zu solchem Vorgehen trieb, als vielmehr der Drang, seiner Familie den Thron Frankreichs zu sichern. Weil er sah, wie Alles in Frankreich nach Geld jagte, und darum mit Geld dem Anschein nach Alles zu machen war, wollte er möglichst viel Geld seinem Hause ansammeln, um mit diesem Geld die Oberhand zu behalten, oder in einem möglichen Wechselfall sie leicht wieder zu gewinnen.

Daß sein Thron nur Eine feste Stütze habe, die Liebe des Volkes, dafür hatte Louis Philipp keinen Begriff; er war dazu viel zu sehr innerlichst sittlich verdorben, und zu tief und lange in der Praxis, seine Nation sittlich zu verderben. Die Ahnung eines Wechselfalls war zu Anfang der vierziger Jahre weit weg von ihm. Als er durch sein System die Legitimisten wie die Republikaner gebändigt, die Opposition der Kammern geschwächt, die französische Nation in den Schmutz hinabgezogen und so kirre gemacht sah, da sprach er, voll Selbstzufriedenheit und mit Behagen auf seine dauerhafte Natur und Gestalt blickend, die bekannten Worte: „Ich fühl' es, meine Beine werden mich noch so lange tragen, bis ich die Zukunft meiner Dynastie sicher gestellt habe."

Der König benützte Alles, was Geld geben konnte, ohne in den Mitteln gewissenhaft zu sein. Er wurde öffentlich beschuldigt, den Telegraphen für seine Privatoperationen an der Börse, für seine Geschäfte in Staatspapieren zeitweise benützt zu haben.

6. Guizot. Die Räthe Louis Philipps.

In Guizot hatte der König einen Minister gefunden, der durch seine geschichtlichen und philosophischen Arbeiten einen ehrenvollen Namen in Europa hatte, aber nicht die Energie von Thiers, und der darum viel gefügiger und dem Könige bequemer war.

Der König mißbrauchte die Willensschwäche des berühmten Gelehrten, den er zum Minister des Auswärtigen gemacht hatte, und auf Guizots Namen und Rechnung fiel, was der König that, in Betreff der auswärtigen Politik Frankreichs, und was später die Nation als eine Frankreich entwürdigende und erniedrigende Politik bezeichnet hat. Schon als Gesandter in London war Guizot von Thiers beschuldigt worden, nicht nach den Weisungen des Ministeriums Thiers, sondern nach heimlichen Aufträgen des Königs selbst gehandelt zu haben.

Palmerston versicherte zwar später, „Guizot habe sich bloß ganz einfach als einen in großen Geschäften wenig erfahrenen Mann gezeigt.“ Die Depeschen Guizots verrathen allerdings, wie seine bekannt gewordenen vertrauten Briefe, keinen großen Staatsmann — da steht Guizot tief unter Thiers —; aber auch seine geschichtlichen Arbeiten bewiesen jedem Kenner der Geschichte zum Voraus dasselbe. Guizot geht als Geschichtschreiber der Scharfsinn und der Tiefsinn ab, und ganz besonders die Gabe, die geheimen Fäden der Verhältnisse zu sehen und aufzudecken, die handelnden Charaktere, ihre Beweggründe und das innere Räderwerk der Begebenheit sich selbst und Andern zur Anschauung zu bringen und zu vergegenwärtigen. Auch als Diplomat vermochte er weder zwischen den Zeilen zu lesen, noch hatte er die nöthige Divination für geheime Bestrebungen und Gedanken derer, mit denen er zu verhandeln hatte: er war leicht zu täuschen und abzufinden.

Dieser Mann wurde leicht von Louis Philipp als Werkzeug und Sündenbock seiner Hauspolitik gehandhabt, welche möglichst unnational war, eben weil sie ganz privater Art war, und die persönlichen In-

teressen Louis Philipps überall obenan standen und vor allem dabei in Betracht genommen wurden. Jetzt, unter dem Ministerium Guizot, wurde von den Ministern nur noch dem Namen nach, von dem Könige in Person der That nach regiert. Es war in Paris nahezu dasselbe, wie in Petersburg: eine Alleinherrschaft Louis Philipps ähnlich der des Czars Nikolaus suchte sich geltend zu machen, und machte sich im Ganzen geltend: nur der Name fehlte, die Sache war da unter constitutionellem Schein, nämlich so weit es die Stellung des Ministeriums zum König betrifft.

Diese Räthe der Krone ließen Louis Philipp walten, dieses Ministerium war ein Ministerium des Gehorsams und des Sichfügens; man weiß selbst von Guizot, daß er dem Willen des Königs nachgab, wo seine Pflicht wie die Sorge für seinen Ruf, wo die Ehre und das Wohl Frankreichs ihm gebieten mußten, dem König zu widersprechen, ihm kräftig entgegen zu treten. Louis Philipp hat den Ruhm Guizots ruinirt; selbst davon kann sogar die Verehrung für Guizots sonstige Verdienste diesen Minister nicht freisprechen, daß er sich als Werkzeug von Louis Philipp's Politik gebrauchen ließ — sogar für deren Corruptionsmittel im Inland wie im Ausland.

Guizot selbst war ein ganz bürgerlicher Herr, aus der Mittelklasse, auf die sich das Julikönigthum stützte. Aber selbst aus dieser Klasse entstanden ihm die heftigsten Gegner. Sie warfen dem Minister Schwäche vor, er sei nicht folgerecht in seinen Grundsätzen und in seinem Handeln; er habe den fremden Mächten, er habe dem Könige zu große Zugeständnisse gemacht. Innerlichst meinte Guizot es wirklich gut mit Frankreich, und selbst mit der Freiheit. Von Cormenin, einer der redlichsten und einsichtvollsten unter den Republikanern, vertheidigte gegen zu weit gehende Angriffe Guizot, indem er an die früheren Verdienste desselben erinnerte: „als Alles sich vor dem kaiserlichen Despotismus Napoleons gebeugt habe, da habe Guizot einsam über die Freiheit gedacht und Frankreich die Freiheit wieder gelehrt.“ —

Aber Guizots guter Wille stand und litt unter dem verschlechternden Einfluß eines höheren Willens, was nach Frankreichs Verfassungsurkunde nicht sein sollte, nach welcher das Ministerium allein die Regierung ist und nicht der König. Der König stellte Zumuthungen an Guizot, welche diesen in Verlegenheit brachten, und Guizot ließ sich die Zumuthungen gefallen; eben deßwegen hielt er sich länger im Amt, als irgend ein Minister der letzten Zeiten. Sie nannten

ihn spottweise den Friedensfähndrich des Friedensfürsten: „der Friedensfähndrich nimmt zu viel auf das Commando des Friedensfürsten Rücksicht," sagte der Witz.

Louis Philipp sollte es zuletzt erfahren, daß, wer bloß auf die reichen Mittelklassen baut, auf Sand baut, und daß, wo die Geldliebe maßlos groß gefüttert wird, damit nur der Egoismus und die Herzlosigkeit groß gezogen werden, die keinen Finger für den in seiner Noth regen, der sie dick gefüttert hat. Wüst-undankbar zeigte sich zuletzt die Bourgeoisie von Paris, die er achtzehn Jahre lang auf Kosten des ganzen Volkes pflegte, und der es so wohl war unter ihm.

Sehr unwohl war es dagegen dem übrigen Theile der Nation, nicht etwa bloß, wie Guizot behaupten wollte, weil die „Ordnung" für einen Franzosen so schrecklich langweilig sei; sondern die Unzufriedenheit wuchs, der Widerwillen gegen die Regierung begann, weil es wirklich groß und vielfach war, das Elend der niedern Klassen.

7. Das Elend der niedern Volksklassen.

Unter der „Handhabung" der „Ordnung" waren dem Volke seine Bande, die es in Ordnung hielten, vermehrt und enger, seine Lenden kraftlos geworden, und während Bankiers, Fabrikanten und Kaufleute überall ihre Saugrüssel ansetzten, überall Geld sogen und dieses Geld wieder in groben Sinnlichkeiten ausspieen, hungerten die Armen, im Angesicht dieses Reichthums und dieses Thuns. Nicht durch neue Gesetze und Einrichtungen, sondern bloß durch den Frieden, den er um jeden Preis fort erhielt, waren die größeren Gewerbsleute und die Männer des Handels reich und reicher geworden unter Louis Philipps Regierung, und namentlich auch dadurch, daß er die vorgefundene Zollgesetzgebung fortbestehen ließ, statt sie aufzuheben.

So gewiß es ist, daß Gewerbe und Handel unter Louis Philipp blühender wurden, als unter dem gestürzten Königshause; so gewiß die Erzeugnisse des Gewerbfleißes sich verfeinerten und vollkommener wurden; so gewiß selbst der Arbeitslohn der Luxusgewerbe höher stand als je zuvor, und Frankreich trotz zeitweiser Geschäftsstockungen und gewerblichen Krisen unter ihm Fortschritte im Materiellen machte: so gewiß ist, daß die unendliche Mehrheit des französischen Volkes eben so, wie unter dem gestürzten Königshause, auch unter Louis

Philipp zurückkam. Die Lobredner Louis Philipps haben zugestanden, daß die arbeitende Klasse, besonders die ackerbauende, von der gewerbtreibenden Klasse ausgebeutet wurde, ganz regelrecht, auf gesetzlichem Wege, nicht bloß auf ungesetzlichem.

Die unter Louis Philipp blühende Bourgeoisie, das Volk der Geldmenschen und des für Vaterland und Menschheit gleich lieblosen, selbst gegen seinen Nährvater undankbaren Egoismus, hatte ein weites Feld, sich zu bereichern, ohne daß sie nöthig gehabt hätte, das Volk mit auszusaugen. Noch hatte Frankreich, wenn auch wenige, doch reiche Kolonien, und dort hatte die Bourgeoisie einen für sie ausschließlich vorbehaltenen Markt. Noch war Deutschland, dieser zu allen Zeiten von Frankreich so leicht ausgebeutete Nachbar, das zerstückte Deutschland, das einheitslose Deutschland, das berühmte deutsche Bundestagsreich, ohne Handelspolitik, ohne Förderung und Schutz für deutsch-nationalen Gewerbfleiß und Handel, also ein großer, offener Markt für französischen Gewerbfleiß und Handel, ohne daß Frankreich irgend eine billige Gegenleistung gab für das, was die einzelnen kleinen und größeren deutschen Fürstenhöfe an Frankreich zugestanden, und ohne eine Vorsichts- oder Schutzmaßregel gegen unverschämtes Uebernommenwerden von Seite des französischen Gewerbs und Handels. Noch hatte Frankreich, was Deutschland noch nicht errungen hatte — die Gewerbefreiheit.

Dem zerstückelten Deutschland, den Gliedmaßen, von keiner Einen Seele als Ganzes zusammengehalten und bewegt, wäre von einzelnen Regierungen, ohne daß die Mehrheit nachfolgte, einseitig verkündet und eingeführt, die Gewerbfreiheit ein Landschaden geworden: Frankreich hatte, was Deutschland fehlt, die Einheit, und darum hatten sein Gewerb und sein Handel auch Das, was, das Höchste auch für sein materielles Leben war und für jedes große, einheitliche Reich es ist, die Gewerbfreiheit als eine unberechenbare Wohlthat. Was den einzelnen Gliedern des zerstückelten Deutschlands Gift wäre, eben dasselbe wäre der Einen großen deutschen Nation, mit der Reichsverfassung, Lebensluft, Lebenskraft und Lebenslicht.

Frankreich hatte die Gewerbfreiheit noch von seiner ersten Revolution her, und eben die Gewerbfreiheit hatte den Franzosen schnellsten und reichsten Ersatz für alle Verluste, welche die Revolution für die Arbeit und den Handel brachte, baldigste Heilung für die Wunden der Industrie verschafft. Der Fluch der Restauration hatte auch auf dieses

Nationalgut ungezieferartig sich zu setzen und es anzufressen versucht; aber die Nation in Masse war zum Schutze desselben eingetreten.

Das waren die Ursachen, aus welchen in der langen Friedenszeit die Männer der großen Geschäfte reich wurden, aber auch üppig. Louis Philipp hat eigentlich kein Verdienst darum durch eigene Thätigkeit dafür. Die national-ökonomische Lage der Nation im Ganzen war unter ihm eine höchst ungünstige. —

Grundeigenthümer waren es unter Louis Philipp 4,200,000, darunter 100,000 große, 350,000 kleine und 3,750,000 solche, die kaum so viel Grundeigenthum besaßen, um in günstigen Jahren eine Familie von fünf Köpfen gut zu ernähren; ja unter dieser letzten Klasse waren 1,250,000 Landleute, die nicht mehr als zwei Hektaren Boden besaßen, also weniger als zur Ernährung von Mann und Weib, ohne Kinder, unumgänglich war, Hütten bitterer Armuth selbst beim glücklichsten Jahresertrag; und diese Armuth meist hart am Sitze des maßlosesten Luxus, des wüstesten Wohllebens und des hartherzigsten Reichthums.

Und dieses zerstückelte Grundeigenthum war zudem mit schweren Abgaben belastet, nicht bloß mit der Grundsteuer, sondern auch mit einer Thür- und Fenstersteuer, zu jährlich vierzig Millionen Franks Ertrag, und außer dem waren die Gebühren schwer, die bei Verpfändungen und Besitzveränderungen zu zahlen waren. In Form von Steuern an den Staat und die Gemeinde mußte, wer Grund und Boden besaß, also auch der ärmste Landmann, mehr als ein Drittel seines Gewinns abgeben. Neben dem sog eine kostspielige Vielschreiberei beim Pfandwesen den Landmann so sehr aus, daß er bei großen Darlehen 7, bei kleineren 10 bis 12 Procent zahlen mußte wegen der Menge von Nebenausgaben. Und dennoch war das Grundeigenthum so sehr mit Pfandschulden überbürdet, daß die Gesammtsumme der Pfandschulden 11 Milliarden überstieg, und also 550 Millionen jährliche Zinsenlast, bei den üblichen 5 Procent, auf diesem verpfändeten Grundeigenthum ruhte, und der Armuth bis auf die Knochen fraß.

Daher war Wohlstand unter der ländlichen Bevölkerung selten; sie verkümmerte unter der Ueberlast der Armuth und unter der Schlechtigkeit ihrer Nahrungsmittel. Das Elsaß und Lothringen, die Normandie und die Pyrenäenthäler waren wohlhabender, da wohnten Bauern mit größerem Grundbesitz und manchfachen Vortheilen ihrer Gränzlage. Das täuschte manchen deutschen Besucher Frankreichs, der das Elend des Landvolks der andern Gegenden nicht zu

sehen bekam. Auch die südlichen Gegenden, mit den schönen blühenden Kastanienbäumen, waren ganz verarmt, und in vielen Departements mußte um diese Zeit über die Hälfte der aushebungspflichtigen jungen Mannschaft für untüchtig erklärt werden, weil sie nicht einmal vier Fuß zehn Zoll groß war.

Am ärmsten waren die Weingärtner. Dritthalb Millionen Menschen waren darauf angewiesen, ganz oder meist vom Weinbau zu leben. Louis Philipp that nichts, dasjenige Uebel zu heben, unter welchem der Weingärtner am schwersten litt. Das war das hergebrachte Steuersystem. Abgaben an den Staat und städtische Thorzölle vertheuerten den im Weinberg gezogenen Wein über die Maßen und schadeten dem Absatz sehr; denn in Paris und in den meisten Städten des nördlichen Frankreichs wurde wegen der Theure des ächten Weins verfälschter oder geradezu nachgemachter Wein, der keinen Tropfen Rebensaft enthielt, ausgeschenkt, und in Bordeaux und Burgund blieben die besseren wie die geringeren Weine ihren Erzeugern liegen. Der maßlose Tarif der französischen Zollgesetzgebung und die Verbote, womit diese die englischen Fabrikate aus Wolle und Baumwolle ganz absperrte, hatten in England unmäßige Zölle hervorgerufen, die auf die Einfuhr französischer Naturerzeugnisse gelegt wurden. Dadurch war der Verbrauch gering und den Weinbauern auch der Absatz ins Ausland erschwert.

So war von einem allgemeinen Wohlstand unter Louis Philipp nicht die Rede: die ersten Lebensbedürfnisse erhielt der Arbeiter in den Städten um theures Geld, und doch waren sie dabei von schlechter Beschaffenheit.

8. Bündnisse zwischen Legitimisten und Republikanern. Angriffe auf Louis Philipp und sein System in der Presse.

Die Republikaner und die Freunde der unbeschränkten Volksfreiheit fanden an der Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen einen mächtigen Verbündeten, und die Legitimisten näherten sich den Republikanern, es bildete sich ein erster Anfang eines Bündnisses zwischen beiden, da beide Parteien einsahen, daß sie vereinzelt zu schwach seien für den Kampf gegen die Regierung. Schon im

Jahr 1844 hörte man hie und da einen Herrn von guter alter Familie ganz reden im Tone eines Volksmanns, und Arago, der große Astronom und ein Haupt der Republikaner, bemühte sich, die Wahl des Herrn von Genoude, eines bekannten Hauptes der Legitimisten, in die Kammer durchzusetzen, „weil der Legitimist die Ansichten des Republikaners über die natürlichen Menschenrechte theile."

Sollte die Aussicht für das Volk hell werden, so bedurfte es anderer Menschen, anderer Grundsätze und anderer Verhältnisse, als diejenigen waren, durch die und unter denen Louis Philipp herrschte. Die Regierung, welche seit Jahren gegen Angriffe der schlimmsten Leidenschaften sich zu erhalten Mühe genug hatte, glaubte genöthigt zu sein, sich auch verwerflicher Waffen gegen ihre Gegner zu benützen.

Besonders große Summen verschlang die Befestigung von Paris. Louis Philipp drang darauf, um „durch ein wohlberechnetes System von Festungswerken, durch eine Reihe detaschirter Forts die Revolution in Paris für immer zu bändigen." War auch der Nation vorgespiegelt worden, es sei zur Vertheidigung der Hauptstadt gegen äußere Feinde, so hatte doch von Anfang an Jedermann diesen Vorwand durchschaut. Die Ausführung dieser Forts, die im Jahr 1841 begann, und rasch vollendet wurde, verschlang mehr als 200 Millionen. So theuer kamen die Zwingburgen und Bollwerke, womit Louis Philipp seinen Despotismus und sein Haus zu befestigen gedachte, der Nation zu stehen; ein kostspieliger Wahn eines Königs, dessen Ausführung ihn nicht stützen, sondern stürzen half!

Die Ausgaben der Jahre 1840 und 1841 überschritten die Einnahmen um 412 Millionen, meist in Folge der Rüstungen zu einem Kriege, in welchen einzutreten Louis Philipp niemals im Ernst gedacht hatte, und dessen Nähe er nur vormalte, um für die Befestigung von Paris einen Vorwand zu haben. Schon vor 1840 hatten sich Rückstände von mehreren hundert Millionen angehäuft, und die Eisenbahnen, die nach allen Seiten hin im Bau begriffen waren, erheischten noch größere Summen: das Deficit des Jahres 1841 betrug eine Milliarde, und zur einstweiligen Bestreitung des Allerdringendsten wurde eine Anleihe von 450 Millionen aufgenommen. Selbst die gesetzmäßigsten Maßregeln, die Steuern gleicher zu vertheilen und auf Alle auszudehnen, wurden mit Argwohn und Verbitterung betrachtet, weil man darin besorglich einen Versuch zu allgemeiner Steigerung der bisherigen Steuern sehen zu müssen glaubte.



Dominique François Arago.

(Band VI. Seite 314.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

Schon im Jahre 1841 war das Ansehen Louis Philipps theils durch die Angriffe der legitimistischen und republikanischen Zeitschriften, theils durch seine Mißgriffe, seine Blößen, sein System und dessen verwerfliche Mittel sehr gesunken. Dreimal sprachen innerhalb ein paar Wochen die Geschworenen in Paris selbst den Redakteur des republikanischen Blattes National frei, welcher Artikel gebracht hatte, welche nicht nur die Regierung, sondern zum Theil den König persönlich der Verachtung preisgaben; aber es war eben zu viel Wahres an der Schande, welche das angeklagte Blatt aufdeckte, und es war zu taktlos von der Regierung, daß sie politische und namentlich Preßprozesse überall anhängig machte, wo vorauszusehen war, daß das Geschworenengericht ein Nichtschuldig sprechen, und daß die klagende Staatsregierung mit fortgesetzten Niederlagen abziehen werde.

Schlimmer noch, als die republikanische Presse, spielte dem Könige und seiner Regierung die legitimistische Presse mit. Der alte legitimistische Hochadel, und die geübten schlagfertigen Zungen der Marquisinnen und Herzoginnen ältesten Gepräges darunter allen voran, waren geschäftig, die Krone des Bürgerkönigs, den Träger derselben wie seine Umgebungen herabzuziehen, bis in den Koth. Sie waren dabei eben so geschickt, Stoff dafür zu erfinden, als den vorhandenen Stoff, den das geheime und das öffentliche Leben und Treiben des Julikönigthums in Wirklichkeit bot, aufzufinden, zuzustutzen und in Umlauf zu setzen.

So veröffentlichte das Hauptblatt der legitimistischen Partei, die „France“, eine Reihe Briefe, als Briefe Louis Philipps, während seiner Regierung an vertraute Personen geschrieben. In denselben war so gesprochen, daß, wenn der König sie geschrieben hatte, er der schlimmste Heuchler, Taschenspieler und Betrüger auf dem Throne war. Es machte sich in diesen Briefen eine Politik breit, die grell contrastirte mit dem ganzen Geiste der französischen Nation, wie mit dem, was der König öffentlich sonst sprach, eine Politik, nach welcher die constitutionelle Regierungsform ein dem königlichen Despotismus sehr bequemes Gaukelspiel war, durch das ein gewandter Taschenspieler auf dem Throne durch die Kammern selbst der Nation das Geld aus dem Beutel, ihre Rechte und ihre Freiheit aus der Hand spielen könne.

Ungeheuer war das Aufsehen dieser Briefe, welche über London in die Gazette de France und aus dieser in andere Oppositionsjournale gekommen waren. Da die allgemeine Stimme sie für ächt zu

nehmen geneigt war, so setzte die Regierung die Gazette de France in Anklagestand wegen Majestätsbeleidigung.

Louis Philipp hatte durch sein System der gewissenlosesten und grenzenlosesten Corruption solche augenblickliche Erfolge schon oft errungen, daß er offenbar überzeugt war, mit denselben Mitteln auch in diesem einzelnen Falle auszureichen und die Verurtheilung der Veröffentlicher jener Briefe durchzusetzen. Warnend lagen die zu Boden gefallenen Anklagen der Regierung gegen den National vor Augen: aber Louis Philipp riskirte nicht bloß diese neue Anklage, sondern auch eine solche Form ihrer Begründung durch den Staatsanwalt, die nur einer wählen konnte, welcher ein gutes Gewissen hatte und den vollen Beweis führen konnte, oder welcher in so peinlicher Lage, so zur Verzweiflung getrieben war, daß er Alles wagte. Der Staatsanwalt charakterisirte in seiner Zusammenfassung des Inhalts jener Briefe denselben der Art, daß, wenn der Angeklagte freigesprochen wurde, die Niederlage der Julíregierung und des Königs selbst in der öffentlichen Meinung eine ungeheure sein mußte.

„Aus diesen Briefen, sagte der Staatsanwalt, würde, wenn sie wirklich vom Könige herrührten, nichts Geringeres hervorgehen, als daß der König die Nation, die ihn 1830 auf den Thron gehoben hat, in jeder Hinsicht getäuscht; daß er in die Vernichtung Polens zu Gunsten Rußlands gewilligt hätte; daß er geneigt wäre, England zu Liebe Algier aufzugeben; daß nicht die Erhaltung des constitutionellen Staatslebens, sondern die Zukunft seines Hauses, dessen Sicherung auf dem Thron sein einziges Ziel wäre; daß endlich der Plan, Paris zu befestigen, keineswegs gegen das Ausland gerichtet, sondern in den Händen des Königs ein Mittel der Tyrannei, die Befestigung nicht zum Schutz der Bürger, sondern zur Unterdrückung derselben angelegt wäre. Welchen Namen müßte man aber dem Könige geben, welcher solche Dinge geschrieben hätte! Man müßte von ihm sagen, er sei einer der Tyrannen, welche den Weg der Verstellung gehen, welche ihre Herrschaft nicht auf eine ehrliche Sprache, sondern auf den Wortbruch gründen."

Glaubte der Staatsanwalt an die Unschuld des Königs, oder glaubte er durch diesen Ton die Geschworenen von der Unschuld des Königs zu überzeugen? Die Folge war, daß die Geschworenen den ersten Veröffentlicher der Briefe — frei sprachen. Sie ließen den Staatsanwalt und die Nation nach Belieben die Schlüsse ziehen, die sich unabweisbar aus ihrem freisprechenden Urtheil von selbst ergaben.

Diese Briefe wurden jetzt über ganz Frankreich verbreitet, in besonderen Abdrücken. Durch das Urtheil der Geschworenen war die Aechtheit noch nicht festgestellt, aber so viel nahm man in Frankreich, wie in Europa, allgemein an, anerkannt wenigstens haben die Geschworenen, daß nach seiner bisherigen Politik der König diese Briefe geschrieben haben könne, und daß dieselben den entsprechenden Ausdruck seiner Politik enthalten. Glaublich ist aber, daß die Briefe, ihrem wesentlichen Inhalt nach ächt waren, vom Könige geschrieben, daß aber der König gegen die, an welche er schrieb, dieselbe Täuschungspolitik handhabte, welche er gegen die französische Nation sich zur Praxis gemacht hatte, und daß er besser dachte und wollte, als er an die Auswärtigen schrieb. Gewiß aber sprach er sein eigenstes Denken aus da, wo er davon sprach, wie man die constitutionellen Formen für seinen Nutzen gebrauchen könne: er war der größte Meister im Eskamotiren constitutioneller Rechte.

9. Mißgriffe der Regierung und ihre Niederlage vor Gericht. Rossi.

Böse Gewissen werden durch Niederlagen eben so betäubt als ergrimmt, eben so blind als boshaft: das Verstandloseste, was Staatsmänner gethan haben, geschah von ihnen in solcher Lage; im Wüthen gegen die Gegner ruiniren sie sich selbst. So geschah es auch jetzt der Regierung und dem Hofe Louis Philipps.

Sie versuchten geradezu die Führer der Gegenparteien in Hochverrathsprozesse zu verwickeln, und rißen dazu Gründe vom Zaun ab, ruchlos, frech und tückisch, wie es nur je der verworfenste Despotismus that. Der Staatsanwalt Hebert ließ sich zu Allem brauchen; ebenso der frühere Professor und jetzige Graf und Pair von Frankreich, Rossi.

Dieser Rossi ist ein Muster der politischen, sich zu Allem hergebenden Wandelbarkeit, wie sie die vergiftende Sonne Louis Philipps in der Sumpfluft der damaligen Pariser Gesellschaftszustände vollends recht ausbrütete: Rossi, der Begabtere, kann viele weniger begabte Geschöpfe seiner Zeit in sich abspiegeln.

Der Mann war Alles, nur kein sittlicher Charakter. Er war von Geburt Italiener, Sohn bürgerlicher Eltern zu Karrara; durch

Glück und Gaben, trotz seiner Armuth, frühe Professor der Rechte zu Bologna, schon im Jahre 1812, in seinem fünfundzwanzigsten Jahre; dann, im Jahre 1814, mit der Restauration Reorganisationscommissär für die Romagna; im Jahre 1815 Murats Civilcommissär, als dieser den Kirchenstaat überzog; nach dessen Unterliegen Flüchtling in der Schweiz, Privatdozent und Journalist in Genf, mit der Heirath einer protestantischen Genferin ein Liebling der Genfer Aristokratie, Professor an der Genfer Akademie, und mit dem Genfer Bürgerrecht Bürger der Schweiz, Mitglied des großen Raths der Republik Genf, und durch die Vielseitigkeit seines Wissens, wie durch die praktische Tüchtigkeit als Staatsmann bald hervorragend und leitend im großen Rath zu Genf. —

Bisher in Italien und ebenso in der Schweiz hatte sich Rossi als ein Mann und Vorkämpfer der Aufklärung auf jedem Gebiete benommen. Sein Wirken in der Schweiz diente dem demokratisch-constitutionellen Grundsatz vor und nach 1830, dem Liberalismus. Er erwarb sich Verdienste als Gesandter Genfs an der Tagsatzung; er vorzüglich, als Berichterstatter und überlegener Kopf, vermittelte die Stärkung des Schweizer Bundes; er war der Hauptvertreter der liberalen Politik für die Schweiz und der Idee einer starken Centralregierung, der schweizerischen Nationaleinheit durch die That, durch Beseitigung des „Kantönligeistes,“ der alten Einzelwirthschaft. Seine Feinde waren Jesuiten und Ultramontane, die Verrotteten unter den Aristokraten und die Radikalen. 1833 zogen ihn Guizot und Broglie nach Paris, er wurde Professor am Kollege de France, als Franzose naturalisirt, 1838 Mitglied der Akademie; und da sein Gönner Broglie ihn zum Schützling Louis Philipps machte, und dieser in dem gewandten Manne ein brauchbares Werkzeug für sich zu erlangen hoffte, wurde er im Jahre 1839 Mitglied der Pairskammer, und 1840 in den Staatsrath berufen.

Hier war er zuerst dem Ministerium des Unterrichts, gleich darauf dem des Auswärtigen beigegeben. Rossi brachte sich schnell durch häufigen persönlichen Verkehr mit dem Könige in dessen besonderes Vertrauen: er ging in alle Gedanken Louis Philipps und des Hofes ein und suchte Alles zu leisten, was, und gerade so, wie man es von ihm verlangte. Die Opposition wußte er durch gewisse geschickte Aeußerungen in dem Glauben zu halten, daß er innerlich sehr liberal, ja radikal sei, und daß diese seine wahre Natur über kurz oder lang bei Gelegenheit hervorbrechen, die Doktrinäre stürzen und hart am

Throne Platz greifen könnte. Die ultramontane Partei gewann er dadurch, daß er in Frankreich seine Gattin und ihre protestantisch erzogenen Kinder katholisch werden ließ.

1845 ernannte ihn der König zum außerordentlichen Gesandten am römischen Hofe, ohne Wissen Guizots. Dieser hatte einen Andern dahin bestimmt, der schon unterwegs nach Paris war, als Rossi bei Guizot erschien und diesem Minister erklärte, nicht Graf Bois le Comte, der Legitimist, sondern er, Rossi, gehe nach Rom, nach dem Willen des Königs. In seiner Stellung am römischen Hofe benahm er sich so gewandt, daß er im Jahre 1846 zum wirklichen Botschafter und in den Grafenstand erhoben wurde. Als bald darauf Pius IX. Papst wurde und die Reformbewegungen in Italien begannen, vertrat er geschickt die zweizüngige Politik Louis Philipps; das zog ihm den Haß der italienischen Patrioten zu, die Mißachtung aller Patrioten in Rom. Rossi hoffte, und Louis Philipp soll ihm die Aussicht gemacht haben, eines Tages an die Spitze der Regentschaft Frankreichs zu treten, als der neue Mazzarini des Hauses Orleans. —

Rossi hatte schon zu Ende des Jahres 1841 sich um die gute Meinung der wahren Freunde der Freiheit, sich selbst um seinen sittlichen Halt und seine Grundsätze gebracht: er war ein sehr gewandter Hof- und Staatsmann geworden, aber gänzlich umgefärbt von Louis Philipp; ein glänzendes Beispiel, wie eine ursprünglich edle, und ein halbes Leben lang dem Edeln zugewandte Kraft im Louis Philipp'schen Paris, an diesem Hof, in diesem Staatsdienst, in der Nähe Louis Philipps und seinem Anhauch, sich trübte, verfärbte, ihre Selbständigkeit, den eigenen sittlichen Willen und die Selbstbestimmung verlor an den fremden Willen, viel weniger an den Mann, der befahl, als an den Magnetiseur und Mephistopheles zugleich. Nie hat es Louis Philipp höher gebracht, als bis zum Mephistopheles der Politik, und selbst sein Ausgang zuletzt war, daß er als ein dummer Teufel abging.

Rossi gab sich her, die niederträchtige Anklage des Staatsanwaltes Hebert gegen den Redakteur des Journals „du Peuple" (der Pariser Volkszeitung) mit seinen Gaben zu unterstützen, weil Broglie, sein Beschützer, weil Molé sein Mitbeförderer, weil Montalivet, der Generallieutenant der Civilliste unter Louis Philipp, sie unterstützte, eben der Graf Montalivet, welcher später der Welt beweisen wollte, daß Louis Philipp weder geizig noch habsüchtig gewesen sei, und welcher, Louis Philipp und sein Haus in Schutz zu nehmen, gewiß hinreichende persönliche Gründe hatte.

In dem Wirthshause, worin Quenisset und die andern Handwerksgesellen beim Glase zu sitzen pflegten, wurde das republikanische „Journal du Peuple" gehalten, und einer der mit Quenisset Verhafteten hatte brieflich den Redakteur dieser Zeitung, Dupoty, ersucht, sich seiner anzunehmen. Das nahm die Hofpartei zum Vorwand gegen Dupoty, die Anklage auf Mitschuld am Versuche des Mordes gegen Mitglieder des königlichen Hauses, ja sogar der intellektuellen Urheberschaft des Mordversuchs zu erheben.

Dupoty konnte nicht das Geringste, nicht eine Silbe, die er gesprochen oder geschrieben hätte und woraus irgend ein Zusammenhang seiner Person mit jenem Verbrechen hätte gefolgert werden können, nachgewiesen werden; es wurde vielmehr erhoben, daß Dupoty keinen der Angeklagten jemals auch nur gesehen hatte, daß keiner derselben ihn persönlich kannte; es wurde lediglich nichts erhoben, als daß Quenisset „die Volkszeitung gelesen und daß dieses ihm den Kopf erhitzt habe."

Aber man wollte nicht vergeblich monatelang von weiter Verzweigung des Complotts geschrieben, nicht vergeblich auf die „höheren Leiter" desselben Jagd gemacht haben; ein „Höherer" sollte bluten. Man war kurz erst zu tödtlich von der Oppositionspresse gekränkt und getroffen worden, und die Rache wollte ein Opfer. Etwas mußte den Vorwand dazu leihen, und wär' es nur ein Strohhalm, wie die aus Quenisset herausgefragte Aussage, daß „das Lesen der Volkszeitung ihm den Kopf erhitzt habe."

Auf diesen Strohhalm gründete Hebert die Forderung der Todesstrafe für Dupoty vor dem Pairshof; und Broglie, Molé, Montalivet, Rossi unterstützten besonders eifrig die Anklage des Staatsanwalts. Der edle Cousin deckte mit schlagender Schärfe das Himmelschreiende und Unsittliche eines solchen Rechtsverfahrens, ja das Ehrlose desselben auf; aber der von Louis Philipp mit seinen Eigenleuten befruchtete und vielfach verunreinigte Pairshof, dessen Mehrheit sich unter diesem Regimente schon so oft hergegeben hatte und Unrecht und Schande gewohnt worden war, verurtheilte Dupoty. — Diese Pairs verurtheilten ihn zwar nicht zum Tode, aber doch zu fünfjähriger Gefangenschaft, um wenigstens in etwas Louis Philipp zufrieden zu stellen, und ihrem Herrn und Meister ein Racheopfer darzubringen. Ganz Frankreich schrie laut auf über diese Gewaltjustiz; die Pairskammer hat sich selbst gerichtet, sie ist moralisch todt! so ging der Ruf durch das Land. Alle Oppositionsblätter, jeder

Farbe, legten gemeinsam Protest gegen den Spruch des Pairshofes ein, und das Königthum wie die Person Philipps standen aufs Neue schwer befleckt, unehrenhaft da vor der Nation.

Und beide waren längst nur zu sehr schon befleckt.

10. Das Corruptions-System unter Louis Philipp.

Louis Philipps Regierung hatte es sich fest zum Grundsatz gemacht, daß, wer ein Amt von ihr wollte, dafür seine Ueberzeugung, sein Gewissen an sie verkaufe, und dieser Grundsatz und andere falsche verderbliche Grundsätze, welche seine Regierung, in dem Andrang der Parteien gegen das nicht Wort haltende Julikönigthum, annahm, hatten bereits einen großen Theil der Angestellten und der Anstellungsuchenden unglaublich entsittlicht. Louis Philipps Regierung war eine Art Handelshaus geworden, welches Menschenseelen gegen Allerlei einhandelte. Es war ihr sich gleich bleibendes System, durch jede Art von Mittel, auch die unredlichsten und unsittlichsten, die Wahlen in die Abgeordnetenkammer zu beherrschen und so schon bei der Wahl die Kammern zu verfälschen.

Nach der Wahl wurden noch Stimmen der Gewählten von der Regierung erkauft, so viel sie erkaufen konnte. Gelang es dennoch in einem Bezirk dem Volk, einen Mann seiner Wünsche und seines Vertrauens in die Kammer zu bringen, so wurde die Stimme dieses Abgeordneten dadurch womöglich geschweigt oder geschwächt, daß in der Mitte seiner Wähler von der Regierung gewühlt, im Bezirke diese oder jene Verbesserung, Unterstützungen, Zuschüsse, ein Kanal, eine neue Straße, eine Garnison, neue Kirchen, neue Schulen in Aussicht gestellt, und so im Wahlbezirke schriftliche und persönliche Bittgesuchstürme hervorgerufen wurden, die sich auf den gewählten Abgeordneten warfen: er mußte dann das bei der Regierung befürworten, gegen die Minister und ihre Kammervorlagen, gegen ihr ganzes System, geschmeidig sein, oder die Schuld an der Nichterfüllung der im Bezirk von der Regierung erregten Erwartungen materieller Lokalvortheile fiel in den Augen seiner Wähler auf den Abgeordneten zurück. Wenn für andere Bezirke von solchen Vortheilen da und dort etwas abfiel, so wählte mancher Bezirk, der wegen Freimüthigkeit seines Abgeordneten nichts erhielt, das nächste Mal anders, ministeriell, königlich. Schon dadurch hatte das Ministerium stets Aussicht auf eine Mehrheit in der Kammer.

Aber sie sicherte sich diese Mehrheit und vergrößerte sie noch dadurch, daß sie ihre Verkaufsbude, besonders auch für die Abgeordneten selbst, mit einem reichen Detail von Artikeln offen hielt, die der Abgeordnete um den Preis seiner Ueberzeugung und seines Gewissens, gegen Abgabe seiner Stimme im ministeriellen Sinn, für sich selbst einhandeln konnte: Die Lockartikel der Regierung waren Stellen, Orden, Beförderungen, Lieferungsverträge, Concessionen, Begünstigungen aller Art, sowohl für die Abgeordneten selbst, als für ihre Söhne, ihre Anverwandten, ihre Freunde. Der eigentliche Kunstausdruck war, „sein Glück machen“ durch die Wahl in die Kammer. Die Regierung ließ diejenigen Abgeordneten, welche geradezu für das Ministerium sich erklärten, für ihre Stimmen „ihr Glück machen.“

Louis Philipp und seine Minister waren selbstzufrieden und vergnügt, wenn sie eine große Mehrheit in der Kammer für sich hatten: die Mehrheit der Kammer verwechselten sie mit der Mehrheit Frankreichs; die letztere glaubten sie in der Kammermehrheit zu haben, ohne zu bedenken, daß sie die Mehrheit der Kammer auf diese Weise zu Stande gebracht hatten, und daß diese Kammer nicht der Ausdruck des Willens und der Stimmung der Nation sein konnte.

Für Sittlichkeit und Unsittlichkeit der Mittel zum Zweck hatte Louis Philipp längst den letzten Rest von Gefühl verloren, wofern er je ein solches gehabt hat. Unter seinem Druck und Anhauch, in dieser Hof- und Regierungsatmosphäre, an dem, was er täglich um sich sah, was er hörte, was er thun mußte und that, wurde selbst der sittliche Sinn des einst so ehrlichen, sittlich strengen Calvinisten und Professors Guizot täglich stumpfer. Das System der Regierung war im weitesten Sinne des Worts das System der Corruption, das System der Bestechung, der Versuchung, der Verführung, der Entsittlichung, ein Zerfressen alles dessen, was Wahrheit, was Redlichkeit, was Aufrichtigkeit, was Ueberzeugung, was Charakter, was Gewissen, was Sitte und Anstand, was edel, was Recht, was Verfassung, was geschworener Eid oder Manneswort heißt.

Aus der Mitte seiner Wähler wurde ihm in Lisieux entgegen geschleudert, sein und der Regierung System sei „die Corruption.“ — „Wie? sprach Guizot in seiner Rede vor seinen Wählern, wenn ich euch Straßen und Brücken, Kirchen und Schulhäuser habe bauen lassen, fühlt ihr euch darum corrumpirt?“

Ferner stehende Vertheidiger Guizots und Louis Philipps hatten noch ein Urtheil über das Unsittliche des Systems und seine Wirkung;

sie suchten die Regierung damit zu entschuldigen, die Regierung schaffe ja diese Schlechtigkeit nicht, sie finde sie nur vor und benütze sie. Wahr ist, allein Schuld daran war die Regierung nicht, es lag viel davon im Geist und in der Luft der Zeit, aber gepflegt und ausgebrütet hat diese Keime, die in der Zeit und in der französischen Natur lagen, künstlich verallgemeinert und vergrößert hat sie dieselben in ihrer Entfaltung.

Es war Zeitgeist, daß Alles „sein Glück machen" wollte. Alles drängte vorwärts, Alles wollte hinauf und höher hinauf, Alles wollte sich auch äußerlich sehen lassen, wollte mit seinem Haus etwas vorstellen, wollte seine Frau herausputzen, seinen Kindern eine vornehme Erziehung geben lassen, und die Genüsse des Lebens mitgenießen. Zu all dem wollte hier das Vermögen, dort das ehrliche Einkommen nicht ausreichen. Darum befleckte man die Hände, verkaufte man die Ehre, das Gewissen, die Ueberzeugung: Geld und höhere Stellung wollte man. Darum versuchte, that, duldete man Alles. Das schwieg, das schlich, das schmeichelte, das kroch, das schwänzelte, das wand sich, wie es der Macht gefiel.

Aber statt dieser Entsittlichung, in ihrem ersten Hervorbrechen ins Breite, sittlich entgegen zu arbeiten, zu was der Staat von Rechtswegen da ist, war es die Regierung, welche diesen Ehrgeiz aufmunterte, welche die Habsucht anstachelte, um die Sclaven dieser Leidenschaften desto leichter für ihre eigenen Zwecke zu handhaben; sie war es, welche dieselben mit Gold und Titeln fütterte; und weil die Futterhungrigen nur auf das Futter und die Hand, die es vorhielt, sahen, fragten sie nicht, ob es ehrlich oder schimpflich sei, was man um diesen Preis von ihnen verlangte. Sie wollten Geld, Geld, sie wollten Ehren, Orden, Titel, und sie thaten, was man von ihnen wollte. „Warum sollte ich nicht?" fragte der Eine; „thu ich's nicht, thut's ein Anderer." — „Ich eile," sagte der Andere, „ehe Jener im Gewinn des Preises mir zuvor kommt." —

11. Religiöse und sittliche Verkommenheit Frankreichs unter Louis Philipp. Begünstigung der Jesuiten. Villemain's Sturz durch sie.

Im damaligen Frankreich zeigte sich recht augenfällig, daß selbst die Freiheit, wenn sie ihre Rechte nicht an den Himmel knüpft, ohne Dauer und Halt ist.

Frankreich hatte die Charte, es hatte die Freiheit auf dem Papier; aber es hatte sie nicht in der Wirklichkeit, weil es selbstsüchtig nur der Befriedigung seiner Leidenschaften, der Befriedigung der ungeheuern Bedürfnisse lebte, welche Mode waren. „Seien wir aufrichtig, sagte Odilon Barrot bei dem ersten Reformbankett, die Regierung ist nicht allein schuldig; das Uebel liegt in uns selbst, in unsern öffentlichen Sitten, in unserer Scheu, den wahren Bedingungen der Freiheit Genüge zu thun." Das war ein treffendes Wort; Frankreich hatte den Genuß der Freiheit nicht, weil es mit Einem Wort nicht sittlich war; es war nicht sittlich, weil es ihm an wahrer Religion fehlte.

„Gibt es," sagte eine vaterlandsliebender Franzose, L'Auvergne, der berühmte Arzt, im Jahre 1843, „eine Religion im jetzigen Frankreich, so sucht man sie wenigstens vergeblich im Staate. Der Kultus ist ein leerer Schall; man glaubt an Gott entweder gar nicht, oder weil es herkömmlich ist; nur die viel kleinere Zahl glaubt an ihn aus Ueberzeugung."

Das ist nicht so zu verstehen, als ob Louis Philipp die Religionslosigkeit gepflegt hätte. Die Königin war eine sehr kirchlich-religiöse, priesterfreundliche Dame. Der König hing mit Liebe an ihr, und sie stimmte ihn mit zur Jesuitenfreundlichkeit.

Durch Vieles hat Louis Philipp sich in der öffentlichen Meinung zu Grunde gerichtet: aber unter diesem Vielen nicht in letzter Linie war das, daß seine Politik Jesuitismus war, und daß er sogar den Orden der Jesuiten in Frankreich so schalten und walten ließ, daß schon in der Mitte der vierziger Jahre durch ganz Frankreich die Entrüstung darüber laut ausbrach, und sein bitterster Feind, Thiers, der von ihm gestürzte Minister, diese Jesuitenpflege als eine furchtbare Waffe in der Abgeordnetenkammer gegen ihn gebrauchen konnte.

Der in Frankreich gesetzlich verbotene Orden der Jesuiten

— das Ministerium Martignac unter der Restauration hatte ihre Anstalten geschlossen — hatte bald nach Louis Philipps Thronbesteigung unter neugewählten Namen seine Anstalten wieder eröffnet, und die Jesuiten waren unter Louis Philipp in Frankreich mächtiger, als unter Ludwig XVIII. und Karl X.

In ihren eigenen, in „Jesuitenschulen", erzogen sie die künftigen Priester und die Söhne der einflußreichen Familien. Durch „geistliche Volksschulen" erzogen sie gegen eine Million Schüler wenigstens möglichst in ihrem Geiste. Die weiblichen Erziehungsanstalten für die höheren Stände leiteten sie durch die „Schwestern vom heiligen Herzen Jesu." Auch das gehörte wesentlich mit zur Entsittlichung Frankreichs; die Töchter kamen zuerst unter die Hände der Ammen hinaus auf's Land, dann herein vom Lande unter die Kammerzofen, ferne den Gemächern der Mutter; darauf, noch im zartesten Alter, ins Kloster, d. h. in die Erziehungsanstalten der weiblichen Orden von der Gesellschaft Jesu, und zuletzt unmittelbar aus diesen heraus in die Gesellschaft der großen Welt und ihre Genüsse, zum Schluß in die Ehe. Sie entbehrten all des Segens der Mutterliebe, der mütterlichen Erziehung, ohne welche die edelsten Keime der Menschennatur, Herz, Seele und Geist ihrer natürlichen Pflege und ihres rechten Wachsthums entbehren. Wo von den Gesetzen der Natur abgewichen wird, da wuchert leicht Unnatur und Widernatürliches auf.

Von Anfang an hatte Louis Philipp es nicht bloß geduldet, sondern gerne gesehen, daß die Jesuiten des Unterrichts und der Familien sich wieder bemächtigten: von Anfang an wurde ihnen vom Hofe und von der Regierung zuerst verstohlen, bald ungenirt, Förderung und Handreichung gethan. Louis Philipp, der „nichtlegitime" König, hoffte durch Jesuiten und Papst, wie durch seine Geschmeidigkeit gegen die Mächte des weltlichen Absolutismus und sein Einlenken in ihr Geleise, die Anerkennung seiner Legitimität zu erlangen. Der Julikönig gab den Jesuiten und Rom Zugeständnisse, er kam beiden entgegen, um sie aus Feinden des revolutionären Ursprungs seines Throns zu seinen Freunden zu machen.

Die Königin leitete Louis Philipp in die Netze der Jesuiten erst vollends recht hinein. Die Kanäle zwischen dem Hof und den Jesuiten schwellten die Macht der Letzteren im Laufe der Jahre so sehr an, daß hochgestellte Bischöfe Frankreichs, und zwar viele, die aus freisinnigen Grundsätzen oder aus andern Gründen das Umsichgreifen der Jesuiten nicht mochten, schwiegen oder sich fügten, aus Furcht vor dem bereits

allseitig erlangten Einfluß der Jesuiten an Louis Philipps Hofe; beugten sich doch selbst, aus Furcht vor dieser Macht, die Minister des Königs größtentheils, selbst Guizot.

Eine schöne Ausnahme von diesem Sichschmiegen und Beugen ist Villemain, der Minister des öffentlichen Unterrichts.

Das war ein Lärm durch die bezahlten oder dumm abdruckenden Zeitungen Europas: Villemain sei „wahnsinnig" geworden. Die Hof- und Regierungszeitungen Louis Philipps, und ihnen nach alle Jesuitenzeitungen Europas wiederholten, erstens, daß Villemain den Verstand verloren habe, zweitens eine Reihe Einzelheiten, wie er bei Abführung in die Irrenanstalt und daselbst sich benommen habe.

Thatsache ist, daß Villemain bald darauf seinen Verstand wiederfand; daß er öffentlich wider das Benehmen gegen ihn auftrat; daß Louis Philipp und in seinem Namen Guizot, der Protestant, an Villemain solche Ansinnen zu Gunsten der Jesuiten gestellt hatte, über welchen ein ehrlicher und freisinniger Mann hätte den Verstand verlieren können; daß Villemains Portefeuille hastig an einen bekannten Jesuitenfreund, an Salvandy, gegeben wurde, ohne auch nur eine Anstandsfrist lang seine Genesung abzuwarten; daß Villemain endlich, nachdem sein Ministerium durch den Jesuitenfreund besetzt war, gleich darauf von den Aerzten für völlig bei Verstand erklärt wurde, und er es durch seine bittern Veröffentlichungen auch bewies. Man weiß, daß man durch künstliche Mittel einen zum zeitweisen Narren machen kann, und daß der Jesuitismus im Stande war, so etwas zu thun. Man weiß aber auch, daß schon oft Gesunde für geisteskrank ausgegeben wurden, aus Intrike. Erwiesen ist freilich bei Villemain weder das Eine noch das Andere.

Die Jesuitenreligion aber, welche so Louis Philipp beförderte, war nicht diejenige Religion, die Frankreich bedurfte, um ein sittliches Land zu werden. Auf diesem Wege wurde weder Gottesfurcht noch Sittlichkeit erzeugt. Wo aber keine Gottesfurcht ist, da ist kein Gewissen; wo kein Gewissen ist, da ist kein Ehrgefühl und keine Manneswürde. Zudem trugen noch besonders zwei Dinge bei, das sittliche Verderben des damaligen Frankreichs zu befördern: Weiber und Bücher.

12. Weiber. Bücher. Eisenbahnen.

Die Weiber hatten unter Louis Philipps Regierung zu viel Einfluß auf die öffentlichen Geschäfte gewonnen, und andererseits brauchten sie zu viel Geld, um ihre Eitelkeit, ihren Hang zur Pracht, zu vornehmem Leben und zu Genüssen aller Art zu befriedigen. Das vergiftete das häusliche, das vergiftete das öffentliche Glück.

Auch die Bücher waren vielfach böse Geister, die ihr Gift zuerst in den obern Klassen ausbreiteten, und dann auch in den untern Klassen, wo es den religiösen und sittlichen Kern zerfressend fortwucherte. Alle bessern Franzosen klagten, daß Geschichten von der schändlichsten Art, vor deren Nennung man erröthen müsse, die Söhne und Töchter der untersten Stände, in welchen jetzt Alles zu lesen anfing, schon in den zartesten Jahren vergifteten. So wurde durch Bücher schon das in die Zukunft hineinwachsende Geschlecht verdorben, wie die Regierung durch ihre verderblichen Grundsätze auch die Jugend verdarb, die erst künftig ins Staatsleben eintreten sollte. Trauernd bemerkten dies die Patrioten und sagten: „Unsere Jugend hat das böse Beispiel gesehen, und sie wird es machen, wie sie es sich vormachen sah, um zu dem Zweck zu gelangen.“

Bücher und böses Beispiel verdarben besonders auch die ungemein zahlreichen Klassen der Arbeiter, in welchen bisher noch am meisten Sittlichkeit war. Das Frankreich Louis Philipps bewies, daß der Satz nicht so ohne Weiteres richtig ist, durch Vervollkommnung der Industrie, durch Ausbildung der mechanischen Mittel zur Hervorbringung, werde auch der Zustand des Armen verbessert. Das Frankreich Louis Philipps zeigte fast nur, daß dadurch die ohnehin schon mehr als hinreichende Wohlfahrt des Reichen noch erhöht wurde, und daß der Zustand der Armen nur dann dadurch auch mit würde verbessert werden, wenn man noch anderweitig für sie Vorsorge träfe. Besser bezahlt waren zwar jetzt die Arbeiter, sie hatten einen größeren täglichen Verdienst; aber sie waren dabei doch nicht besser daran, sie waren nicht glücklicher; sie waren vielmehr bei der besseren Bezahlung ärmer; sie verbrauchten mehr wegen der erkünstelten Genüsse, der kostbaren Bedürfnisse, mit denen sie die industriellen Reichen beschenkt hatten, und deren Genuß jetzt der Arbeiter dem Herrn nachmachte. Sie waren unsittlicher, unhäuslicher geworden.

Für öffentliche Arbeiten that die Friedensregierung Louis Philipps Außerordentliches. Ein Eisenbahnnetz, über ganz Frankreich hingezogen, kostete zwar mehr als anderthalbtausend Millionen Gulden, aber am meisten daran hatte der Mittelstand, die Bourgeoisie, zu zahlen, die in steigendem Wohlstand begriffen war.

Aber trotz alledem war Frankreich unter Louis Philipp ein Land, das sich im Ganzen höchst unglücklich fühlte. Der Zustand war ein solcher, der demjenigen gerade entgegengesetzt war, wie ihn die von Louis Philipp zu seiner Verherrlichung schwer bezahlten Federn in den Zeitungen Europa's schilderten.

Die eben gegebene Schilderung hatte der Verfasser dieses sechsten Bandes der Rotteck'schen Weltgeschichte schon im Jahr 1845 aus den Zeitquellen abgefaßt, und sie in einer Zeitschrift abdrucken lassen. Er hat aus den neuen Quellen Weniges nur beizufügen nöthig gehabt. Man hat es ihm damals zum Vorwurf gemacht, er sehe und zeichne zu schwarz. Er zeichnete weniger schwarz, als der eigene Sohn des Königs Louis Philipp, der Prinz Joinville, in seinem 1848 aufgefundenen Briefe an seinen Bruder Nemours, den eigenen Vater und die Regierung des eigenen Vaters zeichnete.

13. Ereignisse von 1841 bis zum Schluß des Jahres 1847: Frankreichs Sinken in der Meinung Europa's. Die Enttäuschung des deutschen Liberalismus. Tod des Herzogs von Orleans. Wachsen der Reformpartei.

Durch den Londoner Vertrag vom 13. Juli 1841, durch welchen die türkisch-ägyptischen Wirren, und zugleich die Isolirung Frankreichs und der Kriegslärm, ihr Ende fanden, schadete Louis Philipp sich sehr. Nicht Guizot, der nur des Königs Instrument war, sondern Louis Philipp selbst hatte diesen Vertrag abgeschlossen, eilig, um von den auswärtigen Mächten „wieder zu Gnaden angenommen zu werden," wie die Oppositionspresse sagte. Diese sah darin eine Erniedrigung Frankreichs, und man sagte dem Könige nach, „er habe die auswärtigen Mächte während der Kriegsrüstungen heimlich wissen lassen, es handle sich nur darum, der französischen Nation durch die Rüstungen eine gewisse Genugthuung zu geben, und er denke nicht an einen Krieg."

Aber nicht nur in den Augen der Franzosen schadete sich selbst dadurch Louis Philipp, sondern er schadete auch Frankreich in seiner Stellung zu den auswärtigen Mächten. Er selbst, der Julikönig, setzte sich zwar durch diesen Vertrag und sein Benehmen wieder an die große Tafel der europäischen Mächte, er saß nicht mehr allein, Rußland machte sogar freundliche Miene, welche der Möglichkeit „eines herzlichen Einverständnisses" zwischen Louis Philipp und Nikolaus eine hoffnungsvolle Aussicht gab.

Aber die auswärtigen Mächte hatten eben darin, daß „der König der Franzosen" sich so genugthuungslos, so leicht behandelbar, wieder an den Tisch der absoluten Könige drängte, leichtlich entnommen, daß sie nichts nöthig haben, als zu sagen, wir wollen, und daß dann der König der Franzosen nachgebe und sich dem Willen der Mächte beuge. Diese hatten jetzt erprobt, daß Louis Philipp um jeden Preis Frieden wolle, daß das einst so kriegerische Frankreich, so lange Louis Philipp auf dem Throne sei, nicht mehr furchtbar sei, daß dieser Mann auf dem Throne wohl mit den Waffen raßle, aber nie die Waffen hinaus trage, aus Angst für seinen Thron, wie aus unkriegerischem Wesen.

Aber auch Deutschland gegenüber schadete diese Politik Louis Philipps dem Ansehen und Einfluß der französischen Nation sehr. Deutschland dagegen, der deutschen Sache, nützte das sehr.

Der Kriegslärm mit Waffen und Zeitungsartikeln von Paris herüber heilte viele Deutsche von französischen Neigungen und weltbürgerlichen Träumen. Deutscher Idealismus, welcher die Wahrheit erkannt hatte, daß alle liberalen Herzen der Welt verbrüdert sein und für gleiche Grundsätze schlagen sollten, nahm aus den Aeußerungen des französischen Liberalismus wahr, daß derselbe, mit edlen Ausnahmen, im Allgemeinen auf der idealen Anschauung des deutschen Liberalismus nicht stand, und daß Liberale wie Nichtliberale in Frankreich durchschnittlich noch das alte Gelüste haben und das Jucken fühlen zum Tigersprung — auf die Rheingränze, die herrlichsten deutschen Lande. Der Verlust der Sympathie plötzlich enttäuschter Millionen Deutscher war ein Schlag für Frankreich, welcher Deutschland in Masse sich selbst zurückgab, und Frankreich in den Augen Rußlands und Oesterreichs um eben so viel schwächer machte, als zuvor die Sympathien Deutschlands es stärker scheinen ließen.

„Wieder in gutem Einverständniß mit allen Mächten zu leben,

das ist bedeutend genug, um mit dem Preis einiger unannehmlichen Diskussionen in den Kammern bezahlt zu werden," meinte Guizot unter seinen Vertrauten, tief verblendet. —

1842 starben dem Könige zwei Menschen, die ihn bisher sehr gehalten hatten, der Finanzminister Humann, und des Königs eigener Sohn, der Herzog von Orleans. Dessen Herz war treu der Charte; wie seine deutsche Frau, dem Geiste der neuen Zeit einsichtsvoll und redlich zugewandt. Mit seinem Tod löste sich ein starkes Band, das bis dahin Frankreich mit Louis Philipp verknüpft hatte. „Keine Hoffnung mehr!" hatte Louis Philipp dem Volke von Paris aus der Wohnung des Prinzen herausstürzend verkündet.

Das ist Gottes Finger! sagten die Legitimisten. Der edle Kronerbe war aus dem Wagen gestürzt auf der Straße, welche zufällig „Straße Revolte" hieß; und daran knüpften sie die Erinnerung, daß die Orleans von jeher an der Revolution sich betheiligt haben, und die Weissagung lag nicht fern, daß der Weg der Revolte ihrem Hause verderblich werden könne.

Zur Ausrottung des Sklavenhandels bestand seit vierzehn Jahren zwischen Frankreich und England das Recht der „Durchsuchung der Schiffe."

Dieses Recht war von den englischen Kreuzern bei der Mehrheit der französischen Handelsflotte an den afrikanischen Küsten auf eine Weise oft gehandhabt worden, welche für die französische Flagge etwas Beleidigendes hatte. Die Kammer verhinderte stürmisch die Erneuerung des Vertrags; sie sah in dem Durchsuchungsrecht eine Spekulation Englands auf den Ruin des französischen Handels. Die französische Eitelkeit fand eine Demüthigung in dem, was der stolzeste Britte sich ohne Weiteres gefallen ließ, des guten Zweckes wegen. —

In der Kammer waren im Jahre 1842 schon hundertneunzig Stimmen für „Reform," und nur hundertachtundneunzig dagegen. Auch diesen Fingerzeig beachtete Louis Philipp nicht. Nach dem Tode des Herzogs von Orleans wurde die reaktionäre Politik der Regierung noch ungenirter, obgleich sie nur noch eine Mehrheit von acht Stimmen in einer Hauptfrage hatte, und obgleich die Kammermehrheit nicht nur, sondern ein großer Theil der übrigen Kammer aus Beamten bestand, die von der Regierung abhängig waren. Durch das bisher bestehende Wahlgesetz hatte die Regierung eine solche Kammer zusammen gebracht: darum verlangte das Land eine Reform des Wahlgesetzes. Die immer stärker hervortretende Rückschrittspolitik

der Regierung verstärkte die Reformpartei sowohl an Zahl der Mitwirkenden, als an Steigerung der Theilnahme für sie durchs ganze Land. Die Spannung zwischen Frankreich und England wegen Tahiti beseitigte Guizot, ebenso die wegen Marocco.

Abdel-Kader.

Im Jahre 1844 hatte Frankreich den Kaiser von Marocco bekriegt, weil derselbe die Aufstände in Frankreichs algierischen Provinzen unterstützte und dem Todfeinde Frankreichs, Abdel-Kader, seine Gränzen als Zufluchtsort öffnete.

Die Algier benachbarten Eingebornen machten immer neue Versuche, die fremden Feinde wieder zu verdrängen. Die Franzosen mußten, um sich im Besitz Algeriens zu erhalten, gleich den Engländern in Ostindien, neue Eroberungen machen, die benachbarten Stämme unterwerfen oder vertilgen. Jahrelang schon währte der Krieg, schrecklich, unmenschlich: die Franzosen nahmen in Afrika weit mehr von der grausamen und blutigen Unmenschlichkeit der Eingeborenen an, als sie diesen an abendländischer Sitte und Bildung zu bringen wußten. In den Gebirgsketten zwischen Algier und Dschidscheli tödteten die Franzosen alle Männer in den Dörfern, und schleppten nur die Weiber und Kinder gefangen weg. Die Kabylen wie die Beduinen wußten sich zu rächen, und noch verderblicher für die Franzosen war das Klima, als der lange Krieg.

Die Seele des Krieges blieb Abdel-Kader, der Emir, der Chalifah, der Wüstenaraber, ein schöner Mann, in der Blüthe der Jahre, bekannt mit europäischer Sitte, kühn und schwärmerisch anzusehen. Wo der Name Abdel-Kaders genannt wurde, beugte jeder Araber, selbst der im französischen Heere dienende, seine Stirn ehrfurchtsvoll bis zur Erde: er war Held und Priester zugleich, das weltliche und zugleich geistliche Oberhaupt der Wüste. Immer wieder verkündeten die Regierungsblätter Frankreichs — Abdel-Kaders Vernichtung, und immer wieder, meist einen Augenblick darauf, stand er wieder in Waffen als der Angreifende, im Angesicht der Sieger.

Abdel-Kader regte alle Söhne des Islam an der Nordküste Afrikas für den „heiligen Krieg" auf. Von ihm wurde der Kampf den Seinen als ein Religionskrieg zwischen Muhamedanern und Christen dargestellt, ein Krieg, der jedenfalls ein Krieg für's Vaterland war.

Mit Bewunderung sahen alle edeln Menschen Europa's, mit Staunen die egoistischen Geschäftsmenschen in der, das Opfer lehrenden, aber für's Opfer immer unfähiger gewordenen christlichen Welt dem leuchtenden Beispiel zu, das Abdel-Kader und seine Söhne der Wüste, die Gläubigen des Korans, im Kampfe für die höchsten Güter eines Volkes gaben. Da sah man wieder glänzend, was die Begeisterung vermochte für die Idee, getragen von religiöser Weihe. Für Gott und Vaterland opferte der Araber der Wüste Alles, und fiel er im Gefecht, legte er noch mit krampfhafter Hand seine Flinte an, und schaute zum Himmel, den sein Glauben über ihm sich öffnen ließ, um ihn zu empfangen.

Solche Männer waren schwer zu besiegen, noch schwerer zu beherrschen. Die Franzosen thaten keine Wunder der Tapferkeit gegen sie: es waren keine gerechten Ursachen des Krieges vorhanden. Bei den Arabern Begeisterung für Glauben und Vaterland; bei den Franzosen Noth und Zwang, höchstens der Ehrgeiz. In den öden Strichen der Gebirge und der Wüste brachten Hitze und Durst unsägliche Leiden über die Fremden. Die Gefangenen wurden früher von den Beduinen in der Regel niedergemacht; Abdel-Kader, um das Niedermetzeln zu verhüten, setzte für jeden lebenden Gefangenen einen Preis aus. Wie hoch stand dieser Sohn des Korans und der Wüste über den Generalen und Marschällen Frankreichs und dem allerchristlichsten Könige selbst!

Im Sommer 1844 begab sich Abdel-Kader in das Gebiet des Kaisers von Marocco, um die Maroccaner für den heiligen Krieg in die Waffen zu bringen. Die Franzosen hatten in der letzten Zeit Vortheile über ihn errungen. Die Eifersucht der einzelnen Araberstämme aufeinander hatte den Franzosen leichteres Spiel gemacht, sie hatten Afrikaner durch Afrikaner bekämpft: darum suchte Abdel-Kader Hülfe in Marocco. Das rief den früher schon berührten Krieg zwischen Frankreich und Marocco hervor, und jene gesteigerte Spannung mit England.

England schrieb Frankreich vor, Marocco nur zu demüthigen, und auf die Eroberung zu verzichten. Louis Philipp fügte sich. Es hatte zwar mit seinem Landheer einen leichten Sieg bei Isli erfochten, aber Prinz Joinville, der ein französisches Geschwader befehligte, hatte zu gleicher Zeit einige maroccanische Hafenstädte nicht ohne großen eigenen Schaden beschossen; denn heimlich bedienten in diesen Häfen englische Artilleristen das maroccanische, vielleicht halb englische Geschütz. In dem unter Englands Vermittlung geschlossenen Frieden

versprach der Kaiser von Marocco, den gefährlichen Emir Abdel-Kader aus seinen Gränzen zu vertreiben.

Man jubilirte in den Regierungsblättern, der Held des politischen und religiösen Glaubens in Afrika „sei schon gefangen;" er aber blieb seines Armes mächtig; denn die Maroccaner hingen sehr an ihm.

Marocco hatte nicht einmal die Kriegskosten zu zahlen, und doch suchte die französische Regierung die Siegesbotschaften so sehr als möglich für den Nationalstolz der Franzosen herauszuputzen. Diese ließen sich aber so wenig zu augenblicklicher Begeisterung hinreißen, daß man behauptete, „die Polizei selbst habe in Paris um Geld Leute erstanden," die in den Theatern den alten Freiheitsgesang der Nation, die Marseillaise, verlangten, und, als sie gesungen wurde, Chorus dazu machten, nur damit in diesem, als Siegeshymne gebrauchten Schlachtlied ein Schein von Begeisterung sich zeige.

15. Besuch der Königin Victoria. Die spanischen Heirathen. Krakau. Scheinbare Auflösung der Jesuitenschulen.

Schein war es auch, wenn die Königin Victoria Louis Philipp im Schlosse zu Eu jetzt besuchte, und Louis Philipp kurz darauf den Besuch auf englischem Boden, in Windsor, erwiderte. Glücklich aber fühlte sich Louis Philipp über seine diplomatischen Erfolge in Spanien.

Der französische Gesandte in Madrid, Bresson, das Instrument Louis Philipps, setzte durch, daß die bourbonische Linie ungemischt auf dem spanischen Throne blieb. England wollte die junge spanische Königin Isabella mit einem Prinzen von Koburg verheirathen, Louis Philipp mit seinem Sohne, dem Herzog von Montpensier. Dagegen setzte sich England, das nicht auch einen Orleans auf dem spanischen Throne, und so Frankreich und Spanien vereint sehen konnte. England verzichtete, der Königin einen Koburg aufzudrängen, Louis Philipp auf die Vermählung der Königin mit seinem Sohn. Aber er setzte durch, daß die Königin Isabella mit ihrem Verwandten, dem Herzoge von Kadix, und ihre jüngere Schwester, die Infantin Louise Ferdinande, mit seinem Sohne Montpensier in derselben Stunde, an demselben Altare, am 10. Oktober 1846 getraut wurden.

Louis Philipps Scharfsinn und Intrikirungskunst erfochten darin einen Sieg über Englands Bemühungen und Ränke: vor seinen Augen lag die Zukunft leuchtend da für sein Haus.

England aber, Palmerston wie die Presse, warfen ihm „Wortbruch, Täuschungen und schnöde Mittel" vor. Auch die andern europäischen Mächte sahen scheel dazu, daß ein Sohn Louis Philipps „dem spanischen Throne so nahe gerückt war." —

Daß Rußland und Oesterreich kälter gegen ihn wurden, daß England schmollte, das kam dem siegreichen Louis Philipp nicht zum vollen Gefühl in der Ueberseligkeit über die glücklichen spanischen Heirathen. Was einst Ludwig XIV. gerufen: „es gibt keine Pyrenäen mehr!" wiederholten Louis Philipps Blätter und priesen die „tiefgreifenden Segnungen," welche aus der Verschwägerung der beiden Fürstenhäuser für die beiden Völker hervorgehen werden.

Frankreich aber, in und außer der Kammer, meinte, Louis Philipp habe „das große Interesse der englischen Allianz, die kaum um so schweren Preis wieder hergestellt gewesen, — einem bloßen Familieninteresse des Hauses Orleans untergeordnet, ja aufgeopfert." Die vermeinten Vortheile dieser spanischen Heirathen werden nimmermehr erreicht werden, auch für das Haus Orleans nicht. Dagegen habe Frankreich die Nachtheile des neuen Zerwürfnisses mit England schon jetzt darin, in bitterer Erfahrung, durchmachen müssen, daß die absolutistischen Mächte des Nordens, gestützt auf dieses Zerwürfniß Frankreichs und Englands, die Republik Krakau ungestört haben aufheben können. Hätte ihnen jenes Zerwürfniß nicht den Muth dazu gegeben, nie hätten die drei nordischen Mächte gewagt, dieses letzte Ueberbleibsel von Polen vollends zu vernichten. So sprach namentlich Thiers.

Während nämlich Frankreichs und Englands Kabinette ihre Aufmerksamkeit ganz dem spanischen Heirathshandel zuwandten, ward zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland ein Vertrag abgeschlossen, welcher den Freistaat Krakau aufhob und dessen Einverleibung in Oesterreich aussprach.

Frankreich war davon überrascht, aber nicht in der Lage, das, was dort geschehen war, in der Ausführung zu verhindern.

Das Ministerium Guizot hatte aber in der von ihm selbst geschaffenen Kammer in den politischen Fragen noch immer eine große Mehrheit, namentlich in dieser. Dagegen wurde der Antrag von Thiers gegen die Jesuiten fast einstimmig von der Kammer angenommen.

Der Antrag ging dahin, der Regierung den Vollzug der Gesetze, welche längst den Jesuiten das Dasein und Wirken in Frankreich verboten, „vertrauensvoll anzuempfehlen." Louis Philipp brachte durch Rossi in Rom die Verständigung mit dem Papste und dem Jesuitengeneral Roothaan dahin, daß die Jesuiten in Frankreich thaten, was sie im Jahre 1828 gethan; sie schloßen mit Geräusch diejenigen Unterrichtsanstalten, die unter ihrer unmittelbaren Leitung standen, die eigentlichen Jesuitenschulen; einige ihrer Klöster lösten sie auf, aber nur scheinbar, in andern wechselten sie den Namen. Sie hörten auf, öffentlich unter ihrem Namen da zu sein, blieben aber da; nur ein Theil von ihnen errichtete neue Jesuitenschulen hart auf der Gränze, welche Belgien und Frankreich scheidet.

16. Fälschung der Kammer durch die Regierung. Louis Philipps Unpopularität. Ihre Gründe. Die Opposition außer der Kammer.

Damit glaubte Louis Philipp dieser Sache eine Genüge gethan zu haben. Die Kammer beruhigte sich dabei: die auf den 1. August 1846 ausgeschriebene Neuwahl hatte durch die Wahlfälschungen der Regierung eine solche „Beamtenkammer" zusammen gebracht, daß darin 192 Beamte und nur 98 Nichtministerielle saßen, und zwei Drittel der Mehrheit theils durch ihr Amt, theils durch ihr Privatinteresse mit dem Ministerium in Verbindung standen. Noch nie hatte ein Wahlergebniß so schlagend dargethan, wie sehr das bestehende, fehlerhafte Wahlgesetz, nach welchem die Mehrheit der Kammer von der Minderheit der Wähler gewählt wurde, die Abgeordnetenwahl fast ganz der Regierung in die Hände gab.

Die so gewählten Abgeordneten waren die gehorsamen Diener der Einflußreichen unter ihren Wählern einerseits, und der Regierung andererseits. Die Mehrheit der Gewählten, deren Wahl nur bei diesem Wahlgesetz möglich war, trat jedem Anlauf, der innerhalb der Kammer genommen wurde, das bestehende Wahlgesetz zu reformiren, in geschlossenen Reihen entgegen, erstens aus Gründen der Selbsterhaltung, zweitens auf Weisung Louis Philipps.

Louis Philipps Politik und Regierungsart konnten nicht mehr fortbestehen, wenn eine Reform des Wahlgesetzes eine wahre Vertretung Frankreichs in die Kammer brachte: sein verdorbenes

System lebte, nach Art der Raubvögel, von faulem Fleisch, von einer verdorbenen Kammer. Sein System aber war er selbst. Sich selbst wollte er zuletzt aufgeben: darum war ihm jeder Wahlreformsantrag ein Gespenst, durch das er seine Existenz bedroht sah; darum wurde jeder derartige Antrag von den Ziehmännern, die er am Drahte hielt, in der Kammer niedergeschlagen; aber eben damit drängte er selbst die Bewegung für Wahlgesetzreform aus der Kammer, wo sie in verfassungsmäßigem Geleise verlaufen wäre, hinaus in die so leicht aufregbaren Gesellschaftskreise des ganzen Frankreichs.

Er machte sich immer unpopulärer, weil er immer mehr von seiner Staatsklugheit selbst eingenommen war, in seiner Verblendung nicht bloß die öffentliche Stimme, sondern selbst seiner nächsten Umgebungen unterthänigste abweichende Meinung unerträglich fand, und zuletzt Niemand mehr, auch die eigenen Söhne nicht, ihm etwas zu rathen wagten, weil es Niemand mehr durfte, und er jeder andern Meinung Ungnade und Argwohn entgegensetzte.

Besonders unbeliebt und mißachtet bei der Nation machte er sich vollends in seiner auswärtigen Politik dadurch, daß er in den Wirren der Schweiz auf die Seite des Sonderbunds, d. h. der Jesuiten sich stellte; daß auskam, aus seiner Familie fließen Gelder in das schweizerische Hauptquartier der Jesuiten. Ueberall fürchtete er vom Sieg der Liberalen, wie der spanischen, so der schweizerischen Liberalen, eine Ansteckung Frankreichs; er, der Bürgerkönig, welchen Laffitte und Laffayette auf den Thron gehoben hatten.

Die Opposition außer der Kammer wurde geleitet einerseits von aufrichtigen Freunden des Vaterlandes, andererseits von solchen, deren Haupttriebfeder der Ehrgeiz war, oder die Louis Philipp undankbar behandelt, tief gekränkt hatte, wie Thiers. Für die Erstern war eine längere Dauer dieses Ministeriums Guizot unvereinbar mit der sittlichen und politischen Wohlfahrt Frankreichs: sie mußten aus Grundsatz, aus Pflichtgefühl alle Kräfte aufbieten zum Sturz dieses Ministeriums; und nicht minder eifrig, und in Intriken geschickter, arbeiteten die Ehrgeizigen und die Beiseitgeschobenen aus selbstsüchtigen Gründen auf dasselbe Ziel hin.

Beiden in die Hände arbeiteten erstens der Mißwachs des Jahres 1846, der eine Theurung, in manchen Theilen Frankreichs eine Hungersnoth, zur Folge hatte, zweitens die Dummheit und dabei die skandalöse Schlechtigkeit der Minister, welche letztere in wahrhaft scheußlicher Gestalt sich enthüllte.

17. Mißwachs. Geldklemme. Anfang der Skandale in der Verwaltung.

Der Handelsminister Cunin-Gridaine, vielfach frühzeitigst, namentlich von dem Handelsstande der großen Seestädte, auf die drohende Noth aufmerksam gemacht und um zollfreie Getreideeinfuhr ersucht, sammelte monatelang bloß umständliche Berichte der Präfekten und Unterpräfekten über den Ernteertrag, und erklärte dann am 16. Nov. öffentlich, es sei Getreide hinlänglich vorhanden. Die Theurung und die Hungersnoth stiegen furchtbar. Jetzt, Ende Dezembers, erlaubte der Handelsminister die zollfreie Einfuhr von Getreide. Zu spät. Jetzt waren die russischen Häfen am schwarzen und assow'schen Meer, von welchen sonst das südliche und mittlere Frankreich, wo der Mangel an Getreide wegen schlechtester Ernte am größten war, ihren Bedarf geholt hatten, schwer zugänglich geworden, da der strenge Winter eingetreten war.

Selbst das, was in Marseille gelandet wurde, konnte wegen des Winters, der ausgetretenen Flüsse und der verdorbenen Wege nur mit großen Schwierigkeiten ins Innere des Landes verführt werden, und verspätete sich so nicht nur, sondern es vertheuerte sich auch. Dazu kam die Geldklemme, ebenfalls eine Schuld des Ministeriums, weil sie eine Folge des von ihm begünstigten Schwindels in Eisenbahn- und andern Aktienunternehmungen war.

An vielen Orten kam es zu Volksaufläufen und Gewaltthätigkeiten aus Hunger, und weil einzelne Gutsbesitzer die Preise ihrer Vorräthe unmenschlich steigerten. Einrückendes Militär stillte den Aufruhr, aber nicht den Hunger. Einige Grundeigenthümer hatten sich geweigert, theils die schriftliche Verpflichtung zu unterzeichnen, theils die unterzeichneten Versprechen einzuhalten, ihre Vorräthe zu den Preisen abzugeben, welche vom Volksausschuß als die höchsten, die erschwinglich seien — und diese waren höher als in Paris — festgesetzt waren. Der Wahnsinn des Hungers und die Verbitterung über diese Kornwucherer tödtete dieselben. Die Urheber dieser Morde ließ die Regierung hinrichten. Wäre die Regierung hülfreich gegen den Hunger eingeschritten und gegen die Kornwucherer, so hätte sie sich populär gemacht bei den ärmsten Klassen, und die blutigen Gewaltthaten wären unterblieben. So aber wurden die untern Volksklassen noch verbitterter.

Und dazu brachen jetzt die vollen Eiterbeulen der lasterhaften Regierung Louis Philipps plötzlich auf, eine schnell nach der andern; eine Massenhaftigkeit von Schandthaten und Schandgeschichten kam zu Tage, an welchen sich der Moder und die Verwesung der höchsten Kreise, namentlich der Regierungskreise Louis Philipps, vor Aller Augen bloß legte, innerhalb weniger Monate.

Es entdeckte sich zuerst durch die Presse, dann auf gerichtlichem Wege, daß die Verwaltung der Kriegshäfen von Rochefort und Toulon betrügerisch, die Kriegskassen in arger Unordnung waren. In Rochefort ergab sich, daß die Vorräthe seit einer Reihe von Jahren von hohen und niedern Beamten völlig geplündert worden waren; es stellte sich heraus, daß von diesen Plünderungen an den Seepräfekten und selbst an den Marineminister Duperre wiederholte Anzeigen gemacht, aber bei diesen ohne alle Berücksichtigung geblieben waren. Nach Rochefort sollte das Arsenal von Toulon untersucht werden: da — ging das ganze Arsenal Nachts in Flammen auf und der Brandstifter — wurde nicht bekannt. —

Nach dem Tode des Direktors im Getreidemagazin der Kriegsverwaltung zu Paris fehlten 28,000 Centner. Ein Unterbeamter hatte vor zehn Jahren schon auf die Unterschleife des Direktors aufmerksam gemacht, das Ministerium hatte die Sache nicht untersucht, den Unterbeamten vornherein als Verleumder behandelt und abgesetzt, er war im Elend gestorben. Das alles ergab die gerichtliche Untersuchung. —

Die Regierung hatte ein neues ministerielles Blatt „die Epoche," gegründet unter der Redaktion des berufenen Granier aus Cassagnac. Um diesem Blatte aufzuhelfen, hatte die Regierung sich von dem Unternehmer eines neuen Theaters in Paris für die nach dem Gesetz unentgeltlich zu ertheilende Concession — 100,000 Franken zahlen lassen, und diese an Granier gegeben. Auch diese Thatsache wurde gerichtlich erhoben. Emil von Girardin beschuldigte öffentlich und tagtäglich, Du Chatel, den Minister des Innern, derselbe habe in eigener Person diesen Handel eingeleitet und abgeschlossen. Der Minister klagte nicht, und Girardin veröffentlichte weiter, Granier habe, auf Grund seines Einflusses im Ministerium des Innern, mit den Geschäftsführern der französischen Posthalter einen förmlichen Vertrag abgeschlossen und sich verpflichtet, gegen die Zahlung von einer Million und zweimalhunderttausend Franken ihnen dazu zu verhelfen, daß die Regierung den Eilwagenunternehmern und Eisenbahngesellschaften die Auflage mache, von jedem Reisenden und für jede Meile an die Posthalter einen Cen-

time als Taxe zu zahlen. Auch dieses Raubprojekt, wobei es sich um Millionen zur Vertheilung handelte, blieb von Seiten der Regierung unwidersprochen, geschweige, daß sie gegen Girardin geklagt hätte. Gleich darauf veröffentlichte Girardin, sogar das Versprechen eines Sitzes in der Pairskammer sei von der Regierung verkauft worden. Die Regierung schwieg auch dazu.

Sie hätte auch zu dem Skandal geschwiegen, der über den General Cubieres und den Minister Teste, Beide Mitglieder der Pairskammer, zu Paris in aller Mund war. Erst als die Presse täglich anklagender und selbst die conservative Kammermehrheit in ihrer Forderung einer Untersuchung drohender wurde, ging die Regierung endlich, weil sie nicht mehr anders konnte, daran, eine Untersuchung einzuleiten, welche zwei Pairs und zwei Minister Louis Philipps auf die Anklagebank brachte, den einen wegen Bestechung, den andern wegen Bestechlichkeit.

18. Die Ministerprozesse. Guizot Ministerpräsident. Stimmung im Volke.

Cubieres, ein in den Schlachten des Kaiserreichs ausgezeichneter, höchst verdienstvoller General, früher Kriegsminister, und Teste, so eben noch Minister der öffentlichen Arbeiten unter Guizot und seit Kurzem Kassationspräsident, wurden, nach dem gewandtesten Läugnen, dessen überführt, wessen sie angeklagt waren, nämlich der eine, für die Ertheilung einer Concession an eine Bergwerksgesellschaft 100,000 Franks Bestechung geboten, der andere, sie angenommen zu haben.

Teste versuchte, sich im Gefängniß, ehe der Pairshof das Urtheil spreche, zu tödten, und man sagte allgemein, seine eigene Familie habe ihm durch seinen Sohn die Pistole dazu verschafft. Der Schuß war nicht tödtlich, er sollte seinen Fall überleben. Der Pairshof verurtheilte ihn zu dreijährigem Gefängniß, zum Verlust der bürgerlichen Rechte, zur Confiskation der empfangenen Bestechungssumme und zu einer Geldstrafe von gleichem Betrag. General Cubieres, der noch überdies angeklagt war, durch betrügerische Vorspiegelungen der Aktiengesellschaft einen großen Theil ihres Gesellschaftsvermögens abgelockt zu haben, wurde bloß zum Verlust der bürgerlichen Rechte, seiner Stellen und Orden, und zu einer Geldbuße von 10,000 Franks verurtheilt.

Noch ehe Frankreich, den Juni und Juli 1847 über, von diesen zwei Ministern Louis Philipps zu reden hatte, war am 1. März ein anderer Skandal mehr vertuscht als bekannt geworden: der Justizminister im Amt, Martin Du Nord, war von einem Polizeicommissär Nachts an einem schlechten Ort gefunden worden. Der Polizeimann durchsuchte ein Bordell, welches zugleich ein heimliches Spielhaus war. Wo er nur andere Leute, Industrieritter, Spieler und Wüstlinge zu finden gehofft hatte, fand er, in solcher Gesellschaft, auch den Justizminister Louis Philipps. Auch dieses Ministers sittlicher Sinn hatte sich abgestumpft, so sehr, daß er hier gefunden werden konnte. Zugleich mit dieser Kunde durchlief Paris die andere, daß er plötzlich gestorben sei, eines geheimnißvollen Todes, am 4. März. Die Regierungsblätter suchten dieses aufgedeckte Aergerniß damit zuzudecken, er sei in Blödsinn verfallen gewesen. Taktlos; denn es war unverantwortlich, einen in Blödsinn versunkenen Minister im Amt zu lassen, vollends in der Justiz.

Der Handelsminister Cunin-Gridaine wurde überwiesen, fünfhundert Eisenbahnaktien von der Nordbahngesellschaft, also ein Geschenk von zweimalhunderttausend Franken, gewiß kein grundloses Geschenk, angenommen zu haben. Als zum erstenmal in der Kammer eine Andeutung davon gefallen war, hatte Guizot erklärt, ein Minister, dem man so etwas nachweisen könnte, hätte etwas Infames gethan. Bald darauf war der Handelsminister dieser von Guizot als „infam“ bezeichneten That überführt.

Ein Herr Petit deckte später durch eine Denkschrift einen systematischen Stellenverkauf auf, welchen Génie, der Sekretär Guizot's, trieb. Odilon Barrot interpellirte darüber zu Ende des Jahres in der neuzusammengetretenen Kammer. Auf Guizot's Drohung, er werde vom Ministerium abtreten, falls man diese Angelegenheit in Berathung ziehe, wurde die Sache einfach durch die Tagesordnung beseitigt: die Mehrheit der Kammer wollte Guizot auch da noch nicht fallen lassen. — Der Deputirte Drouillard wurde wegen Stimmenerkaufs verurtheilt. Herr de Jussieu wurde überwiesen, sich anheischig gemacht zu haben, gegen 450,000 ihm zu zahlende Franken ein Eisenbahngesetz votiren zu lassen. Herr Lassale wurde vor das Zuchtpolizeigericht gestellt, weil er in Algier Stellen für Geld vergeben hatte. —

Diese und andere Skandale, wie z. B., daß ein Adjutant des Königs beim letzten Pferderennen 30,000 Franks im Spiel, im „Lanzknechten“, erprellt, und mit Durchhülfe seiner hohen Gönner sich

geflüchtet hatte, fielen gleich nach dem Prozeß Cubière=Teste, gleich nach dem Juli. Andere Skandale wären noch zu Tage gekommen, wenn nicht durch die Entlassung dreier Minister, welche der Verschleuderung von Geldern, des Nepotismus und des Stellenverkaufs angeklagt zu werden gewärtig sein mußten, vorgebeugt worden wäre. In dem gereinigten Ministerium Guizot aber blieben Du=Chatel und Cunin=Gridaine trotz der sie betreffenden Enthüllungen, und diese waren die einzigen übriggebliebenen von den ursprünglichen Mitgliedern des Ministeriums vom 29. Oktober 1840.

Soult war im Herbste dieses Jahres ausgetreten, und Guizot war nun auch dem Namen nach Präsident=Minister. Lange konnte er keine Personen finden, sein Kabinet zu ergänzen: kein Politiker von Namen und Rang in Paris wollte eintreten. In Folge der fortwährenden Skandale lag auf der Pariser Gesellschaft das allgemeine Mißtrauen Frankreichs, besonders der untersten Volksklassen.

Die untersten Volksklassen boten, nach einem wahrhaftigen und scharfsehenden Augenzeugen,* bei diesen Verhältnissen eine höchst eigenthümliche Physiognomie dar: sie waren sehr ironisch, und bewiesen auch dadurch ihre intellektuellen Fortschritte.

Bei einem Feste, das der Herzog von Montpensier der Diplomatie und andern Eingeladenen gab, hielten die Arbeiter mehrere Wagen an, sprangen auf die Tritte, und schrien hinein: „Ist Herr von Cubieres auch bei Euch? habt Ihr auch Herrn Teste geladen? wird auch Lanzknecht gespielt?“ Das Letztere als Anspielung auf jenen flüchtigen Adjutanten des Königs. Da Teste's Bestechung mit einer Concession der Salzminen in Gouhenans zusammenhing, äußerte bei Gelegenheit dieses Prozesses ein durch die Theurung unbeschäftigter Arbeiter: „Pah, die das Salz gestohlen haben, werden wohl auch vorher das Brod gestohlen haben!“ — Auf vielen hundert Anschlagzetteln im Fauburg St. Antoine las man die Worte: „Man sucht unbeschäftigte Arbeiter, um einen Hof und zwei Kammern zu reinigen.“ Die Polizei eilte, diese Zettel des andern Morgens sorgfältig abzureißen. Als die Mehrheit der Kammer mit 225 Stimmen auf die Anklagen Girardins sich zufrieden gab mit den Erklärungen der Minister, sagte ein Papierfabrikarbeiter: „Willst du einen Sumpf austrocknen, so frage nicht erst, ob's den Fröschen auch recht ist.“

Jedermann wußte, daß die zur öffentlichen Verhandlung gekommenen Bestechungen und Betrügereien nicht vereinzelt dastanden, und

* Der Pariser Correspondent des „westphälischen Dampfboots“ Augustheft 1847.

daß Andere nur darum das Schicksal Cubieres und Teste's vermieden, weil sie einen Theil des durch Bestechung gewonnenen Geldes für ihre Rettung ebenfalls wieder zu Bestechung verwendeten. — Einzig im civilisirten Europa war, daß mehrere Banken sich entschlossen, keine Werthe mehr durch die öffentliche Post zu verschicken, wegen der eingerissenen Unsicherheit bei Versendung von Geld und Werthen durch diese Staatsanstalt. Durch die Veröffentlichung dieser Bankiers schien sie wie für unehrlich erklärt.

Ein Stoß für die Regierung war auch, daß der Rath und Generalsekretär der Präfektur des Departements der obern Loire, Tuja, ein bekannter Conservativer, im Sommer 1847 seine Entlassung einreichte, und seine dabei schriftlich an den Präfekten abgegebene Erklärung veröffentlicht wurde. Diese ging dahin, „der schamlose Nepotismus, die Bestechung, die Käuflichkeit und die Habsucht, die allenthalben herrschen, die schmähliche Vergeudung des Staatsvermögens und die Herabwürdigung der Ehre und Achtung des Landes haben ihn zu diesem Schritt bewogen. Er bedürfe zum Leben einer reinen Atmosphäre, und könne es in einer verpesteten nicht aushalten."

19. Der Herzog von Praslin. Die Volkserbitterung.

Die Julifeier wurde an vielen Orten im Jahre 1847 zu Kundgaben gegen die Regierung benützt, und von Seiten her, welche Louis Philipp und Guizot hätten aufmerksam machen müssen, wenn sie nicht Gott mit Blindheit geschlagen hätte. In Caen, am 27. Juli bei dem Trauergottesdienst für die Juliopfer, erklangen plötzlich vom Altare der Hauptkirche her die Worte: „Alles sehr schön; nur schade, daß sie sich für die Corruption geschlagen haben." Der das sprach, das war ein beim Trauergottesdienst thätiger Diakonus. Ein zweiter Diakonus, sein Beistand, trat sogleich hinzu, legte ihm die Hand auf den Mund, und führte ihn in die Sakristei. Das war zu spät: die Wirkung und Nachwirkung waren da.

Der 17. August offenbarte Frankreich und Europa, durch einen neuen furchtbaren Schlag für das Regierungsunwesen Louis Philipps, bis zu welch' schaudererregendem Grade die Sittenlosigkeit und die Ruchlosigkeit unter den höheren Ständen der Gesellschaft gelangt war. In Frankreich wenigstens reichte die Kunst nicht mehr aus, gewisse Sachen durch Behutsamkeit nicht zu einem „Eclat" kommen zu lassen.

Der Herzog von Choiseul-Praslin ermordete, in ihrem Schlafgemach, im Palast ihres Vaters in Paris, seine Frau, die Tochter des Marschalls Sebastiani und Mutter von neun Kindern, nachdem das Opfer in langem wüthendem Kampf sich gegen den Mörder gewehrt hatte, unter Umständen, welche mit Grausen erfüllten. Der Mörder, Pair von Frankreich, das Haupt einer der ersten Familien des altfranzösischen Adels, war ein Mann aus der unmittelbarsten Nähe des Hofes, „intimer Freund einiger der königlichen Prinzen.“ Am 20. August mußte sich die Pairskammer abermals als Gerichtshof versammeln, — um eines seiner Mitglieder zu richten, wegen eines Verbrechens, das durch die Nebenumstände so scheußlich war, daß der Kanzler Pasquier es „das größte aller Zeiten“ nannte.

Die der Regierung feindlichen Zeitungen, namentlich der National und die Reforme, brachten in ihren Erörterungen über diese That die Verruchtheit derselben — mit dem herrschenden System in Zusammenhang. Ganz übereinstimmend damit machte die öffentliche Meinung Frankreichs die Regierung mitverantwortlich, den Hof mitschuldig. Man hat das unrecht gefunden. Wohl war die Missethat außer allem Zusammenhang mit der Politik, aber in sehr engem Zusammenhang mit dem politischem System Louis Philipps, das die Sittenverderbniß pflegte und groß zog, um sie für sich auszubeuten; in diesem Grad auf die Entsittlichung aller Stände bedacht und angelegt, war kaum das System des Jesuitismus in seiner schlimmsten Zeit unter den Bourbonen Spaniens, Neapels und in Oesterreich, zu dessen traurigsten Zeiten: ein verworfenes System säet, treibt und erntet Verworfenheit.

Die Volkswuth lagerte sich drohend in Massen vor dem Palast Sebastiani, wo der Mord verübt worden war, weil von oben auf den Mörder die Rücksicht genommen wurde, ihn bloß in seinem Palaste zu bewachen. Jetzt erst brachte man ihn in den Palast Luxemburg, das Sitzungsgebäude des Pairshofs. Die gegen die „schurkischen Reichen,“ wie sie sagten, erbitterten „Proletarier“ freuten sich, auch einmal wieder einen „Aristokraten“ auf dem Schaffot enden zu sehen. Diese Massen waren außer sich und tobten, als sich, noch ehe die ordentlichen Berathungen des Pairshofes begonnen hatten, die Nachricht verbreitete, der Herzog habe der weitern Untersuchung und Strafe durch Selbstmord sich entzogen. — Er hatte Gift genommen, wahrscheinlich schon vor seiner Verhaftung, und starb daran schon am 24. August.

Aus den Umständen, unter denen diese Vergiftung vor sich gegangen sein sollte, schöpften andere Leute, nicht bloß die Arbeiter, Verdacht, vom Hof oder von einflußreichen Mitgliedern der Pairskammer selbst sei die Vergiftung möglich gemacht worden, um dem „Skandal der Hinrichtung eines Herzogs und Pairs, eines ersten Mannes des Hofs, vorzubeugen.“ Es verbreitete sich sogar das Gerücht, das Gift sei dem Herzog beigebracht worden; und wieder ein anderes, der Herzog sei überhaupt gar nicht gestorben, sondern im Stillen entfernt, und nur zum Schein ein Grab gemacht worden. Die um das Schauspiel der Pairshinrichtung gebrachten Arbeiter aus den Vorstädten hatten unter dem ersten Eindruck der Todesnachricht nicht übel Lust, den Palast des Pairshofs zu stürmen, um sich von der Wahrheit oder Unwahrheit derselben zu überzeugen.

So unbegründet die Gerüchte sein mochten, ihre Entstehung lieferte jedenfalls eine Kritik der Regierung, und die Praslinische Mordgeschichte ließ einen bleibenden Eindruck auf die Pariser Arbeiterklasse zurück, ihr Haß gegen die Vornehmen wurde vollends unversöhnlich. Mit bitterer Ironie zogen die Arbeiter in ihren Verhandlungen über den Herzog von Praslin, über die Pairs und andere Leute, den Vorschlag in ernste Erwägung, einen Verein zur Besserung der obern Klassen der Gesellschaft zu stiften.

Bald kamen neue, wenn schon weniger tragische Geschichten zur Oeffentlichkeit, welche gleichfalls Personen aus den höchsten Ständen betrafen und die furchtbare Entsittlichung dieser Stände entblösten; den Beschluß machte der Selbstmord des französischen Gesandten in Neapel, des Grafen Bresson. Er hatte Louis Philipps Politik in Italien herb getadelt. Undankbar, wie immer, und herrisch, hatte Louis Philipp dem um ihn hochverdienten Mann eine demüthigende Zurechtweisung gegeben. Erbittert gegen den König, machte er seinem Leben eigenhändig ein Ende. Es war umsonst, daß ihn die Hofzeitungen an einer Krankheit sterben ließen.

20. Treubruch an Abdel-Kader. Vereinigung Louis Philipps mit den absolutistischen Mächten. Beabsichtigte Intervention in der Schweiz. Staatsschuld. Deficit.

Am Schlusse des Jahres 1847 kam aus Afrika die Kunde, daß der tapfere Emir, Abdel-Kader, sich dem General Lamoriciere ergeben habe.

Siebzehn Jahre hatte dieser furchtbare Feind Frankreich den Besitz Algeriens streitig gemacht. Vom Kaiser Maroccos, den er als Verbündeten Frankreichs vom Thron zu stoßen suchte, mit Uebermacht in die Enge getrieben, hatte Abdel-Kader sich auf französisches Gebiet geflüchtet, und, von allen Seiten umstellt, seine Unterwerfung angeboten. Lamoriciere und der Statthalter, der Herzog von Aumale, des Königs Sohn, schlossen darüber mit Abdel-Kader einen feierlichen Vertrag ab, Abdel-Kader begab sich am 23. Dezember in das französische Lager, aber Louis Philipp brach schimpflich den von seinem General und seinem Sohne geschlossenen Vertrag, und Abdel-Kader wurde, statt nach dem Morgenlande, nach Frankreich geführt und im Schlosse Pau gefangen gesetzt.

Auch der Schweiz gegenüber war die Politik Louis Philipps nicht ehrenvoll, möglichst ungeschickt. Die fortwährende Unterstützung der Jesuiten in der Schweiz und der von ihnen beherrschten Kantone durch Munition und Geld, so sehr im Geheimen das betrieben wurde, kam aus, und verbitterte die Nation: ebenso die in hochmüthig belehrendem Tone gehaltenen Noten, welche Louis Philipp an den Bundespräsidenten der Schweiz durch seinen Guizot erließ; ebenso das geheime Bündniß mit den absoluten Kabineten des Festlandes, mit Metternich, mit Rußland und Preußen, um der Schweiz, falls sie die Jesuiten und den Sonderbund nicht unangetastet lasse, allmählig das Schicksal Polens zu bereiten.

Louis Philipp und Guizot waren wirklich blind und frech genug, von einem bewaffneten Einschreiten gegen die Schweizer, die sich von den Jesuiten befreien wollten, zu reden. Ledru Rollin erklärte in der Kammer eine Intervention in der Schweiz für verbrecherisch. Eine andere Kammerstimme nannte die Minister der Julirevolution „Renegaten." — „Wir können das nicht länger dulden, zur Ord-

nung, zur Ordnung!" rief jetzt Guizot. „Erheben Sie sich doch, entgegnete scharf Odilon Barrot dem Minister, und wagen Sie es, den Ruf zur Ordnung zu verlangen!" Guizot schwieg beschämt, und wußte nichts zur Abwälzung solcher Schmach zu sagen. Louis Philipp gestattete es, daß seine Gemahlin, die jesuitenfreundliche Königin, und Graf Montalembert, der Führer der Ultramontanen, Geldsammlungen für die Schweizer Jesuiten, daß die Geistlichkeit in Frankreich Kirchengebete für den Sonderbund veranstaltete.

Auch sonst verletzte den Stolz der Nation das knechtische Benehmen der französischen Regierung gegen die fremden absolutistischen Mächte: dem österreichischen Hof zu Liebe verbot die Regierung die zu Wien mißfällige Hymne auf den Papst Pius IX. und seine Freiheitsbestrebungen; Rußland zu Liebe wurde der geistvolle und gelehrte Russe, von Bakunin, aus Frankreich ausgewiesen; Preußen zu Liebe der deutsche Schriftsteller Karl Grün und Andere, aus eben dem Frankreich, das sonst politischen Flüchtlingen die Gastfreundschaft nie verweigerte.

Zu gleicher Zeit berechneten die Blätter, daß das Julikönigthum in den siebzehn Friedensjahren bis 1847 neunhundert und zehn Millionen Schulden gemacht hatte, daß trotz dem ein Deficit von sechshundert Millionen Franken vorhanden war, daß eben eine neue Anleihe von 350 Millionen Franks mit Rothschild abgeschlossen wurde, und daß sich die Finanzen Frankreichs jetzt in keinem besseren Zustande befanden, als 1789, vor der ersten Revolution.

Da las man: „Von allen Verwaltungen seit der Revolution hat das Bürgerkönigthum am meisten gebraucht, selbst mehr, als die napoleonischen Kriegsjahre erforderten. Die verhaßte und vertriebene Restauration ist mit einem Budget von einer Milliarde ausgekommen; das Julikönigthum, welchem anderthalb Milliarden ausgezahlt wurden, hat mit diesem niemals ausgereicht."

21. Steigen des allgemeinen Mißmuths. Der Brief des Herzogs von Joinville's. Das Bündniß mit Rußland.

Der Mißmuth der Franzosen wuchs stündlich, und man sprach es aus, „das Ministerium Guizot werde bald hinscheidend eingestehen müssen, daß es etwas Höheres in der Politik gebe, als die Klugheit, nämlich Rechtschaffenheit und Achtung vor der Stimme der Völker."

Und an dieser traurigen Politik nach Außen wie nach Innen war der König selbst schuld, der König allein: die eigenen Söhne mußten das bezeugen.

Unter den vertrauten Briefschaften der königlichen Familie, welche nach ihrem Sturze gefunden wurden, sagte eben jener schon berührte Brief des Herzogs von Joinville an seinen Bruder Nemours: „Unser Vater, der König, ist unbeugsam; er hört keinen Rath mehr; sein Wille soll überall durchdringen. Es gibt keine Minister mehr; ihre Verantwortlichkeit ist null. Alles geht vom König aus. — Unsere Lage ist keine gute. Wir treten vor die Kammern mit einer jämmerlichen innern Lage, und mit einer äußern, die nicht besser ist. Das alles ist lediglich das Werk des Königs. Das Schlimmste ist, daß ich kein Mittel der Abhülfe sehe."

Der Prinz lag damals mit einer französischen Flotte an der italienischen Küste, und hatte Befehl, die Ereignisse abzuwarten. Die italienische Politik Louis Philipps zeichnet der Prinz also: „Die Errichtung des Ministeriums Palmerston hat das leidenschaftliche Mißtrauen des Königs erregt, und uns dadurch zu dem spanischen Handel veranlaßt, der uns in den beklagenswerthen Ruf der Unredlichkeit gebracht hat. Von England getrennt in dem Augenblicke, da die Ereignisse in Italien eintraten, haben wir an denselben nicht jenen thätigen Antheil nehmen können, welcher das Herz Frankreichs erfreut hätte und im Einklang mit jenen Principien gewesen wäre, die wir nun einmal nicht aufgeben können, weil wir vermöge derselben existiren. — Ich hatte gehofft, Italien werde uns einen Ausweg darbieten; aber wir können jetzt nichts Anderes thun, als von hier weggehen; denn bleiben wir an der Küste Italiens, so sind wir genöthigt, mit der Partei des Rückschritts in diesem Lande gemeinschaftliche Sache zu machen, was in Frankreich eine Wirkung verderblichster Art für uns hätte. Diese unglückseligen spanischen Heirathen! Wir haben den bittern Kelch noch nicht geleert, der durch sie gefüllt worden ist. Ich will Alles kurz zusammenfassen: in Frankreich zerrüttete Finanzen; auswärts die Wahl zwischen Abbitte und Ehrenerklärung an Lord Palmerston wegen der spanischen Heirathen, und dem Entschluß, gemeinschaftliche Sache mit Oesterreich zu machen, um in der Schweiz den Gensdarmen zu spielen, und in Italien gegen unsere Principien und gegen unsere natürlichen Bundesgenossen zu kämpfen. Das alles ist die Schuld des Königs,

und allein des Königs, der unsere verfassungsmäßigen Einrichtungen verfälscht hat. Ich finde das alles sehr ernst."

Dieser Brief war kurz nach Bresson's Selbstmord geschrieben; der Prinz wußte damals noch nicht, daß sein Vater — eben am Abschluß eines Bündnisses mit dem Czar Nikolaus stand, mit dem absolutistischen Rußland.

Diese Unterhandlungen Louis Philipps mit Rußland zu einem Bündniß sollen durch die gleiche Lockspeise veranlaßt worden sein, durch die im Jahre 1829 das Bündniß Polignac's und Karl's X. mit dem Czar zu Stande kam, — das nur die Julirevolution vernichtete — durch die Rheingränze.

Man hat gesagt, „das linke Rheinufer in französischem Besitz erhalte die deutschen Mächte „unselbständig," und diese eben damit ganz zur „Verfügung" Rußlands; zugleich werde dadurch Frankreich im Bündniß mit Rußland festgehalten, weil England ihm diesen Besitz nie gutwillig zugestehen würde, einen Besitz, der für Frankreich auch den Besitz Belgiens in sich schlöße." — Und das ist klar, wie der Tag.

Das waren glänzende Aussichten für Rußland. Das eingeengte Oesterreich und Preußen, und die beherrschten oder geköderten anderen deutschen Staaten, welche nach der russisch-französischen Wuchterdrückung dieser beiden deutschen Großmächte hülf- und haltlos waren, mußten von da an, hätte es Gott nicht anders gelenkt, von Rußland beherrscht und von Frankreich ausgeplündert werden. Ja, die Verarmung drohte dann den deutschen Landen gerade so, wie zur Zeit des ersten Napoleons. Dann erneuerte Rußland, wenigstens so weit es noch möglich war, das altnapeolonische Continentalsystem gegen — England.

Es war ein Gedanke des Czars Nikolaus, England auf diese Art zu erschöpfen, es an seinem Lebensnerv anzugreifen, und dann, wenn England geschwächt und beseitigt wäre, das Schiedsrichteramt über Europa und Asien allein an Rußland zu ziehen. Aber die gottlose Politik, welche die Völker als Nullen rechnete, hat Rußland zu den Folgen des Krimkriegs gebracht, und den „weisen Friedensnapoleon," Louis Philipp, zur Flucht mit Schmach.

Am Fett der deutschen Nation sich sättigen wollend, durch theils blinde, theils feile Politiker Deutschlands unterstützt, besonders durch die traurigen Umgebungen des Königs von Preußen und des Kaisers von Oesterreich gefördert, gingen, mitten in der Siegeshoffnung,

Rußlands Begier und Louis Philipps List zu Schanden, durch ein weltgeschichtliches Gottesgericht. Gott urtheilte und lehrte, daß es nicht bloß Fürsten gebe und Diplomaten, sondern Völker, und Männer des Volkes, und einen Gott, beider Schirm und Hort.

22. Die Reformbankette.

Dieses Gottesgericht weissagte am Ergreifendsten ein Lieblingsdichter der Franzosen, der Abgeordnete Lamartine, bei einem Gastmahle, das seine Vaterstadt Macon ihm zu Ehren gab. In Lamartine hatte der Geist der Zeit allmählig die Wandlung vom Legitimisten bis zum Republikaner vollzogen. Dieser hochgeborene Volksmann wandte sich mit Eckel von dem herrschenden System ab, solcher Schmutz empörte seine schöne Seele, und er sprach: „Wenn das Königthum aus einer Nation von Bürgern eine Rotte von Schacherern machen will, welche die mit dem Blut ihrer Väter eroberte Freiheit an den Meistbietenden verkaufen, dann wird das Königthum fallen. Es wird fallen, nicht in seinem Blute, wie das von 1789, sondern in seine eigene Schlinge. Und nachdem wir die Revolution der Freiheit und die Gegenrevolution des Ruhms gehabt haben, werden wir die Revolution des öffentlichen Gewissens, die Revolution der Verachtung erleben."

Die Zweckfestmahle fingen seit dem Sommer 1847 eine große Rolle zu spielen an. In der Kammer war es unmöglich, mit der Wahl- und Parlamentsreform durchzudringen. Louis Philipp und seine Minister liebäugelten immer offener mit dem Absolutismus Oesterreichs und Rußlands, und schmiegten sich immer mehr unter dieselben, und im „Tuilerienschloß am hellen Tag gingen die alten Gespenster" der vorrevolutionären Zeit, „kopflos," ohne zu „bemerken, daß sie die Köpfe verloren; ein leeres Gespreize, ganz wie sonst, ein abgeschmacktes Scherwenzeln; possierlich und schauderhaft; der alte Spuck, vor dem die Sonne erschrocken zurückprallte," wie Heinrich Heine mit treffender Ironie den Hof Louis Philipps verspottete.

Um den Ministern in der nächsten Kammersitzung mächtiger entgegentreten zu können, nahmen die Männer des Volkes und der Freiheit die alte Frage der Wahlreform wieder auf und suchten in ganz Frankreich eine Bewegung dafür zu entzünden, Kundgaben und Eingaben in diesem Sinne massenhaft vorzubereiten. Unter dem Vorsitz Odilon Barrots bildete sich ein Wahlausschuß aus den verschie-

denen Schattirungen der freisinnigen Richtung. Dieser faßte eine volksmäßig gehaltene Eingabe an die nächste Kammer ab, worin sie die bisherige Wahlart und Wahlhandhabung in ihr wahres Licht stellten, und zeigten, daß die Charte ohne Aenderung des Wahlgesetzes keine Wahrheit werden könne, und worin gefragt war, ob durch das bisherige Wahlgesetz die Charte noch länger verhöhnt, die Theilnahme an der Leitung des Staates noch länger ein Vorrecht von etwa 300,000 Reichen sein, die unermeßliche Mehrheit der Nation nicht einmal das Recht besitzen solle, sich Vertreter zu wählen?

Diese Eingabe forderte zunächst Vermehrung der Zahl der Wähler und der Zahl der Abgeordneten, und Taggelder für die Abgeordneten, damit kein Vertrauensmann der Wähler durch Unbemitteltheit vom Eintritt in die Kammer abgehalten werden könne. Diese Eingabe wurde in ganz Frankreich möglichst schnell und möglichst weit verbreitet. Darauf wurden unter dem Namen „Reformbankette" Festmahle veranstaltet, bei welchen die bekanntesten Persönlichkeiten der Kammer und der Presse die Nothwendigkeit der Reform und des Kampfes gegen die herrschende innere und äußere Politik in Trinksprüchen wie in feurigen Reden beleuchteten.

Das Bankett in Chateau Rouge in der Nähe von Paris machte den Anfang dieser Versammlungen, am 10. Juli 1847. Es waren gegen 1200 Theilnehmer, lauter Männer von bedeutenderer Stellung im Leben. Gegen siebzig Reformbankette folgten in allen Theilen Frankreichs, die bedeutendsten zu Dijon, Chalons und Lille. Ueberall waren auch sehr conservative Männer Mittheilnehmer. Bald nahm die Bewegung jedoch einen der Krone entschieden feindlichen Charakter an: die Republikaner und Socialisten drängten bei den Banketten die Constitutionellen in den Hintergrund. Neben dem Toast auf die Wahlreform kamen Trinksprüche auf die „von der Regierung schmählich verletzte Volkssouverainetät," auf die „politische Redlichkeit," auf „Organisation der Arbeit."

Bei den meisten dieser Bankette wurde kein Toast auf den „König" ausgebracht, obwohl in constitutionellen Ländern dieser sonst der erste ist. Bald wurde der Toast auf den „König" bei den Reformbanketten verboten, und zwar verboten nach vorhergegangener Berathung über die Zulassung oder Nichtzulassung desselben. Die Republikaner und Sozialisten setzten das Verbot durch, und die Partei, welche eine Wahlreform mit dem Königshause Orleans wollte, schickte sich darein.

Die Bedeutung der ganzen Bewegung lag vorzüglich auch darin, daß die Abgeordneten, Maires, Generalräthe, Stadträthe, Richter, Advokaten, Gutsbesitzer, Nationalgardeoffiziere und endlich die Arbeiter sich zu diesen Kundgaben die Hand reichten. Bei dem Reformbankett zu Orleans sprach der Abgeordnete Abbatucci: Aus der Mitte aller unabhängigen Parteien erhebt sich der Vorwurf gegen die Regierung: „Ihr würdigt Frankreich herab, Ihr besudelt den Ruhm seiner Vergangenheit, Ihr gefährdet seine Geschicke!" — Bei dem Reformbankett zu Lille war die Kundgabe schon stärker. Das war im November. Gegen 1100 zum Theil graduirte Personen nahmen daran Theil, und es ward einstimmig beschlossen, keinen Toast auf den König auszubringen. Als die Linke, die Schattirung Odilon Barrot, liberal, aber dynastisch, den Toast vorschlug: „Auf Erhaltung der Verfassung von 1830!" wurde dieser verworfen, weil „diese das Königthum in sich begreife." —

Zu Lyon, der zweiten Stadt des Landes, wurde zwar auch der Königstoast ausgeschlossen, aber doch war noch von der „constitutionellen Regierung" die Rede. Ueber sechszehnhundert Personen nahmen an dem Bankette Theil. Von den Säulen des glänzend erleuchteten Saales herab wehten neben den dreifarbigen Fahnen die Fahnen Polens, der Schweiz, Deutschlands, Italiens, der vereinigten Staaten.

Es waren nur Essen und Reden, aber Beobachter sagten: „Reden, welche mit so vielem Geist und so vieler Entschiedenheit in allen Theilen Frankreichs gehalten werden, bereiten unstreitig Handlungen vor, bei dem Charakter der Franzosen, dem kühnen Worte die muthige That folgen zu lassen."

Auch die Blätter der entschiedenen Opposition, die der Legitimisten, wie die der liberalen und republikanischen Partei, nahmen laut das Wort, namentlich der National und die Reform, das Organ Ledru Rollins, und ließen sich durch Verfolgungen und Verurtheilungen wegen Preßvergehen, die auf Grund der despotischen Septembergesetze gesprochen wurden, nicht abschrecken, der Regierung die volle Wahrheit zu sagen. Aber alle diese Kundgaben der Nation vermochten nicht, auf den verblendeten König Eindruck zu machen.

Als er am 28. Dezember 1847 die Kammern eröffnete, sagte er in der Thronrede, die ganze Reformbewegung sei bloß eine „von feindseligen und blinden Leidenschaften" unterhaltene Aufregung. Adelaide, des Königs treue Schwester, hatte sich, als der König ihr zuvor den Entwurf der Thronrede mitgetheilt hatte, dieser Stelle

derselben widersetzt, und gewarnt, der großen nationalen Bewegung ja nicht mit solchen Vorwürfen, die nur äußerst reizen müssen, Trotz zu bieten. Aber der König hatte ein so starkes Selbstvertrauen in sich und in seine Gewaltherrschaft, daß er auf diesen harten Worten beharrte, und Guizot soll in des Königs Sinn auch jetzt eingegangen sein, der Opposition in solcher Weise zu begegnen.

Der König, wie früher schon nicht mehr auf die Söhne, hörte seit länger auch nicht mehr auf den Rath seiner treuesten Rathgeberin, der sonst von ihm so verehrten Schwester. Er hörte nur noch auf seinen eigenen Willen. Auch vor den Jesuiten hatte sie gewarnt, und er hatte nicht auf sie gehört, so oft ihr Rath und Geist in früheren Jahren ihm heilsam gewesen waren. Mitten in der Aufregung, welche die Thronrede durch diese einzige Stelle in der Kammer und in der Nation hervor gerufen, starb Adelaide am 1. Januar 1848. Mit ihr ging der Schutzgeist Louis Philipps von ihm weg. —

In diesen Tagen schrieb ein Deutscher aus Paris: „Sie sind in der Eile nach ihrem Ziele, der politischen und kirchlichen Reaktion, zu weit schon geschritten, zu weit, um umkehren und dem Abgrund entrinnen zu können.“ Ein anderer Deutscher, Arnold Ruge, schrieb gleichzeitig aus Paris: „Es ist nicht mehr die Frage: wird das „System“ sich behaupten? Es ist nur noch auszumachen, welches andere an seine Stelle treten wird. — Die Geschichte der Revolutionen der Vergangenheit ist für die Volkshäupter und Staatsmänner so gut wie nicht vorhanden. — Man schmeichelt sich, klüger und stärker zu sein, als diejenigen, welche vordem die rächende Nemesis ereilte. Wir rufen mit Schillers Kassandra: „Das Verhängte muß geschehen, das Gefürchtete muß nah'n!“

XV. Der Aufstandsversuch der Polen 1846. Krakau's Einverleibung in Oesterreich — ein Bruch der Wiener Verträge durch Rußland und Metternich.

1. Polnische Verhältnisse nach 1831.

„Polens Auferstehung" blieb Losung und Ziel jedes ächten Polen. Die in der Verbannung, wie in der Heimath, hofften und trachteten, alle ehemals polnischen Landestheile wieder zu vereinigen zu einem selbständigen Polenreich mit Einrichtungen im Geiste der neuen Zeit.

Im Unglück kam auch dem Adel die Einsicht. Neben andern Ursachen des Zerfalls, worunter der Verrath als eine der ersten vorliegt, war die Revolution von 1830 auch gescheitert an der Theilnahmlosigkeit des Volkes, namentlich des vom Adel gedrückten Bauernstandes, dem man das für ihn leere Wort „Polens Unabhängigkeit" in adeliger Selbstsucht hinwarf, ohne ihm die bürgerliche Freiheit in der eigenen Heimath, freies Eigenthum, und damit Grund zu begeistertem Waffenkampf, zu geben. Die Fremde, die Zeit und die wachsende Einsicht zerrieben die Selbstsucht und die Anmaßung, die Vorurtheile und die Verblendung wenigstens an einem großen Theil des Adels, obgleich auch die freiwillig Ausgewanderten wie die Verbannten und Flüchtlinge sogar im Auslande noch, in Paris, Brüssel und London, das Bild ihrer unseligen Heimathsgeschichte wiederholten, und sich bitter bekämpften. Auch das ausgewanderte Polen war zerrissen, zerspalten, im Bruderkampf mit sich selbst. Ein Theil der Ausgewanderten aus der aristokratischen Partei verfiel zu Paris in religiöse Schwärmerei, verfiel hier den Jesuiten, dort der Mystik des religiös-politischen Schwärmers Towianski.

Die Verfolgung des katholischen Glaubens durch die russische Politik trieb die polnische Geistlichkeit auf die nationale Seite; sie griff jetzt thätig mit ein in das Befreiungswerk, und das Herz und der Eifer der gesammten katholischen Geistlichkeit Europa's konnte — so hofften einzelne polnische Führer — für die Sache ihres Vaterlandes und für die Führer derselben entzündet werden, wenn Sache und Führer sich religiös färbten. Viele waren durch Verbannung und Heimweh und das nationale Unglück wirklich in religiöse Gefühle und

Anschauungen tiefer hineingeführt worden; andere wollten die Federn der neuen politischen Erhebung religiös spannen, und die Kraft der Bewegung dadurch verstärken.

Es fehlte aber Allen die in politischen Dingen unerläßliche Nüchternheit des Ueberlegens und des Handelns, neben dem Enthusiasmus der Verstand für die Wirklichkeit. Und so geschah Manches, was zerging, und zergehen mußte, trotz aller Vaterlandsliebe des Herzens, in beiden Schattirungen des „Polenbundes" im Ausland, der sich von England durch das ganze Festland bis in die Schweiz zog. Der Bund umfaßte nämlich eine demokratische und eine aristokratische Schattirung.

Die erstere war die ohne Vergleich an Zahl stärkere, und zählte auch zum wenigsten eben so viel Adel in ihren Reihen, als die aristokratische. Denn nicht die Geburt machte den Unterschied, sondern die politische Anschauung. Beide gingen auseinander in dem, wie Polen wieder hergestellt und eingerichtet werden solle, so sehr beide die Wiederherstellung wollten. Es war, als müsse derjenige Theil des polnischen Adels, den nichts umzuwandeln vermochte, und der unliberal, kalt gegen den Bürger und Bauer blieb, also unzeitgemäß war, aussterben in der Fremde, aussterben in der Heimath.

Zu dem, was in andern Abschnitten über Polens Zustände gesagt ist, kommt noch Folgendes. Seit der Czar Nikolaus die Verfassung Polens vernichtet und ihm „ein organisches Statut" aufgezwungen hatte, war Polen ein unglückseliges Land.

Das organische Statut gab dem Lande immerhin noch einige Gewährschaften eines freieren Daseins. Aber das Statut blieb auf dem Papiere: die verheißene „freie Gemeindeverwaltung" trat nie ins Leben; der Verwaltung war die polnische Landessprache durch das Statut zugesichert, die polnische Sprache aber mußte der russischen in der Verwaltung weichen. Wie die Glaubensfreiheit, die das Statut zusicherte, geschützt wurde, haben wir gesehen. Die zugesicherte persönliche Freiheit wurde noch weniger geachtet. Die verheißenen Provinzial- und Kreisstände wurden zwar eingeführt, hatten aber nach dem Statut nur eine berathende Stimme, und durften nichts berathen, als was die Regierung ihnen vorlegte; dieses Geschenk war also eine taube Nuß. Das Statut enthielt die Bestimmung: Die Richter können mittelst disciplinarischer Untersuchung aus ihren Stellen entfernt werden. Eine Verfassung, die einen solchen Artikel in sich schließt, ist vornweg eine Spiegelfechterei. Russische Statthalter entsetzten ohne



Ludwig Ernst Kraft Fürst von Oettingen-Wallerstein.

(Band VII. Seite 55.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

Weiteres mißfällige Richter ihrer Stellen, wie in Luckow und Block; und beeinflußten die richterliche Entscheidung. *

Als gäbe es kein organisches Statut, wurde in Polen gewaltet in gar vielen Stücken, und wenn der Wille des Czars das nicht war, so geschah das doch durch die Russen, die er ins Land sandte, und er hörte nicht auf die Klagen dagegen. Die gesammte Leitung des Kirchen- und Schulwesens lag auch für Polen in der Hand des Direktors im Ministerium der Polizei, und dieser Direktor war ein russischer General. Jeder nationalen wissenschaftlichen Bildung waren durch Schließung der polnischen Universitäten die Thüren verschlossen. Der Schulunterricht war in russischer Weise aufgezwungen, selbst die Lancasterschulen der Gutsbesitzer waren aufgehoben, und wer studiren wollte, ohne was kein Pole für ein Staatsamt fähig war, mußte nach Rußland gehen und daselbst studiren. Die Lehrbücher für die Schulen ließ die russische Regierung anfertigen, und darin war, wie die Geschichte, so das Dogma russificirt.

Die Steuern wurden seit 1831 durch neue vermehrt, die alten um zehn Prozent erhöht, und jede nicht bis zum dreißigsten des Monats entrichtete Steuer wurde durch Kosaken erhoben. Das frühere nationale polnische Heer war seit 1831 aufgelöst, die Rekrutirung eingeführt, und die polnischen Regimenter wurden zerstreut, meist nach dem südlichen Rußland verlegt, auch zum Kampf im Kaukasus verwendet; in Polen aber lagen Russen als Besatzung, und die Kosaken waren in Polen Diener der Polizei, natürlich neben jener geheimen, welche ganz Polen durchflocht. Trotz ihr lief im Lande manches Buch und manches Blatt um, das für die nationale Auferstehung geschrieben war.

2. Die Nationalverschwörung von 1846.

Seit dem Jahre 1837 war im Königreich Polen (Russisch-Polen), wer nur immer politisch verdächtig schien, verhaftet und abgeführt, aus den Gütern Czartorisky's in Lithauen die Bevölkerung von vierzig Quadratmeilen nach dem Süden Rußlands übersiedelt worden, und alljährlich hatte man Sendungen politisch Angeklagter und Verurtheilter nach Sibirien und in die südlichen Bergwerke geschickt. —

* Eine sehr ins Einzelne gehende Darstellung der Justiz- und Verwaltungsverhältnisse gibt „Die Gegenwart II. 130—141.“

So war die Vaterlandsliebe im Königreich Polen theils eingeschreckt, theils decimirt. Dagegen hoffte der im Ausland lebende Polenbund im österreichischen Polen und im preußischen Polen um so mehr Anklang und Verstärkung zu finden. Denn es war in Versailles beschlossen, auf das Jahr 1846 eine Nationalerhebung zu versuchen, und zunächst Posen zum Waffenplatz zu machen.

Mit Posen, Galizien und Krakau stand die „demokratische Gesellschaft" des im Ausland lebenden Polens seit dem Jahre 1835 in aufregender Verbindung, und nicht nur Schriften und Ideen, sondern geheime Sendboten dieser Gesellschaft schlichen sich von Zeit zu Zeit in diese ehemaligen polnischen Provinzen ein, und im Jahre 1840 hatte sich in Posen bereits eine dem Aufstand nahe Aufregung gezeigt.

Im Jahre 1846 aber hatten die politischen Dinge in Preußen einen solchen Umschwung genommen, daß viele polnischen Gutsbesitzer Posens einer Revolution abgeneigt waren, ebenso darum, weil sie jetzt auf gesetzlichem Wege ihre Wünsche für ihre Nationalität zu verwirklichen hofften, als weil sie die Mittel zum erfolgreichen Aufstand für unzureichend, den Zeitpunkt, mitten im Frieden, ohne daß eine der Polen beherrschenden Mächte anderweitig mit Krieg beschäftigt war, für ungünstig hielten.

Mieroslawski war von dem Polenbunde zur Leitung der Nationalerhebung bestimmt worden, ebenso wohl zur Einsetzung einer provisorischen Regierung und zur Organisirung des Aufstandes, als zum Oberanführer in militärischer Hinsicht mit unbeschränkter Vollmacht. Der 21. Februar 1846 war der festgesetzte Tag für den allgemeinen Aufstand. Die Instruktion, welche Mieroslawski mitgegeben wurde, für die Durchführung der Revolution, war bis ins Einzelste gehend, und für den Zweck mit großer Umsicht berechnet. Wenn die Lage der Sachen an Ort und Stelle in Polen so war, wie sie die Berechnung zur Grundlage genommen hatte, so war der Plan des Erfolgs sicher. Aber die, welche die Rechnung machten, waren im fernen Ausland; und die Berichterstatter von Polen aus hatten getäuscht, gewiß unabsichtlich; aus politischer Unfähigkeit.

Selbst bei Mieroslawski war die Einbildungskraft und der slavisch-romantische Schwung viel größer, als der Verstand, und zwar nicht bloß jener politische Verstand, der vornweg nöthig ist, wenn man es unternimmt, Nationalsachen durchzuführen, ohne das Glück, Habe, Freiheit und Leben von Hunderttausenden oder Millionen Menschen leichtsinnig auf das Spiel zu setzen. Mieroslawski schwärmte für

sein Vaterland; aber seinem ganzen Wesen nach war er überwiegend Phantasiemensch, wenige Jahre darauf sogar Phantast. Wer Großes mit Völkern durchsetzen will, muß die Gabe haben, die Völker schwärmen zu machen, und zugleich über dem Feuermeer der von ihm entzündeten Begeisterung als ein kalter Stern zu stehen, welcher leitet und welchem sie folgen. Das Zweite ist die sichere Kenntniß und Wägung der Mittel: auch dazu taugt kein Phantast, und hätte er noch so großen und schönen Idealismus.

Mieroslawski, längere Zeit in Posen und von da aus thätig, aber getäuscht durch schwärmerische Parteimänner am Ort, welche durch das Losschlagen dem Verrath und der Entdeckung zuvorkommen wollten, sah sich plötzlich dennoch entdeckt und verhaftet am 12. Februar. Er war verrathen worden, oder hatte sich die Lebhaftigkeit und Geschwätzigkeit der Polen selbst verrathen. — Die Polen — und die Deutschen — können nicht alle schweigen, wie die Tyroler und die Spanier schwiegen über ihre Erhebung.

Mit Mieroslawski's Verhaftung war der Mittelpunkt des Aufstandes durchbrochen: der fehlte jetzt, welcher alle Fäden des Ganzen gezogen hatte und in seiner Hand zusammen hielt. Denn weder der Graf Wiosiolewski in Galizien, noch Tyssowski, der in Krakau leitete, war in der Lage, jetzt plötzlich den aus der Bewegung herausgenommenen Oberleiter über Nacht zu ersetzen. Ein Theil wollte darum für jetzt zurücktreten, ein anderer Theil der Verschworenen war aber schon zu weit vorgegangen und schlug los.

In Krakau bildete sich eine „Nationalregierung," welche ganz Polen unter die Waffen rief und den Bauern die Ablösung aller Frohndienste, Grundzinse, und völlig freies Eigenthum zusicherte. Tyssowski machte sich zum Diktator; er durfte, um die Kriegsbedürfnisse zu beschaffen, im Einverständniß mit der Geistlichkeit, die Kirchenschätze angreifen; er warf die österreichischen Truppen ins Innere Galiziens zurück, bemächtigte sich der Salzwerke von Wieliczka und der dortigen vollen Kasse; aber russische und österreichische Truppen zogen heran, in Krakau selbst bereitete sich eine Gegenrevolution gegen Tyssowski, am 3. März zogen die Russen in Krakau ein, bald darauf auch die Preußen unter General Brandenburg; die Häupter des Aufstands flohen. Tyssowski, auf dem Wege nach Frankreich, wurde in Sachsen verhaftet und auf den Königsstein gebracht.

In Galizien hatte die Wiener Politik das Richtige getroffen, die Bauern von den Edelleuten zu trennen. Wie diese Politik selbst

die Nationalitäten des Kaiserstaats gegen einander spannte und gebrauchte, so spannte und gebrauchte sie in Galizien das bäuerliche Element gegen das adelige. Die Edelleute hatten durch Druck und Uebermuth die Bauern jahrelang gegen sich verbittert, und die Beamten der österreichischen Regierung hatten mit den Bauern leichtes Spiel.

Zur Unterdrückung der ausgebrochenen Adelsverschwörung nahm man von österreichischer Seite aus seine Zuflucht zu den rohen Massen, die Bauern wurden gegen den Adel bewaffnet, und die entzügelten Bauernhaufen metzelten nun mit blutiger Hand die Feinde der österreichischen Regierung nieder und glaubten, sie treffen nur ihre alten Peiniger und Unterdrücker. Den entsetzlichen Metzeleien, gräulichen Thaten, wie sie nur in Zeiten finsterster Barbarei geschahen, dem Brennen und Brandschatzen, dem Kirchenraub sah die österreichische Regierung ruhig zu. Ganze Familien des Adels wurden ausgerottet, ganze Ortschaften verwüstet; gegen 1500 Adelige fielen durch die Bauern, Polen durch Polen.

Die Polen nahmen nachher an, Metternich habe den Plan zu dieser „galizischen Adelsvesper" entworfen. Bei diesem Stück des politischen Satanismus ist er wohl unbetheiligt, und die Schuld trifft die Beamtenkaste der niedern Stufe in Galizien, welche als die verderbteste geschildert wird, und diese Teufelei anrichtete, den polnischen Bauer aufhetzte und waffnete gegen den polnischen Edelmann, und in dem bisherigen Knecht dem Edelherrn seinen Henker schuf. Oesterreichische Offiziere in Galizien mögen mitgewirkt haben. Gewiß ist, daß dem Hauptmann der Bauerngräuel, dem Räuber Szelá, Schmeicheleien und Auszeichnungen von österreichischen Beamten zu Theil wurden; daß das Standrecht, ehe der Aufstand des Adels zum Ausbruch kam, verkündet wurde; daß eine große Truppenmacht in Galizien lag, und unthätig blieb gegen die Räubereien und Mordbrennereien der Bauern; daß des Militärs einzige Thätigkeit in den Verhaftungen des Adels bestand. —

Während in Galizien der polnische Bauer den polnischen Adel zu Boden schlug, erlag in Preußisch-Polen der Aufstand. Schon am 14. Februar waren gegen dreihundert Personen verhaftet. Dennoch gingen der Graf Potocki und der Gutsbesitzer Dumbrowki mit einem Haufen über die russische Gränze, bis in die Nähe von Warschau, um das Königreich Polen, Lithauen und Volhynien in Aufstand zu bringen. Aber sie waren getäuscht durch unwahre Berichte fanatischer Parteigenossen: die Gemeindevorsteher der Bauern ver-

riethen die „Befreier" an die Polizei. Einige Russisch-Polen wurden zuerst mit der Knute halb todt gehauen, dann gehenkt; Graf Potocki, Dumbrowski und Baumeister Ruprecht zur Durchführung unter dem Galgen und zur Abführung nach Sibirien verurtheilt.

Posen wurde am 7. März in Kriegszustand erklärt, obgleich nur hie und da eine Handvoll Bauern von fünfzig oder sechzig Mann sich bewaffnet zeigte.

So endete der ohne die nöthige Kenntniß der Stimmung und des Bodens unternommene, leichtsinnig ausgeschwatzte Aufstandsversuch.

3. Die Folgen des Aufstandes.

In Galizien wurden die Grafen Theodor Wiosiolewski und Johann Kapuszinski zu Lemberg hingerichtet, durch den Strang. — Die polnische Bevölkerung, die weibliche voran, welche in den Verurtheilten nur Märtyrer des Polenthums sah, begleitete am 31. Juli 1847 mit außerordentlicher Theilnahme die Beiden, „um von ihnen, die sich fürs Vaterland geopfert haben, einen letzten Scheideblick zu erhaschen." Weder die Bajonnete des Fußvolks, noch die Säbel der Reiterei, noch die Polizeiaugen schreckten sie. Die Fenster und Balkone der Häuser in den Straßen, welche zum Galgenberg führten, waren schon vor Tagesanbruch mit Herren und Damen aus allen Schichten der Gesellschaft besetzt; Fenster, Balkone und Hauseingänge mit Blumen geschmückt, und zwischen den Blumen Alles schwarz gekleidet, in tiefster Trauer.

Dann folgte Alles dem Wagen der Verurtheilten, in welchen Blumen, benetzt mit Thränen, geworfen wurden, der starken militärischen Begleitung zum Trotz. Der Augenblick des Vollzugs des Urtheils war die Losung zu herzzerreißendem Jammergeschrei vieler Tausende, welche an der Richtstätte betend auf den Knieen lagen. Später wurden die Kundgaben am Grabhügel fortgesetzt; Prozessionen dahin wurden veranstaltet und Tausende betheiligten sich dabei, bis dem durch Militärmassen gewehrt wurde; aber mit Steinwürfen, besonders von Frauenhänden, vertheidigte sich die Theilnahme für die Geopferten.

Etliche zwanzig andere Angeklagte wurden zu zwanzig bis fünfundzwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Das Urtheil wurde vollzogen; vierzig Andere wurden begnadigt.

Der Bauernführer Szela erhielt von Wien aus — die goldene

Medaille. — Zuerst hieß es in den Regierungsblättern, „wenn auch unter seiner Anführung manche Mordthat geschehen, manche Gräuel verübt worden seien, so lasse sich doch auch nicht läugnen, daß er wohl noch weit mehr Grausamkeiten verhindert und einen großen Theil der wilden Bauernhorden in Ordnung gehalten habe.“ Bald darauf las man, „durch strenge Untersuchung sei sein redliches Bemühen zur Herstellung der Ruhe aufs Glänzendste erwiesen worden.“ —

Durch ganz Europa hielt man den Vollzug der schimpflichen Verurtheilungen, in der jetzigen Lage Oesterreichs, außerhalb gewisser Kreise, für unpolitisch. Daß vollends das Wiener Ministerium zur Besiegung der Unruhen den Führer von Mörderbanden zu Hülfe nahm, und diesen Mann zuletzt noch mit der goldenen Medaille schmücken mußte, daraus zog man den Schluß, daß in den polnischen Landestheilen das Ansehen der österreichischen Regierung auf einem sehr schwankenden Grunde ruhe.

Am Wiener Hofe aber, wo nach dem bekannten Ausdruck „der Absolutismus kindisch geworden war,“ frohlockte man in stolzem Selbstgefühl — über die Einverleibung des Freistaats Krakau in den österreichischen Kaiserstaat.

Der Freistaat Krakau wurde als ein erobertes Gebiet behandelt, und die drei Schutzmächte, Rußland, Oesterreich und Preußen, widerriefen ihre Uebereinkunft vom 3. Mai 1815, weil „Krakau der Herd aller Unruhen und der Mittelpunkt der polnischen Emissäre sei.“ Stadt und Gebiet Krakau wurden „zur bessern Ueberwachung“ Oesterreich einverleibt; „der Freistaat habe die Neutralität gebrochen, welche man bei der Gewährleistung seiner Unabhängigkeit auf dem Wiener Congreß vorausgesetzt habe.“

Dem deutschen Bundestag wurde bloß von Oesterreich und Preußen nach vollzogener Sache mitgetheilt, daß und warum sie im Einverständniß mit Rußland den Freistaat Krakau aufgehoben haben. Die beiden Hessen und Hannover sprachen allein ihre Zustimmung und ihren Dank für die Einverleibung Krakau's aus. Die übrigen deutschen Staaten billigten bloß die beiden Grundsätze der drei absoluten Großstaaten, welche dieselben als ihre Beweggründe mittheilten.

Diese „Beweggründe“ darf die Weltgeschichte nicht übergehen, erstens, weil ihre diplomatische Fassung und ihr Zusammenhang wohl einzig in ihrer Art sind; zweitens wegen der Folgerungen und Folgen, welche in unsern Tagen — Kaiser Napoleon III. daraus herzuleiten wußte, und zwar logisch ganz folgerichtig.

Sie lauteten: 1) Jeder rechtsgültig geschlossene Vertrag hat den Werth gegenseitig gelobter Treue. Jedem Theilnehmer an einem Vertrag liegt die Pflicht ob, die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und pünktlich zu erfüllen; es steht ihm gleicherweise das Recht zu, die Erfüllung eingegangener Verpflichtungen zu fordern. 2) Ihre Majestäten können jedoch keineswegs einräumen, daß ein Vertrag bestehen könne, ohne jene Verknüpfung gegenseitiger Rechte und Verbindlichkeiten, noch daß die Grenze dieser Rechte und Verpflichtungen willkürlich über den Bereich der Betheiligten hinaus erweitert oder durch Einmischung Nichtbetheiligter beschränkt und verschoben werden dürfe."

Das waren die vieldeutbaren Grundsätze der drei absoluten Mächte, denen der Bundestag zustimmte trotz ihrer Vieldeutbarkeit, und das Protokoll gerade über diese Verhandlung wurde ausnahmsweise vom Bundestage veröffentlicht! —

Der Freistaat Krakau war im Jahre 1815 für unabhängig erklärt worden „auf ewig," und zwar unter der Gewähr des Wiener Congresses, nicht durch ein Sonderübereinkommen Oesterreichs, Rußlands und Preußens: das übersahen diese drei Mächte. Selbst wenn ein Bruch der Neutralität vorgelegen wäre, war in den Wiener Verträgen nirgends die Möglichkeit gegeben, den dem Freistaat zugesicherten Schutz zu widerrufen. Das kümmerte die Politik des Absolutismus nicht. In den Wiener Verträgen stand ausdrücklich: „Nie soll eine bewaffnete Macht in den Freistaat eingeführt werden können unter irgend einem Vorwand, welcher es immer sein möge." Trotz dem hatte Metternich schon bald nach dem Jahre 1831 Krakau mit österreichischen Truppen belegt, unter Zustimmung Rußlands und Preußens, den Senat der freien Stadt wie Unterthanen, den Freistaat wie ein „erobertes Land" behandelt.

Die jetzige Einverleibung war ein Danaergeschenk der russischen Politik an Oesterreich. Gleich damals sagte man: „Aus der Pandorabüchse, welche die russische Katharina mit der ersten Theilung Polens öffnete, hat Oesterreich die trostlose Neige, Krakau, empfangen müssen." Tödtlich verletzt, fügte sich, bei der Unmöglichkeit des Widerstands, die Bevölkerung Krakaus unter den Gewaltstreich, da Frankreich und England, unter sich gespannt und mit den spanischen Heirathen beschäftigt, zwar hintendrein Verwahrung einlegten, aber diese Verwahrung nicht durch Waffen unterstützten.

Im Grunde war es nur im Interesse Frankreichs und Englands, daß die Mächte des Absolutismus auf diese Art die Wiener Verträge durchlöcherten, und Metternich, der Hauptvertreter der „unverbrüchlichen Aufrechthaltung des Bestehenden", selbst die Vernichtung eines feierlich gewährleisteten, für sich bestehenden Staates vollzog, und so der Anfänger wurde für das „System der Einverleibungen," der „Annexationen." —

Auf den Wiener Verträgen ruhte Metternichs System. Die Durchlöcherung dieser Verträge durch Metternich selbst durchlöcherte seinen eigenen Boden, die Grundlage, worauf seine Politik stand. Krakau's Einverleibung war kein „bloßer politischer Fehler," sondern eine Selbstzerstörung der Politik des Wiener Absolutismus, eine Selbsthinrichtung in unzurechnungsfähig gewordenem Zustande, da die Folgen einer solchen Handlungsweise Jeder voraussehen konnte, der nicht kindisch war.

Denn schon damals, im Jahre 1847, forderte man in der französischen Kammer laut, „Frankreich solle sofort die sämmtlichen Verträge von 1815 für erloschen erklären, und den Entschluß aussprechen, ohne Rücksicht auf die damals eingegangenen Verpflichtungen künftig nur nach Maßgabe seines Interesse's zu handeln."

Jetzt konnte Frankreich die Rheingränze „sich wieder einverleiben," sobald Gelegenheit sich bot, und wenn Metternich vorgab, die Einverleibung Krakau's sei aus Nothwehr geschehen und eine „Handlung politischer Nothwendigkeit": so konnte Frankreich unter gleichem Vorwand, so gut wie Oesterreich Krakau, eines Tags die Schweiz für sich einziehen, Savoyen oder die Lombardei abreißen und sich einverleiben; es war überhaupt jetzt Alles offen für den Stärkeren; und auch Rußland konnte unter gleichem Vorwand auf Kosten Oesterreichs sich vergrößern, da einmal ein solcher Riß in die Wiener Verträge gemacht, ein solcher Vorgang in der „Politik der Nothwendigkeit" von Oesterreich selbst gegeben war. Man weiß jetzt, wie zwölf Jahre später Napoleon III. diesen Vorgang zu nützen anfing. Am lautesten zeugte Krakau dafür, daß Metternichs Politik und Kopf bankerott geworden waren, während in Preußen, nicht der König und sein unzeitgemäßes Ministerium, aber das preußische Volk vorwärts ging.

Metternichs Verlegenheiten häuften sich: der Bauer in Galizien forderte mit der blutigen Hand, mit welcher er seine eigenen Volksgenossen, den Adel, niedergemetzelt hatte, jetzt zum Lohne für

solche That — seine Freiheit und die Einsetzung in den Besitz der Güter des erschlagenen Adels. Die österreichische Regierung sah sich durch die unwiderstehliche Nöthigung der Thatsachen dahin gebracht, daß sie anfing, sich mit dem Volk in seinen untersten Schichten in Unterhandlungen und Vertrag einzulassen. Sie mußte, vom Trieb augenblicklicher Selbsterhaltung geleitet, dem bisher mit Absicht und Berechnung in geistiger Verwahrlosung gelassenen polnischen Bauer die Aussicht auf Freiheit eröffnen und wenigstens plötzlich so thun, als leite sie eine Reform ein.

Weil aber eine ähnliche Unfreiheit der zahlreichsten Klasse, wie in Galizien, so in den übrigen Landestheilen des Kaiserstaats vorherrschte, so hätte diesen Landestheilen nicht verweigert werden können, was dem polnischen Bauer bewilligt worden wäre; am wenigsten hätten die Erblande zurückgesetzt werden können; die Zugeständnisse hätten allgemein sein müssen für alle Erblande.

Durch Erleichterung der Bauern aber hätte der am Hofe herrschende Grundadel verloren: das Wiener Ministerium fürchtete eben so sehr, den Grundadel der Erblande sich dadurch zu entfremden, als Metternich für sich persönlich fürchtete, durch den beleidigten Grundadel seine Stellung, und damit die Mittel seines gewohnten fürstlichen Daseins, zu verlieren. So wurde der polnische Bauer hingehalten, und obgleich selbst der polnische Adel in Galizien um die Aufhebung der bäuerlichen Unfreiheit bat, ließ, hinausziehend, die Wiener Regierung, den polnischen Bauer in seiner bisherigen Unterthänigkeit.

Viel weiser war man in Preußen. 251 Polen aus Posen und Westpreußen standen vom 2. August bis zum 17. November 1847 vor den Schranken in dem Riesenprozeß, in welchem am 2. Dezember das Urtheil gefällt wurde. Mieroslawski nebst sieben Andern wurde zur Enthauptung verurtheilt, Mehrere zu zwanzig- und fünfundzwanzigjähriger Festungsstrafe. Die preußische Bevölkerung äußerte große Theilnahme schon während des Prozesses, welcher zu Berlin bei offenen Thüren geführt wurde, in der Kirche des neuen Gefängnisses in Moabit, und Hoch und Nieder fand die Strafen mehr als hart. Personen in des Königs nächster Nähe, wie Alexander von Humboldt und Bettina von Arnim, nahmen sich warm der Polen an, und der König sagte ihnen zum Voraus zu, es werde weder ein Todesurtheil vollzogen, noch Jemand an Rußland ausgeliefert werden. Der König wünschte Einreichung von Gnadengesuchen; aber nur Einer reichte

ein solches ein, und wurde sofort begnadigt. Jetzt wich man dadurch aus, daß der Staatsanwalt gegen das gesammte Urtheil Berufung einlegte. Während man russischerseits, wie in Oesterreich, edle Polen, darunter den Patrioten Zawisza, zu Warschau vor der Citadelle aufknüpfte, verfuhr man menschlich, und politisch zugleich, in Berlin. Die Entscheidung über die Gefangenen schob sich hinaus, bis der Umschwung der Dinge im Jahr 1848 mit dem Frühlinge dieselben in Freiheit setzte.

Zu den Folgen des Aufstandsversuchs kamen noch über die polnischen Lande alle Schrecken einer Hungersnoth. Gras essen soll um den Weichselursprung herum im Jahre 1847 unter den Arbeitern, die ohne Arbeit waren, allgemein geworden sein; Hungernde sollen nach dem Fleisch Verhungerter, nach menschlichen Leichen, gegriffen haben. Dem Hungertode ging das Nervenfieber oder der Hungerwahnsinn voran. In ganzen Schaaren zogen die Hungernden als Bettler herum, und an einem einzigen Orte, in Seypusch, wurden binnen ein paar Wochen dreihundert auf den Straßen Todtgefundene begraben; an Einem Morgen lagen neunzehn Todte um die Kirche herum; Hunderte fand man todt in den Wäldern, im Korn, auf den Wegen. Diese Todten, so stumm sie waren, waren schreiende Ankläger des Absolutismus, der also für die Kinder des Landes sorgte. Furchtbare Ueberschwemmungen der Oder und der Weichsel vernichteten noch größtentheils die Ernteaussichten, und von Rußland her näherte sich die Cholera der galizischen Grenze. Den vornehmsten Personen aber am Wiener Hofe lagen die Jesuiten näher an, als die Landeskinder in Polen und Böhmen mit ihrer materiellen Noth.



Jordan.

(Band VII. Seite 65.)

Nach Weber, Portraitgallerie.

XVI. Sieg der Jesuiten in Oesterreich und der Schweiz.

1. Umtriebe in der Schweiz von außen her. Die Jesuiten in Luzern. Die Aufhebung der Aarauer Klöster.

Nachdem am 6. September 1839, unter dem Rufe der „Religionsgefahr" von der Rückschrittspartei, welche sich die conservative nannte, in offenem Waffenangriff die „freisinnige" Regierung in Zürich gestürzt, der „Züriputsch" vollbracht war, sah man gleich die auswärtige Diplomatie des Absolutismus, zumal die des Wiener Hofes, mit der Rückschrittspartei, welche die Gewalt in Zürich an sich gerissen hatte, in freundlichem und ermunterndem Verkehr. War es gelungen, in Zürich die Freisinnigen zu stürzen, so hoffte man eine Rückschrittspolitik bald in der ganzen Schweiz durchzusetzen. Die Kräfte der Rückgangspartei und der Dunkelmänner arbeiteten und wühlten zugleich auf verschiedenen Punkten, am eifrigsten in dem Kanton Luzern, um die freisinnige Verfassung umzuwerfen.

Die ultramontane Partei in Luzern wurde geleitet von einem abtrünnigen Liberalen, dem ersten Staatsschreiber, Siegwart-Müller, der mit dem Jesuitenorden und mit Rom in Verbindung getreten war, und von der ultramontanen Geistlichkeit des Kantons. Auf das Landvolk wirkten sie besonders auch durch ihr blindes Werkzeug, den reichen aber unwissenden, schwärmerisch bigotten Bauer, Joseph Leu von Ebersol. Dieser Leu hatte schon im Jahre 1839 im Großen Rathe Luzerns den Antrag gestellt, die höhere Lehranstalt des Kantons in die Hände der Jesuiten zu geben, damals ohne Erfolg.

Aber hatte der ganz von den Jesuiten beherrschte Bischof von Freiburg an alle Protestanten in der Schweiz, in einem Hirtenbriefe, die Aufforderung erlassen, die „wunderbaren" Ereignisse in Zürich zur Rückkehr in den Schooß der katholischen Kirche zu benützen: so waren die Jesuiten und ihre Freunde in Luzern ihres Sieges für das Jahr 1841 sicher, da in diesem Jahre eine Verfassungsrevision und eine gänzliche Erneuerung des Großen Raths bevorstand. Wie in Deutschland man Protestanten mit den Jesuiten im Bunde öffent-

lich und heimlich weben und wirken sah, so auch in der Schweiz. Im Großen Rathe zu Zürich hatte im Dezember 1840 der Protestant Hörlemann die Verleumdung ausgesprochen, „die Radikalen haben den Plan, die katholische Kirche in der Schweiz umzustürzen.“

Das wurde benützt von der Jesuitenpartei, das katholische Landvolk überall gegen die freisinnigen Protestantischen aufzuwiegeln und der protestantische Jesuitismus unter der Maske des Pietismus half so in der Schweiz dem katholischen Jesuitismus, die Religion als Operationsmittel für die Reaktion zu gebrauchen. Die Ultramontanen in der Schweiz, von den Jesuiten zu Schwyz geleitet, hatten zunächst im Auge, in den gemischten Kantonen den katholischen Kantonstheil von dem protestantischen loszutrennen.

In dieser Richtung war namentlich im Aargau gewählt worden. Als es mißlang, die Verfassungsrevision hier für die Reaktion auszubeuten, und diese freisinnig ausfiel, griff der Jesuitismus zu seinem oft beliebten Hauptmittel, zur rohen Gewalt der aufgehetzten Massen: er organisirte einen offenen Aufstand von den Aargauer Klöstern aus. Der Aufstand, der die von der Mehrheit angenommene Verfassung umstürzen sollte, wurde niedergeschlagen, und die Feuerheerde der Volksaufwieglung, die acht Klöster des Aargaus, wurden durch einen Groß-Raths-Beschluß vom 13. Januar 1831 aufgehoben.

Das benützten die Jesuiten, das hart angränzende Luzerner Landvolk zu überzeugen, wie sehr die „Religion“ durch die liberalen Regierungen in Gefahr sei. Die kirchliche Partei brachte es, als die Zeit der neuen Wahlen kam, bei den Luzerner Aelplern dahin, daß diese eher den Teufel selbst gewählt, als „den Kindern des Teufels,“ den Liberalen, ihre Stimme gegeben hätten. In alle Aemter kamen Ultramontane, sehende wie blinde Freunde der Jesuiten. Eine neue Verfassung wurde gemacht, welche den Staat ganz in die Hände der Geistlichkeit überlieferte. Luzern erhielt den Namen: „der schweizerische Kirchenstaat.“ Die Jesuiten wurden nach Luzern von der neuen Regierung berufen, und am 12. September 1844 die Erziehungsanstalten Luzerns dem Provinzial des Jesuitenordens übergeben.

2. Die Freischaarenzüge. Der Sonderbund.

Die Liberalen im Kanton knüpften im Aargau, in Solothurn, in Baselland Verbindungen an, um durch einen von Freischaarenzügen unterstützten Aufstand die Partei der Jesuiten in Luzern zu stürzen. Der erste Freischaarenzug mißlang kläglich. Da die Jesuiten sich massenhaft in der Schweiz auszubreiten drohten, so kam die ganze liberale Schweiz in Aufregung, Volksversammlungen verlangten die Ausweisung der Jesuiten aus der Schweiz; denn auch im Wallis hatten die Jesuiten sich angesiedelt, und die Jesuitenpartei über die liberale gesiegt, und eine Reihe jesuitischer Missionen verführte die Massen.

In Zürich hatten die Liberalen bei den Wahlen wieder das Uebergewicht gewonnen, die Männer des Fortschritts waren im Jahre 1845 wieder am Staatsruder, weil das Volk bald genug zur Einsicht in die Künste und Ränke der Aristokraten und derjenigen Pfarrer kam, welche die Bigotterie für ihren Beutel und ihre Herrschsucht ausnützten. Zürich wies seine Gesandtschaft bei der Tagsatzung an, die Jesuitenfrage als Bundessache zu behandeln, und die Ausweisung der Jesuiten aus der Schweiz zu beantragen.

Da die Tagsatzung zu keinem Beschluß kam, fielen die Luzerner Flüchtlinge, unterstützt von einigen tausend Mann Freischaaren aus dem Aargau, aus Bern, Basel-Land und Solothurn, in den Kanton Luzern ein. Aber auch dieser zweite Freischaarenzug mißlang. Doch hatte das Unternehmen die mittelbare Folge, daß das alte aristokratische Regiment in Bern durch sein unvolksthümliches Benehmen in der Luzerner Jesuitensache sich seinen Fall bereitete, die Radikalen in Bern zur Regierung kamen, schon im Jahr 1846, und eine neue Verfassung in der Form der repräsentativen Demokratie durchgeführt wurde. Zugleich aber wurde offiziell bekannt, daß seit 1843 im eidgenössischen Bund ein „Sonderbund" bestand.

Dieser „Sonderbund" war geschlossen von Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Freiburg; 1844 war Wallis beigetreten. Die Jesuiten nämlich gedachten, diese sieben katholischen Kantone, in welchen sie die Herrschaft hatten, von der Eidgenossenschaft loszureißen, und sie als einen „selbständigen, katholischen Staatenbund" zu regieren. Sie handelten dabei im Einverständniß mit Metternich und mit Louis Philipp, den Häuptern der politischen Reaktion in Europa.

In Genf gelang es der Volkspartei, die jesuitenfreundliche Regierung zu stürzen, nach einem blutigen Kampfe vom 6—9. Oktober. James Fazy leitete die Bewegung. Die neue freisinnige Regierung führte eine Verfassungsreform durch. Die ganze Grundlage des Staates wurde erneut. Das Gelingen der Genfer Bewegung ermunterte die liberale Partei im Kanton Freiburg zur Nachahmung; aber hier waren die Jesuitenfreunde mächtiger als die Jesuitengegner: der Aufstand vom 7. Januar 1847 scheiterte, und die Jesuiten waren auch hier Alleinherrscher.

3. Die Bestrebungen und die Verbündeten der siegreichen Jesuiten.

Die Jesuiten waren es, welche sich in den Sonderbundskantonen als äußerste Demokraten geberdeten und die Volkssouveränetät als obersten Grundsatz aufstellten, während sie in Deutschland und Oesterreich, in Frankreich, Spanien und Italien die Absolutisten zu ganz gleicher Zeit spielten. Da sie auch in Baiern, in Preußen, in Oesterreich, in den meisten kleinen deutschen Staaten, durch sich selbst oder durch die ihnen in die Hände arbeitende protestantische Schattirung der „kirchlichen" Partei, sich im Vortheil sahen: so waren sie, siegesgewiß, jetzt hochfahrend in der Schweiz, auf Eroberungen ausgehend im österreichischen Kaiserstaat und in Deutschland. Siegwart-Müller, von den Jesuiten zum Diktator Luzerns gemacht, hatte im Jahr 1840, da er noch als ein Ausbund von Liberalismus auftrat, die Jesuiten in vertrauten Kreisen „Filzläuse" genannt, die man nicht mehr loswerden könne. Jetzt hoffte er durch sie Präsident nicht bloß eines katholischen selbständigen Staatenbundes, sondern der Eidgenossenschaft zu werden. „Keine Macht der Erde, sprach er, wird unser Werk zerstören; denn es ist auf Gott und seine Kirche gebaut."

Der große Bund der finstern Mächte des Rückschritts vom Osten bis zum Westen Europas, vom Norden bis zum Süden breitete siegreich immer mehr Dunkel umher. In Oesterreich waren die Jesuiten bereits sogar dem ihnen nicht holden Metternich über den Kopf gewachsen.

Alle die Mächte Europa's, welche der Entwicklung der Völker zur politischen Freiheit feindselig waren und dem Zeitgeist die Flügel

zu lähmen trachteten, hatten sich hergegeben, die Jesuiten in der Schweiz und den Sonderbund zu stützen, durch Ermunterung, durch Rathschläge und durch erkleckliche Mittel. Diese absolutistischen Mächte, zu denen durch seine Gelüste nach Absolutismus, wie durch seine Schmiegsamkeit unter Rußland, namentlich Louis Philipp sich gesellte, hatten so lange den Aushängeschild der Welt gezeigt, sie treten ein für die gesetzlich bestehenden Gewalten. Weil ihnen aber für die politische Zurückdrehung der Welt die Jesuiten brauchbar dünkten, unterstützten sie die Jesuiten in der Schweiz und die Jesuitenverschwörung gegen das gesetzlich Bestehende in der Schweiz. Ihre Diplomaten waren es, auf deren Beihülfe der Jesuitismus in der Schweiz sich offen stützte. Sie waren es, welche die schweizerische Tagsatzung durch Ränke und Drohungen lähmten; sie, welche den wohlmeinenden Papst Pius IX. einschüchterten, daß er abstand, der freien Entwicklung der Schweiz Raum zu schaffen durch kirchenoberhauptliches Einschreiten gegen den Jesuitismus in der Schweiz.

4. Metternich und der Sieg der Jesuiten in Wien.

Metternich unterstützte den Sonderbund nicht darum, weil seine Gesinnung gegen die Jesuiten sich geändert hatte; vielmehr mochte er dieselben jetzt noch weniger wohl leiden, als zuvor. Sie waren ihm am Hofe fühlbar unbequem, der hohen kaiserlichen Frauen wegen, welche durch die Jesuiten und durch welche die Jesuiten sich manchfach geltend machten, so geltend, daß schon im Sommer 1845 der Jesuitenorden in Oesterreich auf dem Gebiete der Erziehungsanstalten Meister war.

Und Metternich vermochte oder wagte nichts dagegen zu thun, ja er begünstigte, aus Rücksicht auf ihre hohen Freundinnen in Wien, die Jesuiten in der Schweiz, obgleich er prophezeite, die jesuitischen Umtriebe und deren Wirkungen in der Schweiz „dürften die schweizerischen Grenzen überschreiten und nach allen Seiten hin Stürme erregen.“

Zuerst das Kokettiren Metternichs mit den Jesuiten, um an ihnen Bundesgenossen für seine Politik gegen die Freiheitsbestrebungen der Völker zu haben, dann die „indifferente“ Haltung, welche er später gegen sie annahm, hatten ihn so weit gebracht, daß er theils thun, theils geschehen lassen mußte, was er nicht wollte, was aber den hohen

Damen des Wiener Hofes und deren geistlichen Freunden als das für Oesterreich Alleinheilsame erschien: den Jesuiten wurde zu Ende des Jahres 1840, gleichsam als Weihnachtsgeschenk, die theresianische Ritterakademie in Wien öffentlich anvertraut, ungeachtet der Verwahrung des Erzbischofs von Wien gegen die Ansiedlung derselben in seinem Sprengel, und ungeachtet des Widerwillens der Wiener gegen den Orden. In Wien, in Oesterreich, in Deutschland, wie in Italien und Frankreich, sollte dem Jesuitenorden reichlich an Macht ersetzt werden, was er in der Schweiz verlor: Denn in der Schweiz war seine Macht plötzlich von ihrem Gipfel herabgeworfen worden.

Inhalt des sechsten Bandes.

Die Welt von 1840—1870.

Erste Abtheilung.

Bayerische Staatsbibliothek München

Obermeier

Obermeier
8393 Rottenburg

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Rotteck, Carl <<von>>, / Zimmermann, Wilhelm, / Rotteck, Hermann <<von>>,

Allgemeine Weltgeschichte für alle Stände von den frühesten Zeiten bis zum Jahr 1870

Bd.: 6

Stuttgart 1870

H.un. 713-6
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11007250-5